universität wien

DISSERTATION

Titel der Dissertation

„Das beste Mittel, das wir zur Verfügung haben“ oder „eine Schande für uns Europäer“?

Die Botschafterkonferenz von Konstantinopel als Kollektivorgan des Konzerts der Großmächte und die Kretakrise 1895–1898

verfasst von

Mag. Andreas Rathberger

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 092 312
Dissertationsgebiet lt. Studienblatt:	312 Geschichte
Betreut von:	a.o. Univ.-Prof. Mag. Dr. Marija Wakounig

Danksagung

Jerusalem, 4. 2. 2013

In den fünf nicht immer ganz einfachen Jahren, die ich in die Erstellung dieser Arbeit investiert habe, habe ich von vielen Seiten Unterstützung erhalten, wofür ich mich an dieser Stelle bedanken möchte. Meine Betreuerin, Frau Prof. Marija Wakounig, ist mir auf dem ganzen Weg mit Rat und Ermutigung zur Seite gestanden und hat mir sehr viel Zeit und immer ein offenes Ohr geschenkt. Herr Prof. Arnold Suppan hat sich trotz seiner Verpflichtungen an der Akademie der Wissenschaften bereit erklärt, als mein Zweitbegutachter zu fungieren. Die Universität Wien hat mich in der Anfangsphase meiner Arbeit mit einem Forschungsstipendium (FNr.220) unterstützt. Im späteren Verlauf haben mir das Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien und das Zentrum für Österreichstudien der Hebräischen Universität Jerusalem, sowie die dortigen KollegInnen eine institutionelle Anbindung an den Wissenschaftsbetrieb ermöglicht und angenehme Arbeitsumfelder geboten. Auch den MitarbeiterInnen des Haus- Hof- und Staatsarchivs Wien, der britischen National Archives in Kew und des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts in Berlin möchte ich danken, da meine Forschung ohne den guten und freien Zugang zu umfangreichem Quellenmaterial nicht möglich gewesen wäre.

Meiner Freundin, meinen Eltern und meiner Familie, sowie meinen Freundinnen und Freunden danke ich für den persönlichen Rückhalt während dieser Zeit. Meine Mutter Ingeborg Rathberger und meine Freunde Klemens Kaps, Philip Bajon und Stefan Kleiss haben mich zudem als LektorInnen unterstützt und mir dabei geholfen, die Lesbarkeit dieser Forschungsarbeit zu verbessern. Ebenfalls als Lektorin unterstützt hat mich meine Freundin Agnes Reiter, die mir außerdem im alltäglichen Austausch über unsere jeweiligen wissenschaftlichen Tätigkeiten auch auf dieser Ebene eine wunderbare Partnerin war und ist.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung. Forschungsgegenstand und theoretischer Ansatz 1

I. Das Osmanische Reich und die Botschafterkonferenz von Konstantinopel am Vorabend der Kretakrise 1895 21

I.a. Das System des „Konzerts der Mächte“ und die internationale politische Situation 1895 21

I.b. Monarchen, Minister und Diplomaten. Offizielle und inoffizielle Entscheidungsträger in den Außenministerien der Großmächte 35

I.c. Spione, Investoren und Diplomaten. Das Arbeitsumfeld der Botschafter der Großmächte in Konstantinopel 43

I.d. Die Botschafter zwischen Kooperation, Vertretung von Einzelinteressen und persönlichen Karrierezielen 54

I.e. Die Botschafterkonferenz von Konstantinopel und die Massaker an den ArmenierInnen im Jahr 1895 68

II. Der „Motor“ des europäischen Konzerts. Die Botschafterkonferenz und die Kretakrise 1896 80

II.a. Rivalitäten, Rebellen und vergiftete Limonade 80

II.b. Zwischen Misstrauen und Zugzwang. Die Diplomatie der Großmächte und die Kretakrise 1896 105

II.c. Der lange Weg zum Kretischen Reformprogramm der Botschafterkonferenz 146

III. Kuratelherrschaft oder Krieg? Die Botschafter und die „osmanische Reformfrage“ 1896–1897 190

III.a. Höhe- und Wendepunkt des Prestiges der Botschafterkonferenz 190

III.b. Internationale Kuratelherrschaft? Das „Reformoperat“ der Botschafter im Frühjahr 1897 215

IV. Das Scheitern der Botschafterkonferenz. Kretakrise, Krieg und Zusammenbruch der internationalen Zusammenarbeit 1897–1898 267

IV.a. Fatale Vernachlässigung. Das Scheitern des kretischen Reformprogramms 267

IV.b. Eskalation, Uneinigkeit und Hilflosigkeit. Das Scheitern der Politiker und Diplomaten der Großmächte an der Lokalisierung der Krise auf Kreta 304

IV.c. Diplomaten im Abseits. Die Vermittlungsaktion der Großmächte unter der Regie der

Regierungen und des Admiralsrats 325

IV.d. Das Ende der „Einmütigkeit". Das Scheitern der Botschafterkonferenz an der kretischen Kollektivintervention und seine Konsequenzen 361

V. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen 383

Bibliographie 396

Abstract (Deutsch) 407

Abstract (English) 409

Lebenslauf Andreas Rathberger 411

Bildverzeichnis

Abb.1: „Abdul-Hamid, Le Sultan Rouge", *Le Rire*, Paris 1897 Mai 29, 1 45

Abb.2: „The Crisis in Constantinople. The Ambassadors of the Great Powers", *The Graphic*, London 1896 September 19, 372 55

Abb.3: „Religionskarte von Kreta", Beilage zu Ernst Fabricius, Die Insel Kreta, in: Geographische Zeitschrift 3, Leipzig 1897, 361−380 81

Abb.4: „Assassination of the Kavasses of the Russian and Greek Consuls at Canea", *The Illustrated London News*, London 1896 Juni 20, 776 191

Abb.5: „Die Bluttransfusion in Constantinopel", *Der Floh*, Wien 1897 Juni 27, 1 196

Abb.6: „The Eastern Question. A Meeting of the Ambassadors in Constantinople in the House of Baron Calice", *The Graphic*, London 1896 November 7, 589 238

Abb.7: „The Mixed Commission for the Gendarmerie", *The Graphic*, London 1897 April 3, 400 280

Abb.8: „The Turkish Bastion in Canea with the flags of the six Powers flying", *The Great Round World*, New York 1897 April 15, 6 321

Abb.9: Denkmal des Spiros Kayalis als „lebender Fahnenmast" auf dem Gipfel des Profitis Ilias 330

Einleitung. Forschungsgegenstand und theoretischer Ansatz

Von der Diplomatiegeschichte zur „New Diplomatic History"

Von der Mitte der 1970er Jahre bis in die 1990er Jahre war die historische Erforschung internationaler Beziehungen von einem Methodenstreit darüber geprägt, ob sie unter der Bezeichnung „Diplomatiegeschichte", „moderne Politikgeschichte" oder „Internationale Geschichte", sowie gemäß dem Postulat eines „Primats der Außenpolitik" oder eines „Primats der Innenpolitik" zu betreiben sei. Erst seit den 1990er Jahren nahm die Intensität dieses Methodenstreits ab, während Bemühungen um seine Überwindung in den Vordergrund traten.[1] Allzu lange waren sich in der deutschsprachigen Historiografie die von Andreas Hillgruber und Klaus Hildebrand angeführten BefürworterInnen[2] des Modells einer von innenpolitischen und gesellschaftlichen Einflüssen weitgehend unabhängigen „Staatskunst" außenpolitischer EntscheidungsträgerInnen und die dem Beispiel Hans-Ulrich Wehlers folgenden VerfechterInnen einer „Gesellschaftsgeschichte der Internationalen Beziehungen" unversöhnlich gegenübergestanden.[3] Diese von Polemik, ideologischen und persönlichen Gegensätzen durchsetzte Kontroverse, die von Wilfried Loth im Jahr 2000 rückblickend als fruchtloser „Kampf um Paradigmenhegemonie" und „Dialog der Taubstummen" verurteilt wurde, stand einer unvoreingenommenen Diskussion über zeitgemäße theoretische und methodische Ansätze zur Erforschung von Diplomatie und diplomatischen Akten in ihrem historischen Kontext lange Zeit im Weg.[4] Der Begriff „Diplomatiegeschichte" selbst erhielt einen dermaßen negativen

[1] Karen Gram-Skjoldager, Bringing the Diplomat back in Elements of a New Historical Research Agenda, EUI Working Papers, Fiesole 2011, 6–9; Wilfried Loth, Einleitung, in: Wilfried Loth – Jürgen Osterhammel (Hgg.), Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten, Studien zur Internationalen Geschichte 10, München 2000, VII–XIV; Margit Pernau, Transnationale Geschichte, Göttingen 2011, 23f.; Marija Wakounig, Ein Grandseigneur der Diplomatie. Die Mission von Franz de Paula Prinz von und zu Liechtenstein in St. Petersburg 1894–1898, Wien 2007, 15–18.

[2] Bei personenbezogenen Bezeichnungen, die sich auf Männer und Frauen beziehen, kommt im Folgenden die geschlechtsneutrale Form mit dem so genannten „Binnen-I" zur Anwendung. Wird bei den Bezeichnungen für Personengruppen wie die „Politiker" oder „Diplomaten" der in der Kretakrise intervenierenden Großmächte die rein männliche Form verwendet, so verweist dies darauf, dass den so bezeichneten Personengruppen zum damaligen Zeitpunkt tatsächlich jeweils nur Männer angehörten.

[3] Zu den Ausgangspositionen beider Lager und den Ursprüngen des Streits vgl. Andreas Hillgruber, Politische Geschichte in moderner Sicht, in: Historische Zeitschrift 216/3, München 1973, 529–552; Hans-Ulrich Wehler, Moderne Politikgeschichte oder „große Politik der Kabinette"?, in: Geschichte und Gesellschaft 2/3, Göttingen 1975, 344–396.

[4] Loth, Einleitung, VIIf.; Wakounig, Grandseigneur, 13f. Tatsächlich beruhte die Debatte offenbar keineswegs nur auf sachlichen, wissenschaftlichen Gegensätzen sondern war stark durch den im Zuge der so genannten „68er-Bewegung" ausgebrochenen Generationenkonflikt und die ideologische Gegensätze des Kalten Krieges aufgeladen. Hillgruber präsentierte seinen gegen das „Primat der Innenpolitik" gerichteten Artikel „Politische Geschichte in moderner Sicht" als Streitschrift gegen die vermeintlich drohende Gefahr, „vom geistesgeschichtlichen Regen in die geschichtstheoretische Traufe" zu kommen, die „bloße Tarnung für eine eindeutige Indoktrination" sei, und machte düstere Andeutungen über „linksextreme Studentengruppen" und „doktrinären Marxis-

Beigeschmack, dass sogar der von Wehler des „Traditionalismus“ bezichtigte Hillgruber beteuerte, die von ihm befürwortete „politische Geschichte in moderner Sicht“ solle keine „auf das Diplomatiegeschichtliche begrenzte Forschungsrichtung“ sein.[5] Diplomatiegeschichte galt als antiquiert und theoriearm. Wehlers polemische Gleichsetzung ihrer Methoden mit jenen der zwischen 1922 und 1927 erschienenen Aktenpublikation „Die Große Politik der Europäischen Kabinette“, die als „Weißbuch“ des Deutschen Reichs in der Kriegsschuldfrage konzipiert gewesen war, verlieh der Diplomatiegeschichte und ihren BefürworterInnen zudem den Geruch des Revisionismus.[6] Das Vorurteil, Diplomatiegeschichte müsse gleichbedeutend mit einer Beschränkung auf „trockenes Aktenstudium“ und eine rein ereignisgeschichtliche Rekonstruktion der Entscheidungen „Großer Männer“ sein, erwies sich als äußerst langlebig und hält sich vereinzelt bis heute.[7]

Die von Wehler geforderte Anwendung sozialwissenschaftlicher Methoden führte dazu, dass sich parallel zur Durchsetzung kulturwissenschaftlicher Ansätze in den Sozialwissenschaften auch die „Gesellschaftsgeschichte der Internationalen Beziehungen“ zur „Kulturgeschichte der Internationalen Beziehungen“ entwickelte. Der Forschungsschwerpunkt verlagerte sich auf nichtstaatliche Akteure wie TouristInnen, LobbyistInnen und AktivistInnen von Nichtregierungsorganisationen, sowie auf nicht personengebundene Phänomene wie „Modernisierung“ oder „Demokratisierung“.[8] Diese Entwicklungen beschränkten sich nicht nur auf die deutschsprachige Historiografie. Sie entsprachen internationalen Strömungen, die teilweise auf eine weltweite Rezeption der Idee des „Primats der Innenpolitik“ zurückgingen.[9]

In den sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen wie Politikwissenschaft zog bereits ab den 1990er Jahren die Erforschung von Diplomatie und diplomatischen Beziehungen ein verstärktes Interesse auf sich und wurde unter Anwendung neuer Methoden aus der Spiel- und Akteurstheorie wiederbelebt. HistorikerInnen sahen sich zunehmend mit dem Vorwurf konfrontiert, „staatliche“ und „nichtstaatliche“ AkteurInnen, sowie Innen- und Außenpolitik

---

mus-Leninismus“. Hillgruber, Geschichte, 529–531. Wehler spottete in seiner Entgegnung darauf über Hillgrubers „generationenspezifische Einstellung“, sein „politisches Unbehagen“ und seinen „Traditionalismus“. Wehler, Politikgeschichte, 346.

[5] Hillgruber, Geschichte, 532.

[6] Vgl. den von Wehler 1975 ganz bewusst gewählten Titel seines oben zitierten, programmatischen Aufsatzes „Moderne Politikgeschichte oder ‘Große Politik der Kabinette‘?“.

[7] Beklagt wird dies etwa bei Wakounig, Grandseigneur, 15f.; Kenneth Weisbrode, The New Diplomatic History. An Open Letter to the Membership of SHAFR, in: Passport 30, Columbus 2008, online abrufbar auf www.shafr.org/passport/2008/december/Weisbrode.pdf, 2012 November 28.

[8] Christopher Bishop, New Age Diplomacy, in: Foreign Policy 125, Washington DC 2001, 96; Pernau, Geschichte, 24.

[9] Weisbrode, History, 1f.; Kenneth Weisbrode, The Task Ahead. Post in the New Diplomatic History Blog, Ankara 2012, http://toynbeeprize.org/the-task-ahead/, 2012 November 28.

zu scharf voneinander zu trennen und in der Geschichte der Internationalen Beziehungen DiplomatInnen und diplomatischen Akten zu wenig Beachtung zu schenken.[10]

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verhalfen Eckart Conze, Wilfried Loth und Jürgen Osterhammel der Ansicht zum Durchbruch, dass die alten Gegensätze zwischen den verschiedenen Denkschulen der Geschichte der Internationalen Beziehungen überwunden werden müssten, weil sich Außenpolitik nur durch das Zusammenspiel äußerer und innerer Faktoren erklären ließe. Durch diese Erkenntnis und durch die Verbindung politik-, wirtschafts-, sozial- und kulturhistorischer Fragestellungen, sowie durch die Überwindung exklusiv nationalstaatlicher Perspektiven lasse sich der Kontext rekonstruieren, in dem AkteurInnen internationaler Beziehungen dachten, handelten und entschieden.[11]

Diese Ansätze ließen sich auch auf die historische Erforschung von DiplomatInnen und diplomatischen Beziehungen anwenden und zur Wiederaufnahme der Diplomatiegeschichte in den Kanon gleichberechtigter, kommunizierender Forschungsrichtungen innerhalb der Geschichte der Internationalen Beziehungen nutzen. Anstatt als AkteurInnen der internationalen Politik personifizierte Nationalstaaten oder „große Männer“ an ihrer Spitze in den Mittelpunkt zu stellen, wie es der älteren Diplomatiegeschichte vorgeworfen worden war, erleichtert die Untersuchung des kontextualisierten Denkens und Handelns diplomatischer AkteurInnen abseits der höchsten Regierungsebenen den Blick auf innerstaatliche, trans- und internationale Dynamiken. Eine neue, kultur- und sozialwissenschaftlichen Fragestellungen geöffnete Diplomatiegeschichte hat in den letzten zehn Jahren überzeugend gezeigt, dass die Erforschung der Vernetzung von DiplomatInnen untereinander und mit dem gesellschaftlichen Parkett ihrer Wirkungsorte, sowie die Analyse der Bedeutung von DiplomatInnen für die Entwicklung von Regeln und Normen der internationalen Politik hervorragend geeignet sind, nationalstaatliche Perspektiven und die vermeintliche Trennung zwischen „staatlichen“ und „nichtstaatlichen“ Einflüssen zu überwinden.[12] Marija Wakounig betonte in der Einleitung zu ihrer 2007 erschienenen Studie über die politische Bedeutung und gesellschaftliche Vernetzung von Franz Prinz Liechtenstein als österreichisch-ungarischer Botschafter in St. Petersburg die Forderung an DiplomatiehistorikerInnen, die Erforschung diplomatischer Akten mit der Analyse anderer relevanter Quellengattungen zu kombinieren. In-

[10] Bishop, Diplomacy, 96; Loth, Einleitung, VII–IX; Wakounig, Grandseigneur, 16; Weisbrode, History, 1f.; Weisbrode, Task, 1f.
[11] Loth, Einleitung, VII–XI; Pernau, Geschichte, 23f.
[12] Vgl. Wakounig, Grandseigneur; Magnus Brechtken, Scharnierzeit 1895–1907. Persönlichkeitsnetze und Internationale Politik in den Deutsch–Britisch–Amerikanischen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg, Mainz 2006; Matthias Schulz, Normen und Praxis. Das Europäische Konzert der Großmächte als Sicherheitsrat, 1815–1860, Studien zur Internationalen Geschichte 21, München 2009; Matthias Schulz, „Wächter der Zivilisation?“ Institutionelle Merkmale und Normative Grundlagen des Europäischen Konzerts im 19. Jahrhundert, in: Historische Mitteilungen 17, Stuttgart 2004, 35–47.

nen- und Außenpolitik müssten als „kommunizierende Gefäße“ begriffen und die Prägung von DiplomatInnen durch ihr gesellschaftliches Umfeld berücksichtigt werden.[13]

Auch diese methodische Strömung beschränkt sich nicht auf die deutschsprachige Historiografie. HistorikerInnen aus aller Welt, die die thematische und methodische Öffnung einer als Unterdisziplin der Geschichte der Internationalen Beziehungen verstandenen „*Neuen Diplomatiegeschichte*“ oder „*New Diplomatic History*“ befürworten, haben sich inzwischen zu einem losen, internationalen Netzwerk zusammengeschlossen.[14] Ein Gründungsmitglied dieses Netzwerks, Kenneth Weisbrode, erklärte in einem 2008 erstveröffentlichten, 2012 ergänzten „offenen Brief“ das Ziel, DiplomatInnen und ihr alltägliches Umfeld wieder auf „ihren verdienten Platz im Mittelpunkt der Innovation der Internationalen Geschichte“ zu stellen.[15] Er definierte dabei „DiplomatInnen“ als alle staatlichen *und* nichtstaatlichen Personen oder Gruppen von Personen, die „diplomatische“ Vermittlerrollen annehmen, sofern diese nicht nur ihrem persönlichen Eigennutz dienen, und sie dabei in internationalen oder transnationalen Umfeldern agieren.[16] Diese „DiplomatInnen“ sollen nach Weisbrode zwar im Mittelpunkt stehen, die Analyse soll sich aber keinesfalls auf sie beschränken.[17] Weisbrode und andere BefürworterInnen der Neuen Diplomatiegeschichte wie Karen Gram-Skjoldager legen großen Wert auf die Erforschung des Kontextes von Diplomatie, sei es ihr Einfluss auf internationale, gesellschaftliche und kulturelle Normen, der Einfluss dieser Normen auf die DiplomatInnen, deren Einbindung in inter- und transnationale Netzwerke, oder ihr formeller oder informeller Zusammenschluss zu transnationalen Körperschaften, die durch einen gemeinsamen, auch nach außen hin vertretenen „*esprit de corps*“ verbunden sein können.[18] Gram-Skjoldager betont in diesem Zusammenhang ebenso wie Wakounig die Notwendigkeit konkreter Fallstudien.[19] Die vorliegende Dissertation stellt eine solche Fallstudie dar und trägt somit zu einem besseren Verständnis der Strukturen internationaler Beziehungen bei.

---

[13] Wakounig, Grandseigneur, 17f.
[14] Vgl. die Website und Mitgliederliste des „New Diplomatic History Network“ auf http://toynbeeprize.org/network-for-the-new-diplomatic-history/people/, 2012 November 28.
[15] „[…] to restore everyday diplomats to their proper place of innovation at the center of international history.“ Weisbrode, History, 3. Übers. d. Verf.
[16] „They need not serve or represent states, although many do. They must, however, serve a set of interests, cause or collective unit above and beyond themselves, and which in some way involves the crossing of borders and the inter-relationship of political entities.“ Weisbrode, Task, 2.
[17] Ebda., 2.
[18] Ebda., 2f.; Gram-Skjoldager, Diplomat, 7–11.
[19] Gram-Skjoldager, Diplomat, 10f.; Wakounig, Grandseigneur, 18.

Das nähere Themenfeld. Das Konzert der Großmächte und seine Kollektivorgane

Seit dem Wiener Kongress 1814/1815 hatte sich in der internationalen Politik Europas das so genannte „Konzert der Großmächte" etabliert, dem die Siegermächte der Koalition gegen Napoleon, also das Russische Reich, die Habsburgermonarchie, Preußen und Großbritannien, bald ergänzt durch Frankreich und im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts durch Italien und das aus Preußen hervorgegangene Deutsche Reich, zugerechnet wurden. Die HerrscherInnen, Regierungschefs, Außenminister und Diplomaten[20] der selbsternannten Großmächte sahen sich als eine Art „Direktorium" im internationalen Staatensystem. Sie beanspruchten das Recht, sich im Namen von Frieden und Stabilität in die inneren Angelegenheiten der übrigen Staaten einzumischen oder bei internationalen Konflikten verbindliche Schiedssprüche zu erteilen.[21] Dies diente zwar ebenso wie die Bemühungen zur Vermeidung direkter kriegerischer Konfrontationen zwischen den Großmächten letztlich vor allem dem eigenen Machterhalt, wurde jedoch häufig mit höheren Idealen argumentiert, wie der Erhaltung des Friedens, der „Ordnung" Europas oder dem Schutz der „europäischen Zivilisation" vor Kriegen und Revolutionen.[22] Die Politiker und Diplomaten des Konzerts bildeten somit ein *inter- oder transnationales System*, das sich für eine Erforschung mit den erweiterten Methoden der Neuen Diplomatiegeschichte besonders anbietet.[23]

Wie lange dieses System in der internationalen Politik tatsächlich Bestand hatte, ist in der Historiografie umstritten. Namhafte HistorikerInnen verknüpfen seine Existenz in unterschiedlichem Ausmaß mit dem von Klemens Wenzel Lothar Fürst Metternich auf dem Wiener Kongress geschaffenen System monarchischer Solidarität und der Heiligen Allianz und sehen das Konzert mit der griechischen Revolution 1821–1830, dem Krimkrieg 1853–1856 oder spätestens mit dem Abschluss des Dreikaiserbundes 1881 am Ende.[24] Andere sehen da-

[20] Da die vorliegende Forschungsarbeit mit der Botschafterkonferenz von Konstantinopel eine Gruppe offizieller Diplomaten im Staatsdienst in den Mittelpunkt der Untersuchung stellt, bezeichnet das Wort „Diplomaten", wenn nicht anders ausgewiesen, im Folgenden immer staatliche Diplomaten, und nicht die manchmal als „private DiplomatInnen" bezeichneten Privatpersonen mit internationalen Vermittlungsaufgaben. Vgl. Weisbrode, Task, 2.

[21] Jost Dülffer, Die Kreta-Krise und der griechisch–türkische Krieg 1890–1898, in: Jost Dülffer – Hans Otto Mühleisen – Vera Torunsky (Hgg.), Inseln als Brennpunkte internationaler Politik. Konfliktbewältigung im Wandel des internationalen Systems 1890–1984: Kreta, Korfu, Zypern, Bibliothek Wissenschaft und Politik 35, Köln 1986, 13–59, hier 13; Davide Rodogno, Against Massacre. Humanitarian Interventions in the Ottoman Empire 1815–1914, Princeton 2012, 18–20; Schulz, Normen, 537–545, 572f.

[22] Rodogno, Massacre, 18–20.

[23] Vgl. Matthias Schulz, Internationale Politik und Friedenskultur. Das Europäische Konzert in politikwissenschaftlicher Theorie und historischer Empirie, in: Wolfram Pyta – Philipp Menger (Hgg.), Das europäische Mächtekonzert. Friedens- und Sicherheitspolitik vom Wiener Kongreß 1815 bis zum Krimkrieg 1853, Stuttgarter Historische Forschungen 9, Köln/ Weimar/ Wien 2009, 41–57; Schulz, Normen, 35–47.

[24] Vgl. William Norton Medlicott, Bismarck, Gladstone and the Concert of Europe, University of London Historical Studies IV, London 1956, 241–337; Wolfram Pyta, Kulturgeschichtliche Annäherungen an das europäische

gegen ein Fortwirken des Systems des europäischen Konzerts bis zum Ersten Weltkrieg, ungebrochen durch die Herausbildung davon unabhängiger, separater Bündnissysteme, ja sogar trotz des gelegentlichen Ausbruchs kriegerischer Konflikte zwischen einzelnen seiner Mitgliedsstaaten.[25] Matthias Schulz argumentiert dies etwa durch eine Betonung der Bedeutung des Konzerts für die Entwicklung gewisser Regeln und Normen im System internationaler Beziehungen, durch die das Konzert der Mächte unabhängig vom Grad seiner Institutionalisierung als wirkungsmächtige Idee Bestand gehabt hätte. Ihm zufolge blieben trotz der fortlaufenden Schwächung der Autorität des Konzerts durch Interessensgegensätze zwischen den Großmächten „die Verhaltens- und Verfahrensregeln des Konzerts hinsichtlich der Kooperation, der Einberufung und Entscheidungsrechte von Konferenzen, der Mäßigung der staatlichen Außenpolitik, des Auftrages, in zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Konflikten zu vermitteln, im Grunde genommen bis 1914 unumstritten".[26] Da die Einmütigkeit des Konzerts und die allgemeine Verbindlichkeit der von ihm erteilten Ratschläge und Schiedssprüche bis 1914 im diplomatischen Diskurs als unerreichter, aber angestrebter Sollzustand allgegenwärtig waren, wird im Folgenden von der Existenz des europäischen Konzerts als für das System internationaler Beziehungen in den 1890er Jahren nach wie vor wirkungsmächtige Idee ausgegangen. Der Begriff „Konzert der Großmächte" wird als Bezeichnung für die in schwankendem Ausmaß funktionierende oder nicht funktionierende Zusammenarbeit zwischen den Politikern und Diplomaten jener Großmächte verwendet, die Anspruch auf Zugehörigkeit zu dieser privilegierten Gruppe erhoben.

Die Politiker und Diplomaten der dem Konzert zugerechneten Großmächte beanspruchten Vorrechte, die so weitreichende Kompetenzen umfassten wie die Bestimmung des völkerrechtlichen Status kleinerer Staaten oder auch das Urteil, ob die Bevölkerung eines bestimmten Territoriums bereits reif, oder noch zu unreif für Reformen wie die Pressefreiheit sei.[27] Ausmaß und Formen der Kooperation innerhalb des Konzerts waren ebenso begrenzt

---

Mächtekonzert, in: Wolfram Pyta – Philipp Menger (Hgg.), Das europäische Mächtekonzert. Friedens- und Sicherheitspolitik vom Wiener Kongreß 1815 bis zum Krimkrieg 1853, Stuttgarter Historische Forschungen 9, Köln/ Weimar/ Wien 2009, 1–24; Paul W. Schroeder, The Transformation of European Politics: Some Reflections, in: Wolfram Pyta – Philipp Menger (Hgg.), Das europäische Mächtekonzert. Friedens- und Sicherheitspolitik vom Wiener Kongreß 1815 bis zum Krimkrieg 1853, Stuttgarter Historische Forschungen 9, Köln/ Weimar/ Wien 2009, 25–40.

[25] Schulz, Normen, 145–534; siehe auch Dülffer, Kreta-Krise, 15–19; Rodogno, Massacre, 18–20; Schulz, Wächter, 35–47; Stephan Verosta, Kollektivaktionen der Mächte des Europäischen Konzerts 1866–1914, Wien 1988, 16–18; Werner Zürrer, Die Nahostpolitik Frankreichs und Russlands 1891–1898, Wiesbaden 1970, 338f.

[26] Schulz, Politik, 55. Kursive Hervorhebung im Original.

[27] Bekanntermaßen wurde im Berliner Vertrag 1878 entsprechend über das Ausmaß der Unabhängigkeit bzw. Autonomie von Serbien, Montenegro, Bulgarien und Rumänien entschieden, ohne Vertreter der betroffenen Regierungen in die Verhandlungen mit einzubeziehen, vgl. Karl Strupp (Hg.), Urkunden zur Geschichte des Völkerrechts, Bd. 1, Gotha 1911, 187–222. Der britische Vertreter in Konstantinopel brachte 1896 in internationale Verhandlungen über die zukünftige Verwaltung Kretas das Argument ein, die Bewohner der Insel seien

wie wandelbar. Der ursprünglich so wichtige Aspekt „monarchischer Solidarität“ zur Verhinderung von Revolutionen trat schon in den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Wiener Kongress zunehmend in den Hintergrund und wurde durch das vor allem von Politikern in Frankreich und Großbritannien beanspruchte „liberale Interventionsrecht zur Unterstützung von nationaler Emanzipation“ teils geradezu ins Gegenteil verkehrt.[28] Daneben sorgte die manchmal gemeinsame, manchmal separate Verfolgung mehr machtpolitischer als ideologischer Ziele dafür, dass der Wunsch, einen allgemeinen, großen Krieg zwischen allen Großmächten zu verhindern, eigentlich das einzige konkrete, gemeinsame Ideal der Regierungen der Mächte bis zum endgültigen Untergang des Konzerts 1914 blieb. Die Furcht vor den mit einem solchen „Weltkrieg“ verbundenen gesellschaftlichen Umwälzungen lässt sich als Überbleibsel der ursprünglich konterrevolutionären Ausrichtung des Konzerts sehen.[29]

In der Praxis handelte es sich beim „Konzert der Mächte“ also um ein vor allem gewohnheitsrechtlich etabliertes System beschränkter Zusammenarbeit bei gleichzeitigem Konkurrenzverhalten zwischen den Politikern und Diplomaten selbsternannter „Großmächte“ zur Erhaltung ihrer eigenen Vorherrschaft, sowie des Friedens und des Gleichgewichts der Kräfte.[30] Die Verschriftlichung und Protokollierung von insgesamt 42 gemeinsamen Kongressen und Konferenzbeschlüssen im Verlauf des 19. Jahrhunderts verstärkte die Verankerung des Mächtekonzerts im völkerrechtlichen Diskurs.[31] Die Idee seiner Rechtmäßigkeit überdauerte Krisen und Herausforderungen wie die oben erwähnten Kriege oder auch die zwischen 1853 und 1856 sowie zwischen 1876 und 1878 unternommenen Versuche Russlands, eine exklusive Hegemonie über das Osmanische Reich zu erlangen. Die Ergebnisse dieser Krisen wurden nämlich durch Konferenzen und Verträge wieder in eine von allen Großmächten anerkannte, internationale Ordnung integriert.[32]

Die im Rahmen des Konzerts kooperierenden Politiker und Diplomaten der Großmächte konnten gemeinsam zwischen Konfliktparteien Waffenstillstände verordnen, Ent-

---

noch nicht „reif“ für Pressefreiheit. Herbert an Salisbury, Therapia 1896 August 10, The National Archives/ Public Records Office London (TNA/ PRO London), Foreign Office (FO) 78/4712 Nr. 633.

[28] Dülffer, Kreta-Krise, 13f.

[29] Ebda., 13f.; Schulz, Normen, 537–539, 544f., 548f., 558–562. Der Furcht vor einem „Weltkrieg“ und dadurch ausgelösten sozialistischen Revolutionen begegnet man für die 1890er Jahre sowohl in der diplomatischen Korrespondenz, als auch in der Presse. Liechtenstein an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Juli 17/5, Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (HHStA Wien), PA XII/278 Nr. 50A–B; Kritische Zeiten, in: *Pester Lloyd*, Budapest 1895 November 13, 3.

[30] Zur gewohnheitsrechtlichen Verankerung des Mächtekonzerts selbst bei so deklarierten Verfechtern „nationaler Interessen“ wie Bismarck, und zur beinahe widerspruchslosen Akzeptanz dieses Systems durch die nicht vertretenen Staaten siehe Schulz, Normen, 542–549. Zum Konzert der Mächte allgemein siehe auch Verosta, Kollektivaktionen, 15–19.

[31] Zur Auflistung dieser 42 protokollierten internationalen Kongresse und Konferenzen zwischen 1814 und 1914 siehe Schulz, Normen, 684.

[32] Schulz, Normen, 145–534; siehe auch Schulz, Wächter, 35–47.

scheidungen über die territoriale Integrität und Unabhängigkeit kleinerer Staaten fällen, sowie die Niederschlagung von Aufständen fordern oder verbieten. Sie konnten generell verbindliche Schiedssprüche zu internationalen Meinungsverschiedenheiten abgeben, in neu entstandenen Staaten KönigInnen oder FürstInnen einsetzen, internationale Finanzhilfe organisieren, oder die humanitäre Situation in Krisenregionen überwachen.[33] Dabei verfügten die Politiker und Diplomaten des Konzerts über ein im Laufe des 19. Jahrhunderts kontinuierlich weiterentwickeltes Handlungsrepertoire, das von durch Konfliktparteien anzurufender „Mediation" oder ungebetenen „Empfehlungen", über Ultimaten, Flottendemonstrationen und Handelsblockaden bis hin zu Militärinterventionen gegen kleinere Staaten oder sogar gegen einzelne, Normen verletzende Großmächte reichte. Alle diese Maßnahmen konnten entweder kollektiv durchgeführt oder per Mandat an die Vertreter einzelner Mächte delegiert werden.[34] Wenn in bestimmten Angelegenheiten eine vollständige Einigkeit zwischen den Politikern und Diplomaten aller Großmächte bezüglich Ausmaß und Richtung der zu ergreifenden Schritte nicht zu erzielen war, konnten sich einzelne Mächte durch eine klare Mehrheit zum Einlenken auf die gemeinsame Linie gezwungen sehen. Sie hatten aber auch die Möglichkeit, sich offiziell zu „desinteressieren", also sich von einer gemeinsamen Aktion zurückzuziehen, ohne sie zu Fall zu bringen. Trotzdem und obwohl es kein festgeschriebenes Vetorecht einzelner Mächte gab, waren umfangreiche und oft sehr zeitaufwändige Verhandlungen mit dem Ziel allgemeiner „Einmütigkeit" ein bestimmendes Charakteristikum des Mächtekonzerts, wobei oft bilaterale und multilaterale Verhandlungen gleichzeitig geführt wurden.[35]

Je nach Größe und Wichtigkeit des zu behandelnden Themas variierten der institutionelle Rahmen des Meinungsaustauschs zwischen den Akteuren der einzelnen Großmächte und die Form des jeweils ausführenden Organs des Konzerts.[36] Die Regierungen konnten ihre Ansichten entweder durch den formlosen Austausch von Telegrammen und Noten direkt vergleichen oder – was allerdings nur bei besonders weitreichenden Verträgen und Friedensschlüssen vorkam – eine persönliche Zusammenkunft der Außenminister auf einem großen Kongress organisieren, wie es 1856 in Paris und 1878 in Berlin geschah.[37] Alternativ konnten in ausgewählten Hauptstädten Botschafterkonferenzen, häufig unter dem Vorsitz des gastgebenden Außenministers, einberufen werden, auf denen die Botschafter Verhandlungen unter

[33] Schulz, Normen, 566f.
[34] Ebda., 566–576.
[35] Ebda., 554–558; Rodogno, Massacre, 18–20; Verosta, Kollektivaktionen, 15–19.
[36] Vgl. dazu Schulz, Wächter, 39; Schulz, Normen, 550–552.
[37] Vgl. z.B. Francis Roy Bridge, Österreich-Ungarn unter den Großmächten, in: Adam Wandruszka – Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie im System Internationaler Beziehungen, Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VI/1, Wien 1989, 196–373, hier 224, 252–257; Stanford Shaw – Ezel Kural Shaw, Reform, Revolution and Republic. The Rise of Modern Turkey 1898–1975, History of The Ottoman Empire and Modern Turkey 2, Cambridge 1977, 189–192.

Rücksprache mit ihren jeweiligen Regierungen und unter Berücksichtigung erteilter Anweisungen und Vollmachten durchführten.[38] Mit der konkreten Umsetzung oder Überwachung gemeinsamer Beschlüsse beauftragten die Kongresse und Konferenzen dann häufig Kommissionen, denen in manchen Fällen nur noch Vertreter einzelner, an der jeweiligen Angelegenheit „näher interessierter" Großmächte angehörten.[39]

Thema und Forschungsgegenstand. Die Botschafterkonferenz von Konstantinopel und die Krisen des Osmanischen Reichs 1895–1898

Die Botschafterkonferenz von Konstantinopel[40] unterschied sich deutlich von sonstigen „Botschafterkonferenzen". Sie war nicht nur temporär, sondern ab 1856 praktisch permanent aktiv und tagte nicht unter dem Vorsitz des „gastgebenden" osmanischen Außenministers, sondern überwachte und „beriet" im Gegenteil ihrerseits die Regierung des Osmanischen Reichs entsprechend den als gemeinsam empfundenen „Interessen" der Großmächte.[41] Als inoffizielles, nie formell durch Verträge konstituiertes, ständiges internationales Kollektivorgan hatten die Botschafter die Aufgabe, Konflikte zwischen den um Einfluss im Osmanischen Reich rivalisierenden Großmächten zu vermeiden und die vielbeschworene, wenn auch oft problematische „Einigkeit" des Konzerts zu verkörpern.[42] Dabei trat die Konferenz nicht nur als Befehlsempfängerin von Regierungen auf, sondern versuchte aktiv, sich als Akteurin im Prozess internationaler Konfliktlösung zu etablieren. Bei Krisen im Osmanischen Reich formulierte die Botschafterkonferenz auch aus eigener Initiative Lösungsvorschläge, die von den

[38] Noch 1912–1913 wurde eine solche Botschafterkonferenz in London abgehalten, um die Politik der Großmächte gegenüber dem „Balkankrieg" Serbiens, Montenegros, Griechenlands und Bulgariens gegen das Osmanische Reich zu koordinieren. Vgl. Richard C. Hall, The Balkan Wars 1912–1913. Prelude to the First World War, London 2000, 69–79, 97–102; Bridge, Osterreich–Ungarn, 322–329.

[39] So übten 1894–1895 zuerst nur die als „Armenienmächte" bezeichneten Großmächte Großbritannien, Frankreich und Russland stellvertretend das Aufsichtsrecht der Signatarmächte des Berliner Vertrags über die Lebensumstände der armenischen Minderheit im Osmanischen Reich aus. Zürrer, Nahostpolitik, 98–106; Zwiedinek, Memoire 'Armenische Angelegenheit', Wien 1895 Juni 9, HHStA Wien, PA XII/163 Varia.

[40] Heute türkisch: İstanbul; osman. türkisch: Kostantiniyye (offiziell), İstanbul (inoffiziell); griechisch: Kōnstantinoupolē, ē Polē. Da es sich bei der Botschafterkonferenz von Konstantinopel um keine offiziell konstituierte Institution handelte, hatte sie auch keinen offiziellen, einheitlich gebrauchten Namen. In der diplomatischen Korrespondenz ist teils von „der Botschafterkonferenz" oder „den Botschafterkonferenzen", manchmal aber auch von „den sechs Botschaftern", „den Vertretern der sechs Mächte" oder einfach nur „den Botschaftern" die Rede. Der Einheitlichkeit halber wird die Gruppe der Botschafter der Großmächte in Konstantinopel in Zusammenhängen, in denen sie als Gruppe oder Kollektivorgan auftraten und agierten, im Folgenden als „*Botschafterkonferenz von Konstantinopel*" bezeichnet.

[41] Schulz, Wächter, 39; Schulz, Normen, 550–552; Verosta, Kollektivaktionen, 15, 18f.

[42] Vgl. Verosta, Kollektivaktionen, 15, 18f.; zur offenbar nicht vorhandenen vertraglichen Konstituierung der Botschafterkonferenz als Institution vgl. ihre Nichterwähnung im Berliner Vertrag 1878, im Pariser Frieden 1856 sowie in älteren Verträgen der Großmächte mit dem Osmanischen Reich bei Karl Strupp (Hg.), Urkunden zur Geschichte des Völkerrechts, Bd.I, Gotha 1911, 48–67, 187–222.

Botschaftern gemeinsam gegenüber ihren jeweiligen Außenministern vertreten wurden.[43] Die Rolle und Aufgaben der Botschafterkonferenz waren zwischen 1895 und 1898 häufiger Gegenstand von Diskussionen.[44] Die im Titel der vorliegenden Dissertation gegenübergestellten Zitate stammen vom britischen Premierminister Robert Cecil Marquess of Salisbury und vom deutschen Kaiser Wilhelm II.; sie repräsentieren zwei gegensätzliche Pole zeitgenössischer Bewertungen der Rolle und der Qualifikation der Botschafter als Kollektivorgan des Konzerts der Großmächte.[45]

Die große Bedeutung, die das Osmanische Reich für die internationale Politik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte, die daraus resultierende Wichtigkeit der Botschafterkonferenz von Konstantinopel, ihr Charakter als nahezu permanent tätiges Kollektivorgan des Konzerts der Großmächte, sowie die ihr zugeschriebene, in sich widersprüchliche Aufgabe, das Osmanische Reich in möglichst stabiler, aber von den Großmächten abhängiger Form zu erhalten, machen die Botschafterkonferenz von Konstantinopel zu einem faszinierenden Forschungsobjekt. Sie existierte in einem außergewöhnlichen Spannungsfeld aus gemeinsamen und Einzelinteressen der durch sie vertretenen Regierungen, aus persönlichen Karriereambitionen der Botschafter und den Zielen verschiedener im Osmanischen Reich engagierten Banken und Investorengruppen. Dies bedeutet, dass die von der Neuen Diplomatiegeschichte favorisierte Rekonstruktion komplexer Kontexte, in die das Denken und Handeln von DiplomatInnen eingebettet ist, sowie die Erforschung von DiplomatInnen als Teil inter- oder transnationaler Gruppen und Netzwerke bei diesem Forschungsgegenstand mit besonderem Gewinn umgesetzt werden können.

Die Kretakrise zwischen 1895 und 1898, die eng mit der Krise um die Massaker an den ArmenierInnen im Osmanischen Reich, dem im Frühjahr 1897 unternommenen Versuch einer international organisierten und oktroyierten Reform der osmanischen Provinzverwaltung, sowie mit dem Griechisch-Osmanischen Krieg von 1897 verbunden ist, stellt ein besonders vielseitiges und geeignetes Fallbeispiel für eine Detailstudie zur Funktion und Arbeitsweise der Botschafterkonferenz dar. Innerhalb des durch die Kretakrise definierten Zeitraums kam es zu mehreren erfolgreichen, selbstständig unternommenen Eingriffen der Botschafter in

[43] Vgl. Verosta, Kollektivaktionen, 46f., 68; vgl. z.B. auch Calice an Gołuchowski, Bujukdere 1895 Oktober 3, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 41A; Telegramme Calices an Gołuchowski, 1895 Oktober 12, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 108, 109.

[44] Einige solcher Fälle werden in der vorhandenen Literatur bereits gestreift: Verosta, Kollektivaktionen, 53–55, 57–59, 90f., 111–115; Für eine besonders lebhafte Debatte über die Kompetenzen der Botschafterkonferenz vgl. Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 November 28, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 49B, D.

[45] Telegramm Salisburys an die Außenministerien von Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn und Russland, London 1896 Oktober 20, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin (PAA Berlin), Orientalia Generalis 5, Bd. 28, R14435; auszugsweise abgedruckt in: DDF 13, 2–4; Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. zum Bericht Münsters an Hohenlohe, Paris 1897 April 7 Nr. 80, abgedruckt in: GP XII/1, 269–271.

die Politik der Großmächte gegenüber dem Osmanischen Reich, zu ihrer versuchten Institutionalisierung als kollektive, internationale Verwaltungsbehörde des Osmanischen Reichs im Namen des Konzerts, sowie zu der einzigen bekannten offiziellen, völkerrechtlich verbindlichen Kollektivrepräsentation des Konzerts durch die Botschafter im Friedensvertrag, der den Griechisch-Osmanischen Krieg von 1897 beendete.[46] Gleichzeitig ist die Kretakrise aber auch mit besonders deutlichen Beispielen des Scheiterns internationaler Vermittlungsaktionen des Konzerts und seiner Diplomaten verbunden, nämlich mit der misslungenen Verhinderung des Griechisch-Osmanischen Kriegs und mit dem Zerfall der Zusammenarbeit der Diplomaten und Regierungen der Großmächte über offene Streitfragen der administrativen Reorganisation des autonomen Kretischen Staats im Frühjahr 1898. Die Tatsache, dass im Zuge der Kretakrise auch andere, temporär einberufene Kollektivorgane der Großmächte, wie Kommissionen der lokalen Konsuln der Großmächte auf Kreta oder der aus den ranghöchsten Schiffskommandanten der vor Kreta stationierten Flottenverbände gebildete „Admiralsrat“ zum Einsatz kamen, ermöglicht interessante Vergleiche und eine Untersuchung des Zusammenspiels der Kollektivorgane des Konzerts auf verschiedenen Ebenen einer internationalen Vermittlungsaktion.

Dennoch und obwohl sie in den Quellen und der einschlägigen Fachliteratur häufig erwähnt wird, wurden die Botschafterkonferenz von Konstantinopel und ihre Vermittlungstätigkeit während der Kretakrise bislang noch nie in den Mittelpunkt einer intensiven historischen Analyse gestellt. Mehrere Werke der klassischen Diplomatiegeschichte thematisieren zwar die Kretakrise und die damit zusammenhängende internationale Intervention, untersuchen sie aber vor allem aus dem Gesichtspunkt der Entwicklung der Bündnissysteme zwischen den Großmächten vor dem Ersten Weltkrieg und mit der – an der älteren Diplomatiegeschichte so oft kritisierten – Beschränkung auf die Entscheidungen „Großer Männer“, vor allem Außenminister und Regierungen.[47] Ariadni Moutafidou konzentrierte sich in ihrer 2003 publizierten Forschung zum Griechisch-Osmanischen Krieg von 1897 ebenfalls auf die Entwicklung von Rivalitäten und Allianzen zwischen den Regierungen der Großmäch-

[46] Zum völkerrechtlich interessanten Auftreten der Botschafterkonferenz als kollektiver, transnationaler Verhandlungs- und Vertragspartner des Osmanischen Reichs im griechisch-osmanischen Friedensvertrag 1897 vgl. Verosta, Kollektivaktionen, 19.

[47] Vgl. z.B. John Ashley Soames Grenville, Gołuchowski, Salisbury and the Mediterranean Agreements 1895–1897, in: Slavonic and East European Review 36/87, London 1958, 340–369; Peter Stein, Die Neuorientierung der österreichisch-ungarischen Außenpolitik 1895–1897, Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft 44, Göttingen 1972, 51–153; Berthold Sutter, Gołuchowskis Versuche einer Alternativpolitik zum Zweibund, in: Helmut Rumpler (Hg.), Der Zweibund 1879. Das deutsch–österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie, Wien 1996, 145–194.

te vor dem Ersten Weltkrieg, die sie vor allem aus griechischer Perspektive analysierte.[48] Ein Gegenstück zur Forschung Moutafidous aus osmanischer Perspektive stellt die 2006 veröffentlichte Analyse der Vorgeschichte des Griechisch-Osmanischen Kriegs von Mehmed Ekinci dar, die sich vor allem mit dem Umgang der Regierungen der Großmächte mit dem drohenden Kriegsausbruch beschäftigt.[49] Eine Monografie Stephan Verostas aus dem Jahr 1988 beleuchtete die Aktivitäten der Regierungen und Botschafter der Großmächte während der Kretakrise aus der Perspektive eines völkerrechtlichen „Digestenwerks" zu den Kollektivaktionen des Konzerts zwischen 1886 und 1914. Verosta sah dabei jedoch von einer Untersuchung der Botschafterkonferenz als Gruppe ab und verstand seine Veröffentlichung mehr als Quellensammlung, eben als „Digestenwerk", denn als Analyse.[50] In jüngerer Vergangenheit war die Kretakrise auch Gegenstand einer Diplomarbeit, die sich aus militärhistorischer Perspektive mit der gemeinsamen Flottenaktion der Großmächte auseinandersetzte.[51] Eine 2011 erschienene Monografie von Pinar Şenişik liefert wertvolle Einblicke in den keineswegs passiven Umgang der osmanischen Behörden mit der Kretakrise.[52] Eine 2012 von Davide Rodogno veröffentlichte Analyse verschiedener Konzepte „humanitärer" Interventionen im Osmanischen Reich und ihrer Wahrnehmung in der Öffentlichkeit Frankreichs und Großbritanniens zwischen 1821 und 1908 bietet innovative Ansatzpunkte zu einer ideengeschichtlichen Kontextualisierung der Arbeit der Botschafterkonferenz während der Kretakrise.[53] Weitere existierende Detailstudien beleuchten einzelne Aspekte des gesellschaftlichen Umfelds der österreichisch-ungarischen Botschaft in Konstantinopel und das Leben und Wirken von Sir Alfred Biliotti, dem britischen Konsul und späteren Generalkonsul auf Kreta.[54]

Es bleibt dieser Dissertation überlassen, unter Heranziehung eines umfangreichen Quellenmaterials aus mehreren internationalen Archiven die Arbeitsweise, die Bedeutung und

---

[48] Moutafidou, Politik Österreich-Ungarns gegenüber dem osmanisch-griechischen Krieg von 1897. Beitrag zur Konflikt und Allianzforschung vor dem Ersten Weltkrieg, Studien zur Geschichtsforschung der Neuzeit 31, Hamburg 2003.

[49] Mehmed Ekinci, The Origins of the 1897 Ottoman–Greek War, Dipl.-Arb. Ankara 2006.

[50] Verosta definiert das Prinzip eines „Digestenwerks" als Sammlung von Beispielen und umfangreichen Quellenauszügen, die Einblicke in das ungeschriebene Gewohnheitsrecht internationaler Beziehungen bietet. Verosta, Kollektivaktionen, 8f.

[51] Irmgard Pangerl, Die Kreta-Mission der k.u.k. Kriegsmarine, Dipl.-Arb. Wien 2008.

[52] Pinar Şenişik, The Transformation of Ottoman Crete. Revolts, Politics and Identity in the late Nineteenth Century, London 2011.

[53] Rodogno, Massacre.

[54] Rudolf Agstner, Der Palazzo di Venezia in Konstantinopel als k.k. Internuntiatur und k.u.k. Botschaft bei der Hohen Pforte 1799–1918 und das Palais in Yeniköy als Sommersitz der k.u.k. Botschaft 1899–1918, in: Rudolf Agstner – Elmar Samsinger (Hgg.), Österreich in Istanbul. K. (u.) K. Präsenz im Osmanischen Reich, Forschungen zur Geschichte des österreichischen Auswärtigen Dienstes 1, Wien/Berlin 2010, 19–108; David Barchard, The Fearless and Self-reliant Servant. The Life and Times of Sir Alfred Biliotti (1833–1915), an Italian Levantine in British Service, in: Studi Micenei ed Egeo-Anatolici 48, Rom 2006, 5–53; Andreas Patera, Die örtliche, bauliche und räumliche Situation der österreichischen Postämter in Konstantinopel, in: Rudolf Agstner – Elmar Samsinger (Hgg.), Österreich in Istanbul. K. (u.) K. Präsenz im Osmanischen Reich, Forschungen zur Geschichte des österreichischen Auswärtigen Dienstes 1, Wien/Berlin 2010, 229–258.

den Kontext der Tätigkeit der Botschafterkonferenz von Konstantinopel als inoffizielles, internationales, autonom agierendes Kollektivorgan des Konzerts der Großmächte am Fallbeispiel der Kretakrise in den Mittelpunkt einer genauen Untersuchung zu stellen. Der Neuen Diplomatiegeschichte soll damit ein Thema erschlossen werden, das reichen Erkenntnisgewinn über die Strukturen und Funktionsweisen der Politik der Großmächte gegenüber dem Osmanischen Reich verspricht.

Fragestellungen

Ziel der vorliegenden Dissertation ist es, am Fallbeispiel der Kretakrise und der mit ihr zusammenhängenden Krisen im Osmanischen Reich zwischen 1895 und 1898 die Tätigkeits- und Funktionsweise der Botschafterkonferenz von Konstantinopel in ihrem politischen, wirtschafts-, sozial- und kulturgeschichtlichen Kontext zu rekonstruieren und zu analysieren.

Karen Gram-Skjoldager erklärte 2011, einer der vielversprechendsten Ansätze der Neuen Diplomatiegeschichte sei die Erforschung des „Doppelmandats von Diplomaten als Vertreter von Nationalstaaten und [Vertreter] einer internationalen Gesellschaft“.[55] In der vorliegenden Dissertation wird davon ausgegangen, dass die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel, nicht nur ein solches „Doppelmandat“, sondern ein noch komplexeres Mehrfachmandat ausübten. Ihre Arbeit war mit Interessenskonflikten unterschiedlichster Art, etwa zwischen der strikten Befolgung der Weisungen ihrer Regierungen, Interventionen von Vertretern wirtschaftlicher und finanzieller Interessensgruppen, eigenen Überzeugungen und dem Konsens ihrer Kollegen verknüpft. Sie fand zudem im Spannungsfeld teils widersprüchlicher Zielsetzungen statt. Zu diesen gehörten die Erhaltung eines einmütigen Konzerts der Großmächte und seiner kollektiven wirtschaftspolitischen Hegemonie über das Osmanische Reich, die Vermeidung eines offenen Konflikts oder Krieges zwischen den Großmächten, aber auch der Ausbau des wirtschaftspolitischen Einflusses der jeweils eigenen Regierung oder Bündnisgruppe, sowie die Erhaltung und wenn möglich politische und wirtschaftliche Stabilisierung des Osmanischen Reichs. Zusätzlich muss man bei einer Untersuchung des Denkens und Handelns der Botschafter der Großmächte in Konstantinopel auch noch persönliche Ambitionen, Rivalitäten, Sympathien und Antipathien, sowie durch nationalistische und kulturelle Stereotypen geprägte Wahrnehmungen der jeweiligen Kollegen, aber auch des Osmanischen Reichs, seiner Behörden und seiner Bevölkerungsgruppen berücksichtigen.

[55] „the focus on diplomats‘ double mandate as representatives of both nation states and international society“, Gram-Skjoldager, Diplomat, 3. Übers. d. Verf.

Der inoffizielle Charakter der Botschafterkonferenz als kollektive Vertretung des Konzerts der Großmächte wirft die Frage auf, wie sehr die Idee eines „Kollektivorgans“ im Denken und Handeln der Politiker und Diplomaten verankert war. Verstanden sich die Botschafter als Gruppe mit einem gemeinsamen „*esprit de corps*“, und inwiefern spiegelte sich ein solches Verständnis in ihrem Auftreten gegenüber den Behörden, der Regierung und dem Sultan des Osmanischen Reichs, aber auch gegenüber ihren jeweils eigenen Regierungen? Wurde der inoffizielle Charakter der Botschafterkonferenz als Problem empfunden und gab es Bestrebungen, sie zu institutionalisieren? Wurden gemeinsame Beschlüsse und politische Linien zwischen den Regierungen der Großmächte vereinbart und von den Botschaftern nur gemeinsam vertreten, oder war es die Aufgabe der Botschafter, zwischen den Positionen ihrer Regierungen gegenüber dem Osmanischen Reich einen Konsens zu erzeugen und vermitteln? Waren die Botschafter der Großmächte nur Repräsentanten, oder konnten sie gemeinsam aktiv in die Politik ihrer Regierungen eingreifen? Welche Rollen und Aufgaben schrieben sich die Botschafter selbst zu? Welche Rollen und Aufgaben wurden ihnen von ihren Regierungen, aber auch in der öffentlichen Wahrnehmung durch Zeitungen und Zeitungskorrespondenten zugeschrieben?

Da die Botschafterkonferenz aufgrund ihrer permanenten Aktivität im Untersuchungszeitraum das noch am ehesten institutionalisierte, aber keinesfalls das einzige Kollektivorgan zur Vertretung des Konzerts war, stellt sich außerdem die Frage, welche anderen Kollektivorgane im Kontext der Kretakrise existierten und inwiefern die Botschafterkonferenz mit ihnen kooperierte. Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit von Regierungen, Konsuln und im Fall gemeinsamer Flottenaktionen die Zusammenarbeit von Schiffskommandanten der Großmächte im Vergleich zur Zusammenarbeit der Botschafter? Erfüllten die verschiedenen Kollektivorgane des Konzerts verschiedene Aufgaben auf verschiedenen Ebenen, oder gab es Konkurrenzverhalten und Koordinationsdefizite?

Aus dem Anspruch der Regierungen der Konzertmächte, in Konflikten, deren Vermittlung vom Konzert übernommen wurde, allein entscheidungsberechtigt zu sein, ergibt sich ferner die Frage, inwiefern und in welcher Form die Botschafterkonferenz und andere Kollektivorgane diesen Anspruch verkörperten. Wurden Forderungen, Wünsche und Sorgen der Konfliktparteien von den vermittelnden Vertretern der Großmächte ernst genommen und Vertreter der Konfliktparteien in die Vermittlung einbezogen? Wie sehr waren die osmanische Regierung, die griechische Regierung oder die Vertreter der von der Vermittlung der Großmächte betroffenen Bevölkerungsgruppen in die Vermittlung während der Kretakrise involviert? Inwieweit waren sie bereit, die Vertreter der Großmächte als entscheidungsbefugtes

„Direktorium“ im Namen Europas hinzunehmen? Mit welchen Mitteln und bis zu welchem Grad konnte die Botschafterkonferenz ihre Beschlüsse gegenüber den Konfliktparteien der Kretakrise durchsetzen?

Quellen und Methoden

Im Sinne einer Erforschung der Botschafterkonferenz als internationales Kollektivorgan des Konzerts der Großmächte würde eine Herangehensweise aus möglichst vielen verschiedenen Perspektiven unter Berücksichtigung von Quellenmaterial aus den diplomatischen Archiven aller damaligen sechs Großmächte, des Osmanischen Reichs und Griechenlands den Idealfall darstellen. Aufgrund der beschränkten zeitlichen und finanziellen Mittel war dies innerhalb einer Dissertation jedoch nicht möglich. Um dennoch eine einseitige Perspektive zu vermeiden, stützt sich die vorliegende Forschungsarbeit auf diplomatisches Archivmaterial der Botschaften, Konsulate und Außenministerien von immerhin drei verschiedenen, für die Kretakrise besonders relevanten Großmächten. Die untersuchten Archivbestände umfassen die im Wiener Haus- Hof- und Staatsarchiv aufbewahrte österreichisch-ungarische diplomatische Korrespondenz, Akten des britischen Foreign Office aus den Londoner National Archives und Quellenmaterial zur deutschen Außenpolitik aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin.

Die österreichisch-ungarischen diplomatischen Akten sind für eine Rekonstruktion der Arbeit der Botschafterkonferenz während der Kretakrise besonders relevant. Der österreichisch-ungarische Außenminister Agenor Graf Gołuchowski der Jüngere berief sich besonders häufig und lautstark auf die Erhaltung des Status Quo und die Einmütigkeit des „Konzerts“ als wichtigste Grundsätze seiner Außenpolitik.[56] Gleichzeitig war sein Blick auf die internationale Politik zwischen den Jahren 1895 und 1898 aber von der ständigen Angst geprägt, dass im Fall einer Krise im Osmanischen Reich russische Truppen Konstantinopel oder die Meerengen zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer besetzen, somit eine russische Hegemonie über ganz Südosteuropa begründen und dort den wirtschaftlichen und politischen Einfluss Österreich-Ungarns verdrängen könnten. Gołuchowskis Bedürfnis, bei inneren Krisen im Osmanischen Reich initiativ auf gemeinsame Interventionen aller Großmächte hinzuarbeiten, beruhte daher nicht notwendigerweise auf einem grundsätzlichen Interesse an internationaler Kooperation, sondern vor allem auf seiner konkreten Angst vor unilateralen

[56] Vgl. die Reden, in denen Gołuchowski 1896 und 1897 vor den österreichischen und ungarischen Delegationen die Grundsätze seiner Außenpolitik erklärte. Das Exposé des Grafen Goluchowski, *Fremdenblatt*, Wien 1896 Juni 9, Abendblatt, 2–3; Die Delegationen, in: *Fremdenblatt*, Wien 1896 Juni 10, Morgenblatt, 1–5; Das Exposé des Grafen Gołuchowski, in: *Fremdenblatt*, Wien 1897 November 21, Morgenblatt, 1–6.

Interventionen des Russischen Reichs, denen durch ein stets gemeinsames Vorgehen aller Großmächte vorgebeugt werden sollte.[57] Die Ambiguität seiner Motive verleiht der Dynamik zwischen Gołuchowski und der Botschafterkonferenz besondere Bedeutung für eine Erforschung des Spannungsfelds zwischen internationaler Kooperation und Bündnispolitik und für eine Analyse der Motivationen hinter der Befürwortung oder Ablehnung einer Delegierung von Entscheidungskompetenzen an die Botschafter in Konstantinopel.

Der österreichisch-ungarische Botschafter in Konstantinopel, Heinrich Freiherr Calice, nahm außerdem unter seinen Kollegen eine Sonderstellung ein. Als dienstältester Botschafter leitete er als Doyen oder Ehrenvorsitzender die Tagungen der Botschafterkonferenz, galt als ebenso erfahren wie einflussreich und war eine Schlüsselfigur für die erfolgreiche Durchsetzung der gemeinsamen Ratschläge der Botschafter gegenüber den eigenen Regierungen und gegenüber den Entscheidungsträgern des Osmanischen Reichs.[58] Eine Analyse der Arbeit und Funktionsweise der Botschafterkonferenz während der Kretakrise ohne eine Analyse der persönlichen Überzeugungen, der Vernetzung und des Einflusses von Calice scheint unmöglich.

Die Einbeziehung der Aktenbestände des britischen Foreign Office ist ebenfalls aus mehreren Gründen von großer Bedeutung. Sowohl der britische Botschafter in Konstantinopel, Sir Philip Henry Wodehouse Currie, als auch der britische Konsul auf Kreta, Sir Alfred Biliotti, nahmen unter den Botschaftern und Konsuln der Großmächte eine sehr aktive und einflussreiche Position ein. Sie waren während der Massaker an den ArmenierInnen 1895 und während der Kretakrise zwischen 1896 und 1898 unter ihren jeweiligen Kollegen die führenden Proponenten eines „humanitären“ Interesses an Interventionen zur Vermeidung von Massakern und zum Schutz der Zivilbevölkerung, das aus dem Kontext des Handelns und Denkens der Vertreter der Großmächte im Osmanischen Reich nicht wegzudenken ist.[59] Die den Höhepunkt der Tätigkeit der Botschafterkonferenz während des Untersuchungszeitraums bildende Beauftragung mit einer umfassenden Verwaltungsreform des gesamten Osmanischen

[57] Vgl. Marija Wakounig, „Das Sitzen zwischen zwei Stühlen.“ Sozial–politische Entwicklungstendenzen in den Anfangsjahren der Ära Agenor Gołuchowski, in: Studia Historica Slovenica 2/2, Maribor 2002, 387–398, hier 390–393, 395;Wakounig, Grandseigneur, 21f., 147; Isabel Friederike Pantenburg-Lankheit, Alternativen zum Zweibund? Probleme Österreichisch-Ungarischer Bündnispolitik 1897–1908, Phil.Diss. Bonn 1993, 159, 176.
[58] Berthold Sutter, Machtteilung als Bürgschaft des Friedens. Eine Denkschrift des Botschafters Heinrich von Calice 1896 zur Abgrenzung der Interessensphären zw. RUS und ÖU am Balkan, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 37, Wien 1984, 290–324, hier 291–293; Eduard Ritter von Steinitz (Hg.) – Wladimir Freiherr Giesl von Gieslingen, Zwei Jahrzehnte im Nahen Orient, Berlin 1927, 32f.; 60f.; Ratibor an Caprivi, Wien 1894 Oktober 22, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843; Marschall an Hohenlohe, Pera 1897 Dezember 25, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843, 323; abgedruckt in: GP XII/2, 441–446.
[59] Calice an Kálnoky, Konstantinopel 1895 Mai 16, HHStA Wien, PA XII/161 Nr. 21C; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Juli 18, HHStA Wien, PA XII/161 Nr. 30G; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel, 1895 November 28, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 49D; Barchard, Servant, 13, 18f., 30–32; Zürrer, Nahostpolitik, 98, 107, 116; Zum Phänomen „humanitärer“ Interventionen im Osmanischen Reich zwischen 1815 und 1914 vgl. Rodogno, Massacre.

Reichs ging außerdem auf eine Initiative des britischen Premierministers Lord Salisbury vom 20. Oktober 1896 zurück. Dies macht eine Untersuchung der Wahrnehmung und Rezeption der Botschafterkonferenz sowie ihrer Arbeit durch Lord Salisbury essentiell.[60]

Die Aktenbestände des deutschen Auswärtigen Amtes in Berlin stellen aus zwei Gründen eine besonders interessante Ergänzung zu den beiden genannten Archivbeständen dar. Zum einen beinhalten sie besonders genaue Aufzeichnungen zu den Besprechungen und politischen Einflussnahmen der Delegierten des internationalen „Verwaltungsrats der Osmanischen Staatsschuld"; sie bieten wertvolle Einblicke in die wirtschaftspolitischen Hintergründe, den Einfluss von Banken und privaten Investorengruppen auf die Politik der staatlichen Vertreter der Großmächte gegenüber dem Osmanischen Reich.[61] Zum anderen war es der überraschende Rückzug des deutschen Kontingents von der internationalen Vermittlungsaktion auf Kreta, der am 16. März 1898 die kollektive Zusammenarbeit der Vertreter aller Großmächte auf Kreta beendete.[62] Dieser Rückzug stand in engem Zusammenhang mit der Unzufriedenheit des deutschen Kaisers Wilhelm II. mit der Kooperation zwischen den Großmächten und der Tätigkeit der Botschafterkonferenz von Konstantinopel. Dies macht eine Untersuchung der Dynamik zwischen der Botschafterkonferenz und den außenpolitischen Entscheidungsträgern des Deutschen Reichs zum unabdingbaren Bestandteil einer Analyse der Stärken und Schwächen, Erfolge und Misserfolge der Botschafterkonferenz im Umgang mit der Kretakrise.[63]

Die Botschafter des Russischen Reichs und der Französischen Republik in Konstantinopel, Aleksandr Ivanovič Nelidov und Paul Pierre Cambon, hatten ebenfalls ganz wesentlichen Einfluss auf die Politik ihrer Regierungen und den Umgang der Botschafterkonferenz mit der Kretakrise. Sie erhoben ebenso wie ihre vorgesetzten Außenminister immer wieder den Anspruch auf die Führungsrolle bei Kollektivinitiativen der Vertreter der Großmächte. Die Zusammenarbeit und Gegnerschaft dieser beiden Diplomaten, sowie die so genannten „gemeinsamen Instruktionen", die sie während der Kretakrise von ihren verbündeten Regierungen erhielten, waren allerdings bereits 1970 Gegenstand einer bis heute unübertroffenen Untersuchung Werner Zürrers zur französischen und russischen Politik gegenüber dem Os-

[60] Vgl. Telegramm Salisburys an die Außenministerien von Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn und Russland, London 1896 Oktober 20, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 28, R14435; auszugsweise abgedruckt in: DDF 13, 2–4;

[61] Vgl. die Bestände PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 20–23, R12448–R12451; auf den Verwaltungsrat der Osmanischen Staatsschuld und seine Bedeutung wird in Kapitel I ausführlich eingegangen.

[62] Gołuchowski an Liechtenstein, Pasetti, Wolkenstein, Deym, Calice, Wien 1898 März 19, HHStA Wien, PA XII/ 290; abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 164f.; Zürrer, Nahostpolitik, 391.

[63] Das in den Titel dieser Dissertation aufgenommene Zitat, demzufolge die Botschafterkonferenz „eine Schande für uns Europäer" gewesen sei, stammt aus den Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. zum Bericht Münsters an Hohenlohe, Paris 1897 April 7 Nr. 80, abgedruckt in: GP XII/1, 269–271.

manischen Reich in den ersten sechs Jahren nach dem Abschluss der Militärkonvention von 1892.[64] Eine Nichtberücksichtigung des Quellenmaterials der außenpolitischen Archive in St. Petersburg und Paris im Rahmen der vorliegenden Dissertation ist somit zwar bedauerlich, lässt sich aber durch Rückgriff auf die existierende Literatur und Aktenpublikationen besser kompensieren als eine eventuelle Nichtberücksichtigung der Archive in Wien, Berlin und London. Das gleiche gilt für die außenpolitischen Archive des Königreichs Italien, dessen Botschafter in Konstantinopel, Alberto Pansa, während des Untersuchungszeitraums wohl auch wegen des zeitgleichen Scheiterns italienischer Eroberungsversuche in Äthiopien kaum durch Initiativen hervortrat.[65] Die Wahrnehmung der Kretakrise und der Vermittlungstätigkeit der Vertreter der Großmächte aus der Perspektive griechischer und osmanischer Behörden sowie die Ansichten der Anführer der christlichen und muslimischen Bevölkerungsgruppen Kretas werden durch die Berücksichtigung von in den erwähnten Archivbeständen erhaltenen Petitionen, Denkschriften und Beschwerden, sowie unter Rückgriff auf die entsprechende Fachliteratur einbezogen.[66]

Das aus den genannten Archivbeständen und den entsprechenden Aktenveröffentlichungen bestehende diplomatische und wirtschaftspolitische Aktenmaterial wird durch andere Quellengattungen, wie die persönlichen Lebenserinnerungen von Diplomaten und Mitarbeitern der Botschaften, die Memoiren von auf Kreta und in Konstantinopel aktiven Zeitungskorrespondenten, sowie zeitgenössische ethnografische und historiografische Populärliteratur ergänzt. Diese zusätzlichen Quellen erleichtern es, sich der Wahrnehmung des Osmanischen Reichs und der Kretakrise durch Diplomaten und Politiker anzunähern.[67] Eine Untersuchung der Berichterstattung über die Botschafterkonferenz und die Kretakrise in österreichisch-ungarischen, britischen und deutschen Zeitungen und Illustrierten bietet Einblicke in die öf-

[64] Zürrer, Nahostpolitik.
[65] Dülffer, Kreta-Krise, 17; Pansa fiel in den Jahren zwischen 1895 und 1898 lediglich durch sein Engagement für die von den Politikern und Diplomaten Österreich-Ungarns unterstützten Bemühungen der italienischen Regierung auf., eine Mitgliedschaft Italiens im Kreis der so genannten „Armenienmächte“ zu erreichen, die gemeinsam die Umsetzung von Verwaltungsreformen in den östlichen Provinzen des Osmanischen Reichs überwachten. Calice an Gołuchowski, Buyukdere, 1895 Oktober 24, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 44B; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Dezember 31, HHStA Wien, PA XII/166 privat.
[66] Vgl. Ekinci, Origins; Lilly Macrakis, Venizelos‘ Early Life and Political Career in Crete 1864–1910, in: Paschalis Kitromilides (Hg.), Eleftherios Venizelos. The Trials of Statesmanship, Edinburgh ²2008, 37–86; Moutafidou, Politik; Şenişik, Transformation; Ioannis Zelepos, Die Ethnisierung griechischer Identität 1870–1912. Staat und private Akteure vor dem Hintergrund der „Megali idea“, München 2002, 79–83.
[67] Henry Bickford-Smith, Cretan Sketches, London 1898; Paul Cambon, Correspondence 1870−1924 I, Paris ⁵1940; Ernst Fabricius, Die Insel Kreta, in: Geographische Zeitschrift 3, Leipzig 1897, 361−380, 425−442, 489−507; Ardern Hulme-Beaman, Twenty Years in the Near East, London 1898; Elpis Melena [Esperance Schwartz], Die Insel Kreta unter der ottomanischen Verwaltung, Wien 1867; Ernst Rutkowski (Hg.), Briefe und Dokumente zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie unter besonderer Berücksichtigung des böhmisch–mährischen Raumes. Teil I. Der Verfassungstreue Großgrundbesitz 1880–1899, Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 51/1, München/Wien 1983; Steinitz – Giesl, Jahrzehnte; Solomon Wank (Hg.), Aus dem Nachlass Aehrenthal. Briefe und Dokumente zur österreichisch-ungarischen Innen– und Außenpolitik 1885–1912, Bd. 1, Graz 1994.

fentliche Wahrnehmung der Botschafterkonferenz außerhalb der Außenministerien und Regierungen.[68] Die Einbeziehung der Akten der Presseabteilung des österreichisch-ungarischen Außenministeriums, des so genannten „Literarischen Bureaus", zeigt außerdem die Einbindung der Botschafter in die Pressepolitik ihrer Regierungen und die Bedeutung, die die untersuchten Botschafter und Diplomaten ihrer Wahrnehmung durch Journalisten und Zeitungen zuschrieben.[69]

Die Untersuchung des Quellenmaterials erfolgt mit den Mitteln der qualitativen Textanalyse und wird durch eine umfangreiche, mehrsprachige Fachliteratur ergänzt. Ortsnamen werden grundsätzlich in der im zeitgenössischen Aktenmaterial bevorzugten Schreibweise angegeben, wobei heutige und alternative historische Versionen der Ortsnamen bei der jeweils ersten Nennung in Fußnoten beigefügt sind. Osmanische oder türkische Personennamen und Bezeichnungen werden in der im heutigen Türkisch üblichen Schreibweise angegeben. Die Transkription griechischer Orts- und Personennamen orientiert sich an den international üblichen Regeln des „United States Board on Geographic Names" und des „Permanent Committee on Geographical Names for British Official Use" (BGN/PCGN). Auf russische Personennamen wurden die Regeln der deutschsprachigen wissenschaftlichen Transliteration angewandt, Datumsangaben dem Gregorianischen Kalender entsprechend vereinheitlicht, obwohl im Russischen Reich bis 1918 und in Griechenland bis 1924 der Julianische Kalender gültig war. Lediglich bei den Quellenangaben in Russland verfasster Aktenstücke wurde die zeitgenössische Konvention im Russischen Reich akkreditierter Diplomaten beibehalten, das Datum nach beiden Kalendern anzuführen. Bei personenbezogenen Bezeichnungen, die sich auf Männer und Frauen beziehen, kommt die geschlechtsneutrale Form mit dem so genannten „Binnen-I" zur Anwendung. Wird bei den Bezeichnungen für Personengruppen wie die „Politiker" oder „Diplomaten" der in der Kretakrise intervenierenden Großmächte die rein männliche Form verwendet, so verweist dies darauf, dass den so bezeichneten Personengruppen zum damaligen Zeitpunkt tatsächlich jeweils nur Männer angehörten. Da die vorliegende Forschungsarbeit mit der Botschafterkonferenz von Konstantinopel eine Gruppe offizieller Diplomaten im Staatsdienst in den Mittelpunkt der Untersuchung stellt, bezeichnet das Wort „Diplomaten", wenn nicht anders ausgewiesen, im Folgenden immer staatliche Diplomaten, und nicht die manchmal als „private DiplomatInnen" bezeichneten Privatpersonen mit inter-

[68] Die untersuchten Zeitungen stammen aus der Sammlung Mikroformen der Österreichischen Nationalbibliothek (ÖNB) Wien, sowie aus ANNO, dem Online-Zeitungsarchiv der ÖNB, abrufbar auf http://anno.onb.ac.at/, 2012 Dezember 2. Auch im diplomatischen Aktenmaterial der erwähnten Archivbestände enthaltene Zeitungsausschnitte wurden in die Untersuchung einbezogen.

[69] Die diesbezüglich untersuchten Bestände umfassen die Schuber PL69, PL69 und PL260 im HHStA Wien.

nationalen Vermittlungsaufgaben.[70] Was die in der Arbeit enthaltenen Bilder betrifft, so habe ich mich bemüht, die Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und gegebenenfalls ihre Zustimmung zur Verwendung einzuholen. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.

[70] Vgl. Weisbrode, Task, 2.

I. Das Osmanische Reich und die Botschafterkonferenz von Konstantinopel am Vorabend der Kretakrise 1895

I.a. Das System des „Konzerts der Mächte“ und die internationale politische Situation 1895

I.a.1. Das Osmanische Reich und das europäische Konzert

Die 1890er Jahre, die wegen der noch nicht abgeschlossenen Herausbildung der späteren Bündnissysteme des Ersten Weltkriegs von Magnus Brechtken als „Scharnierzeit“ bezeichnet werden, boten flexible Möglichkeiten zur dynamischen Kooperation zwischen den diplomatischen und politischen Vertretern der Großmächte.[71] Zwar existierten bereits seit 1882 der „Dreibund“ zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien und seit 1892 eine 1894 offiziell bekannt gegebene Militärkonvention zwischen Frankreich und dem Russischen Reich, parallel dazu aber bestanden von 1887 bis 1896 die als „Mittelmeerentente“ oder „accord à trois“ bekannten Absprachen zwischen den Regierungen Großbritanniens, Italiens und Österreich-Ungarns zur Abwehr einer möglichen russischen Expansion in Südosteuropa, sowie zwischen 1887 und 1890 der russisch-deutsche „Rückversicherungsvertrag“ über wechselseitige wohlwollende Neutralität im Kriegsfall mit Frankreich beziehungsweise Österreich-Ungarn.[72] Ein Bündnis des Deutschen Reichs mit Großbritannien, Russland oder sogar Frankreich schien ebenso denkbar wie ein häufig gefordertes und 1897 wenigstens teilweise realisiertes Arrangement zwischen den politischen Entscheidungsträgern Österreich-Ungarns und des Russischen Reichs über eine gemeinsame politische Linie gegenüber den Staaten Südosteuropas.[73]

Während sich in den 1890er Jahren die kolonialistischen und wirtschaftspolitischen Ambitionen einzelner Großmächte an einer ganzen Reihe von Krisenherden in Afrika, Südostasien und Südamerika in Konkurrenz gegenüberstanden, berührte die so genannte Orienta-

[71] Brechtken, Scharnierzeit, 356f.; Dülffer, Kreta-Krise, 14f.
[72] Für Details zu den genannten Bündnissystemen vgl. Holger Afflerbach, Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 92, Wien/Köln/Weimar 2002, 1–486; Grenville, Gołuchowski, 340–369; Pantenburg-Lankheit, Alternativen; Stein, Neuorientierung, 51–153; Sutter, Versuche, 145–194.
[73] Für eine kompakte Zusammenfassung der internationalen politischen Lage vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 15–19. Zur Definition der Begriffe „Südosteuropa“ und „Balkan“ vgl. z.B. Edgar Hösch – Karl Nehring – Holm Sundhaussen, Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, Wien/Köln/Weimar 2004, 81f., 663–665; Holm Sundhaussen, Was ist Südosteuropa und warum beschäftigen wir uns (nicht) damit?, Südosteuropa–Mitteilungen 5–6/42, München 2002, 93–105.

lische Frage in unterschiedlicher Weise die Interessen und Ziele aller Großmächte. Allein die Tatsache, dass 17 der 42 protokollierten internationalen Konferenzen und Kongresse zwischen 1814 und 1914 sich diesem Thema oder einem Teilaspekt davon widmeten, belegt, dass man sich der Gefahr eines die bestehende internationale Ordnung umwerfenden „Großen Kriegs“ bewusst war und daher versuchte, diese durch Anwendung des ganzen Spektrums der erwähnten Handlungsmöglichkeiten abzuwenden.[74] Die Orientalische Frage bestand im Wesentlichen aus der Unklarheit, wie die Politiker und Diplomaten der europäischen Großmächte mit der politischen und wirtschaftlichen Instabilität des Osmanischen Reichs umgehen sollten. Dessen Erhaltung als souveräner Staat mit unverletzlicher territorialer Integrität galt dabei nicht im selben Ausmaß als Selbstverständlichkeit, wie im Fall von Staaten, die der so genannten „europäischen Völkerfamilie“ zugerechnet wurden.[75] Dass das Osmanische Reich kein vollwertiges Mitglied dieser „Familie“ war, war unter den MonarchInnen, Politikern und Diplomaten der Großmächte eine allgemein akzeptierte Konsensmeinung, die je nach politischer Weltanschauung kulturimperialistisch mit „orientalischer Barbarei“, rassistisch mit „asiatischer Degeneriertheit“, religiös mit „islamischem Irrglauben“, oder liberal mit den Attributen „Despotie“, „Korruption“ und „schlechte Verwaltung“ argumentiert wurde. Aufgrund der mit diesen Topoi umschriebenen, tatsächlichen oder imaginären Abweichungen von den jeweils eigenen, als „überlegen“ erachteten weltanschaulichen Normen sahen die außenpolitischen Entscheidungsträger das Osmanische Reich nur insofern als „erhaltenswert“ an, als sie die indirekten Konsequenzen seines Zerfalls in der internationalen Politik fürchteten.[76] Es gab innerhalb dieser Logik eine breite Palette möglicher Antworten auf die Orientalische Frage. Eine Möglichkeit war etwa die Unterstützung des Osmanischen Reichs durch wirtschaftliche Investitionen und Militärhilfe bei gleichzeitigem eigenen Profit, oder die Verordnung von Reformen zur Anpassung an eigene politische und gesellschaftliche Normen. Ebenso denkbare Alternativen waren dagegen die Unterstützung nationalistischer Unabhängigkeitsbestrebungen innerhalb des osmanischen Vielvölkerreichs zur „Befreiung“ christlicher Minderheiten und Schaffung ethnisch homogener Nationalstaaten, oder auch die territoriale Aufteilung des Osmanischen Reichs zwischen den Großmächten, möglichst im Konsens und unter Wahrung eines Gleichgewichts der Kräfte.

Im Lauf des 19. Jahrhunderts wurden von verschiedenen Seiten alle diese Optionen angedacht und wenigstens teilweise umgesetzt. Die Unabhängigkeitsbestrebungen neu for-

[74] Schulz, Normen, 684f.
[75] Zur Definition dieses Schlagwortes und den Bedingungen, unter denen ein Staat zur „Familie“ gerechnet wurde, vgl. Rodogno, Massacre, 20f., 36–54.
[76] Ebda. 36–54.

mierter Nationen innerhalb des Osmanischen Reichs, sowie die territorialen und machtpolitischen Ambitionen einzelner Großmächte führten zwischen 1814 und 1878 zur etappenweise erfolgten Loslösung Griechenlands, Serbiens, Rumäniens, Montenegros und Bulgariens von der Herrschaft des Sultans. In Verbindung damit kam es zu zwei großen Kriegen zwischen dem Russischen und Osmanischen Reich. Auf diese Erschütterungen folgten zwar großangelegte Neuordnungs- und Stabilisierungsversuche mit internationalen Garantien auf der Konferenz von Paris 1856 und dem Berliner Kongress 1878, diese waren jedoch nur teilweise erfolgreich.[77] Neben Gebietsverlusten durch Unabhängigkeitserklärungen verlor das Osmanische Reich dabei auch Territorien an die Großmächte. So gingen gemäß den Bestimmungen des Berliner Kongresses 1878 Bessarabien und einige südlich des Kaukasus gelegenen Provinzen an Russland. Bosnien-Herzegowina und der Sandschak von Novipazar wurden von Österreich-Ungarn mit internationalem Mandat zur „Befriedung“ unter nomineller Beibehaltung osmanischer Oberhoheit besetzt, Zypern nach gleichem Muster durch Großbritannien okkupiert. Das zuvor in einem Vasallenverhältnis zum Osmanischen Reich stehende Tunesien wurde in Reaktion auf Zahlungsunfähigkeit der örtlichen Machthaber gegenüber europäischen Investoren 1881 von Frankreich besetzt, während britische Truppen und Beamte mit ähnlicher Begründung 1883 die Kontrolle über Ägypten übernahmen.[78]

Die regelmäßige Gewährung von Krediten, Engagement im großangelegten Auf- und Ausbau eines Eisenbahnnetzes, der Abschluss von vorteilhaften Handelsverträgen und profitablen Rüstungsgeschäften bei gleichzeitiger Entsendung von Militärberatern führten zu außergewöhnlich weitreichendem wirtschaftlichem Einfluss europäischer Banken und Investorengruppen aus allen Großmächten.[79] Dieser Einfluss stärkte wiederum den Wunsch nach Erhaltung des Osmanischen Reiches unter möglichst weitgehender internationaler Kontrolle zur Sicherung des Profits der umfangreichen Investitionen.[80] Die vielfältigen Forderungen

[77] Bridge, Österreich-Ungarn, 224, 252–257; Shaw – Shaw, Reform, 189–192.
[78] Vgl. dazu Shaw – Shaw, Reform, 191–195; Donald Quataert, Part IV. The Age of Reforms 1812–1914, in: Halil İnalcık – Donald Quataert (Hgg.), An Economic and Social history of the Ottoman Empire 1300 – 1914, Cambridge 1994, 759–946, hier 766–768.
[79] Quataert, Reforms, 798–898; Şevket Pamuk, Appendix: Money in the Ottoman Empire 1326–1914, in: Halil İnalcık – Donald Quataert (Hgg.), An Economic and Social history of the Ottoman Empire 1300 – 1914, Cambridge 1994, 947–986, hier 969-974; Shaw – Shaw, Reform, 221–238; Zürrer, Nahostpolitik, 20–27.
[80] Der französische Botschafter in Konstantinopel Paul Cambon erklärte im Dezember 1896, diese Investitionen seien so beträchtlich, dass man sich einen politischen Zusammenbruch des Osmanischen Reichs – ganz abgesehen von den Auswirkungen auf die internationale Politik – schon allein wirtschaftlich nicht leisten könne. Zürrer, Nahostpolitik, 150. Zu Umfang und Aufteilung der indirekten Investitionen europäischer Banken und Kreditgeber im Rahmen der Osmanischen Staatsschuld, die im Jahr 1881 141,5 Millionen Türkische Pfund [£T] umfasste, siehe Zürrer, Nahostpolitik, 20f. Daneben gab es auch umfangreiche direkte Investitionen europäischer Banken und Unternehmen im Osmanischen Reich. So waren 1895 auf osmanischen Territorium zwei britische, fünf französische, zwei deutsche und eine österreichisch-ungarische Eisenbahngesellschaft aktiv, aber keine einzige Eisenbahnlinie im Besitz des osmanischen Staats oder osmanischer Privatunternehmer. Neben der britisch-französischen „Osmanischen Bank“ mit 66 Filialen waren im Osmanischen Reich die griechische „Banque de

auch nach politischen und gesellschaftlichen Reformen im Sinn einer Übernahme westlicher Normen gingen ursprünglich auf Eigeninitiative des Osmanischen Reichs während der 1839 eingeleiteten, als *Tanzimat* bezeichneten Reformperiode zurück, in der die Sultane Mahmud II., Abdülmecid I. und Abdülaziz I. das Ziel einer Stärkung des Reichs durch militärische, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Imitation westlicher Großmächte verfolgt hatten. Allerdings übten spätestens seit 1856 auch die Großmächte entsprechenden Druck aus, gemäß der sich nur bedingt bewährten Idee, solche Reformen müssten das Osmanische Reich automatisch „stabiler" machen.[81] Mit wachsendem Einfluss der Medien in Großbritannien, Frankreich und Italien, aber auch Deutschland und Österreich-Ungarn wurde ein Druck der Öffentlichkeit im Sinne der Idee wirksam, die als überlegen betrachtete europäische Zivilisation müsse in den „barbarischen", „rückständigen Orient" getragen werden.[82] Außerdem hatte sich die Mehrheit der Großmächte spätestens mit dem Krimkrieg 1853–1856 auf die politische Linie festgelegt, dass eine Zerschlagung und Aufteilung des Osmanischen Reichs wegen der sich überlappenden strategischen Interessen der Großmächte mit einer zu hohen Gefahr eines allgemeinen Kriegs zwischen ihnen verbunden wäre und daher keine präferierte Option darstelle. Das Osmanische Reich wurde daher 1856 im Frieden von Paris sozusagen „auf Bewährung" in die „europäische Völkerfamilie" aufgenommen und in die vom Konzert zu erhaltende internationale Ordnung einbezogen. Dies geschah aber nur unter dem Vorbehalt einer entschlossenen Durchführung von Reformen, die nun nicht mehr als eine selbstbestimmte Maßnahme mit dem Ziel einer Stärkung des Reichs, sondern als eine fremdbestimmte Verpflich-

---

Mételin" mit elf Filialen, die „Deutsche Bank" mit zwei Filialen, die österreichisch-ungarische „Wiener Bank" mit einer Filiale, und die französische „Crédit Lyonnais" mit sechs Filialen vertreten, während die „Banque de Salonique" mit 14 Filialen ein französisch-österreichisch-ungarisch-osmanisches Gemeinschaftsprojekt war. Die französische „Société des Quais" verwaltete den Hafen von Smyrna (heute türkisch: İzmir), die britisch-französische „Société Anonyme Ottomane des Quais, Docks et Entrepôts de Constantinople" den Hafen von Konstantinopel, die von der „Osmanischen Bank" und mehreren französischen Banken betriebene „Compagnie Ottomane du Port, des Quais et Entrepôts de Beyrouth" den Hafen von Beirut und die deutsche Gesellschaft „Port d'Ismidt" den Hafen von İzmit (heute türkisch: İzmit). Die vier im Osmanischen Reich existierenden Gas- und Elektrizitätsgesellschaften wurden von britischen, französischen, belgischen und deutschen Geschäftspartnern betrieben und auch hinter allen vier Straßenbahngesellschaften standen französische, deutsche, schweizerische, britische und belgische Unternehmer. Die osmanische Industrie und Rohstoffverarbeitung wurde von hunderten britischen, französischen, belgischen, deutschen, französischen Unternehmen unterschiedlichster Größe, sowie durch internationale Investorengruppen betrieben. Siehe Necla Geyikdağı, Foreign Investment in the Ottoman Empire. International Trade and Relations 1854–1914, London/ New York 2011, 74–133.

[81] Für eine detaillierte Analyse der als *Tanzimat* bezeichneten Reformen, ihrer Wurzeln und Auswirkungen siehe Quataert, Reforms, 761–776; Shaw – Shaw, Reform, 1–171; Dieter Weiss – Steffen Wippel (Hgg.) – Heiko Schuß, Wirtschaftskultur und Institutionen im Osmanischen Reich und der Türkei, Berlin 2008, 110–115.

[82] In Österreich-Ungarn etwa war der Gedanke einer entsprechenden „historischen Mission" zur „Zivilisierung" des Balkans quer durch die unterschiedlichsten ideologischen und politischen Lager populär, während Großbritannien eine entsprechende Mission in Bezug auf Ägypten beanspruchte. Vgl. Andreas Rathberger, Der Blick auf den Balkan. Klischees, Ängste und Wunschvorstellungen über den Balkan in der Öffentlichkeit der Habsburgermonarchie 1848–1914, Dipl.-Arb. Wien 2007, 23–28; Andreas Rathberger, Balkanbilder. Vorstellungen und Klischees über den Balkan in der Habsburgermonarchie im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Wien 2009, http://www.kakanien.ac.at/beitr/fallstudie/ARathberger1/, 2011 März 2, 7f.; Edward Said, Orientalism. Western Conceptions of the Orient, London/New York 1995, 31–36.

tung zur „Zivilisierung“, also Anpassung an von den Vertretern der Großmächte vorgegebene Normen, fortgesetzt wurde.[83] In einem 1866 erschienenen französischen Fachbuch über die Reformen im Osmanischen Reich hieß es in diesem Zusammenhang, „die Türkei befindet sich unter Vormundschaft“.[84]

Auf dem Berliner Kongress wurde diese Entwicklung 1878 bestätigt und unter weiter zu Ungunsten des Osmanischen Reichs veränderten Rahmenbedingungen fortgeführt. Ausgehend von der Annahme, dass die dem russisch-osmanischen Krieg von 1877–1878 vorangehenden Aufstände in Bosnien-Herzegowina und Bulgarien auf unzureichende Fortschritte bei den Reformen zurückzuführen waren, musste sich das Osmanische Reich nun vertraglich zu einer Reihe konkreter Reformen verpflichten. Diese Reformen zielten auf stärkere Selbstbestimmung der Bevölkerung und regionale Autonomie vor allem christlicher Ethnien innerhalb des Reiches ab. Die Umsetzung der Reformen sollte von den Signatarmächten des Vertrags, also von den Großmächten des europäischen Konzerts, überwacht und garantiert werden.[85]

Dass die Souveränität und territoriale Integrität des Osmanischen Reichs aber trotz dieser Verpflichtung nicht völlig unantastbar waren, zeigten in den 1880er Jahren die erwähnten Besetzungen von Tunesien und Ägypten durch Frankreich und Großbritannien, die Krise um die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien und der serbisch-bulgarische Krieg von 1886.[86] In den 1890er Jahren sollten die Integrität und Souveränität des Osmanischen Reichs durch einen Konflikt um die Rechte der im ganzen Reich verteilt lebenden armenischen Minderheit und einen blutigen Aufstand und Bürgerkrieg auf der osmanisch beherrschten Insel Kreta weiter erschüttert werden. Diese Ereignisse in den Jahren zwischen 1895 und 1898 bilden den zeitlichen Rahmen dieser Arbeit.

I.a.2. Die Politik der Großmächte gegenüber dem Osmanischen Reich in den 1890er Jahren

Die Politik der außenpolitischen Entscheidungsträger des Russischen Reiches in der Orientalischen Frage war in den 1890er Jahren weder völlig eindeutig noch einheitlich. Grundsätzlich dominierte unter dem Einfluss des mächtigen Finanzministers Sergej Jul'evič Vitte der Wunsch, in Südosteuropa und im Osmanischen Reich möglichst ohne großen Aufwand den Status Quo zu erhalten. Dies sollte es möglich machen, alle politischen, wirtschaft-

[83] Rodogno, Massacre, 45–47.
[84] „La Turquie est en tutelle.“ Eugène Morel, La Turquie et ses réformes, Paris 1866, zitiert bei Rodogno, Massacre, 47. Übers. d. Verf.
[85] Siehe §23 und §61 des Berliner Vertrages und die Verpflichtung des Osmanischen Reichs zu Reformen in den europäischen Provinzen, den „armenischen Provinzen“ und auf Kreta. Strupp, Urkunden, 211, 220; vgl. Rodogno, Massacre, 47–53; Verosta, Kollektivaktionen, 35f.
[86] Quataert, Reforms, 766–768; Shaw – Shaw, Reform, 191–200.

lichen und militärischen Kräfte des Reichs für den Ausbau einer russischen „Interessensphäre“ in Ostasien und China aufbieten zu können, wo vor das Britische Empire als mit Russland heftig rivalisierende Kolonialmacht auftrat. Andererseits gab es seitens einzelner russischer Militärs und Diplomaten auch den Wunsch, wie schon zwischen 1876 und 1878 unter dem Einfluss von Nikolaj Pavlovič Graf Ignat'ev, erneut aktiv auf eine russische Hegemonie über Südosteuropa und das Osmanische Reich hinzuarbeiten.[87] Ein gewisser Konsens bezüglich der verschiedenen Ansichten zu den Zielen der russischen Außenpolitik bestand darin, dass man die als „Schlüssel zum Schwarzen Meer“ betrachteten Dardanellen und die osmanische Hauptstadt Konstantinopel, wenn schon nicht selbst besetzen, so doch wenigstens keinesfalls der Kontrolle einzelner oder mehrerer fremder Großmächte überlassen wollte.[88]

Das Interesse französischer Politiker und Diplomaten am Osmanischen Reich war vor allem in der besonders hohen Beteiligung französischen Kapitals an der osmanischen Wirtschaft begründet. Zusätzlich bestanden aber auf alten Sonderrechten zum Schutz der im Osmanischen Reich lebenden KatholikInnen fußende französische Ansprüche auf den Libanon und Syrien sowie die seit 1881 bestehende französische Besetzung des ehemals osmanischen Tunesiens. Die Regierung Frankreichs engagierte sich zum Schutz der Interessen französischer Investoren stark für die Erhaltung und Reform des Osmanischen Reichs unter internationaler Kontrolle.[89] Tatsächlich stammten 1881 von den gesamten osmanischen Staatsschulden in der Höhe von 141,5 Millionen Türkischen Pfund [£T] immerhin 40 Prozent von französischen Gläubigern.[90] Gleichzeitig war die Außenpolitik der französischen Regierung von Rivalität und Misstrauen gegenüber Großbritannien in der Kolonialpolitik und gegenüber dem Deutschen Reich wegen Elsass-Lothringen geprägt. Die französische Außenpolitik setzte daher große Hoffnungen auf die Zusammenarbeit mit Russland, das seit 1892 durch eine erst 1894 publik gemachte Militärkonvention mit Frankreich verbündet war. Die tatsächliche Tragfähigkeit dieser Zusammenarbeit war 1895 aber noch nicht erwiesen.[91]

---

[87] Für einen Überblick über die verschiedenen Strömungen und Machtfaktoren in der russischen Außenpolitik 1875–1895 siehe Wakounig, Grandseigneur, 90–105; 116–127; vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 15f.; Zürrer, Nahostpolitik, 27–31, 127–137, 183–189. Zu den außenpolitischen Konzepten Vittes vgl. außerdem Tschirschky an Hohenlohe, St Petersburg 1897 April 4/ März 23, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 72, R12248 Nr. 164; abgedruckt in: GP XII/1, 82f. Zum Einfluss Ignat'evs und der Panslawisten auf die russische Außenpolitik vgl. Marija Wakounig, Dissens versus Konsens. Das Österreichbild in Russland während der Franzisko-Josephinischen Ära, in: Adam Wandruszka – Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie im System Internationaler Beziehungen, Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VI/2, Wien 1993, 436–490.

[88] Genau in diesen Worten formulierte der russische Zar Nikolaj II. die Grunddevise der russischen Politik gegenüber dem Osmanischen Reich im Rahmen eines Staatsbesuchs beim britischen Premierminister im September 1896. Zürrer, Nahostpolitik, 167.

[89] Ebda., 20–27; Dülffer, Kreta-Krise, 16f.

[90] Zürrer, Nahostpolitik, 20f.

[91] Vgl. Zürrer, Nahostpolitik, 30f.

Die britische Außenpolitik unter dem 1895 neu an die Regierung gelangten konservativen Premierminister Robert Cecil Marquess of Salisbury sah sich an vielen Punkten des weltweiten britischen Kolonialimperiums gleichzeitig von Frankreich, dem Russischen Reich und dem Deutschen Reich herausgefordert. Sie stand daher vor der schwierigen Aufgabe, trotz proklamierter „splendid isolation“ und dem starken Misstrauen der rivalisierenden Großmächte, Partner für wenigstens punktuelle Zusammenarbeit zu finden und die begrenzten Kräfte auf einzelne, besonders sensible Krisenherde zu konzentrieren. Der Erhaltung des Status Quo in Bezug auf das Osmanische Reich wurde dabei in den 1890er Jahren angesichts der gefestigten britischen Kontrolle über Ägypten und den Suez-Kanal nicht mehr dieselbe Bedeutung für die weltweiten britischen Interessen eingeräumt wie 1887 beim Abschluss der diesem Ziel gewidmeten „Mittelmeerentente“ mit Italien und Österreich-Ungarn.[92] Ebenfalls von großer Bedeutung für die britische Regierung war die Sensibilität der britischen Öffentlichkeit für humanitäre Fragen, die Lebensumstände der christlichen UntertanInnen des osmanischen Sultans und die Umsetzung der im Berliner Vertrag von 1878 festgeschriebenen Reformen im Osmanischen Reich.[93]

Die Außenpolitik des Deutschen Reiches orientierte sich auch in den frühen Jahren der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. noch an dem berühmten Zitat des Reichskanzlers Otto von Bismarck, wonach die Orientalische Frage nicht die „Knochen des pommerschen Grenadiers“ wert sei. Am Dreibund war man in Berlin vor allem als Absicherung gegen eine mögliche französische Rückeroberung des Elsass interessiert. Kaiser Wilhelm II. und seine Regierung hegten darüber hinaus ein starkes Misstrauen gegen die Politik Großbritanniens, das man aus einer Position der Stärke heraus zum bindenden diplomatischen Anschluss an den Dreibund „zwingen“ wollte, und versuchte, Konflikte mit Russland möglichst zu vermeiden.[94] Noch 1895 zielte die deutsche Außenpolitik in der Orientalischen Frage vor allem darauf ab, Österreich-Ungarn zu einem Arrangement mit Russland zu bringen und verhielt sich ansonsten geradezu demonstrativ passiv.[95] Daneben bestanden jedoch wachsende wirtschaftspolitische Engagements deutscher Banken und Investoren im Osmanischen Reich, profitable Rüstungsgeschäfte mit dem Sultan und die Anwesenheit deutscher Militärberater in Konstantinopel. Die deutsche Außenpolitik wurde in zunehmendem Maß von Misstrauen gegen Großbritannien geprägt. Im Zusammenhang damit kam im Lauf der 1890er Jahre die Idee auf, der

[92] Zur Mittelmeerentente und ihrem Verfall zwischen 1895 und 1896 vgl. Grenville, Mediterranean Agreements, 340–369; Pantenburg-Lankheit, Alternativen , 153-158; Stein, Neuorientierung, 80–153.
[93] Dülffer, Kreta-Krise, 15f.; Keith Neilson, Britain and the last Tsar. British Policy and Russia 1894–1917, Oxford 1995, xiii–xv, 112–117, 160f.; vgl. Zürrer, Nahostpolitik, 106–117.
[94] Vgl. Stein, Neuorientierung, 1.
[95] Vgl. Francis Roy Bridge, From Sadowa to Sarajewo. The Foreign Policy of Austria-Hungary 1866–1914, London/Boston 1972, 217; Stein, Neuorientierung, 52–54; Sutter, Versuche, 156–158.

Sultan könnte als Kalif und weltliches Oberhaupt des sunnitischen Islams ein nützlicher Verbündeter gegen das britische Empire mit seinen vielen muslimischen UntertanInnen in den Kolonien sein.[96] Auch im Zuge der in den 1890er Jahren vorbereiteten Doktrin der „Weltpolitik" war das Deutsche Reich wenig gewillt, parallel zu seiner Jagd nach einem „Platz an der Sonne", in Konkurrenz zu den etablierten Kolonialmächten besondere Energien für eine engagierte internationale Zusammenarbeit im Konzert der Mächte aufzuwenden.[97]

Die italienische Regierung sah sich ebenso wie die französische und britische mit einer Öffentlichkeit konfrontiert, die sich durch die Medien besonders leicht für die Rechte vor allem christlicher Minderheiten im Osmanischen Reich begeistern ließ. Auch gab es in der italienischen Außenpolitik der 1890er Jahre durchaus Bestrebungen in Richtung einer Seemacht- und Kolonialpolitik im Mittelmeerraum sowie in Nordafrika. Als realpolitisch schwächste Großmacht[98] und in Folge des 1895–1896 mit großem Aufwand betriebenen und spektakulär gescheiterten Versuchs Italiens, Äthiopien zu erobern, war die italienische Regierung zwischen 1895 und 1898 aber nicht in der Lage, einen besonders bestimmenden Einfluss auf die Politik des Mächtekonzerts gegenüber dem Osmanischen Reich auszuüben.[99]

Die österreichisch-ungarische Außenpolitik dagegen war ab 1895 in besonders auffallendem Ausmaß daran interessiert, zur Erhaltung des Status Quo im Osmanischen Reich auf die Strukturen und Werkzeuge des „Konzerts der Großmächte" zurückzugreifen. In markanter Abkehr vom eher zurückhaltenden Kurs des bis 1895 amtierenden Außenministers Gustav Graf Kálnoky wurde nun aktiv auf die Initiierung möglichst einmütiger Kollektivaktionen aller Großmächte hingearbeitet. Dies lag aber nicht nur an altruistischer Begeisterung für internationale Zusammenarbeit und die Bewahrung des Weltfriedens, sondern vor allem am Bedürfnis, das als Bedrohung empfundene Russland durch Einbindung in Kollektivaktionen an Einzelaktionen zu hindern, und die übrigen Großmächte zur Verteidigung österreichisch-ungarischer Hegemoniebestrebungen in Südosteuropa gegen Russland einzusetzen.

---

[96] Vgl. z.B. Hatzfeld an Hohenlohe, London 1897 Jänner 27, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 37, R14444 Nr. 59. Für entsprechende Sorgen im Britischen Außenministerium siehe Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 August 29, TNA PRO London, FO 78/4713 Nr. 683.

[97] Brechtken, Scharnierzeit, 322–330; Dülffer, Kreta-Krise, 18f.; Catrine Clay – Michael Müller (Übers.), König – Kaiser – Zar. Drei königliche Cousins, die die Welt in den Krieg trieben, München 2008, 247f.

[98] Seit der als Abschluss der italienischen Einigungskriege geltenden Annexion Roms 1870 wurde das Königreich Italien von den übrigen Konzertmächten als Großmacht behandelt. Seine politischen und diplomatischen Repräsentanten nahmen 1878 als gleichberechtigte Mitglieder des europäischen Konzerts am Berliner Kongress teil. Das Königreich galt jedoch aufgrund seiner beschränkten politischen, militärischen und wirtschaftlichen Macht als „geringste unter den Großmächten". In der Historiographie findet man häufig die Einschätzung, das Königreich Italien sei von den übrigen Konzertmächten nur „aus Höflichkeit" wie eine Großmacht behandelt worden. Paul Kennedy, The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict From 1500 to 2000, New York 1989, 204–206.

[99] Dülffer, Kreta-Krise, 17.

Während seiner Amtszeit von 1881 bis 1895 hatte Kálnoky jene Ziele verfolgt, die im Prinzip seit dem Verlust der politischen Vormachtstellung in Deutschland 1866 und besonders seit dem Berliner Kongress 1878 den Kurs der Donaumonarchie bestimmten. Demnach ging es vor allem darum, die neu entstandenen Staaten in Südosteuropa in wirtschaftspolitischer Abhängigkeit von Österreich-Ungarn zu halten. Gleichzeitig galt es, sich vor dem als gefährlicher Rivale gesehenen Russischen Reich zu schützen.[100] Nachdem die zwischen 1885 und 1887 akute Bulgarienkrise beinahe zum Krieg zwischen Russland und Österreich-Ungarn geführt hatte, gelangte Kálnoky jedoch zu der Einsicht, dass die bestehenden Bündnisse der Monarchie keinen ausreichenden Schutz vor den katastrophalen Folgen eines solchen Krieges bieten konnten und es unbedingt notwendig sei, das Verhältnis zum Russischen Reich zu verbessern.[101] Nach jahrelangen Bemühungen des österreichisch-ungarischen Botschafters in St. Petersburg, Anton Graf Wolkenstein-Trostburg, und der erfolgreichen Bewährung seines Nachfolgers, Franz de Paula Prinz von und zu Liechtenstein, schien die Ausgangssituation für einen außenpolitischen Ausgleich mit Russland zu Beginn des Jahres 1895 vielversprechend.[102]

Nach dem Rücktritt Kálnokys im Zuge der innenpolitischen Agliardi-Affäre setzte dessen Nachfolger als Außenminister, Agenor Graf Gołuchowski der Jüngere, ab Mai 1895 den Kurs einer Annäherung an Russland bei gleichzeitiger betonter Zurückhaltung in der Orientalischen Frage nur kurze Zeit und nur scheinbar fort.[103] Die Berichte des österreichisch-ungarischen Botschafters in Konstantinopel, Heinrich Freiherr Calice, über fortlaufende Aktivitäten mazedonischer Revolutionäre in Bulgarien und die Bewaffnung von Kämpfern in Mazedonien überzeugten Gołuchowski offenbar von der Notwendigkeit, den Status Quo in dieser von bulgarischen, griechischen und serbischen Nationalisten beanspruchten osmanischen Pro-

[100] Vgl. Pantenburg-Lankheit, Alternativen, 151; Zur Amtszeit Kálnokys vgl. außerdem Walter Rauscher, Zwischen Berlin und St. Petersburg. Die österreichisch-ungarische Außenpolitik unter Gustav Graf Kálnoky 1881–1895, Wien/ Köln/ Weimar 1993, 27–214.

[101] Wakounig, Grandseigneur, 97–104; vgl. auch István Diószegi (Hg.), Die Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1883–1895, Die Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie IV, Budapest 1993, 15f., 20–34; Alan Palmer – Jürgen Abel (Übers.), Glanz und Niedergang der Diplomatie – Die Geheimpolitik der europäischen Kanzleien vom Wiener Kongreß bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, Düsseldorf 1986, 307; Pantenburg-Lankheit, Alternativen, 151–155.

[102] Zu den ersten Monaten Liechtensteins in St. Petersburg siehe Wakounig, Grandseigneur, 107–133; vgl. Aehrenthal an Liechtenstein, Wien 1895 Mai 28, zitiert in: Wakounig, Grandseigneur, 132f.; vgl. auch zur Wahrnehmung der österreichisch-russischen Annäherung in Deutschland Szögyény an Aehrenthal, Berlin 1895 März 18, abgedruckt in: Rutkowski, Briefe, 210f.; Szögyény an Aehrenthal, Berlin 1895 April 21, abgedruckt in: Rutkowski, Briefe, 213f.

[103] Zur Affäre Agliardi und zum Rücktritt Kálnokys siehe Friedrich Engel-Janosi, Geschichte auf dem Ballhausplatz, Graz 1963, 233-259; Rauscher, Außenpolitik, 208-214; Rumpler, Rahmenbedingungen, 36f.; Wakounig, Grandseigneur, 130-132.

vinz aktiv zu verteidigen.[104] Obwohl ihn der russische Außenminister Aleksej Borisovič Fürst Lobanov-Rostovskij bei seinem ersten aktiven, diplomatischen Vorstoß, alle Großmächte zu gemeinsamen ernsten Warnungen der bulgarischen Regierung vor einer Unterstützung der mazedonischen Revolutionäre zu bewegen, tatkräftig unterstützte, regte sich bald das charakteristische Misstrauen des neuen Ministers gegenüber der russischen Regierung.[105] Dies zeigte sich etwa anlässlich der Reise einer bulgarischen Delegation nach St. Petersburg im Juli 1895, die neben der Wiederaufnahme der seit 1886 unterbrochenen diplomatischer Beziehungen zwischen Bulgarien und Russland auch die Bedingungen für eine russische Anerkennung des seinerzeit gegen den Wunsch des Zaren gewählten bulgarischen Fürsten Ferdinand sondieren sollte. Gołuchowski sah darin nicht nur den naheliegenden Wunsch der bulgarischen Regierung nach Normalisierung seiner internationalen Beziehungen, sondern einen bedrohlichen Anstieg russischen Einflusses in Südosteuropa.[106] Diese Wahrnehmung wurde weiter gefördert, als der als vehement antirussischer Politiker bekannte, ehemalige bulgarische Ministerpräsident Stefan Nikolov Stambolov am 15. Juli 1895 – nur zwei Tage vor dem herzlichen Empfang der bulgarischen Delegation in St. Petersburg – in Sofia einem tödlichen Attentat zum Opfer fiel. Die Zeitungen in Österreich-Ungarn waren voll mit wilden Spekulationen über einen Mordauftrag des Fürsten und die blutige Besiegelung eines unheiligen Pakts mit dem Zarenreich.[107] Entsprechende Gedankengänge lagen auch Gołuchowski trotz gegenteiliger Behauptungen nicht fern.[108] Während der internationalen Krise um die Massaker an den ArmenierInnen im Osmanischen Reich 1895 sollte sich dieses Misstrauen Gołuchowskis zur Überzeugung verdichten, die russische Regierung warte trotz aller Beteuerungen, gemeinsam mit den übrigen Großmächten den Status Quo erhalten zu wollen, in Wirklichkeit nur auf eine günstige Gelegenheit zur Besetzung Konstantinopels. Tatsächlich ist in der russischen Politik und Diplomatie der 1890er Jahre nur ein beschränkter Konsens darüber nachweisbar, dass

---

[104] Vgl. die Wiedergabe osmanischer Berichte bei Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Mai 30, HHStA Wien, PA XII/161 Nr. 23B. Offenbar fiel der Meinungsumschwung Gołuchowskis in der zweiten Junihälfte in auffälliger Weise zeitlich mit einem Wienaufenthalt Calices zusammen. Stein, Neuorientierung, 27; Wakounig, Grandseigneur, 137. Zu Calices fortgesetzten Warnungen und Spekulationen über eine drohende Eskalation der Spannungen in Mazedonien siehe Calice an Gołuchowski, Buyukdere, 1895 Oktober 17, HHStA Wien, PA I/462 Nr. 43A–F.; Telegramm Calices an Gołuchowski, Pera 1895 November 12, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 111; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel, 1895 November 14, HHStA Wien, PA I/462 Nr. 47G.

[105] Zur ersten Initiative Gołuchowskis in Bezug auf Mazedonien und Bulgarien siehe Stein, Neuorientierung, 27–29; Wakounig, Grandseigneur, 137–139. Zur Unterstützung durch Lobanov siehe auch Liechtenstein an Gołuchowski, St. Petersburg 1895 Juli 4/Juni 22, HHStA Wien, PA X/105 Nr. 32A–B; Gołuchowski an Liechtenstein, Wien 1895 August 1, HHStA Wien, PA X/104 Nr. 146.

[106] Stein, Neuorientierung, 29–31; Wakounig, Grandseigneur, 141f.

[107] Vgl. z.B. *Neue Freie Presse,* Wien 1895 Juli 17, 1; *Neue Freie Presse,* Wien 1895 Juli 18, 1; *Pester Lloyd,* Budapest 1895 Juli. 17, 2; *Pester Lloyd,* Budapest 1895 Juli 20, 2. Zur Beunruhigung des russischen Botschafters über die heftige Sprache in den Medien siehe Gołuchowski an Liechtenstein, Wien 1895 August 1, HHStA Wien, PA X/104 Nr. 146; Lobanov selbst meinte, er vermute einen privaten Rachemord. Telegramm Liechtensteins an Gołuchowski, St. Petersburg 1895 Juli 17/5, HHStA Wien, PA X/105 Nr. 224/48.

[108] Vgl. Wakounig, Grandseigneur, 142f.

man keiner anderen Großmacht die Kontrolle über die Meerengen zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer zugestehen wollte. Dessen ungeachtet fürchteten Gołuchowski und mit ihm ein Teil der österreichisch-ungarischen Diplomaten sowie Kaiser Franz Joseph I. die Transformation des mächtigen östlichen Nachbarn in ein neues, „panslawistisches Byzanz", dem sich auch die in der Habsburgermonarchie lebenden orthodoxen, slawischen Bevölkerungsgruppen sofort anschließen wollen würden. Diese Möglichkeit wurde als unmittelbar drohend und ihre unbedingte Verhinderung als „Lebensfrage" für die Zukunft der Donaumonarchie empfunden. Die entsprechende Voreingenommenheit Gołuchowskis gegenüber Lobanov und der russischen Regierung erregte nicht nur die Kritik des deutschen Botschafters in Wien, Philipp Fürst Eulenburg, sondern befremdete auch den dortigen britischen Botschafter, Sir Edmund Monson.[109] Auch innerhalb des österreichisch-ungarischen Außenministeriums war sie nicht unumstritten.[110]

Die dennoch sich festigende Überzeugung, dass sich die Monarchie einer drohenden russischen Besetzung Konstantinopels um jeden Preis, notfalls auch militärisch entgegenstellen müsse, bedingte die Notwendigkeit starker, verlässlicher Verbündeter. Schon die Reorganisation der inneren Verwaltungsstruktur des Außenministeriums bei der Amtsübernahme Gołuchowskis zeigte, dass eine diesem Bedürfnis entsprechende Beschäftigung mit den Beziehungen zum Deutschen Reich nun neue Priorität hatte. Schließlich wurde das bisher bezeichnender Weise dem Referat „Überseepolitik" zugerechnete Deutschland nun gemeinsam mit Russland und Frankreich einem neu geschaffenen, eigenen politischen Referat zugeordnet.[111] Allerdings waren der deutsche Kaiser und seine Regierung wie gesagt keineswegs gewillt, für die Verteidigung Konstantinopels die „Knochen des pommerschen Grenadiers" zu riskieren, wollten dem mäßig geliebten Bündnispartner im absoluten Notfall gegen eine russische Invasion zwar zu Hilfe eilen, eine derartige Eskalation aber möglichst vermeiden.[112] Gołuchowskis Ambitionen und Befürchtungen brachte man wenig Verständnis entgegen. Bot-

[109] Lichnowsky an Hohenlohe, Wien 1895 November 2, abgedruckt in: GP X, 148.
[110] Vgl. z.B. Wakounig, Grandseigneur, 154f.
[111] Helmut Rumpler, Die Rechtlich-Organisatorischen und Sozialen Rahmenbedingungen für die Aussenpolitik der Habsburgermonarchie 1848–1918, in: Adam Wandruszka – Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie im System Internationaler Beziehungen, Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VI/1, Wien 1989, 1–121, hier 80f.
[112] Lichnowsky an Hohenlohe, Wien 1895 Oktober 30, abgedruckt in: GP X, 147; vgl. Szögyény an Gołuchowski, Stettin 1895 September 10, HHStA Wien, PA I/462 Nr. 32G. Demzufolge war die Deutsche Regierung zwar grundsätzlich bereit, für die erklärten Interessen Österreich-Ungarns im „Orient" einzutreten, aber eben nur unter dem Vorbehalt „wenn sich die Nothwendigkeit ergeben sollte". Zur Durchsetzung der Idee, der Fortbestand Österreich-Ungarns als Großmacht sei für eine erfolgreiche deutsche Außenpolitik eine unbedingte Notwendigkeit vgl. Stein, Neuorientierung, 52–79; vgl. die Versicherung Kaiser Wilhelms II. an den österreichisch-ungarischen Botschafter, die Monarchie könne sich im Fall einer Bedrohung eines ihrer „Lebensinteressen" vollkommen auf ihn und seine Armee verlassen. Marschall an Hohenlohe, Berlin 1895 November 15, abgedruckt in: GP X, 204f.

schafter Eulenburg tat sie bereits im August 1895 als Symptome des „Russenhasses“ des „polnischen Grafen“ ab, während Wilhelm II. die Entschlossenheit Franz Josephs I., keine russische Herrschaft über Konstantinopel zulassen zu wollen, als „sehr unpraktisch“ kommentierte.[113] Der deutsche Reichskanzler Chlodwig Fürst Hohenlohe-Schillingfürst äußerte in seinen Anweisungen an Eulenburg wiederholt die Befürchtung, Gołuchowskis aktive Politik könnte einen Konflikt mit Russland provozieren, weshalb man ihn in Bezug auf seine Erwartung deutscher Unterstützung im Krisenfall gezielt „ernüchtern“ müsse.[114]

Neben Deutschland sollte gemäß den Vorstellungen Gołuchowskis aber auch Großbritannien dazu verpflichtet werden, Konstantinopel gegebenenfalls militärisch gegen Russland zu verteidigen. Diese Wunschvorstellung beruhte auf der „Mittelmeerentente“ zwischen Großbritannien, Italien und Österreich-Ungarn aus dem Jahr 1887, derzufolge sich diese drei Mächte gemeinsam für den Status Quo und die Unabhängigkeit des Osmanischen Reichs einsetzen und im Fall einer Bedrohung der osmanischen Souveränität über die Meerengen gemeinsame Schritte beraten wollten.[115] Nachdem sich Großbritannien unter dem liberalen Premierminister Archibald Primrose Earl of Rosebery nicht weiter um den Fortbestand des Abkommens gekümmert hatte, war seit Juni 1895 wieder der konservative Salisbury an der Regierung, der es ursprünglich mit verfasst hatte.[116] Im Zuge einer allgemeinen Bestandsaufnahme der Mittel, die ihm zur Fortführung des unter Rosebery begonnenen Engagements in der Armenischen Frage zu Verfügung standen, sprach Salisbury im Juli 1895 gegenüber dem österreichisch-ungarischen Botschafter in London, Franz Graf Deym, die Mittelmeerentente an, die ihm zufolge nach wie vor gültig war.[117] Deyms Meldung nach Wien, dass Salisbury entschlossen sei, eine eventuelle Besetzung Konstantinopels durch Russland keinesfalls zu dulden, musste Gołuchowski als willkommene Bestätigung der von ihm und dem Kaiser vertretenen Standpunkte erscheinen.[118] Die im Zuge der Krise um die Massaker an den ArmenierInnen mehrmals akut gewordene Sorge vor einem britischen Alleingang und die vor allem vom deutschen Kaiser und seiner Regierung geschürten Befürchtungen, Großbritannien würde ganz im Gegensatz zur 1887 vereinbarten Politik die Liquidierung des Osmanischen Reichs beabsichtigen, bestärkten den Außenminister offenbar in seiner Absicht, derartigen Entwicklungen durch festere Vereinbarungen mit Salisbury und eine Annäherung Großbritan-

[113] Eulenburg an Hohenlohe, Ischl 1895 August 8, abgedruckt in: GP X, 139–141.
[114] Hohenlohe an Eulenburg, Berlin 1895 August 19, abgedruckt in: GP X, 141–144; Hohenlohe an Eulenburg, Berlin 1895 November 11, abgedruckt in: Ebda.164–166.
[115] Zu Genese und Wortlaut des Abkommens vgl. Alfred Francis Pribram (Hg.), Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879–1914. Nach den Akten des Wiener Staatsarchivs, Bd. 1, Leipzig 1920, 37–56.
[116] Vgl. Pantenburg-Lankheit, Alternativen, 156f.; Sutter, Versuche, 160f.
[117] Deym an Gołuchowski, London 1895 Juli 11, HHStA Wien, PA I/462 Nr. 18A–C; Deym an Gołuchowski, London 1895 Juli 25, HHStA Wien, PA I/462 Nr. 20A–D.
[118] Deym an Gołuchowski, London 1895 Juli 25, HHStA Wien, PA I/462 Nr. 20A–D.

niens an den Dreibund vorzubeugen.[119] Die Anregung Deyms, die Mittelmeerentente von 1887 nun auch formell zu erneuern, verband sich so mit der Idee einer festen vertraglichen Bindung Großbritanniens, die wohl auch ein Resultat der ständig wiederholten deutschen Warnungen war, Salisbury wolle Österreich-Ungarn und mit ihm den Dreibund zur Verteidigung der Meerengen „vorschicken", um dann ungestört die britische Vormachtstellung im Nahen und Fernen Osten sichern zu können.[120]

Am 9. Dezember 1895 erklärte Gołuchowski daher Deym in einem sehr selbstbewusst formulierten Privatbrief, er beabsichtige nicht die Erneuerung der Mittelmeerentente in ihrer allgemeinen Form von 1887, sondern würde von Großbritannien wie auch von Italien eine Erklärung in einer „unzweideutigen, jeden Hintergedanken ausschließenden" Form einfordern. Allein mit einem solchen, konkretisierten Abkommen sei Russland „im Zaume zu halten".[121] Gołuchowski meinte weiters, er habe den Eindruck gewonnen, Salisbury wolle ihn „vorschieben" und „die Kastanien aus dem Feuer holen" lassen, weshalb der britische Premierminister in der Neufassung des Abkommens auf eine britische Militärintervention festgelegt, ja „gefesselt" werden müsse. Diese Aussage wie auch die Wortwahl Gołuchowskis zeigen, wie sehr er sich die Ansichten des deutschen Kaisers, teilweise sogar dessen Vokabular angeeignet hatte.[122] In einer Weisung vom 16. Jänner 1896 konkretisierte er dann seine Vorstellungen über das neue Abkommen, für das Deym den britischen Premierminister gewinnen sollte. Da Gołuchowski zufolge die Vermeidung einer russischen Kontrolle über die Meerengen „in erster Linie" im Interesse Großbritanniens läge und die österreichisch-ungarische Flotte im Kriegsfall zum Schutz der eigenen Küsten gebraucht werde, sollte die Royal Navy die primäre Verantwortung für die Verteidigung von Konstantinopel übernehmen. Die Unterstützung einer britischen Flottenoperation gegen die osmanische Hauptstadt durch Truppen an Land sollte das dafür von der österreichisch-ungarischen Diplomatie noch zu gewinnende Bulgarien übernehmen, dessen „Rückendeckung" gegen Russland der einzige, indirekte militärische Beitrag der Donaumonarchie sein würde. Für den Fall, dass die britische Regierung

---

[119] Zur Sorge um einen britischen „Teilungsplan" oder einen Alleingang vgl. Szögyény an Gołuchowski, Berlin 1895 August 21, HHStA Wien, PA I/462 Nr. 29D; Hatzfeld an Hohenlohe, London 1895 November 2, abgedruckt in: GP X, 149–151. Zu den „Teilungsgesprächen" zwischen Salisbury und dem deutschen Botschafter in London, Paul Graf Hatzfeld, und ihrer teils bewussten Falschinterpretation siehe Zürrer, Nahostpolitik, 110–114.

[120] Zu der vor allem von Kaiser Wilhelm II. vertretenen Ansicht, das „perfide" Großbritannien treibe ein doppeltes Spiel vgl. die Randbemerkungen des deutschen Kaisers in folgenden diplomatischen Akten: Telegramm Hatzfelds an Auswärtiges Amt, London 1895 November 20, abgedruckt in: GP X, 188f.; Marschall an Hatzfeld, Berlin 1895 November 20, abgedruckt in: Ebda., 208f.; Marschall an Wilhelm II., Berlin 1895 November 21, abgedruckt in: Ebda., 209.

[121] Gołuchowski an Deym, Wien, 1895 Dezember 9, HHStA Wien, PA I/461 privat.

[122] Ebda.; vgl. die Bemerkungen Wilhelms II. zum Telegramm Hatzfelds an Auswärtiges Amt, London 1895 November 20, abgedruckt in: GP X, 188f.; Marschall an Hatzfeld, Berlin 1895 November 20, abgedruckt in: Ebda., 208f.; Marschall an Wilhelm II., Berlin 1895 November 21, abgedruckt in: Ebda., 209; Eulenburg an Hohenlohe, Wien 1895 Dezember 21, abgedruckt in: Ebda., 239–241.

diese Verpflichtung nicht „mit absoluter Gewißheit“ annehme, kündigte Gołuchowski an, die Sicherung der Interessen Österreich-Ungarns „in anderen Combinationen“ suchen zu wollen.[123]

Es überrascht nicht, dass sich Salisbury trotz dieser kaum verhüllten Drohung mit einem russisch-österreichisch-ungarischen Arrangement nicht in der von Gołuchowski erwünschten Weise „fesseln“ ließ. Ganz abgesehen von der fragwürdig geringen Unterstützung, die Österreich-Ungarn im Fall einer britischen Flottenoperation anbot, schrieb die britische Regierung seit der Besetzung Ägyptens im Jahr 1882 der Konservierung osmanischer Souveränität über die Meerengen nicht mehr dieselbe Bedeutung zu, wie dies offenbar Kaiser Franz Joseph I. und sein Außenminister taten.[124] Angesichts der in Großbritannien besonders heftigen Empörung über die Massaker an den ArmenierInnen im Osmanischen Reich hätte sich Salisbury ausgerechnet 1896 besonders schwer getan, vor dem Parlament eine Festlegung auf die militärische Verteidigung der Herrschaft des „blutigen Sultans“ Abdülhamit II. zu rechtfertigen.[125] Salisbury reagierte auf die von Deym vorgebrachten Vorschläge daher von Anfang an mit Verweisen auf die Stimmung der britischen Öffentlichkeit und Fragen nach dem Umfang einer konkreten militärischen Unterstützung Österreich-Ungarns im Ernstfall.[126] Am 4. Februar 1896 schließlich erklärte er Deym, dass er zwar grundsätzlich einem eventuellen russischen Angriff auf Konstantinopel entgegentreten wolle, mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit und die Stimmung im eigenen Kabinett aber keine vertragliche Verpflichtung eingehen würde, die er dann womöglich nicht einhalten könnte. Salisbury erklärte auch, er wolle durch diese Klarstellung vermeiden, weiter dem Verdacht der Dreibundmächte ausgesetzt zu sein, seine Regierung wolle Österreich-Ungarn gegen Russland „vorschicken“.[127] Die Betonung dieses Aspekts deutet darauf hin, dass den britischen Premier die misstrauischen Versuche Gołuchowskis, ihn zu „fesseln“, auch persönlich verärgert hatten.[128]

---

[123] Gołuchowski an Deym, Wien, 1896 Jänner 16, HHStA Wien, PA I/461 Nr. 353.

[124] Pantenburg-Lankheit, Alternativen, 157; Sutter, Versuche, 165. Angesichts von Gołuchowski eigener Überzeugung, die Verhinderung einer russischen Kontrolle über Konstantinopel sei eine „Existenzfrage“ Österreich-Ungarns, erscheint dessen Versuch, dem britischen Premierminister zu erklären, dies sei vor allem die Angelegenheit Großbritanniens, doch als etwas dreist.

[125] Vgl. Pantenburg-Lankheit, Alternativen, 157f.; Sutter, Versuche, 165f. Zur Stimmung in der britischen Öffentlichkeit und zum im damaligen Medienjargon verbreiteten Schlagwort vom „blutigen Sultan“ vgl. Rainer Fritz, Die Armenische Frage im europäischen Kontext, Dipl.-Arb. Wien 2006, 58f., 62–64; Zürrer, Nahostpolitik, 100f., 108f.

[126] Deym an Gołuchowski, London, 1896 Jänner 23, abgedruckt in: Eurof Walters, Unpublished Documents. Lord Salisbury’s Refusal to Revise and Renew the Mediterranean Agreements, in: The Slavonic and East European Review 29/72, London 1950, 267–286, hier 276–278; Telegramm Deyms an Gołuchowski, London, 1896 Jänner 29, abgedruckt Ebda., 278.

[127] Deym an Gołuchowski, London 1896 Februar 6, abgedruckt in: Walters, Refusal, 279–283.

[128] Die in der älteren Literatur anzutreffende Erklärung, Salisbury habe aus Ärger über die Krüger-Depesche des deutschen Kaisers die engere Kooperation mit dessen Verbündeten Österreich-Ungarn abgelehnt, geht auf den

Vor diesem Hintergrund unterschiedlichster Einzelinteressen und gegenseitigen Misstrauens, das Außenminister und Diplomaten hinter jedem Vorschlag eines Kollegen zuallererst eine heimliche Intrige wittern ließ, war es für die Regierungen der Großmächte sehr schwierig, sich bei rasch eskalierenden Krisen im Osmanischen Reich auf eine gemeinsame Linie zu einigen. Ein erfolgreicher Einsatz des europäischen Konzerts als ideelle Grundlage einer gemeinsamen Politik der Regierungen der Großmächte zur Erhaltung des Friedens und zur Wahrung gemeinsamer machtpolitischer Interessen war somit grundsätzlich fragwürdig.

I.b. Monarchen, Minister und Diplomaten. Offizielle und inoffizielle Entscheidungsträger in den Außenministerien der Großmächte

I.b.1. Außenpolitische Entscheidungsträger in Russland, Großbritannien und Frankreich

Die Zusammenarbeit zwischen den Großmächten wurde auch durch die unterschiedlichen Strukturen der außenpolitischen Entscheidungsprozesse, in den Monarchien zudem durch die Rollenverteilung zwischen Souverän, Ministern und Botschaftern, sowie durch den allfälligen Einfluss von Öffentlichkeit und Pressepolitik geprägt.

Im Russischen Reich verfügte der Zar bis zur Schaffung der Duma 1905 über theoretisch unbegrenzte Macht und alle Minister waren einzig ihm gegenüber verantwortlich.[129] Dieses alte, autokratische Prinzip wurde auch vom jungen Zaren Nikolaj II. schon bald nach dessen Thronbesteigung in einer vielbeachteten Rede im Jänner 1895 eigens betont.[130] Andererseits machte Nikolaj II. beim überraschenden Tod seines Vaters und Vorgängers im November 1894 gegenüber engsten Freunden und Verwandten kein Hehl daraus, dass er sich selbst völlig unvorbereitet und ungeeignet für die Übernahme der Regierungsgeschäfte fühle.[131] Schon bald kamen internationale Beobachter ebenso wie Mitglieder des Hofs zu dem

---

entsprechenden Vorwurf Gołuchowskis zurück und scheint allzu sehr darauf abzuzielen, die Schuld an den Misserfolgen von Gołuchowskis Politik auf Deutschland abzuwälzen. Vgl. Sutter, Versuche, 164f.

[129] Zu Wortursprung, Prinzip und Entwicklung der russischen Autokratie vgl. Hans-Joachim Torke, Von der Autokratie zum Verfassungsstaat. Zaren und Kaiser in Russland, in: Hans-Joachim Torke (Hg.), Die Russischen Zaren 1547–1917, Beck'sche Reihe, München ³2005, 11–26, hier 20–24; zu den Machtstrukturen und dem politischen System in Russland unter Aleksandr III. vgl. Heinz-Dietrich Löwe, Alexander III., in: Hans-Joachim Torke (Hg.), Die Russischen Zaren 1547–1917, Beck'sche Reihe, München ³2005, 339–353, hier 344–349; zu den Machtstrukturen und dem politischen System in Russland unter Nikolaj II. bis zur Revolution von 1905–1907 vgl. Heinz-Dietrich Löwe, Nikolaus II., in: Hans-Joachim Torke (Hg.), Die Russischen Zaren 1547–1917, Beck'sche Reihe, München ³2005, 354–375, hier 360–371; Wakounig, Grandseigneur, 282–294; Neilson, Britain, 52–56.

[130] Wakounig, Grandseigneur, 286–288; Neilson, Britain, 53.

[131] Clay – Müller, König, 215; Löwe, Nikolaus II., 359.

Schluss, dass sich die Politik des jungen Zaren hauptsächlich an dem Wunsch orientiere, seinem verstorbenen Vater ein „pflichtbewusster Sohn“ zu sein und seine Mutter nicht zu enttäuschen. Ansonsten aber neige er dazu, der Argumentation desjenigen Beraters zuzustimmen, der ihn jeweils gerade zuletzt beraten hatte.[132] So beeinflussten ihn abwechselnd etwa seine verschiedenen Onkel, sein ehemaliger Lehrer, der Prokurator des Heiligen Synod und einflussreiche Panslawist Konstantin Petrovič Pobedonoscev, oder auch seine eigene Mutter Marija Fedorovna, die nicht nur in wichtigen Personalfragen, wie etwa bei der Besetzung von Ministerämtern, die Fäden zog. Sie bewahrte sich auch eine mit ihrer Herkunft aus dem dänischen Königshaus zusammenhängende, auf den deutsch-dänischen Krieg von 1864 zurückgehende Abneigung gegen das Deutsche Reich und das Haus Hohenzollern, und versuchte, die russische Außenpolitik entsprechend zu beeinflussen.[133] Den Tatsachen, dass auch die griechische Königsfamilie vom dänischen Königshaus abstammte und der griechische Prinz Georg 1891 dem späteren Zaren Nikolaj II. bei einem Attentat in Japan das Leben gerettet hatte, wurde während der Kretakrise eine besondere Bedeutung für die persönliche Haltung des Zaren und seiner Mutter gegenüber Griechenland zugeschrieben.[134] Finanzministers Vitte machte in der Außenpolitik seinen Einfluss dahingehend geltend, dass er anregte, auf eine Erhaltung des Status Quo im Osmanischen Reich und eine Expansion im Fernen Osten hinzuarbeiten. Militärs und Diplomaten wie Ignat'ev oder Aleksandr Ivanovič Nelidov, der russische Botschafter in Konstantinopel, träumten ihrerseits von einer Ausdehnung russischer Herrschaft über Konstantinopel und die Meerengen zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer. Diese unterschiedlichen Anschauungen hatten beim Zaren und damit in der russischen Außenpolitik häufig wechselnde Konjunktur.[135]

Auch der deutsche Kaiser Wilhelm II. bildete sich ein, seinen Cousin „Nicky“, den er für willensschwach hielt und insgeheim als „Heulsuse“ verachtete, durch ein Bombardement von Privatbriefen und Ratschlägen lenken zu können und rivalisierte mit Marija Fedorovna in Intrigen um die Besetzung von Ministerposten durch den Zaren.[136] Der von 1895 bis 1896 amtierende russische Außenminister Lobanov-Rostovskij, der gegen den Wunsch der Zaren-

---

[132] Wakounig, Grandseigneur, 283–294; Clay – Müller, König, 224; Löwe, Nikolaus II., 359f.; Neilson, Britain, 53–55.

[133] Wakounig, Grandseigneur, 119–121, 285. Bereits in den 1880er Jahren hatte sich Marija Fedorovna bemüht, einen entsprechenden Einfluss auf ihren Ehemann Zar Aleksandr III. auszuüben und gemeinsam mit ihrer mit dem britischen Thronfolger verheirateten Schwester Alexandra ein britisch-russisches Bündnis einzufädeln. Clay – Müller, König, 63–75, 79–81.

[134] Clay – Müller, König, 206f.

[135] Wakounig, Grandseigneur, 90–105; 116–127; vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 15f.; Zürrer, Nahostpolitik, 27–31, 127–137, 183–189. Zu den außenpolitischen Konzepten Vittes vgl. außerdem Tschirschky an Hohenlohe, St Petersburg 1897 April 4/ März 23, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 72, R12248 Nr. 164; abgedruckt in: GP XII/1, 82f.

[136] Wakounig, Grandseigneur, 123f., 291f.; Clay – Müller, König, 226f., 252f.

mutter ernannt worden war, verfügte noch über das angesichts dieser Verhältnisse wohl notwendige Durchsetzungsvermögen. Er hatte auch beinahe fünfzigjährige Erfahrung in der Diplomatie und galt international als Garant für eine Außenpolitik des friedlichen Ausgleichs und der Zusammenarbeit Russlands mit den übrigen Großmächten. Dies hinderte freilich seinen österreichisch-ungarischen Kollegen Gołuchowski nicht daran, ihm zu misstrauen und sich nach seinem Tod 1896 abfällig über ihn zu äußern.[137] Lobanovs Tod löste 1896 dann ein mehrmonatiges „Interregnum" in der russischen Außenpolitik aus, die in dieser Zeit von einem lediglich interimistischen Außenminister geführt und durch monatelange Intrigen und Machtkämpfe um die Nachbesetzung beeinflusst wurde.[138] Der schließlich 1897 ernannte Außenminister Michail Nikolaevič Murav'ev galt als Lebemann, Intrigant und Günstling der Zarenmutter, unter dem die Außenpolitik Russlands zwar von großen Ambitionen geprägt, aber auch wieder Beeinflussungsversuchen von verschiedenen Seiten ausgesetzt war und daher international als unbeständig und unberechenbar wahrgenommen wurde.[139]

In Großbritannien hatte Königin Victoria I. indirekteren Einfluss auf die Außenpolitik, den sie hauptsächlich in Form von Meinungsäußerungen und durch die Anbahnung von Hochzeiten von Mitgliedern der königlichen Familie ausübte. Tatsächlich erhielt sie aber auch Abschriften wichtiger diplomatischer Korrespondenzstücke, die der Premierminister mit ihr besprach. Der ab 1895 amtierende konservative Premierminister und Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Lord Salisbury, mit dem sie im Gegensatz zum ihr verhassten Liberalen William Ewart Gladstone in vielen Dingen einer Meinung war, räumte ihr auf diesem Weg einen Einfluss auf die Außenpolitik ein, der in der britischen Presse teilweise kritisiert wurde.[140] Salisbury war durch die von ihm 1887 mitverfasste Mittelmeerentente mit Italien und Österreich-Ungarn dem Gedanken der Erhaltung des Status Quo verpflichtet, dem er offenbar – trotz gegenteiliger Verdächtigungen – auch in den 1890er Jahren treu blieb. Er beurteilte lediglich die praktische Umsetzbarkeit dieses Gedankens zunehmend pessimistischer.[141] Gleichzeitig war er seit seiner Teilnahme an der Konferenz von Konstantinopel 1876 bis

[137] Wakounig, Grandseigneur, 122–127, 166f.; Neilson, Britain, 58.
[138] Wakounig, Grandseigneur, 168–173.
[139] Zu Murav'ev, den recht wechselhaften Beziehungen zwischen Russland und Österreich-Ungarn und der von Intrigen und Misstrauen geprägten„Politik der Nadelstiche" zwischen ihm und Gołuchowski siehe Wakounig, Grandseigneur, 22, 173–178, 184f., 187–193, 210–220, 224–230. Zur entsprechenden Einschätzung Murav'evs durch britische Diplomaten siehe Neilson, Britain, 59f.
[140] Edgar Feuchtwanger – Ansger Popp (Übers.), Englands deutsches Königshaus – von Coburg nach Windsor, Berlin 2010, 133f., 184–188, 201–221. Zu den auch bei Königin Victoria I. wahrnehmbaren, allerdings durch die realen Beschränkungen des Parlamentarismus eingeschränkten, autokratischen Vorstellungen vgl. Clay – Müller, König, 112f.
[141] „But we must continue to hold the old language for though our hopes may be fainter our views of policy are unaltered." [„Doch wir müssen an der alten Sprache festhalten, denn wenngleich unsere Hoffnung schwindet, sind unsere politischen Ansichten unverändert." – Übers. d. Verf.], Salisbury an Currie, ohne Ortsangabe 1896 November 23, zitiert nach Neilson, Britain, 114.

1877, auf der er mit besonders scharfen Reformforderungen einer Deeskalation entgegengewirkt hatte, als besonderer Gegner der Herrschaft des osmanischen Sultans Abdülhamit II. bekannt, stand in der Armenischen Krise wie auch in der Kretakrise unter permanentem Druck von Gladstones radikal gegen den „blutigen Sultan“ und den „unsäglichen Türken“ wetternder Opposition und beklagte sich bei ausländischen Diplomaten oft, dass er sich in diesen heiklen Fragen nicht einmal der vollen Unterstützung seines eigenen Kabinetts sicher sein könne.[142] Der Mitarbeiterstab des britischen Außenministeriums war gespalten zwischen einer älteren und einer jüngeren Generation von Diplomaten und Ministerialbeamten. Die Älteren, zu denen auch Salisbury selbst gehörte, sahen vor allem im Russischen Reich eine Bedrohung des Britischen Empires. Die jüngeren Beamten und Diplomaten betrachteten dagegen das Deutsche Reich mit besonderem Misstrauen.[143]

In der Französischen Republik war die innenpolitische Situation in den 1890er Jahren unbeständig und instabil, was sich in Verfassungskrisen und der Tatsache äußerte, dass es zwischen 1895 und 1898 vier verschiedene Premierminister gab. Jedoch diente in allen diesen Kabinetten Gabriel Hanotaux als Außenminister. Kontinuität und Erfolge in der Außen- und Wirtschaftspolitik waren demzufolge für jede französische Regierung von großer Wichtigkeit. Anstelle eines Monarchen und zusätzlich zu den innenpolitisch wichtigen Reaktionen der französischen Öffentlichkeit auf die Außenpolitik der Regierungen wurde letztere auch von den Vertretern französischer Banken und ihren wirtschaftspolitischen Interessen beeinflusst, die mit deren besonders hoher Beteiligung an der Staatsschuld des Osmanischen Reiches verknüpft waren. Über die Konkurrenz zu den gerade in den 1890er Jahren im Osmanischen Reich expandierenden deutschen Banken und Investorengruppen verbanden sich diese Interessen je nach Konjunktur der russischen Außenpolitik manchmal mit dem Wunsch nach intensiver Zusammenarbeit mit Russland zwecks gemeinsamer Eindämmung des Deutschen Reichs. Teils wirkte dieser letztere Wunsch den französischen Wirtschaftsinteressen im Osmanischen Reich, die nicht unbedingt von Russland geteilt wurden, aber auch entgegen.[144]

---

[142] Vgl. z.B. Deym an Gołuchowski, London, 1896 Jänner 23, abgedruckt in: Walters, Refusal, 276–278; Telegramm Deyms an Gołuchowski, London, 1896 Jänner 29, abgedruckt in: Ebda., 278; Gladstone hatte bereits 1876 mit einer Zeitungskampagne über das als „Bulgarian horrors“ bezeichnete Vorgehen osmanischer Truppen gegen bulgarische Aufständische Druck auf die damalige britische Regierung ausgeübt und Bemühungen um Deeskalation der damaligen Krise durch moderate Reformen seitens der Osmanischen Regierung erschwert. Shaw – Shaw, Reform, 173f.

[143] Neilson, Britain, 4–9, 21–50; Brechtken, Scharnierzeit, 294–297.

[144] Zürrer, Nahostpolitik, 19–31.

I.b.2. Außenpolitische Entscheidungsträger im Deutschen Reich und in Österreich-Ungarn

Die Außenpolitik des Deutschen Reichs wurde stark von der komplexen Persönlichkeit Kaiser Wilhelms II. geprägt. Dieser hatte bei einem Russlandbesuch 1884 dem autokratischen Herrschaftsstil des Zaren Aleksandr III. große Bewunderung entgegengebracht und wollte nach seiner eigenen Thronbesteigung 1888 ebenfalls möglichst autokratisch regieren.[145] Der Kaiser und seine Außenpolitik sorgten in Deutschland wie international ob des auffallenden Geltungsdrangs, der ungewöhnlichen Sprunghaftigkeit und ob der darin zum Ausdruck gebrachten, merkwürdigen Hassliebe zu Großbritannien für Aufsehen – Eigenschaften, die wohl auch in der schwierigen Kindheit des Kaisers begründet lagen. Seine Eltern hatten sich bemüht, einen liberalen, nach britischem Vorbild konstitutionell denkenden Prinzen aus ihm zu machen. Diese Wünsche der Eltern hatten in akutem Widerspruch zum preußisch-monarchischen Einfluss seines Großvaters Kaiser Wilhelm I. sowie zu seiner eigenen Begeisterung für Bismarcks „Blut und Eisen" – Rhetorik, skrupellose „Realpolitik" und Militarismus gestanden und offenbar heftige innere Konflikte ausgelöst.[146] Auch die unsichere eigene Identität als preußisch-deutscher Prinz mit britischer Mutter, die als „Verkrüppelung" empfundenen Wachstumsstörungen im linken Arm und seine möglicherweise nie ausgelebten homoerotischen Neigungen waren offenbar eine starke Belastung für den späteren Kaiser.[147] Jedenfalls fiel er schon vor seiner Thronbesteigung durch Aussagen wie „Britannien muss zerstört werden" auf, ließ unmittelbar nach dem Tod seines Vaters 1888 den Wohnsitz seiner Eltern nach Hinweisen auf britische Intrigen durchsuchen, bezeichnete sein eigenes „englisches Blut" als „Gift" in seinen Adern und träumte davon, das britische Empire aus einer Position der Stärke heraus zu einem Bündnis mit dem Deutschen Reich zu „zwingen".[148]

In Verbindung mit seiner Sprunghaftigkeit und seinem Wunsch, die Staatsgeschäfte möglichst selbst zu lenken, führten diese Eigenschaften zu den berühmten, teils kuriosen Einmischungen Kaiser Wilhelms II. in die Arbeit seiner Regierung und zu spontanen, nicht abgesprochenen Initiativen. So hielt der Kaiser im Oktober 1895 dem Militärattaché der britischen Botschaft, ohne dies vorab mit seinem Außenministerium abgeklärt zu haben, einen spontanen Vortrag darüber, dass Großbritannien durch seine „Selbstsüchtigkeit" aus eigener

[145] Clay – Müller, König, 135–137.
[146] Ebda., 7–38, 85–93, 97–99, 107–115, 135–137, 147–192; Feuchtwanger – Popp, Königshaus, 117–134, 179–183.
[147] Clay – Müller, König, 33–37, 152, 156–159, 185–188; Feuchtwanger – Popp, Königshaus, 117–134.
[148] Clay – Müller, König, 154, 162, 169–192; Feuchtwanger – Popp, Königshaus, 117–134; Brechtken, Scharnierzeit, 309–330.

Schuld international isoliert sei und dem britischen Empire daher nur der Anschluss an den Dreibund übrig bleibe. Er erwarte diesen Anschluss baldmöglichst in Form versiegelter und unterschriebener Garantien. Obwohl das Deutsche Auswärtige Amt rasch ein „erklärendes Schreiben" an den deutschen Botschafter in London nachschickte, wurden die Aussagen des Kaisers im offenbar schockierten britischen Foreign Office vervielfältigt und Kopien an alle Kabinettsmitglieder verteilt.[149] Im Kreis von Vertrauten und Bewunderern prahlte der Kaiser gerne damit, welch grobe Sprache er gegenüber dem britischen Botschafter führe, während Lord Salisbury spitze Bemerkungen über die „allzu menschliche" Natur der deutschen Außenpolitik machte.[150] Die Eigenheiten des Kaisers beeinflussten aber nicht nur den Kurs, sondern auch die Strukturen der deutschen Außenpolitik. So war der deutsche Botschafter in Wien, Philipp Fürst Eulenburg, dessen angebliche Homosexualität 1906 Gegenstand der so genannten „Eulenburg-Affäre" werden sollte, damals ein außergewöhnlich enger Freund des Kaisers, wodurch er großen Einfluss erlangte.[151] Er erarbeitete gemeinsam mit Wilhelm II. ein Konzept, um das „persönliche Regiment" des Kaisers in der Außenpolitik zu stärken. Als Teil dieser Pläne sollte 1897 der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein, als neuer Botschafter nach Konstantinopel geschickt und mit Bernhard von Bülow ersetzt werden, der sich als Protegé Eulenburgs vor allem durch demonstrative Schmeicheleien gegenüber dem Kaiser auszeichnete. Zusammen mit der gleichzeitigen Ernennung des Admirals Alfred von Tirpitz zum Staatssekretär des Reichsmarineamts stellte dies eine Hinwendung zur „Weltpolitik" und „Flottenpolitik" dar, die durch den während der Kretakrise erfolgten personellen und strukturellen Umbau des außenpolitischen Apparats vorbereitet wurde.[152] Das „persönliche Regiment" Wilhelms II. in der deutschen Außenpolitik schlug sich auch darin nieder, dass einzelne Botschafter und Diplomaten sichtlich bemüht waren, in ihren Berichten dem Kaiser zu gefallen und ihm entsprechend seiner Vorurteile nach dem Mund zu reden.[153]

Auch in Österreich-Ungarn betrachtete Kaiser Franz Joseph die Außenpolitik, wie er es bei einzelnen Gelegenheiten sehr direkt ausdrückte, als „seine" Politik, die sein Außenminister in seinem Sinne zu leiten habe.[154] Demzufolge wurde von den Leitern des Außenministeriums keine eigenständige politische Linie, sondern vor allem bedingungslose Loyalität zum

[149] Brechtken, Scharnierzeit, 309f.
[150] Ebda., 310f.
[151] Clay – Müller, König, 156–159, 233–237.
[152] Ebda., 247f.; Brechtken, Scharnierzeit, 322–330.
[153] Vor allem der deutsche Botschafter in London, Paul Graf Hatzfeld zu Trachenberg, schürte kontinuierlich die Vorurteile Kaiser Wilhelms II. über das intrigante „perfide Albion" und baute in seine Berichte über Gespräche mit Lord Salisbury gerne entsprechende Tendenzen ein: Vgl. Zürrer, Nahostpolitik, 110–113.
[154] Engel–Janosi, Geschichte, 9; Rumpler, Rahmenbedingungen, 45f.

Kaiser und möglichst große Übereinstimmung mit dessen Überzeugungen und Vorstellungen erwartet, was sich schon in der persönlichen Auswahl der für das Amt des Außenministers bestimmten Personen durch den Kaiser manifestierte.[155] Neben der Außenpolitik waren die Außenminister auch für die Verwaltung der Familienangelegenheiten des Hauses Habsburg zuständig, was dem offiziellen Titel „Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeussern" zufolge sogar ihre primäre Aufgabe war. Diese Doppelfunktion unterstrich die Bindung der Außenpolitik an den Kaiser und seine Familie.[156] Außenminister Gołuchowski qualifizierte sich für seine 1895 erfolgte Ernennung zum Außenminister dementsprechend nicht nur durch seine Vorerfahrungen im diplomatischen Dienst, durch seine Sprachkenntnisse und guten Umgangsformen. Entscheidend war vielmehr vor allem, dass er als ebenso katholisch, konservativ und loyal zum Kaiser wie sein Vater galt, der Franz Joseph I. in dessen frühen Regierungsjahren als treuergebener Statthalter von Galizien und als Innenminister gedient hatte.[157] Dementsprechend herrschte zwischen dem Kaiser und seinem Minister auch in den meisten außenpolitischen Fragen, wie etwa in der Haltung zum Deutschen Reich und zu Russland, sowie in der Bewertung der Meerengenfrage vollkommene Übereinstimmung, weshalb Interventionen Franz Josephs kaum notwendig waren.[158]

Einzelne wichtige Beamte im Außenministerium lagen in diesen Fragen ebenfalls ganz auf Gołuchowskis Linie und bestärkten ihn darin. Dazu gehörten etwa Julius Freiherr Zwiedinek von Südenhorst, der schon seit Anfang der 1880er Jahre das für die Außenpolitik der Monarchie so wichtige Referat „Russland und Orient" leitete und unter Gołuchowski auch mit der allgemeinen „politischen Lektüre" betraut war, oder Ludwig Ritter Dóczi, der unter Gołuchowski neu ernannte Leiter der Pressestelle, dessen Einfluss Kritik von Gołuchowskis Vorgänger Kálnoky hervorrief.[159]

---

[155] Engel–Janosi, Geschichte, 12; Rumpler, Rahmenbedingungen, 46; Éva Somogyi (Hg.), Die Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1896–1907, Die Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie V, Budapest 1991, XIIf.

[156] Vgl. K. K. Hof– und Staatsdruckerei (Hg.), Hof– und Staats–Handbuch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie für 1895, Wien 1894, 203; Rumpler, Rahmenbedingungen, 11f., 38.

[157] Wakounig, Sitzen, 388; Elfriede Hecht, Graf Gołuchowski als Außenminister von 1895 – 1900, pPhil.Diss. Wien 1951, 2–5; Leo Santifaller (Hg.), Eva Obermayer–Marnach, Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 2, Graz–Köln 1959, 29f.; Eva Wolf., Die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Deutschland unter Gołuchowski (1895– 1906), Phil.Diss. Wien 1967, 5f. Auch die zeitgenössische Presse hob anlässlich der Ernennung Goluchowskis zum Außenminister dessen „bedingungslose Ergebenheit" gegenüber dem Kaiser hervor. Der Wechsel im Ministerium des Aeußern, *Neue Freie Presse*, Wien 1895 Mai 18, 2.

[158] Zur Übereinstimmung zwischen dem Kaiser und seinem Außenminister in diesen Fragen vgl. z.B. Eulenburg an Hohenlohe, Ischl 1895 August 8, abgedruckt in: GP X, 139–141; Eulenburg an Wilhelm II., Wien 1895 November 10, abgedruckt in: GP X, 162–164.

[159] Vgl. Kálnoky an Aehrenthal, Prödlitz 1896 Juni 1, abgedruckt in: Wank, Nachlass, 108–110; Kálnoky an Aehrenthal, Wien 1896 September 20, abgedruckt in: Ebda., 111–113; Rumpler, Rahmenbedingungen, 77, 81; Stein, Neuorientierung, 16f.

Andererseits gab es trotz der im österreichisch-ungarischen diplomatischen Dienst hochgehaltenen Tradition, dass Außenminister selbstständige Meinungsäußerungen ihrer Botschafter nicht schätzten, durchaus auch Diplomaten, die Gołuchowskis Dogma der angeblich unüberwindbaren Gegnerschaft zu Russland kritisierten und anzweifelten. So war Alois Lexa Freiherr Aehrenthal ein besonderer Protegé und enger Mitarbeiter von Gołuchowskis Vorgänger, der 1895 das Außenministerium verlassen und den Gesandtenposten in Bukarest übernommen hatte. Bereits im September 1895 verfasste er eine Denkschrift, in der er Großbritannien als den wahren Gegner des Status Quo im Osmanischen Reich darstellte, und empfahl, mit Russland ein Arrangement über eine Aufteilung Südosteuropas in „Interessenssphären" und die Aushandlung von „Kompensationen" der Monarchie für den Fall russischer Kontrolle über Konstantinopel zu treffen.[160] Auch Liechtenstein, der von 1894 bis 1898 als außerordentlich erfolgreicher Botschafter Österreich-Ungarns in St. Petersburg tätig war, propagierte gegenüber Gołuchowski immer wieder die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit mit Russland. Er stieß beim Minister damit aber auf taube Ohren, bis er angesichts der wiederholten Verschwendung von entsprechenden Gelegenheiten, die er durch seine Bemühungen geschaffen hatte, 1898 seinen Rücktritt einreichte.[161] Auch der allgemein respektierte österreichisch-ungarische Botschafter in Konstantinopel, Heinrich Freiherr Calice, legte am 30. April 1896 ein auf Wunsch Gołuchowskis ausgearbeitetes Memorandum vor, in dem er die Aufteilung der Balkanhalbinsel in russische und österreichisch-ungarische „Interessenssphären" vorschlug und empfahl, den russischen Machtzuwachs durch eine entsprechende Ausdehnung der eigenen „Machtsphäre" und indirekter, wirtschaftlicher Kontrolle bis an die Ägäis zu kompensieren.[162] Gołuchowski beharrte dagegen lange Zeit auf seinem „Dogma" einer Gegnerschaft zum Russischen Reich. Erst im Rahmen der Kaiserentrevue vom April 1897 experimentierte er nach mehrfachem Scheitern seiner eigenen, antirussischen Konzepte eher halbherzig und inkonsequent mit dieser Idee eines Arrangements mit Russland.[163] Calice war jedenfalls als Inhaber des prestigeträchtigen Botschaftspostens in Konstantinopel durchaus in der Lage, in kleineren, konkreteren Fragen Einfluss auf seinen Außenminister auszuüben, oder ihn sogar unbemerkt zu manipulieren, wie man an Beispielen während der armenischen Krise wie auch der Kretakrise sehen kann.

---

[160] Aehrenthal, Denkschrift, Wien 1895, abgedruckt in: Wank, Nachlass, 90–94; vgl. Stein, Neuorientierung, 156f.
[161] Ausführlich beschrieben in Wakounig, Grandseigneur, 134–251.
[162] Calice, Mémoire, Konstantinopel 1896 April 30, abgedruckt in: Eurof Walters, Unpublished Documents. Austro-Russian Relations under Goluchowski 1895– 1906, Part I, in: The Slavonic and East European Review 31/76, London 1952, 212–231, hier 220–229. Zur Vorgeschichte des Memorandums vgl. Stein, Neuorientierung, 162; Sutter, Machtteilung, 294–297.
[163] Zur Kaiserentrevue siehe Wakounig, Sitzen, 392; Wakounig, Grandseigneur, 178–193, 323–325.

I.c. Spione, Investoren und Diplomaten. Das Arbeitsumfeld der Botschafter der Großmächte in Konstantinopel

I.c.1. Das Osmanische Reich unter Sultan Abdülhamit II.

Das unmittelbare Arbeitsumfeld der Botschafterkonferenz von Konstantinopel, das Osmanische Reich unter Sultan Abdülhamit II., war von komplexen Machtstrukturen zwischen teils verdeckten und inoffiziellen Entscheidungsträgern bestimmt. Der Regierungsstil Abdülhamits II. war geprägt durch die Erfahrung innerer und äußerer Bedrohungen zu Beginn seiner Herrschaft, vor allem durch die Absetzung und Ermordung von Sultan Abdülaziz I. und den Sturz seines Bruders und Vorgängers Murat V. 1876, die katastrophale Niederlage im Krieg gegen Russland und die von den Großmächten nach 1878 diktierten Gebietsverluste. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen errichtete Abdülhamit II. 1878 unter lediglich nomineller Beibehaltung der Verfassung ein autokratisches Regime, in dem die Fäden der Macht nicht bei der als „Hohe Pforte“ oder „Pforte“ bezeichneten Regierung, sondern bei ihm selbst und der ihn umgebenden Clique von Palastbediensteten und Günstlingen zusammenliefen.[164]

Zu dieser Clique gehörte unter anderem der als Held des russisch-osmanischen Kriegs verehrte Gazi Osman Paşa, der als „Chef der Palastdienste“[165] Leiter des persönlichen Stabs des Sultans und zugleich Kriegsminister war.[166] Der das Amt des Ersten Sekretärs[167] des Sultans bekleidende Tahsin Paşa fungierte als oberster Berater des Herrschers, während der Stellvertretende Sekretär[168] Ahmet Izzet Bey die gesamte Kommunikation zwischen dem Sultan, dessen Großwesir und der offiziellen Regierung kontrollierte. Die beiden Privatsekretäre des Sultans wurden von Vertretern der internationalen Diplomatie zu den bedeutendsten Machtfaktoren im Herrschaftssystem Abdülhamits gezählt.[169] Ein vom Sultan mit verschiedenen zivilen und militärischen Würdenträgern besetzter „Persönlicher Rat“[170] fungierte nicht nur als Beratungsgremium, sondern war auch für die Kontrolle der verschiedenen Behörden und für die Suche nach Verrätern in Armee und Bürokratie zuständig. Ebenfalls zur ständigen

[164] Quataert, Reforms, 762, 765f.; Weiss – Wippel – Schuß, Wirtschaftskultur, 78, 113f.; Shaw – Shaw, Reform, 211–213; für eine weitere Beschreibung des autokratischen Systems Abdülhamits II., in der dieses allerdings im Gegensatz zu Shaw als radikaler Bruch mit der Reformpolitik des *Tanzimat* dargestellt wird, siehe James J. Reid, Crisis of the Ottoman Empire. Prelude to Collapse 1839–1878, Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 57, Stuttgart 2000, 376–379.
[165] Osman. türkisch: *mâbeyin müşer*.
[166] Shaw – Shaw, Reform, 213.
[167] Osman. türkisch: *baş kâtip*.
[168] Osman. türkisch: *kâtip–i–sani*.
[169] Shaw – Shaw, Reform, 213f. Zur detaillierten Beschreibung des regulären Verkehrs von osmanischen und internationalen Bittstellern bei Tahsin Paşa vgl. Hulme-Beaman, Twenty Years, 295–297.
[170] Osman. türkisch: *Yaverân–i–Ekrem*.

Kontrolle und Überwachung des Verwaltungsapparates diente die von besonders engen Vertrauten des Sultans geleitete Geheimpolizei *Hafiye*. Diese besaß ein über die gesamte Bürokratie verteiltes Netzwerk von Spitzeln und Informanten, die den Auftrag hatten, regelmäßig Memoranden über tatsächliche oder vermeintliche Verschwörungen abzuliefern.[171] Gendarmerie und städtische Polizei standen unter der einheitlichen Verwaltung eines zentralen Polizeiministeriums, konnten somit unabhängig von lokalen Zivilbehörden agieren und auch zu deren Überwachung eingesetzt werden.[172] Häufige, unsystematische Versetzungen von Amtsträgern rundeten dieses ausgeklügelte System zur Verhinderung der Entstehung peripherer Machtzentren oder Verschwörungen ab.[173] In diesem System einflussreicher Privatsekretäre und gegenseitiger Bespitzelung der einzelnen Behörden hatte die eigentliche, offizielle Regierung des Osmanischen Reiches nur wenig reale Macht. Selbst wichtige Großwesire wie Küçük Said Paşa oder Mehmet Kâmil Paşa, ihrerseits Vertraute des Sultans und enge Mitarbeiter bei dessen Fortführung der im *Tanzimat* begonnenen Wirtschafts- und Verwaltungsreformen, konnten im Krisenfall rasch in Ungnade fallen, so dass sie um ihr Leben fürchten mussten.[174] Im Laufe seiner langjährigen Regierungszeit steigerte sich die Angst des Sultans vor Verschwörungen und Attentaten dermaßen, dass sich zahlreiche Legenden um seinen angeblichen Wahnsinn zu ranken begannen.[175]

Ideologisch versuchte Abdülhamit II. seine Herrschaft durch den Rückgriff auf den so genannten „Pan-Islamismus“ abzusichern. Diese „antiwestliche“ Abwehrideologie hatte sich im muslimischen Bevölkerungsteil des Osmanischen Reichs angesichts der häufigen Aufstände christlicher Minderheiten und des Taktierens der Großmächte zwischen „humanitären“ Interventionen und wirtschaftspolitischen Vormachtbestrebungen entwickelt. Auch der durch die Reformen betriebene Abbau von Privilegien der muslimischen Religionsgruppe schürte bei deren Angehörigen Ressentiments gegen die Reformen und gegen christliche Minderheiten. Abdülhamit II. betonte in Reaktion darauf ganz bewusst seine Rolle als Kalif und Oberhaupt des sunnitischen Islam durch den Bau von Moscheen und finanzielle Zuwendungen an Geistliche im In- und Ausland, sowie durch demonstratives Auftreten als Fürsprecher der unter der Herrschaft christlicher Mächte stehenden muslimischen Bevölkerungsgruppen. Damit

[171] Shaw – Shaw, Reform, 214.
[172] Quataert, Reforms, 769f.; Shaw – Shaw, Reform, 215.
[173] Shaw – Shaw, Reform, 218f.; vgl. Quataert, Reforms, 769f.
[174] Vgl. Calice an Gołuchowski, Konstantinopel, 1895 November 14, HHStA Wien, PA I/162 Nr. 47A–H; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Dezember 5, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 126; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Dezember 6, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 127; Telegramme Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Dezember 8, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 129, 130; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Dezember 9, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 132; siehe auch Shaw – Shaw, Reform, 219f.
[175] Joan Haslip, The Sultan – The Life of Abdul Hamid, London 1958, 181–185.

versuchte er, eine ideologische Waffe gegen innere und äußere Gegner seines Regimes zu schaffen.[176] Insofern, als er international in dieser Rolle als reale Bedrohung etwa der Herrschaft des britischen Empires über Indien eingeschätzt wurde, waren seine Bemühungen auch von Erfolg gekrönt.[177] Der Einsatz dieser Ideologie gegen „innere Feinde", also zur Ausgrenzung und Einschüchterung potentiell rebellischer christlicher Minderheiten, führte direkt zu den blutigen Massakern an den ArmenierInnen, die in den Jahren 1894 bis 1896 zwischen 80.000 und 300.000 Menschenleben kosteten.[178] Abdülhamit II. brachte damit das Osmanische Reich an den Rand einer Militärintervention der von der aufgebrachten Öffentlichkeit unter Druck gesetzten Großmächte. Langfristig erzeugte er damit in Staaten wie Großbritannien, Frankreich und Italien eine Stimmung, in der sich auch in der Kretakrise weite Teile der Öffentlichkeit sogleich auf die Seite der christlichen Aufständischen stellen sollten, während Abdülhamit II. als „blutiger Sultan", „roter Sultan", oder auch „Abdul der Verdammte" verteufelt wurde.[179]



Abb.1: Beispiel zur populären Darstellung Abdülhamits II. als „blutiger Sultan" in einer französischen Satirezeitschrift, „Abdul-Hamid, Le Sultan Rouge", *Le Rire*, Paris 1897 Mai 29. 1.

I.c.2. Das *Muharrem*-Dekret und die „Dette Publique"

Auf wirtschaftlicher Ebene funktionierte das Reich von Sultan Abdülhamit II. auf Basis des *Muharrem*-Dekrets von 1881: Nach dem Ende des russisch-osmanischen Krieges 1878 war das Osmanische Reich mit jährlichen Schuldenrückzahlungen in der Höhe von mehr als 80 Prozent der jährlichen Staatseinnahmen und Zahlungsrückständen von vier Jahren bei den

[176] Haslip, Sultan, 173f., 181; Quataert, Reforms, 765f.; Pinar Şenişik, The Transformation of Ottoman Crete. Revolts, Politics and Identity in the late Nineteenth Century, London 2011, 102f.; Shaw – Shaw, Reform, 259f.; vgl. die besonders zentrale Rolle, die James Reid dem Pan-Islamismus als ideologische Grundlage der hamidischen Autokratie zuschreibt. Reid, Crisis, 376–379.
[177] Shaw – Shaw, Reform, 259f.; vgl. z.B. Hatzfeld an Hohenlohe, London 1897 Jänner 27, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd37, R14444 Nr. 59. Für entsprechende Sorgen im Britischen Außenministerium siehe Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 August 29, TNA PRO London, FO 78/4713 Nr. 683.
[178] Zahlenangaben zu den Todesopfer der Massaker an den ArmenierInnen 1894–1896 nach Donald Bloxham, The Great Game of Genocide, Oxford/New York 2005, 51; Tessa Hoffmann, Annäherung an Armenien – Geschichte und Gegenwart, München 1997, 87; Norman Naimark, Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in 20th Century Europe, Cambridge/London 2001, 23.
[179] Vgl. Fritz, Frage, 58f., 62–64; Zürrer, Nahostpolitik, 100f., 108f.

Beamtengehältern am Rande des völligen finanziellen Zusammenbruchs gestanden.[180] Die Oktroyierung einer internationalen Kuratelherrschaft wie in Tunesien und Ägypten konnte aber mit Hilfe des *Muharrem*-Dekrets verhindert werden. Dieses besagte, dass auf Basis von Verhandlungen mit internationalen Gläubigern die Staatsschulden konsolidiert und die jährlichen Rückzahlungen auf 20 Prozent des jährlichen Budgets reduziert würden.[181] Als Gegenleistung gestattete der Sultan die Einrichtung des auch als „Dette Publique" bekannten Verwaltungsrats der Osmanischen Staatsschuld[182], in dem zwei Vertreter Frankreichs, je ein Vertreter der weiteren Gläubigerstaaten Deutschland, Italien und Österreich-Ungarn, ein Vertreter des Osmanischen Reichs, ein gemeinsamer Delegierter Großbritanniens, Belgiens und der Niederlande, sowie ein Sonderdelegierter der vor allem unter Einfluss britischer und französischer Investoren stehenden Osmanischen Bank[183] saßen.[184] Zur Rückzahlung der Staatsschuld waren der Kommission wesentliche Teile der osmanischen Staatseinnahmen verpfändet, wie etwa die Umsatzsteuern auf Alkohol, Salz, Jagd- und Fischlizenzen, Seide, Tabak, die Stempelsteuer, der Zehent auf Seidenproduktion und die noch bestehenden Tributzahlungen der verschiedenen tatsächlichen und nominellen Vasallenstaaten des Reichs.[185] Außerdem übernahm der mit 5.000 Mitarbeitern versehene Verwaltungsapparat der Dette Publique Garantien für die zu erwartenden Minimalgewinne fremder Investoren beim Eisenbahnbau im Osmanischen Reich und verwaltete die Einnahmen der bereits bestehenden Eisenbahnstrecken.[186]

Wenngleich dieses System Abdülhamit II. einen gewissen Ausbau der wirtschaftlichen Kapazitäten seines Reiches und eine erhebliche Steigerung der Staatseinnahmen ermöglichte, verfestigte es doch auch weiter die Kontrolle fremder Investoren über die osmanische Wirtschaft, so dass osmanische Bemühungen um Industrialisierung und Überwindung des Status

[180] Im Budget für das Jahr 1877/1878 standen Einnahmen in der Höhe von 1972.5 Millionen *Kuruş* Rückzahlungen in der Höhe von 1740.4 Millionen *Kuruş* gegenüber. Shaw – Shaw, Reform, 221, 226.Tatsächlich war das Osmanische Reich schon zwischen dem 17. und 18. Jahrhundert in eine durch verschiedene interne und externe Ursachen bedingte Wirtschaftskrise geraten, bevor die Reformen und Kriege des 18. und 19. Jahrhunderts den Kapitalbedarf weiter erhöht hatten und es zu einer eskalierenden Verschuldung gekommen war. Weiss – Wippel (Hgg.) – Schuß, Wirtschaftskultur, 99–109; Shaw – Shaw, Reform, 221–223.
[181] Quataert, Reforms, 773f.; Shaw – Shaw, Reform, 221–223.
[182] Französisch: *Dette publique ottomane;* osman. türkisch: *Düyun–u Umumiye Komisyonu.*
[183] Französisch: *Banque Impériale Ottomane.*
[184] Die Delegierten wurden von den Regierungen der Gläubigerstaaten ausgewählt, hatten aber gleichzeitig die Interessen der privaten Investoren zu vertreten, was zu Interessenskonflikten zwischen politischen Vorgaben und privatwirtschaftlichen Zielsetzungen führen konnte und führte. Murat Birdal, The Political Economy of Ottoman Public Debt, The Library of Ottoman Studies 18, New York 2010, 1–16.
[185] Birdal, Economy, 1–16; Zur traditionellen strategischen und wirtschaftlichen Bedeutung dieser Vasallenstaaten für das Osmanischen Reich vgl. Suraiya Faroqhi, The Ottoman Empire and the World around it, The Library of Ottoman Studies 7, New York 2006, 75–97.
[186] Birdal, Economy, 1–16; Quataert, Reforms, 773–775; Shaw – Shaw, Reform, 223–227; Zürrer, Nahostpolitik, 20–26.

eines reinen Rohstofflieferanten für die bereits industrialisierte Staaten von letzteren effektiv behindert werden konnten.[187]

I.c.3. Die Botschafterkonferenz von Konstantinopel

Das wohl wichtigste Organ zur Vertretung gemeinsamer und separater politischer sowie wirtschaftlicher Interessen der europäischen Großmächte im Osmanischen Reich war in seiner Funktionsweise und seinen Kompetenzen weit weniger klar konstituiert als die rein wirtschaftliche Interessensvertretung der europäischen Investoren. Die Botschafterkonferenz von Konstantinopel wurde im Gegensatz zur Dette Publique niemals durch ein Dekret oder einen internationalen Vertrag offiziell ins Leben gerufen, war aber dennoch etwas wesentlich anderes als die sonst nur zur Lösung konkreter Fragen oder zur Ausarbeitung von Friedensverträgen einberufenen Botschafterkonferenzen in anderen Hauptstädten. Im Gegensatz zu letzteren handelte es sich bei ihr um ein in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts permanent aktives, internationales Kollektivorgan der Großmächte zur gemeinsamen Interessensvertretung und Konfliktvermeidung.[188] Basierend auf den eingangs besprochenen Ansprüchen und Normen des Konzerts der Großmächte, begannen die diplomatischen Vertreter dieser Mächte in Konstantinopel spätestens seit dem Pariser Frieden 1856 gegenüber dem Osmanischen Reich sozusagen als „Verkörperung" des Konzerts aufzutreten und ihren gemeinsamen Forderungen durch Hinweis auf den dahinter stehenden gemeinsamen Willen „ganz Europas" besonderes Gewicht zu verleihen.[189] Dabei findet man trotz der wichtigen Rolle, die die Botschafterkonferenz etwa 1876 im Vorfeld des russisch-osmanischen Kriegs gespielt hatte, weder im Berliner Vertrag von 1878 noch im Pariser Vertrag von 1856 oder in älteren Verträgen des Osmanischen Reichs mit einzelnen Großmächten Hinweise auf eine vertragliche Deckung dieses Anspruchs. In den vor 1897 abgeschlossenen Verträgen wurde die Botschafterkonferenz nicht einmal namentlich als kollektive Institution erwähnt.[190]

Die einfachste, informellste Form der Zusammenarbeit zwischen den diplomatischen Vertretern der Großmächte in Konstantinopel war der gegenseitige Informationsaustausch unter Kollegen. Die Botschafter verglichen untereinander ihre bei Audienzen gewonnenen

[187] Birdal, Economy, 1–16; Quataert, Reforms, 798–841; Shaw – Shaw, Reform, 224–238.
[188] Schulz, Wächter, 39; Schulz, Normen, 550–552; Verosta, Kollektivaktionen, 15, 18f.
[189] Verosta, Kollektivaktionen, 15, 18. Zur Funktionsweise des „europäischen Konzerts" an sich vgl. Ebda., 13–24.
[190] Zur Nichterwähnung der Botschafterkonferenz im Berliner Vertrag 1878, im Pariser Frieden 1856 oder in älteren Kapitulationsverträgen vgl. Karl Strupp, Urkunden zur Geschichte des Völkerrechts, Bd.I, Gotha 1911, 48–67, 187–222. Zum völkerrechtlich interessanten Auftreten der Botschafterkonferenz als kollektiver, transnationaler Verhandlungs- und Vertragspartner des Osmanischen Reichs im griechisch-osmanischen Friedensvertrag 1897 vgl. Verosta, Kollektivaktionen, 19.

Eindrücke über den Sultan und seine Regierung, die Weisungen ihrer Regierungen sowie ihre Beurteilungen der Stabilität des Reichs und ließen einander Meldungen der ihnen unterstehenden Konsulate über Unruhen und Stimmungslagen in den weiter entfernten Provinzen zukommen.[191] Entsprechende Kontakte, gelegentlich unter dem Mantel der „Vertraulichkeit" oder mit dem expliziten Wunsch, den Inhalt des Gesprächs nur an die Regierung des Gesprächspartners weiterzugeben, waren auch zwischen den diplomatischen Vertretern der Großmächte in anderen Hauptstädten üblich.[192] In Konstantinopel jedoch konnten die Botschafter gelegentlich so weit gehen, auf Grundlage eines solchen Informations- und Meinungsaustauschs gemeinsame Maßnahmen auszuhandeln und dann bei ihren Regierungen entsprechende Änderungen ihrer Weisungen zu erbitten, um daraufhin an den Sultan mit einer einhelligen „Empfehlung" des europäischen Konzerts herantreten zu können.[193]

Umfangreiche Beratungen in gemeinsamen Sitzungen oder „Reunionen" unter Vorsitz des „Doyens", also des dienstältesten Botschafters, beschäftigten sich mit den unterschiedlichsten, auch innenpolitischen Fragen zur Lage im Osmanischen Reich. Sie dienten der Vorbereitung gemeinsamer Schritte gegenüber der osmanischen Regierung.[194] Dabei machte man auch vor Einmischungen in die Besetzung von Regierungsposten nicht halt. So konnte die Botschafterkonferenz im November 1895 die Entlassung des Großwesirs Kâmil Paşa, den Doyen Calice als einen der letzten „vertrauenswürdigen Staatsmänner" des Osmanischen Reichs bezeichnet hatte, zwar nicht verhindern, doch infolge der gemeinsamen Intervention der Botschafter wurde dessen ursprünglich vorgesehene Verbannung in eine abgelegene Provinz auf der arabischen Halbinsel in eine Versetzung auf einen untergeordneten Gouverneursposten in Kleinasien abgemildert.[195] Einen kuriosen Höhepunkt erreichte der Konflikt zwischen dem Sultan und einigen, bei der Botschafterkonferenz wegen ihrer Kooperationsbereitschaft beliebten, aber eben deshalb in Ungnade gefallenen Ex-Ministern, als der ebenfalls entlassene Großwesir Said Paşa am 5. Dezember 1895 samt Familie in die englische Botschaft flüchtete, um einer möglichen Ermordung auf Befehl des Sultans zu entgehen.[196] Vier Tage lang wurde zwischen Abdülhamit II. und seinem in der Botschaft verschanzten ehemaligen Regierungschef verhandelt. Erst nachdem ein eigens entsandter islamischer Geistlicher

[191] Vgl. z.B. Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 19, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 93; Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1895 November 2, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 101; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 November 17, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 115; Telegramme Calices an Gołuchowski, Pera am 1895 November 12, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 108, 109; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Dezember 8, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 131.
[192] Vgl. Verosta, Kollektivaktionen, 48, 71, 82.
[193] Verosta, Kollektivaktionen, 18f.
[194] Vgl. Ebda., 15.
[195] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel, 1895 November 14, HHStA Wien, PA I/162 Nr. 47A–H.
[196] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Dezember 5, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 126.

feierlich auf den Koran geschworen hatte, dass der Sultan ihn nicht umbringen lassen werde, verließ Said Paşa am 9. Dezember 1895 wieder den Schutz des Botschaftsgebäudes.[197]

Worauf basierte in Ermangelung entsprechender Ermächtigungen durch Dekrete oder internationale Mandate diese Sonderrolle und woraus entwickelten sich die weitreichenden, inoffiziellen Kompetenzen dieses Gremiums der Botschafter?

Die Umstände deuten darauf hin, dass sich dessen Rolle mehr oder weniger informell aus der Notwendigkeit entwickelt hatte, die von den Großmächten seit 1856 und 1878 in Bezug auf das Osmanische Reich beanspruchten Rechte und Pflichten durch Vertreter vor Ort ausüben zu lassen. Gemäß den auf das Jahr 1856 zurückgehenden Vereinbarungen hatte beispielsweise jede Großmacht zum Schutz ihrer Interessen das Recht auf die Stationierung von je einem als „Stationsschiff“ oder „Stationär“ bezeichneten, leichten Kriegsschiff mit begrenzter Tonnage vor Konstantinopel und an der Donaumündung.[198] Die Verfügungsgewalt über diese „Stationäre“ wurde in der Praxis sowohl 1876 als auch 1895 durch die Botschafter in Konstantinopel ausgeübt, obwohl diese im Wortlaut des Meerengenabkommens von 1856 nicht vorkamen, sondern dieses Recht ganz allgemein den unterzeichnenden Großmächten zugestanden wurde.[199] Nach ähnlichem Muster verfuhr man mit dem Artikel 61 des Berliner Vertrages von 1878, demzufolge das Osmanische Reich unter Aufsicht aller Signatarmächte zur Durchführung von Reformen zum Wohl der in Kleinasien verstreut lebenden christlichen Armenier verpflichtet war, die in wachsendem Konflikt mit halbautonomen kurdischen Nomaden und anderen muslimischen Bevölkerungsgruppen standen.[200] Auch diese Aufgabe wurde 1894, eigentlich entgegen den alle Großmächte verpflichtenden Vertragsbestimmungen von 1878, lediglich durch die Botschafter Frankreichs, Russlands und Großbritanniens wahrgenommen. Diese überwachten durch ihre örtlichen Konsulate die Arbeit einer Untersuchungskommission, die anlässlich erster alarmierender Nachrichten über Massaker an der armenischen Bevölkerungsgruppe einberufen worden war.[201]

---

[197] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Dezember 6, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 127; Telegramme Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Dezember 8, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 129 130; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Dezember 9, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 132.
[198] Vgl. Wortlaut des Meerengenabkommens vom 30. März 1856, abgedruckt in: Strupp, Urkunden I, 282.
[199] Meerengenabkommen vom 30. März 1856, abgedruckt in: Strupp, Urkunden I, 282; vgl. Unbekannter Verfasser, Notiz über das Einlaufen zweiter Stationsschiffe in den Hafen von Konstantinopel im Jahre 1876, 1895 Dezember 3, HHStA Wien, PA XII/163 Nr. 77; Telegramme Calices an Gołuchowski, Pera 1895 November 12, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 108, 109.
[200] Zu den Hintergründen der komplexen Problematik rund um die Lebensumstände der Armenier im Osmanischen Reich vgl. Bloxham, Game. 29–57; Fritz, Frage, 31–49; Rodogno, Massacre, 188–191; Zürrer, Nahostpolitik, 89–94.
[201] Zürrer, Nahostpolitik, 98–106; vgl. Artikel 61 des Berliner Vertrags im Wortlaut, abgedruckt in: Strupp, Urkunden I, 220; Zwiedinek, Armenische Angelegenheit. Deutschland und Österreich-Ungarn verzichteten freiwillig auf die Ausübung ihres Anteils am internationalen Mandat, Italien wurde auf Initiative Österreich-Ungarns ebenfalls zum Verzicht veranlasst.

Aus der großen Bedeutung der Orientalischen Frage ergab sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts für das Konzert der Mächte eine weitere wichtige Aufgabe der Botschafter in Konstantinopel. Sie hatten nicht nur die individuellen und gemeinsamen Interessen der Großmächte im Osmanischen Reich zu vertreten, sondern auch entsprechende Interessenskonflikte vorab zu vermeiden und auszugleichen, um die vielzitierte Einmütigkeit des Konzerts zu wahren und einen Krieg zwischen den Großmächten zu verhindern. Bereits im November 1876 führten die Erregung der europäischen Öffentlichkeit über die blutige Unterdrückung eines bulgarischen Aufstandes im Osmanischen Reich zur Einberufung einer bis Jänner 1877 in Konstantinopel tagenden internationalen Konferenz. Diese Konferenz sollte auf britische Initiative eine für alle Großmächte akzeptable Kompromisslösung für die aufständische osmanische Provinz Bosnien-Herzegowina und eine beschränkten Autonomie für ein neu zu schaffendes „Bulgarien“ aushandeln.[202] Die Arbeit der Botschafter wurde damals allerdings durch die Entsendung zusätzlicher Sonderdelegierter einzelner Großmächte behindert. Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen und den Botschaftern führten zusammen mit der mangelnden Kompromissbereitschaft des damaligen Präsidenten des osmanischen Staatsrats, Ahmed Şefik Midhat Paşa, zum Scheitern der Konferenz, so dass der russisch-osmanische Krieg nicht verhindert und erst auf dem Berliner Kongress 1878 wieder eine für alle Großmächte akzeptable Regelung der Orientalischen Frage gefunden werden konnte.[203] 1881 versuchte die Botschafterkonferenz von Konstantinopel angesichts der ägyptischen Revolte gegen die Vormundschaft der europäischen Schuldenkommission erneut, eine unilaterale Militärintervention einer einzelnen Großmacht durch Verhandlungen zu verhindern, die von Sultan Abdülhamit II. allerdings boykottiert wurden, was letztlich zur britischen Besetzung Ägyptens führte.[204] Auch während der Krise um die Vereinigung der bis zu diesem Zeitpunkt direkt osmanisch verwalteten Provinz Ostrumelien mit dem tributpflichtigen Fürstentum Bulgarien 1885–1886 beteiligten sich die Botschafter in Konstantinopel an der Ausarbeitung einen Kompromisses, der dazu beitrug, einen militärischen Konflikt zwischen den Großmächten zu vermeiden.[205]

---

[202] Shaw – Shaw, Reform, 173f.; zu den parallel dazu laufenden, separaten Absprachen zwischen Österreich-Ungarn und Russland im Rahmen der Reichstädter Konvention von 1876 vgl. Bridge, Österreich-Ungarn, 251f.; Leopold Kammerhofer, Diplomatie und Pressepolitik 1848–1918, in: Adam Wandruszka – Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie im System Internationaler Beziehungen, Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VI/1, Wien 1989, 459–495, hier 481.

[203] Vgl. Shaw – Shaw, Reform, 178–180. Besonders auffällig waren 1876 die Meinungsverschiedenheiten des damaligen britischen Sonderdelegierten Lord Salisbury mit dem britischen Botschafter Henry Elliot und Premierminister Benjamin Disraeli.

[204] Quataert, Reforms, 766–768; Shaw – Shaw, Reform, 193–195.

[205] Ebda., 198f.; zur bulgarischen Annexion Ostrumeliens und den politischen Spannungen zwischen Bulgarien und Russland sowie zwischen Russland und Österreich-Ungarn vgl. Bridge, Österreich-Ungarn, 273-276.

Neben ihrer besonderen Bedeutung für den Erhalt des Friedens zwischen den Großmächten und ihrer Rolle als örtliche Stellvertreter der gemeinsamen Macht des europäischen Konzerts trug auch die besonders privilegierte Stellung und ehrfurchtsvolle Behandlung der Botschafter im Osmanischen Reich dazu bei, dass sie sich zunehmend als „Kuratoren der Türkei" zu fühlen begannen.[206] Gemeinsam mit den Direktoren der Dette Publique und der Osmanischen Bank galten die Botschafter als Kopf der gegen Ende des 19. Jahrhunderts stark angewachsenen, internationalen „europäischen Kolonie" in Konstantinopel.[207] Sie rivalisierten untereinander, welche Botschaft über das größte und bestausgestattete Stationsschiff, die ansehnlichsten, repräsentativsten *Caiques*[208], eine spezielle Art von auf dem Bosporus üblichen Gondeln oder Ruderbooten, oder vielleicht sogar über eine eigene "Dampfmouche" verfügte.[209] Großzügige Grundstücksschenkungen des Sultans ermöglichten die Errichtung eindrucksvoller Botschaftspalais und zusätzlicher Sommerresidenzen in den eleganten Vororten der Hauptstadt am Bosporus, Therapia[210] und Buyukdere.[211] In den Sommermonaten wurden diese Residenzen und die dort abgehaltenen Bälle, Gartenparties, Bootsregatten und Nachmittagstees an Bord der den Botschaftern unterstehenden Stationsschiffe zum Mittelpunkt des Lebens der „besseren Gesellschaft" der Hauptstadt, die für diese Jahreszeit kollektiv aus dem Stadtzentrum in die Villen und Hotels der Vororte übersiedelte.[212] Diese Veranstaltungen zogen internationale Bankiers und Investoren, Journalisten, leitende Beamte der 5.000 Mitarbeiter umfassenden Dette Publique und führende Repräsentanten der osmanischen Militär- und Zivilverwaltung ebenso an wie *Hafiye*-Agenten und dubiose „Nachrichtenhändler", deren Tätigkeit sich in der Grauzone zwischen Zeitungskorrespondenz, Lobbyismus und Spionage bewegte.[213] Der österreichisch-ungarische Militärattaché in Konstantinopel, Wladi-

[206] Diese Bezeichnung stammt vom ehemaligen Militärattaché an der österreichisch-ungarischen Botschaft Wladimir Freiherr Giesl von Gieslingen, dessen Autobiografie wertvolle Einblicke in Lebenswelt und Selbstverständnis der Vertreter der Großmächte im Osmanischen Reich bietet; vgl. Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 54.
[207] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 56.
[208] Türkisch: *kayık*.
[209] Agstner, Palazzo, 98–106; vgl. Hulme-Beaman, Twenty Years, 286f.
[210] Türkisch: Tarabya.
[211] Türkisch: Büyükdere; vgl. Agstner, Palazzo, 19–108.
[212] Hulme-Beaman, Twenty Years, 284–291.
[213] Vgl. Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 56; Hulme-Beaman, Twenty Years, 286f. Ein Beispiel für die ganz eigene Art von „Geschäftsleuten" die im Spannungsfeld zwischen Yildiz–Palast, den europäischen Botschaften und den Korrespondenzbüros der Zeitungen aktiv waren, war der nach Beschlagnahmung seiner Familiengüter im russischen Teil Polens zum österreichisch-ungarischen Staatsbürger gewordene polnische Adelige Philip Michael von Newlinski (1841–1899). Neben seiner Tätigkeit als Journalist und Herausgeber einer kleinen, auf Neuigkeiten aus der „Levante" spezialisierten Nachrichtenagentur („*Correspondence Politique"* oder „*Correspondance de l'Est*"), arbeitete er auch als Informant, Lobbyist und Vermittler von Kontakten, und zwar je nach Geschäftslage für die österreichisch-ungarischen, serbischen, rumänischen und bulgarischen diplomatischen Vertretungen in Konstantinopel. Daneben genoss er das persönliche Vertrauen Sultan Abdülhamits II. und seines stellvertretenden Sekretärs Ahmet Izzet Bey, für die er immer wieder verdeckte Aufträge erfüllte und Informationskanäle zu Oppositionsgruppen wie den Jungtürken und den exilarmenischen Komitees unterhielt. Während er von Abdülhamit II. mit einem hohen, eigentlich für *Hafiye*–Agenten gedachten Orden dekoriert wurde, wurde er von briti-

mir Freiherr Giesl von Gieslingen, beschrieb in seinen Lebenserinnerungen diese „europäische Kolonie“ in der osmanischen Hauptstadt, die eine eigene, abgeschlossene kleine Welt bildete und die unterschiedlichsten sozialen Schichten umfasste, deren Angehörige sich jedoch insgesamt den osmanischen Staatsangehörigen überlegen fühlten. Giesl zufolge kreisten sie gleichsam als „Planeten“ unterschiedlicher Größe um die „Fixsterne“ der Botschaften.[214]

Sultan Abdülhamit II. ehrte die Botschafter persönlich durch regelmäßige Einladungen zu prachtvollen Diners und privaten Empfängen, wobei ihm selbst seine Kritiker zugestanden, dass er bei diesen Anlässen „in charmantester Weise den Hausherrn spielte“, mit seinen Gästen Kaffee trank, seine eigenen Söhne auf dem Klavier vorspielen ließ, großzügige Geschenke verteilte und gelegentlich spontane Theatervorstellungen ganz nach den Wünschen seiner Gäste anordnete.[215] Auch rechtlich hatten die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel eine bemerkenswerte Sonderstellung. Gemäß den bis ins 18. Jahrhundert zurückreichenden „Kapitulationsverträgen“ übten die Botschafter die Konsulargerichtsbarkeit nicht nur über Angehörige ihrer jeweiligen Staaten, sondern auch über die ihrem Schutz unterstellten osmanischen ChristInnen unterschiedlichster ethnischer Herkunft, so genannte „Levantiner“, aus.[216] Die Botschafter betrieben also mitten in der Hauptstadt des Osmanischen Reichs ihre eigenen, unabhängigen Gerichtshöfe, übten die Schutzherrschaft über „europäische“ Kirchen, Spitäler und Schulen aus und verfügten darüberhinaus über das Recht, ihre eigenen Postdienste zu betreiben.[217] Die auf dieses Recht zurückgehende österreichisch-ungarische „Levante-Post“ besaß gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein engmaschiges Netz von Poststationen im gesamten Osmanischen Reich und wurde von In- und Ausländern dermaßen universal genutzt, dass ihr Bestehen und ihr Erfolg effektiv den Aufbau eines eigenständigen, osmanischen Postbetriebes behinderte. Diese Privilegien dokumentierten und bestätigten aus Sicht

---

schen Diplomaten als „übler Schurke“ und „Kreatur“ des Sultans verachtet. Das österreichisch-ungarische Außenministerium griff zwar gelegentlich auf seine Dienste zurück, ließ ihn jedoch durch einen zweiten Informanten überwachen. Später wurde er ein enger Mitarbeiter Theodor Herzls bei dessen Versuchen, den Sultan zur Schaffung eines autonomen jüdischen Staats in Palästina zu bewegen. Vgl. Isaiah Friedman, Theodor Herzl – Political Activities and Achievements, in: Israel Studies 9/3, Bloomington 2004, 46–79, hier 61–63; Neville J Mandel, Ottoman Policy and Restrictions on Jewish Settlement in Palestine 1881–1908, in: Middle Eastern Studies 10/3, London 1974, 312–332, hier 317–319; vgl. Herbert an Unbekannt, Pera 1896 Mai 21, TNA PRO London, FO 78/4708 privat; Albertall an unbekannt, Konstantinopel 1896 Jänner 23, HHStA Wien, PA XII/166 privat; Albertall an unbekannt, Konstantinopel 1896 März 16, HHStA Wien, PA XII/166 privat; Albertall an unbekannt, Konstantinopel 1896 Mai 29, HHStA Wien, PA XII/166 Nr. 7; Newlinski an unbekannt, Konstantinopel 1896 April 8, HHStA Wien, PA XII/166 privat.

[214] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 56.

[215] Ebda., 32f.

[216] Für eine detaillierte Studie zu den „Levantinern“ Konstantinopels und zum Prinzip der Konsulargerichtsbarkeit siehe Oliver Jens Schmitt, Levantiner – Lebenswelten und Identitäten einer ethnokonfessionellen Gemeinschaft im osmanischen Reich im „langen 19. Jahrhundert“, Südosteuropäische Arbeiten 122, München 2005, 15–118, 185–219, 305–383; zum Anwachsen der Privilegien und Sonderrechte der Staatsangehörigen europäischer Großmächte im Osmanischen Reich gegen Ende des 18. Jahrhunderts vgl. auch Faroqhi, Ottoman Empire, 212–214.

[217] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 56f.; vgl. Patera, Situation, 229–258.

der Großmächte die Tatsache, dass das Osmanische Reich nur in eingeschränktem Ausmaß ein souveräner Staat sei, weshalb es auch nur eingeschränkt als solcher behandelt werden sollte.[218] Sowohl Sultan Abdülhamit II. als auch später nach seinem Sturz die Jungtürken unternahmen immer wieder Anläufe, diese lange etablierten Privilegien der fremden Großmächte abzuschaffen oder wenigstens zu reduzieren. Tatsächlich sollte dies aber erst im Ersten Weltkrieg gelingen.[219] Der ehemalige Militärattaché Giesl erinnerte sich noch nach dem Krieg wehmütig an die einstige Sonderstellung der Vertreter der Großmächte in Konstantinopel:

„Jetzt besaßen die Botschafter der Großmächte, die sich schon lange als Kuratoren der Türkei fühlten, alle erdenklichen Prärogative bevorzugter Stellung […], sie waren unantastbar. Der Türke bezeichnet solche Machtvollkommenheit und glanzvolles Auftreten mit dem Worte ‚Saltanat'. […] Groß war die Machtfülle eines Botschafters im Orient, hinter dem bei einem Konflikte mit der Pforte alsbald die drohenden Schatten von Kriegsschiffen auftauchten."[220]

Die Großmächte wachten eifersüchtig über die Sonderstellung ihrer Botschafter in Konstantinopel und waren keinesfalls gewillt, eine etwaige Ausweitung ihrer Privilegien auf Staaten hinzunehmen, die nicht den Status von „Großmächten" innehatten. Als die Vertreter Griechenlands, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Niederlande im Oktober 1896 bei der osmanischen Regierung das Recht beantragten, ebenso wie die Großmächte jeweils ein Stationsschiff in Konstantinopel zu unterhalten, führte dies zu einer Konfrontation mit den Botschaftern der Großmächte. In einer etwas kuriosen Szene erklärte daraufhin der deutsche Botschafter dem niederländischen Gesandten, man müsse die Souveränität des Sultans respektieren. Da sich Abdülhamit II. unlängst wieder persönlich für die Sicherheit der in seinem Reich lebenden EuropäerInnen verbürgt habe, sei es weder notwendig noch angebracht, durch die Entsendung zusätzlicher Stationäre mangelndes Vertrauen in die Sicherheitskräfte des Osmanischen Reichs auszudrücken.[221] Wenn es darum ging, die Exklusivität ihrer eigenen Sonderrechte zu waren, konnten also auch die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel gelegentlich peinlich genau darauf bedacht sein, die Souveränitätsrechte des Osmanischen Reichs zu verteidigen.

[218] Rodogno, Massacre, 29–31.
[219] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 56f.; vgl. Schmitt, Levantiner, 204–219.
[220] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 54–56.
[221] Saurma an Hohenlohe, Therapia 1896 Oktober 13, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 28, R14435 Nr. 247.

I.d. Die Botschafter zwischen Kooperation, Vertretung von Einzelinteressen und persönlichen Karrierezielen

I.d.1. Prestige, Einfluss und Ambitionen

Die Auswahl der als Botschafter nach Konstantinopel entsandten Personen – durchwegs außergewöhnlich erfahrene, ältere Diplomaten mit besonderem Einfluss und solider Machtbasis in ihren jeweiligen Außenministerien – zeigt, dass den Botschaftern im Osmanischen Reich von den Regierungen der Großmächte eine Bedeutung zugemessen wurde, die in einer Zeit sich verbessernder Kommunikationsmittel auffallend vom generellen Trend in der internationalen Politik abwich, den nunmehr als „Botschafter" bezeichneten diplomatischen Vertretern weniger Selbstständigkeit zuzugestehen, als sie unter ihrer früheren Bezeichnung als „bevollmächtigte Minister" genossen hatten.[222] Der britische Botschafter Sir Philip Henry Wodehouse Currie konnte 1895 bereits auf eine mehr als 40-jährige Erfahrung im diplomatischen Dienst zurückblicken und hatte als ehemaliger stellvertretender Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium und persönlicher Mitarbeiter Lord Salisburys gute Verbindungen zum Außenministerium und zum Premierminister.[223] Als Botschafter in Konstantinopel trat er ganz im Einvernehmen mit seiner Regierung als besonders unnachgiebiger Verfechter von Reformen zugunsten der ArmenierInnen auf und exponierte sich mit seinem scharfen Auftreten und dem Vorbringen von Drohungen gegenüber dem Sultan, die den Widerstand der französischen und russischen Botschafter hervorriefen.[224] Currie verfolgte diese Linie durchaus auf entsprechenden Druck von Premierminister Salisbury und nicht unbedingt im Einklang mit seiner eigenen, noch 1894 angekündigten Absicht, durch eine dem Sultan gegenüber freundliche Politik den Einfluss Großbritanniens in Konstantinopel zu stärken.[225] Trotzdem wurde er allgemein persönlich mit dem Konfrontationskurs Großbritanniens gegenüber dem Sultan identifiziert, erntete entsprechendes Misstrauen und wurde auch von Calice für seinen „Übereifer" kritisiert.[226] Speziell deutsche Botschaftsberichte betonten die angeblich „unglaublich leidenschaftliche Sprache des englischen Botschafters über die Person des

[222] Vgl. Schulz, Normen, 552..
[223] James Wood (Hg.), The Nuttall Encyclopedia, London 1907, Onlineversion http://www.gutenberg.org/files/12342/12342–h/12342–h.htm, 2011 März 3.
[224] Vgl. z.B. Calice an Kálnoky, Konstantinopel 1895 Mai 16, HHStA Wien, PA XII/161 Nr. 21C; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Juli 18, HHStA Wien, PA XII/161 Nr. 30G; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel, 1895 November 28, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 49D; Zürrer, Nahostpolitik, 98, 107, 116.
[225] Vgl. Zürrer, Nahostpolitik, 98, 116.
[226] Calice an Gołuchowski, Telegramm, chiffre, Buyukdere 1895 Oktober 24 Nr. 96.

Sultans, den er mit den gröbsten Namen beschimpft".[227] Angeblich schockierte er seine Kollegen, indem er im Rahmen von Wutausbrüchen Abdülhamit II. als „Monster" bezeichnete, dem dringend jemand einen „Dolchstoss" verpassen müsste.[228] Da sich in den Berichten Curries an Lord Salisbury allerdings keine derartigen Ausfälle finden, könnte es sich bei diesen Beschreibungen auch um bewusste Übertreibungen deutscher Diplomaten handeln, die wahrscheinlich ihrem anglophoben Kaiser Wilhelm II. durch Herabwürdigung des britischen Kollegen gefallen wollten. Immerhin wurde Currie, obwohl er gegen Ende des Jahres 1897 seinem deutschen Kollegen zufolge „abgewirthschaftet" hatte, nach seiner Dienstzeit in Konstantinopel von der britischen Krone zum Baron erhoben.[229]



Abb.2: Gruppenbild der Botschafterkonferenz, aufgenommen im Garten der Österreichisch-Ungarischen Botschaft in Konstantinopel. Von links nach rechts sind Paul Cambon (Frankreich), Alberto Pansa (Italien), Heinrich Freiherr Calice (Österreich-Ungarn), Aleksandr Ivanovič Nelidov (Russland), Anton Freiherr Saurma von der Jeltsch (Deutsches Reich) und Sir Philip Henry Wodehouse Currie (Großbritannien) zu erkennen. Die Veröffentlichung dieses Gruppenfotos in einer britischen Illustrierten demonstriert nicht nur die Prominenz der Botschafter, sondern auch deren öffentliche Wahrnehmung als Gruppe. „The Crisis in Constantinople. The Ambassadors of the Great Powers", *The Graphic*, London 1896 September 19, 372.

Der französische Botschafter Paul Pierre Cambon war seit den Massakern an den ArmenierInnen ein besonders heftiger Kritiker Sultan Abdülhamits II. und dafür mitverantwort-

[227] Radolin an Hohenlohe, Pera 1895 Februar 12, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 21.
[228] Ebda.; Vgl. Radolin an Hohenlohe, Pera 1895 März 23, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 36.
[229] Leslie Gilbert Pine (Hg.), The New Extinct Peerage 1884–1971. Containing Extinct, Abeyant, Dormant and Suspended Peerages With Genealogies and Arms, London 1972, 92; vgl.Marschall an Hohenlohe, Pera 1897 Dezember 25, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 323; abgedruckt in: GP XII/2, 441–446.

lich, dass dieser auch in Frankreich als „le Sultan rouge“ bekannt wurde.[230] Er war zwischen 1872 und 1882 Präfekt dreier verschiedener Provinzen in Frankreich gewesen, bevor er in den diplomatischen Dienst wechselte und 1882 zu Beginn der französischen Besetzung des hochverschuldeten Tunesiens seinen Dienst als dortiger „bevollmächtigter Minister“ antrat.[231] 1890 als Botschafter nach Konstantinopel entsandt, galt er fortan den wechselnden französischen Regierungen auf diesem Posten als Schlüsselfigur für das praktische Funktionieren der 1892 vereinbarten Allianz mit dem Russischen Reich, weshalb er sogar gemeinsame Instruktionen mit seinem russischen Kollegen erhielt.[232] Cambon hatte allerdings seine Vorgesetzten bereits 1891 darauf hingewiesen, dass Nelidov vor allem an einer Zusammenarbeit gegen Großbritannien, nicht aber gegen Deutschland interessiert und zu keiner großen Rücksichtnahme auf französische Interessen bereit sei, weshalb man umgekehrt keine große Rücksicht auf russische Interessen in Südosteuropa und Kleinasien nehmen solle.[233] Außenminister Hanotaux räumte Cambon durchaus eine mitgestaltende Rolle in der französischen Außenpolitik ein, zumal die Ratschläge des Botschafters für ihn Gewicht hatten.[234] Überzeugt, dass das Osmanische Reich nur durch tief greifende Reformen zu retten und diese gegenüber dem Sultan nur durch Zwang durchzusetzen seien, trat Cambon grundsätzlich für das Recht der Botschafterkonferenz ein, dem Sultan Vorschriften zu machen und die internationale Kontrolle über die Finanzen des Osmanischen Reichs auszubauen.[235]

Eben diese internationale Finanzkontrolle lehnte jedoch der russische Botschafter Nelidov vehement als Vorstufe einer internationalen politischen Administration des Osmanischen Reichs und damit als Eingriff in von ihm exklusiv für Russland erhoffte Vorrechte ab. Er wirkte daher entsprechenden Bemühungen ungeachtet ihres Ursprungs bei jeder Gelegenheit entgegen.[236] Auch Nelidov konnte 1895 auf eine 40-jährige Karriere im diplomatischen Dienst zurückblicken, in deren Verlauf er bereits Anfang der 1870er Jahre als Berater der russischen Botschaft in Konstantinopel gedient hatte. Wohl auch deshalb galt er als Anhänger der Denkschule Ignat'evs, des panslawistischen Architekten des russisch-osmanischen Krieges und des Diktatfriedens von San Stefano. Er selbst war während des Kriegs als Diplomat dem Hauptquartier der russischen Armee zugeteilt und aktiv an der Ausarbeitung sowohl des Friedensvertrags von San Stefano, als auch des Berliner Vertrags von 1878 beteiligt gewe-

[230] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 31, 57.
[231] Encyclopedia Britannica 5, Cambridge [11]1910, 85.
[232] Zürrer, Nahostpolitik, 27–31.
[233] Ebda., 30f.
[234] Zürrer, Nahostpolitik, 189–191, 194.
[235] Ebda., 107, 150–183.
[236] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel, 1895 November 28, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 49B, 49D; Zürrer, Nahostpolitik, 150.

sen.[237] Als Botschafter in Konstantinopel trat er außergewöhnlich selbstbewusst auf und ging speziell nach dem Tod des russischen Außenministers Lobanov-Rostovskij am 30. August 1896 völlig auf Konfrontationskurs mit dem interimistischen Außenminister Nikolaj Pavlovič Šiškin. Nelidovs Machtposition und sein Selbstbewusstsein waren damals stark genug, um sich völlig über seinen Vorgesetzten hinwegzusetzen und in direkten Audienzen beim Zaren sein persönliches Projekt einer russischen Besetzung der Meerengen zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer zu betreiben. Zeitgenossen vermuteten dahinter Ambitionen Nelidovs auf den Posten des Außenministers, für den er tatsächlich schon früher in Betracht gezogen worden war, angeblich nicht zuletzt auf Drängen seiner ehrgeizigen Ehefrau. Von seinen Kollegen wie auch von den Regierungen der übrigen Großmächte wurde er daher mit einer gehörigen Portion Vorsicht und Misstrauen behandelt.[238]

Anton Freiherr Saurma von der Jeltsch, von 1895 bis 1897 als Botschafter des Deutschen Reiches in Konstantinopel tätig, dürfte dagegen deutlich weniger politisches Gewicht und weniger Einfluss auf die eigene Regierung gehabt haben als die meisten seiner Kollegen. Calice charakterisierte ihn kurz nach seinem Eintreffen in der osmanischen Hauptstadt im Juli 1895 als offenbar „angenehmen und verläßlichen Collegen“, dessen „Ideen und Absichten mit der Auffassung und Politik meiner hohen Regierung keinen Widerspruch zeigen“.[239] Später häuften sich jedoch kritische Bemerkungen über die auffallend zurückhaltende, abwartende Rolle Saurmas in den Sitzungen der Botschafterkonferenz und nach eineinhalb Jahren Zusammenarbeit erfolgte schließlich das ziemlich ernüchterte Urteil Calices, dass Saurma völlig von den Weisungen der Berliner Regierung abhänge und selbst „nichts weiss und nichts kann“.[240] Saurmas Wortwahl in manchen seiner Berichte entsprach einerseits dem von Kaiser Wilhelm II. selbst bevorzugten direkten, eher „forschen“ Schreibstil, wenn er etwa über den Sultan urteilte, dieser sei „halb toll“ und die ihn umgebenden Berater durchwegs „Gelichter“ und „gemeine Kerls“.[241] Andererseits lieferte Saurma seiner Regierung etwa beim Amtsantritt des neuen italienischen Botschafters Alberto Pansa im September 1895 über denselben völlig falsche, vielleicht auf eine Verwechslung zurückgehende Informationen, deren Diskrepanzen zu Angaben der Wiener Presse im deutschen Auswärtigen Amt bald auffielen und dem

[237] Vgl. Eintrag zu Aleksandr Ivanovič Nelidov in der Onlineversion des russischen „Diplomatischen Wörterbuchs“, Andrej Januar’evič Vischinskij – Solomon Abramovič (Hg.), Diplomatičeskij Slovar, Moskau 1948, http://dic.academic.ru/dic.nsf/dic_diplomatic/НЕЛИДОВ, 2011 Februar 28. Zur Einschätzung Nelidovs als „Schüler“ Ignat’evs vgl. auch Saurma an Hohenlohe, Therapia 1897 September 30, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 258.
[238] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Oktober 5, HHStA Wien, PA XII/166 privat; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Dezember 31, HHStA Wien, PA XII/166 privat; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 14, HHStA Wien, PA XII/168 privat; vgl. Zürrer, Nahostpolitik, 183–189.
[239] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Juli 18, HHStA Wien, PA XII/161 Nr. 30C.
[240] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Dezember 31, HHStA Wien, PA XII/166 privat.
[241] Zürrer, Nahostpolitik, 120.

Reichskanzler Anlass zur Einholung neuer Informationen aus verlässlicherer Quelle gaben.[242] Mit seinen Verschwörungstheorien über angebliche britische Intrigen auf Kreta irritierte er Calice im Juli 1896 so sehr, dass dieser ihn im Gegenzug mit der überraschenden Frage konfrontierte, ob er diese Informationen etwa von einem auf Kreta tätigen verdeckten Agenten der deutschen Regierung habe.[243] Die im Dezember 1897 erfolgte Nachbesetzung Saurmas mit dem ehemaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein, lässt sich somit vielleicht nicht nur mit personellen Umstrukturierungen zur Stärkung des „persönlichen Regiments" Kaiser Wilhelms II., sondern wohl auch mit dem Wunsch nach hochkarätigerer Vertretung des Deutschen Reichs im Osmanischen Reich erklären, dem die deutsche Außenpolitik nun mehr aktive Aufmerksamkeit widmen wollte als 1895.[244]

Der italienische Botschafter in Konstantinopel, Alberto Pansa, verfügte 1895 mit 30 Jahren im diplomatischen Dienst zwar nicht über ganz so viel Erfahrung wie Nelidov, Currie oder Calice, war jedoch ebenfalls alles andere als ein Neuling und hatte unter anderem als Vertreter seiner Regierung in Ägypten Übung im Repräsentieren der Interessen Italiens in der Orientalischen Frage gewonnen. Zeitgenössische Beobachter schrieben ihm eine ausgeprägt eigenständige, dem Dreibund gegenüber kritische Meinung in Fragen der bündnispolitischen Orientierung Italiens, sowie einen scharfen Verstand zu, von dem man sich durch das „gemütliche" Aussehen des Botschafters nicht ablenken lassen dürfe.[245] Calice äußerte sich gelegentlich etwas frustriert über das vorsichtige Taktieren seines italienischen Kollegen und dessen Bedürfnis, „mit allen gut Freund sein" zu wollen, unterstützte jedoch 1895 seine Bemühungen, eine italienische Einbindung in die Untersuchung der Massaker an den ArmenierInnen zu erreichen.[246]

Der österreichisch-ungarische Botschafter Heinrich Freiherr Calice war der am längsten in Konstantinopel dienende Botschafter seiner Zeit. Seit 1859 im diplomatischen Dienst und seit 1880 als Botschafter in Konstantinopel, hatte er 1895 im Alter von 64 Jahren bereits fünfzehnjährige Erfahrung auf ein und demselben Posten, auf dem er noch für weitere elf Jah-

---

[242] Saurma an Hohenlohe, Therapia 1895 September 4, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 126; vgl. Wiener Politische Correspondenz, Wien September 7 1895, Abschrift, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843; Hegking an Hohenlohe, Buckow 1895 September 14, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 ohne Nummer.
[243] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 9, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 30C.
[244] Zum selbstbewussten Auftreten Botschafter Marschalls in Konstantinopel vgl. Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 58f.; siehe auch Marschalls erster, reichlich überheblich formulierter Bericht über seine Kollegen. Marschall an Hohenlohe, Pera 1897 Dezember 25, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 323; abgedruckt in: GP XII/2, 441–446.
[245] *Wiener Politische Correspondenz*, Wien September 7 1895, Abschrift, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843; Hegking an Hohenlohe, Buckow 1895 September 14, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843.
[246] Calice an Gołuchowski, Buyukdere, 1895 Oktober 24, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 44B; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Dezember 31, HHStA Wien, PA XII/166 privat.

re verbleiben sollte.[247] Bereits 1884 war dem österreichisch-ungarischen Kronprinzen Erzherzog Rudolf anlässlich eines Besuchs in Konstantinopel aufgefallen, dass Calice besonderes diplomatisches Feingefühl für die Besonderheiten des osmanischen Herrschaftssystems an den Tag legte, sich am Hof des Sultans mit der Routine eines „türkischen Würdenträgers" bewegte, und gegenüber Abdülhamit II. das Talent kultivierte, dessen „Gedanken förmlich zu errathen".[248] Zum Zeitpunkt der Krisen um die Massaker an den ArmenierInnen und den Aufstand auf Kreta zwischen 1895 und 1898 hatte der Botschafter diese Fähigkeiten noch weiter verfeinert. Er verfügte über ein Netzwerk von Kontakten am osmanischen Hof und wurde vom Sultan mit tatsächlich außergewöhnlichem Respekt behandelt.[249] Da er mittlerweile der dienstälteste Botschafter in Konstantinopel war, leitete Calice als Doyen oder Ehrenvorsitzender des diplomatischen Korps dessen Sitzungen und wurde auch von seinen Kollegen als erfahrener Diplomat, der sich „ganz an seinem richtigen Platze" befinde, respektiert.[250] Selbst der 1897 neu nach Konstantinopel entsandte deutsche Botschafter Marschall, der sich als ehemaliger Staatssekretär des Auswärtigen Amtes allen seinen Kollegen überlegen fühlte und später auch mit Calice in einen Konflikt um den Vorsitz der Botschafterkonferenz geraten sollte, würdigte den österreichisch-ungarischen Kollegen in seinem ersten Bericht über das örtliche diplomatische Korps als „vortrefflichen Kollegen", der „die Botschafterkonferenzen in durchaus musterhafter Weise" leite.[251]

Seine Erfahrung und sein Prestige ermöglichten es Calice auch, auf seinen vorgesetzten Außenminister Gołuchowski Einfluss auszuüben, obwohl dieser sonst Meinungsäußerungen „seiner" Botschafter, vor allem wenn sie mit seinen eigenen Ansichten divergierten, we-

---

[247] Zum Werdegang Calices und zu seiner Stellung innerhalb des diplomatischen Corps vgl. Sutter, Machtteilung 291–294; Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 60f.; Leo Santifaller (Hg.), Eva Obermayer–Marnach, Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 1, Graz–Köln 1954, 133. In Hinblick auf die Bedeutung, die in der damaligen österreichisch-ungarischen Außenpolitik der Expansion des wirtschaftspolitischen Einflusses in Südosteuropa eingeräumt wurde ist es interessant, dass man mit Calice einen Diplomaten nach Konstantinopel schickte, der ursprünglich aus dem Konsulardienst kam und sich bereits um die österreichisch-ungarischen Handelsinteressen in Ostasien verdient gemacht hatte.

[248] Erzherzog Rudolf Habsburg, Politischer Bericht über die Orientreise 1884, Wien 1884, zitiert in Brigitte Hamann (Hg.), Kronprinz Rudolf. „Majestät ich warne sie…" Geheime und private Schriften, München 1998, 119–134, hier 289–291. Rudolf ließ sich in diesem Bericht allerdings von seiner Einstufung Abdülhamits II. als „vollkommen geisteskrank" zur Unterschätzung des politischen Einflusses des Sultans verleiten und vertrat das Stereotyp, dass man bei „Orientalen" nur durch herrisches Auftreten etwas erreichen könne. Dementsprechend wertete er das diplomatische Feingefühl Calices als „schmeichelnde Unterwürfigkeit", „Ängstlichkeit" und „Mangel an Entschlossenheit" ab und prophezeite, dass sich Calice mit dieser Art nie Einfluss erarbeiten können werde. Vgl. Ebda. 286f., 289–291.

[249] Vgl. z.B. Calice to Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 10, HHStA Wien Wien, PA XII/162 Nr. 42C; Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 32f.

[250] Ratibor an Caprivi, Wien 1894 Oktober 22, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843; Marschall an Hohenlohe, Pera 1897 Dezember 25, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843, 323; abgedruckt in: GP XII/2, 441–446.

[251] Marschall an Hohenlohe, Pera 1897 Dezember 25, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 323; abgedruckt in: GP XII/2, 441–446.

nig schätzte.[252] So hatten offenbar Calices alarmierende Berichte über von Mazedonien ausgehende, staatsgefährdende Vorbereitungen eines neuen Christenaufstands für Gołuchowskis außenpolitische Orientierung in den ersten Monaten seiner Amtszeit besonderes Gewicht. Sie dürften entscheidend zu dessen Bedürfnis beigetragen haben, in den mazedonischen und armenischen Angelegenheiten aktiv in den Vordergrund zu treten.[253] Im November 1895 ließ sich Gołuchowski auch in der Frage der Notwendigkeit von Verwaltungsreformen nicht nur in den von Armeniern bewohnten Gebieten, sondern auch in den europäischen Provinzen des Osmanischen Reichs von Calice leicht überzeugen und erteilte ihm die gewünschte Weisung, in diesem Sinne aktiv zu werden.[254]

Zur selben Zeit verschob sich zwischen Frühjahr und Herbst 1895 Calices Beurteilung der osmanischen Regierung und ihrer Fähigkeit, selbst mit der Krise fertig zu werden, drastisch. Zwischen Mai und Juli 1895 verströmten seine Berichte noch große Zuversicht in die Vermittlertätigkeit der am Los der armenischen Minderheit „zunächst interessierten" Mächte Frankreich, Großbritannien und Russland; auch beurteilte er die Kooperationsbereitschaft des Sultans und der osmanischen Regierung optimistisch.[255] Am 10. Oktober fällte er angesichts einer Regierungsumbildung ein bitteres Urteil über Abdülhamit II. und die ihn umgebenden Berater, die er als korrupte, sich selbst bereichernde und jede Reform bekämpfende „Hofkamarilla" beschrieb. Gleichzeitig setzte er aber erneut Hoffnungen in die Reformbereitschaft des Großwesirs und des Außenministers, Said Paşa und Kâmil Paşa, mit denen er eigenen Angaben zufolge persönlich befreundet war.[256] In einem Bericht vom 14. November 1895 stellte Calice dann die Person und den unberechenbaren Charakter des Sultans als Bedrohung für den Status Quo im Osmanischen Reich dar, die der durch die Aktivitäten der armenischen und mazedonischen „Revolutionäre" hervoraufbeschworenen Gefahr zumindest ebenbürtig sei. Sultan Abdülhamit II. verband ihm zufolge mit seinem „notorisch krankhaft ängstlichen und höchst mißtrauischen Wesen eine starke Willenskraft". Der Sultan sei dazu entschlossen, „alles zu brechen und zu zerstören, was Ihm Widerstand leistet" und leide darüber hinaus un-

[252] Zur Abneigung des österreichisch-ungarischen Außenministers gegen Meinungen von Untergebenen, die von seinen „Dogmen" abwichen vgl. Wakounig, Sitzen, 393–395; Rumpler, Rahmenbedingungen, 79f.
[253] Vgl. Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Mai 30 HHStA Wien, PA XII/161 Nr. 23B; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 17, HHStA Wien, PA I/462 Nr. 43A–F.
[254] Telegramm Calices an Gołuchowski, Pera 1895 November 12, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 111; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 November 14, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 47G; Gołuchowski an Calice, Wien am 1895 Dezember 12, HHStA Wien, PA XII/163 Nr. 293.
[255] Vgl. z.B. Calice an Kálnoky, Konstantinopel 1895 Mai 16, HHStA Wien, PA XII/161 Nr. 21C; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Mai 23, HHStA Wien, PA XII/161 Nr. 22C; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Juli 18, HHStA Wien, PA XII/161 Nr. 30D.
[256] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 10, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 42C.

ter wiederkehrenden „Aufregungs-paroxysmen“, wegen derer angeblich seine ganze Umgebung in Angst lebe.[257]

I.d.2. Die Botschafter und die Wirtschaftspolitik

Ein weiterer wichtiger Faktor, der die Arbeit der Botschafterkonferenz von Konstantinopel in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre entscheidend prägte, waren die politischen, insbesondere die wirtschaftspolitischen Einzelinteressen der jeweiligen Großmächte und verschiedener privater Investorengruppen im Osmanischen Reich.[258] In den 1890er Jahren waren der Einfluss innerhalb der Dette Publique und der Osmanischen Bank, sowie die Vergabe von Aufträgen zum Bau von Eisenbahnlinien im Osmanischen Reich vor allem zwischen britischen, französischen, deutschen und italienischen Investoren heftig umstritten. Diese wirtschaftspolitischen Fragen waren daher häufig Gegenstand diplomatischer Interventionen.[259] Dabei ist es im Zusammenhang dieser Arbeit wichtig festzuhalten, dass auch die scheinbar vor allem an Konfliktvermeidung und Erhaltung des internationalen Status Quo im Rahmen des Mächtekonzerts interessierte Regierung Österreich-Ungarns nicht unerhebliche Wirtschafts- und Finanzinteressen im Osmanischen Reich vertrat, selbst wenn sie in diesen Bereichen gegenüber den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und des Deutschen Reichs eine untergeordnete Rolle spielte.

Dass Österreich-Ungarns wirtschaftspolitischer Einfluss hinter dem anderer Großmächte zurückstand, zeigt sich etwa daran, dass die eine Zeit lang parallel existierende „Banque Austro-Ottomane“ schon 1874 von der britisch-französisch dominierten Osmanischen Bank geschluckt worden war.[260] Auch die zur Finanzierung des Eisenbahnbaus zwischen Wien und Konstantinopel in Österreich-Ungarn und Deutschland verkauften „Türkenlose“ des Unternehmers Moritz Freiherr Hirsch wurden nach der Verdrängung Hirschs in den 1890er Jahren von der Dette Publique gegenüber anderen Wertpapieren benachteiligt.[261] Außenminister Kálnoky hatte anlässlich eines italienischen Vorschlags, die Dreibundmächte mögen gemeinsam mit Großbritannien ihre Investoren gegen die übermächtige französische Konkurrenz unterstützen, rundheraus erklärt, dass in Österreich-Ungarn das dafür benötigte Kapital

[257] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 November 14, HHStA Wien, PA I/462 Nr. 47D.
[258] Vgl. Philip Cottrell, A Survey of European Investment in Turkey 1854–1914. Banks and the Finance of the State and Railway Construction, in: Philip Cottrell – Monika Pohle Fraser – Iain Fraser (Hgg.), East Meets West. Banking, Commerce and Investment in the Ottoman Empire, Burlington 2008, 59–95; Hulme-Beaman, Twenty Years, 298f.; Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 21f.
[259] Zürrer, Nahostpolitik, 21–26.
[260] Ebda., 21.
[261] Zürrer, Nahostpolitik, 22.

nicht vorhanden sei.[262] Dennoch scheinen die diplomatischen Vertreter der Habsburgermonarchie wirtschaftspolitischen Fragen nicht völlig gleichgültig gegenübergestanden zu haben. Botschafter Calice kam ursprünglich aus dem Konsulardienst und war vor seiner Übernahme des Botschafterpostens im Osmanischen Reich zwischen 1871 und 1876 als Generalkonsul und Ministerresident an den Höfen von China, Japan und Siam mit dem Auf- und Ausbau des österreichisch-ungarischen Handels in Ostasien beauftragt gewesen.[263] 1895 informierte er auch als Botschafter in Konstantinopel das Außenministerium in Wien detailgenau über die Ergebnisse von Beratungen über den politisch vorzugebenden Handlungsspielraum der Osmanischen Bank.[264] Am 30. April 1896 beschrieb er die ihm zufolge anzustrebende österreichisch-ungarische Kontrolle über eine als „Welthandelslinie" aufzubauenden Eisenbahnlinie von Wien nach Saloniki[265] als Kernpunkt eines Programms zur eventuellen Wiederherstellung des Mächtegleichgewichts im Fall einer russischen Besetzung Konstantinopels.[266] Der mit Calice eng zusammenarbeitende Militärattaché der Botschaft, Giesl, brüstete sich in seinen Lebenserinnerungen damit, dass er über seine guten persönlichen Kontakte zum osmanischen Kriegsministerium selbst gegen den Widerstand des übermächtigen deutschen Krupp-Konzerns lukrative Rüstungsgeschäfte für österreichisch-ungarische Waffenfabrikanten eingefädelt hätte.[267]

Dass vor allem der Tabakhandel im Osmanischen Reich große Bedeutung für Österreich-Ungarn hatte, zeigt das selbstbewusste Auftreten eines gewissen Dr. Parelli, der Gołuchowski als in Konstantinopel ansässiger Anwalt der „Tabakregie" am 29. November 1895 ein Memorandum mit dem Titel „Die Orientfrage" übermittelte. Bei der Tabakregie handelte es sich um eine internationale, offiziell unter dem französischen Namen „La Regie Coninteressée des Tabac de L'Empire Ottomane" vom deutschen Bankhaus Bleichröder, der österreichisch-ungarischen Credit-Anstalt und der Osmanischen Bank gegründete Aktiengesellschaft, die im Jahr 1883 von der Dette Publique gegen eine jährliche Mindestabgabe von 750.000 £T sämtliche eigentlich staatlichen Monopole auf den Anbau, die Weiterverarbeitung

[262] Zürrer, Nahostpolitik, 23.
[263] Sutter, Machtteilung, 292f.
[264] Vgl. z.B. Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 20, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 94; Telegramm Calices an Gołuchowski, Pera 1895 November 7, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 107.
[265] Osman. türkisch: Selanik; heute griechisch: Thessaloniki.
[266] Calice, Mémoire, 227. Dies war weder das erste noch das letzte Mal, dass in Bezug auf die wirtschaftspolitische Zukunft der Habsburgermonarchie äußerst optimistische Hoffnungen auf den Bau einer solchen Eisenbahnlinie gesetzt wurden. Entsprechende Pläne gab es bereits unter Außenminister Andrássy, wobei das bekannteste Projekt mit Sicherheit die 1907 von Außenminister Aehrenthal propagierte „Sandschakbahn" gewesen sein dürfte, deren geplanter Verlauf durchaus an das Konzept Calices erinnert. Vgl. Bridge, Österreich-Ungarn, 248, 309–318. Zu Aehrenthals Hoffnungen in Bezug auf die „Sandschakbahn" vgl. den Abdruck seiner Rede in: *Reichspost,* Wien 1908 Jänner 28, 3.
[267] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 21f.

und den Handel mit Tabak erworben hatte.[268] Über die Tabakregie hatten somit internationale Aktionäre – darunter das österreichisch-ungarische Gründungsmitglied Credit-Anstalt – theoretisch völlige Kontrolle über den Tabakanbau im Osmanischen Reich. Die Tabakregie ließ durch eigene Agenten Aussaatmengen und Ernteerträge der einzelnen Pflanzer genau registrieren und die Ernte in eigenen Warenhäusern einlagern. Sie allein bestimmte, welche Geschäfte und Läden den Tabak zu festgelegten Fixpreisen verkaufen durften. Als Anreiz für einen weiteren Ausbau des Tabakanbaus bot die Tabakregie Pflanzern zinsfreie Kredite, verbuchte allerdings vorab den erwarteten Ernteertrag als Kaution.[269] Tatsächlich blieben aber die Erträge weit hinter den Erwartungen zurück. Statt des erwarteten jährlichen Reingewinns von 2.600.000 £T, abzüglich der Anteile der Investoren, der Dette Publique und des osmanischen Staats, erwirtschaftete die Tabakregie im Jahr 1895 einen Gewinn von lediglich 1.496.500 £T. Sie bezahlte daher zwischen 1884 und 1907 im Durchschnitt statt der vereinbarten 750.000 £T lediglich 420.000 £T pro Jahr an die Dette Publique.[270]

Aus heutiger Sicht lassen sich neben der feindseligen Haltung der Bevölkerung und Behörden des Osmanischen Reichs auch die hohen Gebühren, die die Tabakregie für jeden einzelnen Arbeitsschritt der Ernte, Einlagerung und Weiterverarbeitung verrechnete, sowie schwindende Marktanteile in Ägypten für die verringerte Rentabilität des Tabakanbaus im Osmanischen Reich und die entsprechenden Umsatzeinbrüche verantwortlich machen.[271] Die damaligen Vertreter der Tabakregie und die hinter ihnen stehenden Investoren schätzten die Situation jedoch deutlich einseitiger ein. Sie sahen die Schuld ausschließlich bei den „laxen" osmanischen Behörden und dem durch angeblich zu geringe Bestrafung überhand nehmenden Tabakschmuggel; sie beklagten, dass immer wieder gegen die Zollbeamten und bewaffneten Sicherheitskräfte der Regie wegen „Gewalttätigkeit" ermittelt werde, obwohl diese doch mit ihrem hartem Durchgreifen gegen Schmuggler nur ihre Pflicht tun würden.[272]

---

[268] Eine auführliche wirtschaftshistorische Analyse der Tabakregie findet sich bei Birdal, Economy, 129–165. Vgl. den detaillierten Bericht des deutschen Vertreters bei der Dette Publique Rudolf Lindau über die Tätigkeit der Tabakregie 1883–1896. Lindau an Marschall, Konstantinopel 1896 Dezember 18, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 22, R12450.

[269] Birdal, Economy, 130–138; Shaw – Shaw, Reform, 223.

[270] Ebda., 223; Lindau an Marschall, Konstantinopel 1896 Dezember 18, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 22, R12450.

[271] Birdal, Economy, 145–155; Shaw – Shaw, Reform, 223.

[272] Lindau an Marschall, Konstantinopel 1896 Dezember 18, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 22, R12450. Die Annahme, die Tabakregie werde effizient und streng gegen Schmuggel und Betrug vorgehen, war im Jahr 1883 einer der wesentlichen Beweggründe der Dette Publique gewesen, der Überschreibung des Tabakmonopols auf die Tabakregie zuzustimmen. Birdal, Economy, 132f. Die Tabakregie ließ ihre als „*Kolcus*" bezeichneten privaten Sicherheitskräfte den Kampf gegen die Schmuggler mit äußerster Brutalität führen. Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Schmugglern, rebellischen Tabakbauern und *Kolcus* nahmen zeitweise die Form eines „Privatkrieges" mit tausenden Toten, Verletzten und Vertriebenen an. Birdal, Economy, 138f.

Dementsprechend war es für die Vertreter der Tabakregie nur logisch, in hartnäckiger Lobbyarbeit bei den Regierungen der Großmächte, aus denen ihre Gründungsmitglieder stammten, für eine noch weitere Entmachtung der osmanischen Behörden und einen weiteren Ausbau der Befugnisse der internationalen Investoren einzutreten, wie es Parelli in dem erwähnten Memorandum an den österreichisch-ungarischen Außenminister tat. Er schilderte darin in weit ausholenden Erklärungen den innenpolitischen Zustand des Osmanischen Reiches in recht eigenwilliger Weise: Sultan Abdülhamit II. gehöre angeblich zu den „wohlwollendsten und scharfsinnigsten Monarchen“ und seine Regierung sei lediglich durch schlechte Berater und die Regierungsreformen von Großwesir Said Paşa in Ungerechtigkeit und Misswirtschaft abgeglitten. Der Kern der Unruhen in Armenien und Mazedonien läge nicht in politischen Ungerechtigkeiten, sondern im Fehlen einer neuen, weitreichenden Finanzreform. Da nämlich die Dette Publique nur einen Teil der Steuereinnahmen des Reiches kontrolliere, würden die staatlichen Beamten die verminderten Einkünfte durch umso rücksichtsloseres Eintreiben zusätzlicher Abgaben auszugleichen versuchen, wodurch sie die Bevölkerung unabhängig von deren Religionszugehörigkeit zu Aufständen veranlassen würden. Parellis radikale Schlussfolgerung daraus war, dass politische Reformen völlig bedeutungslos seien und stattdessen einfach die gesamten Steuereinnahmen und Einkünfte des Osmanischen Reichs unter die internationale Kontrolle der europäischen Großmächte gestellt werden müsse.

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die diesen Gedanken zugrunde liegende imperialistische Weltsicht, dass Parelli ausgerechnet das unter britische Kolonialherrschaft geratene Ägypten als Erfolgsbeispiel für die von ihm angenommene innere Stabilisierung bei Übernahme der wirtschaftlichen Kontrolle durch eine europäische Großmacht bezeichnete.[273] Außerdem ist es interessant, dass der Vertreter der Tabakregie in Konstantinopel das Selbstbewusstsein besaß, den dortigen Botschafter zu übergehen und sein Memorandum direkt an den Außenminister zu richten, den er darin über seine Ansichten zur Orientalischen Frage und den angeblich besten Weg zu ihrer Lösung belehrte. Eine Reaktion Gołuchowskis ist nicht überliefert. Parellis Argumentation, dass die Einigkeit und Zusammenarbeit aller Großmächte bei der Umsetzung einer totalen internationalen Finanzkontrolle schon allein durch das gemeinsame Interesses an der Rückzahlungsfähigkeit des Osmanischen Reiches garantiert seien, dürfte angesichts der bekannten Ängste Gołuchowskis in Bezug auf Russland wenig Überzeugungskraft gehabt haben. Trotzdem machte sich der Außenminister 1896 anlässlich einer neuen, diesmal von Frankreich ausgehenden, Initiative zum Ausbau der europäischen Finanz-

[273] Parelli, Die Orientfrage, Konstantinopel 1895 November 29, HHStA Wien, PA XII/163 ohne Nummer.

kontrolle im Osmanischen Reich tatsächlich zum erklärten Fürsprecher der Interessen österreichisch-ungarischer Financiers und unterstützte den Vorschlag.[274]

Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, dass man dem wirtschaftspolitischen Lobbyismus der Tabakregie offenbar im Deutschen Reich skeptischer gegenüberstand als in Österreich-Ungarn. Das zeigt sich etwa in einem am 18. Dezember 1896 verfassten Memorandum Rudolf Lindaus, des vom Bankhaus Bleichröder nominierter Vertreters der deutschen Investoren in der Dette Publique. Lindau führte darin ausgerechnet die von Bleichröder mitbegründete Tabakregie als warnendes Beispiel dafür an, dass sich die Vergabe von osmanischen Steuer- oder Zollmonopolen an internationale Investorengruppen nicht lohne. Er folgerte daraus, dass die deutsche Regierung entsprechende Bestrebungen der französischen Regierung in Bezug auf die Übertragung eines Alkoholmonopols im Osmanischen Reich nicht unterstützen sollte.[275]

I.d.3. Die Botschafter und die Pressepolitik

Ein weiteres Betätigungsfeld, in dem die Regierungen der einzelnen Großmächte und die sie in Konstantinopel vertretenden Botschafter um Einfluss konkurrierten, war die Ende des 19. Jahrhunderts bereits sehr bewusst betriebene Öffentlichkeitsarbeit und Pressepolitik der Außenministerien. Der Öffentlichkeit in Österreich-Ungarn wird für das 19. Jahrhundert generell weniger außenpolitischer Einfluss zugeschrieben als jener in Großbritannien, Frankreich und Italien. Dennoch war die Habsburgermonarchie ähnlich wie in der Wirtschaftspolitik auch in diesem Bereich aktiver als allgemein bekannt. Das bis in die 1860er Jahre zurückreichende „Literarische Bureau“ nahm als Pressestelle des Ministeriums des Äußeren systematisch einzelne Publizisten unter Vertrag, verteilte großzügig „Subventionen“, Orden oder andere Auszeichnungen und versorgte gefügige Journalisten mit offiziösen Informationen, um gezielt Meldungen in offiziell unabhängigen Zeitungen lancieren zu können.[276] Auch Korrespondenten ausländischer Zeitungen wurden bestochen oder überhaupt als offizielle Mitarbeiter des Bureaus angeworben, während man über den Informationsfluss durch das k.k. Te-

[274] Zürrer, Nahostpolitik, 163f. Für weitere Details zur französischen Initiative vgl. Ebda., 154–164.
[275] Lindau an Marschall, Konstantinopel 1896 Dezember 18, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 22, R12450.
[276] Heinz Alfred Gemeinhardt, Deutsche und Österreichische Pressepolitik während der Bosnischen Krise 1908/09, Historische Studien 437, Husum 1980, 51–60; Kammerhofer, Diplomatie, 459–462; Franz Rottensteiner, Das Literarische Bureau. Pressepolitik, Organisation und Wirksamkeit 1877–1918, Phil.Diss. Wien 1967, 8, 36–42.

legraphencorrespondenzbureau und die von ihm abhängigen Nachrichtenagenturen ohnehin Kontrolle ausüben konnte.[277]

Im Jahr 1895 plagte das Literarische Bureau im Zusammenhang mit Presseberichten über das Osmanische Reich, die Massaker an den ArmenierInnen und die Unruhen in Mazedonien vor allem die Sorge, dass Sultan Abdülhamit II. die Monarchie für die Verbreitung „in Constantinopel nicht genehme[r] Nachrichten" in den Zeitungen verantwortlich machen könnte, wodurch Österreich-Ungarn im Vergleich zu anderen Großmächten in seiner Gunst sinken und Einfluss einbüßen würde.[278] Als die *Oesterreichische Volkszeitung* am 6. März 1895 die lediglich aus einem Satz bestehende Kurzmeldung abdruckte, es gäbe in Konstantinopel Gerüchte über einen bevorstehenden Putsch gegen Abdülhamit II., löste das Bedürfnis, die Ursprünge dieser als gefährlich empfundenen „lügnerischen Nachricht" auszuforschen, eine ganze Kette behördlicher Interventionen aus, die von Botschafter Calice über Außenminister Kálnoky persönlich, den ungarischen „Minister am Allerhöchsten Hoflager", den ungarischen Handelsminister und den ungarischen Ministerpräsidenten bis hin zur österreichisch-ungarischen Botschaft in Serbien reichte. Dort stellte man dann allerdings bedauernd fest, dass der Urheber der am dortigen Telegrafenamt aufgegebenen Korrespondenzmeldung deutscher Staatsbürger sei, und daher nicht belangt werden könne.[279]

Besonders Botschafter Calice legte in seiner Zusammenarbeit mit dem *Literarischen* Bureau ein persönliches Engagement an den Tag, das unter den keineswegs pressepolitisch geschulten Diplomaten nicht selbstverständlich war.[280] In einem vertraulichen Schreiben an den das Bureau leitenden Sektionschef Marius Freiherr Pasetti äußerte er am 30. März 1895 den Verdacht, außenpolitische Rivalen könnten Meldungen wie jene der *Oesterreichischen Volkszeitung* bewusst in österreichisch-ungarischen Zeitungen lancieren, um die Habsburgermonarchie beim Sultan in Ungnade fallen zu lassen, und schlug Gegenmaßnahmen vor. Calice wies in diesem Zusammenhang auf die „bestehende Verbindung" zu der in Konstantinopel erscheinenden, englischsprachigen Zeitung *Levant Herald* hin, die gemäß einer schriftlichen

---

[277] Rottensteiner, Bureau, 36f.
[278] Calice an Pasetti, Konstantinopel 1895 April [undatiert], HHStA Wien, PL/68.
[279] *Oesterreichische Volkszeitung,* Wien 1895 März 6, 4, Zeitungsausschnitt in: HHStA Wien, PL/68; Telegramm Calices an Kálnoky, Konstantinopel 1895 März 7, HHStA Wien, PL/68 Nr. 7; Telegramm Kálnokys an Calice, Wien 1895 März 8, HHStA Wien, PL/68 Nr. 7; Schanelatko, Bericht, 1895 März 9 [keine Ortsangabe], HHStA Wien, PL/68; Uebersetzung einer Note des kgl. ung. Ministerpräsidenten an den königlich ungarischen Minister am Allerhöchsten Hoflager, Budapest 1895 März 31, PL/68 Nr. 975; Uebersetzung einer Note des königl. Ungarischen Handels–Ministers an den königl. ungarischen Ministerpräsidenten, Budapest 1895 März 21, HHStA Wien, PL/68 Nr. 1393; Uebersetzung einer Note des kgl. ung. Ministerpräsidenten an den königlich ungarischen Minister am Allerhöchsten Hoflager, Budapest 1895 März 31, PL/68 Nr. 975; Pasetti, Bericht Telegramm–Angelegenheit „Steyrerhof", Wien 1895 April 8, HHStA Wien, PL/68.
[280] Calice an Pasetti, Konstantinopel 1895 April [undatiert], HHStA Wien, PL/68; vgl. Rottensteiner, Bureau, 37–39.

Vereinbarung zur „Verfügbarkeit […] für die von uns gewünschten Publicationen, Dementis und Inspirationen“ verpflichtet sei.[281] Auf Initiative des Botschafters publizierte der *Levant Herald* daraufhin unter ausdrücklichem Hinweis auf die Quelle die Übersetzung eines ursprünglich im *Fremdenblatt* erschienenen Artikels, in dem Zuversicht und Vertrauen in die innere Stabilität des Osmanischen Reichs und die „Fürsorge“ des Sultans gegenüber seinen UntertanInnen betont wurden. Mit dem extra hinzugefügten Verweis auf das *Fremdenblatt* als „Organ des hiesigen Auswärtigen Amtes“ sollte der Artikel offenbar dazu dienen, den Sultan und die osmanische Regierung von der freundlichen Haltung Österreich-Ungarns zu überzeugen.[282] Der Redakteur des *Levant Herald* akzeptierte die Vorgaben Calices nicht bloß widerspruchlos, er entschuldigte sich sogar in geradezu devotem Tonfall dafür, wegen der osmanischen Zensur in einzelnen Worten vom exakten Text der ihm übermittelten Vorlage abgewichen zu sein.[283]

Die bislang genannten Beispiele für pressepolitische Interventionen stammen zwar aus der Amtszeit von Außenminister Kálnoky, es liegt jedoch nahe, dass sie auch als exemplarisch für die Amtszeit Gołuchowskis gesehen werden können, der dem Literarischen Bureau seines Ministeriums große Aufmerksamkeit widmete. Immerhin kündigte Gołuchowski dem von ihm neu ernannten Leiter der Abteilung, Dóczi, anlässlich seiner Amtsübernahme an, er wolle „Ordnung schaffen“ und die Presseabteilung effektiver nutzen als bisher.[284] Dies schlug sich in beeindruckender Weise in den monatlichen Budgetabrechnungen des Literarischen Bureaus nieder, denen für die Amtszeit Gołuchowskis in der Forschung bisher offenbar zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Hatten dem Bureau zwischen Jänner und Mai 1895 monatlich 5.000 bis 7.000 Gulden zur Verfügung gestanden, schnellte das Budget Ende Juni auf 13.000 Gulden hoch und machte Ende das Jahres mit den für Jänner 1896 veranschlagten 19.000 Gulden das beinahe Vierfache der im Mai 1895 verbrauchten Summe aus![285] Gleichzeitig stößt man im Aktenmaterial des Bureaus ab der Übernahme des Außenministeriums durch Gołuchowski auf große, durch Verlust oder bewusste Skartierung erzeugte Lücken, die es schwer nachvollziehbar machen, wofür diese hohen Summen ausgegeben wurden. Dies

[281] Calice an Pasetti, Konstantinopel 1895 März 30, HHStA Wien, PL/68.
[282] Ebda.; Calice an Falke, Konstantinopel 1895 April 13, HHStA Wien, PL/68.
[283] Whitaker an Calice, Konstantinopel 1895 April 13, HHStA Wien, PL/68. Diese Affäre ist auch insofern von Interesse, als der offenbar vom österreichisch-ungarischen Außenministerium unterwanderte *Levant Herald* von der britischen Botschaft gerne als Informationsquelle herangezogen wurde. Vgl. Herbert an Salisbury, Therapia 1896 August 18, TNA PRO London, FO 78/4713 Nr. 662.
[284] Rottensteiner, Bureau, 24.
[285] Literarisches Bureau, Flüssigmachung von Dotationen, Wien 1895 Jänner 25, Februar 26, März 28, April 24, Mai 30, Juni 27, Juli 11, Juli 30, August 28, September 27, Oktober 30, November 28, Dezember 30, HHStA Wien, PL/68.

steht durchaus im Einklang mit dem bekannten Amtsstil Gołuchowskis, unter dem im Außenministerium deutlich mehr skartiert wurde als unter Kálnoky.[286]

Wenigstens in Bezug auf Calice ist mit Sicherheit anzunehmen, dass dieser seine enge Zusammenarbeit mit dem Bureau in der bisherigen Weise fortsetzte. So berichtete er am 17. Oktober 1895 über seine weiterhin aufrechten Kontakte mit den Korrespondenten des k.k. Telegraphencorrespondenzbureaus. Gleichzeitig ärgerte er sich darüber, dass sich die Wiener Presse in ihrer Berichterstattung über die Massaker an den ArmenierInnen nicht auf die vom Bureau gelieferten Informationen beschränke, sondern auf „kontroverse Nachrichten" und „Gerüchte" aus unterschiedlichsten Quellen hörte.[287]

I.e. Die Botschafterkonferenz von Konstantinopel und die Massaker an den ArmenierInnen im Jahr 1895

I.e.1. Die „Armenische Frage" 1895

Die Krise um die 1894 und 1895 stattgefundenen Massaker an den ArmenierInnen stellt ein erstes Beispiel für das Zusammenwirken aller bisher genannten Faktoren im konkreten Fall einer durch Ereignisse im Osmanischen Reich ausgelösten internationalen Krise dar. Die damals getroffenen Entscheidungen der Regierungen und Botschafter der Großmächte schufen im Osmanischen Reich ebenso wie international die Ausgangssituation und die Rahmenbedingungen für die Kretakrise von 1896 bis 1898.

Gemäß Artikel 61 des Berliner Vertrages von 1878 hätte das Osmanische Reich Reformen zum Wohl der in Kleinasien verstreut lebenden christlichen ArmenierInnen durchführen müssen, die in wachsendem Konflikt mit halbautonomen kurdischen NomadInnen und anderen muslimischen Bevölkerungsgruppen standen.[288] Die Signatarmächte von 1878 wären zur Überwachung dieser Reformen verpflichtet gewesen, vernachlässigten diese Aufgabe aber, teils aus mangelndem Interesse, teils aus realpolitischen Überlegungen. Schließlich war die Frage nach der Zukunft der nicht nur auf osmanischem, sondern auch auf russischem Gebiet und im Spannungsfeld russischer und britischer Kolonialinteressen lebenden ArmenierIn-

[286] Wakounig, Sitzen, 394; vgl. Petronilla Ehrenpreis, Die „reichsweite" Presse in der Habsburgermonarchie, in: Helmut Rumpler – Peter Urbanitsch (Hgg.), Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft – Die Presse als Faktor der Politischen Mobilisierung, Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VIII/2, Wien 2006, 1715–1818, hier 1809f.
[287] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 17, HHStA Wien, PA I/162 Nr. 43A–F.
[288] Zu den Hintergründen der komplexen Problematik rund um die Lebensumstände der Armenier im Osmanischen Reich vgl. Bloxham, Game, 29–57; Fritz, Frage, 31–49; Zürrer, Nahostpolitik, 89–94.

nen eine heikle und potentiell friedensgefährdende Angelegenheit.[289] Sultan Abdülhamit II., der Christenaufstände als Vorstufe zu Interventionen der Großmächte und zur Sezession weiterer osmanischer Provinzen fürchtete, misstraute den ArmenierInnen und ließ zu ihrer Einschüchterung irreguläre Reitermilizen bilden, die sich aus mit den ArmenierInnen traditionell verfeindeten muslimischen Ethnien rekrutierten. Gleichzeitig bildete eine nationalistisch denkende Minderheit der armenischen Bevölkerungsgruppe bewaffnete Milizen zur Selbstverteidigung und gründete vom Exil aus tätige, nationalrevolutionäre Parteien.[290] Im Sommer 1894 führte die Eskalation einer Steuerrevolte einiger armenischer Dörfer in der Region Sasun[291] dazu, dass Reitermilizen und osmanisches Militär im Rahmen von „Strafexpeditionen" einen großen Teil der armenischen Siedlungen der Region zerstörten und dabei tausende Männer, Frauen und Kinder töteten.[292] Die Behauptung des Sultans, es habe sich bei dem Massaker um die Niederschlagung eines von britischen Agenten angezettelten „Aufstandes" gehandelt, veranlasste die britische Regierung zur Drohung, durch Anrufung des Artikels 61 die Großmächte zur Neuverhandlung der so genannten „Armenischen Frage" zu bewegen.[293] Über Vermittlung der britischen, russischen und französischen Botschafter in Konstantinopel ließ sich dieser Schritt vermeiden, indem Großbritannien, Russland und Frankreich gemeinsam durch ihre Konsule in Erzurum[294] die Arbeit der vom Osmanischen Reich nach Sasun entsandten Untersuchungskommission überwachen ließen.[295] Dass in dieser Frage nicht, wie im Berliner Vertrag vorgesehen, die Signatarmächte insgesamt die Überwachung übernahmen, lag an der praktischen Überlegung, dass nur die genannten drei Mächte diplomatische Vertreter in der Nähe der Unruhen stationiert hatten. Außerden lässt sich die Absicht erkennen, eine allzu großes Aufsehen erregende, offizielle Aktivierung des Artikels 61 zu vermeiden.[296]

Aus Unzufriedenheit mit der Arbeit der osmanischen Untersuchungskommission legten die Botschafter der drei als „Armenischer Dreibund" oder „Triplice" bezeichneten Großmächte im Mai 1895 in Konstantinopel ihre eigenen, gemeinsam erarbeiteten Vorschläge für Reformen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der ArmenierInnen vor.[297] Das Konzept, auf das sich Currie, Cambon und Nelidov geeinigt hatten, orientierte sich stark an einem Vorschlag des Militärattachés der britischen Botschaft, Oberst Herbert Chermside. Es sah eine

[289] Vgl. Zürrer, Nahostpolitik, 94–96.
[290] Vgl. Bloxham, Game, 37–57; Fritz, Frage, 53–57; Zürrer, Nahostpolitik, 90–94.
[291] Heute türkisch: Sason; armenisch: Sasun; arabisch: Kabilcevz.
[292] Vgl. Bloxham, Game, 51f.; Fritz, Frage, 58; Rodogno, Massacre, 191f.
[293] Zürrer, Nahostpolitik, 98.
[294] Auch: Karin; armenisch: Arzen; kurdisch: Erzirom.
[295] Rodogno, Massacre, 193f.; Zürrer, Nahostpolitik, 98–106; vgl. Zwiedinek, Armenische Angelegenheit.
[296] Zürrer, Nahostpolitik, 105f.; Zwiedinek, Armenische Angelegenheit. Zur Aufsichtspflicht der Signatarmächte vgl. den Artikel 61 des Berliner Vertrags im Wortlaut, abgedruckt in: Strupp, Urkunden I, 220.
[297] Zürrer, Nahostpolitik, 106f ; vgl. Calice an Kálnoky, Konstantinopel 1895 Mai 16, HHStA Wien, PA XII/161 Nr. 21B.

administrative Zusammenfassung mehrerer von ArmenierInnen bewohnten osmanischen Provinzen unter einem auf fünf Jahre zu ernennenden Gouverneur, sowie die ständige Überwachung der Lebensumstände der ArmenierInnen durch einen „Hochkommissar" der Großmächte vor Ort und einen „Kontrollrat" in Konstantinopel vor.[298] Wegen der grundsätzlichen Uneinigkeit zwischen den Regierungen Russlands, Frankreichs und Großbritanniens standen die Chancen für eine Ratifizierung und Umsetzung des Vorschlages der Botschafter jedoch schlecht. Die russische Regierung wollte wegen der auch auf russischem Territorium lebenden armenischen Bevölkerungsgruppen jede Förderung von armenischem Nationalismus vermeiden und bevorzugte die Idee einer Reform der Provinzverwaltung im gesamten Osmanischen Reich. Die französische Regierung schätzte den „Armenischen Dreibund" vor allem als Mittel zur Vermeidung einer exklusiv britischen oder gesamteuropäischen Initiative und wollte aus wirtschaftspolitischen Überlegungen zu diesem Zeitpunkt Sultan Abdülhamit II. keinesfalls zur Annahme eines solchen Konzepts zwingen.[299]

Ohne massiven Druck wollte Sultan Abdülhamit II. aber keinen Reformvorschlag annehmen, da für ihn jegliche europäische Intervention zugunsten der in seinem Reich lebenden ArmenierInnen eine neuerliche Bestätigung der Annahme war, die ArmenierInnen würden eine innere Bedrohung darstellen und müssten unterdrückt, eingeschüchtert, und wenn nötig auch blutig dezimiert werden.[300] Damit zeigte sich erstmals ein Handlungsmuster, dass sich auch während der Kretakrise mehrmals wiederholen sollte. Den Botschaftern in Konstantinopel gelang es häufig, sich leichter als ihre Regierungen auf gemeinsame politische Linien zu einigen. Ihre Konzepte beruhten aber nie auf konsensualer Zusammenarbeit mit den osmanischen Behörden und den betroffenen Bevölkerungsgruppen, sondern auf dem Gedanken einer zwangsweisen Durchsetzung ihrer Beschlüsse gegenüber dem Sultan und der Regierung des Osmanischen Reichs. Wenn ihre Regierungen nicht bereit waren, ihre Konzepte durch gemeinsame militärische Drohgebärden oder sonstige Zwangsmittel durchzusetzen, wurden sie daher häufig einfach nicht umgesetzt. Wenngleich sich die Botschafter also unter Aneignung der entsprechenden Ansprüche des Konzerts als eine Art internationale „Legislative" oder „Schiedsgericht" im Namen des Konzerts betrachteten, fehlte ihnen die dazugehörige internationale Exekutive.

---

[298] Calice an Kálnoky, Konstantinopel 1895 Mai 16, HHStA Wien, PA XII/161 Nr. 21B, C. Vgl. Rodogno, Massacre, 195.
[299] Rodogno, Massacre, 195; Zürrer, Nahostpolitik 99f., 106f. Zur Uneinigkeit im Armenischen Dreibund siehe auch Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Juli 18, HHStA Wien, PA XII/161 Nr. 30G.
[300] Vgl. Bloxham, Game, 49–52. Zur Ausnutzung der Uneinigkeit der europäischen Mächte durch den Sultan siehe Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Juli 18, HHStA Wien, PA XII/161 Nr. 30G.

Für die 1895 neu gebildete konservative Regierung Großbritanniens unter Lord Salisbury war die Annahme der Reformen durch den Sultan angesichts der Empörung der britischen Öffentlichkeit über die im Vorjahr verübten Grausamkeiten an den ArmenierInnen eine essentielle Prestigefrage.[301] Da Frankreich und Russland an keinem allzu heftigen Druck auf den Sultan interessiert waren, holte Salisbury Informationen zur Durchführbarkeit einer separaten Militäroperation der britischen Flotte vor der Küste Kleinasiens oder im Persischen Golf ein. Der beabsichtigte Zwang zur Annahme von Reformen war dabei durchaus als Maßnahme zur Erhaltung des durch mögliche Aufstände seiner christlichen Bevölkerungsgruppen bedrohten Osmanischen Reichs gedacht. Nach einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter in London über die theoretisch denkbare Konsequenz einer Intervention, nämlich Zerfall und Aufteilung des Reiches, schreckte Salisbury vor einem Einsatz der britischen Flotte dann aber doch zurück.[302]

Die Angst vor einer solchen Einzelaktion Großbritanniens und einer im Gegenzug womöglich eintretenden russischen Besetzung Konstantinopels veranlasste den österreichisch-ungarischen Außenminister Gołuchowski, im August 1895 aus seiner zuvor rein beobachtenden Haltung in der Armenischen Frage hervorzutreten. Basierend auf einem Vorschlag des britischen Botschafters in Konstantinopel, Currie, ließ er in Berlin anfragen, ob nicht Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien durch Eintritt in die Verhandlungen die britischen Bemühungen um die armenischen Reformen unterstützen könnten.[303] Die deutsche Regierung antwortete, dies nur auf einstimmigen Wunsch aller Berliner Signatarmächte tun zu wollen. Da Salisbury selbst die Idee bereits als undurchführbar verworfen hatte, führte der Vorstoß somit ins Leere.[304]

Die Situation eskalierte, als in Konstantinopel eine armenische Demonstration mit der Forderung nach sofortiger Umsetzung des Artikels 61 abgehalten wurde. Diese bot den Anlass für ein gegen die in der osmanischen Hauptstadt lebenden ArmenierInnen gerichtetes Pogrom, das von den osmanischen Sicherheitskräften offenbar mit initiiert und tatkräftig unterstützt wurde.[305] Die Botschafterkonferenz von Konstantinopel leistete nun unter Rückgriff auf ihre Fähigkeit, im Notfall rasch und autonom im Namen des gesamten Mächtekonzerts

[301] Zur Stimmung in der britischen Öffentlichkeit vgl. Fritz, Frage, 58f., 62–64; Zürrer, Nahostpolitik, 100f., 108f. Zum auf Salisbury lastenden Druck vgl. auch Liechtenstein an Gołuchowski, St. Petersburg 1895 August 27/15, HHStA Wien, PA X/104 privat.

[302] Zu Salisburys Überlegungen und Initiativen im Sommer und Herbst 1895 vgl. Rodogno, Massacre, 196; Stein, Neuordnung, 34–36; Wakounig, Grandseigneur, 148f.; Zürrer, Nahostpolitik, 108–117.

[303] Gołuchowski an Call, Wien 1895 August 29, abgedruckt in Stein, Neuordnung, 37.

[304] Gołuchowski an Call, Wien 1895 August 29, abgedruckt in Stein, Neuordnung, 37; Gołuchowski an Liechtenstein, Wien 1895 September 5, HHStA Wien, PA X/104 Nr. 192.

[305] Vgl. dazu den Bericht des österreichisch-ungarischen Botschafters Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 3, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 41A–D. Für Details zu den mehrtägigen Ausschreitungen, die tausende Tote und Verletzte forderten, siehe auch Bloxham, Game, 52; Fritz, Frage, 60.

handeln zu können, einen unmittelbaren Beitrag zur Rettung von Menschenleben. Calices schockierter Bericht vom 3. Oktober 1895 über Erschießungen auf offener Straße, das brutale Erschlagen bereits verwundeter, wehrloser Menschen und die dramatische Situation der Überlebenden, die angesichts der tagelang fortdauernden Tumulte praktisch unter Belagerungszustand in den Kirchen und Kathedralen der Stadt verschanzt waren, lässt erkennen, dass hier jegliche politische Überlegung gegenüber dem ehrlichen Bedürfnis zurücktrat, etwas gegen die Massaker zu unternehmen.[306] Ohne eine Reunion angesetzt zu haben, traten die Botschafter spontan zusammen und setzten eine gemeinsame Note an die osmanische Regierung auf, in der sie ihre Empörung über das Vorgehen der Sicherheitskräfte ausdrückten und die sofortige Einstellung des Blutvergießens forderten. Nach der Bestätigung entsprechender Handlungsfreiheit durch ihre Regierungen versuchten die Botschafter, durch die Verlegung der unweit von Konstantinopel bereitstehenden Stationäre an stadtnahe Ankerplätze eine Drohkulisse aufzubauen und forderten die osmanischen Behörden auf, gegen die Ausschreitungen vorzugehen. Die Gewalt flaute darauf zwischen dem 5. und 8. Oktober 1895 langsam ab.[307] Anschließend bemühten sich die Botschafter, die Versorgung der tausenden, immer noch in den Kirchen verschanzten Flüchtlinge mit Lebensmitteln zu organisieren.[308] Die Rettung von etwa 2.000 ArmenierInnen aus insgesamt sechs Kirchen nahm drei Tage in Anspruch.[309]

I.e.2. Spannungen und Einzelinitiativen. Die Reaktionen der Regierungen der Großmächte

Auf den energischen Druck der Botschafter hin wurden die Unruhen in der osmanischen Hauptstadt unterdrückt. Am 17. Oktober 1895 nahm der Sultan sogar eine etwas verschärfte Fassung der im Mai vorgelegten Reformvorschläge an.[310] Gleichzeitig brachen jedoch in Kleinasien nach ähnlichem Muster wie in Konstantinopel neue Wellen von blutigen Ausschreitungen und Massakern an der armenischen Minderheit aus, während sich in den Berichten der Vertreter der Großmächte düstere Verweise auf anarchische Zustände, Verhaf-

[306] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 3, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 41A–D.
[307] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 5, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 77; Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 6, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 80; Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 8, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 81; vgl. Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1895 Oktober 5, HHStA Wien, PA XII/163 Nr. 61.
[308] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 8, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 81.
[309] Telegramme Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 10, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 84, 85; Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 11, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 87.
[310] Bloxham, Game, 52; Fritz, Frage, 60; Zürrer, Nahostpolitik, 118f.; vgl. Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 11, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 88; Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 14, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 89; Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 17, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 92.

tungen und einen möglichen Sturz des zunehmend paranoid wirkenden Sultans Abdülhamit II. mehrten.[311] Schon seit September 1895 kreuzte ein Geschwader britischer Kriegsschiffe vor der griechischen Küste. Anfang November verlegten auch Frankreich und Russland Kriegsschiffe in die Nähe der Küsten Kleinasiens, um im Fall eines völligen Zusammenbruchs des Osmanischen Reichs eingreifen und ihre eigenen strategischen Interessen sichern zu können.[312] Dass vor diesem Hintergrund Gołuchowskis Sorge, eine Großmacht könnte ihrer Flotte im Alleingang das Eingreifen befehlen, einen neuen Höhepunkt erreichte, ist nachvollziehbar.[313] Dem internen Schriftverkehr der verbündeten Mächte Frankreich und Russland zufolge legte es Lobanov zwar entgegen den ständigen Unterstellungen Gołuchowskis nicht auf den friedensgefährdenden Versuch einer handstreichartigen Besetzung Konstantinopels an, war dazu aber für den Fall eines britischen Vorstoßes in die Meerengen ebenso bereit, wie umgekehrt Salisbury seinerseits notfalls einer russischen Besetzung zuvorkommen wollte.[314] Folgenschwere Missverständnisse wären in einer dermaßen angespannten Stimmung wohl jederzeit möglich gewesen.

Am 10. Oktober 1895 hatte Gołuchowski dem britischen Botschafter in Wien mitgeteilt, dass sich Österreich-Ungarn angesichts der Gefährdung des europäischen Friedens und wegen des möglichen Übergreifens der Unruhen von Kleinasien auf Südosteuropa aus der Armenischen Frage nicht länger heraushalten könne.[315] Am 11. November 1895 schickte er ein Rundschreiben an alle Signatarmächte des Berliner Vertrages, in dem er vorschlug, die Kriegsschiffe der einzelnen Großmächte zu einem gemeinsamen Geschwader zu vereinen, an dem sich jede Macht mit je vier Schiffen beteiligen solle. Dieses internationale Geschwader würde dann im Notfall auf ein von den Botschaftern in Konstantinopel gegebenes Zeichen hin gemeinsam in die Dardanellen einlaufen.[316] Das als Garantie gegen eine russische Einzelaktion gedachte kollektive Vorgehen der Mächte war Gołuchowski offenbar ein so wesentliches

---

[311] Stein, Neuordnung, 38–41; Zürrer, Nahostpolitik, 119f.; vgl. Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 6, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 80; Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 9, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 82; Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 6, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 80; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 November 14, HHStA Wien, PA I/462 Nr. 47D. Für Details und Opferzahlen zu den Ausschreitungen in Kleinasien vgl. Bloxham, Game, 52f.; Fritz, Frage, 60f.

[312] Zürrer, Nahostpolitik, 117, 120f.

[313] Der deutsche wie auch der britische Botschafter in Wien äußerten sich im Oktober und November 1895 ausführlich zu Gołuchowskis sehr auffälliger Nervosität und Reizbarkeit und zu dessen wiederkehrenden Erklärungen, keinesfalls eine russische Besetzung Konstantinopels dulden zu wollen. Lichnowsky an Hohenlohe, Wien 1895 Oktober 28, abgedruckt in: GP X, 144–146; Eulenburg an Hohenlohe, Wien 1895 November 9, abgedruckt in: GP X, 157–159; Lichnowsky an Hohenlohe, Wien 1895 November 2, abgedruckt in: GP X, 148.

[314] Zürrer, 123f.; vgl. Hatzfeld an Hohenlohe, London 1895 November 2, abgedruckt in: GP X, 149–151.

[315] Gołuchowski an Calice, Wien 1895 Oktober 10, HHStA Wien, PA XII/163 Nr. 211.

[316] Telegramm Eulenburg an Auswärtiges Amt, Wien 1895 November 11, abgedruckt in: GP X, 172f.; vgl. Gołuchowski an Calice, Wien 1895 November 11, HHStA Wien, PA XII/163 Nr. 71.

Anliegen, dass er darüber sogar elementare vertragsrechtliche Grundsätze vergaß.[317] Die von ihm vorgeschlagene Aktion wäre nämlich ein eklatanter Bruch der geltenden internationalen Verträge gewesen, wonach fremde Kriegsschiffe nur mit Erlaubnis des Sultans die Meerengen passieren durften, und hätte damit die bestehende Friedensordnung ebenso in Frage gestellt wie den Fortbestand des Osmanischen Reichs als souveräner Staat.[318] Die Reaktionen der übrigen Regierungen auf den Vorschlag waren dementsprechend einhellig negativ. Der deutsche Kaiser Wilhelm II. lehnte jegliche Beteiligung kategorisch ab und ärgerte sich heftig darüber, dass Gołuchowski in einer Angelegenheit aktiv geworden war, die seiner Meinung nach den Dreibund nichts anginge.[319] Der russische Außenminister Lobanov reagierte ebenfalls verärgert auf Gołuchowskis Vorschlag, ließ seinen anfänglich grundsätzlichen Unwillen gegen die Bereitstellung von Schiffen aller Signatarmächte zwar fallen, verwehrte sich aber entschieden gegen jede Verletzung der vertraglich vereinbarten Schließung der Meerengen für Kriegsschiffe.[320] Während die britische und die italienische Regierung dem Vorschlag zustimmten, schloss sich die französische Regierung in ihrer Stellungnahme dem Standpunkt Lobanovs an.[321]

I.e.3. Die Botschafterkonferenz und die Vermeidung eines internationalen Konflikts

Es war schließlich überhaupt nicht notwendig, eine gemeinsame Aktion der Berliner Signatarmächte auf den Boden eines Vertragsbruchs zu stellen. Beinahe zeitgleich mit Gołuchowskis Vorstoß hatten sich nämlich die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel am 12. November 1895 auf Anregung des russischen Botschafters Nelidov darauf geeinigt, auf Basis des Artikels 3 des Pariser Meerengenabkommens zum Schutz ihrer in Konstantinopel lebenden Staatsangehörigen und zur Verhinderung weiterer Ausschreitungen jeweils einen zweiten Stationär anzufordern.[322] Bereits Anfang Oktober waren die in der Hauptstadt verfügbaren Stationsschiffe an ihre Stadtankerplätze beordert worden, um die Präsenz der Groß-

[317] Stein, Neuordnung, 42; vgl. Zürrer, Nahostpolitik, 105f.
[318] Vgl. Wakounig, Grandseigneur, 151f.; Zürrer, Nahostpolitik, 122.
[319] Eulenburg an Auswärtiges Amt, Wien 1895 November 11, abgedruckt in: GP X, 172f.; vgl. dabei besonders die Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.: „Das geht ihn doch eigentlich nichts an! Besser ginge dieser Antrag von Salisbury aus!“, „wir [beteiligen uns] nicht“, „Gott Lob wir haben keine [Schiffe] dort.“. Zur daneben offiziellen, rein rhetorischen Zustimmung Deutschlands vgl. Stein, Neuorientierung, 43f.
[320] Stein, Neuorientierung, 44f.; Wakounig, Grandseigneur, 151f.; Zürrer, Nahostpolitik, 122; vgl. Telegramm Radolins an Auswärtiges Amt, St. Petersburg 1895 November 16/4, abgedruckt in: GP X, 181f.; Telegramm Radolins an Auswärtiges Amt, St. Petersburg 1895 November 17/5, abgedruckt in: GP X, 183f.
[321] Stein, Neuorientierung, 42–45; vgl. Telegramm Münsters an Auswärtiges Amt, Paris 1895 November 20, abgedruckt in: GP X, 189f.
[322] Telegramme Calices an Gołuchowski, Pera 1895 November 12, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 108, 109; vgl. das entsprechende Telegramm des deutschen Botschafters. Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Pera 1895 November 12, abgedruckt in: GP X, 173.

mächte zu demonstrieren und für mehr Sicherheit zu sorgen.[323] Der nun eingebrachte Vorschlag, angesichts drohender Unruhen auch die Verlegung der zweiten, eigentlich für die Donaumündung gedachten Stationsschiffe nach Konstantinopel zu beantragen, konnte sich auf einen Präzedenzfall aus dem Jahr 1876 stützen, als während Unruhen im Vorfeld des russisch-osmanischen Krieges dasselbe geschehen war.[324] Die Verlegung der zweiten Stationsschiffe war somit eine Möglichkeit, auf Grundlage der vom Berliner Vertrag 1878 unveränderten Bestimmungen des Pariser Meerengenabkommens eine international legale „Flottendemonstration" vor der osmanischen Hauptstadt zu organisieren.

Die Reaktionen auf die identischen Anträge der Botschafter an ihre jeweiligen Regierungen waren dementsprechend einhellig positiver als die Reaktionen auf Gołuchowskis Vorstoß. Der österreichisch-ungarische Botschafter Calice erhielt bereits am 14. November 1895 die Nachricht seines Außenministers, dass der österreichisch-ungarische Torpedokreuzer SMS „Sebenico" bereitstehe und er ermächtigt sei, beim Sultan die Fahrt eines zweiten Stationsschiffes durch die Dardanellen zu beantragen.[325] Der französische und der russische Botschafter erhielten entsprechende Aufträge am 17. November, der italienische Botschafter bereits davor.[326] Einzig der deutsche Kaiser Wilhelm II. und seine Regierung beharrten auch nach mehrmaliger Anfrage des deutschen Botschafters darauf, dass kein Schiff verfügbar sei, und allenfalls eine britische Jacht als symbolischer „zweiter Stationär" angekauft werden könnte.[327]

Auch der Konsens über die Entsendung der zweiten Stationsschiffe erwies sich als unsicher. Sultan Abdülhamit II., der die für ihn erniedrigende Machtdemonstration der fremden Kriegsschiffe möglichst verhindern wollte, zögerte seine formell benötigte Erlaubnis zur Durchquerung der Dardanellen hinaus.[328] Die Botschafter in Konstantinopel waren sich allerdings einig, dass das Einlaufen der zweiten Stationäre notwendig sei, um einen Gesichtsverlust der Signatarmächte des Berliner Vertrags zu vermeiden. Sie schlugen daraufhin vor, die Durchfahrt notfalls durch bewaffnete Eskortierung bis an die Dardanellen zu erzwingen, was nun doch einen Bruch bestehender Rechtsgewohnheiten bedeutet hätte.[329] Der russische Au-

[323] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 5, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 77.
[324] Vgl. Unbekannter Verfasser, Notiz über das Einlaufen zweiter Stationsschiffe in den Hafen von Konstantinopel im Jahre 1876, 1895 Dezember 3, HHStA Wien, PA XII/163 Nr. 77.
[325] Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien November 1895 14, HHStA Wien, PA XII/163 Nr. 72.
[326] Telegramm Calices an Gołuchowski, Pera 1895 November 17, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 113.
[327] Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Pera 1895 November 19, abgedruckt in: GP X, 187; vgl. Stein, Neuorientierung, 43f.
[328] Vgl. Stein, Neuorientierung, 46–48; Wakounig, 152; Zürrer, 125; vgl. die Bitte des Sultans an die Botschafter aller Signatarmächte, sein Bemühen um einen Aufschub des Einlaufens der zweiten Stationäre bei ihren Regierungen zu unterstützen. Telegramm Calices an Gołuchowski, Pera 1895 November 28, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 120.
[329] Telegramme Calices an Gołuchowski, Pera 1895 November 25, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 118, 119.

ßenminister Lobanov, der zu viel „gesamteuropäischem“ Einfluss in Konstantinopel ohnehin ablehnte, spielte daraufhin mit dem Gedanken, die Forderung der zweiten Stationsschiffe bei fortgesetztem Widerstand des Sultans fallen zu lassen. Auch der französische Außenminister Gabriel Hanotaux war sich nicht sicher, ob man den Sultan zur Erteilung der Durchfahrterlaubnis zwingen könne oder solle.[330] Gołuchowski sympathisierte mit der von den Botschaftern ins Spiel gebrachten Idee einer bewaffneten Eskortierung der Stationäre, während Salisbury bei den Vertretern Österreich-Ungarns und Italiens sondierte, ob nicht die Mächte der Mittelmeerentente ohne Russland eine eigene Flottendemonstration außerhalb der Meerengen abhalten könnten.[331] Gołuchowski ließ Lobanov daraufhin wider besseres Wissen vor der Gefahr einer angeblich bevorstehenden Einzelaktion Großbritanniens warnen, während auch der französische Außenminister auf seinen russischen Kollegen mit Andeutungen über mögliche britische Reaktionen auf eine weitere Verzögerung Druck ausübte.[332] Als daraufhin der russische Botschafter in Konstantinopel die Weisung erhielt, den Sultan vor den Konsequenzen seiner Haltung eindringlich zu warnen, gab dieser nach und erteilte am 10. Dezember 1895 seine Zustimmung zum Einlaufen der Stationäre.[333]

Gołuchowski war mit dem Ergebnis soweit zufrieden und rechnete es sich selbst als „Teilerfolg“ an.[334] Tatsächlich schmückte er sich dabei aber mit den Federn Nelidovs beziehungsweise jenen der Botschafterkonferenz von Konstantinopel, auf deren Vorschlag die Entsendung der zweiten Stationäre erfolgt war. Sein eigener, vertragswidriger Vorschlag war überflüssig gewesen, hatte lediglich den russischen Außenminister verärgert und beim deutschen Kaiser Zorn über die allzu große Aktionsfreudigkeit seines Verbündeten erregt.[335]

Somit ist das Zustandekommen der Verdoppelung der Stationäre ein gutes Beispiel für die Fähigkeit der Botschafter, autonome Initiativen zu starten, indem sie in den Reunionen ihre Weisungen verglichen, darauf basierend einen Kompromiss aushandelten, diesen ihren

---

[330] Stein, Neuorientierung, 46–48; Wakounig, 152; Zürrer, 125; Gołuchowski an Calice, Wien 1895 November 25, HHStA Wien, PA XII/163 Nr. 79.

[331] Stein, Neuorientierung, 47f.; Wakounig, Grandseigneur, 152f.; vgl. Gołuchowski an Calice, Wien 1895 Dezember 5, HHStA Wien, PA XII/163 Nr. 86.

[332] Vgl. dazu Stein, Neuorientierung, 47f.; Wakounig, Grandseigneur, 152f.; Zürrer, Nahostpolitik, 125f.; Gołuchowski selbst ging davon aus, dass der letztlich auf den Sultan ausgeübte russische Druck allein ihm und seinen Andeutungen über einen britischen Alleingang zu verdanken war. Gołuchowski an Deym, Wien, 1895 Dezember 9, HHStA Wien, PA I/461 privat.

[333] Vgl. die Berichte Calices über Bearbeitung des Sultans durch Nelidov. Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Dezember 6, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 128; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Dezember 8, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 131. Zum Nachgeben des Sultans Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Dezember 10, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 134.

[334] Stein, Neuorientierung, 45; Wakounig, Grandseigneur, 152; vgl. Gołuchowski an Calice, Wien 1895 Dezember 12, HHStA Wien, PA XII/163 Nr. 293.

[335] Schon im August 1895 machte man sich in der deutschen Regierung Sorgen über den Tatendrang Gołuchowskis und war um die Betonung des Standpunktes bemüht, dass Deutschland Österreich-Ungarn in einer eventuell selbst heraufbeschworenen Krise nicht unbedingt Beistand leisten würde. Hohenlohe an Eulenburg, Berlin 1895 August 19, abgedruckt in: GP X, 141–144.

Kabinetten mitteilten und ihn nach erfolgter Ratifizierung gegenüber dem Sultan als „Willen Europas“ vertraten. Zweimal, am 12. November und am 25. November 1895, hatten die Botschafter ihre Regierungen gemeinsam zur Entsendung der zweiten Stationäre gedrängt. Auch der Vorschlag, die Stationäre notfalls gegen den Widerstand des Sultans durch weitere Kriegsschiffe bis zu den Meerengen eskortieren zu lassen, ging von ihnen gemeinsam aus.[336] Gołuchowskis Schreiben an Calice vom 5. Dezember 1895, in dem er diesem die Forderung der Botschafterkonferenz kaum umformuliert als „Weisung“ retournierte, belegt, dass die Initiative damals zu einem großen Teil bei den Botschaftern lag.[337]

Bei näherer Betrachtung zeigt sich hier auch, wie sehr einzelne Botschafter unter Rückgriff auf ihr Prestige Einfluss auf ihre vorgesetzten Außenminister ausüben konnten, was ein wesentliches Mittel für die inoffizielle, aktive Mitgestaltung der internationalen Politik durch die Botschafterkonferenz von Konstantinopel darstellte. Speziell die Beeinflussung des österreichisch-ungarischen Außenministers Gołuchowski durch Botschafter Calice war von entscheidender Bedeutung. Calice hatte bereits am 10. Oktober 1895 die Nähe britischer Kriegsschiffe und die dadurch implizierte Drohung mit einer Flottenaktion als „nicht unheilsames Memento“ für den Fall eines Widerstands Sultan Abdülhamits II. gegen die armenischen Reformen gepriesen.[338] Schon lange bevor die Botschafterkonferenz auf Anregung Nelidovs die Entsendung der zweiten Stationäre anforderte, begann er damit, Gołuchowski im entsprechenden Sinn zu „bearbeiten“ und beeinflussen. Die am 11. November 1895 von Gołuchowski an Calice übermittelte Ermächtigung, gemeinsam mit seinen Kollegen Vorkehrungen zu treffen, um im Falle „revolutionärer Vorgänge“ ein „Umsichgreifen anarchischer Zustände im Oriente“ zu verhindern, ist in diesem Zusammenhang zu sehen und ließ den Botschaftern bei der Wahl der zu fordernden Maßnahmen relativ weitgehende Entscheidungsfreiheit. Anstatt ihm die Befürwortung einer Flottendemonstration aufzutragen, ließ Gołuchowski Calice fragen, ob die Entsendung österreichischer Kriegsschiffe „wünschenswert“ sei![339] Als der französische und der russische Außenminister wenig später Zweifel äußerten, ob man trotz der Verweigerung der benötigten Erlaubnis des Sultans auf dem Einlaufen der zweiten Stationäre beharren solle, genügte eine dezente Erinnerung Calices an Gołuchowski, wie

[336] Telegramme Calices an Gołuchowski, Pera 1895 November 12, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 108, 109, 110; Telegramme Calices an Gołuchowski, Pera 1895 November 25, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 118, 119.
[337] Gołuchowski an Calice, Wien 1895 Dezember 5, HHStA Wien, PA XII/163 Nr. 86.
[338] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 10, HHStA Wien, PA I/462 Nr. 42B.
[339] Gołuchowski an Calice, Wien 1895 November 11, HHStA Wien, PA XII/163 Nr. 71.

wichtig die Einigkeit aller Großmächte sei, um diesen zu bewegen, dieses Prinzip gegenüber den Außenministern der übrigen Großmächte so stark zu betonen.[340]

Wie schwierig unterdessen aber auch die Einigkeit unter den Botschaftern zu erhalten war, zeigt der Bericht Calices über die Reunion vom 25. November 1895, in der es neben dem Beschluss der gemeinsamen Erklärung gegenüber den Kabinetten auch zu einer heftigen Grundsatzdebatte über die Kompetenzen und Aufgaben der Botschafterkonferenz an sich kam. Der britische Botschafter Currie vertrat die Ansicht, dass den Botschaftern ein weitgehender Einfluss auf die Regierungsgeschäfte des Sultans zustand, dem sie neben der Genehmigung der zweiten Stationäre auch gleich die Ernennung einer neuen, kooperationswilligeren Regierung und die Rückberufung von Said Paşa als Großwesir vorschreiben sollten.[341] Der russische Botschafter Nelidov sah darin den ersten Schritt zur Umsetzung der von ihm im Einklang mit den Grundsätzen der russischen Außenpolitik bekämpften Idee einer internationalen Kuratelherrschaft über das Osmanische Reich. Er erklärte daher seine völlig entgegengesetzte Ansicht, dass die Botschafter in Konstantinopel überhaupt keine besonderen Rechte hätten, außer für den Schutz ihrer Staatsangehörigen und die Wahrung bestehender Verträge ihrer Länder mit dem Osmanischen Reich einzutreten. Er fügte hinzu, dass es seiner Ansicht nach unabhängig von ihren Bemühungen ohnehin nie zu wirksamen Reformen kommen werde und das Osmanische Reich zum unvermeidlichen Untergang verurteilt sei. Calice, der als Doyen den Vorsitz der Sitzung innehatte, und an den im Vorfeld sowohl Currie als auch Nelidov mit der Bitte um Unterstützung für ihre jeweilige Position herangetreten waren, konnte sich in dem Streitgespräch zwischen den Botschaftern nur um beruhigende, ausgleichende Worte bemühen.[342]

Selbst als auch Cambon und Nelidov zu diplomatischem Druck auf den Sultan ermächtigt worden waren und das Einlaufen der zweiten Stationäre mit offizieller Erlaubnis des Sultans unmittelbar bevorstand, gab es möglicherweise noch einen letzten Versuch Abdülhamits II., die gemeinsame Machtdemonstration der Großmächte zu verhindern. Calice berichtete über eine unerklärliche Panik in den Straßen der Hauptstadt am 12. Dezember 1895, über deren Ursache zunächst völlige Unklarheit herrschte. Nach und nach stellte sich dann aber Calice zufolge heraus, dass unter der Bevölkerung gezielt Gerüchte verbreitet worden waren, das Einlaufen der Stationäre würde neue, gewalttätige Unruhen auslösen. Es sei dazu nur deshalb nicht gekommen, weil diese Gerüchte viel zu früh verbreitet worden waren und sich die

[340] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel, 1895 November 28, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 49A; vgl. Gołuchowski an Calice, Wien 1895 Dezember 5, HHStA Wien, PA XII/163 Nr. 86.
[341] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel, 1895 November 28, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 49D.
[342] Ebda.; vgl. Calice an Gołuchowski, Konstantinopel, 1895 November 28, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 49B; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel, 1895 November 28, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 49C.

nur kurz aufgeflackerte Unruhe der Stadtbevölkerung bis zum tatsächlichen Einlaufen der zweiten Stationäre schon wieder gelegt hatte. Calice interpretierte den Vorfall jedenfalls als gescheiterten Versuch Abdülhamits, durch Agenten seiner Geheimpolizei zeitgleich mit der Ankunft der zweiten Stationäre blutige Ausschreitungen nach dem Vorbild der Massaker vom 30. September 1895 zu inszenieren, den Großmächten die Schuld an der Eskalation zu geben und die ohnehin skeptische russische Regierung im letzten Moment zum Ausscheren aus der gemeinsamen Aktion zu bewegen.[343]

Dass die Botschafterkonferenz von verschiedener Seite als Schlüssel für den Fortbestand und eine Reform des Osmanischen Reichs gesehen wurde, zeigt übrigens nicht zuletzt das Vorgehen der Organisatoren der armenischen Demonstration vom 30. September 1895. Das armenisch-revolutionäre Komitee „Hnchak“ oder „Glocke“ hatte nämlich im Vorfeld der folgenschweren Proteste einen Brief an die österreichisch-ungarische Botschaft adressiert. In diesem war Calice als Doyen der Botschafterkonferenz darauf aufmerksam gemacht worden, dass die Demonstration vor allem ein Signal an die Botschafter sein sollte, von denen man die Durchsetzung der Reformen gemäß Artikel 61 des Berliner Vertrags erwarte.[344] Auch wenn die Botschafterkonferenz 1895 zur möglichst raschen Beendigung der Massaker an den ArmenierInnen in Konstantinopel beigetragen und ein offenes Ausbrechen von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen der Großmächte in der so genannten „Stationärsfrage“ verhindert hatte, diese Erwartung hatte sie nicht erfüllt. Dennoch sollte die Kretakrise die Botschafter in den Jahren 1896 bis 1898 wieder mit ganz ähnlichen Erwartungen konfrontieren und sie vor noch schwierigere Aufgaben stellen.

[343] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Dezember 13, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 136.
[344] Originaltext des Schreibens mit offiziellem Briefkopf der *Hnchak*. Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Oktober 3, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 41A–D.

II. Der „Motor“ des europäischen Konzerts. Die Botschafterkonferenz und die Kretakrise 1896

II.a. Rivalitäten, Rebellen und vergiftete Limonade

II.a.1. Die demografische, soziale und politische Situation auf Kreta im 19. Jahrhundert

Trotz der Beteiligung eines Teils ihrer christlichen Bevölkerung am griechischen Unabhängigkeitskrieg 1821–1829 wurde die Insel Kreta[345] nach dessen Ende nicht dem unabhängig gewordenen Königreich Griechenland zugeschlagen, sondern war 1896 noch immer Bestandteil des Osmanischen Reiches und bildete zusammen mit den umliegenden Inseln ein eigenes *Vilâyet*.[346] Sowohl der christliche als auch der muslimische Bevölkerungsteil waren nahezu vollständig griechischsprachig, während lediglich einige Verwaltungsbeamte und ein Teil der Militärgarnison türkischsprachig waren.[347] Der muslimische Bevölkerungsteil Kretas ging somit vermutlich ähnlich wie in den *Vilâyets* auf dem Gebiet des heutigen Albanien auf durch steuerliche und rechtliche Vorteile motivierte Konversionen und nicht auf Zuwanderung zurück.[348] Eine solche Konversion aus praktischem Opportunismus, bei der ein Teil der konvertierten Bevölkerung heimlich christlich geblieben sein könnte, würde auch erklären, wieso die erhaltenen Daten aus dem 19. Jahrhundert ab dem griechischen Unabhängigkeitskrieg einen so raschen Rückgang des muslimischen Anteils der Inselbevölkerung aufweisen. So sollen 1821 noch 160.000 der insgesamt 289.000 InselbewohnerInnen muslimisch, und nur 129.000 christlich gewesen sein.[349] Schätzungen aus dem Jahr 1867 zufolge waren damals von 280.000 bis 300.000 InselbewohnerInnen bereits nur noch 60.000 bis 80.000 muslimisch, inzwischen aber 220.000 christlich.[350] Gemäß einer Volkszählung aus dem Jahr 1881 bekannten sich von 280.000 InselbewohnerInnen 205.000 zum griechisch-orthodoxen Christentum,

---

[345] Griechisch: Kriti; venez. italienisch: Candia; osman. türkisch: Girit.
[346] Großprovinz des Osmanischen Reichs gemäß der nach 1845 eingeführten Reformen, gegliedert in mehrere *Sancaks* und verwaltet von einem Generalgouverneur oder *Vali*. Dülffer, Kreta-Krise, 24f.; Verosta, Kollektivaktionen, 34f.; Zürrer, Nahostpolitik, 338.
[347] Verosta, Kollektivaktionen, 34.
[348] Şenişik, Transformation, 63f. Zur Entwicklung in den *Vilâyets* auf dem Gebiet des heutigen Albanien vgl. Peter Bartl, Die katholische Kirche im Mittelalter und unter osmanischer Herrschaft, in: Oliver Jens Schmitt (Hg.), Religion und Kultur im albanischsprachigen Südosteuropa, Pro Oriente 4, Frankfurt a.M. 2010, 53–68; Dritan Egro, Islam in the Albanian Lands (XVth–XVIIth Century), in: Schmitt, Religion, 13–52; Konstantinos Giakoumis, The Orthodox Church in Albania under Ottoman Rule (15th–19th Century), in: Schmitt, Religion, 69–110.
[349] Şenişik, Transformation, 64.
[350] Melena, Kreta, 115; vgl. Şenişik, Transformation, 64.

73.000 zum Islam, 647 zum jüdischen Glauben und 250 zum römisch-katholischen Christentum.[351] Die muslimische Bevölkerung konzentrierte sich jedenfalls vor allem in den Städten Canea[352], Rethymno[353] und Candia[354], sowie in den Dörfern der fruchtbaren Messara-



Abb.3: Diese nach Daten der osmanischen Volkszählung aus dem Jahr 1881 angefertigte Karte stellt die Verteilung des muslimischen Bevölkerungsanteils auf Kreta durch unterschiedlich starke Schraffur dar. Die am stärksten schraffierten Flächen bedeuten einen muslimischen Bevölkerungsanteil von 75 bis 100 Prozent, während die völlig weißen Flächen einen christlichen Bevölkerungsanteil von 75 bis 100 Prozent darstellen. „Religionskarte von Kreta“, Beilage zu Ernst Fabricius, Die Insel Kreta, in: Geographische Zeitschrift 3, Leipzig 1897, 361−380.

Ebene[355], wo sie auch die Bevölkerungsmehrheit bildete. Die Landgemeinden in den bergigen Teilen der Insel waren dagegen überwiegend, die südwestliche Provinz Sfakia[356] nahezu ausschließlich von Angehörigen des orthodoxen Christentums bewohnt, die im Gegensatz zur muslimischen Landbevölkerung nicht vom Olivenanbau, sondern vor allem von Schaf- und Ziegenzucht lebten.[357]

Eine kleinere ethnische Minderheit, die in einem besonders gespannten Verhältnis zu den orthodoxen ChristInnen lebte, bildeten die muslimischen „Halikutides“ oder HalikutIn-

[351] Fabricius, Kreta, 496f.; vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 25; Şenişik, Transformation, 64; Berthold Sutter, Die Großmächte und die Erhaltung des europäischen Friedens zu Beginn der Kreta-Krise 1897, in: Südost-Forschungen 21, München 1962, 214–369, hier 231f. Jost Dülffer zufolge sind allerdings insbesondere die Zahlen der Volkszählung von 1881 „mit Vorbehalten zu betrachten“. Dülffer, Kreta-Krise, 25.
[352] Griechisch: Chania; venez. italienisch: Canea; osman. türkisch: Hanya.
[353] Griechisch: Rethimno; venez. italienisch: Retimo; osman. türkisch: Resmo.
[354] Griechisch: Iraklio/ Megalo Kastro; venez. italienisch: Candia; osman. türkisch: Kandiye.
[355] Griechisch: Pediada Mesaras.
[356] Griechisch: Sfakia.
[357] Dülffer, Kreta-Krise, 25.

nen[358]. Sie galten als Nachkommen arabischer und afrikanischer Sklaven, die mit den Truppen des Vizekönigs von Ägypten Mehmet Ali Paşa während des griechischen Unabhängigkeitskriegs nach Kreta gekommen waren. Im späten 19. Jahrhundert lebten sie zwischen dem östlichen Stadttor Caneas und einem Sandstrand in ihrer eigenen Siedlung aus ärmlichen Hütten namens Kum Kapi[359] und übernahmen wenig angesehene Tätigkeiten als Hafenarbeiter oder Lastenträger.[360] Zu ihrem geringen sozialen Prestige kamen noch die sprachlichen und religiösen Differenzen gegenüber der griechischsprachigen, christlichen Mehrheitsbevölkerung, sowie eine gewisse rassistische Diskriminierung wegen ihrer offenbar dunkleren Hautfarbe.[361] Problematisch war in diesem Zusammenhang auch, dass sich die Siedlung der unterprivilegierten HalikutInnen genau zwischen Canea und dem noblen Vorort Halepa[362] befand, in dem in scharfem Kontrast zu den Hütten von Kum Kapi die Villen der einheimischen sozialen Elite und die Amtssitze der Konsuln der Großmächte standen.[363] Neben ihrer ethnischen und religiösen Nonkonformität galten sie auch wegen ihrer Armut als unberechenbare Quelle von Unruhen, so dass ihre Abschiebung von der Insel in den 1890er Jahren fester Bestandteil des politischen Forderungskatalogs der christlichen Kreter wurde.[364]

II.a.2. Aufstände, Repression und Ausgleichsversuche im osmanischen Kreta 1824–1896

Die Vermengung von religiösen und sozialen Konflikten, die Benachteiligung von ChristInnen im Rechtssystem und im Steuerwesen, sowie die vom unabhängigen Griechenland ausgehenden Idee nationalstaatlicher Vereinigung aller griechischsprachigen ChristInnen hatten dafür gesorgt, dass die Insel auch nach der 1824 erfolgten Niederschlagung des Aufstandes im Rahmen des griechischen Unabhängigkeitskrieges über Jahrzehnte hinweg nie

[358] Griechisch: Halikutides; Es handelt sich dabei um eine derogative Fremdbezeichnung, abgeleitet vom türkischen Wort „*halk*“ für „Mittellose“ oder als Verballhornung des Befehls „*Hal il kuti!*“, „Stell die Kiste ab!“. Auf Kreta existiert das Wort noch heute als abwertende Bezeichnung für ungepflegte Menschen. In der diplomatischen Korrespondenz der 1890er Jahre werden die „Halikuten“ auch als „Calicuten“ oder „Calicutten“, manchmal als „Kalikutten“, oder auch als „Bengasier“ bezeichnet, wobei letzteres deren Herkunft aus dem heutigen Libyen implizieren würde. Charidimos Papadakis, Halikutes, the Africans of Crete, in: Kriti. Official Publication of the Pancretan Association of America 787, Brooklyn 2008, 20; vgl. Rodogno, Massacre, 120; Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 83; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juni 4, HHStA Wien, PAXII/277 Nr. 88; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juni 25, HHStA Wien, PAXII/277 Nr. 107; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juli 17, HHStA Wien, PAXII/278 ohne Nummer.

[359] Griechisch: Kum Kapi; osman. türkisch auch: Kum Kapisi.

[360] Papadakis, Halikutes, 83; Rodogno, Massacre, 120.

[361] Militärattaché Giesl etwa beschrieb sie in seinen Erinnerungen an seinen Aufenthalt in Canea abfällig als „raub- und mordgieriges Gesindel“ und meinte, er habe beim Durchqueren der „Negerkolonie“ sicherheitshalber „immer die Hand an der Repetierpistole“ gehabt. Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 83; vgl.Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juni 4, HHStA Wien, PAXII/277 Nr. 88.

[362] Griechisch: Chalepa.

[363] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juni 4, HHStA Wien, PAXII/277 Nr. 88.

[364] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juli 17, HHStA Wien, PAXII/278 ohne Nummer; vgl. Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juni 25, HHStA Wien, PAXII/277 Nr. 107.

ganz zur Ruhe gekommen war. Bereits 1770 war es auf Kreta zu einem kurzlebigen Aufstand im Zusammenhang mit der Orlov-Revolte gekommen.[365] Die der Unzufriedenheit der kretischen ChristInnen zugrundeliegende steuerliche und rechtliche Benachteiligung wurde in den Jahrzehnten nach dem griechischen Unabhängigkeitskrieg aufgrund nationalistischer Agitation als besonders drückend empfunden und löste periodisch weitere Proteste und Unruhen aus, die im beinahe zwei Jahre andauernden Aufstand von 1867 bis 1869 gipfelten.[366] Schon damals zeigten sich gewisse Strukturen und Handlungsmuster, die auch während des Aufstandes 1896–1897 wirksam werden sollten. So wurde der Kampf seitens der Aufständischen als Guerillakrieg mit raschen Überfällen auf osmanische Garnisonen, Telegrafenlinien und muslimische Dörfer und ebenso raschen Rückzügen in die unzugänglichen Berge des kretischen Hinterlandes geführt. Da die Plünderung der Dörfer häufig mit der systematischen Zerstörung der Olivenhaine verbunden war, die über Jahrhunderte gewachsen waren und die wichtigste Lebensgrundlage der Dorfbewohner bildeten, lässt sich daraus der Wunsch nach einer dauerhaften Verdrängung der anderen Religionsgruppe ablesen.[367]

Während christliche Milizen auf dem Land die Oberhand gewannen, verstärkte die Flucht der muslimischen Landbevölkerung in die Städte deren dortige Überzahl gegenüber den ChristInnen und löste wiederum eine Fluchtbewegung der christlichen Stadtbevölkerung in das Königreich Griechenland aus.[368] Spektakuläre Ereignisse wie die Einnahme des Klosters Arkadi durch osmanische Truppen, in deren Rahmen sich im Kloster verschanzte christliche Rebellen mitsamt ihren Frauen und Kindern in die Luft sprengten, erregten zwar europaweit die Öffentlichkeit, die Regierungen der Großmächte konnten sich aber auf keine Intervention einigen.[369] Währenddessen rivalisierten gleich mehrere revolutionäre Komitees um die organisatorische Führungsrolle im Aufstand. Die lokalen Komitees verfolgten das Ziel einer Autonomie Kretas innerhalb des Osmanischen Reichs, das von patriotischen Privatiers und Exilkretern in Athen gegründete „Zentralkomitee“ strebte dagegen den Anschluss Kretas an das Königreich Griechenland an. Während das Osmanische Reich auf Druck der Großmächte eine Verwaltungsreform für Kreta erließ, bildeten einerseits die aufständischen Autonomisten eine provisorische Regierung, während andererseits vom Zentralkomitee unterstützte Rebellengruppen deren Anerkennung durch Fortsetzung der Kämpfe hintertrieben.[370]

---

[365] Şenişik, Transformation, 73–75.
[366] Dülffer, Kreta-Krise, 26; Rodogno, Massacre, 118–140; Şenişik, Transformation, 73–78; Zelepos, Ethnisierung, 79–83.
[367] Şenişik, Transformation, 68f.
[368] Zu diesem sich bei allen Aufständen auf Kreta wiederholenden Muster siehe Dülffer, Kreta-Krise, 27.
[369] Rodogno, Massacre, 123–128; Zelepos, Ethnisierung, 80–83.
[370] Rodogno, Massacre, 119f.; Zelepos, Ethnisierung, 80–83.

Was nach dem letztlichen Zusammenbruch des Aufstandes 1869 übrig blieb, war das auf Druck der Großmächte hin vom Sultan erlassene *Réglément Organique*. Dabei handelte es sich um eine verfassungsähnliche Urkunde, die dem Gouverneur der Insel einen mit Vertretern aller Bezirke besetzten Generalrat gegenüberstellte und Reformen von Gerichtswesen und Verwaltung zugunsten der ChristInnen versprach.[371] Weiter präzisiert wurden diese Reformen 1878 durch den Pakt von Halepa, der diesmal unter aktiver Mitwirkung der Konsuln der Großmächte im gleichnamigen Vorort von Canea ausgehandelt wurde. Das Grundprinzip des Paktes bestand darin, dass sämtliche Ämter in der regionalen Politik und Verwaltung nun proportional nach Religionszugehörigkeit vergeben werden sollten, um durch Quoten eine Gleichstellung zu garantieren. So wurden die Abgeordneten der den Generalrat ersetzenden Generalversammlung zwar in allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen bestimmt, es mussten aber immer 49 Christen und 31 Muslime gewählt werden. Dies entsprach zwar nicht ganz den oben erwähnten Bevölkerungsverhältnissen, die überproportionale Vertretung der muslimischen Bevölkerungsgruppe war aber eine bewusste Maßnahme zur Vermeidung ihrer Marginalisierung durch eine christliche Zweidrittelmehrheit.[372] Darüber hinaus wurde festgesetzt, dass entweder der *Vali*[373] von Kreta oder wenigstens sein Stellvertreter Christen sein mussten. Das nicht nur von den kretischen ChristInnen, sondern auch von den meisten kretischen MuslimInnen gesprochene Griechisch wurde zur einzigen Amtssprache erklärt. Eine Einschränkung der Autonomie ergab sich allerdings daraus, dass Beschlüsse der Generalversammlung erst mit Bestätigung des Sultans Gültigkeit erhielten.[374] Gemäß Artikel 23 des Berliner Vertrages wurden diese Reformen auf Kreta ebenso wie die in Artikel 62 bestätigte Religionsfreiheit zu einer internationalen Verpflichtung des Osmanischen Reiches unter Garantie der Signatarmächte, also auch zu einer Verpflichtung des europäischen Konzerts.[375]

Während einerseits Sultan Abdülhamit II. derartige Einschränkungen seiner Macht nur unter Zwang hinnahm, war andererseits nur ein Teil der kretischen ChristInnen mit dem Ausmaß der Reformen zufrieden. Nach jeder niedergeschlagenen Revolte flohen ein Teil der Kämpfer und Anführer ins Exil, üblicherweise ins Königreich Griechenland, wo sie ebenso wie die an der Universität von Athen studierenden christlichen Intellektuellen Kretas unter den Einfluss griechisch-nationalistischen Gedankenguts gerieten und persönliche Kontakte zu festlandgriechischen Revolutionskomitees knüpften.[376] Dies und die vom griechischen Gene-

[371] Dülffer, Kreta-Krise, 26; Rodogno, Massacre, 134–137; Verosta, Kollektivaktionen, 35.
[372] Dülffer, Kreta-Krise, 26; Rodogno, Massacre, 213; Verosta, Kollektivaktionen, 35.
[373] Generalgouverneur eines *Vilâyets*.
[374] Dülffer, Kreta-Krise, 26f.; Rodogno, Massacre, 213; Verosta, Kollektivaktionen, 35f.
[375] Artikel 23 und 62 des Berliner Vertrags im Wortlaut abgedruckt in: Strupp, Urkunden I, 211, 220.
[376] Şenişik, Transformation, 46.

ralkonsulat auf Kreta betriebene Einrichtung von Schulen und die Verbreitung griechischer Schriften sowie Zeitungen auf der Insel trugen dazu bei, dass sich ein immer größerer Teil der kretischen ChristInnen als „griechisch" betrachtete und die Idee einer Union mit Griechenland befürwortete.[377] Die schon während des Aufstandes 1867–1869 zu beobachtende Spaltung der christlichen Bevölkerungsgruppe in einen autonomistischen und einen annexionistischen Flügel setzte sich auch in der Generalversammlung zwischen den darin vertretenen Parteien der „Konservativen" und der „Liberalen" fort. Während die gemäßigt nationalen Konservativen in ihrer Haltung zu einzelnen sozialen Fragen durchaus mit den als „Partei der Beys" bezeichneten muslimischen Abgeordneten übereinstimmten, forderten die radikaleren Liberalen nach wie vor den Anschluss Kretas an Griechenland, so dass ihr Wahlsieg 1889 neue Unruhen auf der Insel auslöste.[378]

Nach der diesmal raschen militärischen Niederschlagung des Aufstandes nutzte Sultan Abdülhamit II. die Gelegenheit, die bisherige Einschränkung seiner Macht auf Kreta mithilfe einiger „Modifikationen" des Pakts von Halepa zu neutralisieren.[379] Diese Maßnahmen basierten auf dem Konsens mehrerer osmanischer Beamter, die im Sonderauftrag des Sultans Memoranden über die Ursachen des Aufstandes verfasst hatten. Darin waren die Gutachter zu dem Schluss gekommen, dass die Selbstverwaltung Kretas dazu geführt habe, dass die Rivalitäten zwischen den christlichen und muslimischen Religionsgruppen, zwischen den Konservativen und Liberalen, aber auch zwischen persönlich verfeindeten Familien auf allen Ebenen der Verwaltung und selbst innerhalb der Gendarmerie ausgetragen worden seien, was die Insel unregierbar gemacht habe.[380] Dem zivilen *Vali* wurde daher nun zusätzlich ein eigener Militärkommandant für Kreta gegenübergestellt, wobei beide direkt durch den Sultan und auf unbestimmte Zeit ernannt wurden. Dies entsprach den für den Regierungsstil Abdülhamits typischen Prinzipien persönlicher Abhängigkeit und gegenseitiger Überwachung aller Amtsträger.[381] Für die kretische Gendarmerie, die bislang überwiegend aus christlichen und muslimischen Kretern bestanden hatte, wurden nun vermehrt Gendarmen angeworben, die weder Einheimische noch Christen waren.[382] Diese Maßnahme sollte später von den christlichen

[377] Şenişik, Transformation, 46–49, 53f.
[378] Dülffer, Kreta-Krise, 27; Rodogno, Massacre, 213f.; Şenişik, Transformation, 80–82.
[379] Dülffer, Kreta-Krise, 27f.; Rodogno, Massacre, 213f.; Verosta, Kollektivaktionen, 37f.; Barchard, Servant, 23. Eine vollständige deutsche Übersetzung der nach dem Ferman von 1889 überarbeiteten zehn Artikel der kretischen Inselverfassung findet sich abgedruckt in: Der kretensische Aufstand und dessen staatsrechtliche Vorbedingungen, *Neue Freie Presse*, Wien 1896 Juli 14, 2f.
[380] Şenişik, Transformation, 82–97.
[381] Zu diesem Grundprinzip vgl. Shaw, Shaw, Reform, 214, 218f.; Zu den auf Kreta bewusst ausgelösten Kompetenzstreitigkeiten zwischen Zivil- und Militärgouverneur siehe das Memorandum des britischen Botschaftssekretärs in Konstantinopel, Adam Block, im Rahmen des Berichts von Herbert an Salisbury, Therapia 1896 Juli 21, TNA PRO London, FO78/4711 Nr. 580.
[382] Verosta, Kollektivaktionen, 37f.

Rebellen als versuchte Anwendung desselben Prinzips interpretiert werden, nach dem auf Befehl Sultan Abdülhamits II. bereits zur Bekämpfung der armenischen Reformkomitees Reitermilizen aus den Angehörigen ethnischer Gruppen rekrutiert worden waren, die mit den ArmenierInnen traditionell verfeindet waren. Diese Milizen zeichneten sich während der Massaker an den ArmenierInnen der Jahre 1894 und 1895 durch besonders grausames Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung aus.[383] Die kretische Generalversammlung sollte unterdessen durch Einschränkungen des Wahlrechts und eine Verringerung der Quote christlicher Abgeordneter hörig gemacht werden, weshalb der christliche Bevölkerungsteil Kretas die unter diesen Bedingungen stattfindenden Wahlen fortan boykottierte.[384]

Die Großmächte nahmen die Aushöhlung des Paktes von Halepa ebenso hin wie die militärische Niederschlagung des Aufstandes von 1889. Das nun auf Kreta eingerichtete, autoritäre Regime unter einer Reihe muslimischer *Valis* schien für einige Jahre tatsächlich zu funktionieren. Bis 1895 wurde es aber offensichtlich, dass der zur Aufrechterhaltung dieses Systems benötigte Verwaltungsapparat seitens der Lokalbehörden nicht finanzierbar war, da diese ja auch zur Abführung der Hälfte der Inseleinnahmen an die Zentralregierung verpflichtet waren. Bereits 1889 waren den jährlichen Ausgaben der Inselverwaltung in der Höhe von 95.000 £T lediglich Einnahmen von 15.000 £T gegenübergestanden.[385] Zu Beginn des Jahres 1895 betrug das Budgetdefizit Kretas bereits 120.000 £T.[386] Die versuchten Steuererhöhungen und die konsequente Nichtbezahlung der Gendarmerie erhöhten nun erst recht wieder die Gefahr von Unruhen auf der Insel. Die diesbezüglichen Schwierigkeiten der lokalen osmanischen Behörden auf Kreta entsprachen somit ebenso wie die Lösungsansätze im Kleinen jenen des Osmanischen Reichs im Großen. Der Wunsch der Inselverwaltung, nach dem Vorbild der osmanischen Staatsschuld einen Kredit aufzunehmen, der durch die reichen Salinen der Insel gedeckt und für internationale Geldgeber reizvoll gewesen wäre, wurde durch den Sultan nicht gestattet, da er seinem Ziel, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit seines Reichs wiederherzustellen, zuwiderlief.[387] Der vom Sultan stattdessen widerwillig gewährte, außerordentliche Budgetzuschuss von 10.000 £T genügten lediglich für die einmalige Zahlung eines Teils der ausständigen Gehälter der Beamten.[388]

---

[383] Zu den *Hamidiye*-Reitermilizen und der dahintersteckenden Idee vgl. Bloxham, Game, 47; Fritz, Frage, 53. In der Praxis bestand die kretische Gendarmerie 1896 aber immer noch zu einem Großteil aus muslimischen und christlichen Kretern, die während des Aufstandes teils unterschiedlich Partei ergriffen. Vgl. Der kretensische Aufstand und dessen staatsrechtliche Vorbedingungen, *Neue Freie Presse*, Wien 1896 Juli 14, 2f.
[384] Dülffer, Kreta-Krise, 27f.; Verosta, Kollektivaktionen, 37f.
[385] Şenişik, Transformation, 80f.
[386] Ebda., 105.
[387] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Jänner 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 34, R12210 Nr. 1.
[388] Şenişik, Transformation, 105.

Der darauf folgende Versuch, Unruhen durch die Ausschreibung von Wahlen zur Generalversammlung und die Ernennung des Christen Alexander Karatheodori Paşa zum *Vali* von Kreta vorzubeugen, wurde im Mai 1895 zu einem besonders ungünstigen Zeitpunkt unternommen. Das Verhalten der Großmächte während der Krise um die seit dem Sommer des Jahres 1894 stattgefundenen Massaker an den ArmenierInnen weckte nämlich auch auf Kreta die Erwartung, die Garantiemächte des Berliner Vertrages seien unter gewissen Umständen bereit, eine Umsetzung der seit 1878 versprochenen Reformen zu erzwingen. Vor allem der griechisch-nationalistisch denkende Teil der christlichen Bevölkerungsgruppe gewann den Eindruck, durch gezielte Eskalation eines Konflikts mit den osmanischen Behörden und eine auf Ausschreitungen der Regierungstruppen folgende internationale Intervention mehr durchsetzen zu können, als durch Dialoge und Kompromisse mit den Behörden.[389]

Unabhängig von der offiziell einberufenen Generalversammlung bildete sich nun ein anfangs aus etwa 100 griechisch-orthodoxen Kretern bestehendes, von Anwälten und anderen Vertretern der einheimischen Bildungselite angeführtes Reformkomitee unter dem Namen „*Metapolitefiki Epitropi*" oder kurz „*Epitropi*".[390] Dieses verfügte über enge Kontakte zu entsprechenden Komitees und exilkretischen Aktivisten im Königreich Griechenland und begann die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes.[391] Bereits zwischen Juli und August 1895 gab es Anzeichen für bevorstehende Unruhen im östlich von Canea gelegenen Verwaltungsbezirk Apokorona[392] sowie Gerüchte über Landungen von nationalistischen Agitatoren und bewaffneten Freiwilligen aus Griechenland.[393] Zwischen 15. und 27. September 1895 fanden in Apokorona trotz der präventiv erfolgten Entsendung osmanischer Truppen in die Region insgesamt drei von der *Epitropi* organisierte Versammlungen statt, an denen sich meh-

[389] Dülffer, Kreta-Krise, 27–30; Dementsprechend richtete das kretische Reformkomitee schon bald Aufrufe an die Großmächte, „einem bedrängten christlichen Volksstamme Schutz gegen die Ausbrüche des muhamedanischen Fanatismus" und die Vorstöße „asiatischer Eroberervölker" zu bieten. Cleanthes Nicolaides, Denkschrift über die Ursachen und die Ziele der autonomistischen Bewegung auf Kreta, Berlin 1896, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 38, R12214.

[390] Deutsch: Komitee für die Verfassungsreform. Übersetzung nach Constantin Christomanos, Der Aufstand auf Kreta, *Neue Freie Presse*, Wien 1896 August 28, 1–3. In den Quellen ebenso wie in der Fachliteratur wird fast nie die Übersetzung, sondern meist die als Fremdwort generierte Bezeichnung „die Epitropie" oder „die Epitropi" verwendet. Aufgrund der größeren Nähe zur Schreibweise des griechischen Ursprungswortes wird das Komitee hier im Folgenden als „die Epitropi" bezeichnet.

[391] Dülffer, Kreta-Krise, 30f; vgl. Ekinci, Origins, 17; Duriava an Gołuchowski, Canea 1895 September 30, HHStA Wien, PA XXXVIII/Konsulate 1895 C–J Nr. 50; Zu den zeitgleich im Königreich Griechenland aktiven Komitees vgl. Zelepos, Ethnisierung, 186–191.

[392] Griechisch: Apokorona.

[393] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1895 Juli 29, HHStA Wien, PA XXXVIII/Konsulate 1895 C–J ohne Nummer; Pinter an Gołuchowski, Canea 1895 August 2, HHStA Wien, PA XXXVIII/Konsulate 1895 C–J Nr. 27.

rere hundert Bewaffnete beteiligten.[394] Auf diesen so genannten „Volksversammlungen“ wurde ein mit 146 Unterschriften versehener Forderungskatalog erstellt. Die *Epitropi* forderte darin neben der verpflichtenden Ernennung eines christlichen Gouverneurs auch die Reduzierung der Quote muslimischer Vertreter in Verwaltungsgremien auf weniger als ein Drittel, eine weitgehende finanzielle Autonomie Kretas vom Osmanischen Reich, sowie eine drastische Beschränkung der zahlenmäßigen Stärke und Bewegungsfreiheit osmanischer Truppen auf der Insel. Der Katalog sollte am 27. September 1895 den Konsuln der Großmächte in Canea überreicht werden, wurde jedoch vom österreichisch-ungarischen, französischen, italienischen und britischen Vertreter gar nicht, vom russischen und griechischen Vertreter nur unter ausdrücklicher Missbilligung entgegengenommen.[395] Gleichzeitig löste die Versammlung der christlichen Milizen im Gegenzug die Bildung muslimischer Milizen und gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen den Angehörigen beider Religionsgruppen aus.[396] Im November und Dezember 1895 entsandte der Militärkommandant Hasan Paşa teils ohne Konsultation des zivilen *Vali* Karatheodori Paşa mehrere militärische Strafexpeditionen nach Apokorona, die zur Plünderung und Brandschatzung mehrerer christlicher Dörfer und mehrstündigen Gefechten mit Rebellen führten, letztlich jedoch immer mit dem Rückzug der Regierungstruppen endeten.[397] Am 3. Dezember 1895 verfasste Karatheodori Paşa einen Bericht an die osmanische Regierung, der einem verzweifelten Hilferuf gleichkam. Darin war nicht nur von der Versammlung bewaffneter Milizen in den Bergen, beinahe alltäglichen Morden und Überfällen auf den Landstraßen die Rede, sondern auch davon, dass wegen Geldmangels die Gendarmerie ebenso wenig einsatzbereit war wie die zivile Inselverwaltung.[398]

Dass die christliche Bevölkerung Kretas zu diesem Zeitpunkt noch nicht geschlossen hinter den Aufständischen stand, zeigt sich darin, dass eine Deputation einheimischer Notabeln und christlicher Abgeordneter der Generalversammlung zur Jahreswende 1895/1896 ihrerseits die Konsuln der Großmächte um Unterstützung bei der beabsichtigten Abschiebung revolutionärer Agitatoren nach Griechenland ersuchte.[399] Die Folge war eine erste, noch recht

---

[394] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1895 September 12, HHStA Wien, PA XXXVIII/Konsulate 1895 C–J ohne Nummer; Duriava an Gołuchowski, Canea 1895 September 30, HHStA Wien, PA XXXVIII/Konsulate 1895 C–J Nr. 50.

[395] Duriava an Gołuchowski, Canea 1895 September 30, HHStA Wien, PA XXXVIII/Konsulate 1895 C–J Nr. 50.

[396] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1895 September 11, HHStA Wien, PA XXXVIII/Konsulate 1895 C–J ohne Nummer; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1895 September 14, HHStA Wien, PA XXXVIII/Konsulate 1895 C–J ohne Nummer.

[397] Pinter an Gołuchowski, Canea 1895 Dezember 11, HHStA Wien, PA XXXVIII/Konsulate 1895 C–J Nr. 75.

[398] Şenişik, Transformation, 106.

[399] Dülffer, Kreta-Krise, 31f.; Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Jänner 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 34, R12210 Nr. 1. Ein Artikel in der *Neuen Freien Presse* zitierte in diesem Zusammenhang einen namentlich nicht genannten christlichen Abgeordneten der Generalversammlung, der die *Epitropi* als „ein Häuflein Unzufriedener und Streber, die in der Verfolgung mehr oder minder eigensüchtiger Ziele das Land, selbst gegen seinen Willen,

beschränkte diplomatische Intervention der Konsuln in Zusammenarbeit mit den ihnen vorgesetzten Botschaftern der Großmächte in Konstantinopel. Während die Konsuln auf Kreta Vertretern der *Epitropi* gegenüber erklärten, dass sie im Fall eines bewaffneten Aufstandes mit der „entschiedenen Missbilligung" der Großmächte rechnen müssten, intervenierte der russische Botschafter Nelidov in Konstantinopel bei den osmanischen Behörden für einen Beitrag zur Deeskalation durch Einstellung der Militäroperationen in Apokorona.[400]

II.a.3. Die Konsuln der Großmächte auf Kreta

Dieser Fall ist ein erstes Beispiel dafür, dass auch die Konsuln der Großmächte auf Kreta ähnlich wie die Botschafter in Konstantinopel beauftragt werden konnten, in lokalen Fragen kollektiv im Namen des Konzerts der Mächte aufzutreten.[401] Ähnlich wie die Botschafter fühlten auch sie sich gegenüber der einheimischen Bevölkerung und den osmanischen Behörden als ranghöhere Vertreter überlegener Mächte, was sich schon durch ihre repräsentativen Amtssitze außerhalb der Mauern von Canea im noblen Vorort Halepa, sowie durch die Ausübung der vertraglich zugestandenen Konsulargerichtsbarkeit über christliche UntertanInnen des Osmanischen Reichs manifestierte.[402] Auch wenn das Gesellschaftsleben in der Provinzhauptstadt Canea entsprechend einfacher gehalten war als in der Hauptstadt des Osmanischen Reiches, drehte sich auch hier das Leben der „besseren Gesellschaft" um die von den Vertretern der Großmächte veranstalteten Empfänge und Gartenparties.[403] Wenigstens auf den ersten Blick herrschten auch zwischen den Konsuln persönlich freundlich-kollegiale Verhältnisse, die etwa bei den regelmäßig in den Salons der Konsulate veranstalteten geselligen Abenden bei Musik und Kartenspiel die Grenze zwischen politischem und gesellschaftlichem Parkett verschwimmen ließen.[404]

Ähnlich wie bei den Botschaftern fand allerdings auch die Arbeit der Konsuln in Canea in einem Spannungsfeld zwischen den gemeinsamen und speziellen Interessen der verschiedenen Großmächte, sowie unter dem Einfluss der persönlichen Neigungen und Ambitionen der Konsuln statt. Trotz des auffälligen Fehlens eines deutschen Konsulats, dessen Aufgaben dem österreichisch-ungarischen übertragen waren, wurde Kreta durch die Vertreter der

---

insurgiren wollten", beschrieb. Constantin Christomanos, Der Aufstand auf Kreta, *Neue Freie Presse*, Wien 1896 August 28, 1–3.

[400] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Jänner 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 34, R12210 Nr. 1.

[401] Dülffer, Kreta-Krise, 25f.; Verosta, Kollektivaktionen, 40f.

[402] Vgl. Barchard, Servant, 21f.; Bickford-Smith, Sketches, 87–90.

[403] Bickford-Smith, Sketches, 88–90.

[404] Vgl. die Beschreibung eines Whist-Abends im Salon des griechischen Generalkonsuls bei Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 78f.

Großmächte eine gewisse strategische und wirtschaftliche Bedeutung zugemessen. Zum einen wurde die zentral gelegene Insel mit der sich als geschützter Hafen anbietenden Suda Bay[405] östlich von Canea als potentiell wertvoller Flottenstützpunkt mit beherrschender Lage im östlichen Mittelmeer eingeschätzt, der Großbritannien, Frankreich oder Russland zur regionalen Vorherrschaft verhelfen könne und daher keinesfalls in die Hände einer einzelnen Großmacht fallen dürfe.[406] Zum anderen verfügte die Insel über ertragreiche Salinen sowie über Olivenöl- und Seifenproduktion, weshalb sich für das Jahr 1890 ein Exportvolumen in der Höhe von immerhin 14.8 Millionen französischen Francs ergab.[407] Diese Exporte wurden wiederum beinahe ausschließlich über Schiffe des „Österreichischen Lloyd" abgewickelt, der für den kretischen Güter-, Personen- und Postverkehr als Betreiber der einzigen ständigen Schiffsverbindung zwischen Kreta und dem europäischen Festland de facto eine Art Monopol innehatte.[408]

Dementsprechend interessierten sich auch die Vertreter Österreich-Ungarns nicht nur im allgemeinen Zusammenhang mit der Orientalischen Frage und der Zukunft des Osmanischen Reichs in Südosteuropa, sondern auch ganz direkt für die Entwicklungen auf Kreta. Dies ist durch eine 300 handgeschriebene Seiten umfassende Monografie über Kreta belegt, die das Außenministerium 1895 beim österreichisch-ungarischen Konsulat in Canea in Auftrag gab.[409] Dieses umfangreiche Werk enthielt nicht nur Kartenmaterial und Kapitel zu den unterschiedlichsten Themen wie Geschichte, Geografie, „Sitten und Gebräuche", Wirtschaft, Infrastruktur, Justiz und politische Verwaltung, sondern auch sehr genaue Angaben zur osmanischen Truppenpräsenz, Umfang und Kommandostruktur der auf Kreta stationierten Militäreinheiten, sowie handgefertigte Skizzen der wichtigsten Befestigungsanlagen auf der Insel.[410] Dass diese Daten in Hinblick auf eine mögliche Inbesitznahme Kretas gesammelt wurden, erscheint in Anbetracht der Vehemenz, mit der sich Außenminister Gołuchowski und Kaiser Franz Joseph I. später gegen Angebote eines Okkupationsmandats an Österreich-Ungarn wehrten, unwahrscheinlich.[411] Sie belegen aber, dass bereits deutlich vor der Eskalation des

[405] Auch: Suda Bai, Souda Bay; Griechisch: Kolpos Sudas. Auch heute befindet sich dort ein wichtiger, von der NATO genutzter Marinestützpunkt und Militärflughafen.
[406] Vgl. z.B. Plessen an Hohenlohe, Athen 1896 Juni 29, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212 Nr. 49; Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 24, HHStA Wien, PAXII/278 Nr. 36A; Barchard, Servant, 21.
[407] Dülffer, Kreta-Krise, 25.
[408] Ebda., 25; Hulme-Beaman, Twenty Years, 269; Zur Geschichte des Österreichischen Lloyds als eine der weltweit größten Reedereien des 19. Jahrhunderts vgl. Dieter Winkler – Georg Pawlik, Die Dampfschiffahrtsgesellschaft Österreichischer Lloyd 1836–1918, Graz 1986.
[409] Julius Pinter, Monografie der Insel Kreta, Canea 1895, HHStA Wien, PA XXXVIII/Konsulate 1895 C–J ohne Nummer; Auszüge davon sind abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 37f.
[410] Pinter, Monografie.
[411] Ein solches Angebot wurde im Februar 1897 etwa vom russischen Botschafter in Konstantinopel Nelidov entwickelt, von Botschafter Calice jedoch unter ausdrücklicher Zustimmung Gołuchowskis und des Kaisers rundheraus abgelehnt. Telegramm Calices an Gołuchowski, Pera 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282

Aufstandes auf Kreta 1896 ein großes Interesse an der politischen, militärischen und vor allem wirtschaftlichen Situation auf der Insel bestand.

Noch stärker als bei den Botschaftern in Konstantinopel stellte sich bei den Konsuln der Großmächte in Canea die Frage, ob sie zur Zusammenarbeit als lokales Kollektivorgan der Großmächte geeignet oder überhaupt fähig waren. Ein wesentlicher Unterschied zu den Botschaftern bestand schließlich darin, dass Konsuln üblicherweise keine geschulten Diplomaten, sondern mit der Vertretung einzelner oder mehrerer Staaten betraute Zivilpersonen, häufig ortsansässige Kaufleute waren, die ihre Vertretungsaufgaben parallel zu ihrer eigenen Gewerbetätigkeit betrieben. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fand zwar eine Professionalisierung der Konsulardienste der verschiedenen Großmächte statt, die nun auch ihre Konsulate mit hauptberuflich tätigen, einheitlich geschulten Amtsträgern besetzten, diese Reorganisation war aber 1895 noch nicht abgeschlossen.[412] Auf Kreta führte dies dazu, dass die örtlichen Konsuln eine sehr heterogene Gruppe unterschiedlichster sozialer und beruflicher Herkunft darstellten, denen der gemeinsame „esprit de corps“, der die Zusammenarbeit der Botschafter in Konstantinopel so stark prägte, vollkommen fehlte.

Der einflussreichste und ranghöchste Konsul auf Kreta war 1895 kein Vertreter der Großmächte, sondern der griechische Generalkonsul Nikolaos Yennadis. Dieser war trotz seiner Stellung als „Doyen“ des örtlichen Konsularkorps bei seinen Kollegen nicht besonders angesehen und speziell dem französischen Konsul Paul Blanc durch eine beiderseitig empfundene, innige Feindschaft verbunden.[413] Zudem galt er allgemein als Verbindungsmann zwischen nationalistischen Kräften im Königreich Griechenland und den kretischen Rebellen. Seine entsprechende Tätigkeit auf der Insel wurde 1896 bald zum Gegenstand heftiger Kritik und internationaler Protestnoten.[414] Trotzdem erfreute er sich bei der christlichen Bevölkerung Kretas großer Beliebtheit und guter Kontakte zur lokalen Elite.[415]

Nr. 42; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 25, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 8C; Telegramm Baum an Gołuchowski, Cap Martin 1897 März 12, HHStA Wien, PA XII/283.

[412] Barchard, Servant, 7–22.

[413] Egerton an Salisbury, Athen 1896 Juni 1, TNA PRO London, FO 78/4708 Nr. 87; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 November 27, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 321.

[414] Vgl. z.B. Telegramm Radolins an Hohenlohe, St Petersburg 1896 Juli 12, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 37, R12213 Nr. 179; Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Therapia 1896 Juli 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 38, R12214 Nr. 116; Telegramm Plessens an Auswärtiges Amt, Athen 1896 Juli 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 38, R12214 Nr. 30; Telegramm Plessens an Auswärtiges Amt, Athen 1896 Juli 19, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 39, R12215 Nr. 34; Der britische Zeitungskorrespondent Ardern Hulme-Beaman, der das Frühjahr 1897 auf Kreta verbrachte, beschrieb in seinen 1898 veröffentlichten Erinnerungen das griechischer Generalkonsulat als „Brutstätte von Intrigen und Verschwörungen aller Art“. Er meinte sogar, es wäre „keine schlechte Sache“ gewesen, wenn es durch muslimische irreguläre Kämpfer einfach in die Luft gesprengt worden wäre. Hulme-Beaman, Twenty Years, 265.

[415] Militärattaché Giesl zufolge nahmen die Anführer der kretischen Rebellen im Frühjahr 1897 jeden Abend am gemeinsamen Kartenspiel der Konsuln im griechischen Konsulat teil, um dieses spätnachts unauffällig zu verlassen und Überfälle auf osmanische Militärposten zu unternehmen. Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 78f.

Der österreichisch-ungarische Konsul Julius Pinter war seinem beruflichen Werdegang zufolge mehr Soldat als Diplomat. Nach Absolvierung der Wiener Neustädter Militärakademie hatte er 1878 am Feldzug zur Okkupation Bosnien-Herzegowinas, zwischen 1881 und 1883 als Hauptmann an der Niederschlagung eines Aufstandes in Süddalmatien und in der südlichen Herzegowina teilgenommen. Erst danach hatte er in den Konsulardienst gewechselt und war zwischen 1885 und 1892 als Vizekonsul in verschiedenen Städten Ost- und Südosteuropas tätig gewesen, bevor er 1892 als Konsul nach Canea berufen wurde.[416] Angesichts seiner Vergangenheit als Offizier verwundert es nicht, dass Pinter dem der Botschaft in Konstantinopel zugeteilten österreichisch-ungarischen Militärattaché Major Giesl bei dessen Besuch auf Kreta besonders sympathisch war.[417] Mit den anderen Konsuln kam Pinter allerdings weit weniger gut aus. Er selbst beschrieb in einem Bericht an das Außenministerium alle seine Kollegen abschätzig entweder als geistesschwache alte Männer oder als zwielichtige Intriganten.[418] Als während Unruhen und Kämpfen in Halepa im Frühjahr 1897 alle übrigen Konsuln ihre dortigen Amtssitze verließen und ins Stadtzentrum von Canea übersiedelten, blieb Pinter lieber allein im umkämpften Vorort zurück, als sich mit seinen Kollegen ein Hotel in der Innenstadt zu teilen.[419] Ebenfalls auffällig ist, dass Pinter in seinen Berichten gerne die abenteuerlichsten örtlichen Gerüchte kritiklos, oft ohne Angabe von Quellen und scheinbar als bewiesene Fakten nach Wien weiterleitete. Dabei schenkte er den Ansichten und Schilderungen des umstrittenen griechischen Generalkonsul, den er gegen die Kritik seiner Kollegen verteidigte, besonderes Vertrauen.[420]

Auf Basis solcher Gerüchte war Pinter beispielsweise überzeugt, sein französischer Kollege Paul Blanc sei ein Giftmörder, der über Komplizen im englischen und russischen Konsulat verfüge. Im betreffenden Bericht vom 18. Juli 1895 schilderte er eine angebliche Liebesaffäre Blancs mit der Ehefrau des britischen Telegrafenbediensteten George Almond. Pinter erklärte, Blanc habe aufgrund dieser Liebesaffäre Almond auf einem gemeinsamen Jagdausflug zu Weihnachten des Jahres 1891 mittels selbst gemischter Limonade vergiftet. Pinters Sensationslust ging in diesem Zusammenhang so weit, dass er detailliert den minutenlangen Todeskampf Almonds und dessen angeblich im Sterben geröchelten letzten Worte beschrieb, obwohl er selbst erst ein Jahr nach dem Vorfall auf Kreta angekommen war.[421]

---

[416] Verosta, Kollektivaktionen, 36f.
[417] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 78.
[418] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 November 27, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 321.
[419] Hulme-Beaman, Twenty Years, 255f.
[420] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 November 27, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 321.
[421] Pinter zufolge wiesen nämlich sowohl die Symptome als auch die letzten Worte Almonds eindeutig auf eine Vergiftung hin: „Ich bin vergiftet, Alles brennt in mir, ich bin vergiftet, oh! meine armen Kinder, ich sterbe." Pinter an Gołuchowski, Canea 1895 Juli 18, HHStA Wien, PA XXXVIII/298 Konsulate 1895 C–J Nr. 25; zum

Pinter warf darüber hinaus dem britischen Konsul Alfred Biliotti[422] vor, eine Obduktion des seinem Schutz unterstehenden Mordopfers verhindert und nichts gegen die baldige Wiederverheiratung von dessen Witwe Erasmia mit dem angeblichen Mörder Blanc unternommen zu haben. Er machte düstere Andeutungen, ein Sekretär des russischen Konsulats, der ebenfalls am verhängnisvollen Jagdausflug teilgenommen habe, sei seither ein „großer Intimus" des französischen Konsuls geworden. Pinter gestand ein, dass die angebliche Aufdeckerin des Falls, eine alte Dame namens Esperance Schwartz, als ehemalige Geliebte des italienischen Revolutionärs Giuseppe Garibaldis selbst als eher „schillernde" Person galt.[423] Dennoch rechnete er mit der baldigen Untersuchung des Falls durch französische Behörden und versprach seinem Außenminister voller Vorfreude weitere Details „über den Ausgang dieser sensationellen Begebenheit".[424] Gegen den Wahrheitsgehalt der von Pinter verbreiteten Geschichte spricht jedenfalls, dass kein derartiger Folgebericht erhalten ist, und sowohl Blanc als auch der laut Pinter „unter der Wucht der furchtbaren Anklage förmlich vernichtet" dastehende Biliotti ihre Karrieren in Wirklichkeit völlig unbehelligt fortführen konnten.[425] Ob nun der Telegrafenbeamte vergiftet worden war oder nicht, das Klima zwischen den Konsuln Pinter, Blanc und Biliotti war es durch die Affäre fortan jedenfalls.

Der französische Konsul Paul Blanc hatte im Gegensatz zu Pinter gleich nach Abschluss eines Studiums der Rechtswissenschaften eine Laufbahn im französischen Konsulardienst eingeschlagen und war bereits seit 1886 in Canea akkreditiert. Neben seiner politischen Tätigkeit und der Unterstützung von auf Kreta tätigen französischen Archäologen betätigte er sich auch als leidenschaftlicher Pionier der Fotografie. Dabei legte er eine Sammlung von insgesamt 202 Aufnahmen von Alltagsszenen und bedeutenden Ereignissen während seiner

---

Tod George Almonds und der Ehe Blancs mit dessen Witwe Erasmia vgl. auch Zacharenia Simandiraki, Ekthesi apo to fotografiko archeio tou Paul Blanc, in: Chania. O dimos mas 3, Chania 2009, 21.

[422] Sir Alfred Biliotti (1833–1915), Konsularbeamter und Archäologe, geboren auf Rhodos, seit 1871 britische Staatsbürgerschaft, seit 1896 Ritter des britischen Order of St. Michael and George.

[423] Marie Esperance Baroness Schwartz (1818–1899), Tochter eines hamburgischen Kaufmanns mit britischer Staatsbürgerschaft, philhellenische Schriftstellerin. Seit 1865 lebte sie von ihrem Mann getrennt auf Kreta und verfasste unter dem griechischen Pseudonym „Elpis Melena" eine Reihe biografischer und ethnografischer Schriften. Ihre enge Beziehung zu Giuseppe Garibaldi ist belegt und veranlasste sie unter anderem, eine Biografie des italienischen Revolutionärs zu verfassen. Vgl. Sophie Pataky (Hg.), Lexikon deutscher Frauen der Feder, Bd. 2, Berlin 1898, 287f.; George Zorbas, A Baroness under the Cretan Charm, in: Kriti. Official Publication of the Pancretan Association of America 782, Brooklyn 2007, 18.

[424] Pinter an Gołuchowski, Canea 1895 Juli 18, HHStA Wien, PA XXXVIII/298 Konsulate 1895 C–J Nr. 25.

[425] Ebda.; vgl.Barchard, Servant, 22–53; Blanc konnte eine nähere Untersuchung des Falls offenbar auch dadurch abwenden, dass er in seiner Rechtfertigung gegenüber Außenminister Hanotaux geschickt mit im französischen Außenministerium verbreiteten, antisemitischen Ressentiments und der jüdischen Herkunft von Esperance Schwartz spielte. David Pryce–Jones, Betrayal. France, the Arabs, and the Jews, New York 2006, 21. Für die Kuratorin des Historischen Archivs Chania Zacharenia Simandiraki war der Fall jedenfalls nach Untersuchung des vorhandenen Materials noch im Jahr 2009 so unklar, dass sie das Ende Almonds neutral als „plötzlichen Tod" bezeichnete. Simandiraki, Ekthesi, 21.

Amtszeit in Canea an, die noch heute im Besitz des dortigen Stadtarchivs ist.[426] Die erwähnten Gerüchte über den ihm zugeschriebenen Giftmord hatten zwar keine Auswirkungen auf seine Stellung im französischen diplomatischen Dienst, erfreuten sich aber großer Beliebtheit in den Zeitungen und erreichten selbst die amerikanische Öffentlichkeit. Dies führte zu einem Gerichtsverfahren zwischen Blanc und Esperance Schwartz, sowie zu einem regelrechten Privatkrieg des Konsuls gegen griechische und kretische Journalisten.[427] Der griechische König nutzte diese Verwicklungen Blancs, um angesichts der Eskalation der Situation auf Kreta im Mai 1896 jegliche Kritik der französischen Regierung am Umgang der griechischen Regierung mit der Krise als Konsequenz einseitiger Berichterstattung des angeblich rachsüchtigen französischen Konsuls hinzustellen.[428] Es überrascht nicht, dass Pinter auch diese neuerliche Verknüpfung seines Kollegen mit dem angeblichen Giftmord kritiklos übernahm. Ohne einen Gedanken an das mögliche politische Interesse seiner griechischen Quellen an einer Diskreditierung des französischen Konsuls zu verschwenden, berichtete auch er, die Furcht der französischen Regierung vor einer möglichen griechischen Annexion Kretas beruhe einzig auf einem persönlichen Rachefeldzug Blancs gegen Generalkonsul Yennadis, der schließlich ein „Zeuge seiner dunklen Vergangenheit“ sei.[429]

Nicht einmal Pinter leugnete aber, dass Blanc über außergewöhnliches diplomatisches Talent verfügte, sich bei den gemeinsamen Besprechungen der Konsuln durch besonderes Engagement hervortat und unter den örtlichen Konsuln der Großmächte oft eine inoffizielle Führungsrolle einnahm.[430] Abgesehen von Pinter und Yennadis hatte Blanc zu allen seinen Kollegen ein intaktes Arbeitsverhältnis. Mit dem britischen Konsul Biliotti war er darüber hinaus durch dessen französische Ehefrau Marguerite verwandtschaftlich und freundschaftlich verbunden.[431] In der Frühphase der Kretakrise 1896 stellte Blanc seine einflussreiche Stellung unter Beweis und trug durch seine Berichterstattung an Außenminister Hanotaux wesentlich dazu bei, dass das Interesse der Großmächte auf die eskalierende Krise auf Kreta gelenkt wurde.[432]

Großbritannien verfügte mit Alfred Biliotti über einen ebenso engagierten Konsul auf Kreta, der jedoch schon aufgrund seines ungewöhnlichen Werdegangs gegenüber seinen Kollegen eher ein Außenseiter war. Als Überbleibsel der in den 1890er Jahren langsam ausster-

[426] Barchard, Servant, 22; Christofi Kalliopi, Les Français en Crète. De la huitième question de l'Académie à la consession de Zouroképhalo, in: Bulletin de Correspendance Héllenique 120, Athen 1996, 357–371, hier: 364; Simandiraki, Ekthesi, 21.
[427] Vgl. Grave Crisis in Crete, *The New York Times*, New York 1896 August 7, 9.
[428] Egerton an Salisbury, Athen 1896 Juni 1, TNA PRO London, FO 78/4708 Nr. 87.
[429] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 November 27, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 321.
[430] Ebda.
[431] Barchard, Servant, 20.
[432] Zürrer, Nahostpolitik, 340.

benden Tradition, Konsuln nicht aus den Reihen eines organisierten diplomatischen Dienstes, sondern aus verlässlichen, lokal gut vernetzten, einheimischen Kaufleuten zu rekrutieren, war Biliotti kein geborener britischer Untertan, sondern ein erst im Lauf seiner Karriere eingebürgerter „Levantiner“.[433] Dabei handelte es sich um eine christliche, ethnisch und sprachlich schwer fassbare Bevölkerungsgruppe des östlichen Mittelmeerraums, die vor allem im 19. Jahrhundert unter dem vertraglich gesicherten Schutz verschiedener europäischer Mächte und unter geschickter Nutzung grenzüberschreitender Familiennetzwerke große Bedeutung als Händler und ortskundige Mitarbeiter fremder Botschaften und Konsulate im Osmanischen Reich einnahm.[434] Biliottis Familie hatte Verbindungen in die Toskana und war überwiegend italienischsprachig, baute aber unter Alfreds Vater und Onkel eine enge Zusammenarbeit mit britischen Händlern und Behörden auf. Seit den 1820er Jahren war Biliottis Vater neben seinem Engagement im Fernhandel als britischer Konsularagent auf Rhodos[435] tätig.[436] Auch Alfred wurde durch einen frühen, wenn auch offenbar informellen und unvollständigen Englischunterricht an eine Karriere im britischen Konsulardienst herangeführt.[437] Durch Mitarbeit und später selbstständiges Engagement bei archäologischen Ausgrabungen, denen gerade in Großbritannien große Bedeutung beigemessen wurde, konnte er Kontakte zu politisch einflussreichen Persönlichkeiten knüpfen.[438] Parallel machte er sich durch Geschick und Ortskundigkeit im Rahmen seiner dreizehnjährigen Tätigkeit als Vizekonsul und Konsul in Trapezunt[439] unentbehrlich, erwarb 1871 die britische Staatsbürgerschaft und wurde 1885 auf seinen mehrfach geäußerten Wunsch hin nach Kreta versetzt.[440]

Neben seiner langjährigen Erfahrung hob sich Biliotti von seinen dortigen Kollegen auch durch seinen außergewöhnlichen Einfluss auf Premierminister Salisbury ab. Dieser langjährige, persönliche Kontakt hatte es ihm schon 1879 ermöglicht, vom damaligen britischen Außenminister in einer langen Reihe selbstbewusst formulierter Briefe erfolgreich eine Gehaltserhöhung zu verlangen.[441] Salisburys Vertrauen in ihn war groß genug, dass er Biliottis Analysen und Empfehlungen bezüglich Kreta häufig den Analysen und Empfehlungen der dem Konsulat übergeordneten Botschaft in Konstantinopel vorzog.[442]

---

[433] Barchard, Servant, 6f.
[434] Schmitt, Levantiner, 185–204.
[435] Griechisch: Rodos; osman. türkisch: Rodos.
[436] Barchard, Servant, 7–9.
[437] Ebda., 10f.
[438] Ebda., 11–15.
[439] Osman. türkisch: Trabzon; griechisch: Trapezunta.
[440] Barchard, Servant, 15–20.
[441] Ebda., 18f.
[442] Ebda., 22f.

Der dadurch hervorgerufene Neid seiner Kollegen ließ sich gut mit den im 19. Jahrhundert ohnehin populären Vorurteilen gegen Levantiner verbinden. Diese wurden oft pauschal als verschlagene, unaufrichtige Opportunisten abgetan, denen man schon aufgrund ihrer unklaren ethnischen Zugehörigkeit nicht über den Weg trauen könne.[443] Gerade im diplomatischen Dienst war Antipathie gegen die allgegenwärtigen levantinischen *Dragomane*[444] und *Kawassen*[445] weit verbreitet; Biliotti sah sich immer wieder mit Misstrauen und Diskriminierung durch gebürtige britische Staatsbürger konfrontiert.[446] Es überrascht daher nicht, dass Biliottis Fähigkeit, mit seinen Kollegen auf Kreta konstruktiv zusammenzuarbeiten, nicht nur durch das generell der britischen Außenpolitik, sondern auch durch das ihm persönlich entgegengebrachte Misstrauen eingeschränkt war. Seine im September 1895 bekanntgewordene, peinliche Verbindung zu einem namhaften jungen Aktivisten der *Epitropi*, den er zuvor den osmanischen Behörden zur Förderung als Zukunftshoffnung und als potentiellen Vermittler zwischen ChristInnen und MuslimInnen auf Kreta empfohlen hatte, veranlasste den stets an Sensationen interessierten Pinter, ihm eine Tätigkeit als Mentor der *Epitropi* zu unterstellen.[447] Auch seine im Juni 1896 präventiv erfolgte Erklärung, dass er nichts mit den Gedankenspielen einzelner Anhänger der *Epitropi* bezüglich einer britischen Besetzung der Insel zu tun habe, diese Pläne scharf verurteile und den *Vali* bei der Ausforschung der Urheber dieser Idee unterstützen wolle, nutzte nichts und wurde nur als Hinweis auf eine besonders listige britische Intrige aufgefasst.[448]

Ein besonderes Debakel Biliottis in diesem Zusammenhang wurzelte in dem seine ganze Karriere begleitenden Engagement für humanitäre Hilfsaktionen.[449] Ende Juni 1896 baten ihn das Organisationskomitee einer wohltätigen Spendenaktion, das in Großbritannien Gelder für bei Kämpfen zwischen christlichen und muslimischen Milizen auf Kreta obdachlos gewordene DorfbewohnerInnen gesammelt hatten, um Unterstützung. Biliotti beschloss darauf kurzerhand, die Verteilung der Gelder selbst zu übernehmen und bei dieser Gelegenheit persönlich Gerüchte über an der Zivilbevölkerung verübte Massaker zu überprüfen.[450] Die Angelegenheit war allerdings heikel, da sich die britische Botschaft in Konstantinopel eben

[443] Schmitt, Levantiner, 57–86.
[444] Im Osmanischen Reich gebräuchliche Bezeichnung für Übersetzer.
[445] Im Osmanischen Reich gebräuchliche Bezeichnung für Wachpersonal.
[446] Vgl. z.B. Barchard, Servant, 26f.
[447] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1895 September 12, HHStA Wien, PA XXXVIII/298 Konsulate 1895 C–J; vgl. Barchard, Servant, 24f.
[448] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 18, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 27D.
[449] Bereits 1856 hatte Biliotti eine ganze Nacht lang Grabungen zur Rettung Überlebender des Einsturzes einer Kirche auf Rhodos geleitet. Barchard, Servant, 13. Dass sein humanitäres Engagement nicht einseitig war, ist dadurch belegt, wie sehr er sich 1897 für die Aufklärung von angeblich durch kretische Christen an Muslimen verübte Massaker einsetzte, was damals weder politisch noch für seine Karriere opportun war. Ebda., 30–32.
[450] Telegramm Biliottis an Salisbury, Canea 1896 Juni 25, TNA PRO London, FO 78/4737 Nr. 38.

erst mit einer offiziellen Beschwerde des *Vali* von Kreta konfrontiert gesehen hatte, dass britische Marineoffiziere ohne Berechtigung Geld an die christliche Bevölkerung verteilt hätten.[451] Biliottis Vorstoß löste daher eine Meinungsverschiedenheit mit der ihm übergeordneten Botschaft in Konstantinopel aus. Der dort Botschafter Currie vertretende Geschäftsträger Michael Herbert war der Ansicht, Biliotti solle seine Rundreise unbedingt gemeinsam mit den übrigen Konsuln unternehmen, um keine Vorwürfe aufkommen zu lassen, die britische Regierung würde heimlich die kretischen Rebellen finanziell unterstützen. Biliotti dagegen vertrat die Meinung, die bloße Begleitung durch einen britischen Marineoffizier, die bereits erteilte Genehmigung durch die osmanischen Behörden und die Tatsache, dass er die Gelder an muslimische ebenso wie an christliche Familien verteilen wolle, würden als Voraussetzung für seine Reise genügen. Premierminister Salisbury unterstützte seinen alten Protegé Biliotti und genehmigte die Aktion gegen den Widerstand der Botschaft.[452] Die Konsuln der übrigen Großmächte auf Kreta alarmierten daraufhin ihre Botschafter in Konstantinopel, die Herbert wegen der tatsächlich als Parteinahme Großbritanniens aufgefassten Aktion zur Rede stellten. Salisbury sah sich nun in der peinlichen Situation, Biliotti auf internationalen Druck hin anweisen zu müssen, die Reise auf unbestimmte Zeit zu verschieben.[453] Biliotti fühlte sich gedemütigt, empörte sich darüber, wie seine Kollegen hinter seinem Rücken gegen ihn konspirierten hätten, und beklagte seinen Prestigeverlust sowohl gegenüber den Kollegen, als auch in den Augen der kretischen Bevölkerung. Er kündigte an, seine Zusammenarbeit mit den übrigen Konsuln fortan auf das Notwendigste zu beschränken.[454] Ein Jahr später war der auf diesen Vorfall zurückgehende Bruch zwischen Biliotti und seinen Kollegen noch immer so offensichtlich, dass er dem auf Kreta anwesenden Zeitungskorrespondenten Ardern Hulme-Beaman auffiel und von ihm kommentiert wurde.[455]

Der russische Konsul Nikolaj Nikolajevič Demerik und der italienische Konsul Augusto Medana wurden in den diplomatischen Berichten seltener erwähnt, spielten offenbar eine eher untergeordnete Rolle, und wurden von Zeitgenossen höchst widersprüchlich beschrieben: Während Demerik in den Erinnerungen des österreichisch-ungarischen Militärattachés Major Giesl als „klug“ und „reserviert“ gelobt wurde, wirkte er auf den britischen Jour-

[451] Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juni 17, TNA PRO London, FO 78/4709 Nr. 468.
[452] Telegramm Herberts an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juni 30, TNA PRO London, FO 78/4723 Nr. 249; Telegramm Biliottis an Salisbury, Canea 1896 Juni 30, TNA PRO London, FO 78/4737 Nr. 43; Telegramm Biliottis an Salisbury, Canea 1896 Juli 6, TNA PRO London, FO 78/4737 Nr. 51.
[453] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 9, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 30B; Herbert an Salisbury, Therapia 1896 Juli 8, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 542.
[454] Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juli 8, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 48; Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juli 11, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 49.
[455] Hulme-Beaman, Twenty Years, 264.

nalisten Henry Bickford-Smith „unergründlich“ und „herablassend“.[456] Pinter charakterisierte ihn dagegen mit der Verachtung, die er allen seinen Kollegen entgegenbrachte. Ihm zufolge war Demerik „schwächlich“, „kränklich“ und stand so vollkommen unter dem Einfluss seines französischen Kollegen, dass er schon in mehreren Sitzungen der Konsuln offen erklärt habe, die Ausführungen Blancs zwar nicht verstanden zu haben, ihnen aber völlig zuzustimmen.[457] An Medana kritisierte Pinter, dass dieser kaum über die Verhältnisse auf Kreta Bescheid wisse, und auch keinen Ehrgeiz habe, daran etwas zu ändern.[458] Bickford-Smith fiel zu Medana lediglich ein, dass er auf ihn recht „jovial“ gewirkt und gerne mit den Augen gezwinkert habe, während Giesl den italienischen Konsul ohne individuelle Beschreibung nur in einem Atemzug mit Blanc und Biliotti erwähnte.[459]

II.a.4. Eskalation. Der Aufstand auf Kreta im Frühjahr 1896

Die fortdauernden Kämpfe zwischen den bewaffneten Rebellen und den Regierungstruppen in Apokorona, sowie die wechselseitigen Übergriffe christlicher und muslimischer Milizen auf die Dörfer der jeweils anderen Religionsgruppe sorgten dafür, dass der Aufstand auf Kreta 1896 immer größere Bevölkerungsgruppen erfasste. Auf dem Land wuchs der Rückhalt der *Epitropi* bei der christlichen Bevölkerung, während sich in den muslimisch dominierten Städten Komitees zur Wahrung der Interessen der muslimischen Bevölkerung bildeten.[460] Gegenseitige Morde zwischen ChristInnen und MuslimInnen wurden zunehmend alltäglich. Mangels einer funktionierenden Gendarmerie bildeten die Angehörigen beider Seiten bewaffnete Milizen zum Selbstschutz und zur Selbstjustiz durch Vergeltungsaktionen. Dies veranlasste den *Vali* Karatheodori Paşa am 4. Februar 1896 zur dringenden Empfehlung deeskalierender Maßnahmen an die Regierung. Er schlug den Erlass einer Generalamnestie vor, die der Inselverwaltung sodann Gelegenheit zur Reorganisation der kretischen Gendarmerie geben sollte. Die osmanische Regierung beriet den Vorschlag in einer Kabinettssitzung und befürwortete eine Teilamnestie.[461] Sultan Abdülhamit II. beschloss aber auf Rat seines Sekretärs Izzet Bey einen grundsätzlichen Kurswechsel in seiner Politik gegenüber Kreta. Anstatt weiter den Konsens mit den gemäßigten Reformern der Generalversammlung zu suchen, setzte er nunmehr auf eine militärische Unterwerfung der Aufständischen.

---

[456] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 78; Bickford-Smith, Sketches, 87.
[457] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 November 27, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 321.
[458] Ebda.
[459] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 78; Bickford-Smith, Sketches, 87.
[460] Dülffer, Kreta-Krise, 31; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Mai 21, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 53.
[461] Şenişik, Transformation, 106.

Karatheodori Paşa, der mit seiner Politik der Zugeständnisse gescheitert war, trat im März 1896 als *Vali* zurück und wurde durch Turhan Paşa Përmeti ersetzt, der bereits vor Karatheodori schon einmal *Vali* von Kreta gewesen war und zudem mit Geldmitteln in der Höhe von 50.000 £T zur eiligen Sanierung der Gendarmerie ausgestattet wurde.[462] Turhan Paşa galt zwar als fähiger Diplomat und Administrator, sprach außerdem fließend griechisch, war jedoch bei der muslimischen Bevölkerungsgruppe persönlich unbeliebt, während seine Ernennung von der christlichen Bevölkerungsgruppe wegen seiner Religionszugehörigkeit als Muslim als offene Provokation aufgefasst wurde.[463] Tatsächlich wurde nun die kretische Generalversammlung neuerlich auf unbestimmte Zeit vertagt und ihre Wiedereinberufung ebenso wie eine mögliche Amnestie für die Aufständischen von der Bedingung einer vorab zu erfolgenden Auflösung der *Epitropi* abhängig gemacht.[464] Gleichzeitig ließ Turhan Paşa aus der muslimischen Bevölkerung Freiwillige zur Verstärkung der Gendarmerie rekrutieren, wodurch der bewaffnete Kampf zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen gefördert und gewissermaßen institutionalisiert wurde. Militärkommandant Hasan Paşa ließ die erfolglosen Militärexpeditionen in den Aufstandsgebieten fortsetzen. Deren einziger bleibender Effekt bestand darin, dass die Plünderung der von den Aufständischen verlassenen Dörfer durch Gendarmen und irreguläre muslimische Hilfstruppen immer größere Teile der christlichen Landbevölkerung zu Anhängern der *Epitropi* machte.[465]

Die Kämpfer der *Epitropi* konnten ab April 1896 sogar zunehmend zur Gegenoffensive übergehen und brannten bei Episkopi ein osmanisches Blockhaus mitsamt der Garnison von 120 Soldaten nieder.[466] Am 17. Mai 1896 umzingelten zwischen 1.800 und 2.000 Aufständische überraschend eine größere osmanische Garnison von etwa 400 Mann im Dorf Vamos[467], dem Hauptort von Apokorona. Obwohl dieser nur etwa drei Stunden Fußmarsch von Canea entfernt war, scheiterten mehrere Versuche osmanischer Truppen, bis zur eingeschlossenen Garnison vorzudringen. Es entwickelte sich dort eine mehrwöchige Belagerung, die die ohnehin schon gereizte Stimmung der muslimischen Bevölkerungsmehrheit der Inselhauptstadt gegenüber ihren christlichen NachbarInnen weiter aufheizte.[468] Mitte Mai begann sich

[462] Şenişik, Transformation, 110f.
[463] Dülffer, Kreta-Krise, 31; Zürrer, Nahostpolitik, 338, 340; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Mai 21, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 53; Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juni 1, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 30.
[464] Şenişik, Transformation, 110f.
[465] Dülffer, Kreta-Krise, 31; Herbert an Salisbury, Pera 1896 Mai 25, TNA PRO London, FO 78/4708 Nr. 410; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Mai 21, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 53; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juni 4, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 88.
[466] Şenişik, Transformation, 109.
[467] Griechisch: Vamos.
[468] Dülffer, Kreta-Krise, 31f.; Zürrer, Nahostpolitik, 338; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Mai 21, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 53; Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juni 1, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 30.

die Aufstandsbewegung von Apokorona aus auf die umliegenden Bezirke auszubreiten.[469] Unter den ChristInnen Caneas verbreiteten sich ab dem 20. Mai 1896 Gerüchte, der *Vali* wolle zur weiteren Verstärkung der Gendarmerie auch noch die verarmten, in besonderer Feindschaft zu den kretischen ChristInnen lebenden Angehörigen der halikutischen Bevölkerungsgruppe aus Kum Kapi bewaffnen lassen.[470] Gleichzeitig machten unter der muslimischen Bevölkerung Caneas Gerüchte über angeblich von christlichen Milizen in muslimischen Dörfern verübte Massaker die Runde.[471]

Anlässlich des gleichzeitigen Begehens des christlichen Pfingstfestes und des muslimischen Bairamfestes am 24. Mai 1896 entluden sich die Spannungen zwischen den bewaffneten Bevölkerungsgruppen der Inselhauptstadt Canea in blutigen Unruhen. Diese spielten sich in unmittelbarer Nachbarschaft der Konsulate der Großmächte ab und markierten die endgültige Eskalation des kretischen Aufstandes zur „*Kretakrise*“ als Gegenstand einer diplomatischen Intervention der Großmächte. Nicht nur die Angaben über die Opferzahlen des Zusammenstoßes schwanken zwischen 31 und 49 Toten[472], auch bezüglich des Ablaufs variieren die Berichte der verschiedenen Konsulate über die Ereignisse stark.

Laut Pinter begann alles damit, dass sich am Nachmittag des 24. Mai 1896 Gruppen von Männern aus dem HalikutInnenviertel, die ihm zufolge wegen ihrer Armut die angespannte Lage zu Plünderungen nutzen wollten, mit Gewehren und Eisenstangen bewaffnet versammelten und die gesamte muslimische Stadtbevölkerung aufforderten, mit ihnen gemeinsam den von christlichen Milizen belagerten muslimischen Dörfern der Umgebung zu Hilfe zu eilen. Da in dem Stadtviertel, vor dem sich die Bewaffneten sammelten, auch deutsche und österreichisch-ungarische Staatsangehörige wohnten, sei er selbst alleine und unbewaffnet dorthin geeilt, um der aufgeregten Menge von seinem Wagen aus eine beruhigende Ansprache zu halten. Außerhalb seiner Sichtweite sei es dann allerdings am Stadttor von Canea zwischen einem levantinischen Kawassen des russischen Konsulats und mehreren muslimischen Männern wegen eines persönlichen Streits zu einer Schießerei gekommen, aus der sich rasch die ganze Stadt erfassende Straßenkämpfe entwickelt hätten. Während ringsum Chaos geherrscht habe und der erwähnte Kawass sowie ein Mitarbeiter des griechischen Ge-

[469] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Mai 21, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 53; Herbert an Salisbury, Pera 1896 Mai 25, TNA PRO London, FO 78/4708 Nr. 410.
[470] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Mai 21, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 53; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juni 4, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 88; vgl. Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juni 1, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 30.
[471] Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juni 1, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 30; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juni 4, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 88.
[472] Vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 32; Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Mai 28, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 34, R12210 Nr. 121; Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juni 1, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 30; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juni 4, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 88.

neralkonsulats getötet worden seien, habe allein er, Pinter, Ruhe bewahrt. Er sei in den Gouverneurspalast geeilt, um dort gemeinsam mit einem befreundeten osmanischen Offizier militärischen Schutz für sein Konsulat, für die Kassa der örtlichen Niederlassung der österreichisch-ungarischen Levantepost sowie für die Wohnhäuser der deutschen und österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen zu organisieren. Neben seinem eigenen Heldenmut betonte Pinter, dass die übrigen Konsuln erst zwei Stunden nach ihm im Gouverneurspalast eingetroffen seien. Die verfügbaren osmanischen Truppen und Gendarmen seien bei Ausbruch der Unruhen entweder desertiert, oder hätten sich an der Plünderung der christlichen Geschäfte beteiligt. Abgesehen von dem mit ihm befreundeten Offizier hätten die osmanischen Behörden den Ereignissen einfach ihren Lauf gelassen. Erst nach zwei Tagen voller Kämpfe und Plünderungen sei am 26. Mai 1896 die Ruhe durch Kriegsschiffe der britischen und französischen Marine wiederhergestellt worden.[473]

Die Berichterstattung Biliottis liest sich völlig anders. Während Pinter berichtete, dass die allgemeine Bewaffnung der halikutischen Hilfsgendarmen tatsächlich stattgefunden habe, erklärte Biliotti, es habe sich dabei nur um eines der zahlreichen Gerüchte gehandelt, die unter der christlichen und muslimischen Zivilbevölkerung an jenem Tag für eine potentiell gewalttätige Stimmung gesorgt hätten.[474] Entscheidend für die Eskalation sei vielmehr gewesen, dass es der muslimischen Landbevölkerung von den osmanischen Behörden verboten worden sei, vor den christlichen Milizen in die Städte zu fliehen. Anstatt den Ausbruch von Unruhen in den Städten zu verhindern, habe diese Maßnahme angesichts der Niederlagen der Regierungstruppen gegen die Rebellen bei der muslimischen Landbevölkerung erst recht Panik und Zorn ausgelöst. Am 24. Mai 1896 hätten sich dann trotz des Verbots und auch wegen des Bairamfestes zahlreiche muslimische Flüchtlinge vor dem Stadttor von Canea versammelt, übertriebene Berichte über Siege und Gewalttaten der christlichen Milizen verbreitet und Einlass in die Hauptstadt begehrt.[475]

Es ist denkbar, dass hier Biliotti wegen seiner besseren Orts- und Sprachkenntnisse die Beweggründe für die spontane Versammlung der aufgebrachten Menge nachvollziehen konnte, während der österreichisch-ungarische Konsul mit seiner Ausbildung als Militäroffizier

[473] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 Mai 26, HHStA Wien, PA XII/277 ohne Nummer; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 Mai 27, HHStA Wien, PA XII/277 ohne Nummer; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juni 4, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 88.
[474] Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juni 1, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 30; vgl. Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Mai 21, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 53; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juni 4, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 88.
[475] Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juni 1, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 30.

nur eine Masse gefährlich wirkender, potentieller Plünderer wahrgenommen hatte.[476] Während Pinter nur seine eigenen Wahrnehmungen vom Ausbruch der Unruhen beschrieb, übermittelte Biliotti dem britischen Außenministerium auch die unterzeichneten und beglaubigten Berichte mehrerer Augenzeugen und lieferte so eine nicht nur detailliertere, sondern auch ausgewogenere Darstellung. Diesen Berichten zufolge sei der Ausbruch der Gewalt jedenfalls durch den Kawassen des russischen Konsulats ausgelöst worden, als dieser im Streit mit einem Wachposten am Stadttor seinen Revolver gezogen und diesen entweder bedroht oder angeschossen habe.[477] Im Gegensatz zu Pinter beschrieb Biliotti die Tage zwischen dem 24. und dem 26. Mai auch nicht als durchgehenden Kampf, sondern erklärte, dass nach den Straßenschlachten und Plünderungen am Abend des ersten Tages in der Stadt eigentlich Ruhe geherrscht habe. Sie sei nur durch einzelne, der halikutischen Minderheit zugeschriebene Raubmorde und durch eine kurze, grundlose Massenpanik unter der christlichen Stadtbewohnern unterbrochen worden. Während er die Beteiligung einzelner Gendarmen und Soldaten an den Ausschreitungen nicht verschwieg, betonte er andererseits doch, dass sich die Behörden insgesamt um die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung bemüht hätten und erwähnte auch osmanische Beamte und Gendarmen, die dabei in Ausübung ihrer Pflicht von der Menge getötet worden seien.[478] Die Tatsache, dass sich Alfred Biliotti immer wieder den Vorwurf einer angeblichen verschwörerischen Zusammenarbeit mit christlichen Rebellen gefallen lassen musste, bei anderer Gelegenheit aber von Pinter als „Philotürke“ beschimpft wurde, verleiht seinem Streben nach Ausgewogenheit eine gewisse Glaubwürdigkeit.[479]

Auch der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Saurma, betonte in seinem Bericht zu den Ereignissen in Canea, diese seien keinesfalls „planmäßig vorbereitet“, auch nicht von den osmanischen Behörden gewünscht oder toleriert gewesen.[480] In Ermangelung eines eigenen deutschen Konsulats auf Kreta bezog sich seine Schilderung der Unruhen und des fatalen Revolverschusses des Kawassen allerdings auf einen Bericht des osmanischen Außenminis-

---

[476] Zu den unterschiedlichen Hintergründen Biliottis und Pinters vgl. Barchard, Servant, 6–23; Verosta, Kollektivaktionen, 36f.

[477] Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juni 1, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 30; vgl.Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juni 4, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 88. Den offiziellen osmanischen Berichten zufolge hatte der Wachposten den russischen Kawassen befehlsgemäß am Durchqueren des östlichen Stadttors nach Halepa gehindert, da dies angesichts der vor dem Tor versammelten Menge zu gefährlich sei. Der russische Kawass habe daraufhin nicht nur den Wachposten, sondern auch einen Halikuten niedergeschossen, bevor er von der Menge gelyncht worden sei. Şenişik, Transformation, 113.

[478] Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juni 1, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 30; Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juni 10, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 31.

[479] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1895 September 12, HHStA Wien, PA XXXVIII/298 Konsulate 1895 C–J; vgl. Barchard, Servant, 24f.; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 November 27, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 321.

[480] Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Mai 25, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 34, R12210 Nr. 60; Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Mai 28, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 34, R12210 Nr. 121; Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Juni 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 34, R12210 Nr. 125.

ters Ahmet Tevfik Paşa. Saurma verschwieg dennoch ebenso wenig wie Biliotti die wenigstens teilweise Unzuverlässigkeit der osmanischen Truppen.[481] In Hinblick auf die bevorstehenden osmanischen Truppenverstärkungen und mögliche weitere Vorfälle drückte Saurma die bestimmende Sorge der Regierungen der Großmächte aus, die „billigen Christenschlächtereien in Kleinasien“ des Vorjahres könnten sich nun auf Kreta wiederholen.[482]

Es ist unklar, inwieweit den eilig erfolgten, telegrafischen Anforderungen von Kriegsschiffen durch die Konsuln der Großmächte diese Sorge vor einer Wiederholung der internationalen Verwicklungen um die Massaker an den ArmenierInnen, oder einfach nur die Sorge um die persönliche Sicherheit der jeweils eigenen Staatsangehörigen zugrunde lag.[483] Immerhin berichtete etwa Julius Pinter, dass das österreichisch-ungarische Konsulat durch seine Lage in unmittelbarer Nachbarschaft zur HalikutInnensiedlung Kum Kapi besonders exponiert gewesen sei. Es sei im Zuge der Unruhen auch tatsächlich durch bewaffnete Plünderer bedroht worden, bei deren Anblick – so Pinter – die dem Konsulat zugewiesenen osmanischen Wachposten sofort desertiert seien.[484]

Bereits am Abend des 26. Mai 1896 trafen vor Canea ein französisches und ein britisches Kriegsschiff ein, dem schon bald ein russisches und ein italienisches Schiff folgten.[485] Auffallend ist in diesem Zusammenhang die anfängliche Zurückhaltung Österreich-Ungarns. Der Beschluss zur Verlegung eines Kriegsschiffes durch Kaiser Franz Joseph I. erfolgte zwar ebenfalls bereits am 26. Mai 1896, seine Durchführung verzögerte sich jedoch noch um einen Tag.[486] Da Gołuchowski über diesen Schritt zwar Konsul Pinter und die deutsche Regierung, nicht aber die österreichisch-ungarische Botschaft in Konstantinopel informierte, glaubte Botschafter Calice noch am 27. Mai 1896, die Frage mit Gołuchowski erörtern zu müssen. Dabei ließ der Botschafter die Alternative offen, den Schutz der österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen in Canea den britischen und italienischen Kriegsschiffen, sowie den Soldaten der

[481] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Mai 28, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 34, R12210 Nr. 121; Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Juni 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 34, R12210 Nr. 125; vgl. Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juni 1, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 30; Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juni 10, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 31.
[482] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Mai 28, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 34, R12210 Nr. 121.
[483] vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 32; Verosta, Kollektivaktionen, 38–40; Zürrer, Nahostpolitik, 338f.; Biliottis offenbar noch während der Straßenkämpfe aufgegebenes Telegramm liest sich besonders dramatisch: “FIGHTING IN THE STREETS BEGINS THIS MOMENT WITH INTENSITY. SHIP OF WAR MOST URGENTLY REQUIRED“ abgedruckt in Barchard, Servant, 25.
[484] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 Mai 26, HHStA Wien, PA XII/277 ohne Nummer.
[485] Ebda.
[486] Telegramm Gołuchowskis an Szögyény, Wien 1896 Mai 26, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 29; Telegramm Gołuchowskis an Pinter, Wien 1896 Mai 27, HHStA Wien, PA XII/277 ohne Nummer; Telegramm Gołuchowskis an Sterneck, Wien 1896 Mai 27, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 424.

osmanischen Garnison anzuvertrauen.[487] Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die genauen Befehle, mit denen der Panzerkreuzer SMS „Maria Theresia“ nach Canea beordert wurde. Diesen zufolge hatte sich nämlich dessen Kommandant ausdrücklich auf den Schutz der österreichisch-ungarischen und deutschen Staatsangehörigen zu beschränken und durfte sich keinesfalls mit den übrigen Schiffskommandanten bezüglich eines gemeinsamen Vorgehens besprechen. Mit der Mission sei nämlich „weder ein demonstrativer Zweck, […] noch […] die Absicht einer eventuellen Action zu Gunsten der nicht muselmännischen Bevölkerung der Insel“ verbunden.[488] Gołuchowski war offenbar diesmal peinlich genau darum bemüht, eine voreilige Exponierung Österreich-Ungarns, wie sie ihm 1895 durch seinen unglücklichen Vorschlag einer Forcierung der Meerengen für eine Flottendemonstration vor Konstantinopel unterlaufen war, zu vermeiden.[489]

Tatsächlich war der Weg zur Übernahme der Verantwortung für die Kretakrise durch die Großmächte aber bereits vorgezeichnet. Konsul Biliotti ärgerte sich schon am 10. Juni 1896 darüber, dass die bloße Präsenz der Kriegsschiffe vor Canea bei der christlichen Bevölkerungsgruppe zur Bildung von Gerüchten geführt hätte, die Großmächte würden eine gemeinschaftliche Okkupation Kretas unter internationalem Protektorat beabsichtigen. Ihm zufolge legten es die Agitatoren der *Epitropi* bewusst darauf an, die Großmächte unter geschickter Ausnutzung der seit den Massakern an den ArmenierInnen bestehenden, negativen Erwartungshaltung der europäischen Öffentlichkeit gegenüber dem Osmanischen Reich emotional zu erpressen und zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele zu zwingen. Diese Ziele seien seit dem 24. Mai ambitionierter geworden und würden nun nicht mehr bloß die Reaktivierung des Pakts von Halepa, sondern auch eine komplette Autonomie für Kreta umfassen.[490] Wenig später wandten sich einige Repräsentanten der muslimischen Bevölkerungsgruppe ihrerseits an Konsul Pinter. Sie baten Pinter vergeblich, er möge als Augenzeuge der Ereignisse am Stadttor von Canea aussagen, dass das Blutvergießen am 24. Mai vom Kawassen des russischen Konsulats und von Angehörigen der örtlichen christlichen Minderheit ausgegangen sei. Konsul Biliotti überreichten dieselben Repräsentanten ein umfangreiches, auf Französisch

[487] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Mai 27, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 60. Calice meldete im selben Telegramm, bereits in Eigeninitiative die osmanische Regierung zu einer entsprechenden Ermahnung des Vali von Kreta veranlasst zu haben

[488] K.u.K. Marinesektion an Linienschiffskapitän Wogenburg, Wien 1896 Mai 29, HHStA Wien, PA XII/277 Einsichtsstück.

[489] Vielleicht war es ihm bewusst, dass er mit seinem Bedürfnis, ungebeten die Führungsrolle bei Kollektivaktionen der Mächte zu übernehmen, im Vorjahr peinliche Niederlagen erlitten und bereits Kritik und Spott einiger seiner Mitarbeiter hervorgerufen hatte. Wakounig, Grandseigneur, 151–156; Stein, Neuorientierung, 158; Zürrer, Nahostpolitik, 122.

[490] Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juni 10, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 31.

verfasstes Protestschreiben mit einer langen Liste von angeblich durch christliche Bewaffnete und Plünderer an MuslimInnen verübten Verbrechen.[491]

Ob gewollt oder ungewollt, mit der Entsendung der Kriegsschiffe nach Kreta hatten die Regierungen der Großmächte ihre Bereitschaft signalisiert, die Verantwortung für die Lösung der Kretakrise zu übernehmen.[492] Diese Aufgabe sollte sie, sowie die Konsuln auf Kreta und die Botschafter in Konstantinopel während der folgenden zwei Jahre intensiv beschäftigen.

II.b. Zwischen Misstrauen und Zugzwang. Die Diplomatie der Großmächte und die Kretakrise 1896

II.b.1. Griechenland, Kreta und die *Megali Idea*

Das Interesse der Regierungen und Diplomaten der Großmächte an Kreta und ihre Bereitschaft zur Vermittlung in der Kretakrise lagen keinesfalls nur an der erwähnten strategischen und wirtschaftspolitischen Bedeutung der Insel selbst. Vor allem die Sorge um die generelle Stabilität und um den Status Quo in Südosteuropa, mit dem die Kretakrise nicht nur über das Osmanische Reich, sondern auch über das Königreich Griechenland verknüpft war, hatten große Bedeutung.

Griechenland war nach dem Unabhängigkeitskrieg 1821–1829 weder als ein alle griechisch sprechenden Menschen umfassender Nationalstaat, noch in den Grenzen eines historisch argumentierten, auf das mittelalterliche Byzantinische Reich oder gar in die Antike zurückprojizierten, hellenischen Staates entstanden. Vielmehr hatte sich das Königreich als lediglich die historischen Landschaften Peloponnes, Attika, Böotien und die Kykladen umfassender Kleinstaat unter dem Schutz der „Garantiemächte" Großbritannien, Frankreich und Russland konstituiert, der 1864 um die von Großbritannien abgetretenen Ionischen Inseln erweitert worden war. Dennoch galt vielen nationalistischen Vordenkern Konstantinopel, wo noch um 1890 etwa doppelt so viele GriechInnen wie in Athen lebten, als eigentliches Zentrum eines noch zu schaffenden größeren Griechenlands.[493] Gemäß den Prinzipien der „*Megali Idea*"[494] sollte dieses Griechenland einen Großteil des Territoriums des Osmanischen Reichs umfassen und dieses gewissermaßen „beerben". Was den Umfang des zu beanspruchenden

[491] Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juli 6, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 47.
[492] Zu diesem Schluss kommt auch Zürrer, Nahostpolitik, 339.
[493] Dülffer, Kreta-Krise, 22f.; Verosta, Kollektivaktionen, 25; Zelepos, Ethnisierung, 58–69.
[494] Griechisch für „Große Idee".

Gebiets, die sprachlichen, kulturellen, religiösen oder ethnischen Zugehörigkeitskriterien sowie die Methoden zur Erreichung dieses Ziels betraf, gab es höchst unterschiedliche Vorstellungen. Dennoch war die *Megali Idea* in der griechischen Gesellschaft vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein weit verbreiteter, identitätsstiftender Gedanke und ein wichtiges Bindeglied in einer ansonsten zersplitterten politischen Landschaft.[495]

Sowohl die Gründung des Königreichs, als auch die Verleihung der Ionischen Inseln 1864 und die Abtretung Thessaliens durch das Osmanische Reich 1881 erfolgten nicht allein aus eigener Kraft, sondern unter internationaler Vermittlung und unter dem Schutz der Großmächte.[496] Dessen ungeachtet waren Forderungen nach Expansion und Verfolgung der *Megali Idea* aus eigener Kraft, notfalls auch gegen den Widerstand der Großmächte in der griechischen Innenpolitik Bestandteil populistischer Rhetorik. Entsprechende Forderungen spielten eine wichtige Rolle bei den Auseinandersetzungen zwischen den beiden wichtigsten Politikern Griechenlands der 1880er und 1890er Jahre, Charilaos Trikoupis und Theodoros Diliyiannis. Die Regierungsperioden von Trikoupis waren durch ein mit harter Steuerpolitik und Auslandskrediten finanziertes Reform- und wirtschaftliches Aufbauprogramm geprägt. Außenpolitisch folgte Trikoupis einem eher zurückhaltenden Kurs mit enger Anlehnung an Großbritannien und versuchte durch Auflösung nationalistischer Privatorganisationen das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen. Ohne das Ziel einer Expansion Griechenlands gemäß den Prinzipien der *Megali Idea* zu verleugnen, verfolgte er auch dieses Ziel mit vorsichtigen, staatsorientierten und international akkordierten Mitteln.[497] Der Populist Diliyiannis brandmarkte diesen Kurs seines Gegenspielers als „nationalen Verrat“. Er nutzte die Unzufriedenheit mit dessen harter Steuer- und vorsichtiger Außenpolitik und spielte mit gezielt geschürten Ressentiments der griechischen Bevölkerung gegen die Gläubigerstaaten des verschuldeten Königreichs.[498]

Nach einem ersten Wahlsieg von Diliyiannis und dessen Regierungsübernahme im April 1885 löste er entsprechend seiner radikalen Rhetorik schon bald eine beinahe zu einem

---

[495] Zur Megali Idea, ihren verschiedenen Spielarten und ihrer Funktion als ideologische Grundlage griechischer Identität siehe Zelepos, Ethnisierung, 42–69, 85–98, 175–177, 199–234; vgl. z.B. Konstantin Loulos, Die deutsche Griechenlandpolitik von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a.M. 1986, 13–16; Richard Clogg, The *Byzantine Legacy* in the Modern Greek World. The Megali Idea, in: Lowell Clucas (Hg.), The *Byzantine Legacy in Eastern Europe*, Eastern European Monographs 230, New York 1988, 253–281; Mehmet Ekinci, The Origins of the 1897 Ottoman-Greek War, Dipl. -Arb., Ankara 2006, 6–10; Şenişik, Transformation, 24–47, 49–56.

[496] Dülffer, Kreta-Krise, 22; Verosta, Kollektivaktionen, 25f.; zu den Orientierungsproblemen der griechischen Außenpolitik während der Orientalischen Krise 1875–1878 und rund um die Annexion Thessaliens 1881, sowie zu den parallel existierenden privaten Initiativen zur Bildung revolutionärer Komitees vgl. Zelepos, Ethnisierung, 99–127.

[497] Dülffer, Kreta-Krise, 23; Loulos, Griechenlandpolitik, 16f.; Zelepos, Ethnisierung, 144–147.

[498] Dülffer, Kreta-Krise, 23f.; Loulos, Griechenlandpolitik, 16f.; Zelepos, Ethnisierung, 147f.

griechisch-osmanischen Krieg eskalierende, internationale Krise aus, die in mancher Hinsicht ein wichtiges Präzedens für die internationale Intervention in der Kretakrise 1896 bildete. Während der durch die Annexion Ostrumeliens durch Bulgarien am 20.September 1885 ausgelösten Krise erhob nämlich nicht nur das Königreich Serbien, sondern auch die griechische Regierung unter Diliyiannis den Anspruch, für die einseitige Expansion des Nachbarstaates durch weitere, entsprechend umfangreiche Gebietsabtretungen des Osmanischen Reichs kompensiert zu werden. Auch nachdem ein serbischer Angriffskrieg auf Bulgarien im November 1885 spektakulär gescheitert und unter internationaler Vermittlung beendet worden war, hielt Diliyiannis an seinen Forderungen nach einer Abtretung von Kreta, Epirus und Teilen Mazedoniens an Griechenland fest. Die Teilmobilmachung von 80.000 Mann der Landstreitkräfte für neun Monate sollte diese Forderungen und die Bereitschaft Griechenlands zum Krieg unterstreichen.[499] Nachdem Diliyiannis unter dem Jubel der nationalistisch aufgehetzten griechischen Öffentlichkeit mehrere Aufforderungen der Großmächte zur Demobilisierung zurückgewiesen und weitere Truppen an die thessalische Grenze zum Osmanischen Reich verlegt hatte, kam es zum Einsatz des bekannten Sanktionenrepertoires des Konzerts der Großmächte gegen Griechenland. Auf britischen Vorschlag hin überreichten die Botschafter von Großbritannien, Italien, Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland am 28. April 1886 in Athen eine Kollektivnote, in der unter Androhung einer Seeblockade die Demobilisierung der griechischen Armee binnen einer Woche gefordert wurde. Zur Unterstreichung dieser Drohung entsandten die Mächte gleichzeitig je ein Kriegsschiff, so dass das für die Blockade benötigte Geschwader bereits einsatzbereit vor dem Hafen von Piräus[500] kreuzte. Die französische Regierung wollte sich an diesen Schritten nicht beteiligen und nutzte die im Rahmen der inoffiziellen Verhaltensnormen des Konzerts liegende Möglichkeit des erklärten „Desinteresses“, um sich der Teilnahme zu enthalten, ohne ein Veto auszusprechen.[501] Nachdem die Antwort der griechischen Regierung auf das Ultimatum aus Sicht der Großmächte unbefriedigend ausgefallen war, verlautbarten ihre Vertreter in Athen am 6. Mai 1886 das Inkrafttreten der Blockade und reisten ab, während das internationale Geschwader vor den Küsten Griechenlands begann, alle unter griechischer Flagge fahrenden Kriegs- und Handelsschiffe abzuweisen und bei Widerstand zu beschlagnahmen.[502] Diliyiannis trat zurück und der griechische König Georgios I. gelobte Trikoupis erneut als Premierminister an. Nachdem Trikoupis daraufhin die Demobilisierung der griechischen Armee eingeleitet hatte, wurde die Blockade am 7. Juni

[499] Dülffer, Kreta-Krise, 24; Ekinci, Origins, 10; Verosta, Kollektivaktionen, 26; Zelepos, Ethnisierung, 148f.
[500] Heute griechisch: Peiraias.
[501] Verosta, Kollektivaktionen, 26–29; Ekinci, Origins, 10f; Zelepos, Ethnisierung, 149.
[502] Verosta, Kollektivaktionen, 29–32; Zelepos, Ethnisierung, 149.

1886 für aufgehoben erklärt. Trotz Uneinigkeit und der Verweigerung einer Teilnahme Frankreichs hatten kollektive Zwangsmaßregeln der übrigen Großmächte den Ausbruch eines griechisch-osmanischen Krieges um die Frage eines Anschlusses Kretas an Griechenland erfolgreich verhindert.[503]

Dennoch hatte Diliyiannis mit seinem Konfrontationskurs gemäß der nunmehr als „Friedenskrieg“[504] bezeichneten Taktik, die Großmächte mit der Drohung einer militärischen Destabilisierung Südosteuropas zur Befriedigung griechisch-nationalistischer Wünsche zu zwingen, in der griechischen Öffentlichkeit weiter Popularität gewonnen. Mit seinem nur auf großen internationalen Druck hin erfolgten Rückzug konnte er das Gesicht und seine Glaubwürdigkeit als radikal nationalistischer Politiker wahren.[505]

Als der Aufstand auf Kreta im Mai 1896 zu eskalieren begann, übte in Griechenland der mittlerweile politisch völlig rehabilitierte Diliyiannis abermals das Amt des Premierministers aus, was Befürchtungen einer Erneuerung griechischer Annexionswünsche in Bezug auf Kreta weckte. Gerade in der Habsburgermonarchie war man zu diesem Zeitpunkt höchst beunruhigt über die Perspektive eines griechisch-osmanischen Konflikts. Durch neue griechischen Forderungen einer Expansion in das auch von Serbien und Bulgarien beanspruchte, osmanische Mazedonien hätte sich dieser Konflikt jederzeit über ganz Südosteuropa ausweiten können. Dies hätte wiederum eine Konfrontation zwischen den um ihre dortigen Einflussbereiche fürchtenden Großmächten Österreich-Ungarn und Russland provoziert.[506] Auch die Vertreter Frankreichs und Großbritanniens in Konstantinopel fürchteten aus ähnlichen Gründen die Vorbildwirkung eines erfolgreichen Aufstandes auf Kreta für Mazedonien.[507] Dem britischen Geschäftsträger Herbert bereitete ein möglicher Erfolg der osmanischen Truppen bei der Niederschlagung des Aufstandes ebenso große Sorgen, denn: Ein brutales Vorgehen wie bei den Massakern an den ArmenierInnen würde eine heftige Reaktion der britischen Öf-

[503] Dülffer, Kreta-Krise, 24; Verosta, Kollektivaktionen, 33; Zelepos, Ethnisierung, 149f.
[504] Griechisch: „*Eirinopolemos“*; von politischen Gegnern wurde diese Taktik auch als „bewaffnete Bettelei“ oder „*enoplos epaiteia*“ verspottet. Zelepos, Ethnisierung, 148.
[505] Ekinci, Origins, 10f; Zelepos, Ethnisierung, 149f.
[506] Für eine solche Verknüpfung von Nachrichten von Kreta mit Befürchtungen bezüglich Mazedoniens siehe z.B. K. K. Hof- und Staatsdruckerei (Hg.), Stenographische Sitzungs-Protokolle der Delegation des Reichsrathes, Zweiunddreißigste Session, Budapest 1896, 26–29; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 10, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 72; Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 22, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 102; zur entsprechenden Angst vor einem Weltkrieg und der empfundenen Notwendigkeit, einen solchen durch Zusammenarbeit zwischen den Großmächten zu verhindern, vgl. Kritische Zeiten, in: *Pester Lloyd*, Budapest 1895 November 13, 3; Liechtenstein an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Juli 17/5, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 50A–B.
[507] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 8, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 67; Herbert an Salisbury, Pera 1896 Juni 8, TNA PRO London, FO78/4709 Nr. 445.

fentlichkeit auslösen und eine Intervention erzwingen, was ebenfalls zum Auslöser eines Konflikts zwischen den Großmächten werden könnte.[508]

Noch weiter verkompliziert wurde die internationale Haltung zur Kretakrise dadurch, dass zum allgemeinen Interesse der Großmächte an einer Wahrung des Status Quo im Osmanischen Reich und in Südosteuropa sowie zu den speziellen, strategischen Interessen einzelner Großmächte an Kreta auch noch besondere Interessen in Bezug auf Griechenland zum Tragen kamen. Die Zukunft Griechenlands war ebenso mit den Gewinnen und Verlusten fremder Investoren verknüpft wie die jene des Osmanischen Reiches. Das unter Premierminister Trikoupis verfolgte wirtschaftliche Aufbauprogramm und die entsprechenden Investitionen in Industrie und Infrastruktur, der Eisenbahnbau und vor allem die exorbitanten Rüstungsausgaben hatten auch im griechischen Königreich einen großen Kapitalbedarf geweckt, der nur durch umfangreiche Auslandsanleihen gedeckt werden konnte. Nachdem zwischen 1879 und 1890 sechs Anleihen in einer Gesamthöhe von 630 Millionen Drachmen gezeichnet worden waren, musste die griechische Regierung 1893 den Staatsbankrott erklären. 1896 stand noch nicht fest, ob Griechenland so wie das Osmanische Reich zur Einrichtung einer internationalen Verwaltung seiner Staatsschuld gezwungen sein werde. Das Königreich war jedoch dazu verpflichtet, bis Februar 1897 eine Lösung des Finanzproblems und eine Konsolidierung seiner Schulden auszuhandeln, die seine zu einem Großteil aus den Großmächten stammenden, privaten Investoren zufriedenstellen sollte.[509] Im möglichen Fall eines griechisch-osmanischen Krieges waren somit die ausländischen Investitionen im Königreich Griechenland ebenso bedroht wie jene im Osmanischen Reich. Besonders im Deutschen Reich war von dieser Gefahr eine große Zahl kleinerer und mittlerer Investoren betroffen, die ihr Geld in griechische Kredite gesteckt hatten. Deutsche Diplomaten und Zeitungen befassten sich daher angesichts der drohenden Eskalation der Kretakrise 1896 schon früh mit der Möglichkeit einer Verwicklung Griechenlands, kamen jedoch durchwegs zu dem Schluss, dass sich das hochverschuldete Königreich trotz der Neuauflage der Regierung Diliyiannis eine abenteuerliche Wiederholung des „Friedenskrieges“ von 1886 nicht werde leisten können.[510]

Dabei hing allerdings die Frage der Verwicklung oder Nichtverwicklung Griechenlands nicht allein von den Wünschen der griechischen Regierung oder des griechischen Kö-

[508] Herbert an Salisbury, Pera 1896 Juni 8, TNA PRO London, FO78/4709 Nr. 445.
[509] Dülffer, Kreta-Krise, 23f.; vgl. Zelepos, Ethnisierung, 144–147; Eine Unterredung mit dem griechischen Gesandten, *Berliner Lokalanzeiger*, Berlin 1896 Juli 4, Ausschnitt in PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212. Zum Einfluss der Gläubiger griechischer Wertpapiere auf die Politik Deutschlands, Frankreichs und Englands siehe Moutafidou, Politik, 173–179; Loulos, Griechenlandpolitik, 17–21, 34–36, 64–78.
[510] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Juni 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212 Nr. 125; Eine Unterredung mit dem griechischen Gesandten, *Berliner Lokalanzeiger*, Berlin 1896 Juli 4, Ausschnitt in PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212.

nigs ab. Bereits gegen Ende des durch die Seeblockade der Mächte beendeten „Friedenskriegs“ von Diliyiannis hatten Teile der an der Thessalischen Grenze zusammengezogenen griechischen Armee am 9. Mai 1886 versucht, der Demobilisierung durch den neuen Premierminister Trikoupis zuvorzukommen, indem sie eigenmächtig die Grenze überschritten und sich fünf Tage lang Gefechte mit osmanischen Truppen lieferten.[511] Im November 1894 gründeten unzufriedene junge Offiziere der griechischen Armee einen am Vorbild der bulgarisch-mazedonischen „Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation“ (IMRO) orientierten Geheimbund namens „*Ethniki Etairia*“[512]. Dieser Bund machte es sich gemäß seinen Gründungsstatuten zur „Pflicht“, alle „unter der Sklaverei stöhnenden Landsleute“ von der Herrschaft des Osmanischen Reichs zu „befreien“, und zur Erreichung dieses Ziels unabhängig von der Regierung und anderen offiziellen Staaten im privaten Rahmen alle „nationalen“ Kräfte zu bündeln. 1896 blieb der Aktionsradius der vorerst im Verborgenen arbeitenden *Ethniki Etairia* zwar auf einen kleinen Kreis von Offizieren beschränkt, ihre Existenz dokumentiert aber die Bereitschaft griechischer Nationalisten, ihre Ziele auch ohne, oder sogar gegen die griechische Regierung zu verfolgen.[513] Tatsächlich war auch durch die im April 1896 in Athen ausgetragenen ersten Olympischen Spiele der Neuzeit gerade im Vorfeld der Eskalation des Aufstandes auf Kreta in der griechischen Öffentlichkeit ein gewisses „hellenisches Sendungsbewusstsein“ geweckt und gestärkt worden.[514] Das österreichisch-ungarische Konsulat in Patras[515] meldete am fünften Juni 1896 besorgt, dass aufgrund des niedrigen Eintrittspreises die einfache Landbevölkerung aus allen Provinzen des Königreichs zu den olympischen Spielen geströmt sei, wo neben den sportlichen Veranstaltungen auch nationalistische Versammlungen und Reden über die „Befreiung“ Kretas, sowie Geldsammlungen für Waffen- und Munitionstransporte auf die Insel stattgefunden hätten.[516]

Der Regierung Diliyiannis war 1896 angesichts der miserablen Wirtschaftslage Griechenlands wenig an einem internationalen Konflikt um die Zukunft Kretas gelegen. Sie hatte aber selbst durch ihre nationalistische Agitation jenes Klimas der Unzufriedenheit in der Bevölkerung genährt, das den auf eine Annexion Kretas durch Griechenland hinarbeitenden Komitees ermöglichte, den Druck der Bevölkerung gegen jede auf Beschwichtigung ausge-

[511] Zelepos, Ethnisierung, 150, 152.
[512] Griechisch: *Ethniki Etairia*, Deutsch: *Nationale Gesellschaft*.
[513] Ekinci, Origins, 11–13; Zelepos, Ethnisierung, 186–190.
[514] Dülffer, Kreta-Krise, 31; Ekinci, Origins, 12f.
[515] Griechisch: Patra, wichtige Hafenstadt im Norden des Peloponnes.
[516] Pescha an Gołuchowski, Patras 1896 Juni 5, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 2; die Berichte über derartige Versammlungen und sogar die Anwerbung von Freiwilligen für den Kampf auf Kreta setzten sich während des ganzen Monats fort, vgl. z.B. Pescha an Gołuchowski, Patras 1896 Juni 26, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 4.

richtete Maßnahme zu mobilisieren.[517] Bereits nach den Unruhen in Canea zwischen 24. und 26. Mai 1896 forderte der griechische Oppositionsführer Dimitrios Rallis offen eine militärische Intervention und Annexion Kretas durch Griechenland.[518] Im Juni 1896 scheiterte Diliyiannis im Ministerrat mit dem Vorschlag eines Verbots der *Ethniki Etairia* am Widerstand eines Teils seines eigenen Kabinetts. Die Mehrzahl der Minister sympathisierte entweder selbst mit den Forderungen des Komitees oder fürchtete, die Regierung könne gegen die *Ethniki Etairia* nicht vorgehen, ohne einen Umsturz zu riskieren.[519] Auch bezüglich der Aktivitäten des griechischen Generalkonsuls Yennadis auf Kreta, dessen angebliche Kontakte zu nationalistischen Agitatoren und kretischen Rebellenführern bald zum Gegenstand regelmäßiger diplomatischer Beschwerden der Großmächte in Athen wurden, ist nicht klar, inwieweit Yennadis auf Weisung seiner Regierung, gemäß Direktiven der *Ethniki Etairia* oder aus Eigeninitiative handelte.[520]

Anlässlich des Aufstandes auf Kreta 1896 befürchteten die Diplomaten und Politiker der Großmächte, dass es im Fall einer zu großen Zurückhaltung des griechischen Königs und seiner Regierung bei der Verfolgung nationalistischer Ziele zu einem Sturz der Regierung oder gar des Königs und der Dynastie durch radikale Kräfte kommen könnte.[521] Schließlich war die *Ethniki Etairia* von jungen Offizieren gegründet worden, die sich bei Beförderungen zugunsten der Hofkamarilla des Generalstabschefs und Kronprinzen Konstantinos übergangen fühlten. Sie waren daher zusätzlich zu ihrer nationalistischen Begeisterung eher antiroyalistisch eingestellt.[522] Eine griechische Revolution gegen König Georgios I. und seiner Dynastie war für die Großmächte nicht nur aus grundsätzlichen Überlegungen monarchischer Solidarität, sondern auch wegen der verwandtschaftlichen Beziehungen des griechischen Königshauses etwas, das unbedingt vermieden werden musste. König Georgios I. war mit Ol'ga Konstantinovna, einer Tante des russischen Zaren Nikolaj II., verheiratet, Thronfolger Konstantinos wiederum mit einer Schwester des deutschen Kaisers Wilhelm II. Gleichzeitig waren sowohl die einflussreiche Mutter des Zaren, Marija Fedorovna, als auch die Ehefrau des briti-

[517] Loulos, Griechenlandpolitik, 39f.
[518] Şenişik, Transformation, 114f.
[519] Loulos, Griechenlandpolitik, 41.
[520] Vgl. Telegramm Radolins an Hohenlohe, St. Petersburg 1896 Juli 12, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 37, R12213 Nr. 179; Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Therapia 1896 Juli 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 38, R12214 Nr. 116; Telegramm Plessens an Auswärtiges Amt, Athen 1896 Juli 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 38, R12214 Nr. 30; Telegramm Plessens an Auswärtiges Amt, Athen 1896 Juli 19, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 39, R12215 Nr. 34.
[521] Zu entsprechenden Überlegungen über die Handlungsfreiheit beziehungsweise Zwangslage des griechischen Königs und der griechischen Regierung vgl. z.B. Kosjek an Zwiedinek, Athen 1896 Juni 1, HHStA Wien, PA XII/277 privat, Abschrift; Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juni 25, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 30A–B; Plessen an Hohenlohe, Athen 1896 Juli 7, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 38, R12214 Nr. 52; Telegramm Plessens an Auswärtiges Amt, Athen 1896 Juli 16, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 38, R12214 Nr. 33.
[522] Zelepos, Ethnisierung, 194f.

schen Thronfolgers Albert Edward Schwestern von Georgios.[523] Sein jüngerer Sohn Prinz Georgios wiederum hatte 1891 dem damaligen Kronprinzen und späteren Zaren Nikolaj II. bei einem Attentat in Japan persönlich das Leben gerettet.[524]

Dem Wunsch der Großmächte nach Verhinderung einer griechischen Intervention auf Kreta stand somit einerseits das Bedürfnis entgegen, den griechischen König gegenüber seinen UntertanInnen das Gesicht wahren zu lassen.[525] Andererseits konnten Aussagen wie jene des griechischen Botschafters in Berlin Anfang Juli 1896, wonach die griechische Regierung zwar ehrlich um Zurückhaltung bemüht war, bei Fortdauer des Aufstandes auf Kreta jedoch „auch das Herz [der] Nation gehört sein“ wolle, auch als bewusstes Spiel mit dieser Sorge um die Zwangslage des Königs gewertet werden.[526] Besonders der deutsche Kaiser Wilhelm II. stellte sich die internationale Politik gegenüber der Kretakrise zu diesem Zeitpunkt offenbar als Streitfrage innerhalb der großen Familie der europäischen Monarchen vor, die primär durch persönliche Aussprachen zwischen den gekrönten Häuptern zu lösen sei. Dementsprechend mutmaßte er am 24. Juni 1896, Zar Nikolaj II. habe dem griechischen Thronfolger Konstantinos bezüglich Kreta ausgerichtet: „Meinetwegen könnt ihrs nehmen wenn ihr wollt.“[527]

II.b.2. Erste Vermittlungsversuche

In Anbetracht dieser schwierigen und komplexen Ausgangslage ist es verständlich, dass sich die Intervention der Großmächte in der Kretakrise im Mai 1896 vorerst auf den Schutz der eigenen Staatsangehörigen durch Kriegsschiffe vor Canea sowie auf vorsichtige Absprachen der Botschafter in Konstantinopel zu einzelnen, besonders akuten Punkten beschränkte.

Ein solcher Punkt von akuter Dringlichkeit war jedenfalls die Belagerung von Vamos. Die dortige osmanische Garnison war am 28. Mai 1896 bereits seit zwei Wochen von christlichen Rebellen eingeschlossen, litt unter Mangel an jeglichem Nachschub und stand nach allgemeiner Einschätzung kurz vor der Kapitulation.[528] Für den Fall, dass die 400 eingeschlos-

[523] Zum Einfluss dieser beiden Schwestern aus der dänischen Königsfamilie auf ihre Ehemänner und Söhne siehe Clay – Müller, König, 20, 64, 73, 79–81; Dülffer, Kreta-Krise, 23.
[524] Clay – Müller, König, 206f.
[525] Vgl. etwa Plessen an Hohenlohe, Athen 1896 Juli 7, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 38, R12214 Nr. 52.
[526] Eine Unterredung mit dem griechischen Gesandten, *Berliner Lokalanzeiger*, Berlin 1896 Juli 4, Ausschnitt in PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212.
[527] Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. zum Schreiben Saurma an Hohenlohe, Therapia 1896 Juni 24, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212 Nr. 150; abgedruckt in GP XII/1, 164f.
[528] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Mai 21, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 23B; vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 31f.

senen Soldaten von den siegreichen Belagerern getötet würden, waren Vergeltungsakte der auch in der Stadt Rethymno versammelten muslimischen Flüchtlinge gegen die christliche Bevölkerung zu befürchten.[529] Auf Anregung von Blanc und Biliotti schickten daher die Konsuln auf Kreta ein gemeinsames Telegramm an die ihnen übergeordneten Botschaften in Konstantinopel. Das Telegramm verwies eindringlich auf die „Katastrophe […], welche im größten Umfange und mit unmittelbarer Gefahr für christliche Indigenen und fremde Bevölkerung zu befürchten wäre, wenn die der Aushungerung nahe Garnison von Vamos von den Insurgenten niedergemacht würde“. Die Konsuln erbaten daher die Erlaubnis, mit den Anführern der Rebellen über den freien Abzug der Belagerten zu verhandeln.[530] Schon bei dieser beschränkten Aktion trat aber wieder das Misstrauen zwischen den Konsuln zu Tage. So schickte Pinter heimlich neben dem vereinbarten, gemeinsamen Telegramm noch einen weiteren separaten Bericht. Darin versuchte er, das von ihm mitunterzeichnete Kollektivtelegramm abzuwerten, indem er hervorhob, es sei unter „auffallender Pression“ des britischen Konsuls entstanden. Unter Berufung auf angeblich dem griechischen Generalkonsul vorliegende, aber nicht näher genannte Beweise sah er sich zur düsteren Andeutung veranlasst, „daß Biliotti Hand im Spiele hat“. Er empfahl daher, die Intervention bei den Rebellenführern keinesfalls den Konsuln direkt anzuvertrauen, sondern besser andere Vermittler zu beauftragen.[531]

Die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel hielten unterdessen zwischen dem 27. und dem 29. Mai 1896 eine Reihe von Reunionen in der Residenz ihres Doyens, Botschafter Calice, ab. Am 28. Mai beschlossen sie, die Konsuln auf Kreta zu ermächtigen, „sowohl mit der türkischen Behörde als auch mit den Chefs der Epitropie in vorläufige Besprechungen einzutreten, zu dem Zwecke, um den befürchteten Excessen vorzubeugen und die Elemente eines pacifischen Arrangements vorzubereiten.“[532] Der französische Geschäftsträger, Jules de la Boulinière, machte sich indessen Sorgen, diese Ermächtigung könnte zu deutlich signalisieren, dass das Konzert der Mächte oder gar Frankreich allein die Verantwortung für die Beruhigung der Lage auf Kreta übernehmen würde.[533] Einen Tag später wurde die Ermächtigung daher nachträglich mit der ausdrücklichen Einschränkung versehen, die Konsuln hätten keinesfalls für irgendetwas im Namen der Großmächte Verantwortung zu übernehmen und sich „alles dessen streng zu enthalten, was ihre Regierungen irgendwie in eine unverantwortliche

[529] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Mai 29, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 62; Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Mai 28, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 34, R12210 Nr. 121.
[530] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Mai 29, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 62; vgl. Zürrer, Nahostpolitik, 340.
[531] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 Mai 29, HHStA Wien, PA XII/277 ohne Nummer.
[532] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 4, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 25A.
[533] Ebda.

Lage bringen könnte“.[534] Die britische Botschaft in Konstantinopel ersuchte ihre Regierung sogar zusätzlich um eine weitere, gleichlautende Ermahnung an Konsul Biliotti – ein neuerlicher Beweis für das Misstrauen, das man dem für seine Aktionsfreudigkeit bekannten „Levantiner“ in seiner vorgesetzten Dienststelle entgegenbrachte.[535] Noch am selben Tag erfolgte die Autorisierung der Beschlüsse der Botschafter durch die Regierungen.[536]

Sultan Abdülhamit II. hörte indessen noch immer auf seinen Berater Izzet Bey und setzte auf die gewaltsame Unterdrückung des Aufstandes. Die Ämter des kretischen *Vali* und des kretischen Militärkommandanten wurden nun abermals neu besetzt und in der Person des Generals Abdullah Paşa vereint, der gemeinsam mit weiteren Truppenverstärkungen nach Kreta entsandt wurde.[537] Am 29. Mai 1896 landete Abdullah Paşa auf Kreta und marschierte sofort mit seiner durch zwei zusätzliche Bataillone verstärkten Streitmacht in das Aufstandsgebiet westlich von Canea, ohne sich auf von den Repräsentanten der Großmächte vermittelte Verhandlungen einzulassen.[538] Zwei Tage später meldeten die Konsuln aus Canea, dass der General die Belagerung von Vamos durchbrochen und die Garnison befreit hätte, wodurch ihr Vermittlungsauftrag „vorläufig gegenstandslos“ sei.[539] Der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Saurma, sah damit den Aufstand auf Kreta als vermutlich auch schon wieder beendet an.[540]

Die meisten Diplomaten und Politiker der Großmächte waren sich indessen des baldigen Endes des Aufstandes nicht so sicher oder fürchteten bei einer tatsächlich erfolgreichen, blutigen Unterdrückung der *Epitropi* genauso schlimme internationale Verwicklungen wie bei einem Sieg der Rebellen.[541] Botschafter Calice befürchtete, angesichts der blutigen Unterdrückung des Aufstandes durch Abdullah Paşa werde die griechische Öffentlichkeit die Regierung des Königreichs Griechenland zwingen, die bedrängten christlichen Rebellen auf Kreta durch die Entsendung von Waffen, Munition und Freiwilligen zu unterstützen.[542] Gołuchowski reagierte auf die Situation am 28. Mai 1896 mit Weisungen an die österreichisch-ungarischen Vertreter in Athen und Konstantinopel, beide Regierungen gleichermaßen ernst

---

[534] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Mai 29, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 62; Telegramm Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Mai 29, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 34, R12210 Nr. 65; vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 32f.
[535] Telegramm Herberts an Salisbury, Pera 1896 Mai 28, TNA PRO London, FO 78/4723 Nr. 177.
[536] Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1896 Mai 29, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 30.
[537] Dülffer, Kreta-Krise, 31; Zürrer, Nahostpolitik, 340.
[538] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 Mai 30, HHStA Wien, PA XII/277 ohne Nummer.
[539] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Mai 31, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 63; vgl. Telegramm Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Mai 31, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 34, R12210 Nr. 67.
[540] „Bei der bekannten Energie Abdullah Paschas ist anzunehmen, dass die kretensische Bewegung in nicht allzu langer Zeit unterdrückt sein wird.“ Telegramm Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Mai 31, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 34, R12210 Nr. 67.
[541] Vgl. z.B. Herbert an Salisbury, Pera 1896 Juni 8, TNA PRO London, FO78/4709 Nr. 445.
[542] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 4, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 25A.

zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Frieden zu ermahnen. Gleichzeitig wollte er den Botschaftern in Konstantinopel die Ausarbeitung eines Katalogs von Maßnahmen zur Beruhigung Kretas überlassen, der dann der osmanischen Regierung zur Umsetzung „empfohlen" werden sollte.[543]

Der französische Außenminister Hanotaux hatte unterdessen auf Empfehlung des offenbar ebenso engagierten wie weitsichtigen Konsuls Blanc bereits am 22. Mai 1896, also zwei Tage vor den ersten Unruhen in Canea, einen entsprechenden Meinungsaustausch mit seinem russischen Amtskollegen Lobanov begonnen. Darin nannte er als die drei Gründe für die Krise die Missachtung des Pakts von Halepa durch die osmanischen Behörden, die finanziellen Probleme der Inselverwaltung und die durch die *Epitropi* betriebene Agitation der Bevölkerung. Würde die Insel den Bestimmungen des Pakts von Halepa entsprechend verwaltet und etwas gegen die Finanzprobleme getan, so würde auch die Agitation der *Epitropi* und der nationalistischen Komitees in Athen gegenstandslos werden.[544] Nach den Unruhen in Canea sollte offenbar die Zwangslage der osmanischen Garnison in Vamos genutzt werden, um im Rahmen der Vermittlungsaktion der Konsuln einen entsprechenden Kompromiss zwischen der *Epitropi* und den osmanischen Behörden auszuhandeln. Der französische Geschäftsträger in Konstantinopel, Boulinière, brachte am 30. Mai 1896 durch einen Brief an Doyen Calice in der Botschafterkonferenz den Antrag ein, Außenminister Tevfik Paşa gemeinsam zu informieren, dass die Konsuln in vollem Einvernehmen miteinander und unter Respektierung der Souveränitätsrechte des Sultans entsprechende Verhandlungen einleiten würden. Da sich die Botschafter Großbritanniens, Russlands, Deutschlands und Italiens jedoch darauf beriefen, Instruktionen ihrer Regierungen abwarten zu müssen, und da am Folgetag die Nachricht von der gewaltsamen Befreiung der Garnison von Vamos einlangte, wurde daraus nichts.[545]

Das dem Meinungsaustausch zwischen Lobanov und Hanotaux entsprechende, fortgesetzte Drängen von de Boulinière und dem russischen Geschäftsträger Valerian Vsevolovič Žadovskij auf Einschränkung der osmanischen Militäroperationen auf Kreta und Zugeständnisse gegenüber den Forderungen der Epitropi rief indessen bald das Misstrauen der Botschafter des Deutschen Reichs und Österreich-Ungarns hervor. Calice fand es „eigenthümlich", dass de Boulinière bei diesen Vorstößen immer wieder die Notwendigkeit betonte, die Souveränitätsrechte des Sultans zu wahren. Dies brachte ihn aber nicht von der Schlussfolgerung ab, „daß zwischen Petersburg, Paris und Athen eine fortwährende Fühlung besteht" und dass die

[543] Telegramme Gołuchowskis an Liechtenstein, Wolkenstein, Deym, Pasetti, Szögyény, Wien 1896 Mai 28, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 34, 23, 13, 25, 31.
[544] Zürrer, Nahostpolitik, 339f.
[545] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Mai 30, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 34, R12210 Nr. 124.

französische und russische Regierung auf Basis geheimer Absprachen die Interessen griechischer Nationalisten vertreten würden.[546] Der deutsche Botschafter Saurma teilte diese Einschätzung und vermutete dahinter eine Intervention der griechischen Königin Ol'ga bei ihrem Neffen, dem Zaren.[547] Auch Calice sah einen Zusammenhang zwischen der angeblich „griechenfreundlichen“ Haltung Russlands in der kretischen Frage und dem letzten Russlandbesuch der Königin von Griechenland.[548]

Unterdessen war der französische Botschafter Cambon aus Paris zurückgekehrt und sprach am 5. Juni 1896 bei Sultan Abdülhamit II. vor, um diesem gemäß den Instruktionen von Hanotaux eine Generalamnestie für die kretischen Rebellen und die Reaktivierung des Pakts von Halepa zu empfehlen.[549] Dabei stieß er allerdings auf den Widerstand des einflussreichen Sekretärs und Beraters Izzet Bey, der den Sultan zum Festhalten an der gewaltsamen Unterdrückung des Aufstandes drängte. Izzet Bey wies Cambon stolz darauf hin, dass die ursprünglich fünfzehn Bataillone umfassende Militärgarnison Kretas inzwischen verdoppelt worden war und man im Begriff sei, acht weitere Bataillone abzuschicken. General Abdullah Paşa habe die Situation vollkommen unter Kontrolle. Er sei dermaßen zuversichtlich, die Rebellion schon bald zerschlagen zu haben, dass er einen Teil der zugesagten Verstärkungen sogar wieder telegrafisch abbestellt habe.[550] Cambon beschwerte sich daraufhin in einer Reunion am 9. Juni 1896 gegenüber den übrigen Botschaftern über die abweisende Haltung des Sultans und seines Beraters gegenüber seinen Empfehlungen, die er, wohl um keine Niederlage seiner Regierung einzugestehen, als rein „persönlichen“ Vorstoß ohne entsprechende Instruktionen darstellte.[551]

In einer längeren Rede erklärte Cambon seinen Kollegen, dass der Sultan in der gegenwärtigen Situation auf Appelle der Botschafter bezüglich Reaktivierung des Paktes von Halepa nur mit leeren Versprechungen antworten würde. Es könne nur durch gemeinsamen, entschlossenen Druck der Regierungen gelingen, Reformen zu erzwingen, die die Lage auf Kreta beruhigen würden. Gegenwärtig seien die Regierungen dazu zwar nicht bereit, früher oder später würde aber der Druck seitens der privaten Kleinkapitalisten, die bei einer Destabilisierung des Osmanischen Reiches um ihre Investitionen fürchten müssten, stark genug wer-

[546] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 11, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 26A; vgl. die entsprechenden Warnungen Calices in Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 8, 67; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 8, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 68.
[547] Telegramm Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Juni 4, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 34, R12210 Nr. 70.
[548] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 4, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 25A.
[549] Zürrer, Nahostpolitik, 340f; vgl. Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 8, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 67; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 8, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 68.
[550] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 11, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 26A; vgl. Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 10, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 70.
[551] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 11, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 26A.

den, um die Kabinette zur Einigung und zur entschlossenen Durchsetzung der rettenden Reformen zu zwingen. Das vereinte Konzert der Mächte könne nämlich im „Orient“ stets alles erreichen, während einzelne Großmächte angesichts des Misstrauens der übrigen Mächte vor Einzelaktionen zurückschrecken müssten.[552] Dem Bericht des britischen Geschäftsträgers Herbert zufolge beendete Cambon seine Rede mit einem dringende Appell an die versammelten Botschafter und Geschäftsträger, man müsse dringend durch irgendeine gemeinsame „Aktion“ das Interesse des Konzerts der Mächte an der Kretakrise dokumentieren, um eine weitere Eskalation der Krise durch osmanische Gewaltakte zu verhindern. Die Einmütigkeit der Mächte sei dabei wichtiger als die Details des auf das Osmanische Reich ausgeübten Druckes, der aber unbedingt gemeinsam auszuüben sei. Die versammelten Vertreter der Großmächte stimmten Herbert zufolge den Schlussfolgerungen Cambons zu und erklärten sich einstimmig bereit, bei ihren Regierungen dafür einzutreten, dass das Osmanische Reich durch Druck zur Einstellung der Militäroperationen auf Kreta und zu Konzessionen gegenüber der *Epitropi* gezwungen werden müsse.[553]

Die tatsächlichen Auswirkungen der Rede Cambons vor den Botschaftern waren aber vergleichsweise bescheiden. Herbert erklärte gegenüber Calice, die britische Regierung befürchte, von Frankreich und Russland wie schon in der Armenischen Frage in die Rolle des schlimmsten Feindes des Osmanischen Reichs gedrängt zu werden, das „Odium“ allfälliger Zwangsmaßnahmen gegen den Sultan alleine tragen zu müssen und im Fall mangelnder Kooperationsbereitschaft des Sultans plötzlich isoliert da zustehen.[554] Dementsprechend meldete er zwar wie vereinbart seiner Regierung den französischen Vorschlag gemeinsamer Zwangsmaßnahmen der Großmächte gegen das Osmanische Reich, selbiger wurde aber von Salisbury mit einem kühlen Kommentar vorerst zu den Akten gelegt. „I presume you will leave them to take the initiative.“[555]

Die Reaktion Botschafter Calices fiel noch unkooperativer aus. Er verschwieg seinem Außenminister kurzerhand den Appell Cambons. In seinem Bericht über die Reunion der Botschafter erwähnte er lediglich die Rede seines französischen Kollegen und dessen Erklärung, der Sultan werde ohne gemeinsame Zwangsmaßnahmen der Großmächte der *Epitropi* gegenüber keine zufriedenstellenden Zugeständnisse machen. Er behauptete aber ganz im Gegen-

[552] Zürrer, Nahostpolitik, 333; vgl. Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 10, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 70; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 11, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 26A; Telegramme Herberts an Salisbury, Pera 1896 Juni 10, TNA PRO London, FO 78/4723 Nr. 200, 204; Herbert an Salisbury, Pera 1896 Juni 10, TNA PRO London, FO 78/4709 Nr. 458.
[553] Telegramme Herberts an Salisbury, Pera 1896 Juni 10, TNA PRO London, FO 78/4723 Nr. 200, 204; Herbert an Salisbury, Pera 1896 Juni 10, TNA PRO London, FO 78/4709 Nr. 458.
[554] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 11, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 26A.
[555] Siehe die Randbemerkung Salisburys zum Telegramm Herberts an Salisbury, Pera 1896 Juni 10, TNA PRO London, FO 78/4723 Nr. 204.

satz zum Bericht Herberts, dass Cambon daraus die Schlussfolgerung gezogen habe, man könne seitens der Großmächte und ihrer Vertreter in der Kretakrise derzeit nichts unternehmen. Seine Umkehrung der Argumente Cambons auf die Spitze treibend erklärte Calice gegenüber Gołuchowski sogar, diese angebliche „Empfindung" des französischen Botschafters zu teilen.[556]

Offenbar griff der österreichisch-ungarische Botschafter auf diese Umdeutung der Initiative Cambons zurück, um eine seiner Ansicht nach unzweckmäßige Initiative seines eigenen Außenministers im Keim zu ersticken. Gołuchowski hatte ihm nämlich am 2. Juni 1896 mitgeteilt, dass er die Bitte des griechischen Botschafters in Wien, Österreich-Ungarn möge die Führung einer Initiative der Großmächte zur Reaktivierung des Pakts von Halepa übernehmen, zwar vorerst „dilatorisch" beantwortet habe, jedoch gerne Calices Meinung dazu hören wollte.[557] Aufgrund der Nichtbeantwortung durch den Botschafter sah sich Gołuchowski vier Tage später veranlasst, die Frage telegrafisch erneut zu stellen.[558] Calice konnte nun nicht mehr ausweichen und meinte vorsichtig, es handle sich dabei wohl um ein lohnendes Ziel, da die daraus folgende „Beschwichtigung" der kretischen Rebellen zwar „nur eine temporäre, aber immerhin ein Gewinn" sein würde.[559] Daraufhin wurde er am 8. Juni 1896 durch den Außenminister beauftragt, unter den Botschaftern über die Möglichkeit einer gemeinsamen Initiative der Großmächte zur Reaktivierung des Pakts von Halepa zu „sondieren".[560] Nach der Reunion und der eigentlich durchaus mit Gołuchowskis Vorschlag kompatiblen Rede Cambons erklärte Calice dann aber in einem Telegramm vom 10. Juni 1896, dass ihn die angeblich überraschende Uneinigkeit seiner Kollegen in dieser Frage dazu veranlasst habe, den Vorstoß noch im Stadium der „Sondierungen" abzubrechen.[561] Am Tag darauf schrieb er den ihm erteilten Auftrag endgültig als „derzeit kaum durchführbar" ab.[562] Mit einem an die Argumentation Herberts erinnerndem Verweis auf die angeblich unklare Haltung Frankreichs und Russlands riet Calice seinem Außenminister stattdessen, vorerst abzuwarten. Nur im Fall einer tatsächlich unternommenen, allgemein akzeptablen Initiative einer anderen Großmacht sei es empfehlenswert „sich von einer concreten Verabredung nicht auszuschließen, jedoch so, daß das Odium eines eventuellen stärkeren Druckes auf die Pforte nicht auf

[556] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 10, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 70; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 11, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 26A; diese angebliche Schlussfolgerung Cambons findet sich weder im entsprechenden Bericht Herberts, noch im bei Dülffer abgedruckten Text von Cambons Rede. Dülffer, Kreta-Krise, 33.
[557] Gołuchowski an Calice, Budapest 1896 Juni 2, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 426.
[558] Telegramm Gołuchowskis an Calice, Budapest 1896 Juni 6, HHStA Wien, PA XII/277 ohne Nummer.
[559] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 8, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 68.
[560] Gołuchowski an Calice, Budapest 1896 Juni 12, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 432.
[561] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 10, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 70.
[562] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 11, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 26A.

uns oder auf unsere Gruppe falle.“[563] Schließlich sei es für Österreich-Ungarn und Deutschland vorteilhaft, sowohl das Wohlwollen des Sultans zu wahren, als auch die Dankbarkeit der griechischen Regierung zu erwerben, indem man auf keine Seite besonderen Druck ausübe.[564]

Inwieweit diese Ratschläge Calices auf seine Befürchtung zurückgingen, Gołuchowski könnte sich angesichts der Vorschläge Cambons wieder wie in der Armenischen Frage dazu hinreißen lassen, Österreich-Ungarn durch eine ungebetene, gegen geltende Verträge verstoßende Initiative in eine unangenehme Lage zu bringen, lässt sich schwer überprüfen. Dass er in seinen Versuchen, den eigenen Außenministers zu manipulieren aber so weit ging, einen wesentlichen Teil der Ausführungen des französischen Botschafters zu verschweigen oder gar ins Gegenteil zu verkehren, ist jedenfalls bemerkenswert.

II.b.3. Das Vier-Punkte-Programm und die Reaktivierung des Pakts von Halepa

Sollten einzelne Diplomaten der Großmächte tatsächlich die Hoffnung gehegt haben, man könne die Kretakrise nach der diplomatischen Intervention durch bloßes Zuwarten lösen, so täuschten sie sich. Statt eines raschen Zusammenbruchs der Aufstandsbewegung häuften sich in den Berichten von Kreta die Nachrichten über das Stocken des Vormarsches Abdullah Paşas und blutige Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung. Immer öfter kamen Befürchtungen zum Ausdruck, es könnte auf Kreta zu einer Wiederholung der vorjährigen Massaker an den ArmenierInnen kommen.[565] Sultan Abdülhamit II. kündigte daraufhin am 13. Juni 1896 an, er werde in Bezug auf Reformen nicht näher definierte „Konzessionen“ gewähren, jedoch erst nach vorheriger „Unterwerfung“ der Aufständischen.[566]

Obwohl Calice die Vorschläge Cambons nicht an Gołuchowski weitergeleitet hatte, war dieser inzwischen direkt vom französischen Außenminister Hanotaux bezüglich einer möglichen Initiative zur Durchsetzung von Reformen auf Kreta kontaktiert worden. Kurioserweise gingen dabei sowohl der österreichisch-ungarische als auch der französische Außenminister entsprechend ihrem jeweiligen Postulat der eigenen „Führungsrolle“ im Konzert

[563] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 11, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 26A.
[564] Ebda.
[565] Diesbezüglich bestanden bemerkenswerte Übereinstimmungen zwischen der sonst oft so unterschiedlichen Berichterstattung der Konsuln Pinter und Biliotti; vgl. Telegramm Biliottis an Salisbury, Canea 1896 Juni 5, TNA PRO London, FO 78/4737 Nr. 23; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 Juni 10, HHStA Wien, PA XII/277 ohne Nummer; Telegramm Biliottis an Salisbury, Canea 1896 Juni 10, TNA PRO London, FO 78/4737 Nr. 25; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juni 13, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 95.
[566] Zürrer, Nahostpolitik 340f; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 10, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 69.

davon aus, der jeweils andere wolle die jeweils eigene Initiative unterstützen.[567] Botschafter Cambon empfahl daraufhin auf Weisung Hanotauxs am 14. Juni 1896 der osmanischen Regierung ein vier Punkte umfassendes Programm, das über die bloße Reaktivierung des Pakts von Halepa hinausging. Der Plan sah die Einberufung der kretischen Generalversammlung zur Ausarbeitung weiterer Reformvorschläge vor. Außerdem sollten eine umfassende Amnestie für die Rebellen verkündet werden, die Militäroperationen eingestellt und ein offizielles Ansuchen um Vermittlung eines Waffenstillstandes durch die Vertreter der Großmächte veröffentlicht werden.[568] Während Hanotaux also die Ausarbeitung des Reformprogramms im Wesentlichen der kretischen Generalversammlung überlassen wollte, plädierte Gołuchowski auf Basis des Artikels 23 des Berliner Vertrages auf das Recht der Großmächte, die Umsetzung der damals versprochenen Reformen zu überwachen. Ihm zufolge sollten daher neben der Amnestie für die Rebellen und der Einstellung der osmanischen Militäroperationen die Vertreter der Großmächte „im Einvernehmen" mit der Generalversammlung das Ausmaß der Reformen auf Basis des Pakts von Halepa bestimmen. Dabei sollten ganz entsprechend dem Interesse der Großmächte an der Sicherheit der Investitionen der internationalen Financiers jene Reformen Vorrang haben, „welche die Verbesserung der finanziellen Lage der Insel und die Organisation eines verlässlichen Sicherheitsdienstes zum Zwecke haben".[569]

Vielleicht aufgrund der Erfahrungen des Jahres 1895 wich Gołuchowski nun etwas von seinem sonstigen Misstrauen gegenüber Russland ab und wollte den Erfolg seiner Initiative durch vorab unternommene, separate Absprachen mit dem russischen Außenminister absichern. Schon am 2. Juni 1896 hatte Gołuchowski diese Vorgehensweise mit der Überzeugung argumentiert, „daß im Falle der Zustimmung Rußlands auch die übrigen Mächte keinen Anstand nehmen würden, sich einer gemeinsamen Aktion in der vorerwähnten Richtung anzuschließen".[570] Am 12. Juni 1896 berichtete Gołuchowski in einem Schreiben an Calice stolz, dass nun auch der französische Außenminister Interesse an einer Zusammenarbeit gezeigt habe und wies den Botschafter an, bei seinen Kollegen entsprechend „das Terrain […] vorzubereiten".[571] Botschafter Wolkenstein in Paris instruierte er am selben Tag, Hanotaux nochmals auf die Notwendigkeit hinzuweisen, dass alle Großmächte den österreichisch-ungarischen Vorschlag unterstützen und durch die Botschafter in Konstantinopel „einstimmig

[567] Zürrer, Nahostpolitik, 340f; Gołuchowski an Calice, Budapest 1896 Juni 12, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 432; Gołuchowski an Wolkenstein, Budapest 1896 Juni 12, HHStA Wien, PA XII/277 privat; letzteres auszugsweise abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 41f.
[568] Zürrer, Nahostpolitik, 341.
[569] Gołuchowski an Calice, Budapest 1896 Juni 12, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 432; Gołuchowski an Wolkenstein, Budapest 1896 Juni 12, HHStA Wien, PA XII/277 privat.
[570] Gołuchowski an Calice, Budapest 1896 Juni 2, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 426.
[571] Gołuchowski an Calice, Budapest 1896 Juni 12, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 432.

und eindringlichst“ die Reaktivierung des Pakts von Halepa fordern sollten.[572] Zwei Tage später ergänzte er diesen Schritt durch eine Weisung an Botschafter Liechtenstein in St. Petersburg, den russischen Außenminister Lobanov für dessen bisherige „correcte Sprache“ zu loben, ihm nochmals seine Vorstellungen über eine gemeinsame Initiative darzulegen und ihn zu bitten, den russischen Geschäftsträger in Konstantinopel zur Zusammenarbeit mit Calice anzuweisen.[573] Geschäftsträger Žadovskij vertrat daraufhin am 14. Juni 1896 das Programm von Gołuchowski und Lobanov, das im Widerspruch zu den vier Punkten Hanotauxs stand, die dem Sultan am selben Tag von Cambon empfohlen wurden. Das Programm von Gołuchowski und Lobanov sah die enge Orientierung am Pakt von Halepa, die Einschränkung des Verhandlungsspielraums der Generalversammlung durch Vermittlung der Großmächte und die sofortige Ernennung eines christlichen *Vali* für Kreta vor.[574] Während Cambon den letzten Punkt für verfrüht und gefährlich hielt und Außenminister Hanotaux von seiner Ablehnung überzeugen konnte, beschränkte sich die italienische Regierung vorsichtig darauf, Botschafter Pansa anzuweisen, nur jenen Initiativen zuzustimmen, über die sich alle übrigen Botschafter in Konstantinopel einig seien.[575]

Sultan Abdülhamit II. versuchte unterdessen, durch eine selbstständige Initiative mit beschränkteren Zugeständnissen und Reformversprechen der Oktroyierung eines Reformprogramms für Kreta durch die Großmächte zuvorzukommen und so wenigstens symbolisch seine Entscheidungshoheit zu wahren. Am Abend des 15. Juni 1896 informierte er die Botschafter durch Izzet Bey, dass er für Kreta eine Generalamnestie erlassen habe, die Generalversammlung einberufen und alle offensiven Militäroperationen einstellen wolle. Auf dieser Grundlage erbat er nun die „guten Dienste“ der Großmächte zur Vermittlung eines Waffenstillstandes durch die Konsuln auf Kreta. Die selbstständige Proklamation des Sultans orientierte sich ganz offensichtlich an den vier Punkten, die ihm von Cambon empfohlen worden waren, unterschied sich davon aber in einem wesentlichen Punkt. Als Vorbedingung verlangte der Sultan nämlich die bedingungslose Unterwerfung der kretischen Rebellen.[576]

---

[572] Gołuchowski an Wolkenstein, Budapest 1896 Juni 12, HHStA Wien, PA XII/277 privat; auszugsweise abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 41f.
[573] Telegramm Gołuchowskis an Coronini, Budapest 1896 Juni 14, HHStA Wien, PA XII/277 ohne Nummer; Telegramm Gołuchowskis an Liechtenstein, Budapest 1896 Juni 14, HHStA Wien, PA XII/277 ohne Nummer.
[574] Telegramm Liechtensteins an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Juni 15/3, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 44; vgl. Zürrer, Nahostpolitik, 341.
[575] Pasetti an Gołuchowski, Rom 1896 Juni 13, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 42C; vgl. Zürrer, Nahostpolitik, 341.
[576] Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 Juni 16, TNA PRO London, FO 78/4723 Nr. 209; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 16, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 72; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 18, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 27C. Letzterer Bericht enthält als Beilage die Proklamation des Sultans im Wortlaut.

Der Versuch, die Großmächte zu spalten, scheiterte an der ebenso raschen wie einheitlichen Reaktion der Botschafter, die handelten, noch bevor ihre Regierungen reagieren konnten. Schon am 16. Juni 1896 hielten sie eine eilig einberufene Reunion ab und besprachen, welche Haltung sie zur Proklamation des Sultans einnehmen sollten. Dabei traten in einigen Details durchaus unterschiedliche Auffassungen zutage. So waren Cambon und Pansa der Ansicht, dass eine Lösung der Kretafrage über die bloße Reaktivierung des Pakts von Halepa hinausgehen müsse und dass Kreta gegen einen jährlichen Tribut nach dem Vorbild der Insel Samos autonom werden solle. Dieser Tribut hätte wiederum als Sicherheit zur Deckung eines neuen Kredits zur finanziellen Sanierung der Insel genutzt werden sollen – ein Vorschlag, der auch den europäischen Investoren zugutegekommen wäre. Calice und Žadovskij dagegen traten gemäß den Weisungen ihrer Außenminister für eine strikte Orientierung am Pakt von Halepa und darüber hinaus für die Ernennung eines christlichen *Valis* ein, was Cambon und Pansa nach wie vor unter Verweis auf die Entscheidungshoheit der kretischen Generalversammlung ablehnten.[577]

Der britische Geschäftsträger verhielt sich vorsichtig abwartend, äußerte aber Calice gegenüber den Verdacht, dass ihre französischen und russischen Kollegen auf die Einberufung einer neuen gesamteuropäischen Konferenz hinarbeiten könnten. Eine solche Konferenz wäre für Großbritannien hinsichtlich der dort zu erwartenden Besprechung der britischen Besetzung Ägyptens, für Österreich-Ungarn hinsichtlich einer möglichen Neuverhandlung des Besetzungsmandats für Bosnien-Herzegowina politisch gefährlich gewesen.[578]

Allen Unterschieden und Verdächtigungen zum Trotz waren sich die Botschafter aber in den wesentlichen Kernpunkten, vor allem in ihrer Ablehnung der selbstständigen Initiative des Sultans einig. Unter bewusster Beschränkung auf diese allgemein akzeptablen Punkte verfassten sie daher noch am 16. Juni 1896 eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Proklamation des Sultans für zu „vage“ und die Vorbedingung der Unterwerfung der Rebellen für „unmöglich“ befanden. Stattdessen forderten sie vom Sultan nochmals kollektiv die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen, den Erlass einer Generalamnestie, die Einberufung der Generalversammlung und – offenbar eine Kompromissformel – die „Umsetzung der Forderungen dieser Versammlung auf Basis der Konvention von Halepa“.[579]

---

[577] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 18, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 27D.
[578] Ebda. Zur entsprechend den Weisungen Salisburys vorsichtigen Haltung Herberts in den Verhandlungen über Kreta vgl. Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 June 16, TNA PRO London, FO 78/4723 Nr. 211.
[579] Vgl. Wortlaut des Beschlusses im Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 16, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 73; Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 June 16, TNA PRO London, FO 78/4723 Nr. 211; Zu den Umständen der Beschlussfassung vgl. Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 18, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 27D.

Gołuchowski gab sich jedoch mit dieser Kompromissformel der Botschafter nicht zufrieden. Er beharrte weiterhin auf der expliziten Berufung auf den Pakt von Halepa und der Ernennung eines christlichen Gouverneurs. Am 18. Juni 1896 instruierte er Calice entsprechend, „bei Ihren Collegen auf die Herstellung des Einvernehmens hierüber […] hinzuwirken“.[580] Aus der erhaltenen Korrespondenz geht nicht hervor, wie es Calice gelang, diesen Wunsch seines Außenministers zu erfüllen. Es ist anzunehmen, dass neben seinem Verhandlungsgeschick und seiner besonderen Position als Vorsitzender der Reunionen vor allem die Unterstützung durch den russischen Geschäftsträger Žadovskij und die Einsicht Cambons, sich gegen ein russisch-österreichisch-ungarisches Einverständnis nicht durchsetzen zu können, den Ausschlag gaben.[581] Calice selbst meldete am 20. Juni 1896 lediglich in dürren Worten, dass er das Telegramm Gołuchowskis „erhalten und befolgt“ habe, weshalb sich die Botschafter nun „zum Vorgang in Gemäßheit Euer Excellenz Telegrammes […] geeinigt“ hätten.[582]

Klar ist jedenfalls, dass auch diese Einigung nicht von den Regierungen, sondern von den Botschaftern ausging. Als Gołuchowski am 18. Juni 1896 Calice die entsprechende Weisung erteilt hatte, hatte er nämlich nur von der deutschen Regierung die Zusicherung erhalten, Botschafter Saurma werde „ganz im Einvernehmen“ mit Österreich-Ungarn instruiert werden, während eine zögerliche Stellungnahme Lobanovs auf die Möglichkeit hindeutete, die russische Regierung könnte die Forderung nach Ernennung eines christlichen Gouverneurs fallen lassen.[583] Erst nach der Reunion der Botschafter am 20. Juni teilten zwischen 20. und 22. Juni 1896 die italienische, französische und britische Regierung ihre Unterstützung des Programms in der von Gołuchowski gewünschten Version mit.[584]

Interessanterweise beriefen sich unterdessen ausgerechnet die Botschafter der mit Österreich-Ungarn verbündeten Regierungen Italiens und Deutschlands in der Reunion besonders darauf, Instruktionen abwarten zu müssen, obwohl die deutsche Regierung schon zwei Tage davor behauptet hatte, Saurma entsprechend instruiert zu haben.[585] Premierminister Sa-

---

[580] Telegramm Gołuchowskis an Calice, Budapest 1896 Juni 17, HHStA Wien, PA XII/277 B.
[581] Hanotaux selbst betonte bei seinem Schwenk jedenfalls in auffallender Weise die Übereinstimmung mit dem russischen Kabinett. Telegramm Wolkensteins an Gołuchowski, Paris 1896 Juni 21, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 43. Vgl. zu dieser Schlussfolgerung auch Zürrer, Nahostpolitik, 341.
[582] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 20, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 75; vgl. Telegramm Herberts an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juni 21, , TNA PRO London, FO 78/4723 Nr. 227.
[583] Telegramm Gołuchowskis an Calice, Budapest 1896 Juni 17, HHStA Wien, PA XII/277 B; Telegramm Liechtensteins an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Juni 18/6, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 45.
[584] Telegramm Pasettis an Gołuchowski, Rom 1896 Juni 20, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 65; Telegramm Wolkensteins an Gołuchowski, Paris 1896 Juni 21, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 43; Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1896 Juni 22, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 37.
[585] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 20, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 75; vgl. Telegramm Herberts an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juni 21, TNA PRO London, FO 78/4723 Nr. 227.

lisbury erachtete es darüber hinaus für notwendig, gegenüber Österreich-Ungarn zu betonen, dass er der Forderung nach Ernennung eines christlichen *Vali* für Kreta nicht aus Überzeugung, sondern nur aus Solidarität zugestimmt habe. Dies deutet neben dem offensichtlichen Bedürfnis der britischen Regierung, ihre so oft angezweifelte Kooperationsbereitschaft im Konzert der Mächte zu beweisen, ebenfalls darauf hin, dass die Einigung nicht von den Außenministern ausgegangen war.[586]

Am 23. Juni 1896 versammelten sich die Botschafter erneut und formulierten ein explizit den Vorschlägen Gołuchowskis und Lobanovs entsprechendes Vier-Punkte-Programm. Dieses beinhaltete gleich als ersten Punkt die Forderung nach Ernennung eines christlichen *Vali*, gefolgt von der Reaktivierung des Pakts von Halepa, der Einberufung der Generalversammlung und dem Erlass einer Generalamnestie für die kretischen Rebellen.[587] Außenminister Tevfik Paşa sollte nun vor den im Sommerpalais der österreichisch-ungarischen Botschaft in Buyukdere versammelten Botschaftern erscheinen, um sich den Forderungskatalog persönlich abzuholen. Stattdessen erklärte das Osmanische Reich am 24. Juni 1896 zur Überraschung der Vertreter der Großmächte, seine Bitte um ihre „guten Dienste“ zurückzuziehen, da man den Beschlüssen der für den 29. Juni 1896 einberufenen kretischen Generalversammlung nicht vorgreifen wolle.[588]

Die Botschafter ließen sich davon nicht beirren. Noch am selben Tag wurden die Dragomane der Botschaften aller sechs Großmächte zum Außenminister geschickt und nahmen in kollektiver Audienz Aufstellung vor diesem, während der österreichisch-ungarische Legationsrat Ladislaus Baron Müller als Dragoman des Doyens den gemeinsamen Beschluss vorlas. Anschließend wurden die vier Forderungen auch schriftlich an Tevfik Paşa übergeben.[589] Dieser leitete sie offiziell an den Ministerrat weiter, der darüber drei Tage lang beriet, während die Botschafter versuchten, den Sultan in persönlichen Audienzen zur Annahme der vier Punkte zu bewegen.[590] Am 27. Juni 1896 ließ Tevfik Paşa den Botschaftern durch Legationsrat Müller und Doyen Calice ausrichten, dass der Sultan bereit sei, den Christen und ehemaligen Wahlfürsten der autonomen Insel Samos, Georgi Berovich Paşa[591], zum *Vali* von Kreta zu

[586] Deym an Gołuchowski, London 1896 Juni 25, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 25D.
[587] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 25, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 28A.
[588] Ebda.; Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 Juni 24, TNA PRO London, FO 78/4723 Nr. 232; Saurma an Hohenlohe, Therapia 1896 Juni 24, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212 Nr. 149. Der deutsche Kaiser Wilhelm II. drückte in den Randbemerkungen zum letztgenannten Bericht seine Geringschätzung für kollektive, diplomatische Vermittlungsaktionen im Osmanischen Reich aus, die er pauschal als „Mumpitz” verunglimpfte. Außerdem lästerte er, die Großmächte müssten angesichts ihrer Furcht vor entschlossenen Einzelaktionen besser als die „Grandes Impuissances” oder „Großen Ohnmächte” bezeichnet werden.
[589] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 25, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 28A.
[590] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 2, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 29B.
[591] Serbische Schreibweise des Namens: Đorđe Berović; türkisch auch: Jorj Berovic; in der internationalen diplomatischen Korrespondenz: Berovich Paşa oder Georgi Paşa.

ernennen. Der Pakt von Halepa solle allerdings entgegen den vier Punkten der Großmächte nach wie vor nicht per Dekret reaktiviert, sondern nur der kretischen Generalversammlung vorgelegt werden.[592]

Die Botschafter werteten dies als erfreulichen Teilerfolg, gaben sich damit aber noch nicht zufrieden. In Anbetracht der von den Konsuln auf Kreta gemeldeten fortdauernden Radikalisierung der christlichen Abgeordneten unter dem Druck der *Epitropi*, die sich ihrerseits den erfolglosen, aber hartnäckig fortgeführten Angriffen und Strafexpeditionen der osmanischen Truppen unter General Abdullah Paşa ausgesetzt sah, wollten sie die Entscheidung über den Kreta zu gewährenden Grad an Autonomie keinesfalls der Generalversammlung überlassen.[593] Am 29. Juni 1896 schickten sie daher abermals Legationsrat Müller mit einer gemeinsamen Erklärung zum osmanischen Außenminister, in der sie ihre „guten Dienste" zur Vermittlung eines Waffenstillstandes auf Kreta durch die Konsuln anboten, gleichzeitig aber nochmals die sofortige Reaktivierung des Pakts von Halepa und die Proklamation einer Generalamnestie als „unverzichtbare" Bedingungen forderten.[594] Diese erneuerte Forderung blieb aber vorerst unbeantwortet, während Abdullah Paşa auf Kreta seine Militäroperationen mit voller Härte fortsetzte. Am zweiten Juli 1896 trafen sich die Botschafter daher erneut, um Tevfik Paşa nicht nur zur Beantwortung ihrer letzten Erklärung zu drängen, sondern auch die Forderung nach sofortiger Einstellung der Offensive gegen die Rebellen zu übermitteln.

Im vollen Bewusstsein, dass die Fäden der Macht nicht bei Tevfik Paşa und der osmanischen Regierung, sondern bei den Beratern und Sekretären des Sultans zusammenliefen, beschloss Calice darüber hinaus in Eigenregie, „dem persönlich wohl intentionirten Minister die nöthige Unterstützung im Palais zu verschaffen".[595] Ohne diesen Schritt vorab mit Gołuchowski abgesprochen zu haben, richtete er einen außergewöhnlich scharf formulierten, offiziell rein „persönlichen" Brief an seinen „Freund" Izzet Bey, den stellvertretenden Sekretär und einflussreichen Berater von Abdülhamit II. Darin drohte er unverhohlen, wenn der Sultan

---

[592] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 27, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 82; Telegramm Herberts an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juni 28, TNA PRO London, FO 78/4723 Nr. 242; Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Therapia 1896 Juni 28, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212 Nr. 93.

[593] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 29, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 83; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 2, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 29B; Telegramm Herberts an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juni 28, TNA PRO London, FO 78/4723 Nr. 242; Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Therapia 1896 Juni 28, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212 Nr. 93; Zu den Kämpfen auf Kreta und zum Druck der *Epitropi* auf die christlichen Abgeordneten der Generalversammlung vgl. Telegramme Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 1, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 84, 85, 86; siehe auch die Zusammenfassung der Berichterstattung der britischen, russischen und französischen Konsuln in Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juli 2, TNA PRO London, FO 78/4710 Nr. 514.

[594] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 29, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 83; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 2, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 29B; Telegramm Herberts an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juni 28, TNA PRO London, FO 78/4723 Nr. 242; Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Therapia 1896 Juni 28, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212 Nr. 93.

[595] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 2, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 29C.

die vorgeschlagenen Maßnahmen für Kreta weiter verweigere oder verzögere, könnten die Großmächte auf einer Konferenz zu einer generellen Neuverhandlung des Schicksals des Osmanischen Reichs schreiten.[596] Dem britischen Geschäftsträger Herbert zufolge machte dieses überraschend heftige Auftreten des sonst als vorsichtig und besonnen geltenden Calice dem Sultan nun ernsthaft Angst und bewegte ihn zum Einlenken. Tevfik Paşa, der gerade zu den Botschaftern nach Buyukdere entsandt worden war, um Bedingungen für die Annahme ihrer Forderungen auszuhandeln, machte nach einem Blick auf den Brief auf der Stelle kehrt und berief sofort einen Ministerrat ein. Mitten in der Nacht vom 2. auf den 3. Juli 1896 meldete er Calice die bedingungslose Annahme der Forderungen der Botschafter, wenige Stunden später auch die Einstellung der Militäroffensive auf Kreta.[597]

Wenn auch das Schreiben Tevfiks von einer scheinbar freiwilligen „Umsetzung der erwähnten Maßnahmen" sprach, hatten die Botschafter de facto der Osmanischen Regierung ihr Programm aufgezwungen.[598] Dadurch und durch das Angebot ihrer „guten Dienste" bei Verhandlungen mit den Rebellen hatten die Großmächte in der Kretakrise endgültig die Rolle eines autoritär agierenden Schiedsgerichts, sowie die entsprechende Verantwortung übernommen. Die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel hatten dabei sowohl bei der Formulierung, als auch bei der Durchsetzung der kollektiven Forderungen eine ebenso selbstständige wie entscheidende Rolle gespielt.

II.b.4. Erste „Kollektivschritte" und der Streit um die Blockadefrage

Da es sich bei der Kretakrise mittlerweile nicht mehr bloß um eine innere Angelegenheit des Osmanischen Reichs handelte, beschränkten sich auch die Botschafter in Konstantinopel mit ihren Ambitionen, die Kretakrise im Namen des Konzerts der Großmächte zu lösen, nicht auf die erwähnten „Ratschläge" an die osmanische Regierung. Im Sommer des Jahres 1896 wurde die griechische Regierung von den Großmächten zunehmend als ebenso ihrer Vermittlung unterstehende Konfliktpartei betrachtet wie die Repräsentanten der aufständischen Milizen und die osmanischen Behörden.

Ende Juni 1896 häuften sich die Berichte über die immer unverhohlenere Unterstützung der Rebellen durch das Königreich Griechenland. Die diplomatischen Vertreter der

---

[596] Calice an Izzet Bey, Buyukdere 1896 Juli 2 privat, Beilage zu Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 2, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 29C; vgl. Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juli 4, TNA PRO London, FO 78/4710 Nr. 518B.

[597] Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juli 4, TNA PRO London, FO 78/4710 Nr. 518A, 518B; vgl. Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 4, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 87.

[598] Vgl. Tevfik an Calice, Konstantinopel 1896 Juli 2, Abschrift, Beilage zu Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juli 4, TNA PRO London, FO 78/4710 Nr. 518A.

Großmächte äußerten die Vermutung, die griechische Regierung werde dem Druck der nationalistischen Opposition nicht mehr lange Widerstand leisten.[599] Manó Graf Széchényi von Sárvár-felsővidéki, der in Abwesenheit des österreichisch-ungarischen Gesandten amtierende Geschäftsträger der Habsburgermonarchie in Athen, meldete am 25. Juni 1896, dass die *Epitropi* mittlerweile nicht mehr bloß die Reaktivierung des Pakts von Halepa, „sondern einfach die Unabhängigkeit der Insel, oder den Anschluß an Griechenland" anstrebe. Diesem Umstand schrieb er insofern große Bedeutung zu, als die Vertreter der *Epitropi* mittlerweile im königlichen Palais ein- und ausgingen.[600] Konsul Pinter gab in seiner Berichterstattung zwar immer noch kritiklos Informationen weiter, die er vom griechischen Generalkonsul Yennadis erhalten hatte, verschwieg aber keinesfalls die Tatsache, dass die kretischen Rebellen immer wieder vom griechischen Festland stammende Waffen- und Munitionslieferungen erhielten.[601]

Bereits am 13. Juni 1896 hatte die osmanische Regierung mögliche Reaktionen auf diese Lieferungen beraten und war zu dem Schluss gekommen, dass man die Landung der oft kleinen Schmugglerboote an der zerklüfteten Küste Kretas nicht pauschal verhindern, sondern lediglich die beliebtesten Landungspunkte gezielt überwachen könne.[602] Die *Epitropi* selbst stand ihrerseits unter dem Konkurrenzdruck noch radikalerer, festlandgriechischer Revolutionskomitees, die zur sofortigen Proklamation der griechischen Annexion Kretas aufgerufen hatten.[603] Der von der *Epitropi* an die christlichen Abgeordneten der neu einberufenen Generalversammlung weitergegebene Druck, sich keinesfalls auf einen Kompromiss mit den muslimischen Abgeordneten und den osmanischen Behörden einzulassen, lief den Bestrebungen der Großmächte diametral entgegen.[604] Am 2. Juli 1896 berichtete Calice an Gołuchowski, dass die Botschafter angesichts dieser Situation einmütig der Meinung seien, man müsse bei der Umsetzung des gerade gegenüber der osmanischen Regierung durchgesetzten Programms für Kreta auch gegenüber der griechischen Regierung mit großer Entschlossenheit auftreten.[605] Dementsprechend beschlossen die Botschafter, nicht nur die osmanische Regierung und die christlichen Abgeordneten der kretischen Generalversammlung zur Einigung entspre-

[599] Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juni 25, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 30A; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juni 27, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 108; Telegramme Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 1, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 85, 86; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 2, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 29B; Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 5, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 88.
[600] Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juni 25, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 30A.
[601] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juni 27, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 108; Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 5, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 88.
[602] Şenişik, Transformation, 120f.
[603] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 1, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 85.
[604] Ebda.
[605] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 2, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 29B.

chend der Vorschläge der Großmächte zu ermahnen, sondern ihre Regierungen auch „auf die Opportunität einer diplomatischen Einwirkung auf die griechische Regierung“ hinzuweisen.[606] Der deutsche Botschafter Saurma drückte in seiner Meldung an das deutsche Auswärtige Amt noch deutlicher den gemeinsamen Beschluss aus, „unseren Regierungen anheimzugeben, gemeinsame Schritte bei der Regierung von Athen zu thun, um dieselbe zu bestimmen, dem Aufstand weiteren Zündstoff weder zuzuführen noch zuführen zu lassen.“[607] Am 4. Juli 1896 ergänzten die Botschafter diese Anregungen an ihre Regierungen durch die konkretere Forderung, in Athen auf die Rückkehr von nach Griechenland geflohenen christlichen Abgeordneten der Generalversammlung nach Kreta zu drängen, um die vollzählige Versammlung und Beschlussfähigkeit des Inselparlaments zu gewährleisten.[608]

Aus der erhaltenen diplomatischen Korrespondenz lässt sich nicht eindeutig rekonstruieren, inwieweit dieser Gedanke eines synchron auf die griechische und die osmanische Regierung auszuübenden Drucks auf eine Eigeninitiative der Botschafter oder doch auf verdeckte Anregungen der deutschen Regierung zurückging. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin hatte bereits am 26. Juni 1896 nach Wien gemeldet, die deutsche Regierung habe Botschafter Saurma angewiesen, seine Kollegen in Konstantinopel für eine „entsprechende Pression in Athen“ zu gewinnen. Der deutsche Botschafter solle dabei aber „vertraulich“ vorgehen, da das Deutsche Reich offiziell „keinesfalls [eine] Proposition formuliren oder eine Initiative ergreifen“ wolle.[609] Saurma selbst sah in der daraufhin erfolgten gemeinsamen Empfehlung der Botschafter jedenfalls tatsächlich das Ergebnis seiner Bemühungen. Am 3. Juli 1896 meldete er zufrieden an Reichskanzler Hohenlohe: „Französische, englische und österreichisch-ungarische Regierung haben bereits den von Euerer Durchlaucht angeregten Druck auf griechische Regierung ausgeübt.“[610] Sollte es tatsächlich der Wunsch der deutschen Regierung gewesen sein, durch den Umweg ihrer Initiative über die Botschafter in Konstantinopel deren Ursprung in Berlin zu verschleiern, so erwies sich die Aktionsfreudigkeit Gołuchowskis in diesem Zusammenhang als besonders nützlich. Der österreichisch-ungarische Außenminister verstand die Empfehlung der Botschafter nämlich als bloßen Hinweis, den er übernehmen und als seine eigene Initiative auf Kabinettsebene bei den übrigen Großmächten durchsetzen müsse. Am 2. Juli 1896 telegrafierte er an Botschafter Calice, dass er nunmehr eine entsprechende ministerielle Initiative gestartet habe:

---

[606] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 2, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 29B.
[607] Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Therapia 1896 Juli 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212 Nr. 99; abgedruckt in: GP XII/1, 166.
[608] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 4, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 87
[609] Telegramm Szögyénys an Gołuchowski, Berlin 1896 Juni 26, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 101.
[610] Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Therapia 1896 Juli 3, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212 Nr. 102; abgedruckt in: GP XII/1, 171.

„Ein übereinstimmendes Vorgehen der Botschafter […] halte ich für sehr zweckmäßig. Ich wende mich heute an die Cabinete von Petersburg, London, Paris, Berlin und Rom, um dieselben nebst der Aktion der Consuln in Creta zu entsprechender Einwirkung durch ihre Gesandten in Athen zu bestimmen, damit die königliche Regierung jede Unterstützung der cretensischen Bewegung seitens der griechischen Comités verhindere und die Pacificationsbestrebungen der Mächte aufrichtig fördere."[611]

Salisbury und Hanotaux wiesen in ihrer Antwort auf Gołuchowskis Vorschlag darauf hin, dass es der griechischen Regierung vermutlich in der Praxis kaum möglich sein werde, etwas gegen die privat organisierten Waffenlieferungen nach Kreta zu unternehmen, und Lobanov unterstrich die Notwendigkeit, auf die Stellung des griechischen Königshauses gegenüber der griechischen Öffentlichkeit Rücksicht zu nehmen. Dennoch einigten sich die Regierungen der Großmächte diesmal schon innerhalb weniger Tage darauf, ihre Vertreter in Athen mit der Ausarbeitung einer gemeinsamen Ermahnung an die griechische Regierung zu beauftragen.[612] Wenig überraschend war auch die deutsche Regierung diesmal bedingungslos mit der eigentlich von ihr selbst lancierten Initiative einverstanden.[613] Die Tatsache, dass ausgerechnet der österreichisch-ungarische Geschäftsträger in Athen erst Instruktionen erhielt, nachdem er gesondert nachgefragt hatte, ob er sich dem Kollektivschritt seiner bereits entsprechend instruierten Kollegen anschließen dürfe, deutet darauf hin, dass auch Gołuchowski von der raschen Annahme „seines" Vorschlages überrascht wurde.[614]

Aus der Berichterstattung der diplomatischen Vertreter der Großmächte in Athen geht hervor, dass sie im Umgang mit dem ihnen von den jeweiligen Regierungen überlassenen Handlungsspielraum und bei der Findung eines gemeinsamen Nenners zwischen ihren unterschiedlich weitgehenden Instruktionen weniger geübt waren als die Botschafter in Konstantinopel. Letztlich gelang aber am 6. Juli 1896 die Vereinbarung eines einheitlichen Wortlauts. Die griechische Regierung wurde darüber informiert, dass den Großmächten die Durchsetzung „notwendiger Reformen" auf Kreta gelungen sei, und dass die kretischen Rebellen bei weiterer Fortführung des Aufstandes die Sympathien „Europas" verspielen würden. Die griechische Regierung wurde von den Großmächten aufgefordert, die materielle Unterstützung und „gefährliche Ermutigung" der Rebellen einzustellen und ihren Einfluss bei den kretischen

[611] Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1896 Juli 2, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 36.
[612] Telegramm Wolkensteins an Gołuchowski, Paris 1896 Juli 2, HHStA Wien, PA XII/278 ohne Nummer; Telegramm Liechtensteins an Gołuchowski, St Petersburg 1896 Juli 3/ Juni 21, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 47; Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1896 Juli 3, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 38; Telegramm Szögyénys an Gołuchowski, Berlin 1896 Juli 3, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 104; Telegramm Szögyénys an Gołuchowski, Berlin 1896 Juli 4, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 106.
[613] Telegramm Szögyénys an Gołuchowski, Berlin 1896 Juli 3, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 104; Telegramm Szögyénys an Gołuchowski, Berlin 1896 Juli 4, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 106.
[614] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 5, 32; vgl. Telegramm Gołuchowskis an Széchényi, Wien 1896 Juli 6, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 18.

ChristInnen geltend zu machen, um diese zur Annahme der osmanischen Konzessionen zu bewegen.[615]

Premierminister Diliyiannis ließ dem diplomatischen Korps der Großmächte daraufhin lediglich antworten, dass er ohnehin einige mit den kretischen Rebellen sympathisierende Beamte aus den Ministerien entfernt habe, ansonsten aber nichts gegen den Transport privater Waffenlieferungen und kretischer Freiwilliger auf die Insel unternehmen könne. Für die drohende Eskalation auf Kreta wiesen er und Außenminister Aleksandros Skouzes jegliche Verantwortung von sich, die sie stattdessen dem Osmanischen Reich und der Diplomatie der Großmächte zuschrieben. Diese hätten den kretischen Rebellen zu spät zu wenig weitgehende Zugeständnisse gemacht.[616] Der einzige „Erfolg" der Initiative gelang in einem Punkt, der eigentlich in letzter Minute aus der gemeinsamen Erklärung der Großmächte in Athen gestrichen worden war. Die *Epitropi* rief nämlich wie von den Großmächten gewünscht die nach Griechenland geflohenen kretischen Abgeordneten zur Beteiligung an der neu einberufenen Generalversammlung in Canea auf, was der griechische Regierungschef gegenüber den Großmächten sogleich als herausragende Leistung seiner Regierung darstellte.[617] Interessanterweise bedienten sich die kretischen Rebellen und die griechische Regierung in ihrer Kritik der durch internationalen Druck erzwungenen osmanischen Konzessionen für Kreta desselben Arguments, mit dem schon Sultan Abdülhamit II. erfolglos gegen das Konzept der Botschafter aufgetreten war. Beide Konfliktparteien wiesen nämlich auf den Widerspruch zwischen der Reaktivierung des Pakts von Halepa und der Einberufung der Generalversammlung zur Neuverhandlung des gerade reaktivierten Pakts hin.[618]

Eine erste gemeinsame „Ermahnung" der Großmächte an die griechische Regierung zu „korrektem Verhalten" in der Kretakrise war somit zwar weitgehend konfliktfrei zustande gekommen, jedoch auch weitgehend folgenlos geblieben. Eine darüber hinausgehende Einigung der Großmächte und ihrer diplomatischen Vertreter in Konstantinopel oder Athen über gemeinsamen Druck auf die griechische Regierung war nicht zu erreichen. Bereits am 4. Juli 1896 hatte der deutsche Reichskanzler Hohenlohe Gołuchowski offenbar ungefragt ausrichten lassen, angesichts der zu erwartenden Kooperationsbereitschaft Griechenlands werde es sicher nicht notwendig werden, eine kollektive Flottendemonstration der Großmächte vor dem Ha-

[615] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 6, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 34; Telegramm Plessens an Auswärtiges Amt, Athen 1896 Juli 7, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 37, R12213 Nr. 27; abgedruckt in: GP XII/1, 175–177; Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 9, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 32A.
[616] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 6, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 34; Telegramm Plessens an Auswärtiges Amt, Athen 1896 Juli 7, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 37, R12213 Nr. 27; abgedruckt in: GP XII/1, 175–177; Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 9, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 32A.
[617] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 7, 89; Kdo. SMS „Maria Theresia" an Marinesektion, Canea 1896 Juli 7; Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 9, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 32A.
[618] Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 9, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 32B.

fen von Piräus zu organisieren. Es ist unklar, ob dieser Feststellung eine entsprechende Anfrage Gołuchowskis vorausgegangen war, oder ob Hohenlohe dem österreichisch-ungarischen Außenminister damit diesen Gedanken überhaupt erst in den Kopf setzte.[619] Jedenfalls war bereits zwei Tage später der österreichisch-ungarische Botschafter in London beauftragt, beim britischen Premierminister dessen Haltung zu einer möglichen Blockade von Piräus zu sondieren. Salisbury stellte klar, dass eine solche Blockade seiner Meinung nach gegenüber der britischen Öffentlichkeit nicht durchsetzbar sei und warnte Gołuchowski davor, die Einigkeit der Großmächte nicht durch Vorschläge zu gefährden, die für manche Regierungen schlichtweg unannehmbar seien.[620] Am 9. Juli 1896 wurde außerdem – diesmal eindeutig auf deutsche Initiative – erstmals der Gedanke einer Blockade Kretas durch die Seestreitkräfte der Großmächte diskutiert.[621]

Am 13. Juli 1896 demonstrierte die griechische Regierung ihre negative Einstellung zu dem von den Botschaftern der Großmächte in Konstantinopel ausgehandelten Kompromiss für Kreta, indem sie letzteren ausrichten ließ, bezüglich einer Reaktivierung des Pakts von Halepa durch die Generalversammlung sei derzeit „jede Discussion unnütz".[622] Schließlich verfügten ja gemäß den Bestimmungen von Halepa die muslimischen Abgeordneten in der Generalversammlung über eine garantierte Sperrminorität von mehr als einem Drittel der Sitze, um ihre völlige Marginalisierung durch eine der Bevölkerungszusammensetzung entsprechende Zweidrittelmehrheit der christlichen Abgeordneten zu verhindern.[623] Die griechische Regierung postulierte nun die Blockade jeglicher Reformbestrebungen der christlichen durch die muslimischen Abgeordneten. Sie forderte daher gemeinsam mit den christlichen Abgeordneten, die Osmanische Regierung solle die Umsetzung der Forderungen der Rebellen nun doch unabhängig vom Beschluss der Generalversammlung garantieren.[624] Auch der Griechenland sonst sehr freundlich gegenüberstehende Konsul Pinter beschwerte sich diesmal über diese aus Sicht der Großmächte unerfreuliche Zusammenarbeit der griechischen Regierung mit den christlichen Abgeordneten der kretischen Generalversammlung. Er stellte in diesem Zusammenhang fest, „daß das Maß der Forderungen doch nur von der Haltung des griechischen General-Consuls abhängig gemacht werde".[625] Aus Athen trafen inzwischen Meldungen ein, dass im Hafen von Piräus immer ungenierter Waffen und Munition für die kretischen

[619] Szögyény an Gołuchowski, Berlin 1896 Juli 4, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 22B.
[620] Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1896 Juli 6, HHStA Wien, PA XII/278 ohne Nummer; Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1896 Juli 7, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 40.
[621] Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 9, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 32A.
[622] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 13, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 38.
[623] Dülffer, Kreta-Krise, 26; Verosta, Kollektivaktionen, 35.
[624] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 13, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 38.
[625] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 Juli 10, HHStA Wien, PA XII/278 ohne Nummer.

Rebellen verladen wurden, während der griechische König selbst öffentlichkeitswirksam 50.000 Drachmen für „hilfsbedürftige Kretenser Flüchtlinge“ spendete.[626]

Botschafter Calice bestätigte seinerseits, dass die gegen die Sperrminorität der muslimischen Abgeordneten gerichtete Forderung der christlichen Abgeordneten der kretischen Generalversammlung auf Anregungen „von griechischer Seite“ zurückging, jedenfalls aber „ein Verlassen des legalen Bodens“ bedeuten würden. Eine Garantie über das von der Generalversammlung zu verabschiedende Programm auch ohne Mehrheitsbeschluss würde die Wiedereinberufung der Generalversammlung, die so mühevoll erkämpft worden sei, *ad absurdum* führen und sei daher abzulehnen.[627] Calice konnte auch seine Kollegen von dieser Ansicht überzeugen und die Botschafterkonferenz gab eine entsprechende gemeinsame Erklärung ab.[628] Die Botschafter leiteten auch ohne besondere Rückfrage bei ihren Regierungen entsprechende Weisungen an die ihnen unterstehenden Konsuln auf Kreta weiter, ersuchten allerdings ihre Regierungen, die Initiative durch neue Ermahnungen an die griechische Regierung zu unterstützen.[629] Besonders Botschafter Calice betonte gegenüber seinem Außenminister, „dass die unverbrüchliche Aufrechthaltung des Programmes der Mächte und eine feste Sprache […] gegen die Pforte, die Cretenser und die griechische Regierung, die einzige Methode ist, von welcher man sich noch einen Erfolg versprechen kann“.[630]

An ebendieser Unterstützung der Tätigkeit der Botschafter in Konstantinopel durch ein einmütiges Agieren der Regierungen der Großmächte und ihrer Vertreter in Athen mangelte es jedoch. Ein neuer Anlauf der diplomatischen Vertreter der Großmächte in Athen zu einer gemeinsamen Erklärung geriet zur peinlichen Farce. Dies lag nicht zuletzt an den Verzögerungen durch die umständliche telegrafische Kommunikation zwischen den Regierungen der Großmächte, den Botschaftern in Konstantinopel, den diplomatischen Vertretern in Athen und den Konsuln auf Kreta. Gołuchowski beantwortete die am 16. Juli 1896 vorgebrachte Bitte Calices um eine Intervention in Athen zur Ermahnung an den griechischen Generalkonsul in Kreta noch am selben Tag positiv mit dem Hinweis, Geschäftsträger Széchényi sei zu einem entsprechenden Vorgehen ermächtigt.[631] Széchényi hielt die entsprechende Ermächtigung jedoch noch nicht in Händen, als der deutsche Gesandte Ludwig Baron Plessen gemeinsam mit dem russischen Geschäftsträger eine entsprechende Initiative einleiten wollte, der sich die

[626] Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 33B.
[627] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 31B.
[628] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 31C; vgl.Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 96.
[629] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 96; Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1896 Juli 16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 40.
[630] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 31B.
[631] Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1896 Juli 16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 40.

übrigen Vertreter der Großmächte in Athen mangels Instruktionen noch nicht anschließen konnten. Diese Initiative hatte ihren Ursprung darin, dass die deutsche Regierung und Kaiser Wilhelm II. die Kretakrise zu diesem Zeitpunkt vor allem als nützliche Gelegenheit betrachteten, um die Einigkeit der „Kontinentalmächte", insbesondere des Russischen und Deutschen Reichs gegenüber dem misstrauisch beäugten Großbritannien zu demonstrieren.[632] Als Széchényi seine Instruktionen erhielt, waren der deutsche und der russische Vertreter bereits separat mit einer Ermahnung an die griechische Regierung vorgeprescht, was Széchényi zur generellen Bitte veranlasste, in Zukunft schneller und besser informiert zu werden.[633] Da das Konsulat auf Kreta seine Berichte nämlich nur an das Außenministerium in Wien und die Botschaft in Konstantinopel verschickte, fand er sich ebenso wie sein deutscher Kollege oft in der Situation, Informationen über Kreta nur aus griechischen oder britischen Quellen beziehen zu können.[634] Der französische Gesandte hatte sich unterdessen der deutsch-russischen Beschwerde bei Außenminister Skouzes zwar nicht angeschlossen, stattdessen aber seine eigene, parallele Initiative in dieselbe Richtung gestartet, der sich wiederum keiner der übrigen Kollegen angeschlossen hatte.[635] Széchényi blieb nach Erhalt seiner Instruktionen nur noch übrig, zu versuchen, die noch nicht aktiv gewordenen diplomatischen Vertreter Großbritanniens und Italiens zu einer dritten „gemeinsamen" Ermahnung an den griechischen Außenminister zu animieren. Er hoffte, dass die zwar nicht kollektiven aber doch recht ähnlichen Vorstöße der einzelnen Großmächte in Athen trotz allem als „kollektives Vorgehen" des Konzerts aufgefasst würden.[636]

Zu dieser Hoffnung bestand jedoch wenig Anlass. Immerhin hatten der deutsche Gesandte und der russische Geschäftsträger der Glaubwürdigkeit der Einmütigkeit des Konzerts gegenüber der griechischen Regierung in der Kretafrage bereits am 14. Juli 1896 vermutlich irreparablen Schaden zugefügt. Es gelang ihnen nämlich nicht einmal zu zweit, bei ihrem Empfang durch Außenminister Skouzes den Eindruck eines einvernehmlichen Vorgehens zu erwecken. Die beiden gerieten während ihrer Vorsprache beim griechischen Außenminister in Streit darüber, wer von ihnen zuerst die Idee zu diesem diplomatischen Vorstoß gehabt habe, und bezichtigten einander der Lüge, was wohl kaum den gewünschten Eindruck auf Skouzes gemacht haben dürfte.[637] Immerhin erzählte dieser Széchényi bei dessen darauffolgender Audienz genüsslich vom Streit der Gesandten, was den österreichisch-ungarischen Geschäftsträ-

[632] Loulos, Griechenlandpolitik, 39–48.
[633] Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 33C; Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 39.
[634] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 39.
[635] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 23, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 42.
[636] Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 23, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 35A–B.
[637] Ebda.

ger zum resignierten Resümee veranlasste: „Herr Skousés schien mir nicht wenig befriedigt über diesen Widerspruch […].“[638]

Eine tatsächlich gemeinsame Ermahnung der Vertreter der Großmächte in Athen an die griechische Regierung, die Vermittlung der Großmächte auf Kreta zu unterstützen und Generalkonsul Yennadis zur Ordnung zu rufen, kam auch in den folgenden Wochen nicht zustande.[639] Außenminister Skouzes beantwortete die Anfragen zur Haltung Griechenlands in der Kretafrage stets mit dem Hinweis darauf, daß die Verantwortung für die Entwicklung der Lage auf Kreta nunmehr bei den Großmächten und keinesfalls bei Griechenland liege. Sein selbstsicheres Auftreten weckte bei den einander stets misstrauenden Gesandten den Eindruck, eine der Großmächte könnte Griechenland heimlich Unterstützung versprochen haben.[640] Besonders detaillierte Verschwörungstheorien bildeten sich im Kopf des französischen Gesandten in Athen, der Széchényi gegenüber den Verdacht äußerte, die britische Regierung habe Griechenland die Annexion Kretas zugesagt, wenn sie im Gegenzug einen Flottenstützpunkt in der strategisch wichtigen Suda Bay östlich von Canea erhalte.[641] Széchényi dagegen schob die Schuld am Scheitern der Kollektivvorstöße der Großmächte in Athen in seiner Berichterstattung wenig einfallsreich dem russischen Geschäftsträger zu, der ihm zufolge heimlich auf eine griechische Annexion Kretas hinarbeite.[642]

Der griechische König Georgios I. setzte in Gesprächen mit den Vertretern der Großmächte ganz auf die antirevolutionäre Solidarität der übrigen Monarchen, indem er fortwährend betonte, er und seine Regierung müssten bei allem guten Willen auch gegenüber der nationalistischen Öffentlichkeit Griechenlands das Gesicht wahren. Dem britischen und dem russischen Gesandten gegenüber gab der König allerdings sein persönliches „Ehrenwort“ über das „correcte Vorgehen der griechischen Regierung“ gegenüber den Unruhen auf Kreta.[643]

Am 22. Juli 1896 vereinbarten die Botschafter der Großmächte in einer Reunion eine neuerliche, reichlich bemerkenswerte, gemeinsame Deklaration, die sich vor allem an ihre eigenen Regierungen richtete. Nach einer Zusammenfassung der Situation rund um die fortgesetzten Lieferungen griechischer Waffen und Freiwilliger an die kretischen Rebellen erklärten die Botschafter, dass ihre Vermittlungsbemühungen auf Kreta zum Scheitern verurteilt

[638] Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 23, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 35A–B.
[639] Ebda.; Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 24, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 36A–B; Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 28, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 47; Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 29, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 48; Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 31, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 37; vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 34; Zürrer, Nahostpolitik, 342.
[640] Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 24, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 36A–B.
[641] Ebda.
[642] Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 24, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 36A–B; Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 31, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 37.
[643] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 28, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 47; vgl. Telegramm Liechtensteins an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Juli 26/14, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 54.

seien, wenn ihre Regierungen der Ermutigung der Insurgenten durch das Königreich Griechenland kein Ende machen könnten. Die Botschafter stellten fest, dass in diesem Fall die Großmächte die Pflicht hätten, die Verantwortung für die Situation auf Kreta niederzulegen und dem Sultan die völlige Handlungsfreiheit im Umgang mit seiner rebellischen Provinz zurückzugeben. Es würde daher „nützlich" sein, die Athener Regierung zeitgerecht darauf hinzuweisen, dass die Verantwortung für die Konsequenzen ganz bei ihr läge, wenn sie die Friedensbemühungen „Europas" weiterhin behindere.[644] Diese Deklaration ist ein wertvolles Dokument des doch recht selbstbewussten Auftretens der Botschafterkonferenz von Konstantinopel. Diese fühlte sich in dieser Phase der Kretakrise als internationales Expertengremium offenbar berufen, nicht nur der Regierung des ihrem Selbstverständnis nach der Aufsicht „Europas" unterstehenden Osmanischen Reichs, sondern auch den Regierungen der Großmächte selbst Ratschläge zu erteilen. Die Deklaration zeigt aber auch, dass sich die Botschafter sehr wohl der Tatsache bewusst waren, dass sie als inoffizielles Kollektivorgan ohne eigene Exekutivgewalt völlig von der Unterstützung ihrer Initiativen durch ihre Regierungen abhängig waren. Dass sie sich diesen gegenüber nun so stark engagierten, lag wohl daran, dass man die Gefahr einer Ausweitung der Krise auf Mazedonien, ihrer Internationalisierung und möglichen Eskalation zum „Großen Krieg" um die Aufteilung des Osmanischen Reichs als zunehmend akut einschätzte. Schließlich wurde aus Mazedonien bereits der Grenzübertritt irregulärer „griechischer Banden" gemeldet, so dass Botschafter Calice nach Wien telegrafierte: „Leider halten wir die Verbreitung der Insurrection auf das Festland für wahrscheinlich."[645] Am 23. Juli 1896 folgte die Meldung, dass sogar schon Freischärler in griechischer Uniform auf der osmanischen Seite der Grenze gesichtet worden seien.[646]

An der Unfähigkeit oder am mangelnden Willen der Vertreter der Großmächte in Athen, eine wirksame, kollektive diplomatische Intervention gegenüber der griechischen Regierung zu organisieren, änderten jedoch weder die Deklaration der Botschafter noch die alarmierenden Nachrichten aus Mazedonien etwas. Gespräche zwischen den Vertretern der Großmächte in Athen über eine eigene gemeinsame Erklärung auf Basis der Deklaration der Botschafter von Konstantinopel verfingen sich an Streitigkeiten über den genauen Wortlaut

[644] Entsprechender Auszug aus dem französischen Original der Deklaration: „Dans ces conditions les représentants des puissances sont d'accord pour penser que leur action pacificatrice serait vouée à un échec certain si leurs gouvernements ne trouvent un moyen pour couper court aux ~ encouragements venus de la Grèce. Si la situation actuelle dure, puissances seront obligées de rendre au Sultan sa liberté d'action. Il serait utile de le dire à Athènes et de déclarer nettement que la responsabilité des conséquences ~ retombera sur ceux qui out entravé efforts de l'Europe pour le rétablissement de la paix." Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 22, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 102; Auszug abgedruckt in Verosta, Kollektivaktionen, 46f. Vgl. Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 Juli 22-23, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 293.

[645] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 22, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 102. Vgl. Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 22, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 101.

[646] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 23, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 32A.

und wurden durch den Mangel von Instruktionen durch einzelne Regierungen, ohne die die Diplomaten in Athen nicht handeln wollten, verzögert.[647] Wohl wissend um die Vorliebe seines Außenministers für den Gedanken kollektiver Flottenaktionen der Großmächte, setzte sich Botschafter Calice in seiner umfangreichen Berichterstattung zur Situation auf Kreta vom 23. Juli 1896 nun erneut mit dem Gedanken einer gemeinsamen Seeblockade der Großmächte gegen Griechenland auseinander. Er gestand ein, dass es neben der bereits Anfang Juli von Großbritannien und Italien abgelehnten Blockade des griechischen Festlandes auch noch die Möglichkeit einer Seeblockade der Insel Kreta ohne offizielle „Spitze" gegen das Königreich Griechenland gäbe.[648] Er fügte aber sogleich hinzu, dass er auch diese Variante für international kaum durchsetzbar hielt.[649] Jedes unbedachte Vorbringen von zum Scheitern verurteilten Vorschlägen verstärke zudem die Gefahr, dass sich die Vermittlungsaktion der Großmächte in einem ewigen „*circulus vitiosus*" festfahren würde. Die griechische Regierung schüre nämlich bei jeder an Uneinigkeit scheiternden Aktion der Mächte deren gegenseitiges Misstrauen und verbreite absichtlich den falschen Eindruck, sie rechne auf ihre heimliche Unterstützung durch eine oder mehrere Großmächte. Anstatt dieses gefährliche Spiel fortzuführen, schlug Calice vor, „der Pforte ihre Actionsfreiheit zu restituiren, und die Verantwortung für die Folgen denen zu überlassen, welche diesen Ausgang der friedlichen Action der Mächte verschulden".[650] Zuvor solle man jedoch noch die Reaktionen auf die gemeinsame Deklaration der Botschafter von Konstantinopel abwarten.[651]

Außenminister Gołuchowski hatte aus dem Bericht seines Botschafters offenbar nur herausgelesen, dass eine gemeinsame Blockade Kretas eine mögliche Alternative zur nicht durchsetzbaren Blockade des griechischen Festlands sei. Am 24. Juli 1896 rief er daher unter Berufung auf die Deklaration der Botschafter in einem mit Kaiser Franz Joseph I. akkordierten Rundschreiben die Regierungen aller Großmächte zu einer neuen, kollektiven Warnung der griechischen Regierung vor jeder weiteren Unterstützung des Aufstandes auf Kreta auf. Er regte darüber hinaus an, „eine von allen Mächten gemeinsam […] durchzuführende Blockade Kreta's ins Auge zu fassen" und der griechischen Regierung in einer eigenen Kollektivnote

---

[647] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 28, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 47; Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 29, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 48; Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 31, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 37; vgl.Verosta, Kollektivaktionen, 46f.

[648] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 23, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 32A; Zur bereits bei ersten Sondierungen Österreich-Ungarns Anfang Juli 1896 klargewordenen Ablehnung einer Seeblockade Griechenlands durch Großbritannien und Italien vgl. Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1896 Juli 6, HHStA Wien, PA XII/278 ohne Nummer; Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1896 Juli 7, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 40; Pasetti an Gołuchowski, Rom 1896 Juli 11, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 49C.

[649] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 23, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 32A.

[650] Ebda.

[651] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 23, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 32B.

damit zu drohen.[652] Die Hoffnung Gołuchowskis auf eine allgemeine, einstimmige Beteiligung aller Großmächte an dieser Aktion beruhte offenbar vor allem auf einem privaten Gespräch mit seinem Freund Petr Alekseevič Kapnist, dem russischen Botschafter in Wien. Sie beruhte außerdem auf der Tatsache, dass die deutsche Regierung bereits Anfang Juli 1896 Gedankenspiele zu einer Blockade Kretas betrieben hatte, und auf der Überzeugung, dass ein gemeinsames Vorgehen Österreich-Ungarns, Russlands und Deutschlands die übrigen Großmächte gewissermaßen „mitreißen" würde.[653]

Was die Haltung Russlands betraf, schienen sich die Hoffnungen Gołuchowskis zu erfüllen. Außenminister Lobanov, der bereits vorab von Kapnist über den Vorstoß informiert worden war, ließ seinem österreichisch-ungarischen Kollegen bereits am 25. Juli 1896 ausrichten, dass er der Blockade mit großer Freude zustimmen werde. Allerdings müsse diese vom Souverän Kretas, Sultan Abdülhamit II., offiziell beantragt werde, für die Schiffe aller Staaten gelten und von den Regierungen aller Großmächte gemeinsam beschlossen werden.[654] Es folgte ein freundlicher Austausch diplomatischer Noten zwischen Gołuchowski und Lobanov, in denen beide einander fortwährend ihre völlige Übereinstimmung versicherten und Lobanov versprach, die französische Regierung zur Zustimmung bewegen zu wollen.[655] Lobanov erklärte sogar, Russland könnte die Blockade Kretas gemeinsam mit Österreich-Ungarn notfalls auch ohne Großbritannien umsetzen.[656]

Tatsächlich war für den britischen Premierminister Lord Salisbury die Stimmung der seit den Massakern an den ArmenierInnen klar gegen den „blutigen Sultan" Abdülhamit II. eingenommenen britischen Öffentlichkeit der bestimmende politische Faktor. Er erachtete eine Beteiligung britischer Kriegsschiffe an einer Blockade Kretas für unmöglich, da er eine solche einseitige Parteinahme gegen die kretischen Rebellen innenpolitisch nicht rechtfertigen könne.[657] Der österreichisch-ungarische Botschafter in London, Deym, hatte den Widerstand Salisburys bereits erwartet und den Vorschlag Gołuchowskis mit dem eigenmächtig beigefügten Zusatz versehen, auch eine unvollständige Blockade Kretas mit nur wenigen Schiffen

---

[652] Telegramme Gołuchowskis an Liechtenstein, Wolkenstein, Deym, Vélics, Merey, Wien 1896 Juli 24, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 41, 30, 19, 39, 34; Auszug abgedruckt in Verosta, Kollektivaktionen, 47f.; vgl. zu dieser Initiative Dülffer, Kreta-Krise, 34; Verosta, Kollektivaktionen, 47–54; Zürrer, Nahostpolitik, 342f.
[653] Telegramm Gołuchowskis an Liechtenstein, Wien 1896 Juli 24, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 41.
[654] Telegramm Lobanovs an Kapnist, St. Petersburg 1896 Juli 25, HHStA Wien, PA XII/278 Abschrift.
[655] Telegramm Liechtensteins an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Juli 26/14, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 54; Liechtenstein an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Juli 28/16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 52; Telegramm Gołuchowskis an Liechtenstein, Wien 1896 Juli 28, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 42; Auszug abgedruckt in Verosta, Kollektivaktionen, 48f.
[656] Telegramm Liechtensteins an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Juli 30/18, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 56; Liechtenstein an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Juli 30/18, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 54.
[657] Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1896 Juli 26, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 45; Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1896 Juli 27, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 46; Deym an Gołuchowski, London 1896 Juli 28, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 28.

würde wenigstens „moralische“ Wirkung haben.[658] Salisbury äußerte sich dennoch bereits am 26. Juli 1896 tendenziell negativ zur Blockade, erbat sich aber noch weitere Bedenkzeit.[659] Am folgenden Tag erklärte er, einer gemeinsamen Erklärung der Großmächte in Athen zuzustimmen, sofern der Passus mit der Drohung, dem Sultan auf Kreta „freie Hand“ zu gewähren, abgeändert werde. Gleichzeitig stellte er jedoch fest, dass er den als Parteinahme für Sultan Abdülhamit II. interpretierbaren Schritt einer Blockade Kretas aus innenpolitischen Gründen ablehnen müsse, auch wenn er ihn persönlich für sinnvoll halte.[660] Der Entschluss Salisburys stand somit fest und die hartnäckigen Versuche Gołuchowskis, den britischen Premierminister doch noch von einer Maßnahme zu überzeugen, deren Sinnhaftigkeit er privat ohnehin zugab, waren sinnlos.[661]

Die größte Enttäuschung für Gołuchowski war aber wohl das Ausbleiben der Unterstützung des Blockadevorschlags durch dessen eigentlichen Urheber, den vermeintlich verlässlichsten Verbündeten Österreich-Ungarns, das Deutsche Reich. Der Vorschlag des österreichisch-ungarischen Außenministers hatte am 25. Juli 1896 tatsächlich zuerst eine durchaus positive Reaktion der deutschen Regierung hervorgerufen, die in Abwesenheit des in Altaussee urlaubenden Reichskanzlers Hohenlohe und des sich in Norwegen befindenden Kaisers Wilhelm II. durch Staatssekretär Marschall und den stellvertretenden Staatssekretär Wolfram Freiherr Rotenhan vertreten wurde. Rotenhan schloss anders als bei der Stationärsfrage des Vorjahres diesmal auch die aktive Beteiligung eines deutschen Kriegsschiffes nicht aus und glaubte jedenfalls die ausdrückliche Freude des Reichskanzlers und des Kaisers über den Vorschlag vorwegnehmen zu dürfen.[662] Nach Rückfrage der Staatssekretäre bei Hohenlohe und Wilhelm II. stellte sich die Situation jedoch schnell anders dar, da Wilhelm II. zwar seine „prinzipielle“ Zustimmung zu Gołuchowskis Vorschlag bestätigte, die Entsendung eines deutschen Schiffes aber kategorisch ausschloss.[663] Marschall und Rotenhan bemühten sich redlich darum, ihren Kaiser zur Beteiligung an der Blockade zu überreden und exponierten sich mit einem direkten Appell zur Entsendung der Kreuzerkorvette SMS „Gefion“.[664] Letztlich blieb aber den Staatssekretären des Auswärtigen Amts nichts übrig, als Gołuchowski auszurichten,

---

[658] Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1896 Juli 25, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 44.
[659] Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1896 Juli 26, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 45.
[660] Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1896 Juli 27, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 46.
[661] Telegramm Gołuchowskis an Deym, Wien 1896 Juli 28, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 20; Auszug abgedruckt in Verosta, Kollektivaktionen, 49f.
[662] Telegramm Vélics an Gołuchowski, Berlin 1896 Juli 25, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 116.
[663] Telegramm Kiderlens an Auswärtiges Amt, Bergen 1896 Juli 28, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 40, R12216 Nr. 46; abgedruckt in: GP XII/1, 187; vgl. Rotenhan an Hohenlohe, Berlin 1896 Juli 25, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 39, R12215; Telegramm Hohenlohes an Auswärtiges Amt, Alt Aussee 1896 Juli 26, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 39, R12215 Nr. 14; Telegramm Kiderlens an Auswärtiges Amt, Bergen 1896 Juli 28, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 39, R12215 Nr. 46; abgedruckt in: GP XII/1, 187.
[664] Rotenhan und Marschall an Kiderlen, Berlin 1896 Juli 29, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 40, R12216.

dass das Deutsche Reich seinen Vorschlag zwar „moralisch“ unterstütze, sich jedoch wie schon im Vorjahr auch diesmal „aus marinetechnischen Gründen“ an keiner Flottenaktion beteiligen könne.[665] Der deutsche Gegenvorschlag einer allgemeinen Mandatserteilung an eine einzelne Großmacht zur stellvertretenden Blockade im Namen des gesamten Konzerts widersprach Gołuchowskis Grundbedürfnis der verbindlichen Teilnahme aller Mächte an einer echten Kollektivaktion ebenso wie der russische Vorschlag, die Blockade einfach ohne Zustimmung Großbritanniens durchzuführen.[666]

Inzwischen hatte offenbar auch Sultan Abdülhamit II. alle Details über die laufenden Verhandlungen zwischen den Großmächten erfahren. Er beauftragte den Großwesir und den osmanischen Außenministers mit einer „Danksagung“ an die Botschafter in Konstantinopel für den geplanten Druck auf Griechenland. Darin ließ er besonders die Notwendigkeit betonen, der griechischen Regierung mit der Erteilung völliger Handlungsfreiheit an den Sultan zu drohen. Diese osmanische „Danksagung“ war perfekt dazu geeignet, die Ängste des britischen Premierministers Salisbury bezüglich der öffentlichen Wahrnehmung des Kollektivschritts zu schüren. Dass der betreffende Bericht des britischen Geschäftsträgers aus Konstantinopel vom 27. Juli 1896 einen entsprechend starken Eindruck machte, ist unter anderem daraus ersichtlich, dass er prompt an Königin Victoria I. persönlich weitergeleitet wurde.[667]

Gołuchowskis Blockadevorschlag erwies sich somit Ende Juli 1896 als noch undurchführbarer als alle zuvor gescheiterten Initiativen für einen gemeinsamen Druck der Großmächte auf Griechenland. Botschafter Calice kritisierte die allzu ambitionierte Aktion seines Außenministers bemerkenswert offen in einem Bericht vom 30. Juli 1896, indem er ähnlich wie Salisbury auf die stets zerbrechliche Natur der Einmütigkeit der Großmächte in der Kretafrage hinwies. Er stellte fest, „dass […] politische Sonderstandpunkte […] unsere Entente doch mehr zu einer scheinbaren als wirklichen machen, und dass dieselbe daher die Kraftprobe der That schwer aushalten dürfte“.[668]

Der nicht zustande gekommene Druck auf die griechische Regierung war jedoch nur ein Teil des Maßnahmenprogramms der Botschafter der Großmächte in Konstantinopel, die ihren Regierungen nach der Erarbeitung des Vier-Punkte-Programms zu dessen Umsetzung ja die Ausübung von Druck auf *alle* Konfliktparteien der Kretakrise empfohlen hatten. Anders als der Druck auf die griechische Regierung fielen entsprechende Bemühungen, die osmani-

[665] Telegramm Vélics an Gołuchowski, Berlin 1896 Juli 26, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 117. Vgl. Rotenhan an Hohenlohe, Berlin 1896 Juli 25, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 39, R12215.
[666] Telegramm Vélics an Gołuchowski, Berlin 1896 Juli 26, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 117; Telegramm Liechtensteins an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Juli 30/18, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 56; Liechtenstein an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Juli 30/18, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 54.
[667] Herbert an Salisbury, Therapia 1896 Juli 27, TNA PRO London, FO78/4711 Nr. 595.
[668] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 30, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 33A.

schen Behörden zu deeskalierendem Verhalten gegenüber den kretischen Rebellen anzuhalten, in den unmittelbaren Zuständigkeitsbereich der Botschafter in Konstantinopel.

Bereits am 3. Juli 1896, als die Pforte mit Berovich Paşa auf Druck der Großmächte einen neuen, christlichen Zivilgouverneur für Kreta ernannte, hatte der dortige britische Konsul Biliotti seine Regierung auf die Problematik hingewiesen, dass Berovich mit seinem dem Militärdienstgrad eines Divisionärs entsprechenden zivilen Rang eindeutig rangniedriger sei als der auf der Insel verbleibende Militärkommandant Abdullah Paşa. Letzterer bekleidete nämlich den gewöhnlich mit „Marschall" übersetzten Rang eines *Müşir* und hatte damit Biliotti zufolge kaum einen Grund, sich einem rangniedrigeren, noch dazu christlichen Zivilisten unterzuordnen. Tatsächlich hatte Abdullah Paşa bereits bei der Ankunft von Berovich Paşa auf Kreta diesem das einem *Vali* zukommende Zeremoniell verweigert und damit seine Missachtung der Autorität des Zivilgouverneurs ausgedrückt.[669] Biliotti schlug daher vor, man solle den kretischen Militärgouverneur absetzen und die auf Kreta stationierten osmanischen Truppen direkt Berovich Paşa unterstellen, was dem Vorbild der Sonderrechte entsprach, die der Zivilgouverneur der autonomen Provinz Libanon besaß.[670] Die britische Botschaft in Konstantinopel, die Biliotti als Levantiner, Außenseiter und Liebling des Premierministers ohnehin wenig Zuneigung entgegenbrachte, wies diesen Vorschlag allerdings mit dem Hinweis darauf zurück, dass der Libanon über einen zivilen Gouverneur im Marschallsrang verfüge, was dessen gleichzeitiges Militärkommando möglich mache. Eine solche Doppelfunktion dem rangniederen Berovich Paşa zu übertragen sei dagegen völlig undenkbar.[671] Die bewusste Einsetzung zweier mit einander konkurrierender Amtsträger mit unklar abgegrenzten Befugnissen war übrigens ein weit verbreitetes administratives Grundprinzip im Reich Sultan Abdülhamits II., das die gegenseitige Überwachung der Amtsträger und deren bedingungslose Loyalität zur Zentralmacht zum Ziel hatte.[672]

In den ersten zwei Wochen der Amtszeit Berovich Paşas als *Vali* von Kreta kam es zu einigen Vorfällen, die Biliottis Befürchtungen über mögliche negative Folgen des Rangunterschieds zwischen Zivilgouverneur und Militärkommandant bestätigten. Abdullah Paşa wollte „seinen" Kampf gegen den Aufstand nicht einfach aufgeben und führte ohne Wissen des *Vali* eigenmächtige, noch dazu erfolglose Militäroffensiven gegen die weiterhin im Hinterland verschanzten Rebellen durch. Dies heizte die ohnehin angespannte Stimmung zwischen den

[669] Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juli 3, TNA PRO London, FO78/4636 Nr. 46. Vgl. Herbert an Salisbury, Therapia 1896 Juli 14, TNA PRO London, FO78/4711 Nr. 560.
[670] Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juli 3, TNA PRO London, FO78/4636 Nr. 46.
[671] Herbert an Salisbury, Therapia 1896 Juli 14, TNA PRO London, FO78/4711 Nr. 560. Zum gespannten Dreiecksverhältnis zwischen Konsul Biliotti, der britischen Botschaft in Konstantinopel und Premierminister Salisbury vgl. Barchard, Servant, 22f.
[672] Vgl. Shaw – Shaw, Reform, 218f.

christlichen und muslimischen Bevölkerungsgruppen der Insel weiter auf. Nachrichten über tatsächlich stattgefundene Kämpfe wurden teils aufgebauscht und Gerüchte über brennende Dörfer begannen zu zirkulieren. Die christlichen Abgeordneten der Generalversammlung machten die muslimischen Abgeordneten für die Angriffe verantwortlich und vermuteten eine gezielte Politik der Einschüchterung im Vorfeld der Neuverhandlung des Pakts von Halepa.[673] Das selbstständige Handeln Abdullah Paşas gefährdete somit die Erfolgsaussichten dieser so wichtigen Verhandlungen. Die christlichen Abgeordneten standen ohnehin bereits unter massivem Druck griechischer Nationalisten und Annexionisten, der sich durch die fortgesetzten Kämpfe und Provokationen wie die überraschend auf Türkisch gehaltene Ansprache des Militärgouverneurs zur Eröffnung der Generalversammlung laufend erhöhte.[674] Berovich Paşa selbst beschwerte sich gegenüber den Konsuln der Großmächte darüber, dass ihn das eigenmächtige Vorgehen des Militärkommandanten bei der Arbeit behindere und die Umsetzung des Vier-Punkte-Programms gefährde.[675]

Für die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel war dies Anlass genug, wieder einmal ohne spezifische Anweisungen ihrer Regierungen aktiv zu werden. Am 14. Juli 1896 meldete Calice, die Botschafter hätten eine Reunion abgehalten und beschlossen, in der Sache kollektiv bei der osmanischen Regierung vorzusprechen.[676] Calice verschwieg dabei nicht, dass bei den Botschaftern nach mittlerweile zwei Monaten ständiger Vermittlungstätigkeit zwischen den christlichen kretischen Abgeordneten, den osmanischen Behörden und den einander fortwährend misstrauenden Regierungen der Großmächte gewisse Ermüdungserscheinungen aufgetreten seien.[677] Dessen ungeachtet verabschiedeten die Botschafter am 16. Juli 1896 ihre fertig ausgehandelte Kollektivnote an die osmanische Regierung mit der Forderung nach Abberufung Abdullah Paşas und Ernennung eines rangniedrigeren Militärkommandanten für Kreta.[678] In bereits bewährter Weise ergänzten die Botschafter ihre offizielle Note durch persönliche Vorsprachen und Interventionen bei verschiedenen Beratern und Günstlin-

[673] Telegramme Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 14, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 92, 93; Herbert an Salisbury, Therapia 1896 Juli 14, TNA PRO London, FO78/4711 Nr. 560; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 31B.
[674] Ebda.
[675] Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Therapia 1896 Juli 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 38, R12214 Nr. 116.
[676] Telegramme Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 14, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 94.
[677] „In unserem eigenen Kreise sind stets von Neuem eine gewisse Mattigkeit und ein durch die bereits ziemlich verworrene und durch stets neue Incidenzfälle verschärfte Situation hervorgerufener Pessimismus zu überwinden." Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 31C.
[678] Originalwortlaut des Beschlusses auf französisch: „En présence des nouvelles alarmantes venues de la Crète représentants des Grandes Puissances déclarent que le principal obstacle de la pacification est la prépondérance donnée à l'autorité militaire sur l'autorité civile. Ils considèrent qu'il y a lieu de confier commandement à un officier d'un grade moins élevé que celui d'Abdullah Pacha et de lui prescrire absolument de rester sur la défensive conformément aux engagements pris par la Porte. " Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 16, 97.

gen Sultan Abdülhamits II.[679] Im Bewusstsein der mangelnden eigenen Exekutivgewalt ersuchte Calice darüber hinaus am 16. Juli 1896 ausdrücklich Außenminister Gołuchowski, sich für einen die Botschafter unterstützenden Kollektivschritt der Regierungen der Großmächte einzusetzen.[680]

Gołuchowski kam diesem Wunsch Calices nur zu gerne nach. Noch am selben Tag zitierte er den osmanischen Botschafter in Wien zu sich und eröffnete ihm in nahezu völlig der Note der Botschafter entsprechendem Wortlaut, dass das „Übergewicht" des Militärkommandanten gegenüber dem Zivilgouverneur einer Beruhigung der Lage auf Kreta im Wege stehe und es daher notwendig sei, ersteren durch einen rangniedrigeren Offizier zu ersetzen. Ebenfalls noch am 16. Juli 1896 schickte er ein Rundtelegramm an die Regierungen aller Großmächte, um sie zu entsprechenden Schritten aufzufordern.[681] Er verbsäumte es aber, Calice über diese Maßnahmen zu informieren, so wie dieser ihn umgekehrt nicht darüber informiert hatte, dass auch die übrigen Botschafter ihre Regierungen bereits um Unterstützung gebeten hatten. In der Folge kam es zu heilloser Verwirrung zwischen den Regierungen der verschiedenen Großmächte und ihren Vertretern über die Frage, wer denn nun wo eine Initiative eingeleitet und wer sich ihr bloß angeschlossen hatte. Lediglich die deutsche und die italienische Regierung sahen in dem Schritt eine Initiative Gołuchowskis, der sie sich durch entsprechende Ermahnungen an den jeweiligen osmanischen Botschafter anschließen wollten.[682] Der russische Außenminister Lobanov dagegen unterbrach Botschafter Liechtenstein, als dieser ihm den Auftrag Gołuchowskis vortragen wollte, und erklärte, dass sowohl er als auch die französische Regierung bereits auf Anregung der Botschafter in Konstantinopel die osmanischen Botschafter in St. Petersburg und Paris zur Abberufung Abdullah Paşas aufgerufen hätten.[683] Der französische Botschafter in St. Petersburg nahm dies zum Anlass, freudig zu konstatieren, dass durch den Anschluss Österreich-Ungarns an die Initiative Frankreichs und Russlands die übrigen Großmächte gar nichts anderes tun könnten, als sich ebenfalls anzuschließen.[684] Auch der britische Premierminister Salisbury ließ Gołuchowski wissen, dass er bereits die Anregung der Botschafterkonferenz befolgt habe, deren Wortlaut er übrigens gegenüber

[679] Herbert an Salisbury, Therapia 1896 Juli 21, TNA PRO London, FO78/4711 Nr. 580.
[680] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 97.
[681] Telegramm Gołuchowskis an Liechtenstein, Vélics, Deym, Wolkenstein, Pasetti, Wien 1896 Juli 16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 38, 38, 18, 28, 33.
[682] Telegramm Vélics an Gołuchowski, Berlin 1896 Juli 17, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 113; Telegramm Pasettis an Gołuchowski, Rom 1896 Juli 18, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 77.
[683] Liechtenstein an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Juli 17/5, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 50A; vgl. die entsprechende Meldung im Telegramm Dumbas an Gołuchowski, Paris 1896 Juli 18, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 51.
[684] Liechtenstein an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Juli 17/5, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 50A.

dem Wortlaut der Anregung des österreichisch-ungarischen Außenministers bevorzuge.[685] Calice dagegen glaubte noch am 18. Juli 1896, seinen Außenminister erneut zur Unterstützung der Botschafter aufrufen zu müssen und schlug vor, sich der ihm zufolge „russischen" Initiative anzuschließen.[686] Gołuchowski musste ihm erst erklären, er habe bereits zwei Tage zuvor seinen ersten Aufruf befolgt, so dass die Initiative Lobanovs eigentlich auf ihn – Gołuchowski – zurückgehe.[687] Calice ließ es sich in den einleitenden Worten seines nächsten Berichts trotzdem nicht nehmen, in seiner eigenen Zusammenfassung der Initiative klarzustellen, dass Gołuchowski nicht aus eigenem Antrieb gehandelt habe, sondern „aus Anlass der aus der Réunion der hiesigen Vertreter der sechs Mächte am 15ten d. M. hervorgegangenen Anregungen [...] die Güte gehabt" habe, die Initiative der Botschafter zu unterstützen.[688] Der Berichterstattung des britischen Geschäftsträgers Herbert zufolge waren dessen enge Zusammenarbeit mit Botschafter Calice und das Engagement des russischen Geschäftsträgers Žadovskij gleichermaßen für das Gelingen der Intervention verantwortlich.[689]

Trotz der Verwirrung um den Ursprung der Initiative hatte die letztlich doch noch zustande gekommene Kooperation der Vertreter der Großmächte auf allen Ebenen den gewünschten Erfolg. Am 21. Juli 1896 informierte der osmanische Außenminister Tevfik Paşa die Botschafter, General Abdullah Paşa sei „eingeladen" worden, sich nicht mehr in die Kompetenzen des Zivilgouverneurs einzumischen und die offensiven Militäroperationen einzustellen.[690] Noch am selben Tag konnte Calice nach Wien melden, dass die Pforte außerdem beschlossen habe, Abdullah Paşa von Kreta abzuberufen und das dortige Militäroberkommando einem Offizier im Rang eines Divisionärs zu übertragen, der im Dienstgrad mit Zivilgouverneur Berovich Paşa gleichgestellt sein würde.[691] Calice zufolge hatte diese spezielle Angelegenheit damit endlich „ihren Abschluss" gefunden.[692]

Trotz dieser punktuellen Erfolge kam man aber mit der Umsetzung des Vier-Punkte-Programms und der geplanten Reform des Pakts von Halepa durch die kretische Generalversammlung nicht weiter. Ganz im Gegenteil meldeten die Konsuln der Großmächte auf Kreta immer besorgniserregendere Entwicklungen. In der angespannten Atmosphäre und angesichts der ständigen Befürchtung gegenseitiger Gewaltakte zwischen den besonders in den Städten Kretas eng zusammengedrängt lebenden ChristInnen und MuslimInnen brauchte es nicht

[685] Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1896 Juli 18, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 43.
[686] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 18, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 98.
[687] Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1896 Juli 18, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 41.
[688] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 23, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 32A.
[689] Herbert an Salisbury, Therapia 1896 Juli 21, TNA PRO London, FO78/4711 Nr. 580; Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 9-10, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 315.
[690] Herbert an Salisbury, Therapia 1896 Juli 21, TNA PRO London, FO78/4711 Nr. 580.
[691] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 21, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 101.
[692] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 23, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 32A.

mehr als ein paar Gerüchte oder einen zufällig gelösten Gewehrschuss, um Panik und tatsächliche Ausschreitungen auszulösen. Genau dies geschah am 18. Juli 1896, als ein angeblich auf einen Muslim abgegebener Schuss in Canea Straßentumulte und Plünderungen auslöste. Obwohl sich die Situation in der Hauptstadt nach der raschen Ausschiffung bewaffneter Landungskommandos der versammelten Kriegsschiffe der Großmächte wieder beruhigte, bildete der Zwischenfall den Auftakt zu einer neuen Welle von Gewaltakten auf der ganzen Insel.[693] In den folgenden Wochen mehrten sich Fälle von Plünderungen und Brandschatzungen von Dörfern, brutalen Morden an Frauen und Kindern sowie Schändungen von Kirchen und Moscheen durch die Milizen beider Religionsgruppen. Gleichzeitig trafen beinahe täglich Berichte darüber ein, dass griechische Dampfer an verschiedenen Stellen der Küste Waffen, Munition und freiwillige Kämpfer ausschifften, und Hundertschaften von Freischärlern in griechischer Nationaltracht den Kampf gegen die muslimische Bevölkerungsgruppe und die osmanischen Garnisonen aufnahmen.[694]

Die kretische Generalversammlung erfüllte die in sie gesetzte Hoffnung, ein für beide Religionsgruppen annehmbares Kompromissprogramm für eine Reform des Pakts von Halepa auszuhandeln, nicht. Die Abgeordneten beider Seiten formulierten zwar ihre jeweiligen Forderungen, waren aber mehr darum bemüht, diese den Vertretern der Großmächte gegenüber zu bewerben, als miteinander darüber zu verhandeln. Die christlichen Abgeordneten mussten überhaupt durch eine diplomatische Intervention der Botschafter in Konstantinopel und der

[693] Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juni 18, TNA PRO London, FO78/4636 Nr. 38; Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juni 23, TNA PRO London, FO78/4636 Nr. 40; Drury an Plessen, Canea 1896 Juli 19, 26, Beilage zu Plessen an Hohenlohe, Athen 1896 Juli 27, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 40, R12216 Nr. 63; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 Juli 19, HHStA Wien, PA XII/278 ohne Nummer; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 Juli 20, HHStA Wien, PA XII/278 ohne Nummer; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 Juli 21, HHStA Wien, PA XII/278 ohne Nummer; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juli 23, 147; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juli 23, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 148. Konsul Pinter sah die Schuld an den Tumulten ausschließlich bei den muslimischen HalikutInnen und den osmanischen Behörden und vermutete sogar eine Verschwörung der muslimischen Abgeordneten der Generalversammlung. Konsul Biliotti bemühte sich dagegen um eine ausgeglichene Schilderung der chaotisch verworrenen Situation rund um widersprüchliche Gerüchte, angesichts derer keine klaren Schuldzuweisungen möglich waren. Der mit dem deutschen Gesandten in Athen in privater Korrespondenz stehende Kommandant des britischen Panzerschiffs HMS „Hood“ dagegen sah die Schuld – genau spiegelbildlich zu Pinter – bei dem christlichen Bevölkerungsteil Caneas und vermutete eine Verschwörung der Rebellenkomitees und der christlichen Abgeordneten der Generalversammlung.

[694] Drury an Plessen, Canea 1896 Juli 26, Beilage zu Plessen an Hohenlohe, Athen 1896 Juli 27, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 40, R12216 Nr. 63; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 Juli 21, HHStA Wien, PA XII/278 ohne Nummer; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juli 23, 147; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juli 23, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 148; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 Juli 25, HHStA Wien, PA XII/278 ohne Nummer; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 Juli 29, HHStA Wien, PA XII/278 ohne Nummer; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juli 31, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 167.

Konsuln in Canea dazu überredet werden, die Versammlung nach der Verlesung ihrer Forderungen nicht gleich wieder zu verlassen.[695]

Die Botschafter in Konstantinopel hatten am 16. Juli 1896 konstatiert, dass sie nach wie vor gemäß dem Vier-Punkte-Programm Hoffnung auf eine Einigung der christlichen und muslimischen Abgeordneten in der Generalversammlung hegten. Gleichzeitig erachteten sie zu diesem Zeitpunkt aber bereits die Intervention und Mitarbeit der Großmächte als notwendige Vorbedingung einer für alle Konfliktparteien akzeptablen administrativen Neuordnung Kretas.[696] Die Voraussetzungen für eine enge Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Großmächte erwiesen sich im Juli 1896 aber als denkbar schlecht. Im Deutschen Reich, in Frankreich aber auch in Österreich-Ungarn zirkulierten Gerüchte, Großbritannien schüre heimlich den Aufstand auf Kreta, um einen Vorwand zur Besetzung der strategisch wichtigen Suda-Bay zu schaffen.[697] Die französische Regierung ordnete sogar konkrete Gegenmaßnahmen gegen diese hypothetische Intrige zur Errichtung einer britischen Flottenbasis als „zweites Gibraltar“ an.[698] Der nach Kreta entsandte französische Kreuzer „Cosmas“ erhielt den Auftrag, von dort aus jede Bewegung des bereits dort stationierten britischen Panzerschiffes HMS „Hood“ zu verfolgen und auf eine mögliche, heimliche Kontaktaufnahme zu Rebellengruppen zu achten. Anstatt gemeinsam die Situation im Aufstandsgebiet zu überwachen, waren die Kriegsschiffe der Großmächte vor Kreta im Sommer des Jahres 1896 also damit beschäftigt, einander gegenseitig zu beschatten![699] Auch Russland sah sich aus Misstrauen gegen die angeblichen Expansionspläne Großbritanniens veranlasst, seine Flottenpräsenz im östlichen Mittelmeer durch die Entsendung zusätzlicher Kriegsschiffe aufzustocken, obwohl dies dem Bericht des deutschen Militärattachés aus St. Petersburg zufolge dem russischen Marineoberkommando sehr ungelegen kam.[700] Britische Medien diskutierten im Gegenzug die Theorie, hinter dem Aufstand auf Kreta stecke eine französische Intrige mit dem Ziel, Frankreich und Russland ein gemeinsames Okkupationsmandat für die aufständische Insel zu

[695] Drury an Plessen, Canea 1896 Juli 26, Beilage zu Plessen an Hohenlohe, Athen 1896 Juli 27, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 40, R12216 Nr. 63; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 Juli 17, HHStA Wien, PA XII/278 ohne Nummer.
[696] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 31B, 31C.
[697] Vgl. *Neue Freie Presse*, Wien 1896 Juli 18, 1f.; Plessen an Hohenlohe, Athen 1896 Juni 29, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212 Nr. 49.
[698] Dies lag offenbar nicht zuletzt an der Berichterstattung des französischen Gesandten in Athen, Frédéric Albert Bourée, der von einer britischen Verschwörung überzeugt war, jedes entsprechende Gerücht nach Paris berichtete und sich sogar auf eine öffentliche Zeitungspolemik in den Athener Medien einließ. Telegramm Plessens an Auswärtiges Amt, Athen 1896 Juni 28, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212 Nr. 21; Plessen an Hohenlohe, Athen 1896 Juni 29, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212 Nr. 49.
[699] Plessen an Hohenlohe, Athen 1896 Juni 29, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212 Nr. 49; vgl. die Erwähnung der immer gleichzeitigen Bewegungen des britischen und französischen Kriegsschiffs im Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 Juli 25, HHStA Wien, PA XII/278 ohne Nummer.
[700] Kalau an Reichsmarineamt, St Petersburg 1896 Juni 29, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212 Nr. 371.

verschaffen.[701] Dieses allgegenwärtige gegenseitige Misstrauen und die Unfähigkeit der Großmächte, sich auf eine gemeinsame Erklärung gegenüber der griechischen Regierung zu einigen, ließen keine großen Hoffnungen auf ein entschlossenes, gemeinsames Auftreten der Großmächte in der Kretafrage aufkommen.

Gleichzeitig bestand jedoch ein unvermindert starkes Interesse an einem gemeinsamen Auftreten der Großmächte. Nicht nur Sensationslust und die Befürchtung blutiger Massaker lockten im Juli 1896 eine große Zahl internationaler Journalisten und Zeitungskorrespondenten nach Kreta, die den Konflikt um die Insel in den Mittelpunkt eines weltweiten Medieninteresses rückten.[702] Zeitungen wie die russische *Novosti* thematisierten auch die stets als präsent gesehene Gefahr, der Aufstand auf Kreta könnte bei einer Ausweitung der Krise auf ganz Südosteuropa der Auslöser für einen verheerenden „allgemeinen europäischen Krieg" zwischen den Großmächten bilden und äußerte daher einen klaren Auftrag an die Politik.

„Es ist im Interesse des europäischen Friedens äußerst wünschenswerth, daß die kretensische Frage möglichst rasch von der Tagesordnung abgesetzt werde."[703]

Angesichts der mangelnden Kooperationsbereitschaft oder -fähigkeit der Regierungen der Großmächte und ihrer diplomatischen Vertreter in Athen und auf Kreta sollte die Erreichung dieses Ziels im August 1896 zur wichtigsten Aufgabe der Botschafter in Konstantinopel werden.

II.c. Der lange Weg zum Kretischen Reformprogramm der Botschafterkonferenz

II.c.1. Die Botschafter und die Forderungskataloge der kretischen Konfliktparteien

Die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel übernahmen nun tatsächlich ohne besonderen Auftrag ihrer Regierungen die Initiative zur Ausarbeitung eines allgemein akzeptablen Kompromisses bezüglich der für Kreta vorgesehenen Verwaltungsreformen. Bereits am 18. Juli 1896 begannen sie eine Serie vertraulicher Reunionen zu diesem Thema. Erst fünf

[701] *Neue Freie Presse*, Wien 1896 Juli 18, 1f.
[702] Zur Anwesenheit einer zunehmenden Zahl von Zeitungskorrespondenten auf Kreta im Juli 1896 vgl. Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juli 23, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 148
[703] *Novosti*, St Petersburg 1896 Juli 20, Beilage zu Tschirschky an Hohenlohe, St Petersburg 1896 Juli 24, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 39, R12215 Nr. 313. Übersetzung des Artikels in einer dem Bericht beigefügten Abschrift. Unbelegten Gerüchten über angebliche Okkupationswünsche einzelner Mächte auf Kreta begegnet man teilweise auch noch in der heutigen Historiografie zur Kretakrise als Grundlage für den Vorwurf, die Großmächte hätten durch ihre Intervention in der Kretakrise vor allem ihre „kolonialen und imperialen Interessen […] befriedigen" wollen, etwa bei Şenişik, Transformation, 119f. Tatsächlich geht aber aus dem Quellenmaterial der außenpolitischen Archive der Großmächte eindeutig hervor, dass die Regierung keiner Großmacht selbst Okkupationswünsche hegte, sondern diese immer nur bei den jeweils anderen Großmächten vermutet wurden. Die Mächte waren offenbar durchwegs der Meinung, ihren jeweiligen „Interessen" sei durch eine rasche Beilegung der Krise und die Stabilsierung des osmanischen Reichs in seiner bestehenden, politisch und wirtschaftlich abhängigen Form ohne übermächtigen Einfluss einer einzelnen Großmacht am besten gedient.

Tage später informierte Calice seinen Außenminister darüber in zwei Berichten. Der Botschafter sprach darin von einer bloß „cursorischen Besprechung“, in deren Verlauf man zu dem Schluss gekommen sei, das Osmanische Reich habe mit der Abberufung Abdullah Paşas seine Kooperationsbereitschaft bewiesen und leiste den Bemühungen der Großmächte zur Umsetzung des Vier-Punkte-Programms keinen Widerstand mehr. Dagegen läge das entscheidende Hindernis in der fortgesetzten Unterstützung des Aufstandes durch Griechenland, sowie in der Weigerung der christlichen Abgeordneten der Generalversammlung, mit den muslimischen Abgeordneten über ihre weit über den Pakt von Halepa hinausgehenden Forderungen zu verhandeln. Calice trat nun nicht mehr dafür ein, diese weiter gehenden Forderungen von vornherein zu verwerfen. Vielmehr berichtete er, unter den Botschaftern habe sich die Ansicht durchgesetzt, „dass es im Interesse des Pacificationszweckes läge, im geeigneten Momente wenigstens einigen dieser Verlangen, und zwar denjenigen, welche sich von dem Geiste der Haleppa-Convention am wenigsten entfernen, zur Annahme zu verhelfen“[704] Mit diesem Ziel vor Augen sollten die diversen Wünsche und Forderungen der christlichen Abgeordneten der Generalversammlung in die drei Kategorien „am meisten empfehlenswerth“, „minder acceptabel“ und „gänzlich unacceptabel“ eingeteilt werden. Auf Basis dieser Klassifizierung wollten die Botschafter dann ein für alle Konfliktparteien akzeptables Kompromissprogramm zusammenstellen.[705]

An Forderungskatalogen der Konfliktparteien herrschte dabei durchaus kein Mangel. Die Begutachtung und Beurteilung der darin enthaltenen Reformwünsche durch die Großmächte, die gewissermaßen als „Schiedsrichter“ agieren sollten, wurde von den Vertretern beider Religionsgruppen gewünscht. Diese hatten seit Beginn der Unruhen mehr Energien darauf verwendet, ihre Forderungen den Großmächten zu übermitteln, als miteinander über ihre eigene Zukunft zu verhandeln.

Die *Epitropi* hatte die Ziele der christlichen Aufständischen bereits zwischen 15. und 27. September 1895 in einer Reihe von Volksversammlungen in Apokorona gesammelt und einen Forderungskatalog erstellt, der den Konsuln der Großmächte übermittelt worden war. Schon damals waren die Wünsche der christlichen Anführer klar über eine bloße Reaktivierung des Pakts von Halepa hinausgegangen. Sie schlossen Forderungen nach weitgehender finanzieller Autonomie, Einschränkungen des osmanischen Besatzungsrechts und Aufhebung der zum Schutz der Rechte der muslimischen Minderheit bestehenden Sperrminorität in der

[704] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 23, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 32A.
[705] Ebda; Telegramm von Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 1, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 106; Herbert an Salisbury, Therapia 1896 August 10, TNA PRO London, FO78/4712 Nr. 633.

kretischen Generalversammlung mit ein.[706] Der Forderungskatalog war damals von den einzelnen Konsuln der Großmächte nicht oder nur unter Protest entgegengenommen und von keiner einzigen Großmacht befürwortet worden.[707] Auch bei der Formulierung des vor allem am Pakt von Halepa orientierten Vier-Punkte-Programms der Botschafter der Großmächte in Konstantinopel am 23. Juni 1896 wurden die Wünsche der kretischen Rebellen nicht berücksichtigt.[708]

Am 15. Juli 1896 wurde den Konsuln der Großmächte auf Kreta ein neuer Forderungskatalog im Namen der christlichen Rebellen übermittelt, der diesmal nicht durch eine von der *Epitropi* organisierte Volksversammlung, sondern von den christlichen Abgeordneten der Generalversammlung formuliert worden war. Der Katalog beinhaltete die Forderung, dass der *Vali* von Kreta immer ein gemeinsam vom Sultan und den Großmächten ernannter Christ sein müsse, der analog zu den Rechten des *Vali* des Libanon auch das Oberkommando über alle in seiner Provinz stationierten Truppen haben solle. Die altbekannten Wünsche nach finanzieller Autonomie wurden konkretisiert und mündeten im Anspruch, die Generalversammlung solle direkt über wenigstens 50 Prozent der lokalen Steuereinnahmen für das Inselbudget verfügen und für zehn Jahre eine Sondersteuer auf importierte Waren einheben dürfen. Bezüglich Justizwesen und Gendarmerie war vorgesehen, dass diese Bereiche unter der Leitung „europäischer", also von den Großmächten bestimmter Offiziere und Justizbeamter reorganisiert, letztlich aber der völligen Kontrolle der kretischen Provinzbehörden überantwortet werden sollten. Der Wunsch nach Aufhebung der muslimischen Sperrminorität in der Generalversammlung wurde durch die Forderung nach der endgültigen Festschreibung von Griechisch als alleingültiger Amtssprache ergänzt. Das gleichzeitig artikulierte Ziel einer Ausweisung der auf Kreta lebenden HalikutInnen verstärkt den Eindruck, dass sich die Autoren des Katalogs die Umwandlung Kretas in eine ethnisch und religiös homogen griechische und christliche Insel wünschten. Die ausdrücklich festgeschriebene Ausnahmebestimmung für HalikutInnen mit einem Mindestvermögen von 10.000 Piastern unterstrich dabei den sozialen Aspekt des Konflikts zwischen der griechisch-christlichen Bevölkerungsmehrheit und der in ärmlichen Verhältnissen weitgehend gettoisiert lebenden, nordafrikanisch-muslimischen Min-

[706] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1895 September 12, HHStA Wien, PA XXXVIII/Konsulate 1895 C–J ohne Nummer; Duriava an Gołuchowski, Canea 1895 September 30, HHStA Wien, PA XXXVIII/Konsulate 1895 C–J Nr. 50.
[707] Duriava an Gołuchowski, Canea 1895 September 30, HHStA Wien, PA XXXVIII/Konsulate 1895 C–J Nr. 50.
[708] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 25, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 28A.

derheit.[709] Wie sehr sich die Stimmung bei den intervenierenden Großmächten seit 1895 verändert hatte, zeigte sich daran, dass die Konsuln den Forderungskatalog diesmal nicht nur ohne Protest entgegennahmen, sondern auch gemeinsam besprachen und mit teils befürwortenden Kommentaren an ihre Regierungen weiterleiteten.[710]

Aber nicht nur die Repräsentanten der christlichen Bevölkerungsgruppe investierten viel Energie in die Propagierung ihrer Standpunkte und Anrufung der Vermittlung der Großmächte. Auch die muslimischen Abgeordneten der kretischen Generalversammlung ließen am 20. Juni 1896 in Paris ein auf Französisch verfasstes, 16 Seiten umfassendes Traktat drucken, das den Vertretern der Großmächte ihre Sicht des Konflikts und ihre Wünsche für die Zukunft Kretas näher bringen sollte. Das lange Schreiben leugnete jegliche Diskriminierung von ChristInnen durch die Behörden des Osmanischen Reichs, erhob jedoch den Anspruch, das „schlecht informierte Europa“ über die von christlichen Freischärlern an den kretischen MuslimInnen verübten Gewalttaten aufklären zu wollen. Wenn nur endlich der Aufstand ein Ende hätte, wäre Kreta wieder „das produktivste, reichste und schönste Land der ganzen Welt”. Die muslimischen Abgeordneten propagierten daher die unbedingte Beibehaltung des Status Quo in Verwaltung und Justiz und appellierten an die Journalisten und Politiker der Großmächte: „Kommen Sie in den Orient, kommen Sie nach Kreta, untersuchen Sie die Nationenfrage vor Ort, und Sie werden mit Befriedigung feststellen, dass die Rechte aller Rassen […] mit äußerster Genauigkeit gewahrt werden.”[711]

Ein zweites Schreiben, das den Konsuln der Großmächte auf Kreta zusammen mit den Unterschriften von 21 muslimischen Abgeordneten der Generalversammlung am 30. Juni 1896 übergeben wurde, beinhaltete nochmals ein ausdrückliches Bekenntnis zum Pakt von Halepa. Anders als im ersten, an eine breitere Öffentlichkeit gerichteten Schreiben, gestanden die muslimischen Abgeordneten darin einerseits durchaus ein, dass insbesondere in der Justiz und im Polizeiwesen bislang grobe Mängel geherrscht hätten, die wesentlich für die gegenwärtige Krise auf Kreta verantwortlich seien. Andererseits drückten die Abgeordneten aber ihre Überzeugung aus, dass die Bestimmungen des Pakts von Halepa, auf deren unveränderte Beibehaltung sie sich mit diesem Schreiben politisch festlegten, ein friedliches Zusammenle-

[709] Demands of the Christian Deputies presented by them to the Vali and Consuls on the 15th July 1896, Beilage zu Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juli 17, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 51; vgl. Telegramm von Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juli 17, HHStA Wien, PA XII/278 ohne Nummer.
[710] Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juli 17, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 51.
[711] „Venez en Orient, venez en Crête, étudiez sur place la questions des nationalités, et vous constarerez avec satisfaction que le droit de toutes les races est plus respecté dans ce pays que partout ailleurs.” La Députation des Musulmans de Crête, Evénements Crétois du 24 Mai 1896 par la Députation des Musulmans en Crête, Paris 1896, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 40, R12216. Übers. d. Verf.

ben beider Religionsgruppen gewährleisten würden, wenn sie ordnungsgemäß umgesetzt würden.[712]

Parallel zu den christlichen und muslimischen Abgeordneten der Generalversammlung betrieben auch griechisch-annexionistische Gruppierungen von Athen aus Lobbyismus für ihr eigenes kretisches Reformprogramm. Koordinator dieser speziell an die Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit in Österreich-Ungarn und im Deutschen Reich gerichteten Propaganda war der seit 1888 mit kurzen Unterbrechungen in Berlin und Wien lebende Journalist Dr. Kleanthes Nikolaides. Als in Konstantinopel geborener griechischer Staatsbürger betrieb Nikolaides in Berlin seine eigene Nachrichtenagentur, die „Internationale Correspondenz", die mit einer Auflage von 150 Stück Meldungen an eine Reihe von Zeitungen im gesamten Deutschen Reich lieferte. Einem vom deutschen Auswärtigen Amt angeforderten Bericht des Berliner Polizeipräsidenten zufolge war Nikolaides dafür bekannt, gegen Geldzahlungen seinen Meldungen eine vom jeweiligen Auftraggeber gewünschte Färbung zu verleihen und stand 1896 gegen eine monatliche Zahlung von 500 Francs im Dienst der griechischen Regierung. Dementsprechend propagierte seine Nachrichtenagentur unter deutschsprachigen LeserInnen in Österreich-Ungarn und Deutschland den Gedanken einer griechischen Annexion Kretas.[713]

Nikolaides verfasste zudem im Namen des so genannten „kretensischen Reformkomitees" eine ausdrücklich „an die Diplomatie, die Parlamente und die Presse der Dreibund-Staaten" gerichtete Denkschrift, die er direkt an Reichskanzler Hohenlohe und Kaiser Wilhelm II., sowie an Außenminister Gołuchowski und Kaiser Franz Joseph I. adressierte.[714] Bei dem „kretensischen Reformkomitee" handelte es sich offenbar um jenes in Athen ansässige Kretische Zentralkomitee, das schon 1866 die Bemühungen der moderateren Revolutionskomitees um ein autonomes Kreta hintertrieben hatte.[715] Die auf den 27. Juni 1896 datierte Denkschrift beinhaltete jedenfalls auch ein komplettes Reformprogramm für Kreta, das über den am 15. Juli 1896 übermittelten, offiziellen Forderungskatalog der christlichen Abgeordneten der kretischen Generalversammlung hinausging. Nikolaides forderte darin ebenfalls die Abschaffung des Amts des osmanischen Militärkommandanten und den Aufbau einer rein christlich-griechischen Gendarmerie unter direktem Kommando eines christlich-griechischen

[712] Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juli 15, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 50.
[713] Auswärtiges Amt an Polizeipräsident Berlin, Berlin 1896 Juli 13, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 37, R12213; Polizeipräsident Berlin, Denkschrift über Kleanthes Nikolaides, Berlin 1896 Juli 29, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 40, R12216; vgl. Vélics an Gołuchowski, Berlin 1896 Juli 18, HHStA Wien, PAXII/278 Nr. 23B.
[714] Nikolaides an Franz Joseph I., Berlin 1896 Juni 29, HHStA Wien, PA XII/277; Nikolaides an Hohenlohe, Berlin 1896 Juni 29, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 38, R12214; Nikolaides an Wilhelm II., Berlin 1896 Juni 29, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 38, R12214.
[715] Rundschreiben des Kretischen Zentralkomitees an die Großmächte, Athen 1896 Juni 14, HHStA Wien, PA-XII/277. Unter den vier Namen, mit denen das Schreiben unterzeichnet ist, befindet sich auch der Name „Nikolaides", allerdings ohne den Vornamen „Kleanthes". Zur Geschichte des Zentralkomitees vgl. Zelepos, Ethnisierung, 80–83.

Zivilgouverneurs. Er forderte darüber hinaus noch ein Vorschlagsrecht des griechischen Königs bei der Ernennung des zum „Landespräsidenten“ aufzuwertenden Gouverneurs und wenn möglich eine Zollunion mit Griechenland. Nikolaides erklärte, die christlichen Rebellen seien zwar vorerst noch dazu bereit, eine nominelle Oberhoheit des Sultans zu akzeptieren, das langfristige Ziel müsse aber unbedingt die Annexion Kretas durch Griechenland sein.[716]

Nikolaides versuchte dabei gezielt, die Rhetorik seiner Denkschrift an das Selbstverständnis und die Ideologien seiner jeweiligen Adressaten anzupassen. So argumentierte er in dem an den Außenminister und an den Kaiser Österreich-Ungarns übermittelten Exemplar, es sei der „geschichtliche Beruf“ des „deutschen Volkes“, das sich „im Verein mit seinen Fürsten seit mehr als einem Jahrtausend gegenüber allen Vorstössen asiatischer Eroberervölker als der sicherste Hort der christlichen Gesittung bewährt hat“, nun auch auf Kreta „einem bedrängten christlichen Volksstamme Schutz gegen die Ausbrüche des muhamedanischen Fanatismus“ zu gewähren.[717] Weit davon entfernt, eine Erfindung von Nikolaides zu sein, war diese Idee einer „historischen Mission“ oder „Kulturmission“ im 19. und frühen 20. Jahrhunderts weit verbreitet und häufig Bestandteil von Propagandaschriften, die eine Vormachtstellung der Habsburgermonarchie in Südosteuropa rechtfertigen sollten.[718] Im seinem an Kaiser Wilhelm II. von Deutschland adressierten Begleitschreiben versuchte Nikolaides wiederum gezielt, sich die romantische Mittelalterbegeisterung und die Kreuzzugsfantasien des deutschen Kaisers zu Nutze zu machen, in dem er diesem auseinandersetzte, er sei „als Amts- & Rechtsnachfolger eines Barbarossa […] von der Weltgeschichte dazu berufen, die erhabene Aufgabe eines Schirmherrn für die christliche Kultur des Orients zu übernehmen“.[719] Das Schreiben an den Kaiser von Österreich-Ungarn dagegen beinhaltete mit Rücksicht auf die Weltanschauung Franz Josephs I. keine Anspielungen auf Barbarossa, dafür aber einen Appell an sein „vor Europa so oft bewiesenes christliches Wohlwollen“, der gut zum habsburgischen Wunschbild vom in ganz Europa respektierten, gütigen „Friedenskaiser“ passte.[720] Trotz seines offenkundigen rhetorischen Geschicks konnte Nikolaides mit seiner Denkschrift aber weder im Deut-

[716] Kleanthes Nikolaides, Denkschrift, Berlin 1896 Juni 27, Beilage zu Nikolaides an Franz Joseph I., Berlin 1896 Juni 29, HHStA Wien, PA XII/277.
[717] Nikolaides, Denkschrift.
[718] Vgl. hierzu Rathberger, Blick, 23–32, 50–53, 63–69, 74–76, 91–97, 117f., 122–125.
[719] Nikolaides an Wilhelm II., Berlin 1896 Juni 29, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 38, R12214. Zur Selbstinszenierung Kaiser Wilhelms II. auf seiner zweiten „Orientreise“ 1898 als eine Art Kreuzritter und zweiter Barbarossa vgl. Wolfgang Korn, Schienen für den Sultan. Die Bagdadbahn: Wilhelm II., Abenteurer und Spione, Köln 2009, 94–108.
[720] Nikolaides an Franz Joseph I., Berlin 1896 Juni 29, HHStA Wien, PA XII/277. Zum propagandistischen Bild der habsburgischen „Völkerfamilie“ unter der gütigen Vaterfigur des Kaisers vgl. Peter Stachel, Der koloniale Blick auf Bosnien-Herzegowina in der ethnographischen Popularliteratur der Habsburgermonarchie, in: Johann Feichtinger – Ursula Prutsch – Moritz Csáky (Hgg.), Habsburg postcolonial, Innsbruck 2003, 259–275, hier: 263–265.

schen Reich noch in Österreich-Ungarn die politischen Entscheidungsträger für sich gewinnen. Die Presse- und Propagandaabteilung des österreichisch-ungarischen Außenministeriums leitete misstrauisch Erhebungen zur Person und zum tatsächlichen Einfluss von Nikolaides ein, während das deutsche Auswärtige Amt den Polizeipräsidenten von Berlin mit der letztlich ergebnislosen Suche nach belastendem Material gegen den griechischen Propagandisten beauftragte.[721]

Wenn auch diese verschiedenen Petitionen und Programmentwürfe von den Regierungen und Herrschern der Großmächte, an die sie adressiert waren, weitgehend ignoriert wurden, stellten sie doch ebenso entschlossene wie selbstbewusste Versuche von Vertretern der betroffenen Konfliktparteien dar, an der Krisenvermittlung der Großmächte, die sie traditionell nur als Klienten und nicht als Partner betrachteten, zu partizipieren. Indem ihre Programme und Forderungskataloge von den Botschaftern der Großmächte als Grundlage des auszuarbeitenden Kompromissprogramms herangezogen wurden, gelang ihnen dies in gewisser Weise auch.

Die bei der selbstständigen Ausarbeitung eines Reformprogramms durch die Botschafter zu bewältigenden Schwierigkeiten beschränkten sich allerdings nicht darauf, dass ein Kompromiss zwischen den Standpunkten der muslimischen Abgeordneten und des osmanischen Sultans einerseits, den Forderungen der gemäßigten christlichen Rebellen und der radikalen griechischen Annexionisten andererseits gefunden werden sollte. Ein weiteres Hauptproblem lag vielmehr darin, dass die Botschafter auch die Unterstützung ihrer eigenen Außenminister erlangen und eine allgemeine Einigung zwischen den Regierungen der Großmächte herbeiführen mussten. Immerhin ließ sich die Eigeninitiative der Botschafter auch dahingehend deuten, dass sie damit in keinesfalls regulärer Weise „die kretische Reformfrage an sich zogen“ und versuchten, sich zu einer Art Legislative in internationalen Streitfällen aufzuschwingen.[722]

Die Botschafter, die sich der Außergewöhnlichkeit ihrer selbstständigen Alternative durchaus bewusst waren, griffen zur Rechtfertigung gegenüber ihren Regierungen auf unterschiedlichen Strategien zurück. So versuchten sie, den möglichen Eindruck allzu großer Eigenmächtigkeit abzuschwächen, indem sie ihre Regierungen ausführlich über die Ergebnisse jeder einzelnen zur Ausarbeitung des Reformprogramms veranstalteten Reunion informier-

[721] Auswärtiges Amt an Polizeipräsident Berlin, Berlin 1896 Juli 13, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 37, R12213; Polizeipräsident Berlin, Denkschrift über Kleanthes Nikolaides, Berlin 1896 Juli 29, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 40, R12216; Vélics an Gołuchowski, Berlin 1896 Juli 18, HHStA Wien, PAXII/278 Nr. 23B.

[722] Vgl. zu dieser Sichtweise Dülffer, Kreta-Krise, 34f. Dülffer geht an dieser Stelle so weit, die Tätigkeit der Botschafterkonferenz mit „parlamentarischen Gesetzesberatungen“ zu vergleichen.

ten.[723] Besonders der britische Geschäftsträger Herbert, der ja lediglich in Vertretung des abwesenden Botschafters Currie agierte, war sichtlich bemüht, sein Vorgehen während der Reformverhandlungen durch regelmäßige Anfragen bei seiner Regierung abzusichern.[724] Außerdem erklärte er in einem Bericht an Premierminister Salisbury, das von den Botschaftern ausgearbeitete Programm sei selbstverständlich nur für den Fall als Alternative gedacht, dass keiner Regierung die Durchsetzung eines allgemein akzeptierten Programms gelänge.[725] Auch Botschafter Calice spielte gegenüber Außenminister Gołuchowski den ernsthaften Charakter der Reformgespräche der Botschafter herunter und erklärte, sie würden einen Katalog bloßer „Vorschläge“ sammeln, den sie ihren Regierungen vorlegen wollten.[726]

Gleichzeitig bestand die Möglichkeit, die selbstständige Aktion der Botschafter als einzigen Ausweg aus einer ansonsten verfahrenen Situation zu präsentieren und mit dem Hinweis auf die beim Scheitern der Vermittlungsaktion drohenden Konsequenzen eines griechisch-osmanischen Kriegs mit möglicher Beteiligung Bulgariens und Serbiens zu rechtfertigen.[727] Calice griff in seiner Berichterstattung gekonnt auf dieses bei Gołuchowski sicherlich wirksame Argument zurück und versuchte außerdem, seinem Vorgesetzten die Eigenmächtigkeit der Botschafter durch überschwängliches Lob für dessen bisherige Initiativen bei den Kabinetten der Großmächte zu versüßen.[728] Was die Argumentation eines einmütigen, gemeinsamen Vorgehens der Regierungen betraf, konnten die Botschafter neben der Angst vor einem eskalierenden Konflikt auch die Finanzinteressen der Großmächte ins Spiel bringen, indem sie die Möglichkeit einer ins Reformprogramm aufzunehmenden internationalen Finanzkontrolle über ein autonomes Kreta andeuteten.[729]

II.c.2. Botschafterkonferenz oder Konsularkommission?

Tatsächlich galt aber die Übertragung der kretischen Reformfrage an die Botschafter in Konstantinopel im August 1896 bei den Regierungen der Großmächte aber noch keineswegs als einzige denkbare Lösung. Auch die Bildung einer internationalen Kommission durch die Konsuln der Großmächte auf Kreta tauchte im Diskurs immer wieder als möglicher Weg zur Ausarbeitung eines Reformprogramms für Kreta auf.

---

[723] Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 10–11, TNA PRO London, FO 78/4724 Nr. 318; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 11, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 35.
[724] Vgl. z.B. Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juni 4, TNA PRO London, FO 78/4709 Nr. 439.
[725] Herbert an Salisbury, Therapia 1896 August 10, TNA PRO London, FO 78/4712 Nr. 633.
[726] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 6, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 34A.
[727] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 23, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 32B.
[728] Ebda.; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 23, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 32A.
[729] Ebda.

Ein entsprechender Vorschlag wurde bereits im Juni 1896 von Kapitän Charles Drury, dem Kommandanten des vor Kreta liegenden britischen Panzerschiffes HMS „Hood“, formuliert und von Sir Edwin Egerton, dem britischen Gesandten in Athen, mit Empfehlung an Salisbury weitergeleitet. Drury regte an, dass eine Einigung der Abgeordneten der kretischen Generalversammlung über ein Reformprogramm zu erzielen sei, wenn die Konsuln gemeinsam mit den Kommandanten der vor Canea stationierten Kriegsschiffe ein Vermittlungsgremium bilden und Gespräche zwischen der aufständischen Landbevölkerung und den Abgeordneten organisieren würden. Salisbury vermied es geschickt, seine Regierung durch eine offene Initiative in dieser Sache zu exponieren, indem er den Vorschlag stattdessen an die Botschafter in Konstantinopel weiterleitete – eine Taktik zur Verschleierung des Ursprungs diplomatischer Initiativen, die das deutsche Auswärtige Amt bereits in der Blockadefrage zur Anwendung gebracht hatte. Anders als in der Blockadefrage übernahmen die Botschafter die Idee zur Einrichtung einer Konsularkommission allerdings nicht, sondern übermittelten am 29. Juni 1896 ihre Ablehnung des Vorschlags. Salisbury legte letzteren daraufhin zu den Akten, ohne viel Aufsehen erregt zu haben.[730]

Weniger umsichtig ging dagegen der österreichisch-ungarische Außenminister Gołuchowski vor, als er den gerade abgelehnten Vorschlag in abgewandelter Fassung wieder aufgriff. Gołuchowski tat sich schwer damit, die Ablehnung seiner Initiative für eine kollektive Seeblockade Kretas durch die Großmächte zu akzeptieren und war keinesfalls geneigt, die Lösung der Kretakrise einfach den Botschaftern in Konstantinopel zu überlassen. Schließlich hatte ihn ausgerechnet Botschafter Calice im Juni 1895 durch seine alarmierenden Berichte über Mazedonien davon überzeugt, dass jede lokale Krise im Osmanischen Reich den Status Quo in der gesamten Region und damit die Sicherheit und Zukunft Österreich-Ungarns gefährdete.[731] Gołuchowski betrachtete seither die Koordination von Kollektivinterventionen der Großmächte zur Eindämmung solcher Krisen als seine persönliche Aufgabe als österreichisch-ungarischer Außenminister.[732] Er war überzeugt, die seit den Massakern an den ArmenierInnen bestehende Scheu der britischen Regierung vor einer Unterstützung des „blutigen Sultans“, die in der Vergangenheit bei allen Initiativen zur Blockade Kretas ein unüberwindliches Hindernis gebildet hatte, durch die Garantie einer genauen Überwachung der Aktivitäten

[730] Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 Juni 29, TNA PRO London, FO 78/4723 Nr. 244.
[731] Vgl. Stein, Neuorientierung, 27; Wakounig, Grandseigneur, 137. Zu Calices fortgesetzten Warnungen und Spekulationen über eine drohende Eskalation der Spannungen in Mazedonien siehe Calice an Gołuchowski, Buyukdere, 1895 Oktober 17, HHStA Wien, PA I/462 Nr. 43A–F.; Telegramm Calices an Gołuchowski, Pera 1895 November 12, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 111; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel, 1895 November 14, HHStA Wien, PA I/462 Nr. 47G.
[732] Schon im Juni 1895 hatte er begonnen, immer wieder persönlich entsprechende Initiativen zu ergreifen: Stein, Neuorientierung, 27–29; Wakounig, Grandseigneur, 137–139.

osmanischer Truppen auf Kreta zerstreuen zu können. Gołuchowski ergänzte daher seinen abgelehnten Blockadevorschlag nun durch den Gedanken, eine vor Ort zu schaffende „Konsularkommission“ mit dieser Überwachung und der Umsetzung von Reformen auf Kreta zu beauftragen. Er hielt diese Idee für ein dermaßen verlockendes Angebot, dass er meinte, sie dem britischen Premierminister als eine Art „Gegengeschäft“ für dessen Zustimmung zur gemeinsamen Blockade Kretas anbieten zu können. Während er bislang die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich und Großbritannien als ausreichende Abstützung seiner Außenpolitik betrachtet hatte, wich er nach den enttäuschenden Erfahrungen des Vorjahres diesmal allerdings etwas von seiner sonst üblichen Vorgangsweise ab: Am 28. Juli 1896 unterbreitete er seine Idee vorerst exklusiv dem russischen Außenminister Lobanov.[733] Erst nachdem ihm dessen Zustimmung zur Initiative übermittelt worden war, aber ohne sich mit seinen Experten vor Ort – Botschafter Calice oder Konsul Pinter – abgesprochen zu haben, startete Gołuchowski am 31. Juli 1896 seine Initiative. In gewohnter Weise sandte er nun ein Rundtelegramm an die Regierungen Großbritanniens, Italiens, Frankreichs und Deutschlands.[734]

Der österreichisch-ungarische Außenminister regte darin an, den Botschaftern in Konstantinopel gerade in dem Moment, in dem sie sich anschickten, den Stillstand in der Vermittlungsaktion der Großmächte durch Ausarbeitung eines Kompromiss-Reformprogramms zu überwinden, die Verantwortung für den kretischen Reformprozess zu entziehen. Letztere sollte stattdessen ausgerechnet den Konsuln auf Kreta übertragen werden, deren Referenzen bezüglich konstruktiver Zusammenarbeit ja wenig ruhmreich waren. Am 2. August 1896 präzisierte der österreichisch-ungarische Außenminister seinen entsprechenden Plan in einem an Lobanov telegrafierten Fünf-Punkte-Programm: Der Sultan solle selbst die Blockade Kretas ausrufen, die Signatarmächte des Berliner Vertrags um deren Durchführung bitten und im Gegenzug nochmals die Einstellung aller Kampfhandlungen und die Überwachung der Reformen durch die Konsularkommission anbieten. Ein neues Reformprogramm wurde dabei bemerkenswerter Weise nicht für notwendig erachtet. Gołuchowski beharrte stattdessen nach wie vor auf der unmodifizierten Wiedereinführung des Pakts von Halepa, den die Botschafter zur selben Zeit bereits als nicht mehr ausreichendes Zugeständnis an die Rebellen erachteten. Ihm zufolge sollte die Durchsetzung seines Konzepts außerdem notfalls auch gegen den Wi-

[733] Telegramm Gołuchowskis an Liechtenstein, Wien 1896 Juli 28, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 43.
[734] Telegramme Gołuchowskis an Vélics, Mérey, Wolkenstein, Clary, Wien 1896 Juli 31, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 40, 35, 31, 21; Auszug abgedruckt in Verosta, Kollektivaktionen, 50. Vgl. Telegramm Liechtensteins an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Juli 30/18, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 56.

derstand des Sultans erfolgen, was auf die Erzwingung einer von beiden Konfliktparteien eigentlich abgelehnten Lösung durch die Großmächte hinausgelaufen wäre.[735]

Trotzdem gaben die ersten Reaktionen auf Gołuchowskis neues Rundtelegramm Grund zur Hoffnung auf Unterstützung. Ähnlich wie der russische Außenminister signalisierte auch die deutsche Regierung noch am 31. Juli 1896 ihre Bereitschaft, der Einrichtung einer Konsularkommission zuzustimmen und erklärte erneut ihre grundsätzliche Sympathie für den Gedanken einer Seeblockade Kretas.[736] Die deutsche Regierung entschuldigte sich regelrecht dafür, an der Entsendung eines Kriegsschiffs durch die „diesfälligen Anschauungen Kaiser Wilhelm's" gehindert zu sein, die „ja schon vom letzten Herbste bekannt seien".[737] Gleichzeitig erklärte Staatssekretär Rotenhan aber, auch der Konsularkommission nur ohne eigene Beteiligung zuzustimmen, da sich Deutschland auf Kreta wie immer durch den österreichisch-ungarischen Konsul vertreten lassen werde.[738] Auch die am 1. August 1896 vorgebrachte, „rein akademische" Frage Rotenhans, ob man die Kretakrise nicht auch einfach durch die vollständige Unabhängigkeitserklärung der Insel lösen könne, musste Gołuchowski anschaulich vor Augen führen, wie wenig er sich auf das Deutsche Reich als berechenbaren Partner verlassen konnte.[739] Dennoch versprach die deutsche Regierung vorerst, die Bemühungen Gołuchowskis um eine britische Zustimmung zur Blockade Kretas zu unterstützen.[740]

Auch der französische Außenminister Hanotaux ließ Gołuchowski vorsichtig ausrichten, dass er „im Principe" dem Vorschlag einer Konsularkommission „sympathisch gegenüber stehe". Er machte dem österreichisch-ungarischen Außenminister jedoch wieder einmal die Führungsrolle in der Initiative streitig, indem er die Hoffnung ausdrückte, die Arbeit der Konsularkommission würde auf einem Reformprogramm basieren, das er selbst mit dem französischen Konsul Blanc ausarbeiten wollte. Außerdem machte er seine Zustimmung zur Konsularkommission davon abhängig, dass es damit tatsächlich gelänge, die britische Regierung zur Unterstützung einer gemeinsamen Überwachung der Küsten Kretas zu gewinnen.[741]

Genau dies gelang aber nicht. Die Antwort Salisburys auf das Rundtelegramm Gołuchowskis bestand nämlich darin, dass er dem Vorschlag zur Einrichtung einer Konsularkommission zwar freudig zustimmte, allerdings ohne seine Position bezüglich der Blockade Kre-

[735] Telegramm Gołuchowskis an Liechtenstein, Wien 1896 August 2, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 44; Auszug abgedruckt in Verosta, Kollektivaktionen, 50–52.
[736] Vélics an Gołuchowski, Berlin 1896 Juli 31, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 24A–B; Telegramm Vélics an Gołuchowski, Berlin 1896 August 1, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 120; vgl. Telegramm Vélics an Gołuchowski, Berlin 1896 Juli 31, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 119.
[737] Vélics an Gołuchowski, Berlin 1896 Juli 31, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 24A–B.
[738] Ebda.
[739] Vélics an Gołuchowski, Berlin 1896 August 1, HHStA Wien, PA XII/279 privat.
[740] Telegramm Vélics an Gołuchowski, Berlin 1896 Juli 31, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 119.
[741] Telegramm Dumbas an Gołuchowski, Paris 1896 August 1, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 54.

tas zu verändern. Am 3. und 4. August 1896 stellte Salisbury gegenüber den diplomatischen Vertretern Deutschlands und Österreich-Ungarns nochmals kategorisch fest, sich an einer Blockade der aufständischen Insel keinesfalls beteiligen zu können, da seine Regierung sonst von der aufgebrachten britischen Öffentlichkeit gestürzt werden würde.[742] Gleichzeitig weigerte sich der Sultan, die Blockade Kretas anzuordnen und die Großmächte um ihre Durchführung zu bitten, wodurch sich eine weitere Vorbedingung für die Durchführung von Gołuchowskis Plan als unerfüllbar erwies.[743] Der russische Außenminister Lobanov ließ Gołuchowski daraufhin am 4. August 1896 ausrichten, dass er die von seinem österreichisch-ungarischen Kollegen für diesen Fall vorgesehene zwangsweise Umsetzung der Blockade und der Einsetzung der Konsularkommission für undurchführbar halte. Man könne nun wohl nichts mehr tun. Er habe aber dem osmanischen Botschafter gegenüber die Warnung ausgesprochen, die Signatarmächte des Berliner Vertrags könnten bei Fortsetzung der unkooperativen Haltung des Sultans jederzeit binnen zwei Tagen ohne jede Gefahr für den europäischen Frieden die griechische Annexion Kretas beschließen.[744] Gołuchowski reagierte auf das so offensichtliche, neuerliche Scheitern seiner Initiative mit Fassungslosigkeit und empörte sich über die nicht abgesprochene Drohung Lobanovs gegenüber dem osmanischen Botschafter. Letztere bezeichnete er als potentiell gefährliche „Explosion von Übellaunigkeit", als unverantwortliche Provokation einer „Entfesselung des muselmännischen Fanatismus" und als möglichen Anlass zur „Liquidirung der europäischen Türkei".[745] Während er seinem Ärger über den russischen Außenminister freien Lauf ließ, weigerte er sich aber nach wie vor, die kategorische Ablehnung der Blockade Kretas durch Salisbury zu akzeptieren, deren Unabänderlichkeit in den Berichten der österreichisch-ungarischen Botschaft in London immer wieder vergeblich betont wurde.[746]

Der griechische König bemühte sich unterdessen weiter, die offenkundige Uneinigkeit zwischen den Großmächten zur Verhinderung eines gemeinsamen Drucks auf Griechenland zu nutzen. Er beschwerte sich gegenüber den Vertretern der Großmächte über deren „griechisch-feindliche Politik", gab die Schuld daran aber ausdrücklich Österreich-Ungarn. Dem britischen Botschafter und dem russischen Außenminister gegenüber gab er dagegen sein

[742] Telegramm Vélics an Gołuchowski, Berlin 1896 August 3, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 121; Telegramm Clarys an Gołuchowski, London 1896 August 4, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 49; Clary an Gołuchowski, London 1896 August 6, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 29.
[743] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 1, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 106; Telegramm Herberts an Salisbury, Konstantinopel 1896 August 2, TNA PRO London, FO 78/4724 Nr. 304.
[744] Telegramm Liechtensteins an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 August 3/Juli 22, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 57.
[745] Gołuchowski an Liechtenstein, Wien 1896 August 5, HHStA Wien, PA XII/279 privat.
[746] Ebda; vgl. Telegramm Clarys an Gołuchowski, London 1896 August 4, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 49; Clary an Gołuchowski, London 1896 August 6, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 29.

„Ehrenwort“, Griechenland werde in der Kretakrise neutral bleiben, obwohl der mächtige „Wille der Nation“ angesichts der von den Großmächten mit verschuldeten Fortdauer der Krise drohe, die Regierung „hinwegzufegen“.[747] Am 6. August 1896 kündigte die griechische Regierung schließlich Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Waffentransporte nach Kreta an, wodurch eventuelle gemeinsame Maßnahmen der Mächte gegenüber Griechenland vorerst überhaupt jede argumentative Grundlage verloren.[748] Dies änderte allerdings nichts daran, dass inzwischen der Sohn des königlichen Adjutanten Oberst Timoleon Vassos und eine wachsende Anzahl junger Offiziere aus der griechischen Armee desertierten, um sich – offiziell als „Privatpersonen“ – den kretischen Rebellen anzuschließen. Die bürgerkriegsähnlichen Kämpfe auf Kreta erfassten unterdessen anlässlich von Gewaltausbrüchen in Candia nun auch den bislang ruhigeren Ostteil der Insel.[749]

Die in Konkurrenz zu den Reformverhandlungen der Botschafter in Konstantinopel vorgebrachte Kabinettsinitiative Gołuchowskis ist an dieser Stelle vor allem deshalb interessant, weil sie die Kompetenzstreitigkeiten zwischen den verschiedenen Funktionsebenen des Konzerts der Großmächte und den Konflikt um die Organisation internationaler Vermittlungsaktionen illustriert. Derartige Auseinandersetzungen sollten die gesamte Kretakrise unterschwellig begleiten. Den Regierungen war nämlich durchaus bewusst, dass die traditionellen Methoden der Konsensfindung zwischen Ministern nach dem Muster der Kabinettsdiplomatie des 18. und frühen 19. Jahrhunderts oft nicht mehr schnell und effizient genug waren. Schließlich befand man sich in einer Zeit, in der sich Neuigkeiten durch moderne Kommunikationsmittel immer rascher in den weltweiten Medien verbreiteten und die dadurch beeinflusste Öffentlichkeit in unterschiedlichem Ausmaß Druck auf die Regierungen ausüben konnte. Zusätzlich herrschte im Jahr 1896 aufgrund der unklaren und wechselhaften Verhältnisse innerhalb der in Annexionisten und Autonomisten gespaltenen, verschiedenen lokalen Anführern oder den Agitatoren des Athener Zentralkomitees folgenden kretischen Rebellen bei den vermittelnden Großmächten nicht immer völlige Klarheit über die Absichten der Aufständischen. Durch die langsame Reaktionszeit der Regierungen verschlimmerte Überraschungen waren immer möglich. Selbst Außenminister Gołuchowski, der Kollektivaktionen der Mächte so gerne durch Rundschreiben auf Regierungsebene zu initiieren versuchte, gestand in einem Privatschreiben an Botschafter Liechtenstein:

---

[747] Liechtenstein an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Juli 28/16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 52; Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 August 1, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 38; Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 1, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 105.
[748] Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 August 6, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 39A.
[749] Ebda.; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 August 3, HHStA Wien, PA XII/279 ohne Nummer; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 August 5, HHStA Wien, PA XII/279 ohne Nummer.

„Die Verhandlungen über Creta werden so oft durch die Ereignisse überholt, daß man dieselben nur auf telegrafischem Wege führen kann.“[750]

Der französische Außenminister Hanotaux ging bei seinen Schlussfolgerungen aus den Schwierigkeiten bei der Konsensfindung der Großmächte noch einen entscheidenden Schritt weiter. In einem Gespräch mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Paris erklärte er diesem, auf dem Wege des „gegenseitigen Sichantelegrafirens“ sei überhaupt keine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Großmächte mehr möglich. Es würden sich immer zu viele Verzögerungen und Missverständnisse ergeben, die schon im Jahr 1895 in der Armenischen Frage trotz des ehrlichen Wunsches aller Mächte, eine Eskalation zu vermeiden, beinahe zu einem gefährlichen Konflikt geführt hätten. Den einzigen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten sah Hanotaux in der einvernehmlichen Delegierung der Konsensfindung an kollektive Expertengremien. Die Botschafter in Konstantinopel hätten 1895 nie ihre Sachlichkeit und Einmütigkeit aufgegeben und durch ihre konstruktive Arbeit die drohende Krise abgewendet. Mit Verweis auf die „Ruhe, Mässigung und große Erfahrung“ von Botschaftern wie Calice und Cambon erklärte Hanotaux, den Botschaftern einen ähnlichen Erfolg nun auch in der Kretakrise zuzutrauen.[751]

Anders als Gołuchowski sah Hanotaux also in Botschafterkonferenzen und Konsularkommissionen nicht bloß eine Maßnahme zur Zerstreuung des Misstrauens einzelner Regierungen. Er sah in der Delegierung von Entscheidungsfindungsprozessen an kollektive Expertengremien vielmehr eine neue, vielversprechende Methode zur Zusammenarbeit eines europäischen Konzerts, dessen Mitglieder sich bei der Konsensfindung trotz eines zweifellos allgemeinen Interesses an der Erhaltung des Friedens zunehmend schwerer taten. Diese Überzeugung färbte auch sein Urteil über Gołuchowskis Vorschlag zur Einrichtung einer Konsularkommission auf Kreta.

Da sich Hanotaux von Kollektivorganen mehr erwartete als sein österreichisch-ungarischer Kollege, erschien ihm auch der bekannte Mangel an Professionalität bei den Konsuln als größeres Hindernis. In einem Gespräch mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Paris erklärte er, wenn man die Verantwortung für die Reformen auf Kreta ganz den Konsuln überließe, bestünde „die Möglichkeit von persönlichen ~ Rivalitäten und Empfindlichkeiten“, die den Reformprozess und die Einmütigkeit der Mächte gefährden könnten. Er trat daher ausdrücklich dafür ein, den „Mittelpunkt der Action“ bei den Botschaftern in Konstantinopel zu belassen, und eine allenfalls ins Leben gerufene Konsularkommission lediglich

[750] Gołuchowski an Liechtenstein, Wien 1896 August 5, HHStA Wien, PA XII/279 privat.
[751] Dumba an Gołuchowski, Paris 1896 August 3, HHStA Wien, PA XII/279 privat.

als lokales „Executiv-Organ“ der Botschafter auf Kreta zu konstituieren.[752] Den Botschaftern solle die Gelegenheit gegeben werden, ihr auf dem Pakt von Halepa basierendes, aber darüber hinausgehendes Reformprogramm auszuarbeiten, während es dann die Aufgabe der Regierungen sein werde, selbiges gegenüber Griechenland, dem Osmanischen Reich und den Rebellen durchzusetzen. Erst im Zuge der Durchsetzung des Reformprogramms der Botschafter werde dann die Frage eine Seeblockade Kretas aktuell werden.[753] Bereits am 3. August 1896 richtete Hanotaux entsprechende Instruktionen an Botschafter Cambon, die die Botschafter zur Fortsetzung ihrer selbstständigen Reunionen in der Reformfrage ermutigten. Lediglich der vorsichtige britische Geschäftsträger Herbert erachtete es für notwendig, seinen Premierminister nochmals um eine gesonderte Ermächtigung zu bitten.[754] Hanotaux ging in seinen Bemühungen aber noch weiter und bemühte sich insbesondere, Lobanov für sein Modell internationaler Konfliktvermittlung durch Kollektivorgane zu gewinnen. Russland und Frankreich sollten sich gemeinsam für eine unbedingte Umsetzung des Reformprogramms der Botschafter und für den Verbleib der Koordination der Reformen bei den Botschaftern stark machen. Botschafter Cambon wurde beauftragt, Calice zur Unterstützung des französisch-russischen Standpunktes zu überreden, da sich diesem dann wohl auch die britische Botschaft anschließen würde.[755]

Botschafter Calice brauchte gar keine besondere Ermutigung, um gegenüber Gołuchowski selbstbewusst die von diesem in Frage gestellte Vorrangstellung der Botschafterkonferenz in der Kretafrage zu verteidigen. Am 4. August 1896 hatte ihm dieser endlich sein zuvor den übrigen Kabinetten der Großmächte vorgelegtes Aktionsprogramm für Kreta übermittelt, allerdings ohne den von Lobanov kritisierten Punkt zur möglichen gewaltsamen Erzwingung seiner Annahme durch den Sultan. Offenbar suchte Gołuchowski angesichts erster Widerstände gegen sein Programm nun doch den Rat und die Argumentationshilfe des zuvor ignorierten Botschafters, den er um eine Einschätzung der Haltung Sultan Abdülhamits II. bat.[756] Calice erklärte, eine vom Sultan proklamierte und in seinem Namen von den Großmächten durchgeführte Seeblockade Kretas scheine ihm umsetzbar, eine von den Konsuln gebildete Überwachungs- und Kontrollkommission jedoch nicht. Er schlug daher die Umformulierung der entsprechenden Passage im Programm Gołuchowskis vor und präsentierte seinem Vorgesetzen einen Entwurf, in dem stattdessen von einer bloßen „Vermittlungskommission“ die Rede war. Diese Vermittlungskommission sollte nicht die entscheidende Instanz bei

[752] Telegramm Dumbas an Gołuchowski, Paris 1896 August 20, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 57.
[753] Dumba an Gołuchowski, Paris 1896 August 3, HHStA Wien, PA XII/279 privat.
[754] Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 3, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 306.
[755] Zürrer, Nahostpolitik, 342f.
[756] Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1896 August 4, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 46.

der Umsetzung der Reformen sein, sondern lediglich „vermittelnd“ bei der Modifizierung des Pakts von Halepa mitwirken. Auch wenn er es nicht direkt aussprach, trat Calice damit einmal mehr gegen die von Gołuchowski gewünschte Reaktivierung des Pakts von Halepa und für dessen Überarbeitung durch die Botschafter ein, die ja bereits im Gange war.[757]

Gołuchowski ließ sich für Calices Vorschlag nicht gewinnen. In seinem Antworttelegramm vom 6. August 1896 äußerte er sich etwas säuerlich darüber, dass die Botschafter sich so selbstständig über die Durchführung von Verhandlungen über eine Überarbeitung des Pakts von Halepa geeinigt hätten. Er machte Calice darauf aufmerksam, dass einstweilen „Herr Hanotaux“ der einzige Außenminister sei, dem die Erteilung eines entsprechenden Mandats an die Botschafter in Konstantinopel „vorschwebe“. Die Aktion der Botschafter wäre zwar sicher „von größtem Nutzen“, ändere aber nichts daran, dass die Großmächte mit den Konsuln über Vertreter direkt auf Kreta verfügten, die in der Lage seien, als „an Ort und Stelle befindliche europäische Commission“ zu arbeiten. In einer solchen Kommission läge die einzige wirksame Garantie gegen Ausschreitungen der osmanischen Truppen bei der Unterdrückung des Aufstandes.[758]

Calice reagierte noch am selben Tag mit einem Telegramm, in dem er die selbstständige Aktion der Botschafter nochmals ausdrücklich rechtfertigte und kaum verhaltene Kritik an der mangelhaften Zusammenarbeit der Regierungen der Großmächte übte. Die offenbar so geringe „Wirksamkeit der den Mächten […] zur Verfügung stehenden Actionsmittel“ und die sich abzeichnende Unmöglichkeit einer Einigung der Regierungen über eine Blockade Kretas hätten ein Handeln der Botschafter unbedingt notwendig gemacht. Fortgesetzte Inaktivität hätte sonst „die Schwierigkeit einer Verständigung der Mächte nach Außen hin zu sehr markiren“ können, hätte also allgemein sichtbar gemacht, wie wenig das vielgerühmte Konzert der Mächte in der Praxis funktionierte. Wohl auch um den von Gołuchowski angedeuteten Vorwurf zu entkräften, im Sinne eines Vorschlags von Hanotaux gegen seine außenpolitische Linie zu agieren, übernahm Calice ausdrücklich die Verantwortung für die selbstständigen Verhandlungen der Botschafter in Konstantinopel. Er habe selbige am 1. August 1896 völlig

[757] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 5, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 107; vgl.Den Originalwortlaut von Gołuchowskis Programm im Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1896 August 4, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 46. Im Programm Gołuchowskis hieß es über die Konsularkommission: „La commission ainsi constituée veillerait à l’application de la convention de Halepa […]“. Calices Gegenvorschlag lautete: „Les consuls des grandes ~ puissances […] constitués en commission auront pour ~ mandat de servir d’intermédiaires pour amener un entente sur les modifications à apporter à la convention de Halepa […]“.

[758] Gołuchowski an Calice, Wien 1896 August 6, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 452; Auszug abgedruckt in Verosta, Kollektivaktionen, 52–54.

aus eigener Initiative eingeleitet, und zwar aus den genannten Gründen ganz bewusst „ohne ein weiteres Zuwarten auf die Action der Mächte“.[759]

Wie sehr sich Calice im Zuge dieser Meinungsverschiedenheiten gegen seinen Vorgesetzten Gołuchowski und hinter die von Hanotaux unterstützte Idee stellte, die Botschafter in Konstantinopel als Schaltzentrale der Vermittlungsaktion auf Kreta zu etablieren, offenbart die Korrespondenz des französischen Botschafters Cambon. In seinem Bericht an Hanotaux vom 6.August 1896 empörte sich Cambon nicht nur selbst in den hellsten Tönen über den „unangebrachten” Vorschlag des österreichisch-ungarischen Außenministers, ausgerechnet die Konsuln auf Kreta mit der Vermittlungsaktion betrauen zu wollen, zu deren Durchsetzung sie weder die nötige Erfahrung noch die Mittel hätten. Er meinte auch etwas spöttisch, es sei doch „amüsant”, dass Calice erst durch ihn, Cambon, vom Vorschlag seines eigenen Vorgesetzten erfahren habe. Cambon erklärte weiter, Hanotaux könne sich wohl selbst zur Genüge vorstellen, wie der für seine Besonnenheit berühmte österreichisch-ungarische Botschafter auf das von seinem Chef verursachte „Durcheinander” reagiert habe.[760] Wenn man dem Bericht Cambons glauben darf, verweigerte Calice dem Vorschlag Gołuchowskis jegliche Unterstützung und betrieb die parallelen Verhandlungen der in „seinem” Botschaftspalais tagenden Botschafter über ein Reformprogramm für Kreta regelrecht in offener Rebellion gegen seinen Vorgesetzten:

„Was das Projekt einer Reunion der Konsuln mit europäischem Mandat betrifft, er ignoriert es vollkommen. Wir treffen uns bei ihm jeden zweiten Tag, um die Forderungen der christlichen Deputierten zu studieren; Graf Gołuchowski weiß darüber Bescheid, [aber das ist] egal.”[761]

Die von Hanotaux und Calice als Argument für die Führungsrolle der Botschafter benutzte Ineffizienz der Kommunikation zwischen den Regierungen wurde zur selben Zeit durch einen kleinen Zwischenfall bei der Koordinierung von Schutzmaßnahmen für fremde Staatsbürger in der ostkretischen Stadt Candia illustriert. Bereits am 4. August 1896 hatten die Botschafter bei den Regierungen angeregt, angesichts der inzwischen auch in Candia ausgebrochenen Unruhen die Konsuln und die Kommandanten der vor Kreta stationierten Kriegsschiffe anzuweisen, gemeinsam Notfallpläne für den Schutz ihrer in der Stadt lebenden Staatsangehörigen auszuarbeiten.[762] Im Gegensatz zum britischen Premierminister Salisbury, der schon am 4. August 1896 die entsprechenden Weisungen erteilt hatte, telegrafierte Gołu-

[759] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 6, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 34A.
[760] Cambon an Hanotaux, Therapia 1896 August 6, abgedruckt in: DDF 12, 716–718.
[761] „Quant au projet d'une réunion consulaire avec mandat européen, il l'ignore absolument. Nous nous réunissons chez lui tous les deux jours pour étudier les demandes des députés chrétiens; le comte Goluchowski le sait, n'importe.” Cambon an Hanotaux, Therapia 1896 August 6, abgedruckt in: DDF 12, 716–718, hier: 717.
[762] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 5, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 108.

chowski erst am 7. August an Konsul Pinter. Die Befehle an den Kommandanten der SMS „Maria Theresia“ begannen am selben Tag erst den längeren Umweg vom österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußeren über das Reichs-Kriegsministerium und die Marinesektion.[763] Es vergingen zwei weitere Tage, bis Pinter Gołuchowski am 9. August 1896 antwortete, dass er die Weisung zwar erhalten habe, dass sie inzwischen jedoch gegenstandslos war. Die „in Rede stehende Vereinbarung“ sei nämlich bereits am 5. August 1896 zwischen den Konsuln und den Schiffskommandanten getroffen worden.[764]

Es ist interessant, dass die so deutlich zu Tage getretenen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem österreichisch-ungarischen Außenminister und seinem Botschafter in Konstantinopel in der Konsularkommissionsfrage offenbar vorerst keine weiteren Folgen hatten, jedenfalls weder zu einem Einlenken Gołuchowskis noch zu einer Zurechtweisung Calices führten. Calice und Gołuchowski erklärten einander höflich aber bestimmt ihre divergierenden Standpunkte und setzten dann unbekümmert ihre parallelen, eigentlich sogar entgegengesetzten Bemühungen fort. Dabei zeichnete sich allerdings schon bald ab, dass die Ausarbeitung eines Reformprogramms durch die Botschafter bei den Regierungen der Großmächte insgesamt deutlich beliebter war als Gołuchowskis Programm zur Einrichtung einer Seeblockade und einer Konsularkommission. Hanotaux erneuerte am 7. August 1896 seinen Vorschlag einer Aufwertung der Rolle der Botschafter in Konstantinopel, dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Paris zufolge schon lange eine „alte Lieblingsidee“ des französischen Außenministers. Hanotaux zufolge sollten die Botschafter nun nicht nur mit der Ausarbeitung des Reformprogramms, sondern auch mit der Ausarbeitung der Details zur Blockade Kretas beauftragt werden, falls sich diese Idee Gołuchowskis durchsetzen sollte.[765] Am 10. August 1896 schloss sich auch die Regierung des Deutschen Reichs dem französischen Standpunkt über die Beauftragung der Botschafter in Konstantinopel an und erklärte, Botschafter Saurma bereits entsprechend instruiert zu haben.[766]

Die Botschafter widmeten sich unterdessen mit großer Energie ihren Sitzungen zur Ausarbeitung des Reformprogramms für Kreta. Als schwierigstes Thema erwies sich dabei nicht der eigentliche Inhalt des Reformprogramms, sondern die Frage, wie man gegebenenfalls mit einer Ablehnung der von den Großmächten empfohlenen Maßnahmen durch Sultan Abdülhamit II. umgehen solle. Calice vertrat dabei gegenüber seinen Kollegen offen die Ansicht, dass die von seinem Außenminister projektierte Blockade Kretas vom Sultan wohl auf

[763] Telegramm Gołuchowskis an Pinter, Wien 1896 August 7, HHStA Wien, PA XII/279 ohne Nummer.
[764] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 August 9, HHStA Wien, PA XII/279 ohne Nummer.
[765] Dumba an Gołuchowski, Paris 1896 August 7, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 43A.
[766] Telegramm Vélics an Gołuchowski, Berlin 1896 August 10, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 124.

jeden Fall abgelehnt werden würde. Eine Einigung der Großmächte über gemeinsamen Druck auf das Osmanische Reich hielt er angesichts der seit 1895 gemachten Erfahrungen für unrealistisch. Er sah aber in der zu erwartenden, ablehnenden Haltung des Sultans ein willkommenes Argument, mit dem die Großmächte im Fall eines Scheiterns des Reformprogramms die Verantwortung für die weitere Entwicklung auf Kreta zurücklegen könnten. Die bürgerkriegsähnlichen Zustände auf Kreta würden dann zwar fortbestehen, wahrscheinlich sogar eskalieren, sie würden aber aufhören, als Problemstellung für das Mächtekonzert zu existieren.[767] Der französische Botschafter Cambon, der russische Geschäftsträger Žadovskij und der britische Geschäftsträger Herbert waren dagegen der Ansicht, dass ein Rückzug der Großmächte von der Vermittlungsaktion auf Kreta in jedem Fall die gesamte Region destabilisieren und möglicherweise den Zerfall des Osmanischen Reichs einleiten würde. Ihnen zufolge war es daher unbedingt notwendig, den Sultan notfalls zur Annahme des Reformprogramms zu zwingen, „falls es die Politik der Großmächte sei, die Integrität dieses unglücklichen Staats noch weiter aufrecht zu halten […]".[768] Nachdem er weder seinen Außenminister noch seine Kollegen für sein „Ausstiegsszenario" aus der Kretakrise gewinnen konnte, ist keine weitere Propagierung dieser Idee durch Calice überliefert. Damit blieb im Ablehnungsfall nur die problematische Option von „Zwangsmaßnahmen" gegen den Sultan, die allerdings nicht unbedingt militärischer Natur sein mussten. Die an einer raschen Beilegung der Krise ebenso sehr wie die Diplomaten und Politiker interessierten Finanzkreise besprachen schon vor der Ratifizierung des Reformprogramms durch die Regierungen, wie sie ihrerseits auf nichtmilitärischer Weise zu seiner Annahme beitragen könnten. Sir Edgar Vincent, der Direktor der Osmanischen Bank, versprach in diesem Zusammenhang Geschäftsträger Herbert, er werde dem Sultan damit drohen, „dass die türkische Regierung bis zur Regelung der Kretischen Frage weder von der Osmanischen Bank noch von irgendjemandem sonst auch nur einen Penny erhalten wird."[769]

Die verbliebenen Differenzen der Botschafter bezüglich des Inhalts des Reformprogramms wurden nun rasch aus der Welt geschafft. Seitdem Calice in Abweichung von der politischen Linie seines Außenministers die Notwendigkeit anerkannt hatte, bei den Zugeständnissen an die kretischen Christen über die Bestimmungen des Pakts von Halepa hinauszugehen, herrschte in dieser grundsätzlichen Frage zwischen den Vertretern der Großmächte

[767] Herbert an Salisbury, Therapia 1896 August 10, TNA PRO London, FO78/4712 Nr. 633A.
[768] „If therefore it is the policy of the Great Powers to endeavour to maintain the integrity of this unfortunate country any longer [...]" Herbert an Salisbury, Therapia 1896 August 10, TNA PRO London, FO78/4712 Nr. 633A. Übers. d. Verf.
[769] „[…] that until the Cretan Question is settled, the Turkish Government will not obtain another penny from the Ottoman Bank nor from anyone else." Herbert an Salisbury, Therapia 1896 August 10, TNA PRO London, FO78/4712 Nr. 633A. Übers. d. Verf.

in Konstantinopel völlige Einigkeit.[770] Auch bei den Bestimmungen zur Nominierung künftiger Gouverneure für Kreta schwenkte Calice auf den Kurs der Mehrheit der Botschafter ein, ohne Gołuchowski erst darüber zu informieren. Der österreichisch-ungarische Botschafter hatte nämlich zuerst dafür plädiert, die Annehmbarkeit des Reformprogramms für den Sultan zu erhöhen, indem man ihm gestatten solle, den höchsten Verwaltungsposten der Insel gegebenenfalls auch mit Muslimen zu besetzen. Letztlich setzte sich jedoch die vom russischen Geschäftsträger Žadovskij vertretene Ansicht durch, vorerst auf der ausschließlichen Ernennung christlicher Gouverneure zu beharren, während der Vorschlag Calices als mögliches zukünftiges Zugeständnis an den Sultan bereitgehalten werden sollte.[771] Der Widerstand des britischen Geschäftsträgers Herbert gegen die von den Aufständischen geforderte und von den übrigen Botschaftern befürwortete Sondersteuer auf europäische Warenimporte nach Kreta war schwieriger zu umgehen. Die Botschafter lösten dieses Problem, indem sie beschlossen, die Frage vorerst aus dem Reformprogramm auszuklammern und ihren Regierungen zur gesonderten Behandlung zu unterbreiten.[772]

Ansonsten zeichnete sich die Arbeit am Reformprogramm durch das besonders rasche Verhandlungstempo und die Kooperationsbereitschaft zwischen den Vertretern der Mächte aus. Geschäftsträger Herbert betonte in seiner Berichterstattung an Lord Salisbury die gute gegenseitige Ergänzung der Stärken und Fähigkeiten einzelner Botschafter. So habe Calice seine überdurchschnittlich guten Verbindungen zur inoffiziell einflussreichen „Palastclique“ um Sultan Abdülhamit II. in den Dienst der gemeinsamen Vermittlungsaktion gestellt. Der französische Botschafter Cambon wiederum habe in den Verhandlungen über das zukünftige Verhältnis zwischen Zivil- und Militärverwaltung auf Kreta seine persönlichen Erfahrungen aus der algerischen Kolonialverwaltung einbringen können.[773] Schon am 9. August 1896 konnten die Vertreter der Großmächte die Arbeit am Reformprogramm abschließen und Abschriften des vierzehn Punkte umfassenden Dokuments zur Begutachtung an ihre Regierungen übermitteln.[774]

Das Programm basierte tatsächlich auf dem Pakt von Halepa und berief sich in mehreren Punkten ausdrücklich auf die Wiederinkraftsetzung der Bestimmungen von 1887. Es berücksichtigte aber auch ausgewählte weiter gehende Forderungen der kretischen Christen nach autonomer Verfügungsgewalt über einen Teil der Zölle und Steuern, nach Mitsprache

[770] Herbert an Salisbury, Therapia 1896 August 10, TNA PRO London, FO78/4712 Nr. 633A.
[771] Herbert an Salisbury, Therapia 1896 August 10, TNA PRO London, FO78/4712 Nr. 633B.
[772] Ebda.
[773] Herbert an Salisbury, Therapia 1896 August 10, TNA PRO London, FO78/4712 Nr. 633A, 633B.
[774] Herbert an Salisbury, Therapia 1896 August 10, TNA PRO London, FO78/4712 Nr. 633; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 11, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 35.

der Großmächte bei der Ernennung ausschließlich christlicher Gouverneure und nach Einschränkung des Wohnrechts der muslimischen HalikutInnen. Die Kompetenzen der mit der Ausarbeitung der zweijähriger Budgets beauftragten Generalversammlung wurden erweitert, eine Legislaturperiode von zwei Jahren festgeschrieben und Neuwahlen innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Reformprogramms angekündigt. Die wesentlichste Veränderung gegenüber dem Pakt von Halepa bestand aber wohl darin, dass das neue Reformprogramm die Mitverantwortung und Mitbestimmung der Großmächte auf allen Verwaltungsebenen vorsah und ausdrücklich festschrieb. Neben der Mitsprache bei der Ernennung des Gouverneurs sollten die Mächte auch Delegierte und Berater zur Reform des Justizwesens und für den Aufbau einer neuen Gendarmerie entsenden. Der vierzehnte Punkt des Programms stellte nochmals die „Versicherung" der Umsetzung des Programms durch die Großmächte fest. Außerhalb des eigentlichen Programms empfahlen die Botschafter ihren Regierungen außerdem noch die Einigung über eine mögliche Sondersteuer auf Importe und die eventuelle Überwachung der Reformen durch die auf Kreta stationierten Konsuln, allerdings ohne aus diesen eine Konsularkommission mit erweiterten Befugnissen zu bilden.[775]

Mit der bloßen Übermittlung des Reformprogramms der Botschafter an die Regierungen der Großmächte war die Kretakrise noch keinesfalls beigelegt. Angesichts der unübersichtlichen Lage auf Kreta, der sich überall auf der Insel fortsetzenden blutigen Zusammenstöße und der fortgesetzten Lieferung von Waffen und Freiwilligen aus Griechenland schien es durchaus noch möglich, dass die Bemühungen der Botschafter vor einer Ratifizierung des Programms durch unvorhergesehene Entwicklungen zunichte gemacht würden. Der griechische König drohte dem britischen Gesandten unverblümt, wenn die Großmächte nicht innerhalb weniger Tage eine Lösung fänden, müsse er Kriegsschiffe nach Kreta schicken, um seinen eigenen Sturz zu verhindern.[776] Der österreichisch-ungarische Geschäftsträger meldete aus Athen, die griechische Regierung sei gespalten und einzelne Minister würden mittlerweile offen die Annexionisten unterstützen.[777] Gołuchowski hatte die Hoffnung noch nicht aufgegeben, statt dem Programm der Botschafter seine eigene Kabinettsinitiative inklusive Verhängung einer Seeblockade und Übertragung der kretischen Reformen an eine Konsularkommission durchzusetzen. Sultan Abdülhamit II. verfolgte seinerseits das Ziel, die Vermittlungsaktion der Großmächte durch Ausnutzung ihrer Uneinigkeit zu Fall zu bringen und seine eigene Souveränität über Kreta nicht nur „nominell" sondern auch praktisch zu bewahren. In der Af-

[775] Dispositions que les Représentants des Puissances considèrent comme pouvant être adoptées par la Porte, Beilage zu Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 11, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 35.
[776] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1896 August 12, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 51.
[777] Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 August 13, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 41A.

färe um die Entsendung des osmanischen Sondervermittlers Zihni Paşa nach Kreta sollten sich die beiden letztgenannten Faktoren abermals mit der ungeklärten Frage der Rechte und Pflichten der Botschafter im Rahmen von Vermittlungsaktionen des Konzerts der Großmächte verbinden.

II.c.3. Konfliktlösung ohne externe Vermittlung? Die Mission Zihni Paşas

Am 11. August 1896 telegrafierte Außenminister Gołuchowski an die diplomatischen Vertreter Österreich-Ungarns in Berlin, Rom und Paris, dass sich Lord Salisbury nicht zur Teilnahme an einer gemeinsamen Seeblockade Kretas oder der griechischen Festlandhäfen überreden ließe, und dass er daher seine Initiative in dieser Sache aufgegeben habe.[778] Ein streng vertrauliches Telegramm an Botschafter Liechtenstein in St. Petersburg vom selben Tag beweist aber, dass dies keineswegs den Tatsachen entsprach. Vielmehr griff er Lobanovs Vorschlag vom 30. Juli 1896 auf, die Blockade auch ohne Großbritannien durchzuführen und ermutigte den russischen Außenminister, mit diesem Vorschlag an die übrigen Kabinette heranzutreten.[779] Gołuchowski versuchte also, verdeckt auf eine gemeinsame Blockade Kretas durch alle Großmächte außer Großbritannien hinzuarbeiten, indem er den Vorschlag heimlich stellvertretend durch Russland einbringen lassen wollte, während er sich selbst demonstrativ davon distanzierte. Dabei teilte er Lobanov aber vorab genau die Bedingungen mit, unter denen dieser seinen Vorschlag zu machen hätte. So wäre ein passives Gutheißen der Aktion durch die Regierung des Deutschen Reichs nicht genug. Alle Großmächte außer Großbritannien hätten sich aktiv an der Flottenaktion zu beteiligen. Die Blockade sei notfalls auch gegen den Widerstand des Osmanischen Reichs durchzuführen. Die Ausarbeitung der Reformen solle den Botschaftern und der Konsularkommission gemeinsam obliegen, die Umsetzung der Beschlüsse gegenüber Griechenland und dem Osmanischen Reichs nötigenfalls ebenfalls mit Gewalt erzwungen werden.[780] Gołuchowski hatte seine Haltung gegenüber den Botschaftern in Konstantinopel also bereits etwas angepasst, was sich auch daran zeigte, dass er diesmal Calice von Anfang an über seine verdeckte Initiative informierte.[781] Dieser gratulierte seinem Außenminister promt zu dem „guten taktischen Zug“, erklärte aber gleichzeitig, eine Ableh-

[778] Telegramme Gołuchowskis an Vélics, Dumba, Mérey, Wien 1896 August 11, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 42, 33, 37.
[779] Telegramme Gołuchowskis an Liechtenstein, Wien 1896 August 11, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 47, 48; Zum Vorschlag Lobanovs vom 30. Juli vgl. Telegramm Liechtensteins an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Juli 30/18, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 56; Liechtenstein an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Juli 30/18, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 54.
[780] Telegramme Gołuchowskis an Liechtenstein, Wien 1896 August 11, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 47, 48.
[781] Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1896 August 11, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 48.

nung des Vorschlags durch Lobanov zu erwarten. Diese Ablehnung müsse man allerdings „im Grunde nicht bedauern“, da dann die Verantwortung ja nicht mehr bei Österreich-Ungarn liege. Er interpretierte also den neuerlichen Vorstoß offenbar als Ausstiegsstrategie aus der Initiative unter Wahrung des Gesichts, was nicht notwendigerweise den tatsächlichen Absichten Gołuchowskis entsprach.[782]

Lobanov zeigte sich tatsächlich wenig geneigt, sich von seinem österreichisch-ungarischen Kollegen „einspannen“ zu lassen. Seine Antwort enthielt zwar neue, wortreiche Bekenntnisse zur Bedeutung der „Einmütigkeit“ zwischen den Großmächten im Allgemeinen, zwischen Russland und Österreich-Ungarn im Speziellen, vor einer Initiative unter Ausklammerung Großbritanniens schreckte er aber zurück. Falls eine Beruhigung der Lage auf Kreta nicht gelänge, kündigte er an, mit Gołuchowski anlässlich des für Ende August geplanten Besuchs des Zaren in Wien persönlich ein nicht näher erwähntes „Projekt“ besprechen zu wollen.[783] Der in der älteren Literatur zu findende Vorwurf, der Blockadevorschlag Gołuchowskis sei im August 1896 am Veto der britischen Regierung gescheitert, nur um später im Frühjahr 1897 wieder aufgegriffen zu werden, ist daher etwas zu kurz gegriffen.[784] Erstens wäre die von Gołuchowski 1896 vorgeschlagene Blockade Kretas gegen den Widerstand des immer noch als Souverän der Insel anerkannten Sultans zu diesem Zeitpunkt ein aggressiver Akt gegen das Osmanische Reich gewesen. Zweitens wäre es gemäß den Spielregeln des Mächtekonzerts ja durchaus möglich gewesen, die Blockade Kretas so wie die 1886 über Griechenland verhängte Blockade unter „Desinteresse“ einer einzelnen Großmacht umzusetzen, ohne dass dies notwendigerweise als Bruch der Einigkeit der Großmächte aufgefasst worden wäre.[785] Die Seeblockade Kretas durch die Großmächte scheiterte 1896 somit nicht an der Weigerung Lord Salisburys, sich zu beteiligen, sondern an der Weigerung Gołuchowskis, eine Blockade ohne Beteiligung Großbritanniens vorzuschlagen, sowie an der Weigerung Lobanovs, seinem österreichisch-ungarischen Kollegen diese Aufgabe abzunehmen.

---

[782] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 13, HHStA Wien, PA XII/279 privat.
[783] Telegramm Liechtensteins an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 August 12/ Juli 31, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 64; vgl. Liechtenstein an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 August 16/ 4, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 60A. Bei dem „Projekt“ handelte es sich vermutlich um die von Lobanov während des Zarenbesuchs in Wien zwischen 27. und 29. August 1896 versuchte Aussprache mit Gołuchowski über eine gemeinsame Verteidigung des Status Quo im Osmanischen Reich gegen das vom russischen Außenminister als potentieller Unruhestifter gefürchtete Großbritannien. Gołuchowski sollte die diesbezüglichen Erklärungen Lobanovs aber nur frostig aufnehmen und nach dem plötzlichen Tod seines russischen Kollegen am 30. August erklären, die Unterredung habe nun ohnehin „nur mehr einen historischen Werth“. Wakounig, Grandseigneur, 164–166.
[784] Vgl. etwa Verosta, Kollektivaktionen, 54.
[785] Schulz, Normen, 554–558; Verosta, Kollektivaktionen, 15–19. 1886 war die Blockade Griechenlands unter „Desinteresse“ Frankreichs ohne Beteiligung französischer Kriegsschiffe erfolgt.Verosta, Kollektivaktionen, 26–29; Ekinci, Origins, 10f; Zelepos, Ethnisierung, 149.

Unterdessen entwickelten sich die Dinge auf Kreta in einer Weise, die eine Umsetzung jedweder Intervention der Großmächte mit erheblichem Zeitdruck verband. Zeitgleich mit der Übermittlung des Reformprogramms der Botschafter an ihre Regierungen entsandte Sultan Abdülhamit II. nämlich plötzlich seine eigenen „Spezialkommissäre“ nach Kreta. Der ehemalige *Vali* von Hüdavendigar[786], Mustafa Zihni Paşa, und ein Abgesandter des osmanischen Kassationsgerichtshofs, Ikiadis Efendi, sollten in direkten Kontakt zu den christlichen Aufständischen treten und mit ihnen über Bedingungen einer Beendigung der Rebellion verhandeln.[787] Sowohl die christlichen Abgeordneten der kretischen Generalversammlung als auch die Sprecher der Aufständischen verweigerten allerdings direkte Verhandlungen mit dem osmanischen Spezialkommissär und forderten stattdessen am 12. August 1896 die Vermittlung der Konsuln der Großmächte.[788] Gleichzeitig ließ eine von den kretischen Aufständischen gebildete Volksversammlung den Vertretern der Großmächte die Drohung ausrichten, wenn nicht innerhalb von acht Tagen eine offizielle Antwort der osmanischen Regierung auf die im Namen der kretischen ChristInnen übermittelten Reformforderungen erfolgen würde, werde einseitig die griechische Annexion Kretas proklamiert.[789]

Botschafter Calice beurteilte die Mission Zihni Paşas noch am 11. August 1896 als „Schritt auf dem richtigen Wege“. Er hielt die Mission zwar für zum Scheitern verurteilt, versprach sich davon aber eine Beschleunigung der allseitigen Annahme des Reformprogramms der Botschafter.[790] Die unter gleichzeitiger Verkündung eines achttägigen Ultimatums vorgebrachte Forderung der kretischen Aufständischen nach Vermittlung der Konsuln versetzte die Botschafter allerdings in eine unangenehme Zwangslage. In offensichtlicher Anerkennung der Botschafter als Zentralstelle zur Koordinierung der Vermittlungsaktion der Großmächte richteten die Konsuln Biliotti und Blanc ihre Bitte um Instruktionen nun an sie und nicht an ihre Regierungen. Gleichzeitig lieferten sie den Botschaftern ein willkommenes Argument gegen die diesen inzwischen unbequem gewordene Mission des osmanischen Spezialkommissärs. Sie berichteten nämlich über die von den christlichen Abgeordneten der Generalversammlung

[786] Osmanisches *Vilâyet* an der kleinasiatischen Küste des Marmarameers, entsprach in etwa dem heutigen türkischen Verwaltungsbezirk Bursa.
[787] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 11, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 35; vgl. Şenişik, Transformation, 130–134; Ähnliche „Sonderkommissäre” waren bereits 1895 nach Kreta entsandt worden, um den bei einer Volksversammlung in der Kathedrale von Canea geäußerten Forderungen nach einer Gendarmeriereform entgegenzukommen. Vgl. Der kretensische Aufstand und dessen staatsrechtliche Vorbedingungen, *Neue Freie Presse*, Wien 1896 Juli 14, 2f.
[788] Telegramm Blancs an Boulinière, Canea 1896 August 12, Beilage zu Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 13, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 36H.
[789] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 13, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 36A.
[790] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 11, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 35.

geäußerte Vermutung, es handle sich dabei um den Versuch des Sultans, die Verhandlungen über die kretischen Reformen „der Kontrolle der Mächte zu entziehen“.[791]

In einer am 13. August 1896 eilig abgehaltenen Reunion beschlossen die Botschafter, sich nun ausdrücklich von der Mission Zihni Paşas zu distanzieren. In einer gemeinsamen Antwort an die Konsuln wurden diese von den Botschaftern außerdem darauf aufmerksam gemacht, dass sie “derzeit nicht in der Lage” seien, die gewünschte Autorisierung zur Vermittlung zwischen den kretischen Rebellen und dem osmanischen Spezialkommissär zu erteilen. Die Konsuln wurden aber angewiesen, die Vermittlung auch nicht kategorisch abzulehnen, sich hinhaltend zu verhalten und einen endgültigen Abbruch der Verhandlungen durch die christlichen Abgeordneten unbedingt zu verhindern.[792]

Grund für die Zurückhaltung der Botschafter war dabei keinesfalls mangelndes Selbstvertrauen oder gar eine Scheu davor, den Konsuln ohne Rückfrage bei den Regierungen Anweisungen zu erteilen. Die Botschafter hatten vielmehr Angst davor, die Kontrolle über die Kretafrage an die Konsuln zu verlieren und wollten diese nur auf Basis ihres eigenen, selbstständig ausgearbeiteten Reformprogramms zu einer Vermittlung zwischen den Konfliktparteien ermächtigt sehen. Der britische Geschäftsträger Herbert erklärte gegenüber seiner Regierung besonders deutlich, dass die noch ausständige Bestätigung des Reformprogramms durch die Regierungen der Großmächte angesichts des Ultimatums der kretischen Aufständischen und der Unmöglichkeit einer Vermittlung ohne die Grundlage eines Reformprogramms eine “einigermaßen schwierige Situation” schaffe.[793] Diese argumentative Verknüpfung lässt sich im Zusammenhang mit der von Calice gegenüber Gołuchowski ausgedrückten Hoffnung sehen, der durch die Zihni-Mission erzeugte Druck könnte die allseitige Annahme des Reformprogramms beschleunigen.[794] Auch Calice verabsäumte nicht die Gelegenheit, Gołuchowski mit Verweis auf die durch die Mission Zihni Paşas erzeugte Zwangslage “ergebenst” zu ersuchen, nicht einfach eine Vermittlungsaktion der Konsuln, sondern eine Vermittlungsaktion der Konsuln auf Grundlage des Reformprogramms der Botschafter zu autorisieren.[795] Gleichzeitig deckte er seinen Außenminister mit weiteren Argumenten für die Anerkennung der Botschafterkonferenz als Schaltzentrale der kretischen Reformaktion ein, indem er ihn eigens

[791] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 13, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 112; vgl. Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 13, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 323.
[792] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 13, PA XII/279 Nr. 113; vgl.Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 13, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 324.
[793] „Situation is somewhat difficult as we cannot give instructions to our Consuls until we know whether our Gov.ts approve our modifications of Cretan proposals. On the other hand Christian deputies threaten to leave Canea sooner than treat with Zihni Pasha + this might render all further negotiations impossible.” Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 13, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 325. Übers. d. Verf.
[794] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 11, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 35.
[795] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 13, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 113.

darauf hinwies, wie günstig die Botschafter dank des "unter den hiesigen Botschaften etablirten Mittheilungsaustausches" im Informationsfluss zwischen den Großmächten und ihren Vertretern im Osmanischen Reich positioniert seien.[796]

Der Inhalt des von Zihni Paşa als Verhandlungsgrundlage vorgeschlagenen Friedensangebots entsprach keinesfalls dem Wunsch der Botschafter, sich als Koordinationsstelle der diplomatischen Interventionen der Großmächte im Osmanischen Reich zu etablieren. Es war dem eigentlich noch geheim gehaltenen Reformprogramm der Botschafter zwar in vielen Punkten verdächtig ähnlich, unterschied sich jedoch in einem wesentlichen Punkt.[797] Es sah nämlich vor, die Konsuln zu einem der von Gołuchowski propagierten Konsularkommission ähnelnden, obersten internationalen Kontrollorgan zu machen, das jede andere Form von Kontrolle oder Garantien des Reformprozesses durch die Großmächte ersetzen sollte.[798] Es lässt sich nicht feststellen, ob hinter diesem Vorschlag etwa die Hoffnung des Sultans stand, mit den in Zusammenarbeit vergleichsweise unerfahrenen Konsuln auf Kreta leichteres Spiel zu haben als mit den Botschaften in Konstantinopel. Es war aber wohl kaum bloßer Zufall, dass die zur Diskussion gestellten osmanischen Zugeständnisse genau in diesem neuralgischen Punkt, der zu diesem Zeitpunkt so zentrale Bedeutung für die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen und Botschaftern der Großmächte hatte, vom Kompromissprogramm der Botschafter abwich.

Es überrascht somit wenig, dass sich die Botschafter ebenso einhellig wie energisch gegen die Ziele der Mission Zihni Paşas aussprachen, sobald sie ihnen bekannt wurden. Wider besseres Wissen behaupteten sie, der Sultan beharre ausschließlich auf einer Wiedereinführung des unmodifizierten Pakts von Halepa und erklärten, die Entsendung des Spezialkommissärs sei nur „eines der üblichen türkischen Mittel um Zeit zu gewinnen".[799] In etwas paradoxer Weise wurde somit der Versuch direkter Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien als „Einmischung" in eine Vermittlungsaktion abgelehnt, deren Inhalt den betroffenen Konfliktparteien zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal verraten werden konnte, da die offizielle Autorisierung durch die Regierungen noch ausständig war. Die Sorge der Botschafter war

---

[796] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 13, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 36A.

[797] Auch im Verhandlungsangebot des Sultans war etwa die Unterstellung aller osmanischen Truppen auf Kreta unter den Befehl des christlichen Zivilgouverneurs und die Überschreibung eines großen Teils der kretischen Steuereinnahmen zur direkten Disposition der Provinzadministration vorgesehen. Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 19, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 335. Botschafter Calice selbst konstatierte jedenfalls eine „merkwürdige Übereinstimmung der beiderseitigen Propositionen". Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 27, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 38A.

[798] Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 19, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 335.

[799] „Zihni Pasha's Mission is apparently one of the ordinary Turkish devices to gain time and to produce an effect. The statements made to us at the Porte as reported in my telegram No.319 were incorrect, and he is only sent to Crete to endeavour to induce the Cretans to accept the Halepa convention." Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 14, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 328. Übers. d. Verf.

groß genug, um Calice zu bewegen, die Mission Zihni Paşas offenbar ohne entsprechende Instruktion zum Gegenstand einer persönlichen Audienz bei Sultan Abdülhamit II. zu machen. Dabei ging der österreichisch-ungarische Botschafter so weit, die Ratifizierung des Reformprogramms durch die Regierungen gewissermaßen vorweg zu nehmen, indem er dem Sultan gegenüber erste Andeutungen über dessen Inhalt machte. Dies sollte wohl den Eindruck erwecken, es gäbe bereits eine entsprechende Vereinbarung zwischen den Großmächten, weshalb die Mission des Spezialkommissärs überflüssig sei. Calice ergänzte seinen Vorstoß beim Sultan durch eine analoge Vorsprache bei dessen Berater und Sekretär Izzet Bey. Seine Kollegen waren über diese Bemühungen ihres Doyens informiert, und die Vertreter Russlands und Deutschlands unterstützten ihn dabei aktiv. Seinem eigenen Außenminister berichtete Calice über diese Schritte allerdings erst zwei Wochen später, am 27. August 1896.[800]

Außenminister Gołuchowski hatte unterdessen am 15. August 1896 Calices Anfrage bezüglich einer Instruktion der Konsuln zur Vermittlung zwischen Zihni Paşa und den kretischen Rebellen beantwortet. Die Unterstellung der Konsuln unter die Befehlsgewalt der in der Kretafrage vermittelnden Botschafter scheinbar bestätigend, billigte er den entsprechenden Schritt der Botschafter. Er lobte sogar ausdrücklich das von diesen ausgearbeitete Reformprogramm für Kreta und bezeichnete es als „geeignet als Basis vorläufiger Verhandlungen zwischen den Aufständischen und der Pforte“. So sehr er persönlich die Reforminitiative der Botschafter begrüße, müsse diese „allerdings erst geprüft und von den Cabineten gutgeheißen werden, bevor eine einheitliche Action der Mächte zu deren Durchführung möglich wird“.[801]

Das Rundtelegramm, das Gołuchowski am selben Tag an die Botschafter bei den Regierungen aller Großmächte abschickte, zeigt allerdings deutlich, dass er sich die Beauftragung der Konsuln etwas anders vorstellte als Botschafter Calice. Gołuchowski wünschte nämlich, dass sich die Konsuln anlässlich ihrer Vermittlung zwischen Zihni Paşa und den Rebellen nun endlich zu der von ihm geforderten Konsularkommission konstituieren sollten. Dabei sollten aber weder die Konsularkommission auf Kreta noch die Botschafter in Konstantinopel eine aktive Rolle als Schnittstelle im Entscheidungsfindungsprozess zwischen den Großmächten übernehmen. Vielmehr sollte die Konsularkommission lediglich allgemein „die aufgeregten Gemüter beruhigen“ und für das Konzert der Mächte die Zeit gewinnen, die die Kabinette benötigen würden, um sich auf Regierungsebene über ein Reformprogramm zu verständi-

[800] Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 14, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 328; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 27, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 38A.
[801] Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1896 August 15, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 53; Auszug abgedruckt in Verosta, Kollektivaktionen, 55f.

gen.[802] Gołuchowskis beharrte also trotz der heiklen, instabilen Lage auf Kreta auf Telegrammdiplomatie zwischen den Regierungen und sprach sich gegen eine Delegierung von Kompetenzen an kollektive Expertengremien wie die Botschafterkonferenz in Konstantinopel aus.

Die internationalen Reaktionen auf diese neuerliche Initiative Gołuchowskis bewegten sich zwischen vorsichtiger Zurückhaltung, Verwirrung und Ablehnung. Die deutsche Regierung stimmte gemäß ihrem bis dahin bewährten Verhaltensmuster in der Kretakrise dem Vorschlag neuerlich zu, ohne sich beteiligen zu wollen, indem sie wieder auf das Fehlen eines ausreichend hochrangigen Vertreters des Deutschen Reichs auf Kreta verwies.[803] Der russische Außenminister Lobanov ließ Gołuchowski ausrichten, dass er seinen Gedanken zwar im Wesentlichen zustimme, jedoch unbedingt die „volle Handlungsfreiheit" der Botschafter gewahrt wissen wolle.[804] Obwohl er den Vorschlag Gołuchowskis „exzellent" fände, schiene es ihm „klüger", derzeit „noch" keine Konsularkommission einzuberufen, da dies die christlichen Abgeordneten der kretischen Generalversammlung zur Überschätzung ihrer Bedeutung und zu überzogenen Forderungen ermutigen könnte.[805] In einem Telegramm vom 17. August 1896 ließ sich Gołuchowski daraufhin gegenüber Calice über die Stellungnahme seines russischen Kollegen aus, die ihm „nicht recht verständlich" schien, da er „nicht einsehe, welchen praktischen Werth" eine weitere Verzögerung der Einberufung einer kretischen Konsularkommission habe.[806] In verärgertem Tonfall wies er nun Caluce an, sich in Konstantinopel dafür einzusetzen, dass die Konsuln zur Vermittlung zwischen Zihni Paşa und den kretischen Aufständischen in Form einer Konsularkommission beauftragt würden. Er befahl Calice außerdem, Konsul Pinter daran zu erinnern, dass er sich „dieser Aufgabe nicht zu entziehen" habe.[807] Nachdem alle anderen Mittel gescheitert waren, sollten den Vorstellungen Gołuchowskis zufolge nun also die Botschafter in Konstantinopel selbst die Delegierung ihrer Kompetenzen an die Konsuln beschließen! Wie angespannt die Nerven des österreichisch-ungarischen Außenministers angesichts seiner wiederholten Misserfolge waren, lässt sich an

---

[802] „Cette commission au sujet de laquelle les puissances tombèrent récemment d'accord aurait tout d'abord l'avantage de calmer les esprits sur échauffés en Grèce en leur prouvant l'intérêt que porte l'Europe à la question crétoise et ferait gagner du temps pour permettre aux Cabinets d'arriver à une entente sur une attitude ultérieure au cas où la mission Zihni n'aboutirait pas à un résultat satisfaisant." Telegramm Gołuchowskis an Liechtenstein, Vélics, Clary, Dumba, Mérey, Calice, Wien 1896 August 15, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 51, 44, 24, 34, 38, 53. Übers. d. Verf.

[803] Telegramm Vélics an Gołuchowski, Berlin 1896 August 15, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 126.

[804] „Prince Lobanow a ajouté qu'il ~ agissait ainsi d'accord avec les idées émises par Votre Excellence mais qu'il avait laissé toute liberté à l'action des ambassadeurs pour charger consuls de se constituer en commission." Telegramm Liechtensteins an Gołuchowski, St. Petersburg 1896 August 17, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 68. Übers. d. Verf.

[805] Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1896 August 17, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 54.

[806] Ebda.

[807] Ebda.

seinem Bericht vom 15. August 1896 über eine Vorsprache des osmanischen Botschafters in Wien erkennen. Darin erklärte Gołuchowski, er sei der unterwürfigen Bitte des osmanischen Botschafters um Ratschläge in der Kretafrage mit der schroffen Antwort begegnet, „daß es mir zwecklos schiene, überhaupt mit Rathschlägen hervorzutreten, die entweder gar nicht oder doch erst zu einem so späten Zeitpunkte befolgt werden, daß sie ihre Wirkung gänzlich verfehlen“.[808]

Calice engagierte sich offenbar nur sehr beschränkt für die Annahme des Vorschlags seines Vorgesetzten durch die übrigen Botschafter. Am 17. August 1896 ließ der italienische Außenminister seinem österreichisch-ungarischen Kollegen ausrichten, er sei zwar immer bestrebt, die Einmütigkeit der Großmächte zu wahren, wisse aber nicht so recht, was er mit dem neuesten Vorschlag Gołuchowskis anfangen solle. Dieser stünde nämlich im Widerspruch zu den Instruktionen, die von den Botschaftern bereits am 15. August 1896 an die Konsuln auf Kreta übermittel worden seien.[809] Darin waren die Konsuln von den Botschaftern angewiesen worden, ihre „guten Dienste“ zur Vermittlung zwischen Zihni Paşa und den kretischen Christen anzubieten, da es von größter Wichtigkeit sei, einen dauerhaften Abbruch der Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien zu verhindern. Von der Bildung einer Konsularkommission war jedoch nicht die Rede gewesen.[810]

Tatsächlich war das Verhalten der Botschafter diesmal besonders offensichtlich durch die Notwendigkeit rascher Reaktionen auf potentiell folgenschwere Entwicklungen auf Kreta legitimiert. Die Drohung einer einseitigen Proklamation der griechischen Annexion Kretas durch die Aufständischen wurde zwar nicht umgesetzt, die christlichen Abgeordneten der Generalversammlung verhielten sich bei einem ersten Treffen mit Zihni Paşa aber betont abweisend und unkooperativ. Im Anschluss an das ergebnislose Treffen erklärten sie, die Verhandlungen abbrechen und am 21. August 1896 in ihre jeweiligen Wahlbezirke zurückkehren zu wollen. Nur unter großen Mühen und eindringlichen Warnungen vor den bei Abbruch der Verhandlungen zu erwartenden neuen Kampfhandlungen konnten die Konsuln die Abgeordneten vorerst von diesem Schritt abbringen.[811] Dabei waren die Konsuln selbst nicht ganz unschuldig an der schroff abweisenden Haltung, die die christlichen Abgeordneten gegenüber Zihni Paşa einnahmen. Der französische Konsul Blanc hatte letzteren nämlich unvorsichtigerweise den Inhalt eines Telegramms aus Konstantinopel mitgeteilt, in dem Botschafter

[808] Gołuchowski an Calice, Wien 1896 August 15, Wien 1896 August 17, HHStA Wien, PA XII/279 Privatschreiben.
[809] Telegramm Méreys an Gołuchowski, Rom 1896 August 17, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 85.
[810] Vgl. Wortlaut der Instruktionen der Botschafter an die Konsuln im Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 19, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 336.
[811] Biliotti an Salisbury, Canea 1896 August 20, TNA PRO London, FO78/4636 Nr. 65; Telegramm Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 August 19, HHStA Wien, PA XII/279 ohne Nummer.

Cambon die Vermutung geäußert hatte, der Auftrag des osmanischen Spezialkommissärs diene nur der Beschaffung von Informationen über die Aufständischen und die christlichen Abgeordneten. Durch ein beschwichtigendes Rundschreiben an einflussreiche kretische Christen versuchten die Konsuln den Effekt dieser Indiskretion wieder aufzuheben und ihrem von den Botschaftern erteilten Auftrag zu Verzögerung und Zeitgewinn gerecht zu werden.[812] Der österreichisch-ungarische Konsul Pinter teilte angesichts dieser Erfahrungen seinem noch immer auf die Einrichtung einer Konsularkommission hoffenden Außenminister am 19. August 1896 eine ernüchterte Erkenntnis mit. Er und seine Kollegen seien sich inzwischen darüber einig, dass sie zu einer Beruhigung der Kretakrise durch Vermittlung vor Ort nicht in der Lage seien, und dass der von den Botschaftern vorgeschlagene Weg die einzige zielführende Option sei.[813]

Botschafter Calice übernahm in seinem Telegramm an Gołuchowski vom 19. August 1896 die Argumentation Pinters und erklärte seinem Außenminister auch seinerseits, „daß von Pourparlers in Canea nichts mehr zu [er]hoffen [sei] und nur ein neuerliches Eingreifen der Botschafter [einem] Bruch vorbeugen und [eine] pacifische Lösung erzielen könnte".[814] Am selben Tag beschlossen die Botschafter nochmals offiziell in einer eilig einberufenen Reunion, die Konsuln auf Kreta zwar mit der Vermittlung auf Basis ihres Reformprogramms zu beauftragen, jedoch ohne sie zu einer Konsularkommission aufzuwerten.[815] Dieser Schritt war möglich geworden, da die Botschafter in Ermangelung einer allgemeinen Ratifizierung ihres Reformprogramms durch die Regierungen ihre verfügbaren Instruktionen verglichen und nach Gemeinsamkeiten gesucht hatten, die ein möglichst weitgehendes, kollektives Vorgehen argumentierbar machen sollten.[816] Calice rechtfertigte sich gegenüber Gołuchowski damit, dass der Vorschlag zur Schaffung einer Konsularkommission allein am Einspruch des russischen Botschafters Nelidov gescheitert sei. Dieser habe sich kompromisslos dagegen ausgesprochen, da ihm zufolge solche Organe zu einem „hinderlichen Formalismus mit Praesidenten und Protocollen geneigt" seien und „lediglich die locale Seite der Fragen im Auge zu haben pflegen".[817]

Die Berichterstattung der österreichisch-ungarischen Botschaft in St. Petersburg, der zufolge Außenminister Lobanov nichts gegen die Einrichtung einer Konsularkommission ein-

[812] Biliotti an Salisbury, Canea 1896 August 20, TNA PRO London, FO78/4636 Nr. 66.
[813] „Diese Antwort läßt mich und Collegen Eindruck gewinnen, daß ~ Regelung gegenwärtiger Frage hier nicht erwartet werden kann und ~ Erledigung derselben nur durch Vermittlung der Missionen ermöglicht sei." Telegramm Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 August 19, HHStA Wien, PA XII/279 ohne Nummer.
[814] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 19, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 114.
[815] Ebda; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 20, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 37B; Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 20, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 337.
[816] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 20, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 37B.
[817] Ebda.

gewendet und Nelidov entsprechend zur Beschlussfassung mit den übrigen Botschaftern ermächtigt hatte, erwies sich somit als nur teilweise zutreffend.[818] Tatsächlich hatte der französische Außenminister Hanotaux seinen russischen Amtskollegen Lobanov am 18. August 1896 für die Verteidigung der Entscheidungshoheit der Botschafter im Reformprozess und für die Beschränkung der Konsuln auf eine Rolle als Exekutivorgan der Botschafter gewonnen. Nelidov und der französische Geschäftsträger Boulinière waren daraufhin angewiesen worden, für eine Umsetzung des Reformprogramms der Botschafter auf dieser organisatorischen Grundlage einzutreten.[819] Auch der britische Geschäftsträger Herbert erklärte in seinem Bericht über die Reunion der Botschafter, nicht nur Nelidov, sondern „die meisten" seiner Kollegen seien gegen die Konstituierung einer aufgewerteten Konsularkommission gewesen.[820] Die gesonderte Betrauung der Konsuln mit der Überwachung der vor Ort durchzuführenden Reformen galt offenbar allgemein als unnütz, da ihnen diese Aufgabe als lokales Exekutivorgan der Botschafter auf Kreta ohnehin bereits zukam.[821] Der französische Botschafter Cambon war schon vor der entscheidenden Sitzung der Botschafter als besonders vehementer Gegner einer aufgewerteten Konsularkommission aufgetreten. Seinem Außenminister Hanotaux gegenüber hatte er sich anlässlich der fortgesetzten Kabinettsinitiativen Gołuchowskis in dieser Sache zu bemerkenswert heftigen Ausfällen gegen den österreichisch-ungarischen Außenminister veranlasst gesehen:

> „Mit dem Anspruch, die Politik Europas zu führen, verdirbt Graf Gołuchowski alles, was er berührt. […] Der österreichische Minister vereint in seltener Weise die Leichtigkeit eines Pariser Boulevardiers mit wienerischer Schwerfälligkeit."[822]

Auch die Londoner *Times* kritisierte Gołuchowskis Bemühungen um die Blockade Kretas und die Konsularkommission am 25. August 1896 rückblickend in einem Leitartikel als weder „opportun" noch „praktisch". Die ständigen Debatten über den Modus der Umsetzung von Maßnahmen seien doch viel weniger bedeutsam als die von den Botschaftern erreichte Einigung darüber, welche Maßnahmen man überhaupt durchsetzen wolle.[823]

Es lässt sich vor diesem Hintergrund nicht restlos klären, ob Calice bei der Umsetzung seines Auftrages, die Botschafter für Gołuchowskis Idee einer Konsularkommission zu gewinnen, bloß wenig Engagement an den Tag legte, oder vielleicht sogar selbst gegen den Vor-

---

[818] Telegramm Pallavicinis an Gołuchowski, St.Petersburg 1896 August 21, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 70.
[819] Zürrer, Nahostpolitik, 343.
[820] Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 20, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 337.
[821] Zürrer, Nahostpolitik, 343.
[822] Cambon an Hanotaux, Therapia 1896 August 6, abgedruckt in: DDF 12, 716–718. Übersetzt bei Zürrer, Nahostpolitik, 343.
[823] *The Times*, London 1896 August 25, 1. Beilage zu Deym an Gołuchowski, London 1896 August 25, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 33C.

schlag stimmte.[824] Sollte er seine eigene Ablehnung der Idee vor Gołuchowski aber tatsächlich unter geschickter Ausnutzung von dessen bekanntem Misstrauen gegenüber der russischen Außenpolitik verschleiert haben, wäre das ein Beispiel für eine besonders geschickte Manipulation seines Außenministers zur Durchsetzung der Beschlüsse der Botschafter.

Diesmal akzeptierte Gołuchowski das endgültige Scheitern seiner Initiative, die er seit dem 28. Juli 1896 in immer wieder neuen Anläufen hatte durchsetzen wollen. In einem Telegramm an Calice vom 22. August 1896 berichtete er, er habe Hanotaux nochmals alle Gründe ausrichten lassen, die seiner Meinung nach für die Einrichtung einer Konsularkommission gesprochen hätten. Er wolle nun aber „keine Schwierigkeiten machen“ und „nicht darauf insistiren, umso weniger, als ich es Exc[ellenz] bereits überlassen habe, sich mit Ihren Collegen über die zur Erwirkung der als nötig erkannten Reformen dienliche Taktik zu verständigen“.[825] Er erneuerte nun nochmals seine Autorisierung Calices, das von den Botschaftern übermittelte Reformprogramm als Grundlage der nun endgültig den Botschaftern überlassenen Vermittlungsaktion heranzuziehen.[826] Der Weg für die Ratifizierung und Durchsetzung des Reformprogramms der Botschafter war endlich frei.

II.c.4. Erfolg in letzter Minute. Die Ratifizierung des Reformprogramms der Botschafter

Nicht alle Beteiligten beurteilten die Aussichten des Reformprogramms der Botschafter auf Annahme optimistisch. Der österreichisch-ungarische Außenminister Gołuchowski zeichnete in einem Telegramm an Botschafter Calice vom 21. August 1896 ein recht düsteres Zukunftsbild. Gołuchowski vermutete, auch bei Verhandlungen auf der Grundlage des Reformprogramms der Botschafter werde es nahezu unmöglich sein, einen Konsens der einander so stark misstrauenden Großmächte zu erreichen, und auch noch die Zustimmung des Sultans und der griechischen Regierung zu erlangen. Er verlieh lediglich der Hoffnung Ausdruck, man werde das Reformprogramm der Botschafter nach seinem zu erwartenden Scheitern vielleicht wenigstens als Grundlage für eine neue Runde von Verhandlungen zwischen den Regierungen verwenden können.[827] In diesem Zusammenhang bestätigte er die Autorisierung Calices zur Vermittlung auf Grundlage des Reformprogramms der Botschafter nicht weniger als dreimal in unmittelbar aufeinander folgenden Telegrammen, legte aber gleichzeitig zwei-

[824] Zur Erteilung des entsprechenden Auftrags siehe Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1896 August 17, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 54.
[825] Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1896 August 22, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 58; Auszug abgedruckt in Verosta, Kollektivaktionen, 55.
[826] Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1896 August 21, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 57; Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1896 August 22, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 58.
[827] Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1896 August 21, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 57.

mal ausführlich dar, warum seiner Meinung nach eine Konsularkommission auf Kreta vorteilhafter gewesen wäre.[828] Dieses Verhalten des österreichisch-ungarischen Außenministers zeigt, wie wenig er das Scheitern seiner eigenen Initiative verarbeitet und wie wenig er die Legitimität der Vorgangsweise der Botschafter akzeptiert hatte.

Tatsächlich ging die Ratifizierung des Reformprogramms durch die Regierungen der Großmächte und die darauffolgende Vorlage als Kollektivbeschluss der Großmächte an den Sultan geradezu verblüffend unproblematisch und schnell vonstatten. Bereits am 20. August 1896 waren neben dem österreichisch-ungarischen auch der italienische Botschafter und der britische Geschäftsträger in Konstantinopel zur Vermittlung auf Grundlage des Reformprogramms ermächtigt.[829] Bis zum Abend desselben Tages hatten auch der französische und russische Botschafter analoge Instruktionen empfangen. Auf die offizielle Bitte des osmanischen Außenministers Tevfik Paşa um Vorlage des Verhandlungsergebnisses konnten die Botschafter daher schon am 21. August eine neuerliche Reunion abhalten, in der sie die Ausformulierung der dem Sultan zu überreichenden Endversion des nun als Kollektivbeschluss aller Großmächte feststehenden Reformprogramms begannen.[830]

Die Botschafter verfassten eine kollektive Instruktion an die Konsuln der Großmächte auf Kreta, in der diese nochmals mit der Vermittlung ihrer Beschlüsse gegenüber den Vertretern der christlichen Aufständnischen beauftragt wurden. Dabei stellten die Botschafter mit charakteristischem Selbstbewusstsein fest, dass sie davon ausgingen, die Aufständischen würden sich ihren Beschlüssen selbstverständlich bereitwillig „unterwerfen“, da ja ihre wichtigsten Forderungen in das Programm aufgenommen worden seien.[831] Auch die Regierung des Königreichs Griechenland wurde von den Botschaftern in die Pflicht genommen, sie möge den kretischen Rebellen zur bedingungslosen Annahme ihres Reformprogrammes raten.[832] Weit davon entfernt, die Aktion der Botschafter als unwillkommene Bevormundung abzulehnen, ließen die christlichen Abgeordneten der kretischen Generalversammlung den Botschaftern ausrichten, dass sie in deren Vermittlungstätigkeit den einzigen Weg zu einer zufrieden-

[828] Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1896 August 21, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 57; Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1896 August 22, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 58.
[829] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 20, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 37B; Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 20, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 337.
[830] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 21, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 116; Auszug abgedruckt in Verosta, Kollektivaktionen, 56. Vgl. Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 21, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 342.
[831] „Dans la conviction que les Crétois se soumettront à l’arrangement qui ma conclu par notre entremise avec la Porte, nous sommes prêts à nous charger de cette œuvre de médiation, prenant en considération les points essentiels des demandes crétoises.“ Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 21, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 117. Übers. d. Verf.
[832] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 22, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 118.

stellenden Antwort auf ihrer Forderungen sähen.[833] Auch der vielgeschmähte osmanische Sonderkommissär Zihni Paşa erklärte, dass sich seiner Ansicht nach die Kretakrise nur durch Verhandlungen zwischen den Botschaftern und der osmanischen Regierung werde lösen lassen.[834]

Am 23. August 1896 übermittelte Calice als Doyen der Botschafter dem Sultan das nun endgültig ausformulierte Reformprogramm, das noch am selben Tag vom eilig einberufenen Ministerrat der osmanischen Regierung diskutiert wurde. Calice berichtete bereits unmittelbar nach der Vorlage, es deute alles darauf hin, dass Abdülhamit II. und seine Regierung dem Programm gegenüber positiv eingestellt seien.[835] Wie erleichtert man in den Hauptstädten der europäischen Großmächte über diese so unerwartet raschen Fortschritte war, lässt sich daran ermessen, dass die britische Königin Victoria I. am 22. August 1896 dem zuständigen Staatssekretär ihres Außenministeriums eigens schriftlich ihre Genugtuung über die positiven Nachrichten aus Konstantinopel ausrichten ließ.[836]

Dennoch waren die Sorgen Gołuchowskis, die Vermittlungsaktion der Botschafter könnte ein ähnliches Schicksal ereilen wie die bisher gescheiterten Regierungsinitiativen, nicht gänzlich unbegründet. Auch diesmal hing der Konsens der Großmächte besonders in der heiklen Frage, wie das Reformprogramm gegebenenfalls gegen Widerstände des Sultans durchzusetzen sei, an einem seidenen Faden. Vor allem der britische Premierminister Lord Salisbury machte sich große Sorgen, ob die Großmächte in einem solchen Fall wirklich dazu bereit seien, militärischen Druck auf das Osmanische Reich auszuüben.[837] Gleichzeitig wollte er aber keinesfalls akzeptieren, dass sich die Großmächte ähnlich wie im „Armenierparagrafen“ des Berliner Vertrags formell zu Garantiemächten der kretischen Reformen erklärten, wie es von manchen Anführern der christlichen Aufständischen gefordert wurde. Salisbury erklärte dem österreichisch-ungarischen Botschafter Deym ausdrücklich, dass er im Namen Großbritanniens „zwar auf das Recht nicht verzichten, aber nicht verpflichtet sein wolle, eventuell Creta’s wegen der Türkei einen Krieg erklären zu müssen“.[838] An diesem besonderen Bedürfnis der britischen Regierung nach Handlungsfreiheit in Bezug auf das Osmanische Reich war schon im Jänner des Jahres 1896 der Wunsch Gołuchowskis nach einer Konkretisierung der Mittelmeerentente mit bindenden Zusagen über eine britische Verteidigung Konstantinopels gegen Russland gescheitert. Tatsächlich fürchtete Salisbury einen russischen An-

[833] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 August 23, HHStA Wien, PA XII/279 ohne Nummer.
[834] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 23, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 119.
[835] Ebda.
[836] Vgl. die entsprechenden Randbemerkungen auf dem Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 21, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 342.
[837] Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1896 August 24, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 55.
[838] Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1896 August 25, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 56.

griffskrieg nämlich ebenso wie Gołuchowski, ging jedoch anders als dieser nicht mehr davon aus, dass ein solcher Versuch zur territorialen Expansion unbedingt auf dem Weg über das Osmanische Reich erfolgen würde.[839] Dem österreichisch-ungarischen Botschafter in London erzählte er vertraulich von Gerüchten, der Zar und die Regierung des Russischen Reichs würden vielmehr einen Großangriff auf britische Machtpositionen im Fernen Osten und in Indien planen, der sofort nach Fertigstellung der transsibirischen Eisenbahn erfolgen werde. Die britische Regierung müsse sich daher das Recht vorbehalten, einen gleichzeitigen russischen Angriff auf die Integrität des Osmanischen Reichs in einem solchen Fall als bloßes Ablenkungsmanöver einzustufen und zu ignorieren.[840] Salisbury warf auch bereits zu diesem frühen Zeitpunkt die Frage eines „europäischen" Gouverneurs für Kreta auf, die später im Jahr 1898 so bedeutsam werden sollte. Dem österreichisch-ungarischen Botschafter offenbar gezielt schmeichelnd meinte er, auch in Bosnien-Herzegowina habe sich ein friedliches Zusammenleben zwischen Christen und Muslimen letztendlich nur unter österreichisch-ungarischer Verwaltung realisieren lassen.[841]

Salisburys Andeutungen zur Gouverneursfrage blieben vorerst unbeantwortet. In der Frage einer Garantie der kretischen Reformen durch die Großmächte gelang es den Botschaftern allerdings eine Formulierung zu finden, die Lord Salisburys Wunsch nach einem Recht ohne Pflicht zur gewaltsamen Durchsetzung des gemeinsam beschlossenen Programms befriedigte.[842] In einer eigens redigierten Fassung des Reformprogramms der Botschafter hieß es nun, dass sich die Mächte der korrekten Umsetzung aller Bestimmungen auf Kreta „vergewissern" würden, ohne dass konkrete Maßnahmen oder Sanktionen festgeschrieben wurden.[843] Der britische Geschäftsträger Herbert konnte seinen Premierminister davon überzeugen, dass diese von den Botschaftern absichtlich so vage gehaltene Passage seine Vorgaben erfülle, von den kretischen Christen aber als gleichbedeutend mit einer formellen Garantie akzeptiert werden würde.[844] Salisburys Vertrauen gegenüber den Botschaftern in Konstantinopel war offenbar so groß, dass er auf Nachfrage Herberts am 25. August 1896 auch die neuen Instruktionen der Botschafter an die Konsuln auf Kreta bedenkenlos absegnete, obwohl diese immerhin die Drohung an die kretischen Christen enthielt, im Falle von Widerstand

[839] Zur gescheiterten Erneuerung der Mittelmeerentente zwischen Großbritannien und Österreich-Ungarn vgl. Pantenburg-Lankheit, Alternativen, 157f.; Sutter, Versuche, 165f ; Walters, Documents, 276–278.
[840] Deym an Gołuchowski, London 1896 August 25, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 33.
[841] Ebda.
[842] Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 23, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 348; Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 25, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 352.
[843] „Les Puissances s'assureront auprès de la Sublime Porte de l'exécution de toutes ces dispositions." Herbert an Salisbury, Therapia 1896 August 24, TNA PRO London, FO78/4713 Nr. 673. Übers. d. Verf. Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 23, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 348; Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 25, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 352.
[844] Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 25, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 352.

gegen das Reformprogramm werde man die Intervention aufgeben und sie „ihrem Schicksal überlassen“.[845]

Die Botschafter hegten zu diesem Zeitpunkt vor allem die Sorge, die Ablehnung ihres Reformprogramms durch die aufständischen kretischen Christen oder ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen griechischen und osmanischen Truppen könnte ihre Vermittlung noch im letzten Moment scheitern und die Krise eskalieren lassen. Nicht ohne Grund lieferte das österreichisch-ungarische Konsulat in Saloniki am 23. August 1896 einen nervös klingenden Bericht über vom osmanischen Militärkommandanten an der griechisch-osmanischen Grenze angeordnete Überprüfungen der Munitionsbestände und der Truppenbereitschaft.[846] In der angespannten Situation hätte schon ein kleiner Fehler der ja nicht immer ganz professionell arbeitenden Konsulate der Großmächte auf Kreta schlimme Folgen haben können. Dass solche Fehler durchaus vorkommen konnten, zeigt ein Telegramm, das vom österreichisch-ungarischen Konsulat in Canea am 23. August 1896 kurz vor zwei Uhr morgens abgeschickt wurde. Darin erklärte Konsul Pinter, die christlichen Abgeordneten der kretischen Generalversammlung hätten auf das von den Botschaftern in Konstantinopel ausgehende Vermittlungsangebot geantwortet, dass sie „ein Arrangement ihrer Wünsche unter Garantie der Großmächte“ annehmen würden.[847] Dies hätte aber bedeutet, dass die Vertreter der kretischen Christen tatsächlich auf einer formellen Garantie der Großmächte bestanden hätten, was angesichts der kategorischen Ablehnung einer bindenden Garantie durch den britischen Premierminister Salisbury den von den Botschaftern so mühevoll erreichten Konsens der Großmächte wieder zunichte gemacht hätte. Zehn Stunden nachdem er das erwähnte Telegramm nach Wien übermittelt hatte, ließ Konsul Pinter allerdings ein weiteres Telegramm folgen, in dem er diesen wesentlichen Punkt seines ersten Telegramms völlig zurücknahm und erklärte, den Passus über die von den Abgeordneten geforderte Garantie „irrigerweise aufgenommen“ zu haben.[848] Verwirrenderweise meldete der britische Konsul Biliotti am selben Tag ebenfalls, die christlichen Abgeordneten würden eine Garantie der Großmächte wünschen, ohne diese Meldung je zu revidieren.[849] Möglicherweise war dieses Telegramm Biliottis, der ja das besondere Vertrauen Lord Salisburys genoss, sogar der Auslöser für die vom britischen Premierminister bei den Botschaftern reklamierte Vermeidung einer zu sehr nach „Garantie“

[845] „Leur refus obligerait au contraire les Puissances à se désintéresser de la question et à abandonner les Crétois à toutes les conséquences qui s’en suivraient.“ Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 27, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 38A. Übers. d. Verf. Auf Anfrage Herberts versah Premierminister Salisbury den Text mit der Randnotiz “I approve.” Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 25-26, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 354.
[846] Telegramm Haupts an Gołuchowski, Saloniki 1896 August 23, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 170.
[847] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 August 23, HHStA Wien, PA XII/279 ohne Nummer.
[848] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 August 23, HHStA Wien, PA XII/279 ohne Nummer B.
[849] Telegramm Biliottis an Salisbury, Canea 1896 August 22, TNA PRO London, FO78/4737 Nr. 104.

klingenden Floskel zur Beschreibung der Verantwortung der Großmächte für die Umsetzung des Reformprogramms.

Trotz dieser letzten Unsicherheiten wurden die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel bereits am 24. August 1896 über die grundsätzliche Zustimmung Sultan Abdülhamits II. zu ihrem Reformprogramm informiert. Vor der Unterzeichnung des Programms mussten allerdings noch die Details letzter Änderungswünsche des Sultans besprochen werden, weshalb die Botschafter den osmanischen Außenminister Tevfik Paşa zu persönlichen Verhandlungen in einer für den 25. August 1896 einberufenen Reunion einluden.[850] Konkret wünschte der Sultan im ersten Artikel des Programms eine Umformulierung, die den Druck der Botschafter weniger stark hervorheben und den Eindruck einer souveränen Handlung seiner Regierung erwecken sollte. Außerdem wollte er erreichen, dass der Zivilgouverneur von Kreta das Kommando über die auf der Insel stationierten Truppen nicht völlig selbstständig, sondern „im Konzert" mit dem Militärkommandanten führen solle. Die Bestimmung über die Ausweisung der HalikutInnen sollten seinem Wunsch nach nur auf Personen angewandt werden, die eine „Bedrohung für die öffentliche Sicherheit" darstellten.[851] Unter dem Vorsitz ihres Doyens Calice versammelten sich die Botschafter bereits vor Eintreffen des osmanischen Außenministers, um nochmals ihre gemeinsame Verhandlungsposition zu besprechen. Während man in den beiden letztgenannten Punkten Kompromissbereitschaft zeigen wollte, waren sich die Botschafter darin einig, dass sie von der bestehenden Formulierung des ersten Artikels keinesfalls abweichen wollten. Tevfik Paşa sah sich somit bei seiner Ankunft einer einheitlichen Front der bereits versammelten Botschafter gegenüber, war zudem von Calice in separaten Vorgesprächen auf deren Haltung vorbereitet worden und musste die ihm gebotenen Bedingungen ohne weitere Verhandlung annehmen.[852] Der britische Geschäftsträger Herbert erreichte außerdem noch die Annahme seines separaten Vorschlags, demzufolge die osmanische Regierung die Botschafter in Form einer offiziellen Note über ihre Annahme des Programms informieren sollte, wie dies 1832 bei der Verkündung der Autonomie der Insel Samos geschehen war.[853] Zwei Exemplare der letztmalig überarbeiteten Version des Reformprogramms wurden daraufhin in Anwesenheit des osmanischen Außenministers von den sechs Vertretern der Großmächte unterzeichnet und diesem zu einer letzten Rücksprache beim

[850] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 25, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 121; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 27, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 38A; Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 August 29, TNA PRO London, FO78/4713 Nr. 684A.
[851] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 27, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 38A; Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 August 29, TNA PRO London, FO78/4713 Nr. 684A.
[852] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 27, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 38A; Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 August 29, TNA PRO London, FO78/4713 Nr. 684A.
[853] Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 August 29, TNA PRO London, FO78/4713 Nr. 684A.

Sultan mitgegeben. Am 27. August 1896 konnten die Botschafter ihren Regierungen melden, dass sie das von Tevfik Paşa im Namen der Regierung des Sultans gegengezeichnete Exemplar erhalten hatten und das Reformprogramm für Kreta somit offiziell vom Osmanischen Reich angenommen war.[854]

Nun war nur noch die Annahme des Programms durch die Vertreter der aufständischen kretischen Christen ausständig. Diesen wurde allerdings nicht einmal die symbolische Mitsprache gewährt, die dem Sultan von den Botschaftern eingeräumt worden war. Die Botschafter telegrafierten lediglich die endgültige Version des Programms und ihre kollektiven Instruktionen an den französischen Konsul, der sie an die übrigen Konsuln auf Kreta weiterleiten sollte.[855] Nach Rücksprache mit dem britischen Premierminister Salisbury beinhalteten diese Instruktionen auch den Auftrag, den christlichen Abgeordneten der Generalversammlung auszurichten, dass beim geringsten Einspruch gegen das Programm „die Mächte ihre Mediation zurückziehen und [die] Cretenser ihrem Schicksal überlassen würden".[856]

In den Hauptstädten der Großmächte ging man nun bereits von der erfolgreichen Bewältigung der Kretakrise aus. Die britische Königin Victoria I. notierte am 11. September 1896 in ihrem persönlichen Tagebuch, dass die kretische Frage nun „wohl geregelt" sei und fügte dieser Feststellung ein erleichtertes „endlich!" bei. Sie sah darin aber nicht nur einen Erfolg der „konzertierten Aktion" der Großmächte, sondern drückte vor allem Lord Salisbury ihren Dank für dessen „Standhaftigkeit" aus.[857] Der österreichisch-ungarische Botschafter in London, Deym, nutzte seinerseits die Gelegenheit, den Erfolg des Reformprogramms als Errungenschaft seines Du-Freundes Gołuchowskis darzustellen und diesem in einem eigenen Privatschreiben überschwänglich zu gratulieren.[858]

Unterdessen stellte aber eine neue Serie blutiger Ausschreitungen direkt in Konstantinopel die von der Lösung der Kretakrise erhoffte Stabilisierung des Osmanischen Reichs und die Annahme des kretischen Reformprogramms nochmals in Frage. Die Massaker an der armenischen Minderheit im Osmanischen Reich, deren politische Folgen die Großmächte im

---

[854] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 27, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 38A; Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 August 29, TNA PRO London, FO78/4713 Nr. 684A.
[855] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 25, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 121; Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 27, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 126; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 27, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 38A; Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 August 29, TNA PRO London, FO78/4713 Nr. 684A.
[856] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 25, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 121.
[857] Dülffer, Kreta-Krise, 35.
[858] Deym an Gołuchowski, London 1896 August 25, HHStA Wien, PA XII/279 privat. Die Interpretation der Ratifizierung des Reformprogramms der Botschafter als erfolgreiche Umsetzung eines „beharrlich festgehaltenen Vorschlags Gołuchowskis" findet man auch bei Verosta, Kollektivaktionen, 59. Angesichts der Tatsachen, dass Gołuchowski an der Ausarbeitung des Reformprogramms der Botschafter nicht beteiligt gewesen war und dessen Ratifizierung mit seinem Wunsch nach einer aufgewerteten Konsularkommission gefährdet hatte, erscheint diese Interpretation höchst fragwürdig.

Jahr 1895 so sehr beschäftigt hatten, waren seither zunehmend von der Kretakrise aus dem Blickfeld der Regierungen und Botschafter der Großmächte verdrängt worden. Die den Ereignissen des Jahres 1895 zugrundeliegenden Konflikte waren aber keineswegs gelöst und konnten jederzeit wieder aufflackern. Am 26. August 1896 meldete das britische Konsulat in Trapezunt die Verlegung mehrerer Einheiten der vom Sultan in der Vergangenheit gegen die armenische Zivilbevölkerung eingesetzten, irregulären kurdischen Reitermilizen in die Hauptstadt.[859] Trotz dieser und anderer Vorwarnungen trafen die in den folgenden Tagen eintretenden Ereignisse die Vertreter der Großmächte unvorbereitet. Botschafter Calices Abschlussbericht über die Annahme des kretischen Reformprogramms durch die osmanische Regierung endete abrupt mit dem dramatischen Schlusssatz:

„Mitten in der Abfassung dieses Berichtes traten […] Unordnungen in Pera ein, welche leider befürchten lassen, dass unsere bisherigen mit günstigem Erfolg und der besten Hoffnung eines befriedigenden Abschlusses aufgewendeten Bemühungen an diesen unvorhergesehenen Ereignissen und deren Rückwirkungen in der letzten Minute scheitern könnten.“[860]

Verbittert darüber, dass die Großmächte trotz der Massaker des Vorjahres keine grundliegende Verbesserung der Lebensumstände der ArmenierInnen im Osmanischen Reich erzwungen hatten, stürmten 25 bewaffnete Aktivisten der armenischen revolutionären Geheimorganisation *Daschnakzutjun* am 26. August 1896 das Hauptquartier der Osmanischen Bank in Konstantinopel, das gleichzeitig auch der Sitz der Internationalen Finanzkontrolle über die osmanische Staatsschuld war. Die Kämpfer drohten, sich und ihre 181 Geiseln in die Luft zu sprengen, wenn die Großmächte nicht endlich den ArmenierInnen zur Erlangung ihrer Rechte verhelfen würden.[861] Vieles spricht dafür, dass die Geheimpolizei des Sultans im Voraus von den Plänen wusste, die Bankbesetzung aber bewusst zuließ, um Gelegenheit zur Entfesselung von Pogromen zu haben, die den Widerstandswillen der armenischen Minderheit endgültig brechen sollten.[862] Die Botschafter reagierten mit der inzwischen in derartigen Notsituationen gewohnten Selbstständigkeit und vermittelten erfolgreich den freien Abzug der Bankbesetzer, die in der Nacht vom 26. auf den 27. August 1896 ins Exil nach Marseille eingeschifft wurden, ohne dass es zur Sprengung oder Erstürmung der Bank kam.[863] Dennoch

[859] Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 August 26, TNA PRO London, FO78/4713 Nr. 679.
[860] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 27, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 38A
[861] Für einen ausführlichen Bericht über die Besetzung siehe Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 August 27, TNA PRO London, FO78/4713 Nr. 82; vgl.Bloxham, Game, 53; Fritz, Frage, 61; Hoffmann, Annäherung, 86; Manoug Joseph Somakian, Empires in Conflict. Armenia and the Great Powers 1895-1920, London/New York 1995, 19f.
[862] Somakian, Empires, 20.
[863] Sir Edgar Vincent, der Direktor der Osmanischen Bank, der der Besetzung durch eine gewagte Flucht durch ein Fenster auf das Dach des benachbarten Direktionsgebäudes der Tabakregie entkommen war, stellte für die bei Nacht und Nebel durchgeführte Evakuierung der Besetzer seine persönliche Jacht zur Verfügung. Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 August 27, TNA PRO London, FO78/4713 Nr. 82.

fiel am 27. August 1896 ein offenbar mit staatlicher Hilfe bewaffneter Mob, der durch die in der Hauptstadt stationierten Reitermilizen unterstützt wurde, über die ArmenierInnen von Konstantinopel her. Die Opferzahlen dieses letzten großen Massakers des Jahres 1896 schwanken zwischen 5.500 und 14.000 Toten.[864]

Wie im Oktober 1895 zeigten sich die Botschafter auch diesmal erschüttert über das Ausmaß und die Brutalität des Blutvergießens. Calice arbeitete eng mit dem russischen Botschafter Nelidov zusammen, um wenigstens die in der unmittelbaren Umgebung der Sommerresidenzen der Botschafter in Buyukdere lebenden ArmenierInnen zu schützen. Er ließ außerdem eine Abteilung Matrosen vom der Botschaft zur Verfügung stehenden Stationsschiff an Land gehen, um ein Feuer zu bekämpfen, das nahe dem Stadtpalais der österreichisch-ungarischen Botschaft ausgebrochen war.[865] Am 28. August 1896 schließlich übermittelten die Botschafter eine Kollektivnote an Sultan Abdülhamit II., in der dieser in scharfen Worten dafür verantwortlich gemacht wurde, dass die staatlichen Sicherheitsbehörden nichts gegen die Massaker unternahmen. Die Botschafter forderten das sofortige Ende der Ausschreitungen und drohten dem Sultan widrigenfalls mit den „desastreusesten Konsequenzen“ für sein Reich.[866] Von Außenminister Tevfik Paşa im Auftrag des Sultans befragt, was dies zu bedeuten hätte, erklärte der sonst für seine zurückhaltende Ausdrucksweise bekannte Calice unverblümt, die Großmächte könnten zur Überzeugung gelangen, das gegenwärtige Regime des Osmanischen Reichs sei unfähig, die öffentliche Sicherheit im eigenen Staat zu gewährleisten, und müsse „ersetzt“ werden.[867] Diese Drohung sollte offenbar bewusst die Angst Sultan Abdülhamits II. wecken, er könnte wie seine beiden Vorgänger Abdülaziz I. und Murad V. abgesetzt oder ermordet werden, und zeigte rasch Wirkung.[868] Die Polizeikräfte des Sultans griffen nun endlich ein und die Massaker in Konstantinopel und in den Vororten entlang des Bosporus nahmen ein Ende.[869]

Der letzte Schritt der Ratifizierung des kretischen Reformprogramms der Botschafter war durch die chaotischen Zustände in der osmanischen Hauptstadt einige Tage verzögert worden. Erst am 28. August 1896 konnten die Botschafter den Programmtext und die Kollektivinstruktionen an die Konsuln auf Kreta abschicken.[870] Dort herrschte unterdessen bei den

[864] Bloxham, Game, 53; Fritz, Frage, 61; Hoffman, Annäherung, 86; Artem Ohandjanian, Armenien. Der verschwiegene Völkermord, Wien/Köln/Graz 1989, 31–33; Somakian, Empires, 20f.
[865] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 28, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 128.
[866] Ebda.
[867] Herbert an Salisbury, Therapia 1896 August 31, TNA PRO London, FO78/4713 Nr. 688.
[868] Zu den die Herrschaft Abdülhamits II. prägenden Erfahrungen und Ängsten siehe Quataert, Reforms, 762, 765f.; Weiss – Wippel (Hgg.) – Schuß, Wirtschaftskultur, 78, 113f.; Shaw – Shaw, Reform, 211–213.
[869] Somakian, Empires, 20.
[870] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 28, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 129; Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 August 29, TNA PRO London, FO78/4713 Nr. 684A.

Konsuln die Sorge, parallel zu den Massakern an den ArmenierInnen in Konstantinopel könnte auch in den Städten Kretas eine neue Welle blutiger Ausschreitungen beginnen. Die Ausgangssituation dafür war sicherlich gegeben, da große Teile der muslimischen Landbevölkerung inzwischen vor den christlichen Aufständischen in die Küstenstädte geflohen waren, wo sie innerhalb der muslimischen Mehrheitsbevölkerung Aggressionen und Rachegelüste gegen die noch in den Städten verbliebene christliche Minderheit schürten.[871] Besonders aus Candia im Osten der Insel kamen beunruhigende Nachrichten über eskalierende Gewalt auf den Straßen und tätliche Angriffe auf ChristInnen.[872] Auf besonderen Wunsch des österreichisch-ungarischen Konsuls Pinter wurde daher der vor Canea stationierte Panzerkreuzer SMS „Maria Theresia" nach Candia beordert, um die dort lebenden Staatsangehörigen Österreich-Ungarns und des Deutschen Reichs zu schützen.[873] Am 30. August 1896 meldete Pinter, wenn nicht bald eine Beruhigung der Lage einträte, würde es in den Küstenstädten zu einem Großangriff der muslimischen auf die christliche Bevölkerung kommen und die Reformaktion würde scheitern.[874]

Die am 30. August 1896 endlich bei den Konsuln eingetroffenen Instruktionen der Botschafter samt beigefügter Abschrift des vom Sultan bestätigten Reformprogramms kamen somit keinen Tag zu früh.[875] Unter dem Eindruck, die Großmächte hätten sich nun doch endlich geeinigt und gemeinsam einen für beide Seiten des Konflikts annehmbaren Kompromiss ausgearbeitet, beruhigte sich die zuvor so angespannte Lage auf der Insel rasch. Bereits am 1. September 1896 konnte Pinter nicht nur melden, das Reformprogramm den christlichen Abgeordneten der Generalversammlung zur Beantwortung innerhalb einer Frist von drei Tagen überreicht zu haben. Vielmehr hätten die christlichen Abgeordneten bereits bei der Übergabe des Programms ihrer Erleichterung und Dankbarkeit Ausdruck verliehen, und auch die muslimischen Abgeordneten hätten inoffiziell bereits ihre Zufriedenheit und Zustimmung signalisiert.[876] Die muslimischen Abgeordneten waren offiziell nicht um ihre Meinung gefragt worden, und es gab seitens der vertriebenen muslimischen Landbevölkerung durchaus Proteste und Widerstand gegen die Zugeständnisse an die Rebellen. Pinter beurteilte allerdings die Tatsache, dass die Oberschicht des muslimischen Bevölkerungsteils dem Programm der Großmächte ebenso positiv gegenüberstand wie die christlichen Abgeordneten, als hinrei-

[871] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 August 28, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 226. Dieses Verhaltensmuster war bereits von früheren Aufständen auf Kreta im 19. Jahrhundert wohl bekannt, siehe Dülffer, Kreta-Krise, 27.
[872] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 August 29 HHStA Wien, PA XII/280 ohne Nummer; Kdo. SMS „Maria Theresia" an Marinesektion, Canea 1896 August 29 HHStA Wien, PA XII/280 ohne Nummer.
[873] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 August 29 HHStA Wien, PA XII/280 ohne Nummer; Kdo. SMS „Maria Theresia" an Marinesektion, Canea 1896 August 29 HHStA Wien, PA XII/280 ohne Nummer.
[874] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 August 30 HHStA Wien, PA XII/280 ohne Nummer.
[875] Ebda.
[876] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 September 1 HHStA Wien, PA XII/280 ohne Nummer.

chend dafür, dass man auf die „sichere Annahme des Arrangements […] rechnen“ könne.[877] Am 4. September 1896 erfolgte schließlich die offizielle Antwort der christlichen Abgeordneten. Konsul Pinter konnte der Botschaft in Konstantinopel melden, dass sich die Abgeordneten der kretischen Generalversammlung der Vermittlung der Großmächte „bedingungslos unterworfen“ hätten.[878] Die politischen Repräsentanten der christlichen Bevölkerung schickten nun Boten an die Anführer der in den Bergen verschanzten Milizen, um diese zur Niederlegung der Waffen aufzufordern. Außerdem wurden sämtliche freiwilligen Kämpfer aus dem Königreich Griechenland aufgefordert, die Insel innerhalb von acht Tagen zu verlassen, was einige der inoffiziell am Aufstand beteiligten griechischen Militäroffiziere bereits getan hatten.[879] Pinter machte seine Regierung darauf aufmerksam, dass es zur langfristigen Verhinderung neuer Aufstände auf Kreta nun unerlässlich sein werde, neben der Umsetzung des Reformprogramms auch Maßnahmen zur Notversorgung der in die Städte vertriebenen muslimischen Landbevölkerung zu treffen. Es sei unbedingt notwendig, diese rechtzeitig vor der Olivenernte mit Bauholz und Startkapital für eine Rückkehr in ihre Dörfer auszustatten. Würden ihre christlichen NachbarInnen nämlich vor ihrer Rückkehr ihre Oliven ernten, würden sie jede Motivation zur Rückkehr verlieren, verarmt in den Städten bleiben und einen Ausgangspunkt künftiger Unruhen bilden.[880]

Ein weiteres düsteres Vorzeichen für die Zukunft der Vermittlungsaktion der Großmächte auf Kreta im Jahr 1897 wurde von Pinter ebenso wie von den Botschaftern in Konstantinopel völlig übersehen, und lediglich vom orts- und sprachkundigen britischen Konsul Biliotti am 14. August 1896 an seine Regierung gemeldet. Am 26. Juli 1896 hatte sich nämlich auf einer zu diesem Zweck einberufenen Volksversammlung das seit Juni 1895 bestehende kretische Reformkomitee *Epitropi*, das bislang für ein autonomes, aber von Griechenland unabhängiges Kreta eingetreten war, aufgelöst. Stattdessen hatte sich als institutionalisierter Kern des Aufstandes ein neues „Revolutionskomitee“ konstituiert, das hierarchischer organi-

[877] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 September 1 HHStA Wien, PA XII/280 ohne Nummer; vgl. Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 September 3 HHStA Wien, PA XII/280ohne Nummer; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 September 4, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 246.
[878] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 September 4 HHStA Wien, PA XII/280 ohne Nummer. Zur Annahme des Reformprogramms durch die Abgeordneten der kretischen Generalversammlung vgl. auch die detaillierte Berichterstattung inklusive Abdruck einer deutschen Übersetzung des Reformprogramms in Constantin Christomanos, Die Letzte Phase auf Kreta, *Neue Freie Presse*, Wien 1896 September 17, 1–3.
[879] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 September 4, HHStA Wien, PA XII/280Nr. 246. Dem britischen Konsul Biliotti zufolge belief sich die Höchstzahl der 1896 auf Kreta anwesenden griechischen Armeeangehörigen auf 30 Offiziere und 50 einfach Soldaten, siehe Biliotti an Salisbury, Canea 1896 August 29, TNA PRO London, FO78/4636 Nr. 71.
[880] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 September 4, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 246.

siert war, sich klar zum Ziel einer griechischen Annexion bekannte und unter dem direkten Einfluss des griechischen Generalkonsuls Yennadis stand.[881]

Wenigstens vorerst wurden jedoch auch aus dem Königreich Griechenland vorsichtig positive Reaktionen auf das kretische Reformprogramm gemeldet. Bereits am 31. August 1896 meldete der österreichisch-ungarische Gesandte, Gustav Freiherr Kosjek, dass der König von Griechenland und seine Regierung mit dem Reformprogramm zufrieden seien und dass sich beinahe alle griechischen Zeitungen für seine Annahme ausgesprochen hätten.[882] Auch diese beruhigenden Nachrichten wurden allerdings teilweise dadurch relativiert, dass der griechische Außenminister Skouzes am zweiten September 1896 Kosjek gegenüber offen erklärte, die Regierung hätte eigentlich sehr wohl die Annexion Kretas gewünscht und dieses Ziel lediglich wegen des übermächtigen Drucks der Großmächte vorerst aufgegeben.[883]

Dennoch merkte man auch Botschafter Calice deutlich die Erleichterung an, als er sich am dritten September 1896 bei Außenminister Gołuchowski für die Weiterleitung der „sehr erfreulichen" Nachrichten aus Canea und Athen über die allseitige Annahme des Reformprogramms bedankte.[884] Am 9. September 1896 folgte die offizielle Proklamation der im Programm der Botschafter vorgesehenen Reformen für Kreta durch die Osmanische Regierung.[885]

Nach monatelangem Tauziehen war es somit den als lokales Expertenkomitee und Kollektivorgan des europäischen Konzerts auftretenden Botschaftern der Großmächte in Konstantinopel gelungen, durch das Postulat von Befugnissen zu selbstständigen Initiativen, sowie durch geschickte Beeinflussung entscheidungsbefugter Persönlichkeiten und bemerkenswertes Beharrungsvermögen das beachtliche Misstrauen zwischen ihren Regierungen und zwischen den Konfliktparteien auf Kreta zu überbrücken. Eine kollektive diplomatische Intervention der Großmächte in der Kretakrise auf der Grundlage eines konkreten Reformprogramms war nur durch sie zustande gekommen. Die Botschafter in Konstantinopel hatten einen Erfolg errungen, der die Sonderbefugnisse, die sie sich gegenüber ihren Regierungen herausgenommen hatten, vorerst zu rechtfertigen schien. Als Hoffnungsträger eines funktionierenden, friedenserhaltenden Interessensausgleichs oder „Konzerts" zwischen den Großmächten im Osmanischen Reich befanden sie sich auf dem Gipfelpunkt ihres Prestiges und ihres Einflusses. Die tatsächliche Tragkraft dieses Einflusses der Botschafter war allerdings nach

[881] Biliotti an Salisbury, Canea 1896 August 14, TNA PRO London, FO78/4636 Nr. 64; vgl. Şenişik, Transformation, 130.
[882] Telegramm Kosjeks an Gołuchowski, Athen 1896 August 31, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 57.
[883] Kosjek an Gołuchowski, Athen 1896 September 3, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 44B.
[884] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 September 3, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 39.
[885] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 September 9, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 136.

wie vor völlig abhängig von der Unterstützung und vom guten Willen ihrer Regierungen. Die Botschafter konnten zwar eigenmächtig kollektive Vorschläge im Namen des Konzerts erstellen und auf deren Ratifizierung drängen; tatsächlich ratifizieren und durchsetzen konnten sie aber nur die Regierungen. Bei der Ausarbeitung des kretischen Reformprogramms im Juli und August 1896 war in diesem Sinne die Unterstützung, die die Botschafter in der entscheidenden Phase der Gegenvorschläge Gołuchowskis vom französischen Außenminister Hanotaux erhalten hatten, von größter Wichtigkeit gewesen.[886] Vielleicht geschah es im Bewusstsein dieser Abhängigkeit, dass Calice im September 1896 seinem französischen Kollegen Cambon gegenüber mit schmeichelhaften Worten die Hoffnung auszudrückte, nicht der durch „unangebrachte" Initiativen hervorgetretene Gołuchowski, sondern der die Botschafter in Konstantinopel unterstützende Hanotaux werde in Zukunft die Führungsrolle im Konzert der Großmächte spielen:

„In diesem Durcheinander gibt es nur einen Mann auf den wir hoffen können, nämlich Herrn Hanotaux. Er ist ein wenig jung, ein wenig neu in der Politik; er hat vielleicht noch nicht die notwendige Autorität, aber er kann sie sich aneignen, und man wird es ihm gestatten, weil der der Intelligenteste ist."[887]

Das Reformprogramm war nun zwar beschlossen und allgemein akzeptiert, aber noch nicht umgesetzt. Gerade diese Umsetzung durch verschiedene nach Kreta zu entsendende Kommissionen sollte die Verwirrung um unklare Hierarchien und Beschlusswege zwischen Regierungen, Botschaftern, Konsuln und diversen temporären Kollektivorganen, die bereits 1896 das Zustandekommen einer Vermittlungsaktion auf Kreta beinahe unmöglich gemacht hatten, noch verstärken und zur wahren Bewährungsprobe für die Professionalität und das Verhandlungsgeschick der Botschafter in Konstantinopel machen. Auch das Misstrauen zwischen den ängstlich um die Wahrung ihrer Sonderinteressen im Osmanischen Reich besorgten Regierungen der Großmächte und die Aktivitäten nationalistischer Geheimorganisationen sollten 1897 noch stärker zum Tragen kommen als 1896. Auch wenn die Kretakrise im September 1896 allgemein als gelöst angesehen wurde, war in Wahrheit somit lediglich ihre erste Phase bewältigt worden.

---

[886] Der erst 43 Jahre alte Hanotaux galt als ebenso junger und ehrgeiziger Außenminister wie Gołuchowski und hatte während der Kretakrise 1896 mehrfach in Rivalität zu seinem österreichisch-ungarischen Amtskollegen die Führungsrolle im Konzert der Großmächte beansprucht. Vgl. Zürrer, Nahostpolitik, 340f; Gołuchowski an Calice, Budapest 1896 Juni 12, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 432; Gołuchowski an Wolkenstein, Budapest 1896 Juni 12, HHStA Wien, PA XII/277 privat; letzteres auszugsweise abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 41f. Im Jänner 1897 erklärte Hanotaux gegenüber dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Paris ganz offen, er habe ein persönlich angespanntes Verhältnis zu Gołuchowski. Sutter, Großmächte, 221.

[887] „Dans ce désarroi il n'y a qu'un homme en qui nous puissons espérer, c'est M. Hanotaux. Il est un peu jeune, un peu nouveau dans la politique, il n'a peut-être pas encore toute l'autorité nécessaire, mais il peut la prendre et on la lui laissera prendre parce qu'il est le plus intelligent." Cambon, Correspondence, 414−417. Abgedruckt und übersetzt bei Zürrer, Nahostpolitik, 165.

III. Kuratelherrschaft oder Krieg? Die Botschafter und die „osmanische Reformfrage“ 1896–1897

III.a. Höhe- und Wendepunkt des Prestiges der Botschafterkonferenz

III.a.1. Die Botschafter als „Helden“ und Zukunftshoffnung des europäischen Konzerts

Zwischen August 1896 und Februar 1897 war in der Öffentlichkeit ebenso wie in den politischen Kreisen Europas die Ansicht vorherrschend, die Kretakrise sei mit der Annahme des Reformprogramms der Botschafter erfolgreich bewältigt und ihre Eskalation dank der diplomatischen Intervention der Großmächte verhindert worden.[888] Die in den Hauptstädten der europäischen Großmächte herausgegebenen Zeitungen hatten der Frage der Stabilität des Osmanischen Reiches seit den 1894 und 1895 stattgefundenen Massakern an den ArmenierInnen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Daher hatten sie sich mit der drohenden Eskalation der Kretakrise im Jahr 1896 ebenso ausgiebig auseinandergesetzt, wie mit den Schwierigkeiten der Regierungen der Großmächte, eine gemeinsame politische Linie zu vereinbaren. Immer wieder wurden die Unruhen auf Kreta und die mangelnde Stabilität des Osmanischen Reichs zur Bedrohung des „europäischen Friedens“, ja sogar des „Weltfriedens“ erklärt und besonders in den regierungsnahen österreichisch-ungarischen Zeitungen immer wieder die „Einmütigkeit“ der Großmächte als einziges verlässliches Mittel zur Vermeidung einer „Weltkrise“ beschworen.[889]

Nachrichtenagenturen und Zeitungen aus aller Welt entsandten Spezialberichterstatter direkt nach Kreta, wo sie sowohl mit Vertretern der osmanischen Behörden und den Konsuln der Großmächte, als auch mit Repräsentanten der Aufständischen Gespräche führten und die Schauplätze tatsächlicher und angeblicher Massaker und Kämpfe besuchten.[890] Der Athener Dichter und Schriftsteller Konstantin Christomanos, der sich als persönlicher Griechischlehrer

---

[888] Vgl. z.B. *Fremdenblatt*, Wien 1896 August 25, Morgenblatt, 1; *Pester Lloyd*, Budapest 1897 Februar 7, 2. Die britische Königin Victoria I. schrieb bereits am 11. September 1896 befriedigt in ihr Tagebuch, dass die Kretakrise „endlich geregelt” sei. Vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 35. Als die Botschafter im Jänner 1897 in einem Memorandum alle Faktoren auflisteten, die ihrer Ansicht nach potentielle Bedrohungen der Stabilität des Osmanischen Reichs darstellten, bezogen sie Kreta nicht mehr in diese Liste ein. Vgl. Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/167 Nr. 1B.

[889] Vgl. z.B. *Fremdenblatt*, Wien 1896 Juni 2, Morgenblatt, 1; Das Exposé des Grafen Goluchowski, *Fremdenblatt*, Wien 1896 Juni 9, Abendblatt, 2f.; Salisburys Niederlage, *Neue Freie Presse*, Wien 1896 Juli 8, 2; *Neue Freie Presse*, Wien 1896 Juli 23, 1f.; *Neue Freie Presse*, Wien 1896 August 9, 1; *Fremdenblatt*, Wien 1896 August 25, Morgenblatt, 1.

[890] Vgl. Barchard, Servant, 33; Bickford-Smith, Sketches, 70–80, 82–94.

und Vorleser von Kaiserin Elisabeth in Wien aufhielt, wurde von der *Neuen Freien Presse* als Sonderkorrespondent nach Canea geschickt. Von dort lieferte er im Rahmen einer zwischen dem 9. August und dem 17. September 1896 abgedruckten Artikelserie nicht nur aktuelle Meldungen und Analysen, sondern auch landeskundliche Informationen, sowie romantisierende Beschreibungen des „orientalischen" Alltags in der Inselhauptstadt und der „herrlich



Abb.4: Tendenziöse Illustration der britischen *Illustrated London News* zur Ermordung der Kawassen des griechischen und russischen Konsulats am Stadttor von Canea am 24. Mai 1896. Die Kawassen sind als unschuldige Märtyrer dargestellt, die osmanischen Gendarmen im Bild alle am Mord beteiligt. Dies entspricht der Darstellung der Ereignisse durch den griechischen und den österreichisch-ungarischen Konsul, jedoch nicht dem um Ausgeglichenheit bemühten Bericht des britischen Konsuls Biliotti. Biliotti zufolge war die Gewalt vom russischen Kawassen ausgegangen. Außerdem hätten sich zwar einige Gendarmen an den Ausschreitungen beteiligt, die Mehrzahl hätte sich diesen aber unter Einsatz ihres Lebens entgegengestellt. „Assassination of the Kavasses of the Russian and Greek Consuls at Canea", *The Illustrated London News*, London 1896 Juni 20, 776.

schrecklichen, wilden, schönen Menschen" Kretas. Auch Beobachtungen der Vermittlungstätigkeit der Konsuln und sogar eine komplette Abschrift des Reformprogramms der Botschafter fanden Aufnahme in die Berichterstattung von Christomanos.[891] Britische illustrierte Zeitungen befriedigten den Hunger ihrer Leserschaft nach „authentischen" Bildern vom Krisen-

[891] Konstantin Christomanos, Der Aufstand auf Kreta, *Neue Freie Presse*, Wien 1896 August 9, 2f.; Konstantin Christomanos, Der Aufstand auf Kreta, *Neue Freie Presse*, Wien 1896 August 28, 1–3; Konstantin Christomanos, Die Letzte Phase auf Kreta, *Neue Freie Presse*, Wien 1896 September 17, 1–3.

herd auf Kreta, indem sie gezeichnete Abbildungen dramatischer Aufstandsszenen abdruckten, die angeblich auf von Korrespondenten vor Ort angefertigten Skizzen beruhten. Diese Bilder waren durchwegs „sensationelle“ Darstellungen blutrünstiger muslimischer Krummsäbelkämpfer beim Niederbrennen von Dörfern, Schänden von Kirchen und Niedermetzeln von wehrlosen ZivilistInnen mit klagend erhobenen Händen.[892] Die christlichen Rebellen dagegen wurden zwar durchwegs mit entschlossenen Gesichtsausdrücken, schwer bewaffnet und mit Patronengurten behängt dargestellt, allerdings nicht beim Niederbrennen muslimischer Dörfer, sondern dekorativ vor dem Hintergrund schroffer Gebirgsschluchten oder orthodoxer Kirchen posierend.[893] Es ist naheliegend, dass diese piktorale Macht dazu beitrug, in der Öffentlichkeit ein durchwegs negatives Bild der osmanischen Truppen und des muslimischen Bevölkerungsteils, sowie ein eher „wildromantisches“ Bild der christlichen Aufständischen zu vermitteln, Mitleid mit den kretischen ChristInnen zu wecken, sowie generell ein starkes Interesse an den dramatischen Vorgängen wachzuhalten.

Entsprechend diesem Interesse und der Sorge, mit der der Aufstand auf Kreta verfolgt worden war, rückte die allgemeine Erleichterung über die Einigung auf das Reformprogramm der Botschafter in Konstantinopel diese ab August 1896 ins Rampenlicht der Medien. Ein Blick auf die wichtigsten Zeitungen Österreich-Ungarns zeigt exemplarisch, wie tiefgreifend sich die Bedeutung wandelte, die man in der Öffentlichkeit den gemeinsamen Bemühungen der Botschafter in Konstantinopel zuschrieb.

Das dem österreichisch-ungarischen Außenministerium nahestehende *Fremdenblatt*[894] hatte schon seit Ende Mai 1896 immer wieder detailliert über die Sitzungen der Botschafter, ihre Vorsprachen und Initiativen beim Sultan und bei Außenminister Tevfik Paşa berichtet.[895] Die ebenfalls im *Fremdenblatt* abgedruckten offiziellen Stellungnahmen von Außenminister

---

[892] Vgl. Assassination of the Kavasses of the Russian and Greek Consuls at Canea, *The Illustrated London News*, London 1896 Juni 20, 776; The Trouble in Crete – Turkish Troops returning to Canea after firing Native Villages, *The Illustrated London News*, London 1896 Juli 4, 12; The Trouble in Crete – Turkish Troops desecrating a Church at Galata, *The Illustrated London News*, London 1896 Juli 11, 1;

[893] The Trouble in Crete – The Chief Pass, Sphakia, The Mountain Gateway of the Revolutionists, *The Illustrated London News*, London 1896 August 15, 205; The Revolt in Crete – The Newly Elected Cretan Assembly in the Church at Campos, *The Graphic*, London 1896 Oktober 10, 461.

[894] Zur politischen Verortung und Einteilung der genannten Zeitungen und Zeitschriften vgl. Kurt Paupié, Handbuch der Österreichischen Pressegeschichte, Bd. 1, Wien 1960.

[895] Vgl. Der Aufstand in Kreta, *Fremdenblatt*, Wien 1896 Mai 30, Morgenblatt, 12; Die Vorgänge auf Kreta, *Fremdenblatt*, Wien 1896 Juni 5, Morgenblatt, 6; Die Vorgänge auf Kreta, *Fremdenblatt*, Wien 1896 Juni 6, Abendblatt, 3; Die Vorgänge auf Kreta, *Fremdenblatt*, Wien 1896 Juni 20, Abendblatt, 3; Der Aufstand auf Kreta, *Fremdenblatt*, Wien 1896 Juli 4, Morgenblatt, 10; *Fremdenblatt*, Wien 1896 Juli 9, Abendblatt, 1; *Fremdenblatt*, Wien 1896 Juli 18, Morgenblatt, 2; Der Aufstand auf Kreta, *Fremdenblatt*, Wien 1896 August 9, Morgenblatt, 10; Der Aufstand auf Kreta, *Fremdenblatt*, Wien 1896 August 22, Morgenblatt, 7; Kämpfe auf Kreta und in Macedonien, *Fremdenblatt*, Wien 1896 August 24, Morgenblatt, 2; *Fremdenblatt*, Wien 1896 August 25, Morgenblatt, 1; Der Aufstand auf Kreta, *Fremdenblatt*, Wien 1896 August 25, Abendblatt, 3; Der Aufstand auf Kreta und in Mazedonien, *Fremdenblatt*, Wien 1896 August 27, Morgenblatt, 7; Der Aufstand auf Kreta, *Fremdenblatt*, Wien 1896 August 28, Morgenblatt, 10.

Gołuchowski und Kaiser Franz Joseph I. gestanden aber bis zum Sommer des Jahres 1896 diesen Initiativen keinesfalls die ihnen zukommende Bedeutung zu. Der Kaiser führte in seiner Ansprache an die Delegationen der Parlamente Österreichs und Ungarns am 1. Juni 1896 die Erhaltung des „europäischen Friedens“ und der „Einmütigkeit“ Europas in der Krise um die 1894 und 1895 stattgefundenen Massaker an den ArmenierInnen nicht auf die entsprechende Kompromissinitiative der Botschafter in Konstantinopel, sondern auf die in Wahrheit gescheiterte Initiative Gołuchowskis für eine kollektive Flottendemonstration in den Meerengen zurück.[896] Gołuchowski bekräftigte am 9. Juni 1896 vor der österreichischen Delegation diese Darstellung der Ereignisse und behauptete, er habe sich in der Krise des Vorjahres lange Zeit vollkommen zurückgehalten. Erst angesichts der akuten „Gefahr eines einseitigen Eingreifens“ Russlands oder Großbritanniens habe er interveniert und dadurch eigenhändig das „Aufrollen der ganzen orientalischen Frage“ verhindert und den „europäischen Frieden“ gerettet.[897] Die liberale *Neue Freie Presse*, die international bedeutendste Zeitung Österreich-Ungarns, unterstützte diese realitätsferne Behauptung einer unbedingten Führungsrolle des österreichisch-ungarischen Außenministers im europäischen Konzert, der sich die übrigen Großmächte zur Sicherung des Friedens nur anzuschließen bräuchten.[898]

Auch während der Initiativen Gołuchowskis zur Durchsetzung einer kollektiven Blockade Kretas und zur Schaffung einer „Konsularkommission“ im August 1896 propagierte das *Fremdenblatt* diese Pläne als einzigen Weg zur Sicherung des Friedens und verteidigte den Führungsanspruch des österreichisch-ungarischen Außenministers in der europäischen Politik unter dem Schlagwort der „Einmütigkeit“.[899] Auch diesmal schloss sich die *Neue Freie Presse* in einer Reihe von Leitartikeln den Lobeshymnen auf die „Führung“ der „Orientpolitik“ der Großmächte durch Gołuchowski an, ohne die Aktivitäten und Bemühungen der Botschafter in Konstantinopel auch nur zu erwähnen.[900] Selbst die ansonsten eine Loslösung Kretas vom Osmanischen Reich befürwortende christlichsoziale *Reichspost* gab diese Position in einem Leitartikel vom 5. August 1896 kurzfristig auf, um die Blockadeinitiative

---

[896] In der Rede des Kaisers hieß es, den „im Einverständnisse mit Unseren bewährten B u n d e s g e n o s s e n“ und mit der „sympathischen Mitwirkung a l l e r G r o ß m ä c h t e“ erfolgten Bemühungen des österreichisch-ungarischen Außenministers sei es zu verdanken, dass „der europäische F r i e d e, trotz mancher im vergangenen Jahre im Orient aufgetauchter beunruhigender Symptome, nicht gestört wurde.“ Die Ansprache des Kaisers an die Delegationen, *Fremdenblatt*, Wien 1896 Juni 1, Abendblatt, 1, Hervorhebungen im Original.

[897] Das Exposé des Grafen Goluchowski, *Fremdenblatt*, Wien 1896 Juni 9, Abendblatt, 2f.

[898] Vgl. *Neue Freie Presse*, Wien 1896 Juli 23, 1f.; *Fremdenblatt*, Wien 1896 Juni 12, Morgenblatt, 1.

[899] Siehe vor allem die programmatischen Leitartikel im *Fremdenblatt*, Wien 1896 Juli 26, Morgenblatt, 1; *Fremdenblatt*, Wien 1896 August 15, Morgenblatt, 1. Zur Bezeichnung des *Fremdenblatts* als „Organ des hiesigen Auswärtigen Amtes“ auch durch österreichisch-ungarische Diplomaten vgl. Calice an Pasetti, Konstantinopel 1895 März 30, HHStA Wien, PL/68.

[900] *Neue Freie Presse*, Wien 1896 Juli 23, 1f.; *Neue Freie Presse*, Wien 1896 August 7, 1; *Neue Freie Presse*, Wien 1896 August 13, 1.

Gołuchowskis als einzigen Weg zu Verhinderung eines unkontrollierten Zusammenbruchs des Osmanischen Reichs hinzustellen, der mit erhöhter Kriegsgefahr zwischen den Großmächten verbunden gewesen wäre.[901] Diese auffällige Übereinstimmung zwischen sonst recht unterschiedliche Linien verfolgenden Zeitungen bei der Verteidigung der Initiativen Gołuchowskis in der Kretakrise im August 1896 könnte bedeuten, dass sich dahinter eine derzeit (noch) nicht belegbare Pressekampagne des Außenministers verbarg.[902]

Mit dem sich abzeichnenden Scheitern der Blockadeinitiative und der Ablehnung des Konzepts einer Konsularkommission setzte im August 1896 dann aber ein merkbarer Wandel im Stellenwert ein, den die österreichisch-ungarischen Zeitungen den Aktivitäten der Botschafter in Konstantinopel einräumten. Fortan wurde besonders häufig und umfangreich über die regelmäßigen Reunionen der Botschafter berichtet. Dabei wurden sogar Einzelheiten über die laufenden Verhandlungen zum Reformprogramm für Kreta veröffentlicht, die nur aus der diplomatischen Berichterstattung stammen konnten und zu diesem Zeitpunkt eigentlich noch geheim bleiben sollten.[903] Als das Reformprogramm fertiggestellt und von den Regierungen der Großmächte als gemeinsames Ziel festgelegt worden war, versuchte nicht einmal das *Fremdenblatt* mehr, diesen Erfolg für Außenminister Gołuchowski zu reklamieren, sondern würdigte die Tatsache, dass die Arbeit der Botschafter ausschlaggebend für die Wahrung der „Einmütigkeit" des Konzerts gewesen war. In einem am 25. August 1896 veröffentlichten Resümee wurden die Bemühungen der Botschafter um das Vierpunkteprogramm für Kreta und die Abberufung des Militärkommandanten Abdullah Paşa als eigentlicher Kern der Bemühungen des Konzerts dargestellt, die durch das Reformprogramm der Botschafter nun einen erfolgreichen Abschluss gefunden hätten.

„Die Hauptsache blieb stets die Herstellung eines erträglichen Zustandes für die kretensischen Christen. […] Die Basis dieser Ausgleichsaktion soll ein von der Botschafterkonferenz in Konstantinopel ausgearbeiteter und von allen Mächten acceptirter Entwurf bilden, an dessen Zustandekommen auch unserem Botschafter in Konstantinopel ein wesentliches Verdienst gebührt […]. Diesem einmüthigen Zusammenwirken wird es, so darf man wohl hoffen, bald gelingen, die Kretenser sowohl, wie die türkische Regierung für die von den Botschaftern vorgeschlagene neue Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse der Insel zu gewinnen."[904]

---

[901] Nicht der Gendarm des Sultans, *Reichspost*, Wien 1896 August 5, 1f.
[902] Vgl. Wakounig, Sitzen, 394; Ehrenpreis, Presse, 1809f.
[903] Der Aufstand auf Kreta, *Fremdenblatt*, Wien 1896 August 9, Morgenblatt, 10; Der Aufstand auf Kreta, *Fremdenblatt*, Wien 1896 August 22, Morgenblatt, 7; Kämpfe auf Kreta und in Macedonien, *Fremdenblatt*, Wien 1896 August 24, Morgenblatt, 2; *Fremdenblatt*, Wien 1896 August 25, Morgenblatt, 1; Der Aufstand auf Kreta, *Fremdenblatt*, Wien 1896 August 25, Abendblatt, 3; Der Aufstand auf Kreta und in Mazedonien, *Fremdenblatt*, Wien 1896 August 27, Morgenblatt, 7; Der Aufstand auf Kreta, *Fremdenblatt*, Wien 1896 August 28, Morgenblatt, 10.
[904] *Fremdenblatt*, Wien 1896 August 25, Morgenblatt, 1.

An der These einer österreichisch-ungarischen „Führungsrolle“ in der gemeinsamen Kretapolitik der Großmächte konnte das *Fremdenblatt* somit trotz Anerkennung der Bedeutung der Botschafterkonferenz festhalten, indem es den „wesentlichen Verdienst“ Botschafter Calices besonders hervorhob. So wie man im Juni 1896 die Gołuchowski zugeschriebene Bewältigung der Krise um die Massaker an den ArmenierInnen als Wiederbelebung des europäischen Konzerts gefeiert hatte, tat man es nun auch mit der den Botschaftern zugeschriebenen, vermeintlich endgültigen Bewältigung der Kretakrise.

„Erfreulicher noch als die Anrufung der europäischen Mediation an und für sich ist aber die Thatsache, daß sich in diesem vermittelnden Eingreifen alle Mächte zusammengefunden haben, daß es thatsächlich wieder ein europäisches Konzert gibt, woran man in letzter Zeit mancherorts gezweifelt hat.“[905]

Während man also, ganz entsprechend der politischen Rhetorik Gołuchowskis, die Einigkeit der Großmächte gegenüber Krisen im Osmanischen Reich als einziges verlässliches Fundament des Friedens in Europa darstellte und eine entsprechende diplomatische „Führungsrolle“ Österreich-Ungarns postulierte, stellte man sich nun die Botschafter in Konstantinopel als zentrales und wesentliches Organ des Konzerts in Bezug auf das Osmanische Reich vor. Die *Neue Freie Presse* hielt es deshalb am 1. Dezember 1896 für notwendig, ihrer Leserschaft beruhigend zu versichern, dass das Konzert trotz des Urlaubsantritts eines Teils der Botschafter von Konstantinopel funktionsfähig sei, da es auch noch die Möglichkeit eines direkten Gedankenaustauschs zwischen den Regierungen gäbe.[906]

Die Kretakrise machte indessen bis zum Herbst 1896 die Botschafter in Konstantinopel nicht nur als Institution, sondern auch als Einzelpersonen berühmt. Britische illustrierte Zeitschriften veröffentlichten mehrfach Gruppenfotos und Porträts der Botschafter in Konstantinopel, die diese bei der Arbeit zeigten und die Gelegenheit boten, sie den interessierten Leser namentlich vorzustellen.[907] Auch in Österreich-Ungarn waren die Gesichtszüge der einzelnen Botschafter der Leserschaft offenbar bald dermaßen geläufig, dass sie in Zeitungskarikaturen realistisch wiedergegeben und erkannt wurden.[908]

Trotz der Erleichterung über die einstweilen erfolgreich vermiedene Eskalation der Kretakrise blieb auch gegen Ende des Jahres 1896 in der Öffentlichkeit die Angst präsent, die nächste unvorhergesehene Krise im Osmanischen Reich könnte die gefürchtete „Weltkrise“

---

[905] *Fremdenblatt*, Wien 1896 August 25, Morgenblatt, 1.
[906] *Neue Freie Presse*, Wien 1896 Dezember 1, 1.
[907] Vgl. “The Crisis in Constantinople - The Ambassadors of the Great Powers”, *The Graphic*, London 1896 September 19, 372; “The Eastern Question - A Meeting of the Ambassadors in Constantinople in the House of Baron Calice”, *The Graphic*, London 1896 November 7, 589
[908] Vgl. “Die Bluttransfusion in Constantinopel”, *Der Floh*, Wien 1897 Juni 27, 1; “Im Cirque Oriental”, *Der Floh*, Wien 1897 November 21, 4.

zwischen den rivalisierenden Großmächten auslösen.[909] Die Popularität der Botschafterkonferenz in Konstantinopel beruhte somit auf ihrer in der Kretakrise 1896 bewiesenen Fähigkeit



Abb.5: Eine österreichisch-ungarische Zeitungskarikatur zu den im Sommer des Jahres 1897 unternommenen Bemühungen der Botschafter der Großmächte in Konstantinopel, den osmanischen Staatshaushalt mit griechischem Kapital zu sanieren. Von links nach rechts sind deutlich die zu diesem Zeitpunkt offenbar prominenten Gesichter der Botschafter Currie, Nelidov, Cambon und Calice zu erkennen. Saurma und Pansa fehlen, vielleicht aufgrund geringerer Bekanntheit. „Die Bluttransfusion in Constantinopel", *Der Floh*, Wien 1897 Juni 27, 1.

zur Konsensfindung zwischen den Großmächten. Sie war aber darüber hinaus mit der Hoffnung verbunden, sie werde sich auch bei zukünftigen Krisen im Osmanischen Reich als Bewahrerin der vielzitierten „Einmütigkeit" und kollektiven Vormachtstellung der Großmächte bewähren.[910] Außenminister Gołuchowski meinte am 24. Oktober 1896 im Gespräch mit dem

[909] Vgl. z.B. *Neue Freie Presse*, Wien 1896 September 18, 1; *Neue Freie Presse*, Wien 1896 Dezember 1, 1; *Das Ausland im Jahre 1896*, Reichspost, Wien 1897 Jänner 1, 2.

[910] Lord Salisbury drückte diese Hoffnung in seinem Rundtelegramm an die Regierungen der übrigen Großmächte vom 20. Oktober 1896 aus, das den Anstoß zur Beauftragung der Botschafter mit Ausarbeitung eines Reformprogramms für das gesamte Osmanische Reich bilden sollte. Telegramm Salisburys an die Außenministerien von Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn und Russland, London 1896 Oktober 20, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 28, R14435; auszugsweise abgedruckt in: DDF 13, 2–4.

deutschen Geschäftsträger in Wien, das „Zusammengehen der Botschafter“ in Konstantinopel habe sich „in der kretischen Frage außerordentlich bewährt“, weshalb er durchaus gewillt sei, in ähnlichen Situationen wieder eine kollektive Beauftragung der Botschafter mit der Ausarbeitung von Reformen zu unterstützen.[911]

III.a.2. Grenzen der Kooperation. Eine Zwischenbilanz der strukturellen Schwachstellen der Botschafterkonferenz

Ihre Arbeit im Sommer 1896 hatte die Botschafterkonferenz von Konstantinopel zwar berühmt gemacht, aber auch einige Schwachstellen eines solchen inoffiziellen, permanenten Kollektivorgans der Großmächte verdeutlicht. Diese Schwachstellen sollten beim neuerlichen Ausbruch der Kretakrise im Jahr 1897 verstärkt zum Tragen kommen.

Ein erstes Problem lag in dem hochgradig inoffiziellen Charakter der Botschafterkonferenz. Die nirgends festgeschriebenen „besonderen“ Rechte und Kompetenzen der Botschafter in Konstantinopel konnten auf ganz unterschiedliche Weise ausgelegt werden. Sie wurden immer wieder von einzelnen Regierungen und Ministern, die für sich die „Führung“ des europäischen Konzerts beanspruchten, negiert oder in Frage gestellt. Wie im Kapitel II.c ausgeführt, arbeiteten die Regierungen der Großmächte, ihre Botschafter in Konstantinopel und Athen, sowie die Konsuln auf Kreta häufig parallel an Entwürfen kollektiver Standpunkte oder an Vorschlägen für kollektive Interventionen. Diese standen zu einander oft im Widerspruch oder waren manchmal nahezu identisch, was in beiden Fällen unnötigen Streit über den eigentlichen Ursprung des Vorschlags auslösen und die Beschlussfindung drastisch verzögern konnte.[912] Auch die Ausarbeitung des letztlich allgemein akzeptierten Reformprogramms durch die Botschafter im August 1896 war von einer Grundsatzdebatte über Zuständigkeitsbereich und zulässigen Selbstständigkeitsgrad der Botschafter in Konstantinopel begleitet gewesen. Dazu waren noch die Versuche Gołuchowskis gekommen, die Reformagenda stattdessen auf die Konsuln auf Kreta zu übertragen.[913] Nach der allseitigen Ratifizierung des

---

[911] Lichnowsky an Hohenlohe, Wien 1896 Oktober 24, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 28, R14435 Nr. 173; abgedruckt in: GP XII/1, 216–218.

[912] Vgl. etwa das desaströse Scheitern der Botschafter in Athen bei dem Versuch, parallel zum kollektiven Druck der Botschafter in Konstantinopel auf die osmanische Regierung ihrerseits kollektiven Druck auf die Regierung Griechenlands auszuüben, um Garantien für deren Neutralität in der Kretakrise zu erlangen. Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 33C; Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 16, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 39; Széchény an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 23, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 35A–B; Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 23, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 42; Dülffer, Kreta-Krise, 34; Zürrer, Nahostpolitik, 342.

[913] Vgl. Dumba an Gołuchowski, Paris 1896 August 3, HHStA Wien, PA XII/279 privat; Gołuchowski an Liechtenstein, Wien 1896 August 5, HHStA Wien, PA XII/279 privat; Telegramm Dumbas an Gołuchowski, Paris 1896 August 20, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 57; Zürrer, Nahostpolitik, 340–343.

Reformprogramms der Botschafter hatten sich diese im Herbst 1896 als „Schaltzentrale“ der diplomatischen Intervention der Großmächte auf Kreta durchgesetzt. Diese Durchsetzung war jedoch letztlich wieder nur das Ergebnis eines inoffiziellen Konsenses zwischen den Regierungen, wurde nirgendwo offiziell festgeschrieben und beruhte zu einem guten Teil auf dem persönlichen Engagement des französischen Außenministers Hanotaux, der sich zu diesem Zeitpunkt erhoffte, mit Hilfe der Botschafter seinen Anspruch auf die diplomatische Führungsrolle im Konzert gegenüber seinem Rivalen Gołuchowski durchzusetzen.[914]

Ein wesentliches Problem, das die Botschafterkonferenz mit dem europäischen Konzert an sich gemein hatte, bestand aus der fehlenden Einbindung kleinerer Staaten und betroffener Konfliktparteien in ihre Vermittlungsversuche. Daraus ergab sich eine mangelhafte Legitimation aller „kollektiven Interventionen“ der Großmächte. Die Arbeit des Konzert und das ihr zugrunde liegende System von Normen und Regeln der internationalen Politik beruhte eben nicht auf allgemeiner, freiwilliger Zustimmung der Vertreter der davon betroffenen Staaten. Grundlage war vielmehr der aus eigener Machtvollkommenheit erhobene Anspruch der Vertreter selbsternannter „Großmächten“, für ganz „Europa“ und damit für die „zivilisierte Welt“ zu sprechen.[915] Von den Regierungen und Diplomaten jener Staaten, die nicht über den Status einer „Großmacht“ verfügten, wurde im Rahmen „kollektiver Vermittlungsaktionen“ des Konzerts keine partnerschaftliche Teilnahme, sondern Gehorsam und „Unterwerfung“ unter den „Willen Europas“ erwartet.[916] Wenn diese als selbstverständlich erwartete Unterwerfung ausblieb, konnten sich die Repräsentanten der Großmächte letztlich nur auf die Ebene von Drohungen zurückziehen. Konkreter Gegenstand dieser Drohungen konnten der Abbruch der jeweiligen Vermittlungsaktion, aber auch militärische „Demonstrationen“ oder „Zwangsmaßnahmen“ der Großmächte zur Bestrafung aufsässiger „Klienten“ sein.

Insbesondere Sultan Abdülhamit II. wurde häufig unterstellt, in unverantwortlicher Weise mit der tatsächlichen Bereitschaft der Großmächte zur Umsetzung angedrohter Kollektivmaßnahmen zu spekulieren. Da die Glaubwürdigkeit aller Vermittlungsaktionen und Drohungen des Konzerts von der Aufrechterhaltung des „Bluffs“ der vielbeschworenen Einmütigkeit der einander in Wahrheit zutiefst misstrauenden Regierungen der Großmächte abhing, wurde eine solche Infragestellung der Einmütigkeit allgemein als Gefährdung der Grundlage

[914] Vgl. Gołuchowski an Calice, Budapest 1896 Juni 12, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 432; Gołuchowski an Wolkenstein, Budapest 1896 Juni 12, HHStA Wien, PA XII/277 privat; Cambon, Correspondence I, 414−417; Zürrer, Nahostpolitik, 340f.
[915] Vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 13; Schulz, Normen, 537–545, 572f.; Schulz, Politik, 55.
[916] Diese Wortwahl benutzte etwa der österreichisch-ungarische Konsul Julius Pinter, als er am 4. September 1896 wie ein siegreicher General die „bedingungslose Unterwerfung“ der Abgeordneten der kretischen Generalversammlung unter das Reformprogramm der Botschafter vermeldete. Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 September 4 HHStA Wien, PA XII/280 ohne Nummer.

des Weltfriedens interpretiert.[917] Wie aus den bisher beschriebenen Verhandlungen hervorgeht, ließ sich Abdülhamit II. bei der Beantwortung von Drohungen und Warnungen der Botschafter der Großmächte oft und gerne viel Zeit, was die Fähigkeit der Großmächte, an einem gemeinsamen Kurs festzuhalten, tatsächlich auf eine harte Probe stellte und mehrmals einen offenen Bruch des Konzerts in greifbare Nähe rückte. Letztlich ließ es der Sultan aber weder in der so genannten „Stationärsfrage" 1895, noch beim Ausbruch der Massaker an den ArmenierInnen in Konstantinopel im August 1896, noch bei der Ratifizierung des Reformprogramms für Kreta darauf ankommen, die Glaubwürdigkeit der Drohungen der Großmächte auf die Probe zu stellen.[918] Die griechische Regierung von Premierminister Diliyiannis hatte dagegen unter dem Druck einer nationalistisch aufgehetzten Öffentlichkeit schon 1886 die tatsächliche Durchführung der ihr angedrohten kollektiven Seeblockade der Häfen Griechenlands durch die Großmächte abgewartet, bevor sie den damals geplanten Eroberungskrieg gegen das Osmanische Reich abbrach und ihre Truppen demobilisierte.[919] Auch 1896 kündigte die wieder unter der Leitung von Diliyiannis stehende griechische Regierung infolge wiederholter Drohungen und Warnungen der Botschafter der Großmächte in Athen zwar Maßnahmen gegen die von griechischen Festlandhäfen ausgehenden Waffenlieferungen an die kretischen Rebellen an, machte gleichzeitig aber wenig Hehl aus ihrer geringen Angst vor „Zwangsmaßnahmen" des Konzerts.[920]

Diese grundsätzliche Problematik, dass eine mehr auf Drohungen und Zwang als auf freiwilliger Teilnahme und Akzeptanz basierende Vermittlerrolle völlig von der Glaubwürdigkeit gemeinsamer Drohungen abhing, sollte bei den Bemühungen der Botschafter und

---

[917] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1895 Juli 18, HHStA Wien, PA XII/161 30G; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 November 14, HHStA Wien, PA I/462 47D; Deym an Gołuchowski, London 1896 Juli 28, HHStA Wien, PA XII/278 28; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 30, HHStA Wien, PA XII/278 33A–F.; Gołuchowski an Calice, Wien 1896 August 15, HHStA Wien, PA XII/279 privat; Giesl, Jahrzehnte, 34–35.

[918] Zum Einlenken des Sultans in der „Stationärsfrage" nach Drohungen der Botschafter vgl. Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Dezember 6, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 128; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Dezember 8, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 131; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Dezember 10, HHStA Wien, PA XII/162 Nr. 134. Zur raschen Beendigung der Armeniermassaker in der Hauptstadt am 30. August 1896 auf der Grundlage scharfer Drohungen vgl. Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 28, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 128; Herbert an Salisbury, Therapia 1896 August 31, TNA PRO London, FO78/4713 Nr. 688; Somakian, Empires, 20. Zur Annahme des kretischen Reformprogramms der Botschafter durch Abdülhamit II. am 27. August 1896 vgl. Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 27, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 38A; Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 August 29, TNA PRO London, FO78/4713 Nr. 684A.

[919] Dülffer, Kreta-Krise, 23f.; Verosta, Kollektivaktionen, 25–33; Zelepos, Ethnisierung, 147–150.

[920] Széchény an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 24, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 36A–B; Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 28, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 47; Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 29, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 48; Széchény an Gołuchowski, Athen 1896 Juli 31, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 37; Széchényi an Gołuchowski, Athen 1896 August 6, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 39A.

Konsuln um eine endgültige Beilegung der Kretakrise im Jahr 1897 ein wesentliches Problem darstellen.

Auch das generell die Diplomatie der Großmächte in den 1890er Jahren prägende gegenseitige Misstrauen, die häufigen Verdächtigungen und das ständige Lauern auf wechselseitige Intrigen stellten eine Reihe von Faktoren dar, die sich negativ auf die Funktionsfähigkeit der Botschafterkonferenz und des Konzerts insgesamt auswirkte. Die Botschafter in Konstantinopel waren in der Regel überdurchschnittlich erfahrene Diplomaten und aufgrund der langen Verweildauer auf diesem Posten an die Zusammenarbeit mit den ihnen wohl vertrauten Kollegen gewöhnt. Dennoch, vielleicht auch gerade wegen der langen persönlichen Bekanntschaften, waren auch sie nicht völlig frei von den Vorurteilen, die die Zusammenarbeit zwischen ihren Regierungen so oft erschwerten.

So war etwa Botschafter Calice im Juni 1896 zeitweise davon überzeugt, dass der Ausbruch des Aufstandes auf Kreta unmöglich allein auf die lokale Unzufriedenheit der Inselbevölkerung zurückgehen konnte. Die Kretakrise, meinte er, müsse vielmehr das Produkt einer von mehreren Großmächten unterstützten Verschwörung sein. Am 11. Juni 1896 meldete Calice nach Wien den Verdacht, dass sein französischer und sein russischer Kollege in Konstantinopel auf Basis geheimer Absprachen „zwischen Petersburg, Paris und Athen“ versuchen würden, unauffällig die Interessen griechischer Nationalisten zu vertreten.[921] Die Tatsache, dass der französische Geschäftsträger de Boulinière bei den Sitzungen der Botschafter immer wieder die Notwendigkeit betonte, man dürfe im Rahmen der internationalen Vermittlung auf Kreta keinesfalls die Souveränitätsrechte des Sultans verletzen, stufte er in diesem Zusammenhang zwar als „eigenthümlich“ ein, sah darin aber keinen Grund, von seiner Vermutung abzurücken.[922] Der britische Geschäftsträger Herbert teilte diesen Verdacht und versuchte im Rahmen vertraulicher Gespräche, Calice in seinem Misstrauen gegen die Vertreter Frankreichs und Russlands zu bestärken.[923]

Die Botschafter waren auch nicht frei von den besonders in der Öffentlichkeit Frankreichs, Russlands, Österreich-Ungarns und Deutschlands so populären Verdächtigungen gegen die Regierung Großbritanniens, der seit der britischen Okkupation Ägyptens häufig und gerne Intrigen zur Besetzung weiterer osmanischer Territorien am Mittelmeer und deren Umwandlung in britische Marinebasen unterstellt wurde. Die entsprechende Grundstimmung trug im Juli 1896 entscheidend zur erwähnten, kollektiven Intervention der Botschafter gegen die

[921] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 11, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 26A; vgl. die entsprechenden Warnungen Calices in Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 8, 67; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Juni 8, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 68.
[922] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 11, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 26A.
[923] Ebda.; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 18, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 27D.

Verteilung britischer Spendengelder an obdachlos gewordene kretische Zivilisten bei, die wiederum das Klima zwischen dem dadurch bloßgestellten britischen Konsul Biliotti und seinen Kollegen auf Kreta auf Jahre hinaus vergiftete.[924]

Der deutsche Botschafter Saurma brachte in einem Bericht vom 24. Juni 1896 sogar das Kunststück zustande, Verdächtigungen gegen seinen französischen und seinen russischen Kollegen mit solchen gegen den britischen Botschafter Currie zu verknüpfen und somit eine regelrechte Anhäufung von Verschwörungen auf Kreta zu vermuten. Ihm zufolge war allein die Tatsache, dass sich Currie in den Verhandlungen der Botschafter zur Kretakrise so „unauffällig" verhalte, hochgradig verdächtig:

„Es sieht aus, wie wenn seine Regierung auf der Lauer läge, um später je nach der Gestaltung der Verhältnisse plötzlich hervorzutreten und seine besonderen, für jetzt noch nicht erkennbaren Zwecke energisch zur Geltung zu bringen."[925]

Der Bericht traf offenbar genau den Geschmack des gegen Großbritannien besonders voreingenommenen deutschen Kaisers Wilhelm II. und wurde nicht nur dem Kaiser persönlich vorgelegt, sondern auch an die deutschen Botschaften in London, St. Petersburg und Paris weitergeleitet.[926]

Dieses misstrauische, gegenseitige Belauern der Botschafter war von den Außenministerien durchaus erwünscht und wurde gefördert. Den Botschaftern wurde sogar eine Schlüsselrolle bei der gegenseitigen Überwachung und Beobachtung „verdächtiger" Maßnahmen zugeschrieben, die auf eine geplante Einzelaktion eines potentiellen Rivalen hindeuten konnten. Die britische Botschaft in Konstantinopel hatte die Aufgabe, die Berichte britischer Konsulate über die Bewegungen russischer Schiffe im Schwarzen Meer zu sammeln. Nicht nur die Aktivitäten von Kriegsschiffen, sondern auch die Fahrten und Hafenaufenthalte größerer Zivilschiffe wurden in eigens vorgedruckten Formularen peinlich genau eingetragen und von Botschafter Currie oder dem ihn vertretenden Geschäftsträger Herbert einmal im Monat nach London geschickt. Dort sollten sie eigentlich nach Durchsicht vernichtet werden, wurden aber stattdessen bis heute aufbewahrt, vielleicht um im Falle eines militärischen Konflikts im Osmanischen Reich anhand verdächtiger Schiffsbewegungen belegen zu können, dass Russland den ersten Schritt zu einer militärischen Eskalation getan hätte.[927] Im Gegenzug löste die während der Kretakrise verstärkte Präsenz britischer Kriegsschiffe im Mittelmeer in Russland

[924] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 9, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 30B; Herbert an Salisbury, Therapia 1896 Juli 8, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 542; Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juli 8, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 48; Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juli 11, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 49; Hulme-Beaman, Twenty Years, 264.
[925] Saurma an Hohenlohe, Therapia 1896 Juni 24, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212 Nr. 150.
[926] Siehe Randbemerkungen, Ebda.
[927] Vgl. etwa Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 August 7, TNA PRO London, FO78/4712 Nr. 605; Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 August 26, TNA PRO London, FO78/4713 Nr. 680.

große Sorge aus. Im Juni 1896 wurden deswegen auch von Russland zusätzliche Kriegsschiffe ins Mittelmeer entsandt, obwohl das russische Marineoberkommando über die Überbeanspruchung durch die „Notwendigkeit“ gleichzeitiger Demonstration von Flottenpräsenz in Ostasien und im Mittelmeer klagte.[928]

Auch der bereits erwähnte, im Juni 1896 an die französischen Kriegsschiffe vor Kreta erteilte Befehl, die dort stationierten britischen Kriegsschiffe der internationalen Flotte zu „beschatten“, um sicherzugehen, dass sie keine Waffen an die Aufständischen lieferten, hatte Folgen in Konstantinopel.[929] Die Osmanische Regierung verdächtigte nun nämlich ihrerseits Großbritannien und Frankreich, heimlich Waffen an die Aufständischen zu liefern und legte bei den Botschaftern der Großmächte Protest ein. Von osmanischer Seite wurde dabei auch die Sorge ausgedrückt, wenn sich gleich mehrere Kriegsschiffe verschiedener Großmächte auf engem Raum in unmittelbarer Nähe zu laufenden Gefechten aufhielten, könnte es leicht zu „Unfällen“ und Missverständnissen kommen.[930]

Eine Verkettung von Missverständnissen löste im Juli 1896 auch die für das Deutsche Reich peinliche Affäre um die angebliche Tätigkeit eines deutschen Sondergesandten auf Kreta aus, die den österreichisch-ungarischen Botschafter Calice veranlasste, zur Abwechslung Verdächtigungen gegen seinen deutschen Kollegen Saurma vorzubringen. Saurma hatte am 7. Juli 1896 ein vertrauliches Privatgespräch mit Calice genutzt, um diesem wieder einmal die neuesten Verschwörungstheorien über angebliche britische Intrigen auf Kreta auseinanderzusetzen. Saurma schlug gemäß Weisung seiner Regierung vor, dass in Zukunft er selbst, Calice und der russische Vertreter in Konstantinopel ihre Arbeit und ihr Stimmverhalten in den Reunionen vorab koordinieren sollten, um diese angeblichen Intrigen zu durchkreuzen. Calice, der ja selbst eher an russische und französische als an englische Intrigen auf Kreta glaubte, entgegnete seinem deutschen Kollegen, dass die enge Zusammenarbeit der Botschafter aller Großmächte in Konstantinopel notwendig sei. Er überraschte Saurma zudem mit der Frage, ob er die Informationen über die angeblichen britischen Aktivitäten auf Kreta etwa von jenem „höheren Beamten des deutschen Auswärtigen Amtes“ habe, der neuesten Berichten aus Kre-

[928] Kalau an Reichsmarineamt, St Petersburg 1896 Juni 29/ 17, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212 Nr. 371.
[929] Plessen an Hohenlohe, Athen 1896 Juni 29, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212 Nr. 49; vgl. die Erwähnung der immer gleichzeitigen Bewegungen des britischen und französischen Kriegsschiffs im Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 Juli 25, HHStA Wien, PA XII/278 ohne Nummer.
[930] Herbert an Salisbury, Therapia 1896 August 3, TNA PRO London, FO78/4711 Nr. 611. Möglicherweise fürchtete die osmanische Regierung eine Wiederholung der Seeschlacht von Navarino, in der am 20. November 1827 während des griechischen Unabhängigkeitskriegs eine Verkettung von Missverständnissen zur völligen Zerstörung der vor Anker liegenden osmanisch-ägyptischen Flotte durch ein russisch-britisch-französisches Geschwader, das eigentlich nur zur Beobachtung der Kämpfe entsandt worden war, geführt hatte. Vgl. z.B. Rodogno, Massacre, 83f.

ta zufolge dort „eine auffällige, zum Mindesten informative Thätigkeit“ betreibe.[931] Saurma zeigte sich durch die Anschuldigungen schockiert und ersuchte Calice, den österreichisch-ungarischen Konsul in Canea mehr über dieses Gerücht herausfinden zu lassen, über das er selbst überhaupt nichts wisse. Calice versprach dies, ließ in seinen entsprechenden Bericht nach Wien jedoch die Vermutung einfließen, die Quelle der Verdächtigungen gegen Großbritannien sei wohl tatsächlich der erwähnte deutsche Agent auf Kreta.[932]

Saurma meldete seinerseits eilig nach Berlin, er sei durch eine „von Kanea hierher gelangte Nachricht“ über die Anwesenheit eines höheren deutschen Beamten auf Kreta informiert worden. Ohne seine Quelle zu nennen, erklärte er seinen Vorgesetzten, er sei davon ausgegangen, die Geschichte seinen „Collegen gegenüber als eine Erfindung bezeichnen zu dürfen“.[933] In dem noch am selben Tag aufgesetzten Antworttelegramm wurde Saurma dahingehend informiert, dass auch dem Auswärtigen Amt nichts über die Anwesenheit eines deutschen Beamten auf Kreta bekannt sei.[934] Die Tatsache, dass der Vorfall einen Austausch nervöser Anfragen zwischen verschiedenen Dienststellen des Ministeriums und Nachforschungen auslöste, die zwischen 9. und 18. Juli die Identität des mysteriösen „Agenten“ klären sollten, deutet darauf hin, dass man im deutschen Auswärtigen Amt wohl wirklich nichts über den wahren Kern der Affäre wusste.[935]

Ursprung der Angelegenheit war der Kretaaufenthalt eines gewissen Dr. Theodor Bumiller, der offenbar keiner der zuständigen deutschen diplomatischen Vertretungen gemeldet worden war. Bumiller war ein promovierter Jurist, ehemaliger deutscher Gardeoffizier und Abenteurer, der als trinkfest, als leidenschaftlicher Fechter und als großspuriger Angeber bekannt war. Von 1889 bis 1895 hatte er in Deutsch-Ostafrika als Soldat der Schutztruppe und Adjutant des Afrikaforschers Hermann von Wissmann gedient. 1896 war er zur Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes versetzt worden, wo er den Rang eines Regierungsrats bekleidete, was die Grundlage seiner übertriebenen Identifizierung als „höherer Beamter des Auswärtigen Amtes“ darstellte.[936] Offiziellen Erklärungen zufolge hatte sich Bumiller rein als

---

[931] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 9, HHStA Wien, PA XII/278 30C.
[932] Ebda.
[933] Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Therapia 1896 Juli 8, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 37, R12213 Nr. 109.
[934] Telegramm Auswärtiges Amt an Saurma, Berlin 1896 Juli 8, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 37, R12213 Nr. 64.
[935] Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Therapia 1896 Juli 9, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 37, R12213 Nr. 110; Die Randbemerkungen auf dem Telegramm lassen einen Dienstweg zwischen verschiedenen Stellen innerhalb des Auswärtigen Amtes erkennen, in dessen Verlauf mehrere Anfragen und Nachfragen zur Identität des Beamten und des Zwecks seines Aufenthalts gestellt wurden. Vgl. außerdem Telegramm Auswärtiges Amt an Plessen, Berlin 1896 Juli 17, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 38, R12214 ohne Nummer; Plessen an Hohenlohe, Athen 1896 Juli 18, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 39, R12215 ohne Nummer.
[936] Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Therapia 1896 Juli 9, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 37, R12213 Nr. 110; Plessen an Hohenlohe, Athen 1896 Juli 18, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 39, R12215 ohne Nummer; Peter

Privatmann nach Kreta begeben. Sein Aufenthalt wurde wahlweise als „Urlaubsreise“ oder als Reise „aus gesundheitlichen Gründen“ erklärt – eine Erklärung, die jedoch selbst im Auswärtigen Amt nicht geglaubt wurde.[937] Den bald in der Presse auftauchenden Meldungen über die Reise Bumillers zufolge war dieser als „Informant“ im persönlichen Auftrag Kaiser Wilhelms II. nach Kreta gereist, um mit eigenen Augen Informationen über den Aufstand und seine mögliche Unterstützung durch eine oder mehrere Großmächte zu sammeln.[938] Offiziell wurde dies zwar von der deutschen Regierung dementiert, es wäre jedoch nicht das erste Mal gewesen, dass Kaiser Wilhelm II. seine Regierung durch unabgesprochene Spontanaktionen in peinliche Situationen gebracht hätte.[939] Auch auf persönlicher Ebene wäre der großspurige, trinkfeste Kolonialabenteurer und Ex-Gardeoffizier Bumiller wohl ein Mann ganz nach dem Geschmack von Wilhelm II. gewesen.[940]

Die Situation wurde für das deutsche Auswärtige Amt und Botschafter Saurma immer peinlicher. Bumiller konnte es während seines Aufenthalts auf Kreta nämlich nicht lassen, ohne jedes Gefühl für die möglichen politischen Implikationen seiner Kretareise nicht nur beim österreichisch-ungarischen Konsul Pinter vorzusprechen, sondern auch mehreren griechischen Journalisten Interviews zu geben. In mehreren Athener Tageszeitungen fanden sich wenig später sensationelle Meldungen über die Kretamission eines deutschen „Geheimrats von Buwill“ und die somit offenbar eingeleitete Vermittlung des Deutschen Reichs zugunsten der christlichen Aufständischen.[941] Dies führte dazu, dass sich der deutsche Botschafter und seine Regierung nicht nur mit unangenehmen Fragen durch Calice, sondern auch mit europaweiten Zeitungsberichten über die „Geheimmission“ Bumillers konfrontiert sahen. Das Auswärtige Amt war in der Folge über einen längeren Zeitraum hinweg mit der Ausgabe offizieller Dementis und der Lancierung offiziöser „Richtigstellungen“ in ausgewählten Zeitungen beschäftigt.[942]

In Hinblick auf den Hintergrund haltloser Verdächtigungen zwischen den Großmächten, vor dem sich die ganze Affäre abspielte, erscheint es als besonders kurioses Detail, dass sich Bumiller in seinen Interviews den griechischen Journalisten gegenüber offenbar betont

---

Grupp – Maria Keipert (Hgg.), Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945, Bd. 1, Paderborn – München – Wien – Zürich 2000, 345.

[937] Plessen an Hohenlohe, Athen 1896 Juli 18, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 39, R12215 ohne Nummer. Die Erklärung des Aufenthalts mit „gesundheitlichen Gründen“ wurde mit einer Wellenlinie und dem handschriftlichen Vermerk „lecta!“ versehen.

[938] *Neue Freie Presse*, Wien 1896 Juli 18, 1f.

[939] Vgl. etwa Brechtken, Scharnierzeit, 309–311.

[940] Zu Charakter und Vorlieben Kaiser Wilhelms II. vgl. Clay – Müller, König, 154, 162, 169–192; Feuchtwanger – Popp, Königshaus, 117–134; Brechtken, Scharnierzeit, 309–330.

[941] Cleanthes Nicolaides an Auswärtiges Amt, Berlin 1896 Juli 20, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 39, R12215 ohne Nummer.

[942] Ebda; vgl. Vélics an Gołuchowski, Berlin 1896 Juli 18, HHStA Wien, PAXII/278 Nr. 23B.

seriös gegeben hatte. Er erklärte seinen Gesprächspartnern nämlich, er habe bei seinen Nachforschungen auf Kreta weder für eine britische noch für eine französisch-russische Verschwörung Beweise gefunden.[943]

Botschafter Saurma war keinesfalls der einzige Botschafter in Konstantinopel, der durch wenig professionelles Auftreten rangniederer Mitarbeiter des diplomatischen Dienstes in peinliche Situationen geriet. Die häufige Vertretung abwesender Botschafter durch Geschäftsträger oder durch die in Konstantinopel als „Dragomane" bezeichneten Botschaftssekretäre sollte sich tatsächlich als weitere Schwäche der Botschafterkonferenz erweisen, deren Funktionieren sehr von den persönlichen Qualitäten der Botschafter, insbesondere von ihrer Erfahrung, Besonnenheit und Professionalität abhing.

So hatte der russische Geschäftsträger Žadovskij, der Anfang Juni 1896 Botschafter Nelidov vertrat, offenbar wenig Kontrolle über den ersten Dragoman der russischen Botschaft, Vladimir Maksimov. Maksimov stieß seine Kollegen immer wieder durch sein polterndes Auftreten vor den Kopf und sabotierte damit am 6. Juni 1896 gewollt oder ungewollt die Arbeit des ersten Dragomans der britischen Botschaft, Adam Block. Dieser befand sich gerade in einem Gespräch mit Izzet Bey, dem Privatsekretär und wichtigsten Berater Sultan Abdülhamits II., den er von der Notwendigkeit überzeugen wollte, von allzu blutigen militärischen Strafmaßnahmen auf Kreta abzusehen, als überraschend Maksimov in den Raum platzte. Von Block zur Unterstützung seiner Bemühungen eingeladen, begann Maksimov sich stattdessen lautstark in Hörweite Izzet Beys über die „Frechheit" der kretischen Aufständischen auszulassen, den Frieden Europas zu stören, wogegen die Truppen des Sultans sicherlich in der Lage seien, den Aufstand in disziplinierter und „ordentlicher" Weise niederzuschlagen.[944] Dahinter steckte weniger eine konsequent vertretene, politische Linie, sondern vielmehr das aufbrausende Temperament des russischen Dragomans. Maksimov hatte nämlich offenbar zwei Tage davor, am 4. Juni 1896, Izzet Bey gegenüber in ebenso polterndem Tonfall gedroht, wenn es auf Kreta zu ähnlichen Ausschreitungen wie bei den vorjährigen Massakern an den ArmenierInnen käme, würden die Großmächte gemeinsam dem Status Quo im Osmanischen Reich „ein Ende bereiten".[945] Besonders die britischen Diplomaten zeigten sich über dieses widersprüchliche Verhalten verwirrt und interpretierten es als neuerlichen Beweis für die Unberechenbarkeit und das „Doppelspiel" der russischen Außenpolitik.[946] Tatsächlich passten aber Maksimovs Drohungen weder zu der von Botschafter Nelidov übli-

[943] *Neue Freie Presse*, Wien 1896 Juli 18, 1f.
[944] Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juni 9, TNA PRO London, FO78/4709 Nr. 448.
[945] Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juni 10, TNA PRO London, FO78/4709 Nr. 457.
[946] Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juni 9, TNA PRO London, FO78/4709 Nr. 448; Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juni 10, TNA PRO London, FO78/4709 Nr. 457.

cherweise demonstrierten Ablehnung kollektiver Militäraktionen der Großmächte im Osmanischen Reich, noch zu der von seinem Vertreter, Geschäftsträger Žadovskij, an den Tag gelegten Vorliebe für enge Zusammenarbeit mit dem französischen Vertreter.[947]

Polternde Auftritte von Dragomanen, deren persönliche Überzeugungen wesentlich von der politischen Linie ihrer Botschaften und Außenministerien abwichen, kamen auch in der österreichisch-ungarischen Botschaft vor. So berichtete die amerikanische Tageszeitung *New York Herald* am 8. August 1896, ein „österreichischer Dragoman" sei in einer öffentlichen Gaststätte in Konstantinopel durch laute Reden aufgefallen, in denen er die ArmenierInnen als „Schweine" bezeichnet und erklärt habe, die „Armenierschweine" seien ebenso wie die im osmanischen Reich lebenden GriechInnen, KreterInnen und JüdInnen allesamt „Lügner und Schurken", die sich die an ihnen verübten Grausamkeiten selbst zuzuschreiben hätten.[948] Der *New York Herald* verfolgte selbst eine armenierInnenfeindliche Linie und verwendete das Zitat, um seine eigene Blattlinie durch diese angebliche Stellungnahme eines österreichisch-ungarischen Botschaftsmitarbeiters zu untermauern. Die Meldung wurde aber bald auch von Zeitungen aufgegriffen, die den ArmenierInnen mehr Sympathie entgegenbrachten, und löste dort einen Sturm der Entrüstung aus. Es kam zu offiziellen Beschwerden privater Organisationen wie des Berliner „Vereins zur Wahrung christlicher Interessen im Orient".[949] Die darauf folgenden Interventionen Botschafter Calices und der Presseabteilung des Außenministeriums, die den Ursprung der Meldung ausforschten und mehrere Dementis und „Richtigstellungen" lancierten, erstreckten sich über einen Zeitraum von drei Monaten.[950] Der offiziellen Version des Außenministeriums zufolge handelte es sich um ein „Missverständnis", demzu-

[947] Zu Nelidovs grundsätzlicher Ablehnung einer kollektiven Kontrolle der Großmächte über das Osmanische Reich vgl. Zürrer, 183f. Zur engen Zusammenarbeit Žadovskijs mit dem französischen Geschäftsträger Bouliniè-re vgl. Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 11, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 26A. Auch Zar Nikolaj II. betrachtete die Ablehnung einer internationalen Kontrolle über die Meerengen als Grundpfeiler der russischen Politik gegenüber dem Osmanischen Reich, siehe Zürrer, Nahostpolitik, 167.

[948] Sidney Whitman, Armenian Plots against Turkey, *The New York Herald*, European Edition, Paris 1896 August 8, 1.

[949] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 20, HHStA Wien, PL69 Nr. 37D; Nach Jena, *Der Reichsbote*, Berlin, 1896 August 12, 1; Una protesta Cristiana contro la politica turcofila, *L'Osservatore Cattolico*, Milano 1896 August 18, 3; Wie gefälscht wird. Eine Entlarvung, *Der Reichsbote*, Berlin 1896 September 5, Beilage zu Akt im HHStA Wien, PL69, ohne Nummer und Seitenangabe*; Norddeutsche Allgemeine Zeitung*, Berlin 1896 Oktober 6, Beilage zu Akt im HHStA Wien, PL69, ohne Nummer und Seitenangabe*; Neue Preussische Kreuz-Zeitung*, Berlin 1896 Oktober 7, Beilage zu Akt im HHStA Wien, PL69, ohne Nummer und Seitenangabe.

[950] Der Zwischenfall und die im Zusammenhang damit ergriffenen pressepolitischen Massnahmen füllen im Archivmaterial des Wiener Literarischen Bureaus einen eigenen Akt. Siehe Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 20, HHStA Wien, PL69 Nr. 37D; Gołuchowski an Vélics, Wien 1896 September 11, HHStA Wien, PL69 Nr. 194; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 September 17, HHStA Wien, PL69 Nr. 41G; Vélics an Gołuchowski, Berlin 1896 September 26, HHStA Wien, PL69 Nr. 32E; Gołuchowski an Vélics, Wien 1896 September 30, HHStA Wien, PL69 Nr. 204; Vélics an Gołuchowski, Berlin 1896 Oktober 10, HHStA Wien, PL69 Nr. 34G; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Oktober 22, HHStA Wien, PL69 Nr. 46H. Vgl. auch die offiziöse Richtigstellung im *New York Herald*, Sidney Whitman, Opinion on Armenians – The Views Attributed to an Austro-Hungarian Dragoman Not Official, *The New York Herald*, European Edition, Paris 1896 August 29, 1.

folge der vom *New York Herald* zitierte „Dragoman“ in Wahrheit nur der von einem kleinen Gasthof in Pera privat angestellte Übersetzer österreichischer Herkunft gewesen sei.[951] Allerdings machte sich die Mailänder Zeitung *Osservatore Cattolico* die Mühe, einen Augenzeugen des Vorfalls auszuforschen, der seinerseits als Redner eindeutig den ersten Dragoman der österreichisch-ungarischen Botschaft, Legationsrat Ladislaus Baron Müller, identifizierte.[952] Diese Version der Geschichte erhält zusätzliche Glaubwürdigkeit durch die Tatsache, dass Müller sich besonderer persönlicher Sympathie Sultan Abdülhamits II. erfreute und von diesem bereits vor dem Vorfall mit einem speziellen Orden ausgezeichnet worden war, der sonst vor allem an Agenten und Spitzel der dem Sultan persönlich unterstehenden Geheimpolizei *Hafiye* verliehen wurde.[953]

Die Arbeit der Botschafter der Großmächte in Konstantinopel stand somit trotz ihres Erfolgs mit der allgemeinen Ratifizierung des Reformprogramms für Kreta im August 1896 auf einer unsicheren Grundlage. Die Arbeitsfähigkeit der Botschafter als inoffizielles Kollektivorgan der Großmächte hing völlig vom guten Willen ihrer Regierungen, vom professionellen Auftreten der handelnden Personen und von der Durchsetzungsfähigkeit eines europäischen Konzerts ab, das bei Konfliktvermittlung nicht auf Zustimmung und Einbindung kleinerer Konfliktparteien, sondern auf Druck, Zwang und die zunehmend fragwürdige Glaubwürdigkeit der vielbeschworenen „Einmütigkeit“ aller Großmächte setzte, während sich selbst die an Zusammenarbeit gewöhnten Botschafter mit misstrauischen Spekulationen über gegenseitige Intrigen verzettelten.

Ohne Geschäftsordnung und ohne schriftliche Vereinbarung über ihren Aufgabenbereich verfügten die Botschafter auch über kein allgemeingültiges Regulativ, das ihre Zusammenarbeit vor dem Hintergrund ihres widersprüchlichen Auftrags erleichtert hätte, die individuellen ebenso wie die gemeinsamen Interessen der Großmächte zu vertreten und außerdem noch den Frieden und den territorialen Status Quo im Osmanischen Reich zu erhalten. Die Botschafter waren sich durchaus bewusst, dass ihre häufig separaten Interventionen beim Sultan zur Durchsetzung von Einzelinteressen ihrer jeweiligen Regierungen der Glaubwürdigkeit ihrer Auftritte als Kollektivorgan abträglich waren. Im Jänner 1897 vereinbarten sie ein mündliches Gentlemen’s Agreement darüber, bis zum Abschluss der damals gerade laufenden Verhandlungen über ein Reformprogramm für das gesamte Osmanische Reich keine separaten Vorsprachen mehr zu unternehmen und dem Sultan keine Einblicke in ihre laufenden Ge-

[951] Sidney Whitman, Opinion on Armenians – The Views Attributed to an Austro-Hungarian Dragoman Not Official, *The New York Herald*, European Edition, Paris 1896 August 29, 1; Vélics an Gołuchowski, Berlin 1896 September 26, HHStA Wien, PL69 Nr. 32E.
[952] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 September 17, HHStA Wien, PL69 Nr. 41G.
[953] Albertall an unbekannt, Auszug, Konstantinopel 1896 Jänner 23, HHStA Wien, PAXII/166 privat.

spräche zu bieten.[954] Dies zeigt deutlich, dass es zwischen den Botschaftern sehr wohl ein gewisses Gruppengefühl als eine Art „Club“ elitärer „Gentlemen“ mit einzigartigem Expertenwissen und als Vertreter der damals mächtigsten Staaten der Welt gab. Der Fall zeigt aber auch, dass dieses Gruppengefühl kein ausreichender Ersatz für ein bindendes Regelwerk zur Zusammenarbeit in Form einer Geschäftsordnung war. Es hielt sich nämlich offenbar niemand an die mündliche Vereinbarung und schon bald wurden wieder Klagen über das „Hineinpfuschen“ einzelner Botschafter in die Arbeit der Gruppe durch separate Vorsprachen laut.[955]

Botschafter Calice selbst war sich wenigstens eines Teils dieser Probleme bewusst. Am 11. Juni 1896 analysierte er offen die Effektivität der Botschafter als Gruppe in einem Bericht, der noch nicht durch seinen späteren Konflikt mit Gołuchowski über die Kompetenzen und Aufgabenbereiche der Botschafterkonferenz gefärbt war:

“Der freundschaftliche Verkehr der Botschafter und ihr gelegentlicher Austausch von Informationen ist gewiß von Vortheil, und kann, indem dadurch manchem Mißverständisse und dem daraus leicht entstehenden Mißtrauen vorgebeugt wird, auch auf die Stimmung der Regierungen vortheilhaft zurückwirken […]. In dringenden Fällen […] kann das Einvernehmen der Botschafter auch ausreichen um eine durch die Umstände gebotene Action zu initiiren. Wenn jedoch ein solcher zwingender Impuls fehlt, und sich meine Collegen nicht durch spezielle Instructionen gedeckt fühlen, so ist eine Initiation derselben im Wege formulirter, gemeinsamer Vorschläge nicht wohl [sic!] zu erreichen, zumal wenn, wie gegenwärtig, eine oder mehrere Botschaften durch bloße Geschäftsträger vertreten sind. […] Die Bemängelungen, welche einige Collegen während des letzten Winters rücksichtlich der gemeinsamen Meinungsäußerungen seitens ihrer eigenen Regierungen sich zugezogen zu haben scheinen, wirken da ebenfalls nach.“ [956]

III.a.3. Grenzen der Professionalität. Eine Zwischenbilanz der persönlichen Schwachstellen der Botschafter

Eine der wesentlichsten systemischen Schwächen der Botschafterkonferenz war die Abhängigkeit ihrer Funktionsfähigkeit als internationales Kollektivorgan von den persönlichen Qualitäten der ihr angehörenden Botschafter, die durch ihren inoffiziellen Charakter noch verstärkt wurde. Die Fähigkeit der Botschafter, entsprechend der gemeinsamen Interessen aller Großmächte zusammenzuarbeiten, hing nicht nur von ihrer Bereitschaft ab, über den Horizont der Vorurteile und tagespolitischen Interessen ihrer jeweiligen Regierungen hinauszudenken. Auch persönliche Ambitionen und Karrierewünsche konnten die Botschafter sehr leicht in Interessenskonflikte gegenüber ihrer auf Konsens ausgerichteten Kollektivfunktion

[954] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/168 privat.
[955] Ebda.
[956] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juni 11, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 26A.

bringen. Die Tatsache, dass die Botschaftsposten in Konstantinopel für die Diplomaten aller Großmächte zu den verantwortungsvollsten, prestigeträchtigsten und begehrtesten möglichen Dienststellen zählten, führte dazu, dass sie nicht nur mit angesehenen und erfahrenen, sondern auch ambitionierten Diplomaten besetzt wurden, die auf ihren jeweiligen Karriereleitern bereits sehr weit oben standen. Es brauchte nicht viel, manche dieser Botschafter in Versuchung zu führen, durch Nutzung günstiger Gelegenheiten zur Profilierung auch noch die letzten verbleibenden Sprossen zur Spitze zu erklimmen, notfalls auch auf Kosten des Friedens und der gemeinsamen Interessen der Großmächte.

Besonders der russische Botschafter Nelidov war für die Verlockung anfällig, seine persönlichen Karriereziele als deckungsgleich mit dem Wohl Russlands zu erachten und die Preisgabe von Gleichgewicht und Einigkeit zwischen den Großmächten als geringen Preis für die Erreichung dieser Ziele zu betrachten. Als Protegé Ignat'evs, des panslawistischen Architekten des San Stefano-Diktatfriedens von 1878, war er schon 1895 für den Posten des russischen Außenministers im Gespräch gewesen. Seine Kandidatur war dann aber auf Drängen des österreichisch-ungarischen Botschafters in St. Petersburg fallen gelassen und das Außenministerium stattdessen mit Lobanov besetzt worden.[957] Dies trug dazu bei, dass Nelidov im Bewusstsein der Rolle, die Österreich-Ungarn bei seiner Ablehnung als Außenminister gespielt hatte, fortan von besonderem Misstrauen gegen die Habsburgermonarchie erfüllt war.[958] Seine Ambitionen auf die Leitung der russischen Außenpolitik, in denen er von seiner ehrgeizigen Ehefrau bestärkt wurde, gab der im Lauf seiner vierzigjährigen Karriere recht selbstbewusst gewordene Botschafter aber keinesfalls auf.[959] Vielmehr schmiedete er Pläne, sich zur dominanten Figur der russischen Außenpolitik und zum unanfechtbaren Nachfolger Lobanovs als Außenminister aufzuschwingen. Zu diesem Zweck wollte er in einem großen Coup Russland gegenüber den übrigen Großmächten zu einer dauerhaft gesicherten Vormachtstellung im Osmanischen Reich, über Konstantinopel und insbesondere über die Meerengen zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer verhelfen.[960] Mit dieser konfrontationsfreudigen Einstellung stand er in völligem Gegensatz zu der auf Zusammenarbeit zwischen den Großmächten ausgelegten Politik Außenminister Lobanovs und zu dem auf langfristigen, sicheren Machtzuwachs des Russischen Reichs ausgelegten Kurs des mächtigen Finanzministers Vitte, weshalb

[957] Wakounig, Grandseigneur, 118–127; vgl. Eintrag zu Aleksandr Ivanovič Nelidov in Vischinskij – Abramovič (Hg.), Slovar, http://dic.academic.ru/dic.nsf/dic_diplomatic/НЕЛИДОВ, 2011 Februar 28; Saurma an Hohenlohe, Therapia 1897 September 30, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 258.
[958] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Dezember 31, HHStA Wien, PA XII/166 privat.
[959] Ebda; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 14, HHStA Wien, PA XII/168 privat.
[960] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 14, HHStA Wien, PA XII/168 privat; zur Befürwortung der Umsetzung dieses alten Traums russischer Großmachtpolitik durch einen Teil der politischen Entscheidungsträger und Militärs des Russischen Reichs vgl. Wakounig, Grandseigneur, 90–105; 116–127; vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 15f.; Zürrer, Nahostpolitik, 27–31, 127–137, 183–189.

er sich während der Amtszeit Lobanovs mit der Forcierung seiner Ansichten noch zurückhielt.[961]

Am 30. August 1896 kam es allerdings zum überraschenden Tod Außenminister Lobanovs durch eine Herzattacke während der Rückfahrt von einem Staatsbesuch in Wien. Dadurch wurde ein mehrmonatiges Intrigenspiel um seine Nachfolge eingeläutet, in dessen Verlauf von unterschiedlichsten Seiten interveniert und protegiert wurde, während verschiedene politische und höfische Fraktionen in St. Petersburg um Macht und Einfluss kämpften.[962] Zum interimistischen Außenminister wurde vorerst der ehemalige Adjutant Lobanovs, Nikolaj Pavlovič Šiškin, ernannt. Botschafter Nelidov galt aber von Anfang an als einer der absoluten Favoriten im Rennen um die permanente Leitung des Außenministeriums.[963] Dies feuerte den Ehrgeiz Nelidovs und seine Bereitschaft, sich durch waghalsige Initiativen zu profilieren, in einem Ausmaß an, das bei seinen Kollegen in Konstantinopel Spott und Ärger über seine häufigen Störungen der täglichen Arbeit der Botschafter hervorrief.[964] Botschafter Calice machte sich in seiner Berichterstattung nach Wien über die Beeinflussung Nelidovs durch dessen „höchst ambitiöse“ und „närrische“ Ehefrau lustig.[965] Selbst der durch die gemeinsamen französisch-russischen Instruktionen zu enger Zusammenarbeit mit Nelidov verpflichtete französische Botschafter Cambon spottete hinter dessen Rücken, der ehrgeizige russische Kollege sähe sich wohl „bereits […] über Aya Sofia schwebend im Lichtglanze und die Botschafter in Bewunderung und Verehrung an diesem Bilde kniend“.[966] Die Ambitionen Nelidovs sollten an der Jahreswende 1896/1897 allerdings nicht nur zur Belustigung der übrigen Botschafter beitragen, sondern die Zusammenarbeit der Botschafter in Konstantinopel, sowie den Frieden zwischen den Großmächten und den Status Quo im Osmanischen Reich in sehr realer Weise bedrohen.

Einstweilen geriet Nelidov durch seinen Ehrgeiz vor allem in einen persönlichen Konflikt mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter Calice. Das zunehmend energische Auf-

[961] Wakounig, Grandseigneur, 122–127, 166f.; Neilson, Britain, 58. Zu den Ansichten Vittes und zur wechselnden Konjunktur der unterschiedlichen außenpolitischen Kurse beim Zaren vgl. außerdem Wakounig, Grandseigneur, 90–105; 116–127; vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 15f.; Zürrer, Nahostpolitik, 27–31, 127–137, 183–189; Tschirschky an Hohenlohe, St Petersburg 1897 April 4/ März 23, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 72, R12248 Nr. 164; abgedruckt in: GP XII/1, 82f.

[962] Wakounig, Grandseigneur, 168–174; Zürrer, 165f.; Sutter, Großmächte, 225f. Für eine zeitgenössische Analyse der Nachfolgekämpfe im russischen Außenministerium vgl. Die Nachfolge Lobanow’s, *Neue Freie Presse*, Wien 1896 September 2, 1f.

[963] Wakounig, Grandseigneur, 168–170; Die Nachfolge Lobanow’s, *Neue Freie Presse*, Wien 1896 September 2, 1f.

[964] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/168 privat. Calice bedauerte in Bezug auf Nelidov nun lebhaft, dass „die mäßigende Einwirkung seines früheren Chefs hinweggefallen ist“. Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Dezember 31, HHStA Wien, PAXII/166 privat.

[965] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 14, HHStA Wien, PA XII/168 privat.

[966] Ebda.

treten Nelidovs in den Sitzungen der Botschafter wurde wohl nicht nur vom britischen Premierminister Salisbury dahingehend interpretiert, dass der russische Botschafter die „Leitung" der Botschafterkonferenzen übernommen hätte, die doch „eigentlich dem Freiherrn von Calice als Doyen zufallen sollte".[967] In den Berichten Calices aus der Zeit nach dem Tod Lobanovs findet sich kein direkter Verweis darauf, dass er den durch sein Dienstalter bedingten Ehrenvorsitz im diplomatischen Korps in Konstantinopel bedroht sah. Er betonte fortan aber in Berichten nach Wien in auffälliger Weise die Bedeutung, die seine Stellung als Doyen für die Wahrung der Interessen der Habsburgermonarchie im Osmanischen Reich habe. Es fällt auch auf, dass er gegenüber seinem Vorgesetzten und Außenminister zunehmend hervorhob, wie wichtig es für ihn sei, sich dessen uneingeschränkten Vertrauens sicher sein zu können.[968] In einem Bericht an Gołuchowski vom 31. Dezember 1896 bezeichnete sich Calice wenig bescheiden als „Wächter beim Thor, durch welches die orientalische Frage passiren soll" und charakterisierte seine persönliche Rolle in den Verhandlungen der Botschafterkonferenz folgendermaßen:

> „Der Umstand, daß ich Doyen bin, gestattet mir auf die Ordnung unserer Vorschläge einen nicht ganz nutzlosen Einfluß zu nehmen. Ich habe in der That die Discussion auf einen besseren Weg bereits gebracht […]. Ich bin durchaus nicht zuversichtlich, wenn man doch den Tag nicht vor dem Abend loben [soll], und wer weiß welche Schabernacks uns noch bevorstehen. Ich bin aber auch nicht verzagt, in dem Bewußtsein daß ich vollkommen begründete Interessen vertrete und von dem Vertrauen Eurer Excellenz getragen bin."[969]

Unter den erwähnten „Schabernacks" verstand Calice seinen eigenen Erklärungen zufolge nicht zuletzt das „Hineinpfuschen" Nelidovs und des französischen Botschafters Cambon in die von ihm nun besonders eng mit seiner Tätigkeit als Doyen verbundene Arbeit der Botschafterkonferenzen.[970] Insbesondere in Bezug auf Nelidov baute Calice in seine Berichterstattung fortan bei jeder Gelegenheit kleine, giftige Bemerkungen ein, wenn er etwa meinte, „daß er ungeachtet seiner Erfahrung und bedeutenden Talente doch wenig Zusammenhang in seinen Ideen hat".[971] Auch den anderen Botschaftern warf er vor, ihn in seinen Auseinandersetzungen mit Nelidov und Cambon nicht ausreichend zu unterstützen. Der italienische Botschafter Pansa wolle immer „mit allen gehen und es mit niemandem verderben", während der deutsche Botschafter Saurma durch zu eng formulierte Instruktionen seiner Regierung gebunden sei, „überdies weiß er und kann er nicht viel".[972] Lediglich in Bezug auf den britischen

---

[967] Hatzfeld an Hohenlohe, London 1897 Februar 4, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 38, R14445 Nr. 74; abgedruckt in: GP XII/1, 265f.
[968] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Dezember 31, HHStA Wien, PAXII/166 privat; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/168 privat.
[969] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Dezember 31, HHStA Wien, PAXII/166 privat.
[970] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/168 privat.
[971] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Dezember 31, HHStA Wien, PAXII/166 privat.
[972] Ebda. Hervorhebung durch Unterstreichung im Original.

Botschafter Currie berichtete Calice über ein geheimes Einverständnis „daß wir uns gegenseitig helfen ohne unser Einverständnis kund zu thun".[973] Auch wenn „die Engländer […] nicht immer vernünftig" seien, sei er sich daher in Bezug auf Currie sicher, „gegebenen Falls auch auf seine Freundschaft rechnen" zu können.[974] Diese deutlich gereizt klingenden Beurteilungen seiner teils langjährigen Kollegen deuten darauf hin, dass Calice zu diesem Zeitpunkt nicht nur auf sachlicher Ebene durch die um die Jahreswende 1896/1897 laufenden schwierigen Verhandlungen, sondern auch auf persönlicher Ebene durch die Infragestellung seines Vorsitzes in den Botschafterkonferenzen unter starkem Druck stand.

Auch den anderen Botschaftern fiel auf, dass es in den Sitzungen nun immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten und Konflikten zwischen Calice und Nelidov kam.[975] Calice selbst ließ am 4. Februar 1897 gegenüber Außenminister Gołuchowski deutlich erkennen, dass er überarbeitet und müde war:

„Ich muß gestehen, daß ich mit einer gewissen Sehnsucht dem Augenblick entgegensehe, wo das Reservoir von Arbeit und Sorge, unter welchem wir seit längerer Zeit laboriren, behoben sein wird."[976]

Es liegt auf der Hand, dass die Ermüdung und Belastung des Vorsitzenden durch Rivalitäten und Konflikte mit seinen Kollegen sich auf die Leistungsfähigkeit der Botschafter in Konstantinopel als Gruppe nicht positiv auswirken konnte. Auch der lange Jahre zu Calice mit ungeteilter Bewunderung aufblickende Militärattaché der österreichisch-ungarischen Botschaft Major Giesl merkte in seinen Memoiren kritisch an, dass sich sein damaliger Chef gelegentlich in interne Vormachtkämpfe mit anderen Botschaftern verstrickt hätte, die „nicht eben zum Vorteile der vertretenen Staaten" waren.[977]

Anders als bei Nelidov deutet bei Calice nichts darauf hin, dass er gerne Außenminister geworden wäre. Jedoch führten ihn Ambitionen auf Mitbestimmung der österreichisch-ungarischen Außenpolitik in eine politische Richtung, die im Widerspruch zum inoffiziellen, gemeinsamen Auftrag der Botschafter stand, als „Wächter" des Berliner Vertrags von 1878 den territorialen Status Quo in Südosteuropa und im Osmanischen Reich zu bewahren. Diese Entwicklung hatte ihren Ursprung in der Beteiligung Calices an dem vor allem im Frühjahr 1896 intensiven Meinungsaustausch zwischen den Entscheidungsträgern der österreichisch-ungarischen Außenpolitik über die bündnispolitische Ausrichtung der Monarchie.[978] Außenminister Gołuchowski und Kaiser Franz Joseph I. vertraten das außenpolitische „Dogma",

[973] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Dezember 31, HHStA Wien, PAXII/166 privat.
[974] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/168 privat.
[975] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Februar 3, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 38, R144445 Nr. 27.
[976] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 4, HHStA Wien, PA XII/168 privat.
[977] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 59–61.
[978] Wakounig, Grandseigneur, 154f.; Sutter, Machtteilung, 294–297.

eine russischen Vormachtstellung über die Meerengen zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer zu verhindern und erhoben dies zur „Existenzfrage“ für die Monarchie. Calice schloss sich dagegen jener Fraktion österreichisch-ungarischer Diplomaten an, die die Sinnhaftigkeit einer so starren Haltung anzweifelten.[979] Stattdessen entwickelte der Botschafter bereits am 16. Jänner 1896 in einem Privatschreiben an seinen Außenminister die These, dass die Krise um die Armeniermassaker 1895 endgültig bewiesen habe, dass sich Österreich-Ungarn im Fall einer russischen Einzelaktion zur Besetzung Konstantinopels weder auf deutsche noch auf britische Unterstützung militärischer Gegenmaßnahmen verlassen könnte. Anstatt sich auf einen Konfrontationskurs gegen Russland festzulegen, den man ohne Verbündete ohnehin nicht durchstehen könne, empfahl er ein rechtzeitiges Arrangement mit Russland auf diplomatischem Weg, solange man die unerfüllten Ambitionen des Zarenreichs noch als Verhandlungsmasse nutzen könne.[980]

Calices Meinung hatte in Wien so viel Gewicht, dass ihn Gołuchowski einlud, seine Ansichten bei seinem nächsten Wienaufenthalt mündlich vorzutragen und genauer zu erklären.[981] Am 30. April 1896, also noch vor dem Ausbruch der Kretakrise, wurde er aufgefordert, seine Thesen auch schriftlich in Form einer Denkschrift zu Papier zu bringen.[982] In dieser erklärte Calice erneut, dass die Macht und der Einfluss Russlands so stark, und die Aussicht auf Unterstützung der Habsburgermonarchie durch Großbritannien und Deutschland so gering seien, dass militärischer oder diplomatischer Widerstand gegen die Ambitionen Russlands im Osmanischen Reich keine sinnvolle Perspektive mehr darstellen würden.[983] Die von ihm empfohlene Alternative eines Arrangements mit Russland konkretisierte er als rechtzeitiges bilaterales Aushandeln einer Aufteilung Südosteuropas und des Osmanischen Reichs in eine russische und eine österreichisch-ungarische „Machtsphäre“. Dadurch sollte der Beziehung zwischen den beiden rivalisierenden Kaiserreichen das gefährlichste Konfliktpotential entzogen und neben dem Frieden auch das Kräftegleichgewicht zwischen den Großmächten gesichert werden.[984] Die von Calice für Österreich vorgesehene „Machtsphäre“ sollte Serbien, Montenegro, das Territorium des heutigen Albaniens und das westliche Mazedonien bis zur damaligen Nordgrenze Griechenlands umfassen, während Russland die Vorherrschaft über Bulga-

[979] Stein, Neuorientierung, 162; Sutter, Machtteilung, 294–297. Zu dieser Fraktion gehörten neben Calice auch der spätere Nachfolger Gołuchowskis, Aehrenthal, und der österreichisch-ungarische Botschafter in St. Petersburg, der sich über dieser Frage 1898 mit Gołuchowski überwerfen und von seinem Posten abtreten sollte. Rumpler, Rahmenbedingungen, 77, 81; Stein, Neuorientierung, 16f., 156f.; Wakounig, Grandseigneur, 134–251.
[980] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Jänner 16, HHStA Wien, PAI/474 privat, auszugsweise abgedruckt in: Sutter, Machtteilung, 294−296.
[981] Sutter, Machtteilung, 296f.
[982] Heinrich Freiherr Calice, Denkschrift, Konstantinopel 1896 April 30, HHStA Wien, PAI/474, auszugsweise abgedruckt, zusammengefasst und analysiert in: Sutter, Machtteilung, 296−308.
[983] Calice, Denkschrift; vgl. Sutter, Machtteilung, 297−304.
[984] Calice, Denkschrift; vgl. Sutter, Machtteilung, 300–308.

rien, das östliche Mazedonien, Konstantinopel und nicht näher definierte Territorien in Kleinasien zugewiesen bekommen sollte. An ein etwaiges Selbstbestimmungsrecht der Regierungen und Bevölkerungsgruppen der betroffenen Staaten wurde selbstverständlich nicht gedacht, was dem Postulat einer automatischen Unterordnung des Rests der Welt unter die „Schiedssprüche" der „Großmächte" entsprach. Innerhalb ihrer jeweils definierten Einflussbereiche sollten Russland und Österreich-Ungarn dementsprechend ihre Hegemonie ganz beliebig durch die Einrichtung von Satellitenstaaten oder direkte Annexionen und Grenzverschiebungen gestalten können.[985]

Die unmittelbaren Auswirkungen von Calices Denkschrift waren äußerst beschränkt. Der österreichisch-ungarische Generalstabschef Friedrich Graf Beck-Rzikowski übermittelte im April 1897 ein ähnliches Konzept über die Teilung Südosteuropas in Einflussbereiche.[986] Bei der tatsächlich im Rahmen der so genannten „Kaiserentrevue" vom 27. bis zum 29. April 1897 stattfindenden Aussprache zwischen dem österreichisch-ungarischen und dem russischen Außenminister über eine Abgrenzung wechselseitiger Interessen in Südosteuropa weigerte sich Gołuchowski aber trotzdem, bindende Vereinbarungen über „Machtsphären", insbesondere über eine Anerkennung russischer Wünsche nach Kontrolle über die Meerengen einzugehen.[987]

Dennoch ist die Denkschrift Calices in Hinblick auf ihre Einordnung in eine für die Jahre zwischen 1895 und 1898 allgemein spürbare Tendenz bei den Diplomaten der Großmächte hochinteressant: Planspiele über eine mögliche Aufteilung des Osmanischen Reichs in „Machtsphären" zum Ausgleich wirtschaftlicher, politischer und militärisch-strategischer Interessen der Großmächte betrieben damals neben Calice, Beck, Nelidov und einigen führenden russischen Militärs nämlich auch der britische Premierminister Lord Salisbury, der deutsche Kaiser Wilhelm II. und der französische Außenminister Hanotaux.[988] Während sie sich offiziell um die Erhaltung des Status Quo im Osmanischen Reich bemühten und ihre Rivalen heimtückischer Intrigen zur Unterwanderung dieses gemeinsamen Ziels bezichtigten, arbeiteten die Entscheidungsträger beinahe aller Großmächte zwischen 1895 und 1898 mehr oder weniger heimlich ebensolche Teilungspläne aus. Vor einer praktischen Umsetzung schreckten zwar alle aus Angst vor einem Weltkrieg zurück, die Vorbereitung der Pläne wurde aber of-

[985] Calice, Denkschrift; vgl. Sutter, Machtteilung, 305−307.
[986] Berthold Sutter, Um Österreich-Ungarns Grossmachtstellung am Balkan. Sicherung des europäischen Friedens durch Teilung der Balkanhalbinsel zwischen Rußland und Österreich-Ungarn. Eine militärische Denkschrift anläßlich der Kaiserentrevue 1897, in: Walter Höflechner – Helmut Mezler-Andelberg – Othmar Pickl (Hgg.), Domus Austriae. Eine Festgabe Hermann Wiesflecker zum 70. Geburtstag, Graz 1983, 391–406.
[987] Wakounig, Grandseigneur, 181–193; vgl. auch Wakounig, Sitzen, 378–398.
[988] John Ashley Soames Grenville, Lord Salisbury and Foreign Policy. The Close of the 19th Century, University of London Historical Studies 14, London 1964, 78–83; Neilson, Britain, 156; Zürrer, 151−153, 197f.

fenbar als Absicherung gegen mögliche Präventivschläge der übrigen Großmächte allgemein für notwendig und akzeptabel gehalten. Dass auch die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel diese Pläne im Hinterkopf hatten, ja teilweise federführend an ihnen mitwirkten, brachte einen weiteren Widerspruch in ihre ohnehin schon von schwierigen Interessensgegensätzen geprägte Arbeit zur Erhaltung des Status Quo und zur Wahrung der gemeinsamen Interessen aller Großmächte im Osmanischen Reich.

III.b. Internationale Kuratelherrschaft? Das „Reformoperat“ der Botschafter im Frühjahr 1897

III.b.1. Die Wirtschaftsinteressen europäischer Finanzkreise und die „Reformfrage“ im Osmanischen Reich

Die Mängel und Schwierigkeiten eines auf der Zusammenarbeit der Botschafter in Konstantinopel basierenden Systems zur Vermeidung internationaler Konflikte wirkten sich besonders problematisch aus, als die Botschafter um die Jahreswende 1896/1897 durch ihre Regierungen in einer Atmosphäre optimistischer Zuversicht über ihren Erfolg in der Kretakrise mit nichts Geringerem beauftragt wurden, als mit der Ausarbeitung eines Programms zur Reform, Reorganisation und dauerhaften Stabilisierung des gesamten Osmanischen Reichs.

Die in den Artikeln 23 und 61 des Berliner Vertrags vorgesehene Durchführung von Reformen zugunsten der ChristInnen in den von ArmenierInnen bewohnten Provinzen, auf Kreta und in den europäischen Provinzen des Osmanischen Reichs unter Garantie der Großmächte hatte in der ursprünglich vorgesehenen Form nie stattgefunden.[989] Trotz einer eigentlich kollektiven Garantie durch die Großmächte wurde die Durchführung dieser Reformen immer nur punktuell und anlassgebunden von einzelnen Großmächten eingefordert, 1894 etwa von den als „Armenienmächte“ bezeichneten Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Russlands.[990] Im Zuge der durch die 1894 und 1895 stattgefundenen Massaker an den ArmenierInnen ausgelösten internationalen Krise hatte sich allerdings die Ansicht durchgesetzt, dass es zur Vermeidung von Konflikten im Eigeninteresse der Großmächte sei, nun doch in nachhaltiger und kollektiver Weise auf grundlegende Reformen im Osmanischen Reich zu drängen. Entsprechend dem Zeitgeist des europäischen Imperialismus und Kolonialismus ging man davon aus, dass die Probleme des Osmanischen Reichs allein an den „orien-

[989] Vgl. Artikel 61 des Berliner Vertrags im Wortlaut, abgedruckt in: Strupp, Urkunden I, 220.
[990] Zürrer, Nahostpolitik, 98–106; Zwiedinek, Memoire 'Armenische Angelegenheit', Wien 1895 Juni 9, HHStA Wien, PA XII/163 Varia.

talischen Zuständen“ seines Staatswesens lägen und einzig durch „europäische“ Reformen unter strenger Anleitung durch die Großmächte gelöst werden könnten.[991]

Bereits im August 1895 überlegten die Außenminister Großbritanniens und Russlands unabhängig voneinander die Einrichtung eines „Mechanismus“ zur Umsetzung einer grundlegenden Reform des gesamten Osmanischen Reichs unter internationaler Überwachung.[992] Am 15. Jänner 1896 trat der britische Premierminister Salisbury mit dem konkreten Vorschlag an Lobanov heran, die Botschafter in Konstantinopel mit Beratungen über ein Reformprogramm für das Osmanische Reich zu beauftragen. Die Botschafter sollten dem Vorschlag Salisburys zufolge gemeinsam nach einem „Heilmittel für die in der Türkei herrschenden Zustände“ suchen, aber alle Entscheidungen ihren Regierungen überlassen.[993] Lobanov lehnte den Vorschlag ab, da er Maßnahmen gegen den damals konkret befürchteten Ausbruch von Unruhen in Mazedonien für wichtiger hielt als die allgemeine Suche nach einem „Heilmittel“ für generelle „Zustände“ und er den Botschaftern die Bewältigung einer solchen Aufgabe nicht zutraute. Salisbury gab daraufhin die Idee vorerst wieder auf.[994]

Im Juni 1896 übernahm auch der österreichisch-ungarische Außenminister Gołuchowski unter dem Eindruck der inzwischen aufgeflammten Kretakrise die Ansicht, dass es für die Großmächte nunmehr notwendig sein werde, in einer neuen Form gemeinsam auf eine grundlegende Reform des Osmanischen Reichs hinzuarbeiten.

„‘Reformen‘ ist ein schönes und großes Wort, aber es genügt nicht, dieselben auf dem Papiere festzustellen, man muß auch über Organe, die deren Durchführung besorgen können, verfügen, und diese fehlen der Türkei leider nur zu sehr. […] Die Türkei muß […] alle jene Vorkehrungen treffen, die das Vertrauen Europas in ihre Lebensfähigkeit rechtfertigen können. Sonst wird sie sich dem Untergange immer mehr nähern, vor dem schließlich ihre besten Freunde – und zu diesen gehören gewiß auch wir – nicht mehr im Stande sein werden, sie zu behüten.“[995]

In der Folge propagierte auch Gołuchowski im August 1896 gegenüber Lobanov die Notwendigkeit von Reformen im Osmanischen Reich, wobei er vor allem eine strengere

---

[991] Vgl. Rodogno, Massacre, 36–47; Als besonders extremes Beispiel für diese Logik vgl. Parelli, Die Orientfrage, Konstantinopel 1895 November 29, HHStA Wien, PA XII/163. Siehe auch die im Juni 1896 von Gołuchowski vor den Delegationen der Parlamente Österreichs und Ungarns gehaltenen Reden, auszugsweise abgedruckt in: Das Exposé des Grafen Goluchowski, *Fremdenblatt*, Wien 1896 Juni 9, Abendblatt, 2f.; Die Delegationen (Sitzung des Budget-Ausschusses der österreichischen Delegation.) Debatte über die äußere Politik*, Fremdenblatt*, Wien 1896 Juni 10, Morgenblatt, 1–5.

[992] Neilson, Britain, 165f.

[993] Die im Original verwendete Phrase lautete „some remedy for the existing state of things in Turkey“. Goschen an Salisbury, St. Petersburg 1896 Jänner 16/ 4, TNA PRO London, FO65/1514 Nr. 11, Auszug zitiert durch Neilson, Britain, 170. Übers. d. Verf.

[994] Neilson, Britain, 170.

[995] Das Exposé des Grafen Goluchowski, *Fremdenblatt*, Wien 1896 Juni 9, Abendblatt, 2f.; vgl. Die Delegationen (Sitzung des Budget-Ausschusses der österreichischen Delegation.) Debatte über die äußere Politik*, Fremdenblatt*, Wien 1896 Juni 10, Morgenblatt, 1–5.

Handhabung der internationalen Finanzkontrolle forderte.[996] Von der Bedeutung einer Ausweitung der internationalen Kontrolle über die osmanischen Staatsfinanzen hatten ihn offenbar Lobbyisten der Tabakregie überzeugt, eines österreichisch-ungarisch-deutschen Bankenkonsortiums, das von der Dette Publique sämtliche staatlichen Monopole auf Anbau, Weiterverarbeitung und Handel mit Tabak erworben hatte.[997]

Tatsächlich spricht vieles dafür, dass wirtschaftliche Überlegungen noch stärker als politische Rücksichten zu den im Lauf des Jahres 1896 artikulierten Forderungen einer grundlegenden Reform des Osmanischen Reichs beitrugen. Schon seit dem Jänner 1896 diskutierten Finanzexperten der Großmächte dessen potentiellen wirtschaftlichen Kollaps. Dieser angeblich unmittelbar drohende Zusammenbruch lag allerdings weniger an einer realen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation des Osmanischen Reichs, sondern vor allem am geschwundenen Vertrauen der Banken. Diese lehnten unter dem Eindruck der Massaker an den Armenierinnen, der Kretakrise und der Gerüchte über einen drohenden Aufstand in Mazedonien weitere Investitionen in die osmanische Staatsschuld als Risikogeschäft ab, wodurch dem Osmanischen Reich das zur Belebung der Wirtschaft benötigte Kapital verwehrt wurde.[998]

Die Vertreter der großen europäischen Banken erklärten, der Auszahlung neuer Staatsanleihen nur zustimmen zu wollen, wenn die Regierungen der Großmächte politische Garantien für deren Rückzahlung übernehmen würden. Dieser Gedanke war allerdings brisant, da derartige Verpflichtungen bereits in Tunesien und Ägypten zur Einrichtung einer kolonialen Verwaltung durch eine oder mehrere Großmächte geführt hatten.[999] Eine solche offizielle Vormundschaft mehrerer Großmächte über das Osmanische Reich in Form eines so genannten „Kondominiums“ erschien der französischen Regierung als ebenso unannehmbar wie die Vorherrschaft einer einzelnen, fremden Großmacht. Dies lag vor allem an dem Großbritannien entgegengebrachten Misstrauen und der Sorge, eine solche Regelung könnte wie in Ägypten zur Etablierung einer letztendlich exklusiv britischen Vorherrschaft führen.[1000] Die russische Regierung lehnte eine solche Entwicklung sogar noch vehementer ab. Russland war

---

[996] Zürrer, Nahostpolitik, 163; Resümee der Unterredung Gołuchowskis mit Fürst Lobanow, Wien 1896 August, HHStA Wien, PA I/478.

[997] Parelli, Die Orientfrage, Konstantinopel 1895 November 29, HHStA Wien, PA XII/163; Zur Tabakregie vgl. Lindau an Marschall, Konstantinopel 1896 Dezember 18, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 22, R12450; Shaw – Shaw, Reform, 223.

[998] Zürrer, Nahostpolitik, 149f.; vgl. Denkschrift Schrader, Konstantinopel 1896 August 3, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 20, R12448.

[999] Shaw – Shaw, Reform, 191–195; Quataert, Reforms, 766–768; Zürrer, Nahostpolitik, 149f.

[1000] Zürrer, Nahostpolitik, 149f.; zur Entwicklung in Ägypten von gemeinsamer wirtschaftspolitischer Kontrolle durch Großbritannien und Frankreich bis zur britischen Kolonialherrschaft und zu der sehr ähnlichen Entwicklung in Tunesien unter französischem Einfluss in den 1880er Jahren, sowie zur Perspektive ähnlicher Möglichkeiten im Osmanischen Reich vgl. auch Quataert, Reforms, 766–768; Shaw – Shaw, Reform, 191–200.

aufgrund seiner kaum vorhandenen Investitionen im Osmanischen Reich auf dem Finanzsektor unterrepräsentiert und befürchtete laut Botschafter Nelidov eine „Neutralisierung des Osmanischen Reiches und Ersetzung seiner schwachen, aber dennoch unabhängigen Regierung durch eine starke, aber uns feindlich gesinnte internationale Institution“.[1001] Diese defensive Haltung der Entscheidungsträger Russlands weckte bei den dem Zarenreich stets misstrauenden Politikern und Diplomaten Österreich-Ungarns, aber auch bei der mit Russland verbündeten Regierung Frankreichs gewisse Verdachtsmomente. Es verbreitete sich die Befürchtung, die russische Regierungt wolle absichtlich nichts gegen die wirtschaftlichen Probleme des Osmanischen Reichs unternehmen, um nach dessen durch Untätigkeit provozierten Zusammenbruch machtpolitische Interessen durch eine militärische Intervention durchsetzen zu können.[1002] Der österreichisch-ungarische Botschafter Calice hatte bereits in seiner erwähnten Denkschrift vom 30. April 1896 gemeint, die Proponenten einer russischen Vorherrschaft über Konstantinopel und die Meerengen müssten nur darauf warten, dass ihnen „die reife Frucht in den Schoß“ falle.[1003]

Die französische Regierung sah sich nun trotz ihrer Ablehnung eines politischen Kondominiums über das Osmanische Reich auf wirtschaftspolitischer Ebene unter Zugzwang. Den Schätzungen des französischen Außenministers Hanotaux zufolge betrugen die Investitionen französischer Geldgeber im Osmanischen Reich allein mehr als zwei Milliarden Francs, die aller übrigen Investoren zusammen nur 1,5 Milliarden Francs.[1004] Dementsprechend schockiert zeigten sich die französischen Diplomaten, als im Juli 1896 Gerüchte auftauchten, denen zufolge die Berater Sultan Abdülhamits II. die Möglichkeit prüften, eine Militärexpedition gegen einen in Syrien ausgebrochenen Aufstand durch die Beschlagnahmung eines Teils der Einnahmen der Dette Publique zu finanzieren.[1005] Da letztere praktisch zwar eine mit den Vertretern der Gläubigerstaaten besetzte internationale Institution, rein rechtlich aber eine osmanische Behörde war, hätte der Sultan durchaus die Möglichkeit gehabt, eine derartige Enteignung der Investoren anzuordnen.[1006] Für die französische Regierung hätte eine solche

---

[1001] Zürrer, Nahostpolitik, 149f.
[1002] Ebda, 149f.; *Neue Freie Presse*, Wien 1896 Dezember 1, 1; Calice, Denkschrift, Konstantinopel 1896 April 30, HHStA Wien, PAI/474, auszugsweise abgedruckt, zusammengefasst und analysiert in: Sutter, Machtteilung, 296−308.
[1003] Sutter, Machtteilung, 298. Für den britischen Premierminister Lord Salisbury war gerade dies ein Grund, die Entwicklung in Richtung einer internationalen Kontrolle über das Osmanische Reich voranzutreiben, da sich langfristig nur so eine exklusive russische Vorherrschaft verhindern ließe. Neilson, Britain, 114.
[1004] Zürrer, Nahostpolitik, 150.
[1005] Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juli 20, TNA PRO London, FO78/4711 Nr. 569; Denkschrift Schrader, Konstantinopel 1896 August 3, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 20, R12448.
[1006] Denkschrift Schrader, Konstantinopel 1896 August 3, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 20, R12448.

Schädigung der Interessen französischer Bankiers eine beispiellose innenpolitische Katastrophe bedeutet, weshalb Botschafter Cambon sofort angewiesen wurde, Abdülhamit II. persönlich zur Rede zu stellen. Der Sultan und seine Berater hatten allerdings die Möglichkeit der Enteignung offenbar nur diskutiert und sich aufgrund der Gefahr von Vergeltungsmaßnahmen der betroffenen Großmächte dagegen entschieden. Abdülhamit II. versicherte Botschafter Cambon dementsprechend unterwürfig, er betrachte die Dette Publique als „eine der wertvollsten Errungenschaften" seiner bisherigen Regierungszeit.[1007] Nichts läge ihm ferner, als die europäischen Investoren schädigen zu wollen. Dennoch lenkte der Vorfall die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf den offenbar ungenügend abgesicherten Status der europäischen Investitionen im Osmanischen Reich. Cambon sah sich zu der zynischen Aussage veranlasst, bereits die Entwendung von zehn türkischen Pfund aus der Kasse der Dette Publique würde in der Öffentlichkeit wohl einen noch größeren „Sturm rechtschaffener Empörung" auslösen als die Ermordung von 60.000 ArmenierInnen.[1008]

Die Berichte über das osmanische Gedankenspiel einer Enteignung der Dette Publique wurden auch von der britischen Regierung mit großem Interesse aufgenommen, in Druckform vervielfältigt und an alle Regierungsmitglieder verteilt.[1009] Im Deutschen Reich führte der Vorfall zur Niederschrift einer Reihe von Memoranden durch Finanzexperten, welche die Umwandlung der Dette Publique von einer rechtlich osmanischen Behörde in eine mit umfassenden politischen Garantien der Großmächte ausgestattete Körperschaft internationalen Rechts befürworteten.[1010] Auch in Wien begannen die Banken, in dieser Sache Einfluss auf den österreichisch-ungarischen Außenminister auszuüben. Gołuchowski begann darauf im August 1896 beim russischen Außenminister Lobanov die Erteilung staatlicher Garantien für die osmanische Staatsschuld bei gleichzeitiger Umwandlung der Dette Publique von einer Interessensvertretung privater Gläubiger zu einer Interessensvertretung der Gläubigerstaaten zu propagieren.[1011]

[1007] Der englischsprachige Bericht Herberts legt dem Sultan an dieser Stelle die Phrase „one of the principal glories" in den Mund, siehe Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juli 20, TNA PRO London, FO78/4711 Nr. 569. Übers. d. Verf.

[1008] „[T]he massacre of some 60 000 Christians has left Europe comparatively ~ indifferent, but let the Turkish Government appropriate but £T.10 of the revenues assigned to the debt, and such a storm of virtuous indignation will be aroused that the Ottoman Empire will be shaken to its foundations." Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juli 20, TNA PRO London, FO78/4711 Nr. 569. Übers. d. Verf.

[1009] Siehe Randbemerkungen zu Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juli 20, TNA PRO London, FO78/4711 Nr. 569.

[1010] Denkschrift Schrader, Konstantinopel 1896 August 3, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 20, R12448; Saurma an Hohenlohe, Therapia 1896 Oktober 3, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 20, R12448 Nr. 239; Promemoria Stemrich, Konstantinopel 1896 September 29, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 20, R12448.

[1011] Dülffer, Kreta-Krise, 37.

Es lässt sich schwer rekonstruieren, wie katastrophal sich ein wirtschaftlicher oder politischer Zusammenbruch des Osmanischen Reichs in den 1890er Jahren tatsächlich auf die Wirtschaft der Herkunftsländer der in der osmanischen Staatsschuld engagierten Geldgeber ausgewirkt hätte. Schließlich ist nicht einmal klar, ob die Gefahr eines solchen Zusammenbruchs im Jahr 1896 überhaupt real gegeben war.[1012] Fest steht aber, dass die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträger der meisten Großmächte offenbar die Einschätzung des französischen Botschafters Cambon teilten, wonach sich die Gläubigerstaaten des Osmanischen Reiches dessen Zusammenbruch nicht leisten konnten. Sie ließen daher Konzepte für eine mögliche wirtschaftspolitische Intervention ausarbeiten.[1013]

III.b.2. Finanzreform oder Gesamtreform? Das Programm Hanotauxs und der Vorschlag Lord Salisburys vom 20. Oktober 1896

Der französische Außenminister Hanotaux erstellte zwischen dem 1. Juli und dem 31. August 1896 in ständigem Meinungsaustausch mit Botschafter Cambon und Léon Berger, dem französischen Delegierten im Verwaltungsrat der Dette Publique, ein Programm für einen neuen, gemeinsamen wirtschaftspolitischen Kurs der Großmächte gegenüber dem Osmanischen Reich.[1014] Um die nötige Sicherheit für eine neue Staatsanleihe zu gewährleisten, sollten die Großmächte noch stärker als bisher über ihre Botschafter in Konstantinopel politische Verantwortung für und Kontrolle über das Osmanische Reich übernehmen. Als Voraussetzung sollten die einzelnen Ministerien der osmanischen Regierung und die wichtigsten Gouverneursposten in den Provinzen neu besetzt werden, und zwar auf Grundlage einer von den Botschaftern in Konstantinopel auszuarbeitenden Liste „geeigneter Kandidaten“. Anschließend sollte ein im Gegensatz zur Botschafterkonferenz offizielles, zentrales „Beratungsgremium“ zur politischen Überwachung der osmanischen Behörden durch Vertreter der Großmächte gebildet werden. Dieses Gremium sollte nach dem Vorbild der Dette Publique aufgebaut sein, die eine solche Funktion in wirtschaftlichen Belangen bereits ausübte.[1015] Hanotauxs Beteuerung, man müsse bei der „delikaten“ Formulierung der Kompetenzen dieses Überwachungsgremiums dessen Ausbau zu einem „Kondominium“ der sechs Großmächte verhindern, änderte nichts daran, dass sein sehr weitgehendes Konzept dem seinerzeitigen

[1012] Zürrer, Nahostpolitik, 149f.; vgl. Denkschrift Schrader, Konstantinopel 1896 August 3, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 20, R12448.
[1013] Zürrer, Nahostpolitik, 150.
[1014] Ebda., 155–158.
[1015] Hanotaux an Cambon, Paris 1896 Juli 1, abgedruckt in: DDF 12, 673–678.

Kondominium Frankreichs und Großbritanniens über Ägypten doch sehr ähnelte.[1016] Botschafter Cambon zweifelte daher an der Zweckmäßigkeit und Umsetzbarkeit dieses Vorschlags seines Vorgesetzten.[1017] Hanotaux glaubte dennoch optimistisch daran, durch Überzeugung Gołuchowskis mit österreichisch-ungarischer Unterstützung die Regierungen der Dreibundstaaten für seinen Plan gewinnen zu können, während der Finanzexperte Berger zur Überzeugung Russlands und des Osmanischen Reichs finanziellen Druck durch französische Banken empfahl. Schließlich hatte nicht nur die osmanische, sondern auch die russische Regierung Schulden bei der französischen Hochfinanz.[1018]

Über das ehrgeizige Wirtschaftsprogramm, das durch diese politische Rückendeckung möglich gemacht werden sollte, verhandelte Hanotaux schon seit dem Frühjahr 1896 mit der russischen Regierung. Die bestehenden Schulden des Osmanischen Reichs sollten „konvertiert", also durch neu aufzunehmende Kredite zusammengefasst werden. Die von unterschiedlichen Investorengruppen gebauten und betriebenen Eisenbahnlinien im europäischen Teil des Reichs sollten einer gemeinsamen Verwaltung unterstellt und offiziell an das Osmanische Reich übergeben werden. Daneben sollte es aber zur Vergabe neuer Monopole über einzelne Wirtschaftssektoren an investitionswillige Finanzgruppen nach dem Vorbild der Tabakregie kommen und die bestehende Konzession der Letzteren verlängert werden. Ein Teil der osmanischen Staatsschuld sollte an Bulgarien und Serbien als partielle „Rechtsnachfolger" des Reichs in Südosteuropa abgewälzt, neu aufgenommene Kredite durch finanzielle Garantien der Großmächte abgesichert werden. Gewinner wären in erster Linie die französischen, aber auch die britischen, deutschen und österreichisch-ungarischen Banken gewesen, die ihre Kontrolle über die osmanische Wirtschaft noch weiter ausgebaut und ihre Investitionen großzügig abgesichert gesehen hätten.[1019] Die Verhandlungen über dieses Programm zogen sich über Monate hin, da die russische Regierung an politischem Engagement für die Ziele von Banken mangels eigener wirtschaftlicher Investitionen im Osmanischen Reich wenig interessiert war. Dennoch glaubte Hanotaux Anfang September 1896, man werde schon bald die Botschafter in Konstantinopel auch mit der konkreten Ausarbeitung des Programms beauftragen können.[1020]

[1016] Hanotaux an Cambon, Paris 1896 Juli 1, abgedruckt in: DDF 12, 673–678, hier: 677; zur Entwicklung in Ägypten von gemeinsamer wirtschaftspolitischer Kontrolle durch Großbritannien und Frankreich bis zur britischen Kolonialherrschaft und zu der sehr ähnlichen Entwicklung in Tunesien unter französischem Einfluss in den 1880er Jahren, sowie zur Perspektive ähnlicher Möglichkeiten im Osmanischen Reich vgl. auch Quataert, Reforms, 766–768; Shaw – Shaw, Reform, 191–200.
[1016] Zürrer, Nahostpolitik, 149f.
[1017] Ebda., 155.
[1018] Hanotaux an Cambon, Paris 1896 Juli 1, abgedruckt in: DDF 12, 673–678, hier: 677f.; Zürrer, Nahostpolitik, 157f.
[1019] Dülffer, Kreta-Krise, 37; Zürrer, Nahostpolitik 146–166.
[1020] Dülffer, Kreta-Krise, 37; Zürrer, Nahostpolitik 165f.

Tatsächlich erwies sich die Ablehnung eines Ausbaus der wirtschaftspolitischen Kontrolle der Großmächte über das Osmanische Reich zu einem internationalen Kondominium als ebenso unverrückbare Konstante der russischen Außenpolitik wie die Ablehnung einer entsprechenden Aufwertung und Institutionalisierung der Botschafterkonferenz. Außenminister Lobanov erklärte seinem österreichisch-ungarischen Amtskollegen anlässlich des Staatsbesuchs in Wien am 29. August 1896 seinen Ärger darüber, dass die Botschafterkonferenz in der Kretakrise Tendenzen gezeigt habe, sich als „sozusagen […] selbstständiges Organ" zu konstituieren, das über das Osmanische Reich „nach eigenem Gutdünken […] regieren" wolle und eine Kollektivherrschaft der Großmächte in Konstantinopel heraufbeschwören würde.[1021] Botschafter Nelidov, der sonst wenig mit seinem konsensorientierten, auf Zusammenarbeit im Konzert der Großmächte setzenden Außenminister gemeinsam hatte, hatte sich gegenüber Calice bereits am 28. November 1895 ähnlich geäußert. Er hatte schon damals davor gewarnt, die den Botschaftern in Konstantinopel zustehenden Kompetenzen zu überschreiten, die sich seiner Ansicht nach darauf beschränkten, „die Sicherheit der fremden Colonien zu schützen und das gemeinsame Recht der Capitulationen aufrechtzuerhalten".[1022] Auch der interimistische Nachfolger des am 30. August 1896 überraschend verstorbenen Lobanov, Šiškin, erklärte dem britischen Botschafter in St. Petersburg am 17. September 1896 erneut, es gäbe keine Alternative zur unveränderten Bewahrung des Osmanischen Reichs in seiner jetzigen, bestehenden Form. Jede Veränderung könnte angesichts der Rivalitäten zwischen den Großmächten zum gefürchteten „europäischen Krieg" führen.[1023]

Die in der russischen Außenpolitik fest verankerte Angst und Ablehnung einer internationalen Kontrolle über die Meerengen zwischen Schwarzem- und Mittelmeer wurde von Zar Nikolaj II. auf den Punkt gebracht, als er gegenüber Lord Salisbury bei einem Staatsbesuch in Balmoral am 27. September 1896 erklärte, die Meerengen seien für ihn wie die „Hintertüre" seines eigenen Hauses. Er würde den „Schlüssel" dieser „Hintertüre" niemals einem Komitee von Fremden anvertrauen.[1024] Die Entscheidungsträger der russischen Außenpolitik argumentierten ihre Sorgen bezüglich einer Internationalisierung der Meerengen also ebenso emotional, wie ihre österreichisch-ungarischen Pendents ihrerseits ihre ständige Angst vor einer Umwandlung Konstantinopels in ein „panslawistisches Byzanz" ausdrückten.[1025] Für den bri-

[1021] Resümee der Unterredung Gołuchowskis mit Fürst Lobanow, Wien 1896 August, HHStA Wien, PA I/478; vgl. Zürrer, Nahostpolitik, 163f.
[1022] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1895 November 28, HHStA Wien, PAXII/162 Nr. 49B.
[1023] O'Conor an Salisbury, St. Petersburg 1896 September 17/ 5, TNA PRO London, FO65/1516 Nr. 308, zitiert bei Neilson, Britain, 171.
[1024] Dieser Ausspruch des Zaren machte auf Salisbury offenbar großen Eindruck, siehe Grenville, Salisbury, 79; Neilson, Britain, 171f.
[1025] Vgl. Lichnowsky an Hohenlohe, Wien 1895 November 2, abgedruckt in: GP X, 148.

tischen Premierminister Salisbury wiederum war die Verhinderung einer exklusiven russischen Kontrolle über Konstantinopel und die Meerengen gerade das Hauptargument, das für eine möglichst weitgehende, internationale Kontrolle im Osmanischen Reich sprach.[1026] Diese Mischung aus Ängsten, gegenseitigen Fehleinschätzungen und mehr emotional als rational vertretenen außenpolitischen „Dogmen" sollte sich als akut friedensgefährdend erweisen.

Tatsächlich erhöhte jedes Engagement in Richtung internationaler Kontrolle die Wahrscheinlichkeit einer russischen Einzelaktion zur Besetzung der Meerengen. Für die „Falken" unter den russischen Diplomaten und Militärs, die sich tatsächlich eine exklusive russische Kontrolle über Konstantinopel wünschten, bot jedes Drängen der übrigen Großmächte auf eine Institutionalisierung internationaler Kontrolle im Osmanischen Reich eine willkommene Gelegenheit, um die konservativ und defensiv denkenden Entscheidungsträger der russischen Außenpolitik auf einen präventiven Erstschlag einzuschwören. Botschafter Nelidov begann am 18. September 1896 eine entsprechende Überzeugungskampagne beim interimistischen Außenminister Šiškin. In einem Schreiben an seinen Vorgesetzten und Rivalen um die Nachfolge Lobanovs postulierte Nelidov selbstsicher, jeder neue Anlauf der Großmächte auf die Umsetzung von Reformen im Osmanischen Reich müsse unweigerlich entweder auf diplomatischem oder auf militärischem Weg zu einem Kondominium der Großmächte führen. Er forderte daher im Gegenzug entweder die auf diplomatischem oder die auf militärischem Weg durchzusetzende russische Besetzung des nördlichen Bosporusausgangs als unabdingbar festzuschreibende Antwort Russlands auf die durch ein Kondominium bedingte Internationalisierung des Marmarameeres.[1027]

Den übrigen Botschaftern in Konstantinopel fiel bei ihrem russischen Kollegen zur selben Zeit durchaus eine Verhaltensänderung auf, die darauf hindeutete, dass er eine russische Vorherrschaft über Konstantinopel nicht mehr nur persönlich wünschte, sondern einen konkreten Anlass zur tatsächlichen Umsetzung seines Wunsches erwartete. Der deutsche Botschafter Saurma meldete seiner Regierung, dass sich Nelidov seit neuestem in außergewöhnlichem Ausmaß für die aktuellen Verteidigungskapazitäten der osmanischen Hauptstadt interessiere, obwohl doch ohnehin gerade erst eine Delegation von 16 russischen Seeoffizieren die Dardanellenfestungen inspiziert habe.[1028] Die Reaktion Kaiser Wilhelms II. auf die Warnungen seines Botschafters ist ein gutes Beispiel dafür, wie sehr die Gewöhnung an die eige-

[1026] Neilson, Britain, 114.
[1027] Zürrer, Nahostpolitik, 183f.
[1028] Saurma an Hohenlohe, Therapia 1896 Oktober 25, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110, Bd. 20, R12448 Nr. 262; abgedruckt in: GP XII/1, 64f. Zur Inspektionsreise der russischen Offiziere im September 1896 vgl. Zürrer, Nahostpolitik, 188.

nen Vorurteile und die ständige Furcht vor feindlichen Intrigen den Blick für einen tatsächlichen Stimmungswechsel in der internationalen Politik trüben konnten.

„Saurma thut so wie wenn er die Ziele der Russischen Politik erst heute entdeckt hätte. Was er da als überraschend schildert ist längst bekannt. Es ist als ob einer sagt: Merkwürdig, daß wenn keine Wolken am Himmel sind, 12 Uhr Mittags die Sonne sogar scheint."[1029]

Die französische Regierung nahm die Entwicklung ernster. Botschafter Cambon wurde Mitte September 1896 angewiesen, besonders enge Tuchfühlung mit Nelidov zu halten und diesen von jedem allzu riskanten Schritt abzuhalten, während die französischen Flottenverbände im östlichen Mittelmeer in Alarmbereitschaft versetzt und instruiert wurden, ihre Ankerplätze nur auf ausdrücklichen Befehl der Regierung zu verlassen.[1030]

Hanotaux bemühte sich unterdessen unter ständiger Beratung mit Cambon weiterhin, sein Projekt einer durch politische Garantien der Großmächte gedeckten Finanzreform des Osmanischen Reichs voranzutreiben. Am 12. Oktober 1896 erreichte er durch persönliche Verhandlungen mit Zar Nikolaj II. und Šiškin in Paris deren Zustimmung zu einer Finanzreform mit gleichzeitiger Aufnahme russischer Delegierter in den Verwaltungsrat der Dette Publique. Diese Einigung war mit einer gemeinsamen Erklärung gegen jede internationale Flottenpräsenz in den Meerengen und mit dem Bekenntnis verbunden, dass die Autorität „Europas" in Konstantinopel durch die Botschafter und die ihnen unterstehenden Stationsschiffe bereits in ausreichendem Ausmaß vertreten und ein weiterer Ausbau internationaler Kontrolle daher unnötig sei.[1031]

Die Situation wurde nun allerdings weiter verkompliziert, indem parallel zu Hanotaux auch der britische Premierminister Salisbury an einem neuen Konzept internationaler „Beratung" der osmanischen Regierung durch die Botschafter der Großmächte arbeitete. Auch Salisbury wollte sich für sein Projekt die Unterstützung der russischen Regierung sichern. Anders als Hanotaux legte er bei seinem Plan den Schwerpunkt nicht auf eine durch die politischen Reformen zu ermöglichende Finanzreform, sondern auf ein vorab abzulegendes Bekenntnis der Großmächte, die Umsetzung der Reformen diesmal notfalls mit Gewalt durchzusetzen. Er war sich offenbar durchaus bewusst, dass eine kollektive „Zwangsmaßnahme" der Großmächte, etwa ein Eindringen von Flottenverbänden in die Meerengen, ein internationales „Kondominium" implizierte und daher mit den Zielsetzungen der russischen Außenpolitik unvereinbar war. Anlässlich des Staatsbesuchs von Zar Nikolaj II. in Balmoral machte Salisbury diesem in persönlichen Gesprächen am 27. und 29. September 1896 deshalb Andeutun-

[1029] Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. auf dem Bericht von Saurma an Hohenlohe, Therapia 1896 Oktober 25, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110, Bd. 20, R12448 Nr. 262.
[1030] Zürrer, Nahostpolitik, 165; Saurma an Hohenlohe, Therapia 1896 Oktober 25, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110, Bd. 20, R12448 Nr. 262; abgedruckt in: GP XII/1, 64f.
[1031] Zürrer, Nahostpolitik, 169–172.

gen darüber, dass man im Fall einer Aufteilung des Osmanischen Reichs in Einflusszonen durchaus auch über eine russische Kontrolle über die Meerengen verhandeln könnte. Die mit den häufigen Verdächtigungen gegen die russische Außenpolitik kaum übereinstimmende, dem tatsächlichen Verhalten seiner Regierung aber durchaus entsprechende Antwort des Zaren lautete, dass er an einer territorialen Expansion derzeit überhaupt kein Interesse habe, eine Kontrolle fremder Mächte über die Meerengen aber unbedingt verhindern wolle.[1032]

Lord Salisbury blieb dennoch ebenso wie Gołuchowski blind für diese grundsätzlich defensive Zielsetzung des Zaren und den internen Richtungsstreit zwischen den Entscheidungsträgern der russischen Außenpolitik, in dem sich das Gewicht mit jedem Drängen auf kollektive Zwangsmaßnahmen zugunsten der expansiv denkenden „Falken“ wie Botschafter Nelidov verschob. Sir John Ardagh, der Direktor des britischen Militärgeheimdienstes, verfasste für den Premierminister ein Memorandum, in dem er ähnlich wie Botschafter Calice zu dem Schluss kam, eine russische Besetzung der Meerengen sei jederzeit möglich und mit militärischen Mitteln nicht zu verhindern. Als einzige erfolgversprechende Maßnahme empfahl Ardagh eine Internationalisierung der Meerengen und kollektive militärische Kontrolle durch alle Großmächte, also genau jene Option, mit deren drohender Umsetzung Nelidov und ein Teil der russischen Militärs die Notwendigkeit einer russischen Besetzung der Meerengen argumentierten.[1033] Aus heutiger Sicht scheint es erstaunlich, dass die damaligen außenpolitischen Entscheidungsträger der Großmächte diesen gefährlichen Teufelskreis aus Ängsten und Verteidigungsplänen gegen vermeintliche Bedrohungen, die durch die Verteidigungspläne immer realer wurden, nicht durchschauten. Der Zar hatte Salisbury in Balmoral deutlich seine Angst vor einer fremden Kontrolle über die Meerengen erklärt. Der britische Botschafter in St. Petersburg meldete, dass Šiškin das Drängen Salisburys auf Reformen und die Vereinbarung gemeinsamer Zwangsmaßnahmen gegen das Osmanische Reich bei gleichzeitiger Verstärkung der britischen Flottenpräsenz im Mittelmeer als bedrohlichen Schritt in diese Richtung interpretierte:

„Man macht keine diplomatischen Vorschläge bezüglich der Türkei, wenn man gleichzeitig eine Flotte von 40 Schiffen im Mittelmeer in Stellung hat.“[1034]

Aus der Sicht Salisburys blieb die Verbindung eines großen Reformprogramms zur umfassenden politischen Reorganisation des gesamten Osmanischen Reichs mit vorab zu erfolgenden, bindenden Vereinbarungen der Großmächte über Zwangsmaßnahmen zu seiner

[1032] Dülffer, Kreta-Krise, 36 Grenville, Salisbury, 78–83; Neilson, Britain, 171f.; Zürrer, 168f.
[1033] Zu den Empfehlungen Ardaghs siehe Neilson, Britain, 114, 173f.
[1034] „One does not make diplomatic suggestions with regard to Turkey with a fleet of 40 ships in the Mediterranean.“ Telegramm Goschens an Salisbury, St. Petersburg 1896 November 4/ Oktober 23, TNA PRO London, FO65/1517 Nr. 60, Auszug zitiert in Neilson, Britain, 173. Übers. d. Verf.

Durchsetzung dennoch der erfolgversprechendste Weg zur Stabilisierung des Osmanischen Reichs. Am 20. Oktober 1896 startete er offiziell eine entsprechende Initiative, indem er seinen Plan den Regierungen aller Großmächte in Form eines programmatischen Rundschreibens vorlegte.[1035]

Salisbury erklärte darin, es sei den Großmächten unmöglich, sich auf eine Alternative zum Fortbestand des Reichs zu einigen, ohne die Gefahr eines „europäischen Krieges" heraufzubeschwören. Nur deshalb sei es die gemeinsame Aufgabe der Großmächte, das Osmanische Reichs trotz der „Unterdrückung" und „Misswirtschaft", unter der seine Bevölkerung leide, wenigstens innerhalb jener Grenzen zu erhalten, in denen aufgrund der gemischten Bevölkerungsstruktur die Herauslösung weiterer autonomer, christlicher Staaten unmöglich sei. Bislang hätten die Großmächte diese Aufgabe durch die stete Ausübung von indirektem Einfluss und anlassgebundene Kollektivschritte ausgeübt. „Gewichtige Autoritäten" hätten sich bislang stets dagegen ausgesprochen, dass „Europa" direkte Verantwortung für die inneren Angelegenheiten des Osmanischen Reichs übernehme.[1036]

Salisbury erklärte weiter, diese Zurückhaltung sei in der Vergangenheit durchaus sinnvoll gewesen, müsse nun aber aufgrund unmittelbar drohender Gefahren aufgegeben werden. Das Osmanische Reich stehe vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, seine Führung habe sich als unfähig erwiesen und „gewisse Teile" der muslimischen Bevölkerung seien so „fanatisch", dass sie sich jederzeit zu „barbarischen Angriffen" auf Andersgläubige anstiften ließen. Würden die Großmächte in dieser Situation nichts unternehmen, würden sie schon bald nicht mehr in der Lage sein, „das Dasein eines Regimes zu verlängern, das durch seine eigenen Sünden zur Ruine zerfällt".[1037] Die Großmächte besäßen allerdings ein Gremium, das

---

[1035] Telegramm Salisburys an die Außenministerien von Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn und Russland, London 1896 Oktober 20, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 28, R14435; auszugsweise abgedruckt in: DDF 13, 2–4; vgl. Grenville, Salisbury, 83–85; Neilson, Britain, 172f.; Zürrer, Nahostpolitik, 172f.

[1036] „The European Powers have, on the interests of general peace, earnestly desired to maintain the fabric of the Ottoman Empire, at least in that extensive portion of it in which the mixed character of the population makes an autonomous Christian Government impossible. But they have sought with equal earnestness, by the constant exercise of their influence, and from time to time by the conclusions of special stipulations, to secure due protection in these regions to the Christian subjects of the Porte. [...] Great authorities have up to this time been strenuously opposed to any measures by which Europe should become in any sense responsible for the internal administration of the Turkish Empire." Telegramm Salisburys an die Außenministerien von Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn und Russland, London 1896 Oktober 20, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 28, R14435; auszugsweise abgedruckt in: DDF 13, 2–4. Übers. d. Verf.

[1037] „It seems that at any moment the fanatical feelings of certain sections of the Mussulman population may be excited into savage attacks on those who differ from them in creed, and that no reliance can be placed on the energy or good-will of those whose duty it is to provide for the preservation of the public peace. […] Financial collapse threatens the military strength by which the Empire is supported [...]. [I]t has become evident that unless these great evils can be abated, the forbearance of the Powers of Europe will be unable to protract the existence of a dominion which by its own vices is crumbling into ruin." Telegramm Salisburys an die Außenministerien von Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn und Russland, London 1896 Oktober 20, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 28, R14435; auszugsweise abgedruckt in: DDF 13, 2–4. Übers. d. Verf.

das Osmanische Reich und den „europäischen Frieden“ noch retten könne, die Botschafter in Konstantinopel.

„Die Beratungen der Sechs Botschafter in Konstantinopel scheinen in Bezug auf die Unruhen auf der Insel Kreta begrüßenswerte Ergebnisse erbracht zu haben. Ihre Leitung ist vermutlich das beste [Mittel], das wir zur Verfügung haben, und ich denke wir werden gut daran tun, sie mit dem größeren Problem zu betrauen, dass sich uns durch den allgemeinen Zustand des Türkischen Reichs […] stellt. […] Ich schlage vor, dass die Sechs Mächte ihre Vertreter [in Konstantinopel] beauftragen, sich damit auseinanderzusetzen und ihren Regierungen zu melden, welche Veränderungen in der Regierung und Verwaltung des Osmanischen Reichs ihnen besonders geeignet zur Stabilisierung des Reichs erscheinen […].“[1038]

Salisbury schlug also nichts Geringeres vor, als den Botschaftern der Großmächte in Konstantinopel auf der Grundlage ihres Erfolgs in der Kretakrise die direkte Verantwortung für eine potentiell unbegrenzt weitgehende politische und administrative Umgestaltung des gesamten Osmanischen Reichs anzuvertrauen. Gleichzeitig forderte er die endgültige Festschreibung des Postulats, dass von den Regierungen der Großmächte ratifizierte Beschlüsse der Botschafter international bindende Gültigkeit besitzen und das Osmanische Reich keinerlei Mitsprache bei seiner eigenen Umgestaltung haben sollte.[1039]

Wenngleich Salisbury ebenso wie Hanotaux in seinem Konzept das Wort „Kondominium“ vermied, lief sein Plan genau wie jener des französischen Außenministers auf die Institutionalisierung einer sehr weitgehenden, internationalen politischen Kontrolle über das Osmanische Reich unter Leitung der Botschafter hinaus. Letztere sollten zudem unter Bereitstellung aller Machtmittel der Großmächte mit einer eigenen Exekutivgewalt ausgestattet werden. Die Qualifizierung der Botschafter für eine solche Aufgabe leitete er aus deren erfolgreicher Ausarbeitung des kretischen Reformprogramms ab.[1040] Angesichts der Tatsache, dass in den

---

[1038] “The consultation of the Six Ambassadors at Constantinople appears to have been accompanied with a favourable result in dealing with the disorders of the Island of Crete. Their guidance is probably superior to any other we can command, and I think we shall do wisely to commit to them the larger problem presented to us by the general condition of the Turkish Empire [...]. I propose that the Six Powers should instruct their Representatives to consider and report to their Governments what changes in the Government and administration of the Turkish Empire are, in their judgement, likely to be most effective in maintaining the stability of the Empire […].“ Telegramm Salisburys an die Außenministerien von Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn und Russland, London 1896 Oktober 20, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 28, R14435; auszugsweise abgedruckt in: DDF 13, 2–4. Übers. d. Verf.

[1039] „But if any recommendations made by the Ambassadors should approve themselves to all the Powers [...], it must not be admitted, [...] that the objections of the Turkish Government can be an obstacle to their being carried into effect. I trust that the Powers will [...] come to a definite understanding, that their unanimous decision in these matters is to be final, and will be executed up to the measure of such force as the Powers have at their command.” Telegramm Salisburys an die Außenministerien von Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn und Russland, London 1896 Oktober 20, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 28, R14435; auszugsweise abgedruckt in: DDF 13, 2–4.

[1040] Telegramm Salisburys an die Außenministerien von Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn und Russland, London 1896 Oktober 20, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 28, R14435; auszugsweise abgedruckt in: DDF 13, 2–4. Diese Ansicht wurde vom österreichisch-ungarischen Außenminister Gołuchowski ausdrücklich geteilt. Lichnowsky an Hohenlohe, Wien 1896 Oktober 24, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 28, R14435 Nr. 173; abgedruckt in: GP XII/1, 216–218.

zeitgleichen Beratungen der Entscheidungsträger der russischen Außenpolitik bereits eine bloße Zusammenziehung internationaler Flottenverbände nahe der Meerengen als hinreichender Anlass für eine russische Präventivbesetzung des nördlichen Bosporusausgangs gehandelt wurde, war Salisburys Vorschlag äußerst brisant.[1041]

Dementsprechend wurde allseits mit einer Ablehnung des Vorschlags durch die russische und eventuell auch durch die französische Regierung gerechnet, während die Zustimmung der Regierungen Deutschlands, Österreich-Ungarns und Italiens als sicher galt.[1042] Der österreichisch-ungarische Außenminister Gołuchowski begrüßte die Initiative Salisburys nicht nur wärmstens, er prahlte gegenüber Calice sogar damit, der Vorstoß gehe auf seine eigenen Anregungen beim britischen Botschafter in Wien zurück, sei also eigentlich seine Initiatve.[1043] An der Initiative Salisburys lobte Gołuchowski nicht nur die Entschlossenheit, Reformen im Osmanischen Reich nun unter direkter Kontrolle „Europas" durchzusetzen, sondern auch konkret die Idee, vorab die eventuell zur Durchsetzung des Reformprogramms notwendigen, kollektiven Zwangsmaßnahmen zu vereinbaren. Die Initiativen Hanotauxs, der ebenso wie er selbst die „Führung" des europäischen Konzerts beanspruchte, tat er dagegen als bloße Interessenspolitik zum Wohle französischer Banken ab.[1044] Es ist gut möglich, dass Gołuchowski ebenso wie Salisbury darauf spekulierte, dass die im Zuge solcher Zwangsmaßnahmen zu installierende, internationale Militärpräsenz in den Meerengen die beste Vorbeugung gegen eine überraschende Besetzung Konstantinopels und der Meerengen durch russische See- und Landstreitkräfte sei.[1045] Der Gedanke, dass genau solche Spekulationen einen russischen Präventivschlag auslösen könnten, war ihm fremd, da er ohnehin davon ausging, Russland treibe ein „falsches Spiel" und warte nur auf den günstigsten Zeitpunkt, die Meerengen unter seine exklusive Kontrolle zu bringen.[1046]

Eine offizielle Antwort der russischen Regierung auf den Vorschlag des britischen Premierministers ließ lange auf sich warten, wenn auch von Anfang an auf allen diplomatischen Ebenen deutlich ablehnende Signale ausgesandt wurden.[1047] In seiner ersten Reaktion auf den Vorschlag Salisburys erklärte Šiškin dem britischen Botschafter in St. Petersburg, er möge dem Premierminister ausrichten, dass er die Anregung an Zar Nikolaj II. weiterleiten

[1041] Neilson, Britain, 172f.
[1042] Gołuchowski an Calice, Wien 1896 Oktober 25, HHStA Wien, PAXII/166 Nr. 514; Gołuchowski an Calice, Wien 1896 November 5, HHStA Wien, PAXII/166 Nr. 526; Telegramm Radolins an Hohenlohe, Petersburg 1896 Oktober 29/ 17, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 20, R12448 Nr. 251; abgedruckt in: GP XII/1, 218f.
[1043] Gołuchowski an Calice, Wien 1896 Oktober 25, HHStA Wien, PAXII/166 Nr. 514.
[1044] Gołuchowski an Calice, Wien 1896 November 5, HHStA Wien, PAXII/166 Nr. 526.
[1045] Vgl. Neilson, Britain, 114, 173f.
[1046] Vgl. Gołuchowski an Calice, Wien 1896 Oktober 25, HHStA Wien, PAXII/166 Nr. 514; Gołuchowski an Calice, Wien 1896 November 5, HHStA Wien, PAXII/166 Nr. 526.
[1047] Grenville, Salisbury, 85f.; Neilson, Britain, 172f.; Zürrer, Nahostpolitik, 174–178.

werde. Er persönlich sähe aber die „Integrität“ des Osmanischen Reiches, zu deren Erhaltung sich Salisbury bekannte, bereits durch die britische Besetzung Ägyptens verletzt.[1048] Der französische Außenminister Hanotaux, dem bewusst war, dass er die von ihm gewünschte osmanische Finanzreform nur durchsetzen könne, wenn sich Großbritannien und Russland auf eine gemeinsame Linie zur internationalen Überwachung einer politischen Reform einigten, investierte viel Energie in Vermittlungsversuche, an denen auch Botschafter Cambon in persönlichen Gesprächen mit Nelidov mitwirkte.[1049] In der Frage der kollektiven Zwangsmaßnahmen war aber kein Kompromiss zu erzielen, was sich daran zeigte, dass Šiškin am 30. Oktober 1896 Hanotaux im Auftrag des Zaren ausrichten ließ, Russland müsse sich im Falle einer internationalen Flottendemonstration in oder vor den Meerengen das Recht vorbehalten, den nördlichen Bosporusausgang als „materielles Pfand“ zu besetzen.[1050] Zar Nikolaj II. und die meisten seiner Berater begannen nun sogar rückblickend, die am 12. Oktober 1896 gegenüber Frankreich gemachten Zusagen zur gemeinsamen Umsetzung einer Finanzreform als Fehler zu betrachten. Am 23. November 1896 ließ der Zar offiziell erklären, die mit Frankreich vereinbarte Zusammenarbeit in diesen Fragen sei nicht mehr möglich.[1051]

Zwei Tage später folgte dann eine Wendung, die niemand vorhergesehen hatte. Ohne Vorwarnung an Hanotaux ließ Šiškin Lord Salisbury am 25. November 1896 durch den britischen Botschafter in St. Petersburg ausrichten, dass die russische Regierung bereit sei, den im Rundschreiben vom 20. Oktober vorgebrachten Vorschlag zu unterstützen. Sogar in der Frage kollektiver Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung vereinbarter Reformen gegen den Widerstand des Sultans wurde nun plötzlich Verhandlungsbereitschaft signalisiert.[1052] Botschafter Nelidov erklärte gegenüber seinen Kollegen in Konstantinopel, es gäbe Möglichkeiten, das Eindringen internationaler Flottenverbände in die Meerengen in einer Weise zu gestalten, die für Russland akzeptabel sei.[1053]

Salisbury zeigte sich positiv überrascht und verlieh seiner Freude über die unerwartete Kooperationsbereitschaft Russlands unverhohlen Ausdruck.[1054] Auch der sonst gegenüber der russischen Außenpolitik so misstrauische österreichisch-ungarische Außenminister zeigte sich

---

[1048] Telegramm Radolins an Hohenlohe, Petersburg 1896 Oktober 29/ 17, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 20, R12448 Nr. 251; abgedruckt in: GP XII/1, 218f.
[1049] Hanotaux an Cambon, Paris 1896 Oktober 24, abgedruckt in: DDF 13, Paris 1953, 11–15; Telegramm Hanotauxs an Montebello, Paris 1896 Oktober 27, abgedruckt in: DDF 13, Paris 1953, 16; Telegramm Hanotauxs an Montebello, Paris 1896 Oktober 29, abgedruckt in: DDF 13, Paris 1953, 17f.; Zürrer, Nahostpolitik, 174–178.
[1050] Telegramm Vauvineuxs an Hanotaux, St. Petersburg 1896 Oktober 30/ 18, abgedruckt in: DDF 13, 23; Telegramm Vauvineuxs an Hanotaux, St. Petersburg 1896 November 2/ Oktober 21, abgedruckt in: DDF 13, 29; vgl. Montebello an Hanotaux, St. Petersburg 1896 November 12/ Oktober 31, abgedruckt in: DDF 13, 38–42.
[1051] Zürrer, Nahostpolitik, 174–178.
[1052] Grenville, Salisbury, 88; Zürrer, Nahostpolitik, 185.
[1053] Zürrer, Nahostpolitik, 185.
[1054] Neilson, Britain, 175–177.

über die Unterstützung von Salisburys Vorschlag durch Šiškin ebenso überrascht wie erfreut. In einem Schreiben an Botschafter Calice vom 3. Dezember 1896 vermutete er, niemand anderer als Nelidov habe den Zaren davon überzeugt, dass Russland noch nicht ausreichend auf eine optimale Umsetzung seiner Ziele beim Zusammenbruch des Osmanischen Reichs vorbereitet sei, weshalb man nun diesen durch Kooperation mit den übrigen Großmächten noch etwas hinauszögern wolle. Gołuchowski sah sich außerdem bemüßigt, Calice daran zu erinnern, dass er selbst bereits im September dem damaligen russischen Außenminister Lobanov ganz ähnliche Maßnahmen vorgeschlagen habe, wie sie nun auf Initiative Salisburys angenommen worden waren.[1055]

In rascher Folge erklärten sich nun also die Regierungen aller Großmächte bereit, ihre Botschafter in Konstantinopel mit der von Salisbury vorgeschlagenen Aufgabe zu betrauen, ein detailliertes Reformkonzept für das gesamte Osmanische Reich zu erstellen, das die Grundlage für dessen notfalls zwangsweise Umgestaltung nach dem Gutdünken des Konzerts bilden sollte. In der österreichisch-ungarischen Öffentlichkeit verlieh die Zeitung *Neue Freie Presse* ihrer Freude darüber Ausdruck, dass offenbar keine Großmacht eine Einzelaktion plane. Es stünde außer Zweifel, dass die Botschafter die ihnen gestellte Aufgabe erfolgreich bewältigen würden.[1056]

Offenbar ahnte zu diesem Zeitpunkt außerhalb des Russischen Reichs niemand, dass die dem überraschenden Kurswechsel Šiškins zugrunde liegende Einflussnahme Botschafter Nelidovs in eine ganz andere Richtung gegangen war, als auf den ersten Blick ersichtlich war. Die Arbeit der Botschafter in Konstantinopel am so genannten „Reformoperat“ für das Osmanische Reich begann unter düsteren Vorzeichen.

III.b.3. Russischer Präventivschlag oder internationales Kondominium? Botschafter Nelidov und die Petersburger Geheimkonferenz vom 5. Dezember 1896

Bereits Mitte Oktober 1896 hatte Nelidov auf die sich abzeichnende Zusammenarbeit Šiškins mit Hanotaux in der Frage einer Finanzreform des Osmanischen Reichs reagiert, indem er unter Androhung seines Rücktritts ein persönliches Gespräch mit Zar Nikolaj II. gefordert hatte, um diesem seine vom Kurs des interimistischen Außenministers abweichenden

[1055] „Exc. wissen, daß ich die Idee eines solchen Vorgehens bereits bei Fürst Lobanov angeregt, dafür jedoch seine Zustimmung nicht gefunden habe. Es ist daher selbstverständlich, daß ein jene Idee zum Ausgangspunkte nehmender Vorschlag meinerseits keinem Widerspruch begegnen wird.“ Gołuchowski an Calice, Wien 1896 Dezember 3, HHStA Wien, PAXII/166 Nr. 550. Zur Initiative Gołuchowskis im September 1896 vgl. Zürrer, Nahostpolitik, 163; Resümee der Unterredung Gołuchowskis mit Fürst Lobanow, Wien 1896 August, HHStA Wien, PA I/478.

[1056] *Neue Freie Presse*, Wien 1896 Dezember 1, 1.

Überzeugungen vorzutragen.[1057] Der Zar ging darauf ein und erhielt ein detailliertes Memorandum des Botschafters, das offenbar großen Eindruck auf ihn machte. Am 5. Dezember 1896 erhielt der nach St. Petersburg gereiste Nelidov Gelegenheit, sein Memorandum nochmals vor einer hochkarätig besetzten Geheimkonferenz zu präsentieren, an der neben dem Zaren auch Šiškin, der mächtige Finanzminister Sergej Jul'evič Vitte, Kriegsminister Petr Semenovič Vannovskij, Justizminister Nikolaj Valerianovič Murav'ev, Landwirtschaftsminister Aleksej Sergejevič Jermolov, Eisenbahnminister Fürst Michail Chilkov, der Oberprokuror des Heiligen Synod, Konstantin Petrovič Pobedonoscev, Vizeadmiral Pavel Petrovič Tyrtov als Vertreter des Marineministeriums, Senatspräsident Petr Nikolajevič Durnovo, und der Befehlshaber des Militärbezirks Odessa, Generalleutnant Vladimir Nikolajevič Filipov, teilnahmen.[1058]

Nelidov erneuerte in seinem Vortrag die These, jeder Versuch, Sultan Abdülhamit II. zur Annahme eines finanzpolitischen oder administrativen Reformprogramms zu zwingen, bedeute gleichzeitig die diplomatische oder militärische Einsetzung eines internationalen Kondominiums der Großmächte über das Osmanische Reich, auf das Russland zum Schutz seiner Grenzen mit einer Besetzung des nördlichen Bosporuszugangs reagieren müsse. Die für diese Besetzung notwendigen Land- und Seestreitkräfte müssten in stete Bereitschaft versetzt und die Operation schon beim ersten Vorzeichen des Einlaufens einer internationalen Flotte handstreichartig durchgeführt werden. Nelidov forderte eine Vollmacht, um jederzeit per Telegramm aus Konstantinopel die zur Besetzung bereitgestellte Einsatzgruppe herbeirufen zu können, da er selbst die Wahrscheinlichkeit einer internationalen Flottenaktion vor Ort wohl am besten beurteilen könne. Die rechtzeitige Besetzung strategischer Punkte am nördlichen Bosporusausgang würde – so Nelidov – diesen zu einem russischen „zweiten Gibraltar“ machen, das schon allein durch seine Existenz jeden Angriff der Feinde Russlands vereiteln würde. Da die übrigen Großmächte militärisch nichts gegen die neugeschaffenen Tatsachen unternehmen könnten, würde ihre Anerkennung dann auf dem Verhandlungsweg rasch gewonnen werden.[1059]

[1057] Zürrer, Nahostpolitik, 174.

[1058] Über den italienischen Botschafter in St. Petersburg wurde später ein detaillierter Bericht über die eigentlich streng geheime Sitzung publik, dessen Richtigkeit von Finanzminister Vitte und Großfürst Michail Aleksandrovič, den Bruder des Zaren, bestätigt wurde; siehe Radolin an Hohenlohe, St. Petersburg 1896 Dezember 27/ 15, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442 Nr. 600; abgedruckt in: GP XII/1, 67–69; vgl. Liechtenstein an Goluchowski, St Petersburg 1896 Dezember 18/ 6, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442, Abschrift.

[1059] Radolin an Hohenlohe, St. Petersburg 1896 Dezember 27/ 15, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442 Nr. 600; abgedruckt in: GP XII/1, 67–69; Dülffer, Kreta-Krise, 37f.; Grenville, Salisbury, 87; Zürrer, Nahostpolitik, 183–185.

Es spricht für das grenzenlose Selbstbewusstsein Nelidovs, dass er in der Geheimkonferenz nicht nur Empfehlungen aussprach, sondern direkt die Umsetzung konkreter Maßnahmen forderte, deren Leitung er zudem für sich selbst reklamierte. Auch inhaltlich war sein Konzept, das weit über die zeitgleich von Diplomaten aller Großmächte betriebenen Planspiele zur konsensuellen Aufteilung des Osmanischen Reichs in Einflussgebiete hinausging, äußerst gewagt. Nelidov erwartete Widerstand vor allem von Finanzminister Vitte, den er in der Konferenz direkt dazu aufrief, sich dem „patriotischen Werk" nicht in den Weg zu stellen. Vitte stellte sich dem Plan Nelidovs aber sehr wohl mit aller Entschlossenheit entgegen und erklärte, der vom Botschafter vorgeschlagene Präventivschlag wäre gleichbedeutend mit einem „europäischen Krieg" zwischen den Großmächten. Ein solcher Krieg wäre für Russland auf jeden Fall ein Übel, außerdem seien die Staatsfinanzen nicht bereit für eine solche Belastung. Der einflussreiche Oberprokuror Pobedonoscev schloss sich dem Finanzminister an. Auch Justizminister Murav'ev, Eisenbahnminister Chilkov, Landwirtschaftsminister Jermolov und Generalleutnant Filipov stimmten gegen Nelidovs Plan. Vizeadmiral Tyrtov sprach sich grundsätzlich dagegen aus, einem Botschafter militärische Befehlsgewalt über Flotteneinheiten zuzugestehen, stimmte ansonsten aber für den Vorschlag. Unterstützt wurde das Vorhaben außerdem von Kriegsminister Vannovskij, Senatspräsident Durnovo und Šiškin. Letzterer rivalisierte zwar mit dem Botschafter um die Nachfolge Lobanovs, wollte es in diesem Fall aber offenbar auf keine offene Machtprobe ankommen lassen. Die Abstimmung ging dennoch mit sechs zu vier Stimmen gegen den Plan Nelidovs aus.[1060]

Der letztliche Beschluss der Geheimkonferenz vom 5. Dezember 1896 griff dann zwar einige durch das Memorandum des ehrgeizigen Botschafters eingebrachte Gedanken auf, stellte aber insgesamt eine klare Niederlage Nelidovs dar. Die zur Besetzung des nördlichen Bosporusausgangs benötigten See- und Landstreitkräfte sollten nur für den äußersten Notfall bereitgestellt werden. Nelidov wurde gleichzeitig angewiesen, seine Kollegen in Konstantinopel bei der Ausarbeitung des Reformprogramms mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen und sein Bestes dafür zu geben, dass die Reformen auf diplomatischem Weg durchgesetzt würden. Selbst für den Fall einer tatsächlich unternommenen militärischen Forcierung der Reformen durch eine internationale Flottendemonstration im Marmarameer wurde Nelidov instruiert, lediglich das Ausmaß der Aktion nach St. Petersburg zu melden und Anweisungen des Außenministeriums abzuwarten. Nur im Fall, dass eine oder mehrere

[1060] Radolin an Hohenlohe, St. Petersburg 1896 Dezember 27/ 15, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442 Nr. 600; abgedruckt in: GP XII/1, 67–69; Liechtenstein an Gołuchowski, St Petersburg 1896 Dezember 18/ 6, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442, Abschrift; Dülffer, Kreta-Krise, 37f.; Grenville, Salisbury, 87; Zürrer, Nahostpolitik, 183–185.

Großmächte in einer unabgesprochenen Einzelaktion Seestreitkräfte in die Meerengen einlaufen ließen, wurde Nelidov das Recht zugebilligt, selbstständig telegrafisch einen militärischen Schlag der bereitgestellten russischen Verbände anzufordern.[1061]

Auch wenn Nelidov nach Konstantinopel mit einem Ergebnis zurückkehrte, das nicht seinen Zielsetzungen entsprach, war vorerst noch nicht klar, wie endgültig die Niederlage war, die er mit seinem Eskalationsprogramm erlitten hatte. Er selbst blieb seinen Überzeugungen jedenfalls treu und wurde in seinen Plänen immerhin von einem Teil der politischen und militärischen Führungsebene des Russischen Reichs unterstützt. Die für einen eventuellen Militärschlag zur Besetzung des Bosporusufers benötigten See- und Landstreitkräfte in Odessa und Sevastopol' wurden gemäß dem von der Geheimkonferenz autorisierten Plan in Bereitschaft versetzt und es schien durchaus denkbar, dass es Nelidov gelingen würde, eine Situation zu erzeugen, in der sie in Marsch gesetzt würden.[1062]

Die übrigen Großmächte wussten über diese politischen Richtungskämpfe innerhalb der politischen Führung des Russischen Reichs in recht unterschiedlichem Ausmaß Bescheid. Am besten informiert waren wohl Außenminister Hanotaux und die französischen Diplomaten. Als Bündnispartner waren sie bereits im November 1896 mehrfach mit Stellungnahmen von Nikolaj II. und Šiškin konfrontiert gewesen, in denen für den Fall einer internationalen Flottendemonstration im Marmarameer eine russische Präventivbesetzung des nördlichen Bosporusausgangs angekündigt worden war.[1063] Am 4. November 1896 berichtete außerdem der französische Militärattaché Brigadegeneral Louis Moulin an die Botschaft in St. Petersburg, er habe bei einem Besuch in Odessa von Generalleutnant Filipov detaillierte Aufmarschpläne gezeigt bekommen. Diese sahen angeblich eine Landung russischer Truppen bei Therapia und Buyukdere vor, also in jenen eleganten Vororten Konstantinopels am Ufer des Bosporus, wo sich die Sommerresidenzen der Botschafter der Großmächte befanden.[1064] In Konstantinopel wurde unterdessen Botschafter Cambon während Nelidovs Aufenthalt in St. Petersburg vom russischen Geschäftsträger Žadovskij darauf angesprochen, dass eine russische Besetzung des nördlichen Bosporus der unvermeidliche Preis einer eventuellen Öffnung der Meerengen und des Marmarameeres für internationale Kriegsschiffe sei. Cambon vertrat daraufhin gegenüber Hanotaux tatsächlich die Ansicht, dass eine Internationalisierung der Meerengen diesen Preis wert sei, und dass Frankreich diese russische Forderung diplomatisch

[1061] Grenville, Salisbury, 87f.; Zürrer, Nahostpolitik, 185f.
[1062] Radolin an Hohenlohe, St Petersburg 1896 Dezember 27/ 15, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442 Nr. 599; abgedruckt in: GP XII/1, 248f.; Liechtenstein an Gołuchowski, St Petersburg 1896 Dezember 18/ 6, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442, Abschrift.
[1063] Zürrer, Nahostpolitik, 174–178.
[1064] Ebda., 186–189.

unterstützen solle.[1065] Hanotaux legte sich am 12. Jänner 1897 dennoch in einer offiziellen Erklärung darauf fest, dass entgegen den Wünschen Nelidovs und seiner Unterstützer am territorialen Status Quo des Osmanischen Reichs nichts verändert werden dürfe. Der französische Außenminister propagierte in der Folge gegenüber seinen russischen Partnern energisch die Notwendigkeit voller Unterstützung für die Kollektivbeschlüsse der Botschafter in Konstantinopel ohne die Verfolgung geheimer Sonderpläne.[1066]

Die britische Regierung war bereits im November 1896 darüber informiert gewesen, dass Botschafter Nelidov versuchte, Zar Nikolaj II. und Šiškin von der Unreformierbarkeit des Osmanischen Reichs und der Notwendigkeit eines militärischen Präventivschlags zur Verhinderung einer Internationalisierung der Meerengen zu überzeugen.[1067] Premierminister Salisbury hatte im Vorfeld der Reise Nelidovs nach St. Petersburg, über deren Zweck damals nur spekuliert werden konnte, gegenüber dem deutschen Botschafter in London sogar scherzhaft gemeint, Nelidov führe in seinem Reisegepäck wohl eine „kleine Landkarte“ mit, auf der er die Grenzen eines zwischen den Großmächten aufgeteilten Osmanischen Reichs eingezeichnet habe.[1068] Die überraschende Zustimmung Šiškins zum Reformprogramm Salisburys am 25. November 1896 wurde von der britischen Regierung dann mit den damals populären Vorstellungen von der „Unberechenbarkeit“ und „Wankelmütigkeit“ des jungen Zaren erklärt, ohne weitere Gedanken auf die möglichen Hintergründe eines Richtungsstreits in der Führung der russischen Außenpolitik zu richten. Die von Zar Nikolaj II. gegenüber Salisbury so deutlich artikulierten Sorgen und Ängste bezüglich einer internationalen Kontrolle über die Meerengen wurden nicht ernst genommen.Von der Geheimkonferenz am 5. Dezember 1896 wusste man nichts.[1069]

Auch der österreichisch-ungarische Außenminister sah die ihm gegenüber von Nelidov bei dessen Durchreise durch Wien am 17. Dezember 1896 gemachte Feststellung, eine europäische Kuratelherrschaft in Konstantinopel sei für Russland inakzeptabel, nur als neuen Beweis für sein ohnehin schon gefestigtes Vorurteil, Russland arbeite gezielt auf den Zerfall des Osmanischen Reichs hin. In völliger Verkennung der Tatsachen meinte Gołuchowski allerdings, er habe Nelidov erfolgreich die Notwendigkeit kollektiver Zwangsmaßnahmen erklären können. Dieser habe daraufhin wohl den Zaren überzeugt, weshalb die überraschende Zustimmung Russlands zum Rundschreiben Salisburys letztlich auf seinen – Gołuchowskis – Einfluss zurückzuführen sei. Der österreichisch-ungarische Außenminister, der sich so gerne

[1065] Zürrer, Nahostpolitik, 194f.
[1066] Ebda., 193–195.
[1067] Neilson, Britain, 173–177.
[1068] Grenville, Salisbury, 87.
[1069] Neilson, Britain, 173–177.

einbildete, das Konzert der Großmächte zu „leiten“, ahnte nicht, dass ausgerechnet die Überzeugung, die Großmächte wären diesmal zur Anwendung kollektiver Zwangsmaßnahmen gegen das Osmanische Reich entschlossen, die argumentative Grundlage für Nelidovs Vorschlag einer russischen Präventivbesetzung des nördlichen Bosporus bildete.[1070]

Erste Hinweise auf die Geheimkonferenz vom 5. Dezember 1896 und ihre Folgen erhielten die Regierungen der Großmächte in der zweiten Dezemberhälfte über ihre Botschafter in St. Petersburg. Der dortige italienische Botschafter meldete seinem österreichisch-ungarischen und seinem deutschen Kollegen, er wisse aus zuverlässiger Quelle, dass Nelidov beim Zaren für einen Präventivschlag zur Besetzung Konstantinopels durch russische Truppen eingetreten sei, und dass der Vorschlag in einer Geheimkonferenz nur mit knapper Mehrheit abgelehnt worden sei.[1071] Bis zum 27. Dezember 1896 konnten diese Angaben durch vertrauliche Anfragen bei Finanzminister Vitte und ein Gespräch des deutschen Bankiers Karl Fürstenberg mit dem Bruder des Zaren, Großfürst Michail Aleksandrovič, bestätigt und sogar das genaue Abstimmungsverhalten der Konferenzteilnehmer in Erfahrung gebracht werden.[1072] Die Botschafter Deutschlands und Österreich-Ungarns in St. Petersburg bemerkten bald auch Anzeichen dafür, dass sich Nelidov mit seinem Auftritt auf der Geheimkonferenz unter den engsten Beratern des Zaren mächtige Feinde gemacht hatte. Der interimistische Außenminister Šiškin, der in der Geheimkonferenz noch für den Vorschlag Nelidovs gestimmt hatte, machte gegenüber den Vertretern der übrigen Großmächte nun immer wieder demonstrativ abfällige Bemerkungen über den „Pessimismus“ und die „Nervosität“ des Botschafters, der schon „zu lange“ in Konstantinopel stationiert sei und dort die Interessen Russlands nicht mehr richtig vertreten könne. Finanzminister Vitte und Großfürst Michail Aleksandrovič schlossen sich dieser Kritik an Nelidov an. Letzterer warnte Fürstenberg ausdrücklich, dass trotz des für Nelidov enttäuschenden Ausgangs der Geheimkonferenz die Gefahr einer russischen Präventivbesetzung der Meerengen nach wie vor bestehe.[1073] Etwa zur selben Zeit wur-

[1070] Gołuchowski an Calice, Wien 1896 Dezember 24, HHStA Wien, PAXII/166 Nr. 570; Zürrer, Nahostpolitik, 192f.
[1071] Radolin an Hohenlohe, St Petersburg 1896 Dezember 27/ 15, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442 Nr. 599; abgedruckt in: GP XII/1, 248f.; Liechtenstein an Gołuchowski, St Petersburg 1896 Dezember 18/ 6, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442, Abschrift.
[1072] Radolin an Hohenlohe, St Petersburg 1896 Dezember 27/ 15, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442 Nr. 600; abgedruckt in: GP XII/1, 67–69; vgl. Radolin an Hohenlohe, St Petersburg 1897 Februar 4/ Jänner 23, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 38, R14445 Nr. 54.
[1073] Radolin an Hohenlohe, St Petersburg 1896 Dezember 27/ 15, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442 Nr. 599; abgedruckt in: GP XII/1, 248f.; Liechtenstein an Goluchowski, St Petersburg 1896 Dezember 18/ 6, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442, Abschrift.

den Berichte aus Odessa und Sevastopol' bekannt, denen zufolge dort tatsächlich Kriegsschiffe und Landungstruppen zusammengezogen und in Bereitschaft versetzt wurden.[1074]

In den Außenministerien der übrigen Großmächte wurden diese Nachrichten bemerkenswert gefasst aufgenommen. Der deutsche Kaiser Wilhelm II. zeigte sich von den Neuigkeiten aus St. Petersburg wenig beeindruckt und erklärte, darin „nichts Ungewöhnliches" zu sehen.[1075] Auch das britische Außenministerium, das erst im Jänner 1897 durch den italienischen Botschafter in Konstantinopel Details über die Geheimkonferenz und ihren Ausgang erfuhr, leitete den entsprechenden Bericht Botschafter Curries zwar an verschiedene Regierungsstellen und die Botschaft in St. Petersburg weiter, allerdings mit dem mäßig aufgeregt klingenden Randvermerk „eilt nicht".[1076] Liechtenstein, der österreichisch-ungarische Botschafter in St. Petersburg, betonte in seiner Berichterstattung, Zar Nikolaj II. habe den Plan Nelidovs zwar vielleicht für „einen Augenblick […] in Betracht gezogen", der Ausgang der Geheimkonferenz habe aber gezeigt, dass er „die Erhaltung der Türkei und des status quo" vorziehe.[1077]

Kaiser Franz Joseph I. zeigte sich dennoch ebenso wie sein Außenminister „stark beunruhigt" über die nur knappe Mehrheit, mit der der Vorschlag Nelidovs in der Geheimkonferenz abgelehnt worden war.[1078] Gołuchowski äußerte sich nun betont desillusioniert über die Möglichkeit einer friedlichen Stabilisierung des Osmanischen Reichs und sah sich in seinen Vorurteilen gegen Russland bestätigt. Dem deutschen Botschafter in Wien gegenüber erklärte er, das Zarenreich betreibe in der Reformfrage sein „altes falsches Spiel". Gołuchowski machte düstere Andeutungen über eventuell bevorstehende „ernste Überraschungen" im Osmanischen Reich und erklärte, das Deutsche Reich sei gemeinsam mit Österreich-Ungarn „rettungslos mit verwickelt […], wenn der Tanz dort unten beginnt".[1079] Die Verhandlungen der Botschafter der Großmächte in Konstantinopel über eine wirtschaftspolitisch-administrative Umgestaltung und Stabilisierung des Osmanischen Reichs betrachtete er vor diesem Hintergrund von vornherein als gescheitert.[1080] Österreich-Ungarn werde sich an dem auszuarbei-

[1074] Vgl. z.B. Radolin an Hohenlohe, St Petersburg 1896 Dezember 27/ 15, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 601.
[1075] Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. zum Bericht Radolins an Hohenlohe, St Petersburg 1896 Dezember 27/ 15, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442 Nr. 599; abgedruckt in: GP XII/1, 248f.
[1076] Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Jänner 11, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 8. Die Randbemerkungen im Original lauten „Should this be repeated to St-Petersburgh-conf?" [sic], „Think we had better send it by Messenger. Does not press. – THS" und „Call attention to it in tel. section. – S."
[1077] Liechtenstein an Goluchowski, St Petersburg 1896 Dezember 18/ 6, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442, Abschrift.
[1078] Eulenburg an Hohenlohe, Wien 1897 Jänner 29, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 37, R14444 Nr. 13; abgedruckt in: GP XII/1, 76f.
[1079] Eulenburg an Hohenlohe, Wien 1896 Dezember 27, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442 Nr. 220; abgedruckt in: GP XII/1, 246–248.
[1080] Zürrer, Nahostpolitik, 192f.

tenden Reformprogramm jedenfalls nur beteiligen, wenn es ausreichend entschlossen formuliert und keine „Blamage“ sei. Außerdem hätten die Botschafter ohnehin nur ein „Substrat“ zu liefern, auf dessen Basis dann die Regierungen das tatsächliche Programm aushandeln würden.[1081] Er sah keine Alternative dazu, die Umsetzung eines solchen Programms gegenüber dem Sultan durch kollektive Zwangsmaßnahmen zu erzwingen. Man müsse nämlich, „den Zusammenbruch der Türkei erwarten […], wenn innerhalb […] von drei Monaten nicht eine durchgreifende Aktion der Großmächte erfolge.“[1082] Offenbar hatte er den Zusammenhang zwischen der Erwartung kollektiver Zwangsmaßnahmen der Großmächte in Konstantinopel und der realen Möglichkeit eines präventiven Erstschlags russischer Truppen zur Besetzung des nördlichen Bosporusufers immer noch nicht erkannt.

III.b.4. Eine „göttliche Komödie“?[1083] Die Botschafterkonferenz zwischen „Reformoperat“ und Finanzreform

Unabhängig von der Geheimkonferenz in St. Petersburg und ihren Folgen hatte die offizielle Zustimmung Šiškins zum Rundschreiben Salisburys am 25. Dezember den Weg zu Verhandlungen der Botschafter über ein großes Reformprogramm für das gesamte Osmanische Reich geebnet. Einzig der französische Außenminister Hanotaux zeigte sich verärgert über den mit ihm nicht abgesprochenen Vorstoß Šiškins und stellte im Sinne der von ihm beanspruchten Führungsrolle im europäischen Konzert seine eigenen „Drei Punkte“ auf, deren Erfüllung er als Vorbedingung einer französischen Zustimmung zur Beauftragung der Botschafter präsentierte. Die Reformbemühungen der Botschafter müssten auf die Erhaltung des Osmanischen Reichs abzielen und dürften weder zur offiziellen Errichtung eines „Kondominiums“ der Großmächte, noch zur isolierten Aktion einer einzelnen Großmacht führen.[1084] Trotz der ausdrücklichen Warnungen Nelidovs, eine Annahme der „Drei Punkte” würde die Handlungsfreiheit Russlands bei den Verhandlungen in unzumutbarer Weise einengen, autorisierte Zar Nikolaj II. am 20. Dezember 1896 die Zustimmung seiner Regierung zu den Bedingungen Hanotauxs. Damit war die Niederlage Nelidovs vom 5. Dezember 1896 neuerlich

[1081] Gołuchowski an Calice, Wien 1896 Dezember 17, HHStA Wien, PAXII/166 Nr. 564; Gołuchowski an Calice, Wien 1896 Dezember 24, HHStA Wien, PAXII/166 Nr. 570.
[1082] Eulenburg an Hohenlohe, 1896 Dezember 12, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 22, R12450 Nr. 211; abgedruckt in: GP XII/1, 237f.
[1083] Siehe Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. zum Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 25, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 250; abgedruckt in: GP XII/1, 243f.
[1084] Zürrer, Nahostpolitik, 189.

bestätigt und das letzte Hindernis für die Reformverhandlungen in Konstantinopel aus dem Weg geräumt.[1085]

Bereits einen Tag vor der offiziellen Annahme der „Drei Punkte" durch die russische Regierung veranstalteten die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel am 19. Dezember

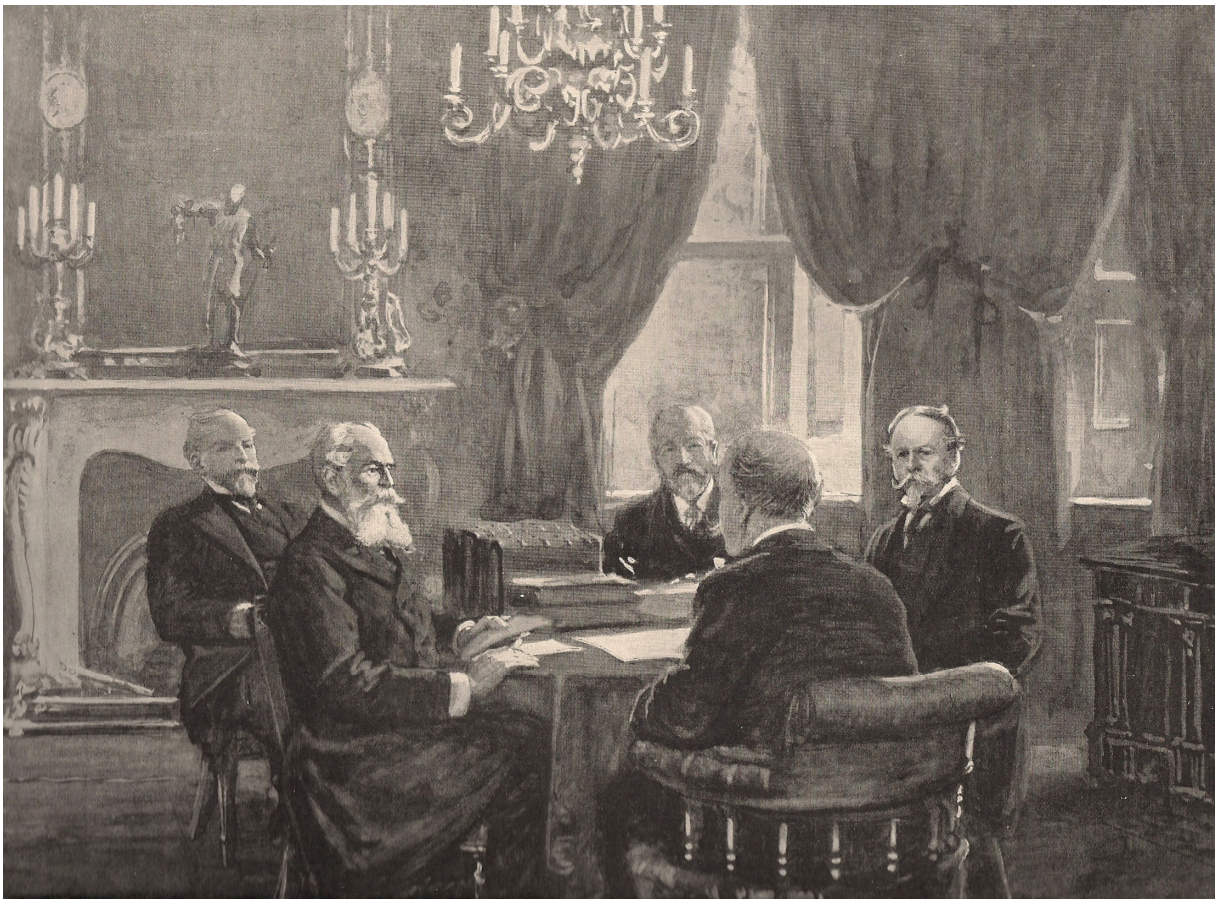


Abb.6: Die Botschafterreunionen in Konstantinopel wurden von internationalen Korrespondenten unterschiedlichster Zeitungen aufmerksam mitverfolgt. Die britische Illustrierte *The Graphic* machte eine Sitzung der Botschafter in der Residenz des Doyens Calice zum Thema einer Zeichnung, die ein entsprechendes Interesse ihrer Leser voraussetzt. Von links nach rechts sind die Botschafter Cambon, Nelidov, Saurma, Calice und Currie zu erkennen. Pansa fehlt, was mit seiner wenig aktiven Rolle in den Verhandlungen zum Reformoperat zusammenhängen könnte. „The Eastern Question. A Meeting of the Ambassadors in Constantinople in the House of Baron Calice", *The Graphic*, London 1896 November 7, 589.

1896 ihre erste Reunion zur Besprechung der bisher größten Aufgabe, die ihnen je gestellt worden war.[1086] Wie immer begannen sie ihre Arbeit mit einem Vergleich der Instruktionen ihrer Regierungen, die ja die Grundlage des von ihnen auszuarbeitenden Konzepts bilden mussten. Überrascht stellten sie fest, dass Nelidov von seiner Reise nach St. Petersburg nicht mit einem umfassenden, konkreten Aktionsprogramm, sondern lediglich mit der in ihrem Wortlaut etwas hinhaltend klingenden Weisung zurückgekehrt war, er möge „loyal und rückhaltlos den übrigen Mächten seine Mitwirkung bei allen Schritten einschließlich eventueller Zwangsmaßregeln leihen, welche dieselben übereinstimmend zur Wiederherstellung geordne-

[1085] Zürrer, Nahostpolitik, 189f.
[1086] Ebda., 192f.

ter Verhältnisse im türkischen Reiche für erforderlich hielten.“[1087] Cambons Instruktionen bestanden aus den bereits erwähnten „Drei Punkten” Hanotauxs sowie aus der Anweisung, das Reformoperat möge der „Herbeiführung nicht nur der versprochenen, sondern überhaupt der nothwendigen Reformen“ dienen.[1088] Die Weisungen Lord Salisburys verpflichteten den britischen Botschafter Currie neben generellen Maßnahmen zur „Aufrechterhaltung der Stabilität“ des Osmanischen Reichs auch zur „Schaffung von Garantien sowohl für Moslems als Christen gegen Gewaltakte der Centralgewalt sowie die Missbräuche der Lokalbehörden“.[1089] Der österreichisch-ungarische Botschafter Calice und sein deutscher Kollege Saurma hatten im Gegensatz dazu noch keine konkreten Instruktionen für die Verhandlungen, was letzterer am 20. Dezember 1896 zum Gegenstand einer an sein Außenministerium gerichteten Beschwerde machte.[1090] Offenbar war zu diesem Zeitpunkt auch der italienische Botschafter Pansa noch ohne Instruktionen. Wenigstens Saurma erhielt bis zum 12. Jänner 1897 Weisungen des Deutschen Auswärtigen Amtes.[1091] Ein Katalog spezieller Instruktionen Gołuchowskis an Botschafter Calice zum Reformoperat ist im untersuchten Archivmaterial des Wiener Haus- Hof- und Staatsarchivs unterdessen nicht erhalten. Die in den Berichten Calices vom Dezember 1896 und Jänner 1897 mehrfach enthaltenen, auffälligen Danksagungen für das ihm vom Minister entgegengebrachte „uneingeschränkte Vertrauen“ könnten darauf hindeuten, dass Gołuchowski davon ausging, seine außenpolitischen Grundprinzipien seien dem Botschafter hinlänglich bekannt, um selbstständig zu verhandeln.[1092]

Die Botschafter umgingen das Problem der fehlenden Instruktionen unterdessen geschickt, indem sie ihre Arbeit unter der Bezeichnung „privater Meinungsaustausch“ begannen.[1093] Sie widmeten sich zuerst einer Bestandsaufnahme und Katalogisierung der ihrer Meinung nach für die Instabilität des Osmanischen Reichs verantwortlichen „Übelstände“. In einer Reihe von Sitzungen zwischen dem 19. und 29. Dezember 1896 erarbeiteten sie eine Liste von nicht weniger als neun Problemfeldern, die das Reformprogramm ins Visier nehmen

[1087] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 20, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 299.
[1088] Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 23, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 247.
[1089] Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 23, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 247.
[1090] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 20, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 299.
[1091] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 12, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442 Nr. 10.
[1092] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Dezember 31, HHStA Wien, PAXII/166 privat; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/168 privat.
[1093] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 20, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 299.

müsse.[1094] Dazu gehörten den Botschaftern zufolge die Untergrabung der Autorität der osmanischen Regierung durch die parallelen Machtstrukturen des von Sultan Abdülhamit II. aufgebauten „Palastregimes“, die Unzuverlässigkeit und Korruption der Beamten und die unregelmäßige Entlohnung von Staatsbediensteten, sowie die fehlende Transparenz der Staatsfinanzen. Auch die Unterbezahlung und Disziplinlosigkeit der Streitkräfte, die Bestechlichkeit der Richter, sowie das Fehlen moderner Verwaltungsstrukturen in den Städten und der Zustand der osmanischen Polizei, die nicht als staatliche Ordnungsmacht sondern als private Spionagebehörde des Sultans konzipiert sei, wurden von den Botschaftern als Problemfelder identifiziert.[1095] Diese Liste wurde durch zwei kollektive Memoranden über die Gefahren ergänzt, die dem osmanischen Staat nach Ansicht der Botschafter durch bewaffnete Aufstände armenischer ChristInnen, sowie durch auf den Kampf gegen christliche Minderheiten eingeschworene muslimische Bevölkerungsgruppen drohten. Auf Anregung Cambons und Nelidovs beschlossen die Botschafter, ihre Arbeit am Reformprogramm nach Möglichkeit propagandistisch durch die Verbreitung einer Stellungnahme zu ergänzen, wonach das Reformoperat ausdrücklich auch die Lebensumstände der muslimischen Bevölkerungsteile des Osmanischen Reichs verbessern sollte. Dadurch sollten die Angehörigen der muslimischen Bildungsschicht, die Cambon zufolge sehnsuchtsvoll auf das Ende des autoritären Regimes von Sultan Abdülhamit hofften, für eine Unterstützung der Botschafter gewonnen werden.[1096] Mit der Fertigstellung dieses Katalogs der „Übelstände“ meldeten die Botschafter bereits nach weniger als zwei Wochen den Abschluss des ersten Teils ihrer Verhandlungen. Sie wollten sich nunmehr der Suche nach Lösungen für die ausgearbeiteten Problemstellungen widmen.[1097]

Tatsächlich verlief aber die Arbeit der Botschafter am großen „Reformoperat“ von Anfang an deutlich weniger stromlinienförmig, als diese vermeintliche „Erfolgsbilanz“ der ersten zwei Wochen vermuten ließ. Die Verhandlungen waren vielmehr von Beginn an von tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern der Großmächte geprägt.

[1094] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 29, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 34, R14441 Nr. 313; abgedruckt in: GP XII/1, 254; abgedruckt in: GP XII/1, 254.

[1095] Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 2, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 34, R14441 Nr. 1; abgedruckt in: GP XII/1, 254f.

[1096] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 1B. Grundlage dieser Hoffnungen war eine am ersten Jänner 1897 bei den Vertretern der Großmächte in Konstantinopel eingelangte, von muslimischen Beamten, Militärs und Geistlichen unterzeichnete Petition, sowie ein auf den 26. Jänner 1897 datiertes Schreiben des Pariser Jungtürkischen Komitees. Vgl. Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 2, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 34, R14441 Nr. 1; abgedruckt in: GP XII/1, 254f.; Jungtürkisches Komitee an Auswärtiges Amt, Paris 1897 Jänner 26, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 37, R14447.

[1097] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 29, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 34, R14441 Nr. 313; abgedruckt in: GP XII/1, 254; Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 2, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 34, R14441 Nr. 1; abgedruckt in: GP XII/1, 254f.; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 1B.

So trat Nelidov in den Reunionen plötzlich in auffälliger Weise für die Einrichtung von internationalen Organen zur politischen Überwachung des Osmanischen Reichs ein, die mit möglichst weitgehenden Kompetenzen ausgestattet sein sollten. Der russische Botschafter äußerte schon in einer der ersten Sitzungen den Vorbehalt, das Osmanische Reich sei ein „morsches Gebäude", dessen „dauernde Erhaltung […] unausführbar" sei. Er forderte daher als einzigen Weg zur wenigstens „kurzen Erhaltung" des Reichs die Einrichtung jeweils einer „internationalen Kontrollkommission" für den europäischen und für den asiatischen Teil des Osmanischen Reichs. Die Tatsache, dass eine solche internationale Kontrollkommission schon einmal für das auf dem Berliner Kongress geschaffene, autonome Staatsgebilde „Ostrumelien" eingerichtet worden war, zur dortigen Schwächung der osmanischen Zentralgewalt und 1885 zur Annexion dieses Gebildes durch das Fürstentum Bulgarien beigetragen hatte, verlieh dem Vorschlag Nelidovs einen besonders ominösen Beigeschmack.[1098]

In der Frage eventueller Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung des Reformprogramms, die im Auftrag Salisburys vor allem von Currie verlangt wurden, verhielt sich der russische Botschafter dagegen in den ersten Wochen der Verhandlungen systematisch ausweichend. Als er in der letzten Sitzung vor Weihnachten 1896 vom österreichisch-ungarischen Botschafter zu einer Stellungnahme gedrängt wurde, erklärte er, in dieser Sache „zur Diskussion nicht ermächtigt zu sein".[1099] Die Schlussfolgerung Calices und Saurmas, es werde in der Frage der Zwangsmaßnahmen wohl keinen Konsens geben können, war für den deutschen Kaiser Wilhelm II. Anlass genug, die Arbeit der Botschafter als „göttliche Komödie" abzuschreiben.[1100] In einer weiteren Sitzung der Botschafter am 14. Jänner 1897 schlug Nelidov dann plötzlich vor, dass die Botschafter beim nächsten Ausbruch von Unruhen in Konstantinopel auf ein Signal hin ihre Stationsschiffe gemeinsam unter Dampf setzen und „mit mathematischer Präzision" den Wohn- und Herrschaftssitz Sultan Abdülhamits II. im Yildiz-Palast bombardieren sollten.[1101] In St. Petersburg hatte Nelidov mit der Möglichkeit genau solcher Szenarien seinen Vorschlag eines russischen Präventivschlags argumentiert.[1102]

[1098] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 24, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 306; abgedruckt in: GP XII/1, 244–246.
[1099] Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 25, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 250; abgedruckt in: GP XII/1, 243f.
[1100] Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 25, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 250; abgedruckt in: GP XII/1, 243f.; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Dezember 31, HHStA Wien, PA XII/166 privat; siehe Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. zum Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 25, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 250; abgedruckt in: GP XII/1, 243f.
[1101] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 14, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 2A.
[1102] Radolin an Hohenlohe, St. Petersburg 1896 Dezember 27/ 15, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442 Nr. 600; abgedruckt in: GP XII/1, 67–69; Liechtenstein an Goluchowski, St Petersburg 1896 Dezember 18/ 6, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442, Abschrift.

Außerdem sollte er sich laut seinen Instruktionen bei den Verhandlungen mit seinen Kollegen eigentlich mehr unterstützend als initiativ verhalten.[1103] Offenbar wollte Nelidov eigenmächtig Entwicklungen provozieren, die die Entscheidungsträger in St. Petersburg vielleicht veranlasst hätten, seinen Plan einer russischen Besetzung des nördlichen Bosporus doch noch umzusetzen.[1104]

Calice beschuldigte Nelidov und Cambon daraufhin, mit einer zu sehr auf egoistische Einzelinteressen ausgerichteten Politik die Arbeit der Botschafter als Gruppe zu gefährden. Insbesondere Nelidovs Bemühungen um die Einführung internationaler Kontrollkommissionen nach dem Vorbild Ostrumeliens identifizierte er als eine Initiative, die die Reformverhandlungen in eine „falsche" Richtung drängen würden, was es zu verhindern gelte.[1105] Recht selbstbewusst und ohne seinen Vorgesetzten um Instruktionen oder Rat zu bitten, erklärte Calice im Rahmen seiner Berichterstattung an Gołuchowski, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenke, und wieso er diesen oder jenen Vorschlag seiner Kollegen, „welcher mir keinerlei Vortheil bietet", auf Eigeninitiative hin bekämpfe.[1106] Schon am 7. Jänner 1897 meldete er stolz nach Wien, er habe unter Ausnutzung seiner Position als Doyen in den inzwischen erfolgten Beschlüssen der Botschafter bereits „Prinzipien" verankert, die eine Aushöhlung der Souveränität des Osmanischen Reichs durch die von Nelidov vorgeschlagenen Kontrollkommissionen verhindern sollten.[1107] Parallel arbeitete er an einem informellen Bündnis mit Saurma, Currie und dem italienischen Botschafter Pansa, das bei den entscheidenden Abstimmungen der Botschafter einen starken Block gegen Nelidov und Cambon bilden sollte. Calice hoffte vor allem darauf, im entscheidenden Moment auf seine persönliche Freundschaft mit Currie bauen zu können. Er ging aber auch bei den übrigen Mitgliedern seiner informellen Koalition davon aus, dass sie im Ernstfall „unsere Interessen" gegen den russischen und den französischen Botschafter vertreten würden. Außerdem wartete er auf eine günstige Gelegenheit, um die persönliche Rivalität zwischen Nelidov und dem interimistischen Außenminister Šiškin um die Nachfolge Lobanovs zum Nachteil des russischen Botschafters auszunützen.[1108]

[1103] Vgl. Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 20, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 299.
[1104] Die übrigen Botschafter in Konstantinopel gingen jedenfalls Mitte Jänner 1897 davon aus, dass Nelidov derartige Absichten verfolgte, was auch die Gegner des Botschafters in Russland hellhörig machte. Vgl. Radolin an Hohenlohe, St Petersburg 1897 Jänner 13/ 1, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 36, R14443 Nr. 13.
[1105] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/168 privat; vgl. Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Dezember 31, HHStA Wien, PA XII/166 privat.
[1106] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/168 privat.
[1107] Ebda.
[1108] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Dezember 31, HHStA Wien, PA XII/166 privat; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/168 privat. Zum Tauziehen zwischen Calice

Die Vorgangsweise des französischen Botschafters Cambon in den Sitzungen der Botschafter war unterdessen weniger durch eine unbedingte Unterstützung Nelidovs, sondern durch die absolute Priorität bestimmt, die eine erfolgreiche Finanzreform des Osmanischen Reichs für die französische Außenpolitik gegenüber allen politisch-administrativen Reformfragen hatte. Französische Finanzkreise hatten im Dezember 1896 in Zusammenarbeit mit der Direktion der Osmanischen Bank eine Pressekampagne inszeniert, die in der Öffentlichkeit die Umwandlung der osmanischen Staatsschuld in eine Anleihe unter politischer und finanzieller Garantie der Großmächte propagierte. Hanotaux zeigte sich verärgert über diese Erpressung durch die Banken, die gewissermaßen versuchten, die Einrichtung eines finanziellen „Rettungsschirms" der Großmächte für ihre Investitionen im Osmanischen Reich zu erzwingen. Er hatte aber aufgrund der großen innenpolitischen Bedeutung dieser Investitionen für die französische Regierung keine andere Wahl, als sich um die Zustimmung der übrigen Regierungen zu derartigen Maßnahmen zu bemühen.[1109] Diese Bemühungen verliefen parallel zu den Reformverhandlungen ebenfalls über die Botschafter in Konstantinopel und trugen nicht wenig dazu bei, deren Arbeit zu verkomplizieren.[1110] Es zeigte sich nämlich von Anfang an, dass die Übernahme irgendeiner Form von finanzieller Garantie durch die Regierungen der Großmächte nicht nur für Russland, sondern auch für Großbritannien, Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich indiskutabel war.[1111] Der britische Premierminister Lord Salisbury drückte sich diesbezüglich besonders deutlich aus, als er Botschafter Currie telegrafisch die Instruktion zukommen ließ:

„Verwenden Sie keinerlei Formulierungen, die als Hinweis auf irgendeine Form finanzieller Unterstützung durch England interpretiert werden könnte. [Eine solche Unterstützung] könnte niemals bereitgestellt werden."[1112]

Die Botschafter standen somit unter erheblichem Druck, teils widersprüchliche politische und finanzielle Ziele zu erreichen, einen Konsens zu finden und gleichzeitig ihre eigenen

---

und Nelidov um die Einrichtung internationaler Kontrollkommissionen im Osmanischen Reich nach dem Vorbild Ostrumeliens vgl. auch Zürrer, Nahostpolitik, 203.

[1109] Zürrer, Nahostpolitik, 190f.

[1110] Ebda., 201f.

[1111] Calice erhielt diesbezüglich von Gołuchowski gesonderte Instruktionen mit einer „wichtigen Orientierung". Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 21, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 3A. Auch die britische und russische Regierung gaben deutlich ihre geringe Bereitschaft zu verstehen, Verpflichtungen einzugehen, die vor allem den Interessen französischer Banken gedient hätten. Vgl. Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Jänner 15, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 12; Radolin an Hohenlohe, St. Petersburg, 1897 Februar 5/ Jänner 24, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 22, R12450 Nr. 55, 62; Zürrer, Nahostpolitik, 190f. Der deutsche Kaiser Wilhelm II. bezeichnete die ihm von Botschafter Saurma übermittelte Idee als „sehr unpraktisch", da das Osmanische Reich „nichts mehr zu verpfänden und keinen Schatten von Kredit" habe. Siehe Randbemerkungen des Kaisers zum Bericht Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 24, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 306; abgedruckt in: GP XII/1, 244–246.

[1112] „Sir P Currie – do not use any words implying any sort of financial assistance from England. It could not be obtained. S." Randbemerkung Lord Salisburys zum Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Jänner 15, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 12. Übers. d. Verf.

Regierungen und die nach Sicherheit für ihre Investitionen strebenden Banken zufrieden zu stellen. Botschafter Currie leistete sich vor diesem Hintergrund in der Reunion am 2. Jänner 1897 einen heftigen Zornausbruch, in dessen Rahmen er schwere Vorwürfe gegen die französischen Delegierten im Verwaltungsrat der osmanischen Staatsschuld erhob, die seiner Meinung nach ihre Stellung zur Förderung egoistischer Bankeninteressen verwendeten. Dem deutschen Botschafter Saurma fiel auf, wie „lau" sein französischer Kollege Cambon in der darauffolgenden Debatte die angegriffenen Delegierten in Schutz nahm, da offenbar auch er über den politischen Druck der Banken verärgert war.[1113]

Anstatt finanzielle Verpflichtungen einzugehen, schien es den Regierungen und Botschaftern der Großmächte als ein deutlich geringeres Übel, die durch die politisch-administrativen Reformverhandlungen ohnehin schon in Frage gestellte Souveränität des Osmanischen Reichs auch in finanziellen Angelegenheiten weiter einzuschränken. Als alternativer Weg zur Befriedigung der Banken wurde Anfang Jänner ein Ausbau der internationalen Kontrolle über die osmanischen Finanzen zum Gegenstand intensiver Verhandlungen zwischen den Botschaftern.[1114]

III.b.5. Souveränität oder Bevormundung? Maßnahmen Sultan Abdülhamits II. zur Verhinderung eines Reformdiktats

Sultan Abdülhamit II. war über diese Pläne offenbar informiert und versuchte einer weiteren Einschränkung seiner Souveränitätsrechte zuvorzukommen, indem er sich bemühte, durch eigene Initiativen das Vertrauen der Banken und Investoren zurückzugewinnen.[1115] Bereits am 27. Dezember 1896 rief er per Dekret die so genannte „Finanzkontrollkommission" ins Leben.[1116] Am 28. Dezember 1896 ließ er außerdem erstmals seit 1886 ein offizielles

[1113] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 3, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 22, R12450 Nr. 2; abgedruckt in: GP XII/1, 255.
[1114] Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Jänner 3, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 1; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/168 privat; Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 15, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 22, R12450 Nr. 498.
[1115] Der Sultan versuchte praktisch vom ersten Verhandlungstag an, Insiderinformationen über Verlauf und Ziele der Reformgespräche zu erhalten, weshalb die Botschafter in einem eigenen informellen „Gentlemen's Agreement" vereinbarten, absolutes Stillschweigen zu wahren. Vgl. Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 25, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 249; Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 27, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 251; Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 28, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 253; abgedruckt in: GP XII/1, 249; Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1897 Dezember 29, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 257; abgedruckt in: GP XII/1, 250.
[1116] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 27, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 34, R14441 Nr. 309.

Budget des Osmanischen Reichs publizieren.[1117] Dem zufolge war für das bevorstehende Jahr durch leichte Erhöhungen einzelner Abgaben und Steuern und die Ausweitung der Gewerbesteuer auf im Osmanischen Reich tätige, fremde Geschäftsleute eine Steigerung der jährlichen Einnahmen um 500.000 £T zu erwarten. Gleichzeitig sollte das Budget ausgabenseitig durch die Einsparung von 50.000 £T von der Zivilliste des Sultans, eine Reduzierung der Gehälter der Beamten um 130.000 £T und eine Kürzung der Militärausgaben in der Höhe von 1.200.000 £T entlastet werden. Den jährlichen Ausgaben in der Höhe von 18.429.411 £T, von denen allein die Zahlungen an die Dette Publique 6.459.306 £T ausmachten, standen somit angeblich jährliche Einnahmen in der Höhe von 18.511.323 £T gegenüber, was einen jährlichen Budgetüberschuss von 81.912 £T bedeutet hätte.[1118] Bedenkt man, dass allein die Tabakregie im Jahr 1895 einen Reingewinn von 1.496.500 £T erwirtschaftet hatte, erscheint eine solche Gewinnsumme zwar nicht überwältigend hoch, aber doch deutlich besser als die düsteren Prognosen, die damals den unmittelbar drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch des Reichs vorhersagten.[1119] Tatsächlich waren zum selben Zeitpunkt auch Analysten der Deutschen Bank der Meinung, das Osmanische Reich stehe wirtschaftlich besser da, als allgemein vermutet wurde.[1120] Die teils erfolgreiche Steigerung der Staatseinnahmen durch einige von Sultan Abdülhamit II. eingeleitete Reformen wird auch von heutigen WirtschaftshistorikerInnen bestätigt.[1121]

Auf die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel und die Vertreter der an der Dette Publique beteiligten Banken machte das Budget aber trotzdem nicht den gewünschten positiven Eindruck. Der deutsche Botschafter Saurma setzte in einem Bericht vom 11. Jänner 1897 ausführlich auseinander, weshalb das Budget nach Ansicht der von den Botschaftern befragten Sachverständigen den Versuch darstelle, „auf künstliche Weise“ nur „scheinbar“

[1117] Budget de'l Empire Ottomane pour l'Exercice 1313, *Levant Herald*, Konstantinopel 1896 Dezember 28, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 22, R12450, 8f.; Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 30, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 22, R12450 Nr. 258; *Wiener Politische Korrespondenz*, Wien 1896 Dezember 31, Zeitungsausschnitt ohne Seitenangabe, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 22, R12450; Lindau an Marschall, Pera 1897 Jänner 8, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 23, R12451.

[1118] Budget de'l Empire Ottomane pour l'Exercice 1313, *Levant Herald*, Konstantinopel 1896 Dezember 28, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 22, R12450, 8f.; *Wiener Politische Korrespondenz*, Wien 1896 Dezember 31, Zeitungsausschnitt ohne Seitenangabe, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 22, R12450.

[1119] Zu den Einnahmen der Tabakregie vgl. Shaw – Shaw, Reform, 223; Lindau an Marschall, Konstantinopel 1896 Dezember 18, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 22, R12450. Zur damals verbreiteten Annahme, der wirtschaftliche Zusammenbruch des Osmanischen Reichs stehe unmittelbar bevor vgl. Zürrer, Nahostpolitik, 149f.; Denkschrift Schrader, Konstantinopel 1896 August 3, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 20, R12448.

[1120] Der Aufsichtsrat der Deutschen Bank und der Anatolischen Eisenbahngesellschaft, der ehemalige Eisenbahndirektor und Reichsratsabgeordnete Karl Schrader kam in einem vom Deutschen Auswärtigen Amt angeforderten Gutachten bereits Anfang August 1896 zu dieser Schlussfolgerung. Denkschrift Schrader, Konstantinopel 1896 August 3, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 20, R12448.

[1121] Quataert, Reforms, 798–841; Shaw – Shaw, Reform, 224–238; Zürrer, Nahostpolitik, 149f.

einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu präsentieren. So sei die im Budget bereits großzügig vorweggenommene Ausweitung der Gewerbesteuer auf fremde Geschäftsleute für das kommende Jahr noch nicht zu erwarten und die großen Ersparnisse bei den Militärausgaben würden auf der kurzfristig befohlenen Demobilisierung der *Redif*-Miliz beruhen, die aber beim Ausbruch der nächsten Unruhen sofort wieder mobilisiert werden müsste. Vor allem könne man derzeit eine Reihe kostspieliger Neuanschaffungen von Ausrüstung und Waffen für die reguläre Armee beobachten, die im veröffentlichten Budget völlig unberücksichtigt geblieben seien. Saurma zufolge gingen daher die sachverständigen Berater der Botschafter und der Banken davon aus, dass der osmanische Staatshaushalt keinen Überschuss, sondern nach wie vor ein Defizit von bis zu 2.000.000 £T aufwies.[1122] Der deutsche Delegierte im Verwaltungsrat der Dette Publique, Rudolf Lindau, und Sir Edgar Vincent, der Direktor der Osmanischen Bank, vertraten einhellig den Standpunkt, dass das Budgetdefizit höher sei als in früheren Jahren und nur durch kräftige Einsparungen beim Beamtenapparat saniert werden könne, wozu Sultan Abdülhamit II. aber der politische Wille fehle.[1123]

Vor diesem Hintergrund sahen sich die Diplomaten und Politiker der Großmächte in ihren Vorurteilen über die mangelnde Reformbereitschaft des Sultans und die Unfähigkeit des Osmanischen Reichs zur Selbstverwaltung bestätigt und reagierten dementsprechend negativ auf die Bemühungen Abdülhamits II. Die vom Sultan zur Vermeidung einer internationalen Finanzkontrolle eilig ins Leben gerufene osmanische Finanzkontrollkommission wurde als „Scheinmaßnahme“ und „türkisches Trugwerk“ abgetan.[1124] Anfragen bei der deutschen, französischen, belgischen und schweizerischen Regierung, inwieweit diese zur Nominierung von Delegierten für die Kommission bereit seien, blieben unbeantwortet oder wurden zurückgewiesen.[1125] Die Versuche des Sultans, mehr über die Pläne der Botschafter zur Reform seines Reiches herauszufinden, wurden von diesen als unerhörte Einmischung in ihre Arbeit in-

[1122] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 31, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 23, R12451 Nr. 315. Diese Einschätzung wurde auch im Kollektivbericht der Botschafter vom achten Februar 1897 verankert. Vgl. Rapport Collectif des Ambassadeurs des Grandes Puissances à Constantinople, Konstantinopel 1897 Februar 8, Beilage B zum Bericht Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/167 Nr. 6A-F.; vgl. Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Februar 9, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd,39, R14446 Nr. 33; abgedruckt in: GP XII/1, 266–268.

[1123] Ebda; Lindau an Marschall, Pera 1897 Jänner 8, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 23, R12451.

[1124] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 27, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 34, R14441 Nr. 309.

[1125] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 11, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 23, R12451; Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 12, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 23, R12451 Nr. 9; Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1897 Februar 3, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 23, R12451 Nr. 28. Die beabsichtigte Nominierung belgischer und schweizerischer Kontrollkommissare stand auf keiner erkennbaren Grundlage belgischer oder schweizerischer Finanzinteressen im Osmanischen Reich und lässt vielmehr die Absicht erkennen, die exklusive Kontrolle von Vertretern der Großmächte durch Einbeziehung von Vertretern kleiner, neutraler Staaten aufzuweichen.

terpretiert und vom deutschen Kaiser Wilhelm II. mit dem Ausruf „So ein Filou!“ kommentiert.[1126]

Nicht nur im finanziellen, sondern auch im politisch-administrativen Bereich verliefen die Bemühungen Sultan Abdülhamits II. und seiner Berater, einem internationalen Reformdiktat durch eigene Initiativen zuvorzukommen, erfolglos. Entsprechende Anfragen Tahsin Paşas, des Ersten Sekretärs des Sultans, beim britischen Botschafter Currie führten lediglich zu einer kurzen Diskussion im Plenum der Botschafter und dem einhelligen Beschluss, dieselben „als nicht erfolgt“ zu betrachten.[1127] Wenig später sprach Izzet Bey, der Stellvertretende Sekretär des Sultans, beim französischen Botschafter Cambon vor und bat ihn um Bekanntgabe der beabsichtigten Reformen, damit sie der Sultan auf eigene Initiative einführen könne, anstatt öffentlich zum Befehlsempfänger der Botschafter degradiert zu werden. Cambon weigerte sich und teilte die Anfrage ebenso wie Currie seinen Kollegen mit. Er betonte dabei sein standhaftes Festhalten am Konzert, obwohl Izzet Bey „wie ein wahrer teuflischer Verführer“ vorgegangen sei und ihm „besondere Berücksichtigung französischer Interessen“ versprochen habe.[1128] Weitere erfolglose Vorstöße in diese Richtung wurden in der Folge durch den osmanischen Außenminister, sowie über die osmanischen Botschafter auch direkt bei den Regierungen der Großmächte unternommen.[1129] Am 26. Jänner 1896 folgte ein offizieller Protest der osmanischen Regierung gegen die „langen geheimen Conferenzen der Botschafter“, die nur dazu führen könnten, dass die Unabhängigkeit des Osmanischen Reichs durch die Vorlage eines fertigen, unverhandelbaren Programms in Frage gestellt würde.[1130] Die Botschafter in Konstantinopel waren sich dennoch einig, alle selbstständigen Ankündigungen Sultan Abdülhamits II. bezüglich finanzieller und politischer Reformen „nicht besonders zu beachten“, da entsprechende Beschlüsse der osmanischen Regierung höchstens „pro-

[1126] Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. zum Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 28, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 253; abgedruckt in: GP XII/1, 249; vgl. Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 25, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 249; Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 27, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 251; Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1897 Dezember 29, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440 Nr. 257; abgedruckt in: GP XII/1, 250.

[1127] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 27, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 34, R14441 Nr. 308.

[1128] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 29, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 34, R14441 Nr. 312.

[1129] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 30, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 34, R14441 Nr. 314; Aufzeichnung Hohenlohe über Unterredung mit OSM Botschafter, Berlin 1897 Jänner 1, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 34, R14441; Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 11, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 34, R14441 Nr. 8.

[1130] Aufzeichnungen Marschalls, Berlin 1897 Jänner 26, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442.

visorisch“ sein könnten und nach Abschluss ihres eigenen „Reformoperats“ durch dieses ersetzt werden würden.[1131]

III.b.6. Der Triumph des Doyens. Botschafter Calice und die Verbindung von „Reformoperat“ und Finanzreform

Tatsächlich ging die Einigkeit der Botschafter in Konstantinopel während der Verhandlungen aber nicht sehr weit über die gemeinsame Entschlossenheit hinaus, dem Sultan und der osmanischen Regierung jede Mitsprache bezüglich der ihnen aufzuerlegenden Reformen zu verweigern. Calice suchte nach wie vor vergeblich nach Wegen, die von Nelidov vorgeschlagene Einrichtung internationaler Überwachungskommissionen für die Provinzen des Reichs nach ostrumelischem Vorbild zu verhindern. Er konnte sich vorläufig nur trösten, indem er voller Genugtuung die „sauren Mienen“ Cambons beobachtete, die dieser angesichts der ebenfalls wenig erfolgreichen Verhandlungen zur Finanzreform machte.[1132]

Bewegung kam in die starren Fronten erst durch die Verbindung der Finanzreform mit den geplanten politisch-administrativen Reformen. In der Sitzung der Botschafter vom 2. Jänner 1897 wurde nicht nur die Einrichtung politischer Überwachungsorgane auf verschiedenen Ebenen der Verwaltung des Osmanischen Reichs diskutiert, sondern auf Anregung Nelidovs erstmals auch konkret besprochen, wie die für eine erfolgreiche neue Staatsanleihe notwendigen Garantien aussehen könnten. Gemäß einem Vorschlag des russischen Botschafters sollten die Großmächte statt einer Umgestaltung des Verwaltungsrats der Dette Publique einfach die von Sultan Abdülhamit II. proklamierte Finanzkontrollkommission mit den Dragomanen ihrer Botschaften in Konstantinopel besetzen und sich so auf einfachem Weg die Kontrolle über die Verteilung neu beschaffter Mittel für den osmanischen Staatshausalt verschaffen. Diese Kontrolle sollte in Verbindung mit einer Garantie der Großmächte für die verlässliche Zahlung der Zinsen ausreichend Sicherheiten für die Gewährung einer neuen Anleihe bieten. Als unmittelbare Starthilfe zur Sanierung des osmanischen Budgets sollte die Dette Publique darüber hinaus sofort die Summe von 200.000 £T zur Verfügung stellen.[1133]

Die übrigen Botschafter sahen in diesem unerwarteten Vorstoß Nelidovs in der sonst für Russland nicht so wichtigen Finanzreformfrage ein Entgegenkommen gegenüber Frank-

---

[1131] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 22, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442 Nr. 18.
[1132] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/168 privat.
[1133] Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Jänner 3, TNA PRO London, FO78/4831 Nr. 1; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 1A; Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 15, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 23, R12451 Nr. 12; Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 15, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 23, R12451 Nr. 498; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Jänner 16, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 15.

reich. Tatsächlich begrüßte Botschafter Cambon den Vorschlag aufs Wärmste, schlug aber vor, dass die Kontrollkommission nicht mit den Dragomanen der Botschaften, sondern mit ausgewiesenen Finanzexperten beschickt werden sollte.[1134] Auf diese Ergänzung verweisend empfahl der britische Botschafter Currie seiner Regierung den Plan Nelidovs mit den Worten, dass „man aus der Idee etwas machen könnte".[1135] Premierminister Salisbury stimmte seinem Botschafter in diesem Punkt aber nicht zu und erinnerte ihn daran, dass er sich seine Zustimmung zur Finanzreform nur gegen eine weitgehende Entmachtung Sultan Abdülhamits II. würde abkaufen lassen.[1136] Der deutsche Botschafter Saurma hielt sich mit einer eigenen Stellungnahme zum Vorschlag Nelidovs zurück, merkte jedoch an, er rechne mit Widerstand durch Calice.[1137]

Tatsächlich äußerte sich Calice in seiner Berichterstattung an Außenminister Gołuchowski an 7. Jänner 1897 aber recht positiv über den Vorschlag Nelidovs, den er in der Version Cambons, also mit der Vertretung der Großmächte durch Finanzexperten, befürwortete. Über die neue Anleihe zur Sanierung des osmanischen Staatshaushaltes äußerte er sich dahingehend, dass sich alle sechs Großmächte mit identischen Anteilen an ihr beteiligen sollten, um nicht nur gleichberechtigte Partner bei der internationalen Kontrolle zu sein, sondern auch in identischen Ausmaßen ins Osmanische Reich zu investieren, was finanziell ein gemeinsames Interesse an dessen Fortbestand besiegeln sollte.[1138]

Gołuchowski verweigerte Calice offenbar die am Schluss des Berichts ausdrücklich erbetene Autorisierung zur Verfolgung dieser Strategie. Calice unternahm darauf in einem weiteren Bericht vom 21. Jänner 1897 einen neuen Versuch, seinen Außenminister von den Vorteilen zu überzeugen, die ein Aufgreifen der Idee Nelidovs für die gemeinsamen Interessen der Großmächte, aber auch für die Sonderinteressen Österreich-Ungarns mit sich brächte. Die von den Regierungen der Großmächte zu leistende Garantie würde sich nämlich nicht auf die Rückzahlung des Kredits, sondern lediglich auf die „korrekte Verwendung" der bereitgestellten Gelder beziehen, wäre also keine finanzielle, sondern eine politische Verpflichtung, die sich durch das neugeschaffene Instrument der Kontrollkommission leicht wahrnehmen ließe. Die Gläubiger des Osmanischen Reichs würden die gewünschte Sicherheit erhalten, das Osmanische Reich die dringend benötigte Anleihe und die Großmächte die erhoffte Stabilisie-

[1134] Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Jänner 3, TNA PRO London, FO78/4831 Nr. 1.
[1135] „Something might be made of the idea." Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Jänner 3, TNA PRO London, FO78/4831 Nr. 1. Übers. d. Verf.
[1136] „No concession is worth buying which does not in some degree diminish the power of the Sultan. S." Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Jänner 16, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 15.
[1137] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 15, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 23, R12451 Nr. 12.
[1138] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 1A.

rung des Reichs. Außerdem würden sich die Großmächte durch Ausbau ihrer finanziellen Kontrolle ein wesentlich effektiveres und ungefährlicheres Instrument zur internationalen politischen Kontrolle über das Osmanische Reich schaffen, als es anlassgebundene Drohungen mit militärischen Zwangsmaßnahmen jemals sein könnten. Calice bezeichnete dies als „ingeniöse Combination".[1139]

Der österreichisch-ungarische Botschafter fand in der von der französischen Außenpolitik gewünschten Finanzreform gleichzeitig auch die gesuchte Waffe zur Verhinderung der von Nelidov vorgeschlagenen internationalen Überwachungskommissionen für die Provinzen des Osmanischen Reichs nach ostrumelischem Vorbild. Am 21. Jänner 1897 unterbreitete er Gołuchowski einen entsprechenden Plan.

„Da ich merkte, dass dieses Project die ‚grosse pièce' für die Franzosen ist und Herr von Nelidow in dieser Frage an das französische Interesse durch vorausgegangene Verabredungen gekettet ist, so dachte ich mir, dass ich aus diesem Umstande für die Beseitigung des bekannten Reform-Projectes für die europäischen Provinzen Vortheil ziehen könnte, und ich […] verabredete auch mit Sir Philip Currie und Baron Saurma, die weitere Besprechung dieses Gegenstandes zu vertagen, bis ersterer erledigt sein würde."[1140]

Calice verwendete die internationale Finanzkontrolle und die Gewährung einer neuen Anleihe für das Osmanische Reich als Druckmittel, um seiner gegen Nelidov gerichteten Abstimmungsallianz mit Saurma, Pansa und Currie auch noch den französischen Botschafter Cambon hinzuzufügen. Noch am selben Tag, an dem er Gołuchowski seinen Plan angekündigt hatte, meldete er stolz die erfolgreiche Durchführung seines Erpressungsversuchs, den er ebenso elegant wie indirekt eingefädelt hatte, indem „ich einem meiner Collegen, welcher etwas geschwätzig ist, anvertraute, dass ich dem Finanzprojecte Opposition machen würde, solange die uns nahe liegende Reformfrage in den europaeischen Provinzen nicht in meinem Sinne erledigt sein würde".[1141]

Tatsächlich hatte Calice seinen Plan bereits drei Tage *vor* seiner Meldung an Gołuchowski erfolgreich umgesetzt. In der Reunion vom 18. Jänner 1897 hatte er seinen Kollegen ein umfangreiches Referat darüber gehalten, dass die seinerzeit für Ostrumelien ausgehandelten Rahmenbedingungen keine geeignete Grundlage für eine neu zu organisierende, internationale Überwachung der osmanischen Provinzialverwaltung seien. Er hatte stattdessen vorgeschlagen, ähnlich wie bei der Finanzkontrollkommission auch die Kontrollkommissionen für die europäischen und asiatischen Provinzen des Osmanischen Reichs auf bestehenden Konzepten aufzubauen, die der Sultan selbst bereits für Mazedonien autorisiert hatte.[1142] Ange-

[1139] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 21, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 3A.
[1140] Ebda.
[1141] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 21, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 3C.
[1142] Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Jänner 19, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 17.

sichts der von Calice getroffenen Vorbereitungen hatte daraufhin nicht einmal Nelidov Einspruch gegen seine Argumentation erhoben, so dass die Botschafter einstimmig beschlossen, die Prinzipien der ostrumelischen Kontrollkommission von 1880 seien „veraltet“. Calice und Cambon wurden als Sonderausschuss der Botschafterkonferenz mit der Ausarbeitung eines neuen Statuts für die beiden geplanten Kontrollkommissionen für die europäischen und asiatischen Provinzen beauftragt, das am 28. Jänner 1897 abermals einstimmig angenommen wurde.[1143]

In schon beinahe auffälliger Weise präsentierte Cambon noch in derselben Sitzung seine Überarbeitung des ursprünglich von Nelidov vorgeschlagenen Anleiheprojekts.[1144] Die Finanzkontrollkommission sollte diesem Plan zufolge aus drei osmanischen Delegierten und drei Delegierten der Großmächte bestehen, wobei sich Frankreich und Russland, Großbritannien und Italien, sowie Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich jeweils einen Vertreter „teilen“ sollten.[1145] Ihre Kontrolle sollte sich so gestalten, dass jeder einzelne Zugriff der osmanischen Behörden auf die durch den neuen Kredit lukrierten Gelder durch die Kontrollkommission autorisiert werden müsste.[1146] Die mit so weitreichenden Kompetenzen ausgestatteten Delegierten sollten nicht direkt von den Regierungen, sondern vielmehr von den Botschaftern der Großmächte in Konstantinopel bestimmt werden. Cambon begründete dies mit der Notwendigkeit, dem Vorwurf vorzubeugen, man wolle eine „finanzielle Vormundschaft“ durch die Regierungen der Großmächte etablieren.[1147] Dies hätte den Botschaftern der Großmächte in Konstantinopel ein starkes Machtmittel in die Hand gegeben und ihre Position als zentrale Schaltstelle der internationalen Kontrolle über das Osmanische Reich bekräftigt. Die von der Dette Publique zu bewilligenden 200.000 £T sollten zur Deckung der Zinsen der neuen Anleihe herangezogen werden, was bei einer Laufzeit des Kredits von 99 Jahren und einem Zinssatz von 3.5 Prozent eine Anleihe in der Höhe von 5.336.000 £T, bei einem Zinssatz von 3 Prozent sogar eine Anleihe von 6.317.000 £T ermöglichen sollte.[1148] Obwohl wenigstens der deutsche Botschafter Saurma insgeheim Zweifel hegte, ob Sultan Abdülhamit II. einer so weitgehenden Bevormundung durch Delegierte der Großmächte zustimmen würde, wurde

[1143] Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Jänner 19, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 17; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 21, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 3C; Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Jänner 29, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 26.
[1144] Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Jänner 29, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 26.
[1145] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Jänner 30, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 28.
[1146] Ebda; Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 29, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 37, R14444 Nr. 22. Vgl. außerdem Rapport Collectif des Ambassadeurs des Grandes Puissances à Constantinople, Konstantinopel 1897 Februar 8, Beilage B zum Bericht Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/167 Nr. 6A-F.; vgl. Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Februar 9, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd,39, R14446 Nr. 33; abgedruckt in: GP XII/1, 266–268.
[1147] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 29, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 37, R14444 Nr. 22.
[1148] Ebda.

Cambons Entwurf von den Botschaftern in einer am 30. Jänner 1897 abgehaltenen Reunion einstimmig angenommen.[1149]

Calice hatte somit seinen Teil der indirekten Vereinbarung mit Cambon eingehalten und gleichzeitig eine Maßnahme mitgetragen, die keinesfalls nur im Interesse französischer Investoren lag. Auch die Bankiers und Finanziers in Wien, Berlin und London verfolgten die Verhandlungen der Botschafter mit gespanntem Interesse, hofften darauf, bei einer neuerlichen Kreditvergabe ihre Profite und ihren wirtschaftlichen Einfluss im Osmanischen Reich weiter auszubauen und schickten ungeduldige Anfragen an ihre Regierungen.[1150] Der deutsche Botschafter Eulenburg berichtete am 31. Jänner 1897 aus Wien, dass das österreichisch-ungarische Außenministerium alle Hände voll zu tun habe, die vielen Fragen und Petitionen in Bezug auf das eigentlich noch geheim gehaltene Anleiheprojekt abzuwehren. Gołuchowski war laut Eulenburg sehr verärgert darüber, dass diese Informationen durch gewisse „Indiskretionen“ an die Wiener Finanzkreise gelangt waren.[1151] Das deutsche Auswärtige Amt wiederum sah sich mit der nur notdürftig in die Worte einer „ganz gehorsamsten Bitte“ gekleideten Forderung der Deutschen Bank konfrontiert, man möge bei der gegenwärtigen „Neuordnung“ der osmanischen Finanzen ihre Interessen besonders berücksichtigen.[1152]

Die zur selben Zeit am Zarenhof getroffenen Entscheidungen bezüglich der Nachbesetzung des durch den Tod Lobanovs freigewordenen Außenministerpostens besiegelten unterdessen das vollkommene Scheitern der persönlichen Ambitionen des russischen Botschafters Nelidov. Dieses Scheitern war durch seine Niederlage in der Geheimkonferenz vom 5. Dezember 1896 eingeleitet worden und hatte sich durch die Schachzüge Calices und Cambons bei den Reformverhandlungen der Botschafter fortgesetzt. Am 13. Jänner 1897 ernannte Zar Nikolaj II., vermutlich nicht zuletzt auf Drängen seiner einflussreichen Mutter Marija Fedorovna, deren besonderen Günstling Michail Nikolaevič Murav’ev zum neuen permanenten Außenminister. Murav’ev galt allgemein als Anhänger des auf Zusammenarbeit der Großmächte setzenden Kurses seines verstorbenen Vorgängers Lobanov, beanspruchte aber

[1149] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 29, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 37, R14444 Nr. 22; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Jänner 30, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 28.
[1150] Vgl. Schwabach an Auswärtiges Amt, Berlin 1897 Jänner 18, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 23, R12451; Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 30, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 23, R12451 Nr. 23; Eulenburg an Hohenlohe, Wien 1897 Jänner 31, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 23, R12451 Nr. 18; Deutsche Bank, Verwaltungsrat Anatolische & Salonik-Monastir Eisenbahn an Marschall, Berlin 1897 Februar 1, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 23, R12451.
[1151] Eulenburg an Hohenlohe, Wien 1897 Jänner 31, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 23, R12451 Nr. 18.
[1152] Deutsche Bank, Verwaltungsrat Anatolische & Salonik-Monastir Eisenbahn an Marschall, Berlin 1897 Februar 1, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 23, R12451.

ebenso wie dieser die Aufgabe, diese Zusammenarbeit durch Initiativen zu leiten.[1153] Seine Idealvorstellung des Konzerts zeigte sich deutlich in dem von ihm geprägten Vergleich, Russland und Frankreich seien „wie Mann und Frau", die übrigen Großmächte seien „Brüder und Schwestern des Paares" und alle Großmächte zusammen „eine geschlossene, einige Familie", selbstverständlich unter patriarchalischer Führung des „Mannes", Russlands.[1154] Neben Gołuchowski und Hanotaux gab es nun also einen dritten Außenminister, der selbstbewusst davon ausging, im Konzert der Großmächte zum Wohle aller die „erste Geige" zu spielen.

Der Machtkampf zwischen Nelidov und Šiškin hatte also dazu geführt, dass keiner der beiden die Nachfolge Lobanovs antreten konnte. Nelidov hatte mit seinem Auftritt in der Geheimkonferenz den mächtigen Finanzminister Vitte und den Obersten Prokuror des Heiligen Synod Pobedonoscev gegen sich aufgebracht, während Šiškin, der damals offenbar geglaubt hatte, sich keine Oppositionsrolle gegen den Botschafter und seinen Plan leisten zu können, dadurch den Eindruck von Schwäche vermittelt hatte.[1155]

Die Nachricht von der Ernennung Murav'evs zum russischen Außenminister und dem damit verbundenen Beschluss, Nelidov bei nächster Gelegenheit nach Paris zu versetzen, löste jedenfalls sowohl bei der französischen Regierung, als auch bei Nelidovs Kollegen in Konstantinopel Erleichterung und Schadenfreude aus.[1156] Calice sah in dem Ausscheiden Nelidovs aus dem Rennen um die Nachfolge Lobanovs eine „erfreuliche Wendung". Er vermutete, die Einrichtung der Kontrollkommissionen nach ostrumelischem Vorbild sei ein wesentlicher Bestandteil von Nelidovs Plan gewesen, nach seiner Rückkehr aus St. Petersburg entgegen dem Beschluss der Geheimkonferenz doch noch eine russische Präventivbesetzung des nördlichen Bosporus herbeizuführen.[1157] Die britische Flotte wäre dann – so Calice – vor den russisch besetzten Küstenfestungen und der möglichen Unterstützung Russlands durch die französische Flotte zurückgeschreckt, und Österreich-Ungarn hätte alleine nichts unternehmen können. Das ganze „wäre nicht übel gewesen und die ganze Combination die einfachste Lösung der orientalischen Frage".[1158] Im Gefolge der gegen Nelidov ausgefallenen Entscheidung von Zar Nikolaj II. würde es dem russischen Botschafter vielleicht immer noch heimliche Genugtuung bereiten, wenn es nach seiner Versetzung nach Paris zu einem Konflikt der

[1153] Wakounig, Grandseigneur, 173–177.
[1154] Ebda., 176.
[1155] Radolin an Hohenlohe, St Petersburg 1897 Februar 4/ Jänner 23, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 38, R14445 Nr. 54; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 4, HHStA Wien, PAXII/168 Nr. 5A.
[1156] Münster an Hohenlohe, Paris 1897 Jänner 17, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 36, R14443 Nr. 6; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 14, HHStA Wien, PA XII/168 privat; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 21, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 3C.
[1157] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 21, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 3C.
[1158] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 14, HHStA Wien, PAXII/168 privat.

Großmächte um Konstantinopel kommen würde. Es sei aber vorerst trotzdem mit keinen weiteren Intrigen Nelidovs gegen das gemeinsame Reformprojekt der Botschafter zu rechnen.[1159]

III.b.7. Die Botschafter als „Kuratoren der Türkei"?[1160] Geplante Strukturen einer institutionalisierten Kuratelherrschaft

Die Botschafter begannen ihre abschließende Gesprächsrunde über das dem Osmanischen Reich zu verordnende Reformprogramm in einer Atmosphäre, in der nach der Entmachtung Nelidovs und der Einigung auf Cambons Anleiheprojekt einige zuvor schwer lösbare Konfliktpunkte weggefallen waren. Alle Zeichen standen nun auf die Etablierung einer doch sehr weitgehenden internationalen Kontrolle mit wenig Rücksichtnahme auf die Souveränität des Osmanischen Reichs. Der britische Premierminister Lord Salisbury instruierte Botschafter Currie sogar ausdrücklich dahingehend, dass für ihn nur ein Programm akzeptabel wäre, das die Macht Sultan Abdülhamits II. in empfindlicher Weise beschränken würde.[1161] Calice wiederum formulierte in einem Bericht an Außenminister Gołuchowski vom 21. Jänner 1897 sein persönliches Ziel, die zu etablierende internationale Kontrolle über das Osmanische Reich müsse ausreichend stark sein, um in Zukunft die immer wieder den Frieden zwischen den Großmächten bedrohende Frage eventueller militärischer Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung ihrer Forderungen hinfällig zu machen.

„Gelingt es uns ein Reformschema zu entwerfen, welches der in den weitesten Kreisen missvergnügten Bevölkerung eine Besserung der Lage in Aussicht stellen würde […], so hätten wir einen solchen inneren Hebel auf die Entschliessungen des Sultans erlangt, welcher die eventuelle Nothwendigkeit einer thatsächlichen äusseren Coercition beträchtlich zu vermindern geeignet wäre."[1162]

Calice und sein britischer Kollege Currie schlussfolgerten aus den Personalentscheidungen im russischen Außenministerium und aus dem von Nelidov am 14. Jänner 1897 getätigten Vorschlag eines gemeinsamen Bombardements der Residenz des Sultans im Fall neuer Armeniermassaker, dass es nunmehr ungefährlich wäre, über kollektive militärische Zwangsmaßnahmen innerhalb der Meerengen zu sprechen.[1163]

[1159] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 4, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 5A.
[1160] Diese Bezeichnung stammt vom ehemaligen Militärattaché an der österreichisch-ungarischen Botschaft Wladimir Freiherr Giesl von Gieslingen, dessen Autobiografie wertvolle Einblicke in Lebenswelt und Selbstverständnis der Vertreter der Großmächte im Osmanischen Reich bietet; vgl. Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 54.
[1161] Siehe die Randbemerkungen Lord Salisburys auf dem Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Jänner 16, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 15.
[1162] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 21, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 3A.
[1163] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 11, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 6C; vgl. Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 14, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 2A; Sutter, Großmächte, 221.

Tatsächlich war das Beharren auf bindenden Abmachungen zwischen den Großmächten über die allfällige Durchsetzung des Reformprogramms der Botschafter durch gemeinsame Zwangsmaßnahmen aber nach wie vor eine gefährliche Provokation russischer Ängste vor einer Internationalisierung der Meerengen. Die auch Ende Jänner und Anfang Februar 1897 nicht enden wollenden Berichte über die Bereitstellung von Land- und Seestreitkräften in den russischen Schwarzmeerhäfen deuten darauf hin, dass sich Zar Nikolaj II. und seine Berater entsprechend den Beschlüssen der Geheimkonferenz vom 5. Dezember 1896 die Option einer militärischen Antwort auf das Einlaufen einer internationalen Flotte in die Meerengen immer noch offen hielten. Den Berichten des Militärattachés der deutschen Botschaft in St. Petersburg zufolge besprach der Zar am 25. Jänner 1897 mit einigen hohen Offizieren der russischen Marine bereits detailliert ausgearbeitete Aufmarschpläne für eine eventuelle Besetzung des nördlichen Bosporusufers. Angeblich wurde immer noch daran gearbeitet, diesen Präventivschlag so gut vorzubereiten, dass er im Ernstfall innerhalb von 24 Stunden umsetzbar wäre.[1164] Die Vertreter Österreich-Ungarns und Deutschlands meldeten um den 10. Februar 1897, dass zu diesem Zweck bereits zwischen 40.000 und 45.000 Mann in Sevastopol' und Odessa zusammengezogen worden seien.[1165]

Trotz beschwichtigender Dementis des neuen russischen Außenministers Murav'ev, der die Gerüchte über die Fortführung der Besetzungspläne als „Börsenmanöver" abtat, brauchte es nicht viel, um in dieser angespannten Atmosphäre die zuständigen Diplomaten in Aufregung zu versetzen.[1166]Am 9. Februar 1897 leitete das deutsche Generalkonsulat in Odessa eine Falschmeldung nach Berlin weiter, derzufolge die russische Armee mehrere Divisionen mobilisiert und mit 600 Marinesoldaten die Besetzung einiger befestigter Punkte am nördlichen Bosporus bereits durchgeführt habe.[1167] Auch der italienische Konsul in Odessa lieferte seiner Regierung diese Alarmnachricht. Eilig übermittelte Anfragen des deutschen und des italienischen Botschafters in St. Petersburg konnten den Sachverhalt allerdings aufklären, bevor die Falschmeldung potentiell gefährliche Reaktionen nach sich ziehen konn-

[1164] Bericht Major Lauensteins, St. Petersburg 1897 Jänner 26/ 14, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442; Bericht Major Lauensteins, St. Petersburg 1897 Jänner 30/ 18, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442; Bericht Major Lauensteins, St. Petersburg 1897 Februar 12/ 1, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442.
[1165] Focke an Hohenlohe, Odessa 1897 Februar 9/ Jänner 28, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 39, R14446; Liechtenstein an Gołuchowski, St. Petersburg 1897 Februar 10/Jänner 29, HHStA Wien, PA X/108 Nr. 5A.
[1166] Zu den Dementis Murav'evs vgl. Telegramm Radolins an Auswärtiges Amt, St Petersburg 1897 Februar 10/ Jänner 29, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 38, R14445 Nr. 29; Telegramm Radolins an Auswärtiges Amt, St Petersburg 1897 Februar 10/ Jänner 29, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 39, R14446 Nr. 30; Wakounig, Grandseigneur, 176f.
[1167] Telegramm Fockes an Hohenlohe, Odessa 1897 Februar 9/ Jänner 28, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 39, R14446.

te.[1168] Hintergrund des Fehlalarms war offenbar die Tatsache, dass das Telegrafenkabel zwischen Konstantinopel und Odessa durch Eisschollen im Schwarzen Meer für einige Stunden unterbrochen gewesen war. Darauf hatten sich in Odessa Gerüchte verbreitet, der Besetzungsplan müsse nun präventiv umgesetzt werden, da sonst ohne Telegrafenverbindung eine rechtzeitige Reaktion auf das Einlaufen einer internationalen Flotte in die Meerengen nicht möglich sei. Tatsächlich wurde aber nie ein entsprechender Befehl erteilt und das beschädigte Telegrafenkabel konnte rasch repariert werden.[1169]

Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass die Regierungen der Großmächte die sich hinziehenden Verhandlungen ihrer Botschafter in Konstantinopel über das Reformprogramm für das Osmanische Reich mit zunehmender Skepsis und Ungeduld verfolgten und begannen, Pläne für alternative Szenarien zur „Lösung" der „Orientalischen Frage" auszuarbeiten. Der britische Premierminister Salisbury brachte in einem Gespräch mit dem französischen Botschafter in London am 18. Jänner 1897 wieder einmal die Sprache auf eventuelle Teilungspläne für den Fall eines plötzlichen Zusammenbruchs des Osmanischen Reichs und bekundete Interesse an entsprechenden Absprachen mit Hanotaux.[1170] Dieser wiederum schrieb in einem ersten Gespräch mit dem neuen russischen Außenminister Murav'ev am 26. Jänner 1897 den Verhandlungen der Botschafter über das Reformprogramm geringere Bedeutung zu als früher, da es nun so aussah, als würde das Ergebnis zu sehr den Zielsetzungen Großbritanniens entsprechen. Da er unter diesen Vorzeichen mit einem Scheitern der Verhandlungen rechnete, ließ nun auch der französische Außenminister einen Teilungsplan ausarbeiten.[1171] In der russischen Außenpolitik setzten sich die von Nelidov und Šiškin eingeleiteten Meinungsverschiedenheiten auch unter dem neuen Außenminister Murav'ev fort, und der französische Botschafter in St. Petersburg meldete, dass das russische Marineministerium trotz gegenteiliger Zusagen Murav'evs nach wie vor an Besetzungsplänen für den Bosporus arbeitete.[1172] Der österreichisch-ungarische Außenminister Gołuchowski war seit Bekanntwerden der Geheimkonferenz vom 5. Dezember 1896 ohnehin von der pessimistischen Erwartung geprägt, dass „der Tanz" um die Aufteilung des Osmanischen Reichs bald losgehen werde.[1173] Der deutsche Kaiser Wilhelm II. wiederum war von den Falschmeldungen über die erfolgte Landung russischer Truppen am Bosporus offenbar dermaßen beeindruckt, dass er

[1168] Radolin an Hohenlohe, St Petersburg 1897 Februar 12/ 1, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 39, R14446 Nr. 87.
[1169] Ebda.
[1170] Zürrer, Nahostpolitik, 195f.
[1171] Ebda.
[1172] Sutter, Großmächte, 225–228; Zürrer, Nahostpolitik, 200f.
[1173] Eulenburg an Hohenlohe, Wien 1896 Dezember 27, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442 Nr. 220; abgedruckt in: GP XII/1, 246–248.

noch mehrere Tage nach deren Falsifizierung davon überzeugt war, die russischen Streitkräfte in Odessa und Sevastopol' wären bereits mobilisiert.[1174]

Trotz dieser zunehmend angespannten Stimmung gelang es den Botschaftern der Großmächte in Konstantinopel, am 4. Februar 1897 ihr großes „Reformoperat" zur administrativen, politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung des Osmanischen Reichs abzuschließen.[1175] Nach einer letzten redaktionellen Überarbeitung des Textes durch Cambon und Pansa fand am 8. Februar 1897 die Unterzeichnung statt und die Botschafter übermittelten das Ergebnis ihren jeweiligen Regierungen zur Begutachtung.[1176]

Die Botschafter unterstrichen ihr gemeinsames Bekenntnis zum Verhandlungsergebnis, indem sie dem Text des „Operats" keine separaten Berichte an ihre jeweiligen Außenminister, sondern einen gemeinsam formulierten „Kollektivbericht" beifügten. Darin rechtfertigten sie die lange Dauer ihrer Verhandlungen mit dem hohen Schwierigkeitsgrad der ihnen überantworteten Aufgabe und erklärten offiziell, dass sich ihrer Ansicht nach der Zusammenbruch des Osmanischen Reichs zwar nicht aufhalten, sehr wohl aber verlangsamen lasse.[1177] Die systematische Bevormundung des Osmanischen Reichs durch die Großmächte und ihre Botschafter wurde nicht nur mit der akuten Bedrohung der christlichen Minderheiten und der im Reich lebenden fremden Staatsangehörigen, sondern auch mit der angeblich von den im Osmanischen Reich lebenden MuslimInnen selbst geteilten Ansicht legitimiert, dass sie zur Selbstverwaltung „unfähig" seien.[1178] Darauf aufbauend wurde nochmals der Grundsatz hervorgehoben, dass die Reform des Osmanischen Reichs unter völligem Ausschluss Sultan Abdülhamits II. und seiner Regierung durch die Großmächte umgesetzt werden müsse:

„Man muss […] hinzufügen, dass alles was Seine Majestät versucht selbst durchzuführen, im Voraus von Sterilität erfasst wird. Die vergangenen Ereignisse haben sehr begründete Zweifel an seinen aufrichtigen Absichten genährt. […] Einzig die von Europa überwachten

---

[1174] Vgl. Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. zum Bericht Radolins an Hohenlohe, St Petersburg 1897 Februar 12/ 1, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 39, R14446 Nr. 87.

[1175] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 4, HHStA Wien, PA XII/167 Nr. 5B.

[1176] Zürrer, Nahostpolitik, 203. Das vollständige Programm wurde den Berichten der jeweiligen Botschafter als Beilage angefügt. Vgl. Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/167 Nr. 6A-F.; Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Februar 9, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd,39, R14446 Nr. 33; abgedruckt in: GP XII/1, 266–268.

[1177] „Telles sont les conclusions essentielles du travail auquel se sont livrés les Représentants des Grandes Puissances. Ils n'ont assurément pas la prétention d'avoir trouvé une recette pour la régénération de l'Empire ottoman. Le mal dont souffre la Turquie est de ceux qu'on peut atténuer mais qu'on ne guérit pas. Il s'agit à l'heure présente de conjurer une des crises les plus redoutables qu'ait traversées l'Empire, de prévenir une catastrophe et de garantir pour quelque temps au moins cette intégrité dont toutes les Puissances reconnaissent la nécessité." Rapport Collectif des Ambassadeurs des Grandes Puissances à Constantinople, Konstantinopel 1897 Februar 8, Beilage B zum Bericht Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/167 Nr. 6A-F.

[1178] „Les Colonies étrangères se sentent menacées dans leur sécurité et leurs intérêts, les chrétiens réclament depuis longtemps une amélioration à la situation qui leur est faite. Les musulmans sollicitent de plus en plus l'assistance de l'Europe, s'avouant incapables d'arrêter par eux-mêmes l'Empire Ottoman dans la voie qui le conduit à la ruine." Ebda.

Institutionen können ausreichend Garantien dafür bieten, dass man auf ihre Effizienz vertrauen kann."[1179]

Die Botschafter verankerten in ihrem Kollektivbericht auch nochmals ausdrücklich den Grundsatz, dass ihr Programm als Gesamtwerk zu betrachten sei und in seinen Teilaspekten als unverhandelbar zu gelten habe – ein Standpunkt, den Calice bereits am 7. Jänner 1897 Außenminister Gołuchowski gegenüber argumentiert hatte, und den man als Stellungnahme gegen Nachverhandlungen sowohl mit dem Sultan, als auch zwischen den Regierungen betrachten konnte.[1180]

„Es ist wichtig festzuhalten, dass alle diese Vorschläge der Repräsentanten der Großmächte auf einander aufbauen und miteinander verknüpft sind, und dass sie der Sultan […] in ihrer Gesamtheit akzeptieren und anwenden muss."[1181]

In Bezug auf die geforderten Reformen selbst stützte sich das Programm der Botschafter weitgehend auf die geltenden Beschlüsse des Berliner Kongresses von 1878 und die seither erfolgten Ergänzungen.[1182] Ein völlig neuer Aspekt des Reformoperats von 1897 war dagegen die Planung neu zu schaffender Organe und Institutionen zur Durchführung dieser Reformen unter internationaler Kontrolle.

Wenigstens eine dieser Institutionen, der „Oberste Kontroll- und Disziplinarrat", sollte rein osmanisch sein. Er sollte sich aus hochrangigen ehemaligen politischen und geistlichen Würdenträgern, entlassenen Großwesiren, ehemaligen Ministern, Botschaftern, Provinzgouverneuren und Militärkommandanten im Rang eines *Müşir* zusammensetzen. Seine Mitglieder sollten durch den Sultan nicht absetzbar sein, eine Kontrollfunktion über alle finanziellen, administrativen und politischen Staatsgeschäfte ausüben, jederzeit Einblick in das Budget und Mitsprache bei der Auswahl der Provinzgouverneure besitzen und als eine Art oberstes Berufungsgericht dienen.[1183] Diese Kompetenzen und die Tatsache, dass er aus entlassenen Würdenträgern bestehen sollte, legen nahe, dass der Oberste Rat eine Art institutionalisierte Opposition gegen den Sultan und sein „Palastregime" aus persönlichen Günstlingen und Beratern

[1179] „Mais il convient d'ajouter que tout ce que S.M. tente de faire par elle-même se trouve d'avance frappé de stérilité. Les derniers événements ont laissé subsister des doutes trop profonds sur ses véritables intention s. […] Des institutions soutenues par l'Europe peuvent seules offrir assez de garanties pour donner quelque confiance dans leur efficacité." Rapport Collectif des Ambassadeurs des Grandes Puissances à Constantinople, Konstantinopel 1897 Februar 8, Beilage B zum Bericht Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/167 Nr. 6A-F. Übers. d. Verf.

[1180] Vgl. Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/168 privat.

[1181] „Il est essentiel de noter que toutes les propositions des Représentants des Grandes Puissances se lient et s'enchainent et qu'a leur avis le Sultan devra les accepter et les appliquer dans leur totalité." Rapport Collectif des Ambassadeurs des Grandes Puissances à Constantinople, Konstantinopel 1897 Februar 8, Beilage B zum Bericht Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/167 Nr. 6A-F. Übers. d. Verf.

[1182] Vgl. hierzu Strupp, Urkunden, 187–222.

[1183] Conseil Supreme, Beilage A1 zum Bericht Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/167 Nr. 6A-F.

bilden sollte. Dies entsprach dem von Calice am 21. Jänner 1897 erklärten Bedürfnis der Botschafter, „einen […] inneren Hebel auf die Entschliessungen des Sultans“ zu gewinnen und zielte wohl auch darauf ab, das besondere Bedürfnis des britischen Premierministers Salisbury und der britischen Öffentlichkeit nach einer drastischen Einschränkung der Macht Sultan Abdülhamits II. zu befriedigen.[1184] Gleichzeitig sollte die Schaffung dieser Institution wohl auch den lange gehegten Plan der Botschafter realisieren, eine Brücke zwischen den Vertretern der Großmächte und dem in Opposition zur Autokratie des Sultans stehenden Teil der muslimischen Bevölkerung des Osmanischen Reichs zu schlagen.[1185]

Auf den ersten Blick ging auch die von den Botschaftern projektierte Ernennung zweier Hochkommissare für Asien und Europa in diese Richtung, da es sich dabei ebenfalls ausdrücklich um osmanische Beamte mit der bemerkenswerten Befugnis handeln sollte, jederzeit in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich alle Zivil- und Militärbehörden „suspendieren“ zu können, wenn deren Tätigkeit „als schädlich für die Reformen befunden“ würde.[1186] Tatsächlich sollten den beiden Hochkommissaren aber zwei „Kontrollkommissionen“ übergeordnet werden, die entsprechend dem Beschluss der Botschafter vom 18. Jänner 1897 nun nicht nach dem Vorbild der 1880 geschaffenen Kontrollkommission für Ostrumelien, sondern nach einem neuen, von Calice und Cambon ausgearbeiteten Statut organisiert sein sollten.[1187] Die Internationalen Kontrollkommissionen für Asien und Europa sollten ausschließlich aus Delegierten der sechs Großmächte bestehen und gemäß den Vorstellungen der Botschafter permanent die Provinzen des Osmanischen Reichs bereisen, um „die exakte Umsetzung der vom Sultan dekretierten Reformen zu überwachen“. Die Delegierten sollten das Recht haben, selbstständig Erhebungen und Befragungen in der Bevölkerung durchzuführen. Alle osmanischen Behörden würden ihnen gegenüber jederzeit bedingungslose Auskunftspflicht haben. Falls sie auf „Zustände“ stoßen würden, die im Widerspruch zu den Reformen stünden, sollte den internationalen Delegierten ein absolutes Weisungs- und Suspendierungsrecht auf allen Verwaltungsebenen zugestanden werden, das sie im Idealfall im Konsens mit dem jeweiligen

[1184] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 21, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 3A; Randbemerkungen Lord Salisburys auf dem Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Jänner 16, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 15.
[1185] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 1B; vgl. den entsprechenden Absatz im Kollektivbericht der Botschafter, Rapport Collectif des Ambassadeurs des Grandes Puissances à Constantinople, Konstantinopel 1897 Februar 8, Beilage B zum Bericht Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/167 Nr. 6A-F.
[1186] Execution et surveillance des reformes, Beilage A2 zum Bericht Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/167 Nr. 6A-F.
[1187] Vgl. Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Jänner 19, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 17; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 21, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 3C; Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Jänner 29, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 26.

osmanischen Hochkommissar, per Mehrheitsbeschluss aber jederzeit auch gegen diesen, im Konsens mit den Botschaftern ausüben könnten.[1188]

„Wenn eine besondere Notlage dies erforderlich macht, ist die sofortige Suspendierung eines Funktionärs oder die Einführung einer bestimmten Maßnahme durch einstimmigen Beschluss der Delegierten möglich. Die Delegierten haben unverzüglich die Botschafter zu informieren, die deren Forderung bei der Pforte forcieren, wenn der Kommissar es als unmöglich oder nicht innerhalb seines Machtbereichs erachtet, selbige umzusetzen."[1189]

Mit den Kontrollkommissionen sollte also eine parallele, autoritäre Verwaltungsstruktur unter Kontrolle der Großmächte geschaffen werden, die die reguläre osmanische Zivil- und Militärverwaltung jederzeit hätte beiseiteschieben und ersetzen können. Die osmanischen Hochkommissare wären de facto nur die ausführenden Organe der internationalen Vertreter gewesen. Die oberste Entscheidungsbefugnis in Streitfragen wäre bei den Botschaftern der Großmächte in Konstantinopel gelegen. Diese doch sehr weitgehende Aufhebung der Rechte eines nominell souveränen Staats sollte zwar offiziell nur „temporär" sein, die Botschafter behielten sich selbst aber das alleinige Recht vor, zu entscheiden, wie lange diese Strukturen „notwendig" sein würden.

„Die Funktion der Internationalen Kommissionen ist eine temporäre und endet, sobald es zwischen den Botschaftern eine Übereinkunft darüber gibt, dass die promulgierten Reformen eingeführt sind oder ihre Umsetzung so weit fortgeschritten ist, dass eine weitere Spezialüberwachung unnötig ist."[1190]

Zusätzlich sollte die Finanzkontrollkommission ausgewählten Großmachtdelegierten das Recht verleihen, nach eigenem Gutdünken jede von der osmanischen Regierung beantragte außerordentliche Ausgabe zu gestatten oder zu verbieten.[1191] Diese Einrichtung sollte den Großmächten in Zukunft ein wesentlich eleganteres Mittel zur Durchsetzung ihres Willens im Osmanischen Reich bieten als es die bisher üblichen militärischen Drohungen gewesen waren.[1192]

Schließlich sollte in Pera, jenem Stadtteil im Zentrum von Konstantinopel, in dem die Botschafter der Großmächte ihre Amtssitze hatten, ein „gemischter Stadtrat" eingerichtet

---

[1188] Execution et surveillance des reformes, Beilage A2 zum Bericht Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/167 Nr. 6A-F.

[1189] „C'est à ce dernier également qu'ils auront á s'adresser dans des cas extraordinaires, tels que la destitution ou suspension immédiate d'un fonctionnaire ou l'adoption d'une mesure spéciale, qui seraient reconnues nécessaires par l'unanimité des délégués etc. Ils auraient à en aviser aussitôt les Ambassades qui appuieraient leur demande auprès de la Porte, si le commissaire ne jugeait pas possible ou ne se croyait pas en droit d'y procéder de sa propre autorité." Ebda. Übers. d. Verf.

[1190] „Les fonctions des Commissions internationales seront temporaires et devront cesser en vertu d'un accord des Ambassades dés que les réformes promulguées auront été introduites ou leur exécution assez avancée pour rendre inutile une surveillance spéciale." Execution et surveillance des reformes, Beilage A2 zum Bericht Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/167 Nr. 6A-F. Übers. d. Verf.

[1191] Propositions formulées par les Ambassadeurs des Grandes Puissances à Constantinople, Beilage A zum Bericht Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/167 Nr. 6A-F. Übers. d. Verf.

[1192] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 21, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 3A.

werden, über den die Repräsentanten der Großmächte auch auf kommunaler Ebene ihre Mitsprache in der Verwaltung des Osmanischen Reichs institutionalisiert hätten. Dieser Stadtrat sollte sein eigenes Budget erstellen, finanziell also unabhängig von allen dem Sultan unterstehenden Behörden sein, und Kontrolle über die städtische Polizei erhalten, die fortan ohnehin einem „europäischen" Polizeichef unterstehen würde. Dieses System sollte nach einer kurzen „Erprobungsphase" auf die gesamte Hauptstadt und dann auf alle wichtigen Städte des Osmanischen Reichs ausgeweitet werden.[1193]

Das Reformoperat, das die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel am 8. Februar 1897 ihren Regierungen übermittelten, lief also tatsächlich auf eine sehr weitgehende, internationale Kuratelherrschaft über das Osmanische Reich unter Oberaufsicht der Botschafter hinaus. Es war daher äußerst kontroversiell. Die Regierungen der Großmächte gingen sehr wohl davon aus, dass sich das Osmanische Reich ihren politischen und wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen hatte. Vor einer offiziellen Institutionalisierung kollektiver Fremdherrschaft waren sie aber bislang wohlweislich zurückgeschreckt. Für die Entscheidungsträger der russischen Außenpolitik war eine zu stark institutionalisierte, internationale Kontrolle über das Osmanische Reich potentiell gleichbedeutend mit einer Internationalisierung der Meerengen, weshalb diese Perspektive von Nelidov wiederholt als Argument für einen russischen Präventivschlag zur Besetzung des Bosporus genutzt worden war.[1194] Für den französischen Außenminister Hanotaux war die Vermeidung eines Kondominiums einer der „Drei Punkte" gewesen, die er als Bedingung für eine französische Teilnahme an den Verhandlungen der Botschafter über das Reformprogramm vorab durchgesetzt hatte.[1195] Auch der britische Premierminister Lord Salisbury hatte in seinem Rundtelegramm vom 20. Oktober 1896 zwar eine weitgehende internationale Kontrolle der Großmächte über das Osmanische Reich gefordert, das Wort „Kondominium" aber bewusst vermieden.[1196]

Die Botschafter waren sich dieser Problematik durchaus bewusst, glaubten aber offenbar, mit ihrem Programm erfolgreich den Weg zur größtmöglichen konsensfähigen internationalen Kontrolle gefunden zu haben. Calice erklärte gegenüber Gołuchowski in seinem Bericht vom 4. Februar 1897, er bedauere, dass die Botschafter nicht auf „die dienlichsten und natürlichsten Gegenmittel" zur Rettung des Osmanischen Reichs zurückgreifen konnten und von

[1193] Propositions formulées par les Ambassadeurs des Grandes Puissances à Constantinople, Beilage A zum Bericht Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/167 Nr. 6A-F.
[1194] Vgl. Radolin an Hohenlohe, St. Petersburg 1896 Dezember 27/ 15, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442 Nr. 600; abgedruckt in: GP XII/1, 67–69; Dülffer, Kreta-Krise, 37f.; Grenville, Salisbury, 87; Zürrer, Nahostpolitik, 183–185.
[1195] Zürrer, Nahostpolitik, 189f.; vgl. Ebda., 149f.
[1196] Telegramm Salisburys an die Außenministerien von Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn und Russland, London 1896 Oktober 20, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 28, R14435; auszugsweise abgedruckt in: DDF 13, 2–4.

„Kontrollmitteln wie in Egypten“ Abstand nehmen mussten. Es sei ihnen aber gelungen, „Surrogate“ zu schaffen, die zu einem befriedigenden Ergebnis führen sollten.[1197]

Abgesehen von der grundsätzlichen Fragwürdigkeit einer solchen Kuratelherrschaft war aber auch die zentrale Rolle, die sich die Botschafter selbst in der neugeordneten Verwaltung des Osmanischen Reichs zuzuschreiben gedachten, problematisch und wenig konsensfähig. Einige Regierungen der Großmächte hatten schon in Bezug auf die Bewältigung der Kretakrise im August 1896 klargestellt, an einer Verselbstständigung der Botschafter in Konstantinopel als eine Art kommissarische Verwalter des Osmanischen Reichs im Namen der Großmächte nicht interessiert zu sein.[1198]

III.b.7. Das Scheitern des „Reformoperats“ und der damit verbundene Prestigeverlust der Botschafter

Die langwierigen Beratungen der Botschafter über das Reformprogramm und die Vorlage eines so kontroversiellen Ergebnisses im Februar 1897 führten dazu, dass das durch die scheinbar erfolgreiche Bewältigung der Kretakrise im August 1896 kurzfristig gewachsene Vertrauen der Regierungen in das Erfolgspotential selbstständiger Verhandlungen ihrer Botschafter in Konstantinopel nun wieder schwand. Interessanterweise lehnten einige Regierungen das Reformoperat der Botschafter als zu weitgehend, andere als zu wenig weitgehend ab. Dies spricht dafür, dass den Botschaftern tatsächlich ein Kompromiss, aber eben kein konsensfähiger, zwischen den Haltungen und Zielsetzungen ihrer jeweiligen Regierungen gelungen war.

Der britische Premierminister Lord Salisbury hatte die Arbeit der Botschafter bereits Anfang Jänner 1897 als „viel zu langsam“ kritisiert.[1199] Am 3. Februar 1897 zweifelte er dem deutschen Botschafter in London gegenüber an einem „baldigen Erfolg“ der Botschafter und beschwerte sich darüber, dass ihn Currie zu wenig informiere und viel zu selbstständig verhandle.[1200] Am 10. Februar 1897 schließlich äußerte sich der britische Premierminister auch über das Endergebnis der Verhandlungen sehr negativ, tat das Reformprogramm der Botschafter als „viel zu milde“ ab und erklärte, sich selbst bei einer einstimmigen Annahme des

[1197] Calice an Gołuchowski, Pera 1897 Februar 4, HHStA Wien, PAXII/168 privat.
[1198] Resümee der Unterredung Gołuchowskis mit Fürst Lobanow, Wien 1896 August, HHStA Wien, PA I/478; vgl. Zürrer, Nahostpolitik, 163f.
[1199] Hatzfeld an Hohenlohe, London 1897 Jänner 7, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442 Nr. 6; abgedruckt in: GP XII/1, 256.
[1200] Hatzfeld an Hohenlohe, London 1897 Februar 4, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 38, R14445 Nr. 74; abgedruckt in: GP XII/1, 265f.

Programms durch die Regierungen der Großmächte an keiner Finanzhilfe für das Osmanische Reich beteiligen zu wollen.[1201]

Auch der französische Außenminister Hanotaux drückte angesichts des Verhandlungsergebnisses seine Enttäuschung darüber aus, dass letzlich nur ein „Minimalprogramm" herausgekommen sei, während sogar der an den Verhandlungen so maßgeblich mitbeteiligte französische Botschafter Cambon meinte, bis auf die Finanzreform bestünde das Programm nur aus „Quatsch und Angabe".[1202]

Interessanterweise hatte sich auch der österreichisch-ungarische Botschafter Calice in seiner Berichterstattung an Gołuchowski unmittelbar vor Übermittlung des Reformprogramms bemüht, die Erwartungen seines Außenministers an das Programm möglichst herabzusetzen. In einem Privatbrief an seinen Vorgesetzten vom 4. Februar 1897 erklärte er, das Programm werde „kein Kunstwerk, sondern vielmehr nur eine Art Notbandage" sein.[1203]

> „Es ist schon viel, wenn wir es zu einem gemeinschaftlichen Vorschlage gebracht haben werden; denn es ist wirklich keine Kleinigkeit sechs Köpfe und etliche verschiedene Wendungen und Interessen in einer so complicirten Aufgabe, und in dem Drange der Verhältnisse und der Zeit, unter einen Hut zu bringen; alles was wir thun ist eben nur ein schleichendes Laviren."[1204]

Eine ausführliche Stellungnahme des österreichisch-ungarischen Außenministers zum Reformprogramm der Botschafter ist im untersuchten Quellenmaterial leider nicht erhalten. Calices bemühte sich jedenfalls redlich, es seinem Vorgesetzten durch die Behauptung schmackhaft zu machen, es sei ja „im Großen und Ganzen" die Ausführung von Maßnahmen, die Gołuchowski schon lange gefordert habe, also eigentlich „das Programm Eurer Excellenz".[1205]

Der russische Außenminister Murav'ev interpretierte unterdessen das Programm der Botschafter als zu radikal und verglich es mit der für einen „jungen Menschen" gedachten Dosierung einer Medizin, die nun „einem kranken Greise" verabreicht werden sollte, diesen aber womöglich umbringen würde. Ganz offensichtlich Bezug auf die düsteren Prognosen Nelidovs nehmend, kritisierte Murav'ev außerdem den „Pessimismus" und die „fortwährende Veranspannung" der Botschafter in Konstantinopel, die ständig nur den „Eindruck von bevorstehenden Katastrophen in der Türkei" vor Augen hätten. Sie hätten bei der Ausarbeitung des Reformprogramms zudem zu wenig Bezug auf die konkrete, aktuelle Situation in den Provinzen des Osmanischen Reichs genommen und allgemein „mehr als Theoretiker, wie als

---

[1201] Hatzfeld an Hohenlohe, London 1897 Februar 10, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 38, R14445 Nr. 86.
[1202] Zürrer, Nahostpolitik, 203.
[1203] Calice an Gołuchowski, Pera 1897 Februar 4, HHStA Wien, PAXII/168 privat.
[1204] Ebda.
[1205] Calice an Gołuchowski, Pera 1897 Februar 4, HHStA Wien, PAXII/168 privat.

Staatsmänner gearbeitet“.[1206] Finanzminister Vitte übte eine noch vernichtendere Kritik am Werk der Botschafter. Da er sich gerade erst unter Aufbietung aller Kräfte gegen die von führenden russischen Militärs geforderte, kriegerische Antwort auf eine Internationalisierung der Meerengen eingesetzt hatte, musste ihm die im Reformprogramm neuerlich implizierte Einrichtung einer internationalen Kuratelherrschaft über das Osmanische Reich als verantwortungslos und gefährlich erscheinen. Vitte zufolge waren die von den Botschaftern vorgeschlagenen Maßnahmen „leere Phrasen“, die niemals umgesetzt werden könnten, weshalb jeder Versuch, den Sultan zur Annahme zu zwingen, nur dessen Autorität untergraben und das Reich weiter destabilisieren würde. Die Botschafter hätten versagt und es sei höchste Zeit, „diese Herren“ von ihren Posten abzuberufen.[1207]

Zweifellos am negativsten fielen die Reaktionen des deutschen Kaisers und seiner Diplomaten auf das Reformprogramm der Botschafter aus. Georg Herbert Graf Münster, der deutsche Botschafter in Frankreich, bezeichnete das Werk ungeachtet der Mitarbeit seines Kollegen Saurma als das „größte Fiasko der neueren Diplomatie“, das ein für allemal die „Zwecklosigkeit“ derartiger Konferenzen bewiesen habe.[1208] Kaiser Wilhelm II. stimmte dieser harschen Kritik geradezu enthusiastisch zu und meinte über die Botschafter in Konstantinopel: “Mir wie aus der Seele gesprochen! Sie sind eine wahre Schande für uns Europäer“.[1209] Diese besonders radikale Sicht der Dinge beruhte auf der grundsätzlich ablehnenden Haltung des Kaisers gegen Kollektivmaßnahmen der Großmächte, die sich bereits während der Krise um die Armeniermassaker im Jahr 1895, aber auch in der ersten Phase der Kretakrise 1896 deutlich gezeigt hatte.[1210] Dem deutschen Kaiser lag wenig an der ansonsten vielbeschworenen „Einigkeit der Mächte“ insgesamt. Er träumte vielmehr von einer Einigkeit der „Kontinentalmächte“ gegen seinen Lieblingsfeind Großbritannien.[1211] Die im Reformprogramm der Botschafter implizierte Institutionalisierung der Bevormundung Sultan Abdülhamits II. durch bloße Botschafter war ihm vielleicht auch insofern ein Dorn im Auge, als er ja selbst zur glei-

[1206] Radolin an Hohenlohe, St Petersburg 1897 Februar 11, PAA Berlin, Orientalia Generalis 5, Bd. 39, R14446 Nr. 83; abgedruckt in: GP XII/1, 268f.; vgl. Zürrer, Nahostpolitik, 203.
[1207] Sutter, Großmächte, 222f.; Zürrer, Nahostpolitik, 203f.
[1208] Münster an Hohenlohe, Paris 1897 April 7 Nr. 80, abgedruckt in: GP XII/1, 269–271. Vgl. Sutter, Großmächte, 223.
[1209] Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. zum Bericht Münsters an Hohenlohe, Paris 1897 April 7 Nr. 80, abgedruckt in: GP XII/1, 269–271.
[1210] Dülffer, Kreta-Krise, 39. Vgl. Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. zum Bericht Eulenburgs an Auswärtiges Amt, Wien 1895 November 11, abgedruckt in: GP X, 172f.; Telegramm Kiderlens an Auswärtiges Amt, Bergen 1896 Juli 28, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 40, R12216 Nr. 46; vgl.Rotenhan an Hohenlohe, Berlin 1896 Juli 25, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 39, R12215; Telegramm Hohenlohes an Auswärtiges Amt, Alt Aussee 1896 Juli 26, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 39, R12215 Nr. 14; Telegramm Kiderlens an Auswärtiges Amt, Bergen 1896 Juli 28, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 39, R12215 Nr. 46.
[1211] Vgl. Loulos, Griechenlandpolitik, 39–48.

chen Zeit bemüht war, in der Außenpolitik sein „persönliches Regiment“ als autokratischer Herrscher gegen die „Einmischung“ von Bürokraten und Parlamenten abzusichern.[1212]

Die Botschafter in Konstantinopel zeichneten sich auch bei der weiteren Arbeit zur Umsetzung ihres Reformprogramms nicht durch jene Einigkeit und jenen Elan aus, der das in Frage gestellte Vertrauen der Regierungen in sie vielleicht noch hätte retten können.

Peinlicherweise konnten sie sich etwa auf keinen „Modus“ einigen, wie sie denn nach erfolgter Autorisierung durch ihre Regierungen das Reformprogramm an den Sultan übermitteln sollten. Currie drängte darauf, Sultan Abdülhamit II. mit dem Reformprogramm in Form eines Ultimatums zu konfrontieren, während Cambon und Nelidov dafür eintraten, dem Sultan das Programm zuerst nur inoffiziell zu übermitteln, um ihm doch noch Gelegenheit zu geben, das Diktat unter Vermeidung von für ihn peinlichen Szenen scheinbar aus eigenem Antrieb heraus zu proklamieren.[1213]

Bereits am 14. Jänner 1897 hatte sich Calice in einem Bericht an Gołuchowski beklagt, dass er es bei den Verhandlungen mit seinen Kollegen „mit Klippen voran und links und rechts zu thun“ habe, und dass man nur hoffen könne, dass die Umsetzung des Reformprogramms nicht durch den neuerlichen Ausbruch von Unruhen in einer der Provinzen des Osmanischen Reichs zunichte gemacht werde.[1214] Tatsächlich geschah aber genau das, und zwar ausgerechnet auf der Insel Kreta, deren scheinbar erfolgreiche „Befriedung“ durch das Reformprogramm vom August 1896 den Botschaftern der Großmächte in Konstantinopel einen so großen Prestigegewinn gebracht hatte. Aufgrund der misslungenen Umsetzung dieses weit weniger ambitionierten, auf eine einzige Provinz beschränkten Reformprogramms herrschten auf Kreta spätestens seit Anfang Februar 1897 wieder bürgerkriegsähnliche Zustände und schon bald war die Kretakrise mit all ihren internationalen Komplikationen wieder voll ausgebrochen.[1215]

Bis zum 18. Februar 1897 versuchten die Botschafter dennoch, die Arbeit an ihrem zunehmend illusorisch erscheinenden Reformprogramm für das gesamte Osmanische Reich fortzusetzen.[1216] Bereits am 23. Februar 1897 sahen sie sich aber durch die Umstände gezwungen, eine offizielle Anfrage Sultan Abdülhamits II. bezüglich einer möglichen Veröffentlichung des Reformprogramms mit der einstimmigen Erklärung zu beantworten, „dass es

[1212] Vgl. Brechtken, Scharnierzeit, 310f.
[1213] Zürrer, Nahostpolitik, 204.
[1214] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 14, HHStA Wien, PA XII/168 privat.
[1215] Vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 40; Sutter, Großmächte, 243−246; Verosta, Kollektivaktionen, 62f.
[1216] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 18, HHStA Wien, PA XII/167 Nr. 7F.

sinnlos wäre, während der gegenwärtigen Krise Reformen vorzuschlagen".[1217] Der französische Außenminister Hanotaux befürchtete ein endgültiges Scheitern nicht nur des politisch-administrativen Reformprogramms, sondern auch der damit verbundenen Finanzreform und des von ihm so hart erkämpften Anleiheprojektes. Auf Rat Botschafter Cambons versuchte er, wenigstens eine gemeinsame Absichtserklärung der Regierungen der Großmächte durchzusetzen, der zufolge man sich nach endgültiger Beilegung der Kretakrise wieder der Umsetzung des Reformoperats der Botschafter widmen sollte.[1218] Auch dazu sollte es nicht mehr kommen.

Die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel hatten auf dem Höhepunkt ihres Prestiges und ihres Einflusses mit der projektierten Reform des gesamten Osmanischen Reiches eine Aufgabe übernommen, mit der sie angesichts unüberbrückbarer Gegensätze zwischen ihren Regierungen, schwer zu bewältigender Widersprüche zwischen individuellen und gemeinsamen, wirtschaftlichen, militärischen und politischen Zielsetzungen, aber auch aufgrund persönlicher Rivalitäten und Ambitionen, sowie durch Hochmut und maßlose Selbstüberschätzung spektakulär auf hohem Niveau scheiterten. Es scheint äußerst fragwürdig, ob die im Reformprogramm vorgesehene Etablierung einer semi-kolonialen Kollektivherrschaft der Großmächte und ihrer Vertreter über das Osmanische Reich unter gleichzeitiger Vermeidung einer Eskalation von Interessensgegensätzen und Rivalitäten und im blinden Vertrauen auf die „natürliche" Unterordnung „orientalischer Völker" unter die Autorität „Europas" jemals funktioniert hätte.[1219] Vielmehr lösten die Verhandlungen der Botschafter angesichts der russischen Vorbereitungen auf einen Präventivschlag zur Vermeidung einer Internationalisierung der Meerengen beinahe einen Krieg aus. Damit scheiterten die Botschafter an der Erfüllung einer ihrer wesentlichsten Aufgaben, der Vermeidung von Konflikten zwischen den Großmächten um die Aufteilung des Osmanischen Reichs.

[1217] „Ambassadors are unanimously of opinion that it would be useless to propose reforms during the present crisis." Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Februar 23, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 75. Übers. d. Verf.

[1218] Zürrer, Nahostpolitik, 204.

[1219] Zu der auf dieser Ideologie aufbauenden Logik vgl. Parelli, Die Orientfrage, Konstantinopel 1895 November 29, HHStA Wien, PA XII/163. Siehe auch die im Juni 1896 von Gołuchowski vor den Delegationen der Parlamente Österreichs und Ungarns gehaltenen Reden, auszugsweise abgedruckt in: Das Exposé des Grafen Goluchowski, *Fremdenblatt*, Wien 1896 Juni 9, Abendblatt, 2f.; Die Delegationen (Sitzung des Budget-Ausschusses der österreichischen Delegation.) Debatte über die äußere Politik*, Fremdenblatt*, Wien 1896 Juni 10, Morgenblatt, 1–5.

IV. Das Scheitern der Botschafterkonferenz. Kretakrise, Krieg und Zusammenbruch der internationalen Zusammenarbeit 1897–1898

IV.a. Fatale Vernachlässigung. Das Scheitern des kretischen Reformprogramms

IV.a.1. Die Situation auf Kreta seit der Ratifizierung des Reformprogramms von 1896

Mit dem am 9. September 1896 proklamierten Reformprogramm hatten die Regierungen der Großmächte sich und ihren Vertretern in Konstantinopel und Canea das Recht auf weitgehende Mitsprache in der Verwaltung und Reorganisation der osmanischen Provinz Kreta verliehen. Gleichzeitig hatten sie damit auch offiziell die Verantwortung für eine erfolgreiche Umsetzung des Programms übernommen.[1220] Wie in Kapitel III gezeigt wurde, hinderte dies die Regierungen und Botschafter aber nicht daran, ihre Aufmerksamkeit von der scheinbar „gelösten" Kretakrise ab-, und neuen Ambitionen zuzuwenden, wie der völligen Reorganisation des Osmanischen Reichs, der Befriedigung von Spezialinteressen mächtiger Finanzlobbyisten oder auch der Verfolgung waghalsiger persönlicher Karriereziele. Obwohl es den Botschaftern der Großmächte in Konstantinopel im August 1896 sehr wichtig gewesen war, ihre Verantwortlichkeit für die Reform Kretas gegen den Gedanken einer „Konsularkommission" zu verteidigen, blieb die Umsetzung der Reform nun erst recht weitgehend den Konsuln überlassen. Zusätzlich wurden mit den „Reformkommissionen" für Kreta weitere, temporäre Kollektivorgane einberufen, zu denen neben Vertretern der Großmächte auch Delegierte des Osmanischen Reichs zugelassen waren.[1221]

Die Lebensumstände der Bevölkerung auf Kreta hätten trotz der vorläufigen Einstellung der Kämpfe rasches Handeln der Verantwortlichen erfordert. Im Auftrag des britischen Parlaments erstellten Schätzungen zufolge waren im Zuge der Kämpfe zwischen den Religionsgruppen auf Kreta bis Ende August 1896 nicht weniger als 5.180 muslimische und 3.099 christliche Familien von Kämpfern der jeweils anderen Religionsgruppe aus ihren Häusern vertrieben worden. Vergleicht man die von Pinar Şenişik errechneten Gesamtzahlen von

[1220] Vgl. die am 28. August 1896 von den Botschaftern veröffentlichte Letztfassung ihres Reformprogramms für Kreta, Dispositions que les Représentants des Puissances considèrent comme pouvant être adoptées par la Porte, Beilage zu Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 27, HHStA Wien, PAXII/279 Nr. 38A–C. Zur Proklamation des Programms siehe Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 September 9, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 136.

[1221] Vgl. Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 19, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 114; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 20, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 37B; Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 20, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 337.

25.900 vertriebenen MuslimInnen und 15.495 vertriebenen ChristInnen mit den Daten der osmanischen Volkszählung aus dem Jahr 1881, bedeutet das, dass im September 1896 mehr als ein Drittel der muslimischen Bevölkerung Kretas – viele davon Flüchtlinge aus geplünderten Dörfern – zusammengedrängt in Canea, Rethymno und Candia lebte.[1222] Dieses Phänomen, das schon bei früheren Aufständen auf Kreta aufgetreten war, verschärfte in den Städten die Konflikte zwischen der dortigen muslimischen Bevölkerungsmehrheit und der christlichen Minderheit und stellte eine ständige Bedrohung des mühsam erreichten Waffenstillstandes dar.[1223] Der Vali von Kreta, Berovich Paşa, ordnete daher eine behördliche Bestandsaufnahme der Schäden in den verlassenen und geplünderten Dörfern an, auf deren Grundlage die Zahlung von Entschädigungssummen und die baldmöglichste Rückkehr der Flüchtlinge organisiert werden sollte.[1224]

Dieses Ziel war in der Praxis schwer zu erreichen. In einzelnen Bezirken gab es zwar bemerkenswerte Fälle interreligiöser Solidarität, meist mussten RückkehrerInnen aber mit Anfeindungen durch ihre ehemaligen NachbarInnen rechnen, die teilweise die verlassenen Häuser und Felder besetzt hatten. Viele Flüchtlinge verweigerten aus Sorge um ihre Sicherheit die Rückkehr und zogen es vor, bis auf Weiteres in den Städten zu bleiben.[1225] Der Vali versuchte unterdessen, die gemäß den Bestimmungen des Reformprogramms nun unter seinem Kommando stehenden Verbände der kretischen Gendarmerie und der osmanischen Militärgarnison zur Gewährleistung der Sicherheit rückkehrwilliger Flüchtlinge einzusetzen.[1226] Viele Gendarmen waren allerdings zu den Milizen ihrer jeweiligen Religionsgruppe desertiert. Die verbliebenen staatlichen Sicherheitskräfte waren daher kaum in der Lage, im teilweise noch immer von den Milizen kontrollierten Hinterland flächendeckend Polizeiaufgaben wahrzunehmen.[1227] Auch die Gerichtshöfe hatten auf der gesamten Insel ihre Arbeit eingestellt, was von den politischen Vertretern der kretischen ChristInnen mit dem Argument befürwortet wurde, sie hätten in ihrer bestehenden Form ohnehin im Widerspruch zu den Bestimmungen des Pakts von Halepa gestanden.[1228]

Der österreichisch-ungarische Konsul Pinter wies in seinen Berichten über die Situation auf Kreta seit September 1896 auf den besonderen Zeitdruck bei der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im kretischen Hinterland hin. Der Großteil der in die Städte geflohe-

[1222] Şenişik, Transformation, 137. Der Volkszählung von 1881 zufolge lebten damals auf Kreta 205.000 griechisch-orthodoxe Christen und 73.000 Muslime. Fabricius, Kreta, 496f.
[1223] Dülffer, Kreta-Krise, 27; vgl. Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juni 1, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 30; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Juni 4, HHStA Wien, PA XII/277 Nr. 88.
[1224] Şenişik, Transformation, 137.
[1225] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 September 25, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 267.
[1226] Ebda.
[1227] Ebda; Şenişik, Transformation, 138f.
[1228] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Oktober 9, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 288.

nen muslimischen Landbevölkerung lebte nämlich nahezu ausschließlich von der Olivenernte, die auf Kreta immer im November begann. Würde es bis zu diesem Termin nicht gelingen, die Flüchtlinge mit einer reformierten Gendarmerie und einem funktionierenden Justizwesen zur Rückkehr in die Dörfer zu ermutigen, würden die NachbarInnen der Vertriebenen deren Oliven abernten. Hätten die vertriebenen Dorfbewohner aber erst ihre Olivenernte verloren, gäbe es für sie keinen Anreiz mehr, eine Rückkehr in ihre Dörfer zu riskieren. Die Flüchtlinge würden dann dauerhaft in den Städten bleiben, als mittellose Vertriebene den sozialen Frieden gefährden und womöglich Racheakte an den städtischen ChristInnen verüben.[1229] Die Provinzverwaltung bemühte sich den Berichten Pinters zufolge zwar, durch die Anwerbung neuer Gendarmen der Situation Herr zu werden. Die Konsuln der Großmächte waren sich dennoch bereits am 4. September 1896 einig, dass zusätzlich ein von europäischen Banken zu gewährender Kredit von mindestens 100.000 £T für die finanzielle Unterstützung rückkehrwilliger Flüchtlinge notwendig sein würde. Dieser Voranschlag berücksichtigte dabei noch nicht die erheblichen Finanzmittel, die voraussichtlich zur Realisierung der im Programm der Botschafter vorgesehenen Justiz- und Gendarmeriereformen benötigt würden.[1230]

Die christlichen Abgeordneten der Generalversammlung hatten unterdessen als politische Vertreter der kretischen ChristInnen das Reformprogramm der Botschafter akzeptiert und die Aufständischen in den Bergen zur Niederlegung der Waffen aufgefordert.[1231] Dies und das einstweilige Abflauen der Kämpfe bedeuteten aber keinesfalls, dass die Anführer und Organisatoren des Aufstandes den Gedanken einer baldigen Fortsetzung des bewaffneten Kampfes aufgegeben hätten. Die *Epitropi*, das autonomistisch eingestellte „Reformkomitee", das 1895 und 1896 die christlichen Aufständischen koordiniert hatte, war inzwischen durch ein „Revolutionskomitee" ersetzt worden, das sich zwischen dem 26. Juli und dem 8. August 1896 im Rahmen einer so genannten „Generalversammlung der Kreter" im Dorf Tsitsifes konstituiert hatte.[1232] Sowohl der Ort, an dem bereits während der Aufstände von 1866 und 1878 wichtige Versammlungen stattgefunden hatten, als auch die Selbstbezeichnung als „Generalversammlung der Kreter" stellten die Legitimität der offiziellen, gemischt muslimisch-christlichen Kretischen Generalversammlung in Canea in Frage. Die Wahl des „Revolutions-

[1229] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 September 4, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 246; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 September 25, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 267; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Oktober 2, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 277.
[1230] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 September 4, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 246; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Oktober 2, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 277
[1231] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 September 4 HHStA Wien, PA XII/280 ohne Nummer; Constantin Christomanos, Die Letzte Phase auf Kreta, *Neue Freie Presse*, Wien 1896 September 17, 1–3.
[1232] Şenişik, Transformation, 193; Constantin Christomanos, Der Aufstand auf Kreta, Neue Freie Presse, Wien 1896 August 28, 1–3; Biliotti an Salisbury, Canea 1896 August 14, TNA PRO London, FO78/4636 Nr. 64. Die griechische Selbstbezeichnung der Versammlung lautete „Yeniki Sinelefsi ton Kriton" oder „Generalversammlung der Kreter".

komitees“ vor der allgemeinen Ratifizierung des Reformprogramms der Botschafter ließ sich als vorbereitender Schritt für eine mögliche Unabhängigkeitserklärung der Insel verstehen. Obwohl es dazu vorerst nicht gekommen war, stellte die fortgesetzte Existenz des Komitees ein deutliches Symbol dafür da, dass die christliche Bevölkerung der Aufstandsgebiete „ihren“ Abgeordneten in der offiziellen Generalversammlung, die die Vermittlung der Großmächte akzeptiert hatten, nur noch eingeschränkt vertraute.[1233] Schließlich befanden sich unter den in das Komitee gewählten Delegierten einige der radikalsten Anführer der aufgelösten *Epitropi*, aber kein einziger aktiver Abgeordneter der offiziellen Generalversammlung.[1234] Dem Revolutionskomitee wurde außerdem nachgesagt, dass es in stärkerem Ausmaß als die *Epitropi* in Verbindung mit dem griechischen Generalkonsul Yennadis und den exilkretischen Revolutionskomitees im Königreich Griechenland stand. Damit stand im Raum, dass es nicht mehr auf eine Autonomie oder Unabhängigkeit, sondern auf die so genannte *Enosis*, die Vereinigung Kretas mit Griechenland, hinarbeitete.[1235]

In Griechenland gewann unterdessen der nationalistisch-revolutionäre Geheimbund *Ethniki Etairia* in einem Ausmaß an Einfluss, das die Fortsetzung der griechischen Neutralität in der Kretakrise zunehmend in Frage stellte. Die *Ethniki Etairia* hatte im Lauf des Jahres 1896 ihre ursprünglich auf einen kleinen Kreis unzufriedener Armeeoffiziere begrenzte Mitgliederschaft durch die Aufnahme von Zivilisten drastisch vergrößert. Sie hatte außerdem durch Mitgliedsbeiträge und freiwillige Spenden beachtliche Geldsummen angehäuft und nützliche Kontakte im gesamten Mittelmeerraum, insbesondere aber zu Untergrundkämpfern in Mazedonien und auf Kreta geknüpft. Um den Jahreswechsel 1896/97 gehörten ihr einige der einflussreichsten Persönlichkeiten der wirtschaftlichen, geistigen und politischen Elite des Königreichs Griechenland an.[1236] Das Selbstbewusstsein der *Ethniki Etairia* stieg dermaßen an, dass sie am 12. November 1896 ihr bisher streng eingehaltenes Geheimhaltungsprinzip aufgab und ihre Existenz mit einem in mehreren griechischen Zeitungen veröffentlichten „Aufruf an das Griechische Geschlecht“ offiziell bekannt gab. In diesem Aufruf wurde die Unfähigkeit des griechischen Staates zur Verwirklichung der Ziele der griechischen Nation angeprangert und als Ziel der Untergrundorganisation die Absicht angekündigt, in Zukunft die „Kräfte des griechischen Geschlechtes […] wecken, […] konzentrieren, […] entwickeln“ zu wollen. Es gehörte zu den erklärten Zielen des Bundes, auf Kreta „um jeden Preis die ver-

[1233] Şenişik, Transformation, 193; Constantin Christomanos, Der Aufstand auf Kreta, Neue Freie Presse, Wien 1896 August 28, 1–3.
[1234] Zum Ehrenpräsidenten wurde etwa der angeblich an jedem Aufstand seit 1821 beteiligte, damals bereits 95 Jahre alte Kostaros Voludakis gewählt. Constantin Christomanos, Der Aufstand auf Kreta, Neue Freie Presse, Wien 1896 August 28, 1–3.
[1235] Biliotti an Salisbury, Canea 1896 August 14, TNA PRO London, FO78/4636 Nr. 64.
[1236] Zelepos, Ethnisierung, 190–195.

sklavten Brüder zu befreien“.[1237] Während sich die *Ethniki Etairia* zwischen Mai und August 1896 noch auf das Organisieren von Waffenlieferungen nach Kreta beschränkt hatte, war sie nun aufgrund ihres gewachsenen Einflusses auf die griechische Öffentlichkeit und wichtige politische Entscheidungsträger zunehmend in der Lage, dieses Ziel durch direkte Beeinflussung der griechischen Außenpolitik zu verfolgen.[1238] Anfang Dezember 1896 sah sich die griechische Regierung in einer Serie von fünf aufeinanderfolgenden Sitzungen mit schweren Vorwürfen der Opposition konfrontiert. Nationalistische Oppositionelle forderten von Premierminister Diliyiannis und seinem Kabinett stürmisch Rechenschaft für die „zu zurückhaltende“ Haltung während der Kretakrise, als sich doch die seltene Gelegenheit geboten hätte, Kreta an Griechenland anzuschließen.[1239] Wunsch und Fähigkeit der Regierung, diesem Druck Widerstand zu leisten, waren fraglich. Die aus ihren Einheiten desertierten und illegal an den Kämpfen auf Kreta beteiligt gewesenen Militäroffiziere etwa wurden zwar vor Gericht gestellt, aber nur zu kleineren Disziplinarstrafen verurteilt.[1240]

Auch die Unterstützung der Umsetzung des kretischen Reformprogramms durch die muslimischen KreterInnen und ihre politischen Vertreter war von Beginn an fraglich. Die Akzeptanz des Reformprogramms durch die muslimischen Abgeordneten der Generalversammlung und durch wichtige Vertreter der muslimischen Oberschicht in den Städten beruhte in erster Linie auf der Hoffnung, dies würde zu einer raschen Wiederherstellung von Stabilität und Frieden führen.[1241] Je länger sich aber die Umsetzung des Reformprogramms hinzog, desto mehr wuchs auch die Unzufriedenheit unter den kretischen MuslimInnen, was in Verbindung mit den beengten Lebensumständen der muslimischen Flüchtlinge in den Städten leicht zu gefährlichen Situationen führen konnte.

Eine solche Situation eskalierte beinahe, als ein kretischer Muslim namens Badris am 11. November 1896 im Regierungspalast des Vali in Canea einen christlichen Anwalt namens Kriaris tätlich angriff und daraufhin verhaftet wurde. Noch am Abend desselben Tages versammelten sich Berichten des österreichisch-ungarischen Konsulats zufolge 3.000 bewaffnete Muslime auf dem Platz vor dem Regierungspalast, um die Freilassung des Verhafteten zu fordern, während aufgebrachte muslimische Flüchtlinge aus dem Hinterland ähnliche Kundgebungen vor den verschlossenen Stadttoren veranstalteten. Der osmanische Militärkommandant Saadeddin Paşa hatte sich krank gemeldet und sein Stellvertreter verweigerte den vom

[1237] Zelepos, Ethnisierung, 191f.
[1238] Ebda, 190f., 195f.
[1239] Plessen an Hohenlohe, Athen 1896 Dezember 6, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 45, R12221 Nr. 114.
[1240] Pilgrim-Baltazzi an Hohenlohe, Athen 1896 Oktober 22, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 45, R12221 Nr. 93; Pilgrim-Baltazzi an Hohenlohe, Athen 1896 November 10, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 45, R12221 Nr. 100.
[1241] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 September 3 HHStA Wien, PA XII/280 ohne Nummer; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 September 4, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 246.

Vali angeordneten Einsatz von Truppen gegen die Protestierenden, so dass sich Berovich Paşa zur Freilassung des Gefangenen gezwungen sah.[1242] Der Vali fühlte sich fortan im Regierungspalast nicht mehr sicher und verließ Canea, um seine Residenz permanent ins Diplomatenviertel Halepa außerhalb der Stadtmauern zu verlegen. Dies wurde allgemein als Zeichen der Schwäche von Berovich Paşa und ungünstiges Vorzeichen für die weitere Entwicklung auf Kreta interpretiert.[1243]

Die Vertreter der Großmächte warfen Saadeddin Paşa wenig später vor, geheime Treffen mit führenden kretischen Muslimen abgehalten und Widerstand gegen die Umsetzung des Reformprogramms organisiert zu haben.[1244] Auf Betreiben der Konsuln verlangten die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel am 12. Dezember 1896 in einer Kollektivnote an die osmanische Regierung die Abberufung Saadeddin Paşas als Militärkommandant für Kreta, der daraufhin durch den Generalmajor Ibrahim Paşa ersetzt wurde.[1245] Da dies schon das zweite Mal innerhalb weniger Monate war, dass der osmanische Militärkommandant für Kreta auf Druck der Botschafter ausgewechselt wurde, und da Saadeddin bei den kretischen Muslimen großes Ansehen genossen hatte, handelte es sich dabei um einen äußerst kontroversen Schritt, der das Vertrauen des muslimischen Bevölkerungsteils in eine unparteiische Umsetzung des Reformprogramms weiter untergrub.[1246] Übrigens sollte auch Ibrahim Paşa keine lange Amtszeit bestimmt sein. Schon im Jänner 1897 erhielt Kreta mit Generalmajor Tevfik Paşa zum vierten Mal innerhalb eines Jahres einen neuen osmanischen Militärkommandanten, der allerdings diesmal von den Militärattachés der Großmächte in Konstantinopel wegen seiner Ausbildung in Deutschland als überdurchschnittlich gut qualifizierter Offizier eingeschätzt und respektiert wurde.[1247]

IV.a.2. Die internationalen Reformkommissionen für Kreta

Mitte September 1896 wurde der bis zu diesem Zeitpunkt vor Canea ankernde österreichisch-ungarische Panzerkreuzer SMS „Maria Theresia“ abgezogen und die Aufgabe, die österreichisch-ungarischen und deutschen Staatsangehörigen auf Kreta zu beschützen, provi-

[1242] Telegramm Pflügls an Gołuchowski, Canea 1896 November 12, HHStA Wien, PA XII/280 ohne Nummer; Pflügl an Gołuchowski, Canea 1896 November 14, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 313.
[1243] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 2; Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 9.
[1244] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 Dezember 6, HHStA Wien, PA XII/280 ohne Nummer.
[1245] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Dezember 17, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 54D; vgl. Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 78.
[1246] Dülffer, Kreta-Krise, 39f.; Sutter, Großmächte, 237.
[1247] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 78.

sorisch auf die königlich italienische Marine übertragen.[1248] Dies geschah auf ausdrückliche Empfehlung Konsul Pinters und ist ein deutliches Zeichen dafür, dass man trotz der schwierigen Ausgangslage nicht mit neuen Unruhen rechnete, sondern optimistisch von einer planmäßigen Umsetzung des Reformprogramms auf Kreta ausging.[1249]

In Wahrheit gestaltete sich aber bereits der Beginn dieser Umsetzung alles andere als problemlos. Am 9. September 1896, also am selben Tag, an dem das allseitig akzeptierte Reformprogramm offiziell proklamiert wurde, erging ein offizieller Protest der griechischen Regierung an das österreichisch-ungarische Außenministerium in Wien. Einer Meldung des griechischen Generalkonsuls Yennadis zufolge hatten die Konsuln der Großmächte auf Kreta den muslimischen Abgeordneten der Generalversammlung schriftlich versprochen, die im Reformprogramm festgeschriebenen Quoten muslimischer und christlicher Amtsträger in den verschiedenen Verwaltungs- und Justizbehörden zu ihren Gunsten abändern zu wollen.[1250] Von Außenminister Gołuchowski nach dem Wahrheitsgehalt dieser „wenig wahrscheinlich klingenden Meldung“ befragt, versprach Konsul Pinter in einem eilig aufgesetzten Telegramm eine „sofortige“ Antwort, die er dann aber für sechs weitere Stunden schuldig blieb.[1251] Schließlich bestätigte er die griechischen Anschuldigungen, betonte aber, aus Protest seine Teilnahme am entsprechenden Schritt seiner Kollegen verweigert zu haben, ohne zu erklären, weshalb er eine so gefährliche Abweichung der übrigen Konsuln vom vereinbarten Reformprogramm nicht sofort nach Wien gemeldet hatte.[1252]

Wie so oft divergieren auch in diesem Fall die Berichte des britischen Konsuls Biliotti stark von Pinters Version der Geschichte und rücken die vom umtriebigen griechischen Generalkonsul Yennadis vorgebrachten Beschuldigungen ins Zwielicht. Laut Biliotti hatte tatsächlich eine kollektive Erklärung der Konsuln stattgefunden. Es hatte sich dabei allerdings um kein programmwidriges „Versprechen“, sondern um ein offizielles Dementi gefährlicher Gerüchte gehandelt. Griechisch-nationalistische Agitatoren verbreiteten zur selben Zeit nämlich die Behauptung, dass die vereinbarte Quote von zwei Christen für jeden Muslim in der Lokalregierung und Verwaltung auch auf die Abgeordneten der Generalversammlung ausgedehnt werden sollte. Eine solche 2:1 Quote in der örtlichen Legislative hätte der christlichen Zweidrittelmehrheit die Möglichkeit gegeben, die muslimische Minderheit jederzeit und überall zu

[1248] Verosta, Kollektivaktionen, 62.
[1249] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 September 10, HHStA Wien, PA XII/280 A; Kdo. SMS „Maria Theresia“ an Marinesektion, Canea 1896 September 11, HHStA Wien, PA XII/280 ohne Nummer.
[1250] Telegramm Kosjeks an Gołuchowski, Athen 1896 September 9, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 60.
[1251] Telegramm Gołuchowskis an Pinter, Wien 1896 September 9, HHStA Wien, PA XII/280 ohne Nummer; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 September 10, HHStA Wien, PA XII/280 A; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 September 10, HHStA Wien, PA XII/280 B.
[1252] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 September 10, HHStA Wien, PA XII/280 B.

überstimmen und war daher von den Botschaftern der Großmächte in Konstantinopel im Sinne des Minderheitenschutzes stets abgelehnt worden. Die Konsuln hatten in einem tatsächlich von Pinter boykottierten Kollektivtelegramm die Botschafter in Konstantinopel um eine Stellungnahme zu diesem Gerücht gebeten, dessen Verbreitung vermutlich einen gezielten Versuch darstellte, Proteste der muslimischen KreterInnen gegen das Reformprogramm zu provozieren.[1253]

Biliottis Version des Vorfalls wurde vom österreichisch-ungarischen Botschafter Calice bestätigt. Die von den Konsuln gewarnten Botschafter der Großmächte in Konstantinopel veröffentlichten eine Kollektiverklärung, in der sie die angebliche Ausdehnung der 2:1 Quote auf die kretische Generalversammlung als falsches und gefährliches Gerücht dementierten.[1254] Pinter hatte die Situation also offenbar völlig falsch interpretiert und – gewollt oder ungewollt – den Bemühungen des griechischen Generalkonsuls Yennadis um eine Unterminierung des kretischen Reformprogramms in die Hände gespielt.

Die so dringend notwendige Umsetzung der im Reformprogramm versprochenen Gendarmerie- und Justizreformen verzögerte sich unterdessen weiter. Die personelle Auswahl der „europäischen“ und osmanischen Delegierten für die mit der Umsetzung der Reformen betrauten Kommissionen führte zu langwierigen Streitigkeiten zwischen allen beteiligten Parteien. Dies lag unter anderem an einer Meinungsverschiedenheit zwischen den Botschaftern der Großmächte in Konstantinopel und der Regierung des Deutschen Reichs. Erstere hatten in einer Reunion am 20. Oktober 1896 beschlossen, mit der Repräsentation „Europas“ in der Kommission zur Reform der kretischen Gendarmerie einfach die Militärattachés der Botschaften zu beauftragen, da diese einander bereits kannten, sofort verfügbar waren und als Offiziere über das benötigte militärische Fachwissen verfügten.[1255] Die deutsche Regierung lehnte eine Beteiligung an dieser Maßnahme allerdings mit der Begründung ab, an ihrer Botschaft in Konstantinopel derzeit über keinen eigenen Militärattaché zu verfügen. Sie ging auch nicht weiter auf den Vorschlag Botschafter Saurmas ein, einen gewissen Leutnant Verdy, der als deutscher Armeeoffizier sehr wohl der Botschaft zugeteilt war, zum Delegierten zu ernennen.[1256] Nach mehreren vergeblichen Anfragen musste sich Saurma am 24. Oktober 1896 damit begnügen, den österreichisch-ungarischen Militärattaché Major Giesl um die

[1253] Telegramme Biliottis an Salisbury, Canea 1896 September 8, TNA PRO London, FO 78/4637 Nr. 126, 128; Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 September 11, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 137.
[1254] Ebda.
[1255] Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Therapia 1896 Oktober 20, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 45, R12221 Nr. 229.
[1256] Ebda. Vgl. Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Therapia 1896 Oktober 21, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 45, R12221 Nr. 230.

stellvertretende Repräsentation des Deutschen Reichs in der Kommission zu ersuchen.[1257] Auch wenn diese Debatte zur Verzögerung der Kommission zeitlich nur vier Tage beitrug, schädigte die deutsche Regierung damit doch in gewisser Weise die Erfolgschancen des Reformprogramms, da sie demonstrativ ihr Desinteresse an seiner Umsetzung zur Schau stellte.[1258]

Die Frage der Auswahl der osmanischen Delegierten verzögerte das Zusammentreten der Gendarmerie- und der Justiz-Reformkommission weiter bis Mitte Dezember 1896. Zuerst ließ sich Sultan Abdülhamit II. viel Zeit mit der Auswahl seiner Delegierten, dann organisierten griechische Nationalisten auf Kreta Unterschriftenaktionen und Proteste gegen einige der Kandidaten, so dass die Suche nach geeigneten osmanischen Delegierten von Neuem beginnen musste.[1259] Mitte November 1896 hatte die osmanische Regierung zwar ihre endgültige Auswahl von Delegierten für die Reformkommissionen bestätigt, diese hatten aber noch keine Instruktionen zur Kontaktaufnahme mit den Delegierten der Großmächte.[1260] In Abwesenheit der zeitgleich ihre Urlaube antretenden Botschafter Calice, Pansa und Nelidov wurde auch seitens der diplomatischen Vertretungen der Großmächte wenig Druck für ein rasches Zusammentreten der Kommissionen gemacht.[1261] Obwohl die Delegierten der Großmächte bereits zu inoffiziellen Sitzungen zusammengetreten waren und an ersten Entwürfen zur Umsetzung der Justiz- und Gendarmeriereform arbeiteten, weckte diese langsame Vorgangsweise bei der kretischen Bevölkerung wenig Vertrauen in eine baldige Umsetzung der Reformen und bot nationalistischen Agitatoren eine willkommene Angriffsfläche für Propaganda gegen die internationale Vermittlungsaktion.[1262]

Die unterdessen durch den Vali von Kreta, Berovich Paşa, unternommenen Bemühungen, durch Initiativen aus eigener Kraft die Kontrolle über die Entwicklungen auf der Insel zu behalten, waren wenig erfolgreich und lösten teilweise weitere Proteste und Streitigkeiten aus. Ein erster Versuch, durch Auszahlung von 1.000 ₤T, die man laut Konsul Pinter „in irgend einem dunklen Winkel der Landeskasse“ gefunden hatte, wenigstens einige der muslimischen Flüchtlinge in den Städten zur Rückkehr in ihre Dörfer zu bewegen, führte zu keiner wesentli-

[1257] Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Therapia 1896 Oktober 24, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 45, R12221 Nr. 232.
[1258] Die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel befürchteten jedenfalls eine solche Wirkung und drückten ihr Bedauern über die Entscheidung der deutschen Regierung aus. Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Therapia 1896 Oktober 21, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 45, R12221 Nr. 230.
[1259] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Oktober 17, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 296.
[1260] Macchio an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 November 12, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 49C.
[1261] Vgl. *Neue Freie Presse*, Wien 1896 Dezember 1, 1.
[1262] Kosjek an Gołuchowski, Athen 1896 November 12, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 54A; Macchio an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 November 19, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 50D.

chen Entspannung der Lage.[1263] Die Aufwendung von weiteren 188.474 £T aus der Provinzkasse für Entschädigungszahlungen an Flüchtlinge wurde dem Vali von der Generalversammlung nur gewährt, nachdem die christlichen Abgeordneten die Bedingung durchgesetzt hatten, dass keine Flüchtlingsfamilie mehr als jeweils 6 £T erhalten dürfe. Als im Dezember 1896 eine Überprüfung ergab, dass die Gelder sehr ungleichmäßig verteilt worden waren, und einzelne Familien Entschädigungszahlungen von bis zu 30 £T erhalten hatten, löste dies wütende Proteste der christlichen Abgeordneten aus. Die Verteilungsaktion wurde als „hoch parteiisch" kritisiert und die Konsuln der Großmächte beschlossen, Berovich Paşa vorerst nur eingeschränkt finanzielle Unterstützung für weitere Entschädigungszahlungen zukommen zu lassen.[1264]

Eine Initiative des Vali, noch vor Eintreffen der Reformkommissionen zusätzliche Gendarmen zu rekrutieren, führte nur dazu, dass der österreichisch-ungarische Außenminister Gołuchowski Berovich Paşa heimlicher Sonderabsprachen mit dem russischen Botschafter bezichtigte und wieder einmal eine russische Intrige auf Kreta vermutete.[1265] Die von Berovich Paşa in der ersten Novemberwoche des Jahres 1896 auf Befehl der osmanischen Regierung verfügte Reaktivierung der überall auf der Insel stillgelegten Gerichtshöfe löste wiederum wütende Proteste und Demonstrationen der kretischen Christen aus, die darin eine unzulässige Vorwegnahme von Reformen und einen Verstoß gegen den Pakt von Halepa sahen. Die Vertreter der Großmächte ließen sich jedoch durch den Vali von der Notwendigkeit irgendeiner Form von Rechtsprechung auf der Insel überzeugen und gestatteten eine ausdrücklich „provisorische" Reaktivierung der Gerichtshöfe bis zur Umsetzung der Justizreform.[1266] Diese Entscheidung der Botschafter in Konstantinopel wurde dem Vali von den Konsuln der Großmächte in einer gemeinsamen Erklärung mitgeteilt, so dass sich dieser laut Bericht des österreichisch-ungarischen Vertreters gezwungen sah, „die diesbezüglichen Eröffnungen und Rathschläge sofort" zu „befolgen".[1267] Vorgangsweise und Wortwahl der Vertreter der Großmächte zeigen deutlich, wie sehr sie eine Unterordnung des Vali unter ihre Entscheidungsgewalt als Selbstverständlichkeit betrachteten. Das Ansehen Berovich Paşas war durch die Affäre jedenfalls dauerhaft geschädigt und auch die Konsuln äußerten erste Zweifel am angeblich „fortwährend fremden Beeinflussungen zugängliche[n] Character" und an der „keineswegs

[1263] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Oktober 9, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 288.
[1264] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Dezember 11, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 329.
[1265] Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1896 Oktober 28, HHStA Wien, PA XII/166 Nr. 74.
[1266] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 November 7, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 306; Pflügl an Gołuchowski, Canea 1896 November 14, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 313; Şenişik, Transformation, 137f.
[1267] Pflügl an Gołuchowski, Canea 1896 November 21, PA XII/280 Nr. 316.

hervorragende[n] Bildung“ des gerade erst auf Druck der Großmächte eingesetzten, christlichen Vali.[1268]

Trotz dieser angespannten Situation wurden im November 1896 Neuwahlen zur kretischen Generalversammlung für Februar 1897 ausgeschrieben. Neben der Olivenernte und der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung gab es nun einen dritten Faktor, der eine rasche Umsetzung der Reformen dringend notwendig machte. Ohne eine reorganisierte und verstärkte Gendarmerie, die die öffentliche Sicherheit garantieren konnte, schien die Abhaltung von Wahlen kaum möglich.[1269]

Angesichts der immer beunruhigender klingenden Nachrichten von Kreta beschlossen die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel, nun doch mehr Druck für einen baldigen Beginn der Umsetzung des Reformprogramms zu machen. In einer gemeinsamen Erklärung vom 19. November 1896 verkündeten sie, „dass alles aufgeboten werden müsse, damit die Gendarmerie- und die Justiz-Commission baldigst in [sic] der Insel erscheinen“.[1270] Dennoch dauerte es noch bis zum 1. Dezember 1896, bis sich die Delegierten des Osmanischen Reichs und der Großmächte auf den Weg nach Canea machten, wo sie bis zum 11. Dezember eintrafen.[1271] Die Delegierten der Großmächte brachten in ihrem Gepäck bereits einen untereinander ausgehandelten, 25 handschriftliche Seiten umfassenden Entwurf zur Umsetzung der Gendarmeriereform und ein acht Druckseiten füllendes Konzept für die Reform des kretischen Justizwesens mit.[1272] Ihre weitere Aufgabe sollte nun darin bestehen, bei den Verhandlungen in Canea die osmanischen Delegierten dazu zu bewegen, die von den Vertretern der Großmächte vorab ausgehandelten Konzepte möglichst ohne Abänderungen zu akzeptieren.[1273] Dabei standen die Delegierten unter massivem Druck seitens der kretischen Bevölkerung. Im Vorfeld der Verhandlungen waren nämlich einzelne Passagen aus den Konzepten an die Öffentlichkeit gedrungen, weshalb diese Passagen nun parallel zu den Verhandlungen auch von den griechischen Tageszeitungen, Agitatoren und unzufriedenen kretischen ChristInnen und MuslimInnen diskutiert wurden, wobei beide Konfliktparteien das Verhandlungsergebnis in ihrem Sinne beeinflussen wollten.[1274]

[1268] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 November 7, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 306; vgl. Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 78.
[1269] Vgl. Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 November 7, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 306.
[1270] Macchio an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 November 19, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 50D.
[1271] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 45, R12221 Nr. 280.
[1272] Gendarmerie – Bases de l’institution, Beilage zum Bericht Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 45, R12221 Nr. 280; Vorabkonzept zu Justizreform, Beilage zum Bericht Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 45, R12221 Nr. 279.
[1273] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 45, R12221 Nr. 279, 280; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Dezember 3, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 52D.
[1274] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Dezember 3, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 323.

Es ist interessant, dass die Vertreter der Großmächte der kretischen Bevölkerung und ihren gewählten Vertretern, den Abgeordneten der Generalversammlung, zwar ausdrücklich keine Mitsprache zugestehen wollten, den in der kretischen Öffentlichkeit verbreiteten Meinungen und Stimmungen aber durchaus eine große Bedeutung zuschrieben. Schließlich hieß es in der gemeinsamen Erklärung der Botschafter vom 19. November 1896 ausdrücklich, es werde zu den wichtigsten Aufgaben der nach Kreta entsandten Delegierten gehören, „sowohl persönlich aufklärend und beruhigend auf die Cretenser zu wirken als auch durch ihre Anwesenheit und Thätigkeit die allseitige aufrichtige Absicht zu documentiren, das Reorganisationswerk je eher zur Ausführung zu bringen.“[1275] In den Memoiren des österreichisch-ungarischen Militärattachés Major Giesl, der damals als Delegierter der Kommission zur Reform der kretischen Gendarmerie nach Canea reiste, findet sich allerdings kein Hinweis darauf, dass es zu einer solchen „Beruhigung“ und „Aufklärung“ der kretischen Bevölkerung durch die Kommissionsmitglieder gekommen wäre. Giesl beschrieb im Zusammenhang mit seinem Aufenthalts auf Kreta lediglich Kontakte zu den Mitgliedern des diplomatischen Korps, seinen Kollegen in den Kommissionen und einigen auf der Insel stationierten Offizieren und Militärangehörigen.[1276] Die einheimische Zivilbevölkerung erwähnte er nur im Zusammenhang mit von Orientalismus, Exotismus und einem undefinierten Bedrohungsgefühl geprägten Beschreibungen aus distanzierter Beobachterperspektive. Es scheint fraglich, ob ein Militäroffizier wie Giesl, der eigenen Angaben zufolge auf dem Weg ins Diplomatenviertel Halepa aus Angst vor einheimischem „Gesindel“ immer „die Hand an der Repetierpistole“ hatte, zu einer positiven Öffentlichkeitsarbeit fähig gewesen wäre.[1277]

Unterdessen gestaltete sich auch für die Angehörigen der mit der Reform des Justizwesens betrauten Kommission die Arbeit sehr schwierig. Auch zu diesem Themenkomplex war es schon vorab zu Gesprächen zwischen Delegierten der Großmächte ohne Beteiligung von Repräsentanten des Osmanischen Reichs oder der kretischen Bevölkerung gekommen. Die von den Konsulaten der Großmächte in Konstantinopel beauftragten Vertreter hatten sich darauf geeinigt, dass der Oberste Staatsanwalt und der Präsident des kretischen Appellationsgerichtshofs in Zukunft Christen sein und jeweils nur mit Zustimmung der Großmächte ernannt werden dürften. Unter Anwendung einer noch stärker zum Vorteil der Christen gewichteten Quote als in anderen Verwaltungsbereichen sollte in Zukunft nur noch einer von fünf auf Kreta tätigen Richtern Muslim sein dürfen. Außerdem sollte für Kreta in Zukunft bei Berufungen gegen Gerichtsbescheide der örtliche Appellationsgerichtshof die höchste Instanz

[1275] Macchio an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 November 19, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 50D.
[1276] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 78–83.
[1277] Ebda, 83.

sein, während die bisherige Zuständigkeit des zentralen osmanischen Kassationsgerichtshofs aufgehoben werden sollte.[1278] Dieser letzte Punkt war aus Sicht der osmanischen Regierung eine unannehmbare Einschränkung der osmanischen Souveränität über Kreta. Er war von den Autoren des Konzepts auch tatsächlich mit der festen Absicht eingebaut worden, ihn bei Widerstand fallen zu lassen und so einen Spielraum für Zugeständnisse an die osmanischen Verhandlungspartner zu gewinnen.[1279] Unglücklicherweise war dieser Punkt des Konzepts aber vorab an die Öffentlichkeit gedrungen und von den kretischen ChristInnen und ihren politischen Vertretern begeistert aufgenommen worden. Das Konzept für die Reform des kretischen Gerichtswesens beinhaltete nun also einen Punkt, der den kretischen ChristInnen als absolut unverzichtbar, den kretischen MuslimInnen und der osmanischen Regierung aber als absolut unannehmbar galt.[1280] Zusätzlich brachen in der nur dreiköpfigen Reformkommission auch Streitigkeiten über personelle Fragen aus. Der ursprünglich vorgesehene osmanische Delegierte, der angesehene griechischsprachige Jurist Kostakis Vayannis Efendi, war in letzter Minute durch den Verwaltungsbeamten Mehmet Nazim Bey ersetzt worden. Der mit Vertretung der kretischen ChristInnen beauftragte Delegierte, der griechische Jurist Ioannis Skaltsounis, legte dagegen Protest ein und erklärte, Mehmet Nazim Bey nicht als rechtmäßigen osmanischen Delegierten anerkennen zu wollen. Nazim Bey legte daraufhin im Auftrag seiner Regierung seinerseits Protest gegen die Anwesenheit von Skaltsounis auf Kreta ein. Der offiziell einzige Delegierte der Großmächte in der Kommission, der aus Konstantinopel angereiste französische Konsul Alphonse Gazay, sah sich nun mit zwei Verhandlungspartnern konfrontiert, die sich gegenseitig die Anerkennung verweigerten und Verhandlungen ablehnten.[1281] Erst Anfang Jänner 1897 konnte das Problem der gegenseitigen Anerkennung behoben werden und die Reformkommission ihre Arbeit beginnen. Sie hatte nun aber mit dem neuen Problem zu kämpfen, dass einige der ehrgeizigsten politischen Aktivisten der christlichen Bevölkerungsgruppe ausgebildete Juristen waren, die energisch ihr Recht auf Mitsprache in den verschiedensten Detailfragen der Justizreform einforderten.[1282]

In der Kommission zur Reform der kretischen Gendarmerie funktionierte unterdessen die Zusammenarbeit der Militärattachés der Botschaften der Großmächte mit den osmanischen Delegierten, Generalmajor Şerefeddin Paşa und Oberst Nizami Bey, deutlich besser.

[1278] Vorabkonzept zu Justizreform, Beilage zum Bericht Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 45, R12221 Nr. 279.
[1279] Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 45, R12221 Nr. 279; vgl. Wiener Politische Korrespondenz, Wien 1896 November 21, Beilage zum Bericht Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 45, R12221 Nr. 280.
[1280] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Dezember 3, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 323.
[1281] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Dezember 11, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 329; vgl. Saurma an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 45, R12221 Nr. 279.
[1282] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 1, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 1.

Dies lag wohl auch daran, dass alle Delegierten als Militäroffiziere durch berufliche und weltanschauliche Gemeinsamkeiten verbunden waren.[1283] Bereits am 1. Jänner 1897 konnte die Kommission melden, ihre Verhandlungen abgeschlossen zu haben. Es wurde beschlossen, den voll ausgearbeiteten Entwurf eines kretischen Gendarmeriegesetzes und den dazugehörigen

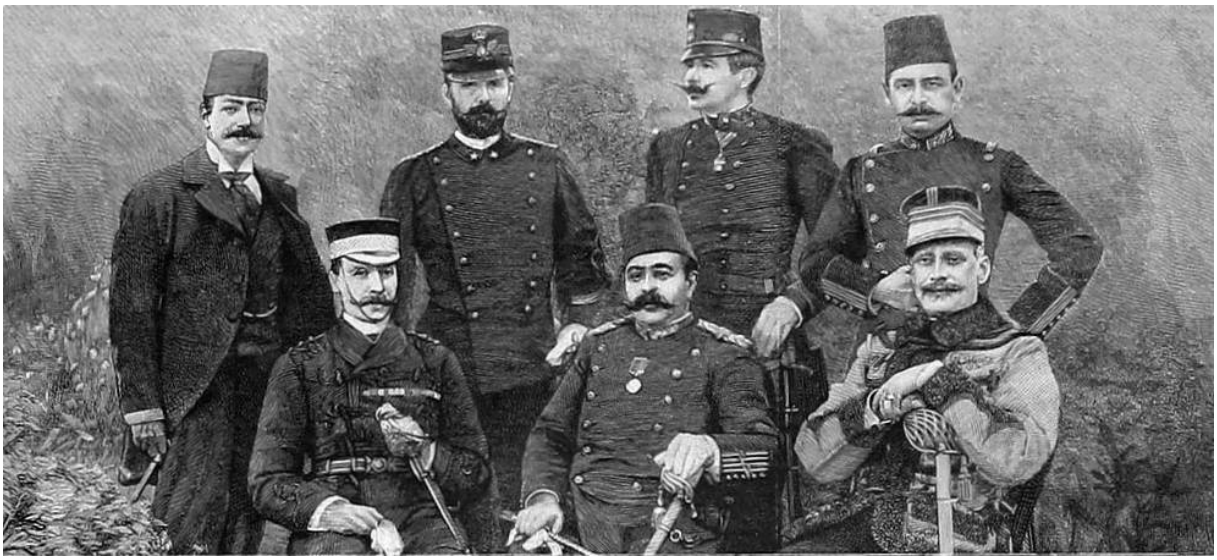


Abb.7: Gruppenbild der Kommission zur Reform der kretischen Gendarmerie. Von links nach rechts sind Sartinski Bey (Sekretär), Oberst Chermside (Großbritannien), Oberst Ruggieri (Italien), Generalmajor Şerefeddin Paşa (Osmanisches Reich), Major Giesl (Österreich-Ungarn), Oberst Nizami Bey (Osmanisches Reich) und Oberstleutnant Vialar (Frankreich) zu erkennen. Der gemeinsame soziale und berufliche Hintergrund als Militäroffiziere, der sich auch äußerlich in der ähnlichen Barttracht und dem militärisch-aristokratischen Habitus der Offiziere ausdrückt, legt nahe, dass sich die Angehörigen dieses Kollektivorgans der Großmächte ähnlich den Botschaftern in Konstantinopel durch einen gemeinsamen *esprit de corps* verbunden fühlten, wie dies Giesl in seinen Memoiren erklärt. Wieso der russische Militärattaché auf dem Bild fehlt, ist unbekannt. „The Mixed Commission for the Gendarmerie", *The Graphic*, London 1897 April 3, 400.

Budgetplan mit dem Militärattaché der russischen Botschaft nach Konstantinopel zu schicken, wo die Botschafter und die osmanische Regierung die Ergebnisse ratifizieren sollten.[1284] Den Beschlüssen der Reformkommission zufolge sollte die neue kretische Gendarmerie aus 58 Offizieren, 54 Unteroffizieren, 99 Korporalen und 1095 einfachen Gendarmen bestehen, insgesamt also eine Stärke von 1307 Mann haben. Während der gemischt christlich-muslimische Charakter der Truppe explizit beibehalten werden sollte, würden sich künftig nur noch die einfachen Gendarmen direkt aus der Inselbevölkerung rekrutieren. Alle Offiziere, Unteroffiziere und Korporale sollten ortsfremde Untertanen des Osmanischen Reichs oder „Europäer" sein, um „neutral" außerhalb lokaler Konflikte und Familienfehden zu stehen. Der Kommandant der kretischen Gendarmerie sollte zwar von Sultan Abdülhamit II. ernannt werden, aller-

[1283] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 79f. Giesl betonte die Bedeutung dieser Faktoren für seinen vertrauten Umgang nicht nur mit den Militärattachés der übrigen Großmächte, sondern auch mit verschiedenen ranghohen osmanischen Offizieren, ihm zufolge eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Ausübung seines Amtes. Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 22, 62–64. Zu den Namen der osmanischen Delegierten vgl. Macchio an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 November 12, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 49C.

[1284] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 1, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 1.

dings auf Vorschlag der Botschafter der Großmächte in Konstantinopel. Diese sollten einen geeigneten Kandidaten auswählen, der auf jeden Fall Christ und „Europäer“ sein müsste.[1285]

Da die Offiziere und Mannschaften der neuen Gendarmerie gut bezahlt und ausgerüstet werden sollten, hatte die Reformkommission für die Umsetzung ihres Plans jährliche Kosten in der Höhe von 56.245 £T zuzüglich einer einmaligen Ausgabe von 9.077 £T veranschlagt.[1286] Hält man sich vor Augen, dass im Jahr 1889 das Budget der gesamten Inselverwaltung Ausgaben in der Höhe von 95.000 £T verzeichnet hatte, wird deutlich, dass die Großmächte der wirtschaftlich ohnehin in großen Schwierigkeiten steckenden Inselverwaltung mit der Gendarmeriereform eine finanziell kaum zu bewältigende Herausforderung stellten.[1287]

Die vom österreichisch-ungarischen Konsul ursprünglich empfohlene Frist einer Neuordnung der zur Wiederherstellung geordneter Zustände im kretischen Hinterland benötigten Gendarmerie und des Gerichtswesens bis zum Beginn der Olivenernte im November 1896 war inzwischen längst verstrichen.[1288] Anfang Jänner 1897 hatte die mit der Ausarbeitung der Justizreform beauftragte Kommission noch immer kein Ergebnis geliefert und die Gendarmeriereform existierte nur auf dem Papier in Form eines kaum finanzierbaren Konzepts. Die Finanzlage der Insel Kreta stellte nun das größte Hindernis einer Umsetzung des von den Botschaftern im August 1896 ausgearbeiteten Reformprogramms dar. Es wäre folglich notwendig gewesen, dass die Diplomaten und Politiker der Großmächte entweder staatliche Finanzmittel für eine Unterstützung der kretischen Inselverwaltung bereitgestellt, oder wenigstens eine rasche Kreditvergabe durch private Investoren vermittelt hätten. Dazu kam es allerdings nie.

IV.a.3. Reformdruck und Profitgier. Kein Geld, keine Reformen, kein Frieden

Die Vertreter der Großmächte auf Kreta waren sich der entscheidenden Bedeutung der Frage der Finanzierung der kretischen Reformen durchaus bewusst. Dem österreichisch-ungarischen Konsul Pinter zufolge drehte sich um den Jahreswechsel von 1896 auf 1897 bei jedem Gespräch über die politische Situation auf Kreta alles darum, dass “ohne Geld keine

[1285] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 1, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 1; vgl. Gendarmerie – Bases de l’institution, Beilage zum Bericht Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 45, R12221 Nr. 280.
[1286] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 1, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 1. Die im Original angegebenen Beträge von 5.624.482 Piastern [pstr.] und 907.712 pstr. wurden hier zur besseren Vergleichbarkeit auf Grundlage der Denomination 1 £T = 100 pstr. in Türkische Lira [£T] umgerechnet und gerundet.
[1287] Vgl. Şenişik, Transformation, 80f.
[1288] Vgl. Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 September 4, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 246; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 September 25, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 267; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Oktober 2, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 277.

Gendarmerie, ohne Letztere keine Wahlen, und ohne solche keine General-Versammlung, ohne diese aber die Ruhe nicht gesichert erscheint."[1289] Bereits am 4. September 1896 waren sich die Konsuln im Gespräch mit Vali Berovich Paşa darüber einig gewesen, dass allein der Wiederaufbau der geplünderten Dörfer und die Entschädigungszahlungen an rückkehrwillige Flüchtlinge die Aufnahme eines Kredits von mindestens 100.000 £T erforderlich machten.[1290] Dennoch ließen es die Regierungen und Diplomaten der Großmächte zu, dass die Verhandlungen über den kretischen Kredit im Spannungsfeld zwischen den Interessen verschiedener Banken und Investorengruppen über Monate hinaus verschleppt wurden.

Ähnlich wie bei der Staatsschuld des Osmanischen Reichs sollte auch bei dem projektierten kretischen Kredit ein Teil des Staatshaushalts der Insel an die Kreditgeber verpfändet werden und als Garantie für die Sicherheit der Investitionen dienen. Die Aufschläge zur Stempel-, Salz- und Tabaksteuer, die der Inselverwaltung gerade erst im Reformprogramm der Botschafter zugesprochen worden waren, sollten dementsprechend zwar nicht mehr ins Budget des Osmanischen Reichs, aber auch nicht in die kretische Verwaltungskasse, sondern in die Taschen fremder Investoren fließen.[1291] Da man davon ausging, dass diese Einnahmen potentiellen Investoren als Garantiesumme nicht genügen könnten, begannen einzelne Konsuln schon im September 1896 eine Bestandsaufnahme der kretischen Handelsumsätze, Zölle und Steuereinkünfte, um sich einen Überblick über das weitere wirtschaftliche Potential der Insel zu verschaffen, das man noch verpfänden könnte.[1292] Die Behörden der kretischen Lokalregierung sollten über die so beschafften Gelder auch nicht frei verfügen können, sondern bei jedem Zugriff auf diesen Budgetposten auf eine Genehmigung durch die Konsuln der Großmächte angewiesen sein. Die Konsuln sollten auf Kreta also eine ähnliche Form der Finanzkontrolle ausüben, wie sie zur selben Zeit von den Botschaftern für das gesamte Osmanische Reich konzipiert wurde.[1293]

Die große Streitfrage war nun, ob die Investitionen in Kreta und die damit verbundenen Profite dem internationalen Verwaltungsrat der Osmanischen Staatsschuld oder externen Banken und Investorengruppen übertragen werden sollten. Wichtige Parteien in diesem Streit waren der Vali Berovich Paşa, der an einem möglichst raschen Abschluss des Kredits interessiert war, der französische Konsul Blanc, der den Auftrag zur Kreditvergabe an Kreta unbe-

[1289] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 16, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 4.
[1290] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 September 4, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 246.
[1291] Ebda; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 September 17, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 41.
[1292] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 September 17, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 260.
[1293] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 September 17, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 41; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Dezember 11, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 329. Zur geplanten Schaffung eines ähnlichen Instruments für das gesamte Osmanische Reich vgl. Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 21, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 3A.

dingt an eine französische Bank vermitteln wollte, und der österreichisch-ungarische Konsul Pinter, der in offenbarer Übereinstimmung mit dem griechischen Generalkonsul Yennadis eine Auftragsvergabe an griechische Investoren befürwortete.[1294]

Diese parteiische Haltung Pinters wurde in Wien zu diesem Zeitpunkt offenbar toleriert oder war sogar gewünscht, da sie gewissen unverbindlichen Absprachen zwischen dem griechischen König Georgios I. und dem österreichisch-ungarischen Außenminister Gołuchowski entsprach. Georgios I. hatte Gołuchowski im Rahmen eines Wienbesuchs im November 1896 versprochen, Österreich-Ungarn in Südosteuropa diplomatisch zu unterstützen, wenn im Gegenzug die Konsuln der Habsburgermonarchie Griechenland gegenüber „eine entgegenkommendere Haltung" einnehmen würden.[1295] In diesem Zusammenhang war es wohl auch von Bedeutung, dass um den Jahreswechsel von 1896 auf 1897 auch die persönliche Feindschaft zwischen den Konsuln Pinter und Blanc neue Blüten trieb. Pinter hielt noch immer an der Theorie fest, dass Blanc im Jahr 1891 aus einer privaten Rivalität heraus einen britischen Telegrafenbediensteten mit vergifteter Limonade ermordet hätte.[1296] In einem ausführlichen Bericht vom 27. November 1896 erläuterte er darauf aufbauend seine Schlussfolgerung, dass Konsul Blanc aus angeblich finsteren, persönlichen Motiven fortwährend gegen den griechischen Generalkonsul und gegen die kretischen Christen intrigiere. Yennadis sei nämlich „Zeuge seiner dunklen Vergangenheit" und dafür verantwortlich, dass die gesamte christliche Öffentlichkeit Kretas über den Limonadenmord Blancs Bescheid wüsste. Blanc würde seither von blindem Hass gegen alles Griechische angetrieben, sei der Architekt der „griechenfeindliche[n] Politik Frankreichs auf Creta" und habe darüber hinaus auch den von Pinter als „Philotürken" beschimpften britischen Konsul Biliotti auf seine Seite gezogen. Da der italienische Konsul Medana an Kreta völlig uninteressiert und der russische Konsul Demerik „alt und schwächlich" sei, obliege es allein ihm, Pinter, den ständigen Intrigen Blancs und Biliottis entgegenzuwirken und den kretischen Reformprozess voran zu bringen.[1297] Die Tatsache, dass der österreichisch-ungarische Konsul alle seine Kollegen als potentielle Feinde, Blanc als Mörder und sich selbst als alleinigen Vorkämpfer der kretischen Reform be-

[1294] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 November 26, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 320; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Dezember 3, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 323; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Dezember 11, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 329; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Dezember 23, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 336; Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 12, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 3; Zum großen Vertrauen, das Pinter dem griechischen Generalkonsul Yennadis entgegenbrachte vgl. Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 November 27, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 321.

[1295] Aufzeichnung über die Unterredung des Grafen Gołuchowski mit S.M. dem König von Griechenland, Beilage zu Gołuchowski an Kosjek, Wien 1896 November 24, HHStA Wien, PA XVI/48 Nr. 537; abgedruckt bei Sutter, Großmächte, 353–359.

[1296] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 November 27, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 321; vgl. Pinter an Gołuchowski, Canea 1895 Juli 18, HHStA Wien, PA XXXVIII/298 Konsulate 1895 C–J Nr. 25.

[1297] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 November 27, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 321.

trachtete, konnte sich auf die Zusammenarbeit der Konsuln, die in dieser entscheidenden Phase großen Einfluss auf die Kreditverhandlungen hatten, kaum positiv auswirken.

Neben dem Vali Berovich Paşa und den Konsuln hatte auch die kretische Generalversammlung Mitsprache in der Anleihefrage.[1298] Aufgrund des Ausschlusses der Generalversammlung von der Arbeit der Reformkommissionen war die intensive Ausübung dieses Mitspracherechts die einzige für die Abgeordneten die einzige Möglichkeit, sich im Vorfeld der für Februar 1897 ausgeschriebenen Wahlen in den Augen ihrer Wähler zu profilieren.[1299] Durch die Konkurrenz des neuen kretischen „Revolutionskomitees" zu demonstrativer Kompromisslosigkeit getrieben, waren besonders die christlichen Abgeordneten wenig geneigt, neue Kreditaufnahmen in der von Berovich Paşa gewünschten Geschwindigkeit abzusegnen, wenn sie die Bedingungen als unzulässige Einschränkung der kretischen Autonomie einschätzten.[1300]

Der französische Außenminister Hanotaux bemühte sich von Anfang an, französische Banken für eine Kreditvergabe an die kretische Provinzialverwaltung zu gewinnen. Diese verhielten sich aber zögerlich. Die Vertreter des Bankhauses Crédit Lyonnais erklärten offen, eine Investition auf Kreta angesichts der unsicheren Lage im gesamten Osmanischen Reich für ein unzumutbares Risikogeschäft zu halten.[1301] Genau wie bei den zur selben Zeit laufenden Verhandlungen über neue Kredite für das Osmanische Reich ging es also auch in der kretischen Finanzfrage darum, politische oder finanzielle Garantien für europäische Investoren auszuhandeln. Der erste ernsthafte Kandidat für eine Kreditvergabe war schließlich das britische Bankhaus John Reid, das am 14. Oktober vom Vali den Zuschlag für eine Sofortzahlung von 25.000 £T und die Bereitstellung von weiteren 75.000 £T innerhalb von drei Wochen gegen einen Zinssatz von 7,5 Prozent erhielt.[1302] Am 24. Oktober 1896 meldete Konsul Pinter allerdings nach Wien, dass es noch immer nicht zur Vertragsunterzeichnung gekommen war. Die Mehrheit der kretischen Generalversammlung verweigerte ihre Zustimmung zum Angebot, das daraufhin ungenutzt verfiel.[1303]

[1298] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Oktober 31, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 301.
[1299] Zur Ansicht der Vertreter der Großmächte, auch ohne Mitsprache der örtlichen Behörden zur Umsetzung der Reformen befugt zu sein, vgl. Macchio an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 November 19, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 50D; Pflügl an Gołuchowski, Canea 1896 November 21, PA XII/280 Nr. 316. Zur Ausschreibung von Neuwahlen zur Generalversammlung für Februar 1897 vgl. Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 November 7, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 306.
[1300] Şenişik, Transformation, 193; Constantin Christomanos, Der Aufstand auf Kreta, Neue Freie Presse, Wien 1896 August 28, 1–3.
[1301] Zürrer, Nahostpolitik, 347.
[1302] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Oktober 17, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 296.
[1303] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Oktober 24, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 298; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Oktober 31, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 301.

Zur selben Zeit folgte ein Angebot vom Verwaltungsrat der Dette Publique, der offenbar auf Kreta auf lokaler Ebene eine ähnliche Rolle anstrebte, wie er sie im Osmanischen Reich insgesamt bereits innehatte. Der Verwaltungsrat versprach einen Kredit in der Höhe von nicht weniger als 200.000 £T, zusätzliche Sonderzahlungen für ertragsschwache Jahre und sogar eine Garantie der regelmäßigen Ausbezahlung von Beamtengehältern. Im Gegenzug forderte er aber die Übertragung des gesamten Steueraufkommens und damit die vollständige Kontrolle über Landeskasse und Haushalt der kretischen Provinzialverwaltung, beanspruchte also in den Worten Konsul Pinters nichts Geringeres, als der „Banquier und Schatzmeister Kretas zu werden".[1304] Da dies die gerade erst erkämpfte Autonomie Kretas tatsächlich in erheblichem Maße eingeschränkt hätte, ist es wenig überraschend, dass auch dieses Projekt am Veto der Generalversammlung scheiterte.[1305]

Ende Oktober 1896 trat die kretische Provinzialregierung in Verhandlungen mit Vertretern der Banque de Paris et des Pays-Bas ein. Die Banque de Paris, eine der wichtigsten französischen Investmentbanken, verlangte als Verhandlungsgrundlage Zinsen in der Höhe von bloß 5,5 Prozent und bot damit deutlich günstigere Konditionen an als alle bisherigen Kandidaten.[1306] Gleichzeitig machte aber auch der Verwaltungsrat der Dette Publique ein neues Angebot, in dem er gegen Garantien aus den Erträgen der kretischen Stempel-, Salz- und Tabaksteuer einen Sofortkredit in der Höhe von 26.500 £T zur Deckung der unmittelbar notwendigsten Kosten der Provinzialverwaltung versprach.[1307] Nun brachen offene Rivalitäten zwischen den Konsuln aus, die durch persönliche Vorsprachen beim Vali Berovich Paşa versuchten, ihren jeweils bevorzugten Anleiheprojekten zum Durchbruch zu verhelfen.[1308]

Der französische Konsul Blanc bemühte sich, einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen mit der Banque de Paris zu garantieren, indem er seinen ganzen Einfluss gegen das Projekt der Dette Publique geltend machte.[1309] Pinter zufolge hintertrieb er letzteres unter anderem, indem er das Gerücht ausstreute, die Dette Publique wolle die kretische Provinzverwaltung übervorteilen, um Verluste zu kompensieren, die sie durch Diebstähle aus den ihr bereits verpfändeten Salzdepots Kretas erlitten hatte.[1310] Der österreichisch-ungarische Konsul Pinter bekämpfte unterdessen seinerseits mit allen Mitteln das Anleiheprojekt der Banque de Paris. Indem er den mit der Kreditvergabe verknüpften finanziellen Einfluss der Banken mit

[1304] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Oktober 24, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 298.
[1305] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Oktober 31, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 301.
[1306] Ebda.
[1307] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 November 26, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 320.
[1308] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Dezember 11, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 329.
[1309] Ebda; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 November 27, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 321; Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Dezember 3, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 323.
[1310] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 November 26, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 320.

politischem Einfluss der hinter den Banken stehenden Regierungen gleichsetzte, erklärte er, man müsse einen dominanten französischen Einfluss auf Kreta unbedingt verhindern, selbst wenn man dazu einen Kreditgeber aus dem Königreich Griechenland anwerben müsse.[1311] Konkret unterstützte er die Idee einer Kreditvergabe durch den griechischen Bankier Andreas Syngros, dessen Privilegierte Bank von Epirus und Thessalien eng mit dem griechischen Staat verbunden war und sogar teilweise das Recht zum Druck und zur Ausgabe griechischer Banknoten besaß.[1312] Eine Kreditvergabe an Syngros hätte zweifelsohne den griechischen Einfluss auf Kreta gestärkt, was den gemeinsamen Zielen der Großmächte, die die Grundlage des Reformprogramms bildeten, eigentlich völlig zuwider lief.[1313]

Die Förderung griechisch-nationalistischer Ziele durch Pinter war zu dieser Zeit besonders offensichtlich. Auch in anderen Zusammenhängen stellte sich der österreichisch-ungarische Konsul demonstrativ auf die Seite des griechischen Generalkonsuls Yennadis, gegen den sonst allgemein der Vorwurf erhoben wurde, er arbeite heimlich auf eine griechische Annexion Kretas hin. Pinter behauptete, alle diese Vorwürfe gingen auf Intrigen Blancs zurück.[1314] Auch in der Frage der Justizreform propagierte er gegenüber Außenminister Gołuchowski den Vorschlag einiger dem kretischen Revolutionskomitee nahestehender Anwälte, die kretischen Richterposten ausschließlich mit Christen zu besetzen, während er Blanc und Biliotti der mutwilligen Verzögerung entsprechender Beschlüsse bezichtigte.[1315]

In der Anleihefrage schwenkte Pinter erst nach dem offensichtlichen Scheitern des Projekts der Privilegierten Bank von Epirus und Thessalien Anfang Jänner 1897 auf eine Unterstützung des Projekts der Dette Publique um, da für ihn vor allem die Verhinderung einer Auftragsvergabe an die Banque de Paris Priorität hatte.[1316] Unterstützt wurde Pinter dabei vom russischen Militärattaché, der den Botschaftern in Konstantinopel anlässlich der Überbringung der Kommissionsbeschlüsse zur Gendarmeriereform ausdrücklich das Anleiheprojekt der Dette Publique empfahl.[1317] Entsprechend enthusiastisch beteiligte sich Pinter an der Verbreitung der unbestätigten Meldung, die Banque de Paris hätte als Garantie für die Rückzahlung ihres Kredits innerhalb von sieben Jahren nun doch wieder die Verpfändung aller

[1311] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Dezember 3, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 323.
[1312] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Dezember 11, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 329.
[1313] Vgl. Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 23, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 32A.
[1314] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 November 27, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 321; Zu den Vorwürfen gegen Yennadis siehe Telegramm Radolins an Hohenlohe, St Petersburg 1896 Juli 12/ Juni 30, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 37, R12213 Nr. 179; Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Therapia 1896 Juli 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 38, R12214 Nr. 116; Telegramm Plessens an Auswärtiges Amt, Athen 1896 Juli 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 38, R12214 Nr. 30; Telegramm Plessens an Auswärtiges Amt, Athen 1896 Juli 19, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 39, R12215 Nr. 34; Hulme-Beaman, Twenty Years, 265; Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 78f.
[1315] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 1, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 1.
[1316] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 12, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 3.
[1317] Telegramm Calices an Giesl, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.

Steuern, Zölle und sonstigen Einnahmen der kretischen Provinzialverwaltung gefordert.[1318] Die Verhandlungen mit der französischen Bank waren offenbar Anfang Dezember 1896 schon einmal kurz vor einem erfolgreichen Abschluss gestanden, als der Vali und die Generalversammlung durch eine Meuterei unbezahlter Gendarmen unter extremem Druck gestanden hatten.[1319] Unter dem Eindruck der angeblich von der Banque de Paris gestellten Bedingungen, die in der kretischen Öffentlichkeit Empörung auslösten, scheiterten sie nun aber scheinbar endgültig. Der österreichisch-ungarische Konsul meldete am 12. Jänner 1897 nicht ohne Genugtuung, dass die Verhandlungen mit der Banque de Paris geplatzt seien und Konsul Blanc durch sein allzu offensichtliches Engagement beim Vali „in eine heikle Lage" geraten sei.[1320]

Als offenbar einziger im Rennen verbliebener Anbieter konnte nun die Dette Publique ihre Verhandlungen mit der kretischen Provinzialregierung neu aufnehmen. Vermutlich aus Misstrauen gegen die französische Außen- und Finanzpolitik wurde das Projekt der Schuldenkommission inzwischen nicht nur von Pinter, sondern auch vom britischen Konsul Biliotti und dem ihm übergeordneten britischen Botschafter in Konstantinopel, Currie, favorisiert.[1321] Currie und das britische Außenministerium beeilten sich am 13. Jänner 1896, den britischen Delegierten im Verwaltungsrat der Dette Publique, Vincent Caillard, telegrafisch zu informieren, dass das Projekt der Banque de Paris auf Kreta gescheitert sei. Da die kretische Provinzialregierung aber immer dringender einen Sofortkredit von mindestens 50.000 £T benötigte, war laut Currie nun der richtige Zeitpunkt gekommen, das Angebot der Dette Publique mit leicht abgemilderten Bedingungen neu vorzulegen.[1322] Nach internen Verhandlungen des Verwaltungsrats sprach Caillard am 22. Jänner 1897 bei den Botschaftern in Konstantinopel vor und erbat sich deren „Zustimmung" zu einer Sofortzahlung von 25.000 £T an die kretische Provinzialverwaltung. Die Botschafter weigerten sich zwar, im Namen ihrer Regierungen irgendeine staatliche Verantwortung für den Kredit zu übernehmen, erklärten Caillard aber inoffiziell ihr „ausdrückliches Wohlwollen".[1323] Die Regierung des Deutschen Reichs rechnete offenbar fest mit einem Zustandekommen dieses Projekts und leitete entsprechende

[1318] Telegramm Calices an Giesl, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.
[1319] Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 Dezember 3, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 323.
[1320] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 12, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 3.
[1321] Ebda; Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Jänner 13, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 9.
[1322] Ebda.
[1323] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 22, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 22, R12451 Nr. 17.

Informationen an die Deutsche Bank, das Bankhaus Bleichröder und die staatliche Handelsgesellschaft Preußische Seehandlung weiter.[1324]

Tatsächlich kam aber alles anders. Am 26. Jänner 1897 telegrafierte Pinter nach Wien, dass sich zur allgemeinen Überraschung nun doch die Banque de Paris in offenbar geheimen Verhandlungen durchgesetzt hatte.[1325] Der Vertrag wurde diesmal tatsächlich unterzeichnet und sah die Vergabe eines Kredits in der Höhe von 100.000 £T bei einem Zinssatz von 5,5 Prozent vor.[1326] Kurioserweise wurde diese Wendung nun von Pinter ausgerechnet dem politischen Einfluss des Königreichs Griechenland zugeschrieben, da griechische Politiker gegen das Angebot der Dette Publique großes Misstrauen zum Ausdruck gebracht hatten.[1327] In Wirklichkeit war aber auch die griechische Regierung über den Vertragsabschluss mit der Banque de Paris verärgert, da sie immer noch auf eine Kreditvergabe durch griechische Banken gehofft hatte.[1328] Dem britischen Konsul Biliotti zufolge standen hinter dem Vertragsabschluss heimlichen Absprachen zwischen dem französischen Konsul Blanc und einigen christlichen Abgeordneten der kretischen Generalversammlung. Blanc hatte angeblich politische Unterstützung für gewisse Abänderungen der kretischen Justizreform zu Gunsten der Christen versprochen, falls im Gegenzug die französische Bank den Zuschlag für den Kredit erhalten sollte.[1329] Den entscheidenden Ausschlag abseits aller heimlichen Absprachen gab dann offenbar die Tatsache, dass die Dette Publique auf dem Recht bestanden hatte, den als Sicherheit dienenden Teil der kretischen Verwaltungseinnahmen durch ihre eigenen Beamten einheben und verwalten zu können, während die Banque de Paris größeren Respekt gegenüber der kretischen Selbstverwaltung demonstriert hatte.[1330]

Das verbissene Intrigieren zwischen Banken und Diplomaten, das den Abschluss des so dringend benötigten Kredits für Kreta bis Ende Jänner 1897 verzögert hatte, war zwar nun zu Ende, hatte aber bereits zu lange gedauert. Konsul Pinter sah in seinem Bericht vom 16. Jänner 1897 im Fehlen von Finanzmitteln zur Umsetzung der Reformen den Hauptgrund für die immer offensichtlicher drohende Gefahr eines neuerlichen Ausbruchs von Unruhen. Schon war es wieder zu einer Reihe politisch motivierter Morde zwischen Angehörigen der verfeindeten Religionsgruppen gekommen, die von der jeweiligen Gegenseite „mit peinlicher

[1324] Burghard an Marschall, PAA Berlin 1897 Jänner 31, PAA Berlin, I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 22, R12451.
[1325] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 26, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.
[1326] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 26, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Pera 1897 Jänner 27, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 24; Zürrer, Nahostpolitik, 347.
[1327] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 26, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.
[1328] Zürrer, Nahostpolitik, 347.
[1329] Biliotti an Salisbury, Canea 1897 Jänner 31, TNA PRO London, FO78/4831 Nr. 6.
[1330] Zürrer, Nahostpolitik, 347.

Genauigkeit blutig gerächt“ worden waren. Die Angehörigen beider Religionsgruppen hatten kaum noch Vertrauen in eine Umsetzung der Reformen und bereiteten sich auf eine Fortsetzung der Kämpfe vor, wobei Pinter zufolge für die ChristInnen feststand, dass das Ziel eines neuerlichen Aufstandes diesmal die endgültige Vereinigung Kretas mit Griechenland sein müsse.[1331]

IV.a.4. Gegenseitiges Misstrauen und die Scheu vor Verantwortung. Der Streit um die nationale Zusammensetzung der internationalen Gendarmerie

Die offizielle Ratifizierung des neuen kretischen Gendarmeriegesetzes durch die osmanische Regierung war unterdessen noch immer ausständig. Der Vali von Kreta bat daher am 7. Jänner 1897 wieder einmal die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel um ihre Vermittlung gegenüber der osmanischen Regierung.[1332] Obwohl die Botschafter zur selben Zeit durch die Verhandlungen rund um den Abschluss des Reformoperats für das Osmanische Reich sehr stark in Anspruch genommen waren, erkannten sie die Dringlichkeit der Lage und kamen der Bitte nach.[1333]

Das größte Hindernis einer osmanischen Ratifizierung des Gendarmeriegesetzes war die geplante Besetzung der Posten des Kommandanten und eines Großteils der Offiziere und Unteroffiziere der neuen kretischen Gendarmerie mit christlichen Staatsbürgern fremder, „europäischer“ Mächte.[1334] Sultan Abdülhamit II. sah darin eine unzumutbare Einschränkung seiner Souveränität. Die Regierung des Osmanischen Reichs hatte Mitte Dezember 1896 ihre Zustimmung zu diesen Punkten signalisiert, diese Zustimmung aber wenig später auf persönlichen Befehl des Sultans zurückgenommen.[1335] Ab dem 7. Jänner 1897 fanden nun intensive Verhandlungen zwischen den Botschaftern der Großmächte und den Beratern des Sultans statt.[1336] Am 12. Jänner 1897 signalisierte Sultan Abdülhamit II. seine Bereitschaft, als Kompromiss die Anwerbung montenegrinischer, rumänischer und bulgarischer Gendarmen zu akzeptieren, da diese als Bürger nomineller „Vasallenstaaten“ des Osmanischen Reichs wenigstens indirekt osmanische Untertanen seien. An seiner Ablehnung staatsfremder Gendar-

[1331] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 16, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 4. Vgl. Sutter, Großmächte, 239f.
[1332] Telegramm Pinters an Calice, Canea 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.
[1333] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 1; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 14, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 2D.
[1334] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 1, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 1; Telegramm Calices an Pinter, Konstantinopel 1897 Jänner 3, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer. Vgl. den ursprünglichen Entwurf vor der Abreise der Delegierten nach Kreta, Gendarmerie – Bases de l’institution, Beilage zum Bericht Saurmas an Hohenlohe, Pera 1896 Dezember 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 45, R12221 Nr. 280.
[1335] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 1.
[1336] Ebda.

merieoffiziere hielt er aber fest.[1337] Am 19. Jänner 1897 präsentierte Botschafter Calice den offensichtlich auf der Idee des Sultans aufbauenden Gedanken, Offiziere und Mannschaften aus Bosnien-Herzegowina rekrutieren, das ja offiziell noch immer eine osmanische Provinz war, aber seit 1878 unter österreichisch-ungarischer Verwaltung stand. Calice bat, ein entsprechendes Ansuchen der mit der Gendarmeriereform beauftragten Kommission an den österreichisch-ungarischen gemeinsamen Finanzminister Benjámin von Kállay weiterzuleiten, dessen Ministerium die Verwaltung Bosnien-Herzegowinas unterstellt war.[1338]

Das intensivierte Engagement der Botschafter zeigte unterdessen Wirkung. Am 22. Jänner 1897 konnten sie ihren Regierungen melden, dass Sultan Abdülhamit II. offiziell die Aufstellung von vorerst drei neuen Gendarmeriekompanien für Kreta mit fremden Offizieren und Mannschaften genehmigt hatte.[1339] Nun sollte alles möglichst rasch gehen. Die Kommission und die Botschafter drängten die Regierungen, sich mit der Bereitstellung der internationalen Kontingente für die Gendarmerie zu beeilen.[1340] Dennoch verlief auch dieser Teil der Umsetzung der Gendarmeriereform nicht reibungslos, wofür die Vertreter der Großmächte diesmal weder den osmanischen Behörden noch den griechisch-nationalistischen Agitatoren auf Kreta die Schuld geben konnten.

Als Unteroffiziere und Mannschaften sollten gemäß Vorschlag der Reformkommission vor allem Montenegriner und kroatische Staatsbürger Österreich-Ungarns angeworben werden, da man sich von der topografischen Ähnlichkeit der dalmatinischen und montenegrinischen Karstgebirge mit den Gebirgen im kretischen Hinterland erhoffte, dass sich die Gendarmen in ihrem neuen Einsatzgebiet rasch zurechtfinden würden.[1341] Ansonsten hielten Botschafter Calice und die Reformkommission in Bezug auf das österreichisch-ungarische Kontingent an dem Vorschlag fest, Gendarmen und Offiziere aus Bosnien-Herzegowina zu rekrutieren. Dies hätte die Gelegenheit geboten, als „verlässlich“ eingestufte Muslime im österreichisch-ungarischen Kontingent unterzubringen und den religiös gemischten Charakter der kretischen Gendarmerie trotz „europäischer“ Herkunft der Gendarmen zu bewahren.[1342] Konsul Pinter machte sich dagegen wieder einmal zum Anwalt griechisch-nationalistischer Beschwerden und erhob den Einwand, dass bosnisch-herzegowinische und kroatische Gendarmen aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse kaum das Vertrauen der kretischen Landbevölke-

[1337] Telegramm Giesls an Calice, 1897 Canea Jänner 12, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.
[1338] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 19, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 5.
[1339] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 22, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 22, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 14.
[1340] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 19, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 5.
[1341] Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Pera 1897 Jänner 25, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 22.
[1342] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 22, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.

rung gewinnen könnten. Er empfahl stattdessen die Anwerbung griechischsprachiger „Graeco-Bulgaren“ aus dem vom Königreich Griechenland beanspruchten Teil des osmanischen Mazedoniens.[1343]

Finanzminister Kállay hatte am 27. Jänner 1897 seine Zustimmung zur Anwerbung bosnisch-herzegowinischer Gendarmen erteilt. Er hatte aber von Beginn an die Sorge artikuliert, dass dieser Schritt den Eindruck einer offiziellen Anerkennung des Fortbestands osmanischer Souveränität über das österreichisch-ungarisch verwaltete Bosnien-Herzegowina erwecken und einer zukünftigen Annexion der Provinz durch die Habsburgermonarchie im Weg stehen könnte.[1344] Die von Pinter geäußerten Bedenken bezüglich der Sprachkenntnisse der bosnisch-herzegowinischen Rekruten kamen ihm daher wie gerufen, um sich der ihm unbequemen Anfrage zu entledigen. Am 29. Jänner 1897 zog Kállay unter ausdrücklicher Berufung auf die Einwände des Konsuls seine Zustimmung zur Rekrutierung von Gendarmen in Bosnien-Herzegowina zurück.[1345] Pinter hatte somit wieder einmal die Umsetzung der kretischen Reformen verzögert. Dessen ungeachtet wurde er zwischen dem 22. und 28. Jänner 1897 zum Generalkonsul befördert, da der österreichisch-ungarischen Regierung offenbar sehr daran gelegen war, ihr dadurch aufgewertetes Konsulat auf Kreta im Rang mit dem griechischen Generalkonsulat gleichzustellen.[1346]

Unterdessen gestattete Fürst Ferdinand I. von Bulgarien die Anwerbung bulgarischer Gendarmen. Auf Betreiben Botschafter Calices wurde am 31. Jänner 1897 die Entsendung von immerhin 30 griechisch- und türkischsprachigen Freiwilligen aus dem Fürstentum Bulgarien genehmigt.[1347] In Montenegro meldeten sich sogar mehr Freiwillige für die kretische Gendarmerie, als in der Ausschreibung der Kommission eigentlich angefordert worden waren.[1348] Ansonsten stellte sich die Anwerbung von Gendarmen für Kreta aber als außerordentlich schwierig heraus. Die Botschafter machten dafür die Kommissionsbeschlüsse zur Besoldung verantwortlich, die mit maximal 2.80 £T pro Monat viel zu niedrig sei, um potentielle Rekruten zur Übersiedelung nach Kreta zu motivieren.[1349] Am 28. Jänner 1897 stellte Calice fest, dass es unter diesen Umständen völlig unmöglich sein werde, die veranschlagten 60 kroatischen Gendarmen aus dem österreichisch-ungarischen Kronland Dalmatien anzuwer-

[1343] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 28, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.
[1344] Kállay an Gołuchowski, Wien 1897 Jänner 27, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.
[1345] Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1897 Jänner 29, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.
[1346] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 28, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.
[1347] Call an Gołuchowski, Sofia 1897 Jänner 26, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 8; Voigts-Rhetz an Hohenlohe, Sofia 1897 Jänner 31, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 22
[1348] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 28, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 4C.
[1349] Ebda. Vgl. Entwurf zur Gendarmeriereform, Beilage zum Bericht Saurmas an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 22, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 14.

ben.[1350] Die Regierung des Deutschen Reichs, die ja nicht einmal einen eigenen Delegierten zur Reformkommission entsandt hatte, zeigte sich von Beginn an wenig bis gar nicht interessiert an einer Beteiligung deutscher Soldaten und Offiziere an der kretischen Gendarmerie. Diese distanzierte Haltung zur Umsetzung der Reform wurde ihr dadurch erleichtert, dass die Reformkommission, wie Botschafter Saurma in seiner Berichterstattung betonte, ohnehin nicht mit einer deutschen Beteiligung rechnete.[1351]

Die britische Regierung war dagegen sehr daran interessiert, den Kommandanten der kretischen Gendarmerie zu stellen. Die Kandidatur von Major James Bor von der königlich britischen Marineinfanterie für diesen Posten löste aber neue Streitigkeiten aus, die sowohl die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel als auch die Mitglieder der mit der Gendarmeriereform betrauten Kommission auf Kreta entzweite.[1352]

Major Bor hatte sich bereits als Gendarmeriekommandant auf der seit 1878 britisch verwalteten Insel Zypern bewährt, deren Bevölkerung sich ähnlich wie auf Kreta überwiegend aus griechischsprachigen MuslimInnen und griechischsprachigen, orthodoxen ChristInnen zusammensetzte. Aufgrund dieser Vorerfahrung wurde er vom britischen, italienischen, österreichisch-ungarischen und französischen Delegierten der Reformkommission als Kommandant der neuen kretischen Gendarmerie vorgeschlagen. Lediglich der russische Delegierte war – vermutlich aus Furcht vor einer weiteren Ausbreitung britischen Einflusses im östlichen Mittelmeer – gegen eine Nominierung Bors. Da ausgerechnet ihm die Überbringung der Kommissionsbeschlüsse nach Konstantinopel übertragen wurde, konnte er dort den russischen Botschafter Nelidov und dessen französischen Kollegen Cambon von seinen Vorbehalten überzeugen.[1353]

Nelidov und Cambon sprachen sich darauf in einer am 21. Jänner 1897 abgehaltenen Reunion explizit gegen eine Ernennung des britischen Offiziers zum Kommandanten der kretischen Gendarmerie aus. Der britische Botschafter Currie pochte dagegen auf den bereits erfolgten Mehrheitsbeschluss der Reformkommission und wurde mit Verweis auf die wertvollen Vorerfahrungen Major Bors vom österreichisch-ungarischen Botschafter Calice und vom

[1350] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 28, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 4C.
[1351] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 22, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 14; Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Pera 1897 Jänner 25, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 22.
[1352] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Jänner 21, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 19; Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 22, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 15; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 28, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 4C.
[1353] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 22, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 15; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 28, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 4C; Sutter, Großmächte, 240.

italienischen Botschafter Pansa unterstützt.[1354] Der deutsche Botschafter Saurma verhielt sich neutral, meldete allerdings nach Berlin, dass die „Uneinigkeiten“ in der Reformkommission und zwischen den Botschaftern seiner Ansicht nach „kein günstiges Prognostikon für eine weitere fruchtbringende Arbeit“ darstellten.[1355] Der britische Premierminister Lord Salisbury kommentierte die Meinungsverschiedenheiten der Botschafter mit der Feststellung, dass er sich „keine Alternative zur Ernennung eines unserer Männer“ als Kommandant vorstellen könne, außer vielleicht den völligen Rückzug Großbritanniens vom Gendarmerieprojekt.[1356]

So weit ließ es Currie allerdings nicht kommen. Offenbar auf Eigeninitiative brachte er einen Kompromissvorschlag ein, der einen Verzicht auf die Nominierung Bors ohne Gesichtsverlust für Großbritannien ermöglichte und gleichzeitig einen Riegel gegen weitere Verdächtigungen und Streitigkeiten zwischen den Vertretern der Großmächte vorschob. Noch am 21. Jänner 1897 konnte er alle seine Kollegen für die Idee gewinnen, dass der Kommandant der kretischen Gendarmerie zwar ein „Europäer“, aber kein Staatsangehöriger einer Großmacht, sondern Holländer oder Belgier sein sollte.[1357] Am 25. Jänner 1897 folgte der einstimmige Beschluss der Botschafter, Major Bor immerhin „provisorisch“ mit dem Kommando zu betrauen, bis ein geeigneter holländischer oder belgischer Kandidat gefunden sein würde.[1358] Vali Berovich Paşa bat die Botschafter daraufhin um die sofortige Entsendung Bors, da die gefährdete Sicherheitslage auf Kreta dringend die Anwesenheit eines Gendarmeriekommandanten erfordere.[1359] Dennoch dauerte es noch mehr als eine Woche, bis sich Major Bor am 3. Februar 1897 endlich nach Kreta einschiffte, um dort das Kommando über die erst teilweise reorganisierte Gendarmerie zu übernehmen.[1360]

Sultan Abdülhamit II. unternahm inzwischen die bereits gewohnten Versuche, eine kollektive Bevormundung und Einschränkung seiner Souveränitätsrechte zu vermeiden, indem er stattdessen einzelnen Staaten für Sonderabsprachen zu gewinnen versuchte. So schick-

---

[1354] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Jänner 21, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 19; Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 22, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 15; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 28, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 4C; Sutter, Großmächte, 240.
[1355] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 22, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 14.
[1356] „There can be no possible alternative in having any one of our men in Crete: that we have no man on the island. S.” Randbemerkung Salisburys zum Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Jänner 21, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 19.
[1357] Telegramme Curries an Salisbury, Pera 1897 Jänner 21, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 18, 19; Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 22, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 14; Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 22, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 14, 15; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 28, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 4C; Sutter, Großmächte, 240.
[1358] Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Pera 1897 Jänner 25, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 23; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Jänner 25, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 20; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 28, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 4C.
[1359] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Jänner 27, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 22.
[1360] Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Pera 1897 Februar 3, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 30; Sutter, Großmächte, 240.

te er an die diplomatischen Vertretungen Deutschlands und der Schweiz Anfragen, ob nicht die Entsendung von deutschen oder schweizerischen Finanzberatern und Gendarmerieoffizieren mögliche Alternativen zur internationalen Kontrolle der Großmächte über die Finanzen und Sicherheitskräfte der Insel Kreta darstellen könnten. In beiden Fällen wurden seine Anfragen schroff abgelehnt und sofort den Botschaftern der übrigen Großmächte gemeldet.[1361] Als es dann bis zum 28. Jänner 1897 endlich auch der Kommission für die kretische Gerichtsreform gelungen war, sich auf ein allgemein akzeptiertes Konzept zu einigen, verweigerte Sultan Abdülhamit II. die Ratifizierung der Kommissionsbeschlüsse.[1362]

Der österreichisch-ungarische Botschafter Calice schob daraufhin wieder einmal dem Osmanischen Reich die alleinige Verantwortung für die Schwierigkeiten der Großmächte bei der Umsetzung der kretischen Reformen zu. Gegenüber Außenminister Tevfik Paşa drohte er in seiner Eigenschaft als Doyen des diplomatischen Korps in Konstantinopel damit, „dass, wenn die Pforte nicht alsbald diesem Spiel ein Ende macht, die Botschafter ihre Hand zurückziehen und Creta seinem Schicksale überlassen werden."[1363]

Die Umsetzung der kretischen Gendarmeriereform stieß allerdings inzwischen ganz ohne Zutun des Sultans auf neue Hindernisse, die einzig auf den Rivalitäten zwischen den „europäischen" Staaten beruhten. Zwar wurde schon am 25. Jänner 1897 in Gestalt des holländischen Oberstleutnants Willem Johannes Buijs ein geeigneter Kandidat für das permanente Kommando der kretischen Gendarmerie gefunden.[1364] Buijs machte seine Kandidatur aber von einer Erhöhung des Gehalts abhängig und forderte mit monatlich 1.500 Francs oder 6.522 £T beinahe das Doppelte der im Konzept der Reformkommission als Sold für den Kommandanten vorgesehenen 805 Francs oder 3.500 £T.[1365] Nachdem auch in dieser Frage eine Einigung erzielt worden war, folgte am 4. Februar 1897 ein herber Rückschlag. Die holländische Regierung hatte inzwischen nämlich erfahren, dass die ihr seinerzeit übermittelte Bitte um die Nennung geeigneter Offiziere für das Kommando der kretischen Gendarmerie gleichzeitig in derselben Form auch an die belgische Regierung geschickt worden war. Dies verletzte dem deutschen Gesandten in Den Haag zufolge „gewisse Empfindlichkeiten" im Verhältnis zwischen den Niederlanden und Belgien. Die niederländische Regierung erklärte, kein Angebot annehmen zu können, das zuvor offenbar von Belgien abgelehnt worden war. Die Kandidatur

[1361] Telegramme Curries an Salisbury, Pera 1897 Jänner 28, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 23, 25.
[1362] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 28, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 4C.
[1363] Ebda; Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 29, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 20.
[1364] Telegramm Brinckens an Auswärtiges Amt, Haag 1897 Jänner 25, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 7.
[1365] Telegramm Brinckens an Auswärtiges Amt, Haag 1897 Jänner 28, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 9; Okolicsányi an Gołuchowski, Haag 1897 Jänner 29, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer. Vgl. Entwurf zur Gendarmeriereform, Beilage zum Bericht Saurmas an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 22, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 14.

von Oberstleutnant Buijs war somit hinfällig und die Suche nach einem Kommandanten für die kretische Gendarmerie hätte von Neuem beginnen müssen.[1366]

Unterdessen setzte Sultan Abdülhamit II. seinen grundsätzlichen Widerstand gegen die Ernennung eines Gendarmeriekommandanten für Kreta durch die Großmächte fort. Da die Insel Kreta nominell immer noch ein osmanisches *Vilâyet* war, betrachtete er die Ernennung des örtlichen Gendarmeriekommandanten als sein persönliches und alleiniges Recht als Souverän, das er niemals an die Großmächte abgetreten hatte. Der fortgesetzte Widerstand des Sultans wurde zum Gegenstand eines langwierigen Notenaustauschs zwischen den Botschaftern der Großmächte und der Osmanischen Regierung, der am 14. Jänner 1897 begann und sich bis in den Februar hinein fortsetzte.[1367]

Tatsächlich stellte sich aber Anfang Februar 1897 unmissverständlich heraus, dass es für eine Vermeidung der Eskalation der Kretakrise durch die Umsetzung des von den Botschaftern fünf Monate zuvor ausgearbeiteten kretischen Reformprogramms nun ohnehin endgültig zu spät war. Aufgrund der Ereignisse auf der Insel sollte bis September 1898 nicht einmal der bereits unterzeichnete Vertrag über die Gewährung eines Kredits für die kretische Provinzialverwaltung durch die Banque de Paris in Kraft treten können.[1368] Die langwierigen Verhandlungen über die Finanzfrage, die die Umsetzung der kretischen Reformen beinahe um ein halbes Jahr verzögert hatten, waren völlig umsonst gewesen.

IV.a.5. Gewalt und Gegengewalt. Das endgültige Scheitern der kretischen Reform im Frühjahr 1897

Am 3. Jänner 1897 war es auf der Landstraße zwischen Canea und Suda Bay zu einem Überfall auf zwei einheimische Reisende gekommen. Es ist unklar, ob es sich dabei um einen politisch oder religiös motivierten Angriff, oder um einen gewöhnlichen Raubüberfall gehandelt hatte. Während manche Berichte die Angreifer als Muslime und die Angegriffenen als Christen bezeichnen, sind in anderen Berichten die Rollen vertauscht. Fest steht, dass offenbar sowohl die Angreifer als auch die Verteidiger bewaffnet gewesen waren, und dass der Zwischenfall den Auftakt zu einem neuerlichen Ausbruch des bewaffneten Konflikts auf Kreta bildete.[1369] In den christlichen Dörfern des ganzen Bezirks läuteten die Kirchenglocken und Gerüchte über ChristInnenmassaker in Canea führten dazu, dass die Frauen und Kinder der

[1366] Brincken an Hohenlohe, Haag 1897 Februar 4, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 13.
[1367] Şenişik, Transformation, 138f.
[1368] Zürrer, Nahostpolitik, 392.
[1369] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Şenişik, Transformation, 139f.; Sutter, Großmächte, 235.

christlichen Bevölkerungsgruppe in die Berge flohen, während die Männer zu den Waffen griffen und Milizen bildeten.[1370]

Schätzungen des britischen Konsuls Biliotti zufolge brachten nun zwischen 3.000 und 4.000 bewaffnete Christen die östlich der Inselhauptstadt gelegenen Bezirke des Hinterlandes völlig unter ihre Kontrolle.[1371] Die bisher noch dort lebenden muslimischen DorfbewohnerInnen flohen nun ebenfalls nach Canea, wo ihre Berichte den Zorn der dortigen muslimischen Bevölkerungsmehrheit gegen deren christliche NachbarInnen weiter verstärkten.[1372] Schon breitete sich in Canea Panik aus, alle Läden und Geschäfte wurden geschlossen und die Menschen verbarrikadierten sich in ihren Häusern.[1373]

Die Vertreter der Großmächte standen diesen Entwicklungen weitgehend hilflos gegenüber. Der britische Delegierte der Gendarmeriekommission, Oberst Chermside, vermutete eine gezielte Provokation der Unruhen durch griechische Nationalisten und erhob schwere Vorwürfe gegen den griechischen Generalkonsul Yennadis.[1374] Yennadis vermutete im Gegenzug eine Provokation der Unruhen durch die kretischen MuslimInnen und die osmanischen Behörden und erhob außerdem persönliche Vorwürfe gegen Vali Berovich Paşa.[1375] Diese Vorwürfe wurden vom österreichisch-ungarischen Konsul Pinter, der immer noch loyal an der Seite seines Freundes Yennadis stand, unkritisch übernommen und als Stellungnahme Pinters nach Wien weitergeleitet.[1376] Berovich Paşa selbst erhob schwere Vorwürfe gegen die Vertreter der Großmächte und erklärte, ohne Geld und ohne ausreichende Sicherheitskräfte nichts gegen den Ausbruch eines neuen Aufstands in den Bezirken östlich von Canea unternehmen zu können.[1377] Pinter ließ diese Vorwürfe nicht gelten und behauptete, der Vali hätte doch schon längst die noch verfügbaren Geldreserven der Provinzverwaltung heranziehen und „verläßliche Einheimische“ – er meinte kretische Christen – als zusätzliche Gendarmen anwerben können.[1378] Den auf ausdrücklichen Wunsch der Großmächte eingesetzten Vali beschrieb der österreichisch-ungarische Konsul fortan bei jeder Gelegenheit als unfähig, ener-

[1370] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Şenişik, Transformation, 139f.
[1371] Biliotti an Salisbury, Canea 1897 Jänner 30, TNA PRO London, FO78/4831 Nr. 6.
[1372] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Dülffer, Kreta-Krise, 37; Şenişik, Transformation, 139f.; Sutter, Großmächte, 235.
[1373] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.
[1374] Şenişik, Transformation, 143.
[1375] Ebda.
[1376] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 2; Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 16, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 4; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 29 HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 30, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 7.
[1377] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 2.
[1378] Ebda.

gie- und ideenlos und behauptete, er sei wohl „nur daran interessiert, möglichst lange im Genuße der hohen Gouverneurs-Bezüge zu bleiben."[1379]

Unterdessen herrschte allgemeine Einigkeit darüber, dass der griechische Generalkonsul Yennadis durch seinen Einfluss auf die kretischen ChristInnen und seine Kontakte zum kretischen Revolutionskomitee mehr Kontrolle über die Entwicklung der Situation auf Kreta habe als der Vali.[1380] Dies war insofern bedenklich, als sich die seit 1896 erhobenen Vorwürfe, Yennadis nütze diesen Einfluss zur absichtlichen Eskalation der Unruhen auf Kreta und arbeite auf eine griechische Annexion der Insel hin, im Jänner 1897 immer mehr konkretisierten. Dem österreichisch-ungarischen Delegierten in der Gendarmeriekommission zufolge war der griechische Generalkonsul ein führendes Mitglied der *Ethniki Etairia* und pflegte zu den politischen und militärischen Anführern des kretischen Revolutionskomitees wie Ioannis Sfakianakis, Konstantinos Foumis und Eleftherios Venizelos ganz offen Kontakt.[1381] Stefanos Yennadis, der Bruder des Generalkonsuls, war bekennendes Mitglied des Führungsstabs der *Ethniki Etairia*.[1382] Die Frage ob Venizelos, der später einer der wichtigsten griechischen Premierminister des zwanzigsten Jahrhunderts werden sollte, ebenfalls Mitglied war und als solches Befehle von Yennadis empfing, ist bis heute nicht völlig geklärt. Manusos Kondouros, der durch das Revolutionskomitee entmachtete, frühere Präsident der *Epitropi* und ein politischer Gegner von Venizelos, bezeichnete ihn jedenfalls als „Agenten" des griechischen Generalkonsuls.[1383]

Glaubt man den Memoiren Major Giesls, „lungerten" ab Jänner 1897 im griechischen Generalkonsulat „scharenweise Insurgenten umher", so dass dieses sogar als Ausgangsbasis für nächtliche Operationen der christlichen Milizen diente.[1384] Ein weiterer Verbindungsmann zwischen den Befürwortern einer griechischen Annexion Kretas in Griechenland und auf Kreta war der griechische Diplomat und spätere Außenminister Athos Romanos, der sich seit Jänner 1897 mit einer Gruppe von Freunden und Mitstreitern auf Kreta aufhielt.[1385] Vom österreichisch-ungarischen Vertreter in Athen auf die Aktivitäten der *Ethniki Etairia* angesprochen, leugnete der griechische Premierminister Diliyiannis am 28. Jänner 1897 jegliche offizielle Unterstützung der Agitation durch seine Regierung. Romanos sei ein Oppositionspoliti-

[1379] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 16, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 4.
[1380] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 2; Hulme-Beaman, Twenty Years, 265; Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 78f.
[1381] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 78f. Zur Rolle von Venizelos auf Kreta 1897 und der Entwicklung des Aufstands aus Sicht der Aufständischen vgl. Macrakis, Venizelos' Early Life, 58–66.
[1382] Macrakis, Venizelos' Early Life, 67.
[1383] Ebda, 66.
[1384] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 78f.
[1385] Plessen an Hohenlohe, Athen 1897 Jänner 29, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 6; Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 Jänner 31, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 26; Şenişik, Transformation, 141–145; Sutter, Großmächte, 240f.

ker, Yennadis in dessen Aktivitäten sicher nicht verwickelt. Er selbst, Diliyiannis, tue alles, um der Propaganda der *Ethniki Etairia* auf Kreta und in Mazedonien entgegenzuwirken. Letztendlich falle die Bewahrung des Friedens auf Kreta aber ja nicht in seinen Verantwortungsbereich als griechischer Premierminister, sondern in jenen der Diplomaten der Großmächte. Alles hänge „vom Resultate der Botschafter-Conferenzen“ ab.[1386]

Tatsächlich waren die Botschafter aber noch immer mit ihrem gesamtosmanischen Reformprogramm und mit der Suche nach einem international akzeptablen Gendarmeriekommandanten für Kreta beschäftigt, als sich der in den Bezirken Sfakia und Apokorona ausgebrochene Aufstand auch auf den Ostteil der Insel ausbreitete und mit Unruhen in der Stadt Candia einen neuen Höhepunkt erreichte.[1387] Zwischen dem 21. und dem 24. Jänner begannen in den verlassenen Dörfern Ostkretas die ChristInnen, die Olivenbäume ihrer geflüchteten muslimischen NachbarInnen zu fällen. Es kam zu gegenseitigen Raubüberfällen und Morden zwischen ChristInnen und MuslimInnen. Dies löste eine noch größere Fluchtbewegung der muslimischen Landbevölkerung nach Candia aus, wo beim christlichen Bevölkerungsteil und bei den örtlichen Vizekonsuln der Großmächte die Angst vor muslimischen Vergeltungsakten und Massakern mit jedem Tag wuchs.[1388] Manche muslimischen Männer brachten nur rasch ihre Familien in die Stadt, um anschließend wie ihre christlichen Nachbarn bewaffnete Milizen zu bilden und wieder in die Dörfer zurückzukehren.[1389] Am 23. Jänner 1897 wurde auf Antrag der Vizekonsuln der Großmächte in Candia vom Vali Berovich Paşa die sofortige Aufstellung einer Gendarmeriekompanie von vierzig Mann für Candia und das östliche Kreta beschlossen.[1390] Am 24. Jänner 1897 schickten die Konsuln der Großmächte in Canea die dort als Delegierte der Gendarmeriekommission anwesenden Militärattachés als so genannte „Beruhigungskommission“ nach Candia.[1391]

Noch während diese „Beruhigungskommission“ die von der Gewaltwelle erfassten Dörfer bereiste, kam es zu einer weiteren Eskalation der Gewalt. Christliche und muslimische Milizen begannen, systematisch die Dörfer der jeweils anderen Religionsgruppe anzuzünden. Da man von Candia aus überall im Umland Rauchsäulen aufsteigen sah und sich unter den Flüchtlingen wilde Gerüchte über Geschehnisse in ihren verlassenen Heimatdörfern verbreite-

---

[1386] Kosjek an Gołuchowski, Athen 1897 Jänner 28, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 4B.
[1387] Biliotti an Salisbury, Canea 1897 Jänner 30, TNA PRO London, FO78/4831 Nr. 6.
[1388] Ebda; Telegramm der Vizekonsuln der Großmächte an die Konsuln der Großmächte in Canea, Candia 1897 Jänner 27, TNA PRO London, FO78/4831; Calocherino an Biliotti, Candia 1897 Jänner 27, TNA PRO London, FO78/4831.
[1389] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 30, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 7
[1390] Biliotti an Salisbury, Canea 1897 Jänner 30, TNA PRO London, FO78/4831 Nr. 6.
[1391] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 30, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 7; Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 81–85.

ten, brach in Candia Panik aus.[1392] In Zusammenarbeit mit dem örtlichen Gouverneur und dem osmanischen Militärkommandanten organisierten die Militärattachés daraufhin die sofortige Schließung der Stadttore und die Aufstellung von Militärkordons zur Trennung zwischen den muslimischen und christlichen Stadtvierteln. Nachdem auch noch der britische Torpedokreuzer HMS „Scout", gefolgt von je einem französischen und italienischen Kriegsschiff, im Hafen von Candia vor Anker gegangen war und osmanische Truppenverstärkungen die Stadt erreicht hatten, beruhigte sich die Lage wieder etwas.[1393] Am 29. Jänner 1897 kehrten die Militärattachés nach Canea zurück. Major Giesl meldete, dass er in Candia die „Gefahr vorläufig für abgewendet" hielt. Man müsse allerdings aber mit „schlechten Nachrichten" aus den Dörfern des Landesinneren rechnen.[1394]

Am 1. Februar 1897 traf ein erstes Kontingent montenegrinischer Rekruten für die reorganisierte kretische Gendarmerie in Canea ein.[1395] Am 2. Februar meldete Major Giesl, die Organisation der Gendarmen in vorläufig drei neue Kompanien sei bereits im Gange und man könne damit rechnen, dass die Arbeit der Gendarmeriekommission innerhalb von zwei Wochen beendet sein würde.[1396] Tatsächlich gab es aber wenig Grund für Optimismus. Abzüglich der bislang desertierten christlichen Gendarmen beschränkte sich die Gesamtzahl der auf Kreta verfügbaren Sicherheitskräfte nun auf 49 Offiziere und 518 einfachen Gendarmen der alten osmanischen Gendarmerie, die durch 9 „europäische" Offiziere und 83 neu angeworbene montenegrinische Gendarmen verstärkt wurden.[1397] Diesen insgesamt 58 Offizieren und 601 Gendarmen standen allein im Umland von Canea zwischen 3.000 und 4.000 bewaffnete christliche Kämpfer gegenüber, die gemeinsam mit den Christenmilizen der Bezirke um Candia und Rethymno gegen eine unbekannte Anzahl muslimischer Bewaffneter kämpften, ohne dass die Gendarmerie etwas dagegen tun konnte.[1398] Die auf der Insel stationierten regulären osmanischen Truppen wiesen zwar eine Truppenstärke von 12.000 Mann auf. Diese durften jedoch seit der im Juli 1896 aus Angst vor Massakern an der Zivilbevölkerung erlassenen Verordnung ihre Garnisonsorte, Forts und Befestigungsanlagen nicht mehr verlassen.[1399] Ge-

[1392] Sutter, Großmächte, 241f.
[1393] Biliotti an Salisbury, Canea 1897 Jänner 30, TNA PRO London, FO78/4831 Nr. 6; Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 30, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 7.
[1394] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 30, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 7.
[1395] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 79f.
[1396] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 2, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 2B.
[1397] Şenişik, Transformation, 138f.
[1398] Biliotti an Salisbury, Canea 1897 Jänner 30, TNA PRO London, FO78/4831 Nr. 6.
[1399] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 78; vgl. Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 Juli 4, TNA PRO London, FO 78/4710 Nr. 518A, 518B; vgl. Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 2, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 29C; Calice an Izzet Bey, Buyukdere 1896 Juli 2 privat, Beilage zu Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 2, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 29C; Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 4, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 87.

neralkonsul Pinter meldete unter dem Eindruck der Ereignisse in Candia am 30. Jänner 1897 nach Wien, „daß es nurmehr des geringsten Anlasses bedarf, um das mühsam begonnene Pacifizirungswerk vollens [sic] zerstört zu sehen.“[1400] Genau diesen Anlass boten eine Reihe blutiger Ereignisse, die Anfang Februar 1897 als direktes Resultat des Mangels an Sicherheitskräften stattfanden.

Am 1. Februar 1897 bildeten Halikuten und andere Muslime aus den verarmten Vororten Caneas einen bewaffneten Plünderungstrupp, der einen nächtlichen Überfall auf das vergleichsweise wohlhabende Christendorf Galata[1401] südwestlich der Stadt unternahm. Nachdem 12 der Angreifer erschossen oder verwundet worden waren, mussten sich die Plünderer zurückziehen, steckten jedoch auf dem Rückzug noch das Dorf in Brand.[1402] Da die Rauchsäule von Canea aus gut sichtbar war, breiteten sich rasch Gerüchte über den Vorfall aus. Weitere muslimische Kampftrupps bildeten sich und durchzogen das Umland von Canea, wo bald von Platanias[1403] im Westen bis zur Suda Bay im Osten alle christlichen, aber auch einige muslimische Dörfer und Bauernhöfe in Flammen standen.[1404]

Von den Rauchsäulen und Gerüchten über Plünderungen angelockt marschierten nun die Christenmilizen aus den Nachbarbezirken in die Ebene östlich und westlich von Canea, wo sie auf die aus der Stadt strömenden muslimischen Milizen trafen und sich heftige Feuergefechte mit diesen lieferten. Auch im Vorort Halepa östlich der Stadtmauern von Canea kam es in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Konsulaten der Großmächte zu bewaffneten Zusammenstößen und Schusswechseln. Eine Serie zunehmend dramatisch klingender Telegramme des österreichisch-ungarischen Generalkonsuls Pinter vom 1. Februar 1897 gipfelte in der dringenden Anforderung eines Kriegsschiffes mit dem Vermerk „Situation kritisch“.[1405] Bereits am 2. Februar 1897 erhielten nicht nur der Panzerkreuzer SMS „Maria Theresia“, sondern auch der Torpedokreuzer SMS „Sebenico“ den Befehl des Oberkommandos der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine, „ohne Rücksicht auf Kohlenökonomie so schnell als möglich nach Canea“ zu dampfen.[1406]

Die Maßnahmen, die der Vali und die Konsuln der Großmächte unterdessen zur Beruhigung der Lage in Canea treffen konnten, waren äußerst beschränkt. Während der britische

[1400] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 30, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 7.
[1401] Griechisch: Galatas.
[1402] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 1, HHStA Wien, PA XII/281 A; Şenişik, Transformation, 142; Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 83.
[1403] Griechisch: Platanias.
[1404] Şenişik, Transformation, 142; Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 83.
[1405] Telegramme Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 1, HHStA Wien, PA XII/281 A–C; Şenişik, Transformation, 142; Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 83.
[1406] Telegramm der Marinesektion an das Eskadrekommando Gravosa, Wien 1897 Februar 2, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 233.

Torpedokreuzer HMS „Scout“ und das offenbar immer noch den „Beschattungsbefehl“ vom Juni 1896 ausführende französische Kriegsschiff in Candia blieben, wurde ein seit Dezember 1896 in der Suda Bay stationiertes, russisches Kriegsschiff gemeinsam mit dem italienischen Kriegsschiff, dem vorübergehend der Schutz der österreichisch-ungarischen Staatsbürger auf Kreta übertragen worden war, nach Canea beordert.[1407] Gleichzeitig ließ Berovich Paşa nach dem Vorbild der in Candia getroffenen Maßnahmen auch in Canea Militärkordons aufstellen, die einen Sperrriegel zwischen den christlichen und muslimischen Stadtvierteln, sowie rund um das Diplomatenviertel Halepa bildeten.[1408]

In der Annahme, damit ausreichend zur Verhinderung weiterer Kämpfe innerhalb der Stadtmauern getan zu haben, wandten der Vali und die Konsuln ihre Aufmerksamkeit nun den laufenden Kämpfen außerhalb der Stadtmauern zu. Generalkonsul Pinter zufolge befanden sich am 2. Februar 1897 in den Dörfern und Vororten Caneas ungefähr 2.000 Christen im heftigen Kampf mit einer unbekannten Anzahl muslimischer Bewaffneter.[1409] Major Giesl zufolge konnte man in Canea während der folgenden Tage „[p]ausenlos […] Gewehrfeuer auf den Höhen“ außerhalb der Stadtmauer hören.[1410] Berovich Paşa ersuchte die Konsuln der Großmächte, gemeinsam mit dem griechischen Generalkonsul Yennadis als internationale Vermittlungskommission persönlich den im Gefecht stehenden Milizen entgegenzutreten und sie zur Einstellung der Kämpfe aufzufordern. Der britische Konsul Biliotti, der schon im Juli 1896 durch sein Projekt einer persönlichen Inspektionsreise durch die Kampfgebiete Kretas aufgefallen war, war ebenso wie der italienische Konsul Medana sofort dazu bereit. Pinter lehnte dagegen im Verein mit dem französischen Konsul Blanc und seinem russischen Kollegen Demerik die Beteiligung an der lebensgefährlichen Aktion unter dem Vorwand ab, keine entsprechenden Instruktionen durch die Botschafter in Konstantinopel zu besitzen.[1411] Obwohl sich Calice, Nelidov und Cambon beeilten, den Konsuln die geforderten Instruktionen

[1407] Sutter, Großmächte, 242; Verosta, Kollektivaktionen, 62. Der französische Kreuzer „Cosmas“ war seit Juni 1896 beauftragt, die Aktivitäten britischer Kriegsschiffe vor der Küste Kretas zu beobachten und diese auf jeder Fahrt zu begleiten, da die französische Regierung die britische Regierung verdächtigte, heimlich Waffen und Munition an die kretischen Rebellen zu liefern. Plessen an Hohenlohe, Athen 1896 Juni 29, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 36, R12212 Nr. 49.
[1408] Şenişik, Transformation, 142.
[1409] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 2, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.
[1410] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 83f.
[1411] Telegramm Pinters an Calice, Canea 1897 Februar 2 HHStA Wien, PA XII/281, B; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 4, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 5C; Şenişik, Transformation, 142; Sutter, Großmächte, 242. Biliottis Projekt einer Inspektionsreise durch die Kampfgebiete hatte im Juli 1896 nach einer Beschwerde seiner Kollegen und der Intervention der Botschafter in Konstantinopel in einem für den Konsul peinlichen Debakel geendet. Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juli 8, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 48; Biliotti an Salisbury, Canea 1896 Juli 11, TNA PRO London, FO 78/4636 Nr. 49. Für seine Beteiligung an der Vermittlungskommission im Februar 1897 erhielt er dagegen sowohl von Botschafter Currie als auch vom Foreign Office Rückendeckung. Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Februar 3, TNA PRO London, FO 78/4813 Nr. 31.

zu erteilen, brachte diese Verweigerung von Eigeninitiative durch die Konsuln eine Verzögerung von vollen zwei Tagen mit sich. Pinter erhielt daher zusammen mit den Instruktionen von Calice auch tadelnde Worte.[1412] Als die Vermittlungskommission am 4. Februar 1897 endlich die schützenden Mauern Caneas verließ, kam sie nicht weit. Schon nach wenigen Kilometern wurde sie auf der Landstraße zwischen Canea und Suda Bay von christlichen Milizen unter Beschuss genommen. Erst nachdem sich die Konsuln zu erkennen gegeben hatten, stellten die Milizionäre das Feuer ein und ermöglichten den Vertretern der Großmächte die hastige Flucht zurück nach Canea. Zuvor beschwerten sie sich aber noch bei diesen über die verabsäumte Umsetzung der von den Großmächten versprochenen Reformen, weigerten sich kategorisch, ihre Offensive zur Eroberung der Inselhauptstadt einzustellen und erklärten, nun kompromisslos für die Vereinigung Kretas mit dem Königreich Griechenland kämpfen zu wollen.[1413]

Am Nachmittag des 4. Februar 1897 brachen dann trotz aller Vorsichtsmaßnahmen auch mitten in Canea Kämpfe zwischen den Religionsgruppen aus. In einem von ChristInnen bewohnten Viertel der Altstadt wurden aus mehreren Fenstern und Dachluken Schüsse auf die Soldaten der von Berovich Paşa aufgestellten Militärkordons abgegeben. Im darauf folgenden Chaos wurden nicht nur bis zu 20 osmanische Soldaten und 30 zivile Angehörige beider Religionsgruppen getötet, es brach auch ein Brand aus. Das Feuer breitete sich rasch aus, so dass bald nicht nur die Stadtresidenz des griechisch-orthodoxen Bischofs, mehrere Bäckereien und das Schuhmacherviertel, sondern auch mehrere große Öltanks in Flammen standen. Erst als gegen Abend die SMS „Maria Theresia“ und wenig später auch die SMS „Sebenico“ und die übrigen verfügbaren Kriegsschiffe der Großmächte im Hafen von Canea einliefen, klang das Chaos in der Stadt wieder etwas ab.[1414] Die Staatsangehörigen der Großmächte, die Konsuln und ein Teil der in der Stadt lebenden kretischen ChristInnen flüchteten sich auf die Kriegsschiffe, die wiederum mehrere Abteilungen Marineinfanterie in der Stadt landen ließen. Dreißig österreichisch-ungarische Marineinfanteristen besetzten das österreichisch-ungarische Generalkonsulat, in dem zuvor während der Kämpfe zwischen den Milizen mehrere Kugeln

[1412] Telegramm Calices an Pinter, Konstantinopel 1897 Februar 4, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.
[1413] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 4, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 9
[1414] Telegramme Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 4 HHStA Wien, PA XII/281B–C; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 4, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 5C; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Februar 5, TNA PRO London, FO 78/4813 Nr. 33; Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Pera 1897 Februar 5, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 37; Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1897 Februar 6, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 22; Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 9; Bickford-Smith, Sketches, 169f.; Şenişik, Transformation, 142; Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 83f.; Sutter, Großmächte, 242.

eingeschlagen hatten.[1415] Während bewaffnete französische Matrosen in den Straßen Caneas patrouillierten, beteiligten sich die Besatzungen der Kriegsschiffe auch an den Löscharbeiten des in der Stadt wütenden Feuers. Dennoch dauerte es mehrere Tage, bis alle Brandherde lokalisiert und die Flammen erstickt waren.[1416] Das Feuer hatte bis zu diesem Zeitpunkt insgesamt 246 Häuser zerstört und zeitgenössischen Schätzungen zufolge einen Schaden in der Höhe von 250.000 £T angerichtet.[1417]

Canea war nach den Kämpfen am 4. Februar 1897 verwüstet und durch die Flucht des christlichen Teils der Stadtbevölkerung teilweise menschenleer. Berovich Paşa hatte schon mehrere Monate zuvor seine Residenz im Regierungspalast aufgegeben und war ins Diplomatenviertel Halepa übersiedelt, so dass sich der Sitz der Verwaltung des *Vilâyets* nun in einem Stadtteil außerhalb der Mauern befand, der zeitweise von christlichen Rebellen kontrolliert wurde.[1418] Pinter beschloss als einziges Mitglied des Konsularkorps, ebenfalls in Halepa zu bleiben. Die übrigen Konsuln der Großmächte quartierten sich nach ihrer Rückkehr von den Schiffen gemeinsam mit einigen inzwischen in Canea eingetroffenen Zeitungskorrespondenten in einem verlassenen Hotel in der Innenstadt ein.[1419]

Die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel waren all diesen dramatischen Nachrichten zum Trotz noch nicht gewillt, das Scheitern ihres Reformprogramms auf Kreta zu akzeptieren. Dies zeigte sich etwa, als die noch auf Kreta stationierten Militärattachés der Botschaften anfragen ließen, ob sie ihre Funktion als Delegierte der Gendarmeriekommission niederlegen und nach Konstantinopel zurückkehren durften. Calice teilte den Kommissionsmitgliedern als Doyen der Botschafter am 6. Februar 1897 mit, man gehe seitens der Botschafter jedoch davon aus, dass die Gendarmeriekommission auf ihrem Posten bleiben werde, solange ihre Präsenz zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“ beitragen könnte.[1420] Diese Antwort Calices wurde von Außenminister Gołuchowski nachträglich ausdrücklich bestätigt. Gołuchowski teilte dem Botschafter am 8. Februar 1897 mit Zustimmung Kaiser Franz Josephs I. mit, dass er einen vorzeitigen Abzug Major Giesls von Kreta ablehne. Man dürfe

[1415] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 4 HHStA Wien, PA XII/281C; Telegramm Kdo. SMS „Maria Theresia“ an Marinesektion, Canea 1897 Februar 5, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.
[1416] Telegramm Kdo. SMS „Maria Theresia“ an Marinesektion, Canea 1897 Februar 5, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Telegramm Kdo. SMS „Maria Theresia“ an Marinesektion, Canea 1897 Februar 6, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 6, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.
[1417] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 9; Sutter, Großmächte, 242.
[1418] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 9.
[1419] Bickford-Smith, Sketches, 173f.; Hulme-Beaman, Twenty Years, 255f.
[1420] Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Februar 6, TNA PRO London, FO 78/4813 Nr. 36; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 9, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 20.

schließlich niemandem „Grund zur Annahme geben […], daß von der Durchführung der Reorganisation der kretensischen Gendarmerie abgesehen wird […].“[1421]

Die Reformkommission selbst war dagegen offenbar der Meinung, dass es auf Kreta keine „Ordnung“ mehr gab, die man „aufrechterhalten“ könne und betrachtete die Gendarmeriereform als hinfällig. Major Giesl kommentierte in seinen Memoiren die Ereignisse des 4. Februar 1897 mit dem lakonischen Satz „Das Reformwerk […] war gescheitert.“[1422] Der deutsche Botschafter Saurma kam am 5. Februar 1897 in einem Bericht an das deutsche Auswärtige Amt zu einem ähnlichen Schluss.

„Ich fürchte fast, daß der entfesselte Nationalhaß kaum mehr zu dämpfen sein und man sich damit zu begnügen haben wird, die Bewegung in Kreta zu lokalisiren.“[1423]

Tatsächlich sollten die Konsuln, Botschafter und Regierungen der Großmächte diesmal aber auch mit der „Lokalisierung“ des Konflikts auf Kreta scheitern.

IV.b. Eskalation, Uneinigkeit und Hilflosigkeit. Das Scheitern der Politiker und Diplomaten der Großmächte an der Lokalisierung der Krise auf Kreta

IV.b.1. Griechische und osmanische Interventionsbestrebungen

Sofort nach dem Eintreffen erster Meldungen über die Kämpfe und den Brand in Canea am 4. Februar 1897 richtete die osmanische Regierung eine Reihe von Telegrammen an die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel. Darin wurde festgestellt, dass nun kein Zweifel mehr an einem neuerlichen Ausbruch des Aufstands auf Kreta bestehen könne, und dass eine örtliche Begrenzung des Aufstandes nur durch die Entsendung zusätzlicher osmanischer Truppen zu erreichen sei.[1424] Besonders die britischen Politiker und Diplomaten machten sich daraufhin große Sorgen, dass im Fall neuer Ausschreitungen osmanischer Soldaten gegen christliche ZivilistInnen die britische Öffentlichkeit die Schuld daran Premierminister Salisbury und seiner Regierung zuweisen könnte.[1425] Andererseits konnten sich die Botschafter nicht offiziell gegen eine Entsendung osmanischer Truppen auf die immer noch osmanische Insel Kreta aussprechen, wenn nicht die Regierungen der Großmächte ihrerseits die mili-

[1421] Gołuchowski an Calice, Wien 1897 Februar 8, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Verosta, Kollektivaktionen, 63.
[1422] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 84.
[1423] Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Pera 1897 Februar 5, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 38.
[1424] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Februar 5, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 33; vgl. Şenişik, Transformation, 143.
[1425] Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Februar 6, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 35; vgl. Şenişik, Transformation, 143f.

tärische Verantwortung für die Beendigung des Aufstands übernehmen würden.[1426] Die Botschafter beschlossen daher am 6. Februar 1897, keine offizielle Stellungnahme zur osmanischen Ankündigung abzugeben. Stattdessen gaben sie lediglich „inoffiziell" und nicht als Gruppe Warnungen an die osmanische Regierung weiter, von Truppenverstärkungen für Kreta abzusehen. Als Alternativplan konnten sie aber nur vage auf die Möglichkeit einer diplomatischen Lösung durch Vermittlung der Konsuln verweisen.[1427] Der griechische Premierminister Diliyiannis kündigte unterdessen an, dass eine Entsendung weiterer osmanischer Truppen nach Kreta eine Kriegserklärung des Königreichs Griechenland an das Osmanische Reich „unvermeidlich" machen würde.[1428]

Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Kriegs wuchs mit jedem Tag. Bereits am 6. Februar 1897 meldete das britische Generalkonsulat in Saloniki Gerüchte über Waffenverteilungen an die muslimische Bevölkerung im griechisch-osmanischen Grenzgebiet in Mazedonien.[1429] Die *Ethniki Etairia* nutzte unterdessen ihren ganzen Einfluss, um in den griechischen Medien, in der Öffentlichkeit und unter den Entscheidungsträgern der griechischen Außenpolitik Stimmung für eine Intervention Griechenlands auf Kreta zu machen.[1430] In allen größeren Städten Griechenlands fanden Volksversammlungen statt, auf denen Agitatoren flammende Reden über die „Befreiung" Kretas hielten, Sammlungen von Waffen und Geld organisierten und Freiwillige für griechische Christenmilizen auf Kreta oder in Mazedonien rekrutierten.[1431]

Am 4. Februar 1897 sah sich Premierminister Diliyiannis im griechischen Parlament heftigen Angriffen des Oppositionsführers Dimitrios Rallis ausgesetzt und musste sich gegen den Vorwurf verteidigen, die christlichen KreterInnen im Stich gelassen zu haben. Rallis behauptete, Diliyiannis habe Generalkonsul Yennadis zur Unterstützung der Vermittlungsbemühungen der Konsuln der Großmächte angewiesen, obwohl sich diese weigerten, Griechenland als gleichberechtigten Partner zu behandeln und Yennadis in ihre Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Diese Kritik richtete sich nicht nur gegen die Regierung Diliyiannis. Sie stellte auch einen bemerkenswert direkten Angriff auf ein Grundprinzip des „Konzerts" der Großmächte dar, dessen Repräsentanten gerne eine bedingungslose „Unterwerfung" der restlichen Welt unter ihre Schiedssprüche postulierten. Diliyiannis antwortete auf diesen Vorwurf ganz im Sinne des Rechtsverständnisses der Großmächte. Letztere trügen als Garanten des Berliner

[1426] Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Februar 9, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 42.
[1427] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Februar 5, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 33; Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Februar 6, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 35; Şenişik, Transformation, 143f.
[1428] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 10, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 11.
[1429] Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Februar 6, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 37.
[1430] Şenişik, Transformation, 144f.; Zelepos, Ethnisierung, 178f.
[1431] Ebda, 255.

Vertrages die alleinige Verantwortung für die Umsetzung von Reformen im Osmanischen Reich und seien zu keiner Einbeziehung von Griechenland in ihre Vermittlungsaktion auf Kreta verpflichtet. Da diese Erklärungen des Premierministers, wie der österreichisch-ungarische Gesandte in Athen pointiert anmerkte, „im diplomatischen Corps mehr Erfolg hatten, als in der griechischen Kammer", fügte Diliyiannis noch eine Relativierung seines Standpunktes hinzu. Dieser – so Diliyiannis – würde sich gegebenenfalls ändern, falls die Vermittlungsaktion der Großmächte auf Kreta eindeutig scheitern würde.[1432]

Um offenbar genau diesen Eindruck zu vermitteln, telegrafierte Generalkonsul Yennadis einen Tag später, am 5. Februar 1897, einen dramatischen Hilferuf nach Athen, in dem er behauptete, in Canea fände gerade ein schreckliches ChristInnenmassaker statt. Yennadis bat um die sofortige Entsendung griechischer Schiffe und Truppen nach Canea, da „sich die Konsuln weigern, Matrosen [von den Kriegsschiffen] landen zu lassen und die in der Stadt Zurückgebliebenen zu retten, die entweder massakriert oder verbrannt werden."[1433] Die Meldung bezog sich offenbar auf die bereits erwähnten Ausschreitungen in Canea am Nachmittag des 4. Februar 1897, bei denen es sich jedoch in Wirklichkeit weder um eine großangelegte „Massakrierung" der christlichen Stadtbevölkerung, noch um einen einseitigen Gewaltausbruch der muslimischen gegen die christlichen BewohnerInnen handelte. Die Behauptung, die Konsuln hätten sich geweigert, Hilfe von den Kriegsschiffen anzufordern, war überhaupt eine glatte Lüge des griechischen Generalkonsuls.[1434]

In Griechenland wurde dem Telegramm von Yennadis aber Glauben geschenkt, so dass es den vermutlich gewünschten Effekt hatte. Verschiedene Athener Tageszeitungen deuteten die insgesamt etwa 50 getöteten Soldaten und ZivilistInnen beider Religionsgruppen kurzerhand zu 300 bis 1.500 massakrierten ChristInnen um. Sie schürten damit eine Stimmung, in der ein gewaltsamer Sturz Regierung Diliyiannis durch aufgebrachte Menschen-

[1432] Zusammenfassung und Kommentar zur Debatte im griechischen Parlament im Bericht von Széchényi an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 8, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 6B.

[1433] „[…] les consuls refusent de faire débarquer les matelots pour sauver ceux qui ~ restent dans la ville et qui vont être massacrés ou brûlés." Zitiert im Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 5, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 8. Übers. d. Verf. Vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 40; Sutter, Großmächte, 243–246; Loulos, Griechenlandpolitik, 50f.

[1434] Dülffer, Kreta-Krise, 40; Sutter, Großmächte, 243–246; Loulos, Griechenlandpolitik, 50f. Vgl. Telegramme Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 4 HHStA Wien, PA XII/281B–C; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 4, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 5C; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Februar 5, TNA PRO London, FO 78/4813 Nr. 33; Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Pera 1897 Februar 5, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 46, R12222 Nr. 37; Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1897 Februar 6, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 22; Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 9; Bickford-Smith, Sketches, 169f.; Şenişik, Transformation, 142; Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 83f.; Sutter, Großmächte, 242.

mengen immer wahrscheinlicher wurde.[1435] Die Vertreter der Großmächte in Athen waren selbst noch nicht über die tatsächliche Situation auf Kreta informiert und bemühten sich, die von Yennadis behauptete Verweigerung von Matrosenlandungen durch die Konsuln zu rechtfertigen. Ihre Warnungen an die griechische Regierung, die Vermittlungsaktion der Großmächte keinesfalls durch eine Entsendung griechischer Truppen oder Kriegsschiffe zu stören, erwiesen sich vor diesem Hintergrund als wirkungslos.[1436] Noch am 5. Februar 1897 erklärte Premierminister Diliyiannis inmitten einer besonders turbulenten Parlamentssitzung, die von wütenden Demonstrationen rund um den Sitzungssaal begleitet wurde, die griechische Regierung werde nun ihre „Verantwortung" gegenüber Kreta wahrnehmen. Unter tosendem Applaus verlas er den Beschluss des Ministerrats, Kriegsschiffe nach Canea zu schicken.[1437] Auch zivile Frachtschiffe mussten fortan bei Transporten griechischer Waffen und Freiwilliger zur Unterstützung der kretischen Christenmilizen keinerlei Geheimhaltung mehr üben.[1438]

Weitere Entwicklungen folgten mit einer Geschwindigkeit, die auf eine koordinierte Vorbereitung durch die Anhänger der *Ethniki Etairia* in Griechenland und auf Kreta hindeutet und den Diplomaten der Großmächte kaum Zeit für Reaktionen ließ. Am 6. Februar 1897 veröffentlichte die *Ethniki Etairia* in Athen einen Aufruf an ihre „Brüder" auf Kreta, in dem vernichtende Kritik an der Vermittlungsaktion des Mächtekonzerts geübt und die kretischen Christen zur Selbstjustiz und zum Vollzug der Union mit Griechenland ermutigt wurden.

„Vergebens habt Ihr unzählige Male den Siegeslorbeer, welcher die Waffen Kretas gekrönt hat […] den Interessen Europas geopfert. Vor kurzem noch Beherrscher der Insel, Besieger des langjährigen Feindes, habt Ihr das Haupt vor dem Befehle der Mächtigen der Erde gebeugt und eine scheinbare Unabhängigkeit angenommen […]. Proklamiert [nun] die Union und fasset Mut! Auf Euren Ruf wird die tausendfältige Stimme der Nation von einem Ende des Griechentums bis zum anderen Antwort geben […] und hilfreiche Arme werden euch unterstützen."[1439]

Einen Tag später, am 7. Februar 1897, erschienen die griechischen Panzerschiffe „Hydra" und „Miaoulis" unter dem Kommando des Konteradmirals Aristides Reineck vor

[1435] Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1897 Februar 6, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 22; Dülffer, Kreta-Krise, 40; Loulos, Griechenlandpolitik, 50f.; Macrakis, Venizelos' Early Life, 58; Sutter, Großmächte, 243−246; Zelepos, Ethnisierung, 179.
[1436] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 5, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 8.
[1437] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 5, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 9; Dülffer, Kreta-Krise, 40; Loulos, Griechenlandpolitik, 50f.; Macrakis, Venizelos' Early Life, 58; Sutter, Großmächte, 243−246; Zelepos, Ethnisierung, 179f.
[1438] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 5, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 9; Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 7, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 10; Széchényi an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 8, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 6A.
[1439] Der Nationalverein an die Bevölkerung Kretas, Übersetzung der Gesandtschaft Athen, Athen 1897 Februar 6, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; abgedruckt bei Sutter, Großmächte, 245f.; Zürrer, Großmächte, 245f.

Canea.[1440] Die „Hydra“ brachte dort 267 Gewehre vom Typ „Fusil Gras M80“ und zwei Kanonen aus Beständen der griechischen Armee an Land. Die Waffen wurden zusammen mit einer griechischen Flagge an die Angehörigen einer Christenmiliz ausgegeben, die zu diesem Zeitpunkt die östlichen Vororte von Canea und die daran anschließende Halbinsel Akrotiri[1441] kontrollierte.[1442] Die somit bestens ausgerüstete Akrotiri-Miliz, der auch der spätere griechische Premierminister Eleftherios Venizelos angehörte, stellte daraufhin einen Kampftrupp von 70 Mann zusammen und besetzte den Profitis Ilias, einen 122 Meter hohen Hügel, der die Inselhauptstadt Canea überragte. Dort – demonstrativ in Sichtweite der Diplomaten und Kriegsschiffe der Großmächte – richteten die Milizionäre ihr Hauptquartier ein, hissten die griechische Flagge und proklamierten noch am selben Tag die Union Kretas mit dem Königreich Griechenland.[1443] Diese Proklamation orientierte sich deutlich am Aufruf der *Ethniki Etairia* vom Vortag. Erneut wurde mit der Feststellung, die kretische Reform sei gescheitert, den Großmächten das Recht, über die Zukunft Kretas zu entscheiden, abgesprochen und stattdessen das Selbstbestimmungsrecht der kretischen ChristInnen betont.

„Es ist vollständig offenkundig geworden, dass das der Insel Creta durch das Wohlwollen und die humanen Gesinnungen der Grossmächte gewährte Verwaltungssystem undurchführbar ist. […] Es ist gewiss, dass ein neuer Versuch, das erwähnte System durchzuführen, die vollständige Vernichtung der christlichen Inselbevölkerung zur Folge haben würde. Wir proclamieren daher die Annexion der Insel Creta an das Königreich Griechenland, die ja stets unseren einzigen Wunsch gebildet hat.“[1444]

Auch in den Bezirken Selinos, Sfakia und Kissamos[1445] wurden griechische Flaggen gehisst und Unionsproklamationen veranstaltet.[1446] Da diese Aktivitäten der kretischen Christenmilizen nicht nur eine Rebellion gegen das Osmanische Reich darstellten, sondern zunehmend den Charakter einer offen vom Königreich Griechenland unterstützten Rebellion gegen das Konzert der Großmächte annahmen, äußerte sich nun auch der österreichisch-ungarische Generalkonsul in Canea auffallend desillusioniert über seinen bisherigen Freund Yennadis. In einem Bericht vom 12. Februar 1897 empörte sich Pinter über das „unter der direkten Leitung

[1440] Telegramm Kdo. SMS „Maria Theresia“ an Marinesektion, Canea 1897 Februar 7, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Széchényi an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 8B; Macrakis, Venizelos‘ Early Life, 58–64.
[1441] Griechisch: Akrotiri.
[1442] Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 12, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 10; Macrakis, Venizelos‘ Early Life, 58–64.
[1443] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 7, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Dülffer, Kreta-Krise, 40; Macrakis, Venizelos‘ Early Life, 58–64; Şenişik, Transformation, 144; Sutter, Großmächte, 242−246; Zelepos, Ethnisierung, 179f.
[1444] Übersetzung der Proklamation nach Albert Freiherr Margutti, Der türkisch-griechische Conflict 1897. Seine Entstehungsgeschichte und seine Austragung im jüngsten europäischen Kriege, Temesvár 1898, 20f.; abgedruckt bei Pangerl, Kreta-Mission, 48f.
[1445] Griechisch: Kissamos.
[1446] Telegramm Bülows an Auswärtiges Amt, Rom 1897 Februar 9, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 47, R12223 Nr. 27; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 12, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.

des griechischen Generalkonsulates“ organisierte „terroristische Vorgehen“ der Milizen von Akrotiri und Apokorona, sowie über das „provokatorische Auftreten der griechischen Kriegsschiffe“ und die griechischen Waffenlieferungen.[1447]

Die eilig zusammengetretenen Botschafter in Konstantinopel schickten am 9. Februar 1897 ein gemeinsames Telegramm an ihre Regierungen, in dem sie vorschlugen, von Griechenland und dem Osmanischen Reich einen beiderseitigen Verzicht auf die Entsendung von Truppen und Kriegsschiffen zu fordern und gleichzeitig in allen Häfen der Insel Kriegsschiffe der Großmächte zu stationieren.[1448] Die Situation eskalierte jedoch weiter, bevor die Regierungen der Großmächte über diesen Vorschlag auch nur verhandeln konnten. Am 10. Februar 1897 wurde Prinz Georgios, der zweitälteste Sohn des Königs von Griechenland, bei einer Inspektion der Marinearsenale im Hafen von Piräus von einer wütenden Menschenmenge empfangen, die ihn auspfiff und skandierte, sein Platz und der Platz der griechischen Flotte seien nicht hier sondern auf Kreta.[1449] Am 11. Februar 1897 wurde diese Forderung erfüllt, als der König mit seinen Söhnen abermals in Piräus erschien. Prinz Georgios schiffte sich nun unter dem Jubel der Demonstranten ein, um tatsächlich als Kommandant einer griechischen Flottille von sechs Torpedobooten nach Kreta abzufahren.[1450]

Selbst ein direktes Eingreifen der griechischen Kriegsschiffe in die Kämpfe auf Kreta schien nun möglich. Konteradmiral Reineck ließ am 10. Februar 1897 die Kommandanten der Kriegsschiffe der Großmächte vor Canea formell fragen, wie sie wohl auf eine Bombardierung der Stadt durch sein Flaggschiff „Hydra“ reagieren würden.[1451] Der österreichisch-ungarische Außenminister Gołuchowski reagierte darauf mit einer energischen Warnung an die griechische Regierung. Griechenland müsse – so Gołuchowski – im Fall eines derart bewusst provozierten Krieges gegen das Osmanische Reich der „militärischen Übermacht seines Gegners Preis [ge]geben [werden] […], ohne daß man dabei in Athen auf die Unterstützung seitens irgendeiner europäischen Macht zählen könnte“.[1452]

[1447] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 12, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; auszugsweise abgedruckt bei Sutter, Großmächte, 247.
[1448] Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Februar 9, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 42.
[1449] Széchényi an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 8B; Sutter, Großmächte, 255f.
[1450] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 12; Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 14; Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Februar 11, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 43; Dülffer, Kreta-Krise, 40; Şenişik, Transformation, 147f.; Sutter, Großmächte, 260f.; Pangerl, Kreta-Mission, 49.
[1451] Széchényi an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 8B; Sutter, Großmächte, 260f.; Verosta, Kollektivaktionen, 64.
[1452] Gołuchowski an Szechényi, Wien 1897 Februar 11, HHStA Wien, PAXII/281 Nr. 4; Auszugsweise abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 64f.; vgl. Sutter, Großmächte, 261f.

Die osmanische Regierung hatte unterdessen die Regierungen der Großmächte mit einem Rundschreiben daran erinnert, dass das Osmanische Reich im Jahr 1896 die militärische Unterdrückung des kretischen Aufstandes nur mit Rücksicht auf die damals angebotene Vermittlungsaktion des Konzerts eingestellt habe. Die Großmächte sollten nun entweder selbst etwas gegen die griechische Unterstützung des Aufstandes unternehmen, oder dem Osmanischen Reich die volle Handlungsfreiheit zur Niederschlagung der Rebellion zurückgeben.[1453] Entsprechende Anfragen wurden fortan regelmäßig nicht nur an die Regierungen, sondern auch an die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel gerichtet.[1454]

Der griechische Premierminister Diliyiannis sah unterdessen ein, dass eine griechische Annexion Kretas mit Zustimmung des Konzerts vorerst nicht möglich war. Vor einem offenen Verstoß gegen die Wünsche und Befehle der Großmächte scheute er – noch – zurück. Am 13. Februar 1897 ordnete er den Abzug der Torpedobootflottille und des Prinzen Georgios von Canea an.[1455]

Es kam dennoch zu einer weiteren Eskalation der griechischen Intervention auf Kreta. Am 12. Februar 1897 hatte Vali Berovich Paşa die Entsendung einer Kompanie von 200 osmanischen Soldaten und muslimischen Milizionären von Candia nach Sitia[1456] angeordnet, wo eine osmanische Garnison von Christenmilizen belagert wurde. Die Truppen sollten auf dem Seeweg verlegt werden. Das als Truppentransporter fungierende osmanische Dampfschiff „Fuad“ wurde jedoch unmittelbar nach dem Auslaufen aus Canea vom griechischen Panzerschiff „Miaoulis“ gestellt, beschossen und zur eiligen Rückkehr in den Hafen gezwungen.[1457] Dieses direkte Eingreifen eines griechischen Kriegsschiffs ermutigte die kretischen Christenmilizen zu einem neuerlichen Frontalangriff auf die Inselhauptstadt.

Am 13. Februar 1897 zogen die Christenmilizen bis zu 12.000 Mann auf den Hügeln um Canea zusammen, von wo aus sie versuchten, die Vororte einzunehmen. Diese wurden von osmanischen Soldaten und muslimischen Milizionären erbittert verteidigt. Abermals war auch das Diplomatenviertel Halepa unmittelbarer Schauplatz von Kämpfen. Die Konsuln der Großmächte, die erst am 9. Februar wieder in ihre Amtssitze zurückgekehrt waren, verließen diese nun erneut und flohen entweder auf die im Hafen von Canea liegenden Kriegsschiffe

[1453] Şenişik, Transformation, 145f.; Verosta, Kollektivaktionen, 63f.
[1454] Telegramm Tevfik Paşas an Mahmoud Nedim Bey, Konstantinopel 1897 Februar 12, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 15; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Februar 13, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 47; Tevfik Paşa an Mahmut Nedim Bey, Konstantinopel 1897 Februar 13, HHStA Wien, PAXII/281 ohne Nummer; auszugsweise abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 66; vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 42; Şenişik, Transformation, 148f.
[1455] Dülffer, Kreta-Krise, 42.
[1456] Griechisch: Sitia.
[1457] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 13, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 42; Şenişik, Transformation, 148f.; Sutter, Großmächte, 266.

oder in die unter Schutz der internationalen Landungskommandos stehende Innenstadt. Berovich Paşa, der Anfang Jänner 1897 seine Residenz als Vali aus der Innenstadt nach Halepa verlegt hatte, floh auf ein russisches Kriegsschiff, wobei er die 90 verbliebenen montenegrinischen Gendarmen als eine Art persönliche Leibwache mitnahm.[1458] Obwohl die Kämpfe um Canea am folgenden Tag ergebnislos abklangen und Konteradmiral Reineck reuig erklärte, künftig keine Angriffe auf osmanische Schiffe mehr durchführen zu wollen, hatte der Vali von Kreta nun endgültig genug von seinem undankbaren Posten. Am 14. Februar 1897 erklärte er seinen sofortigen Rücktritt und schiffte sich auf einem österreichisch-ungarischen Postdampfer nach Korfu ein.[1459] Dies besiegelte den allgemeinen Eindruck eines Zusammenbruchs der öffentlichen Ordnung auf der Insel und löste eine außergewöhnlich schwierige Suche nach einem Nachfolger für Berovich Paşa aus. Alexander Karatheodori Paşa, der bereits von Mai 1895 bis März 1896 Vali von Kreta gewesen war, lehnte das ihm nun erneut angebotene Amt ab. Alle übrigen Kandidaten, denen der unpopuläre Posten angetragen wurde, folgten seinem Beispiel.[1460]

Die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel bemühten sich um Schadensbegrenzung. Auf Anweisung Botschafter Nelidovs wurden die mit Berovich Paşa auf das russische Kriegsschiff geflohenen montenegrinischen Gendarmen wieder an Land gesetzt, wo sie sich zur Verfügung der mit der Gendarmeriereform beauftragten Kommission halten sollten. Gleichzeitig empfahlen die Botschafter die einstweilige Ernennung eines osmanischen „Hochkommissars“, um die zusammengebrochene kretische Zivilverwaltung wenigstens provisorisch wieder aufbauen zu können.[1461] Tatsächlich kam ein solcher Beschluss aber nie zustande, sodass fortan der ehemalige Stellvertreter von Berovich Paşa, Ismail Bey, provisorisch die osmanische Verwaltung Kretas leitete. Indem man die rasche Ernennung eines von allen Großmächten anerkannten osmanischen Gouverneurs oder Hochkommissars verabsäumte, vertagte man diese wichtige Frage, die im März 1898 den Anlass zum endgültigen Zerbrechen der internationalen Zusammenarbeit auf Kreta liefern sollte.

[1458] Telegramme Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 13, HHStA Wien, PA XII/281 B, C; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 14, HHStA Wien, PA XII/281 A; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Februar 15, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 49; Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 19, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 11; vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 40; Şenişik, Transformation, 147; Verosta, Kollektovaktionen, 68.

[1459] Telegramme Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 14, HHStA Wien, PA XII/281 A, B; Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 19, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 11; vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 40; Şenişik, Transformation, 151; Verosta, Kollektovaktionen, 68.

[1460] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 17, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 35; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 19, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 37; vgl. Verosta, Kollektivaktionen, 68.

[1461] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Februar 15, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 49.

IV.b.2. Diplomaten, Politiker und Militärs. Chaos und Neuordnung der internationalen Konfliktvermittlung in Reaktion auf die griechische Intervention auf Kreta

Die Politiker und Diplomaten der Großmächte sahen die Kretakrise im Februar 1897 ebenso wie schon 1896 in erster Linie im Kontext der Erhaltung des „europäischen Konzerts" und seiner weltweiten Vormachtstellung in der internationalen Politik. In einer Parlamentsdebatte im britischen Unterhaus wurde das Schreckensszenario einer Zerstörung des Konzerts als gleichbedeutend mit dem allseits gefürchteten „europäischen Krieg" und seinen unberechenbaren Folgen bewertet. Auch der französische Außenminister Hanotaux erklärte seine Entschlossenheit, die Priorität der Erhaltung des „europäischen Friedens" gegenüber den Expansionsträumen griechischer NationalistInnen durchsetzen zu wollen.[1462] Fromme Wünsche nach Einigkeit allein reichten jedoch nicht aus, diese zwischen den Regierungen der Großmächte auch tatsächlich herzustellen.

Anstatt weiter auf durch Botschafter und Konsuln gebildete Kollektivorgane vor Ort zu setzen, griffen die Außenminister der Großmächte nun wieder auf die Methoden einer auf telegrafischem Weg organisierten „Kabinettsdiplomatie" zurück, starteten unkoordinierte Einzelinitiativen und sandten Rundtelegramme aus, die einander widersprachen oder überlappten. Der britische Premierminister Salisbury erklärte am 10. Februar 1897, er werde trotz aller Vorbehalte der britischen Öffentlichkeit gegen den „blutigen Sultan" keinen Einspruch gegen osmanische Truppenverstärkungen auf Kreta erheben. Bereits am 12. Februar nahm er diese Ankündigung aber wieder zurück.[1463] Stattdessen einigte er sich nun mit dem französischen Außenminister Hanotaux darauf, gemeinsam eine formale Zusammenarbeit der Kommandanten der Kriegsschiffe der Großmächte vor Canea bei der Verhinderung einer griechischen Intervention auf Kreta vorzuschlagen. Der Vorschlag stieß auf allgemeine Zustimmung und innerhalb weniger Tage erhielten die Schiffskommandanten von ihren jeweiligen Regierungen Anweisungen, sich im Fall von Provokationen durch die griechischen Kriegsschiffe abzusprechen und ihre Reaktion zu koordinieren.[1464] Diese Anweisungen waren aber nicht einheitlich formuliert und in ihrer Definition eventueller „Provokationen" und der angemessenen „Reaktionen" darauf sehr unterschiedlich. Die britischen Instruktionen sahen ein notfalls gewaltsames Vorgehen gegen die griechischen Kriegsschiffe vor, was dem österrei-

[1462] Vgl. die Zusammenstellung entsprechender Zitate bei Dülffer, Kreta-Krise, 41.
[1463] Sutter, Großmächte, 259.
[1464] Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1897 Februar 12, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 28; Telegramm Pasettis an Gołuchowski, Rom 1897 Februar 12, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 22; Telegramm Szögyénys an Gołuchowski, Berlin 1897 Februar 13, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 38; Sutter, Großmächte, 262f.

chisch-ungarischen Botschafter in London zufolge als diplomatischer „Schuss vor den Bug“ der griechischen Regierung gedacht war.

„Lord Salisbury hofft sehr, daß die Nothwendigkeit nicht eintritt, ein [griechisches] Torpedoboot in Grund zu bohren, rechnet aber darauf, daß diese Instructionen ihre Wirkung in Athen nicht verfehlen werden.“[1465]

Auch die Instruktionen der deutschen und russischen Schiffskommandanten beinhalteten die Perspektive eines gewaltsamen Vorgehens gegen griechische Schiffe, wobei bereits die fortgesetzte Lieferung von Waffen, Munition und Geldmitteln an die Aufständischen als ausreichende „Provokation“ beschrieben wurde und erstmals sogar die Besetzung aller wichtigen Städte Kretas durch Landungstrupps der Großmächte angedacht wurde.[1466] Linienschiffskapitän Gustav Ritter von Brosch, der Kommandant des österreichisch-ungarischen Panzerkreuzers SMS „Maria Theresia“, wurde im Gegensatz dazu lediglich angewiesen, gegen ein Eingreifen der griechischen Kriegsschiffe in die Kämpfe „eventuell energischen Protest“ einzulegen. Er sollte in diesem Fall den griechischen Oberkommandierenden auf dessen „schwere Verantwortlichkeit“ aufmerksam machen, ansonsten aber auf weitere Befehle aus Wien warten.[1467] Hätten sich alle Schiffskommandanten streng an die Instruktionen ihrer jeweiligen Regierungen gehalten, wären sie somit als Gruppe völlig handlungsunfähig gewesen.

Nichtsdestotrotz konstituierten sich die Kommandanten der vor Kreta stationierten Kriegsschiffe der Großmächte nun zu einem weiteren inoffiziellen Kollektivorgan des europäischen Konzerts. Am 12. Februar 1897 trafen sie sich zu einer ersten gemeinsamen Sitzung. Auf Vorschlag des britischen Konteradmirals Sir Robert Harris beschlossen sie, ihre jeweiligen Befehle nur „sinngemäß“ und nicht im Wortlaut zu befolgen. Als „sinngemäßen“, gemeinsamen Grundsatz ihrer unterschiedlichen Instruktionen definierten sie die Aufgabe, gemeinsam jedes „aggressive Handeln“ der griechischen Kriegsschiffe zu „unterbinden“.[1468] Darauf aufbauend vereinbarten sie eine kollektive Erklärung, in der sie den Kommandanten der griechischen Flottille vor jeder weiteren Eskalation der Lage eindringlich warnten.[1469]

Dieses selbstständige Vorgehen der Schiffskommandanten war nicht unumstritten. Konsul Blanc reagierte darauf, indem er den entscheidungsfreudigen Seeoffizieren eine Weisung der französischen Regierung mitteilte, der zufolge der Mittelpunkt der internationalen Vermittlung weiterhin bei den Botschaftern der Großmächte in Konstantinopel liegen müsse.

[1465] Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1897 Februar 12, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 28.
[1466] Telegramm Szögyénys an Gołuchowski, Berlin 1897 Februar 13, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 38; Zürrer, Nahostpolitik, 350.
[1467] Gołuchowski an Deym, Dumba, Szögyény, Calice, Pasetti, Liechtenstein, Pinter, Wien 1897 Februar 12, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 19, 12, 21, 23 12, 15.
[1468] Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1897 Februar 13, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 30.
[1469] Telegramm Kdo. SMS „Maria Theresia“ an Marinesektion, Canea 1897 Februar 12, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.

Die Schiffskommandanten sollten dieser Weisung zufolge nur mit Ermächtigung der Botschafter „aktiv“ eingreifen dürfen.[1470]

Gleichzeitig traten auch die Konsuln der Großmächte in Canea mit einer eigenen Kollektiverklärung hervor. Am 11. Februar 1897 schlugen sie den Botschaftern in Konstantinopel einen vierstufigen Plan vor. Dieser Plan war offenbar in Anlehnung an die Instruktionen des russischen Schiffskommandanten konzipiert. Er sah neben der Forderung eines Abzugs der griechischen Schiffe und der Verhinderung osmanischer Truppenverstärkungen auch eine internationale Besetzung der Städte Canea, Candia und Rethymno, sowie die „sofortige Organisation [der] Gendarmerie und Inkraftsetzung anderer Reformen“ vor.[1471] Insbesondere der letzte Punkt war wohl wenig realistisch, da nach der Flucht Berovich Paşas und dem Zusammenbruch der kretischen Provinzialverwaltung wieder einmal völlig unklar war, woher das Geld für kostspielige Reformen kommen sollte.[1472]

Es sollte nun also wieder die Aufgabe der Botschafter in Konstantinopel sein, das ungeordnete Bündel einander überlappender Ideen einzelner Regierungen, Schiffskommandanten und Konsuln zu ordnen und ein für alle Parteien akzeptables Maßnahmenpaket zu schnüren. Der Eindruck ihres Erfolgs im August 1896 war nach wie vor stark genug, um den italienischen Außenminister Emilio Marchese Visconti-Venosta zur offen ausgesprochenen Erwartung zu ermutigen, die Botschafter würden auch diesmal die schwierige Aufgabe bewältigen.[1473] Gołuchowski ließ dem britischen Premierminister Salisbury im Gegensatz dazu wenig enthusiastisch ausrichten, es sei ihm letztlich vollkommen gleichgültig „ob die Verständigung über die Coërcitiv-Massnahmen durch die Botschafter vorbereitet oder durch directen Meinungsaustausch zwischen den Cabineten herbeigeführt werden soll“.[1474]

Es ist bemerkenswert, dass sich die Botschafter selbst diesmal offenbar nicht alle sicher waren, ob ein weiteres internationales Engagement in der Kretakrise wünschenswert sei. Am 11. Februar 1897 erklärte Calice in einem Schreiben an Außenminister Gołuchowski, der sich auf Kreta abzeichnende Sieg der „Tatsachen“ über die Bemühungen der Diplomatie sei bedauerlich. Die Botschafter hätten aber aus der Krise um die Massaker an den Armenierinnen, den Bemühungen um ein kretisches Reformprogramm seit August 1896 und der gerade erst gescheiterten Initiative zur Reform des gesamten Osmanischen Reichs eine wichtige Lehre gezogen. Das Konzert der Großmächte sei derzeit generell einfach unfähig, sich auf eine

[1470] Telegramm Kdo. SMS „Maria Theresia“ an Marinesektion, Canea 1897 Februar 12, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.
[1471] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 11 HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; abgedruckt bei Sutter, Großmächte, 259f.; vgl. Verosta, Kollektivaktionen, 66f.
[1472] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Februar 15, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 49.
[1473] Telegramm Pasettis an Gołuchowski, Rom 1897 Februar 12, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 20.
[1474] Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1897 Februar 13, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 29.

entschlossene Durchsetzung gemeinsamer Interessen im Osmanischen Reich zu einigen. Es wäre daher besser, den Entwicklungen auf Kreta diesmal ihren Lauf zu lassen, als diese Unfähigkeit zur Einigung noch ein weiteres Mal demonstrieren. Ein erneutes Scheitern würde sonst die Illusion eines einmütigen Konzerts der Großmächte, die für den Erhalt der bestehenden internationalen Ordnung so wichtig sei, in gefährlicher Weise beschädigen.[1475]

Es ist unklar, ob diese Sichtweise Calices zu diesem Zeitpunkt von seinen Kollegen geteilt wurde. Als die Botschafter am 12. Februar 1897 in einer neuen Reunion die von den Konsuln in Canea vorgeschlagenen vier Punkte besprachen, war das Ergebnis nämlich keine Empfehlung eines kollektiven Abbruchs der Vermittlungsaktion der Großmächte auf Kreta. Die Botschafter stimmten dem Programm der Konsuln vielmehr zu. Sie empfahlen ebenfalls die Landung internationaler Truppenkontingente in allen wichtigen Küstenstädten Kretas. Die Botschafter appellierten außerdem an ihre Regierungen, entschlossenen Druck auf die griechische Regierung auszuüben, um nicht nur einen Abzug der griechischen Kriegsschiffe, sondern überhaupt ein sofortiges Ende jeglicher griechischer Unterstützung für die kretischen Christenmilizen zu erzwingen.[1476]

Tatsächlich sollten diesmal aber die Drohungen der Großmächte in Athen, wie von Calice befürchtet, völlig wirkungslos bleiben. Der griechische Außenminister Skouzes erklärte, er würde einen Krieg mit dem Osmanischen Reich selbst ohne Unterstützung der Großmächte weniger fürchten als die von einer Nichtintervention auf Kreta ausgehenden innenpolitischen „Gefahren für Krone und Regierung“. Die griechische Regierung sei entschlossen, „auch gegen den Willen der Großmächte“ eine „endgiltige Solution“ der Kretafrage zu erzwingen. Im Falle eines Krieges mit dem Osmanischen Reich stünden allein in Konstantinopel 300.000 ethnisch griechische StadtbewohnerInnen bereit, die osmanische Hauptstadt anzuzünden und den Feind von innen heraus anzugreifen.[1477] Als die Vertreter aller Großmächte in Athen am 13. Februar 1897 nochmals eine gemeinsame Warnung vor einer Eskalation der Krise vorbrachten, besiegelte die Reaktion der griechischen Regierung deren offene Rebellion

---

[1475] „Die Botschafter sind […] der Ansicht, dass thatsächlich die Mittel fehlen, um wirksam in die Ereignisse einzugreifen. Dass Europa sich noch einmal einigen könnte, um eine Blocade gegen Griechenland durchzuführen, gilt um so weniger für erreichbar, als das griechische Königshaus gewiss Alles in Bewegung setzen würde, um die verwandten und befreundeten Höfe von einem solchen Beschlusse abzuhalten […]. Es kommt hiezu, dass nach den Ereignissen der letzten Zeit die Mächte an und für sich schon weniger geneigt sind für die Erhaltung der türkischen Herrschaft mit ihren Machtmitteln einzutreten. Mit bloss diplomatischen Mitteln könne man aber nicht ausreichen und daher sei es kaum rathsam sich in eine Action einzulassen, welche eine Verantwortung involvirt und schliesslich nur zu einem Misserfolge führen würde.“ Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 6D.

[1476] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 12, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 27; Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Februar 12, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 45.

[1477] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 12, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 15; vgl. Gołuchowski an Szechényi, Wien 1897 Februar 11, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 4.

gegen den Führungsanspruch des Konzerts der Großmächte in der internationalen Politik.[1478] Noch am selben Tag schiffte sich nämlich ein Expeditionskorps regulärer griechischer Truppen nach Kreta ein, dessen 1.470 Infanteristen dreizehn Kanonen mitführten und von Oberst Timoleon Vassos, dem persönlichen Flügeladjutanten des Königs, kommandiert wurden.[1479]

Der russische Außenminister Murav'ev hatte unterdessen den in der gemeinsamen Erklärung der Konsuln in Canea vom 11. Februar 1897 enthaltenen Gedanken einer internationalen Besetzung der kretischen Küstenstädte aufgegriffen und weiter vorangetrieben. Am 13. Februar 1897 informierte Murav'ev durch Nelidov die Botschafter in Konstantinopel über sein entsprechendes Konzept.[1480] Bereits davor hatte er den Kommandanten des russischen Flottenkontingents vor Kreta, Konteradmiral Pavel Petrovič Andreev, beauftragt, die übrigen Schiffskommandanten für eine internationale Besetzung der kretischen Küstenstädte zu gewinnen.[1481] Murav'evs Vorschlag beinhaltete die Idee, nicht von einer internationalen „Besetzung" oder „Okkupation" der Insel Kreta zu sprechen, sondern davon, die kretischen Küstenstädte „*en dépôt*", also „in Verwahrung" zu nehmen. Diese Wortwahl sollte die zeitliche Begrenzung und Unverbindlichkeit der Besetzung unterstreichen, die nach dem Wunsch Murav'evs außerdem mit offizieller Zustimmung des Osmanischen Reichs erfolgen sollte.[1482] Der Gedanke einer internationalen Besetzung mehrerer Städte einer osmanischen Provinz warf dennoch in Hinblick auf die heikle Frage der territorialen Unantastbarkeit des Osmanischen Reichs schwierige Fragen auf. Der österreichisch-ungarische Außenminister Gołuchowski sah sich durch Murav'evs Vorschlag zur reflexartigen Ermahnung veranlasst, jeder Schritt müsse immer gemeinsam und im Konsens aller Großmächte erfolgen.[1483] Selbst von französischen Diplomaten wurden Verdächtigungen gegen die Absichten des eigenen Bündnispartners artikuliert und darüber spekuliert, wie ernst es Murav'ev und dem Zaren wohl wirklich mit dem Grundprinzip eines einheitlichen Vorgehens der Großmächte sei.[1484]

In dieser Situation lohnte es sich, dass Murav'ev seine Initiative nicht durch ein Rundtelegramm an die Regierungen der übrigen Großmächte, sondern im Rahmen der inoffiziellen

---

[1478] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 13, HHStA Wien, PAXII/281 Nr. 16. Auszugsweise abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 65f.
[1479] Dülffer, Kreta-Krise, 40; Pangerl, Kreta-Mission, 49f.; Şenişik, Transformation, 151f.; Verosta, Kollektivaktionen, 68.
[1480] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 13, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 23; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Februar 13, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 46.
[1481] Vgl. Gołuchowski an Liechtenstein, Szögyény, Deym, Dumba, Pasetti, Calice, Wien 1897 Februar 13, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 16, 23, 21, 13, 13, 24.
[1482] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 13, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 23; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Februar 13, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 46; vgl. Rodogno, Massacre, 217.
[1483] Gołuchowski an Liechtenstein, Szögyény, Deym, Dumba, Pasetti, Calice, Wien 1897 Februar 13, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 16, 23, 21, 13, 13, 24.
[1484] Széchényi an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 15, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 10C.

Kollektivorgane des Konzerts, im Rat der Schiffskommandanten und in der Botschafterkonferenz in Konstantinopel lanciert hatte. Die Botschafter hatten bereits am 12. Februar 1897 dem Besetzungsvorschlag der Konsuln grundsätzlich zugestimmt.[1485] Am 13. Februar 1897 wandte sich Calice telegrafisch an Gołuchowski, um diesem nun auch Murav'evs konkrete Ideen zur Umsetzung dieses Vorschlags zu empfehlen. Er erklärte seinem Vorgesetzten, dass der russische Plan seinem „unvorgreiflichen Ermessen nach" derzeit die einzige Idee mit dem „Vortheil einer unmittelbar wirksamen Ausführbarkeit" sei. Man müsse diesen Plan daher möglichst schnell umsetzen, um eine internationale Eskalation der Kretakrise zu verhindern.[1486] Auch die übrigen Botschafter schickten identische Telegramme an ihre Regierungen, in denen sie den Vorschlag Murav'evs befürworteten. Die Botschafter empfahlen ihren jeweiligen Außenministern, den Schiffskommandanten die Entscheidung zu überlassen, welche strategischen Punkte auf Kreta „unter Verwahrung" zu nehmen seien.[1487] Es sei allerdings unnötig, Sultan Abdülhamit II. nochmals gesondert um Erlaubnis zu bitten, wie Murav'ev vorgeschlagen habe. Eine internationale „Verwahrung" Kretas sei durch die wiederholten Bitten der osmanischen Regierung um die „guten Dienste" der Großmächte bereits hinlänglich legitimiert.[1488] Es genüge, den Sultan in Form einer Antwort auf seine zahlreichen Hilfsappelle über die Entscheidung zur internationalen „Verwahrung" Kretas zu informieren.[1489] Gleichzeitig sollte die griechische Regierung nochmals vor „aggressiven Schritten" gewarnt und zum Abzug ihrer Kriegsschiffe aufgefordert werden.[1490]

Erst jetzt – mit Rückendeckung der Kollektivorgane in Konstantinopel und Canea – formulierte Murav'ev ein Rundtelegramm zur offiziellen Vorlage seines Plans an die Regierungen der übrigen Großmächte.[1491] Doch noch bevor der Zar dieses Rundtelegramm sanktionieren konnte, wurden die Regierungen der Großmächte durch die Nachricht von der Entsendung des griechischen Expeditionskorps nach Kreta überrascht.[1492] Die auf diese Nachricht folgenden, unkoordinierten Reaktionen machen das Ausmaß des Schocks über die Rebellion Griechenlands gegen das Konzert der Großmächte deutlich. Der deutsche Kaiser Wilhelm II.,

---

[1485] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 12, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 27; Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Februar 12, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 45.
[1486] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 13, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 23.
[1487] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Februar 13, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 48.
[1488] Vgl. Tevfik Paşa an Mahmut Nedim Bey, Konstantinopel 1897 Februar 13, HHStA Wien, PAXII/281 ohne Nummer; auszugsweise abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 66.
[1489] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Februar 13, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 48. Vgl. Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Februar 11, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 44.
[1490] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Februar 13, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 48.
[1491] Telegramm Liechtensteins an Gołuchowski, St. Petersburg 1897 Februar 14/ 2, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 15B.
[1492] Telegramm Pasettis an Gołuchowski, Rom 1897 Februar 14, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 24; Széchényi an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 15, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 10A-C.

der kollektiven Flottendemonstrationen sonst immer sehr skeptisch gegenüberstand, erschien reihum bei den Botschaftern aller Großmächte in Berlin und forderte sie aufgeregt auf, der vor Kreta versammelten internationale Flotte sofort die vollständigen Seeblockade Griechenlands zu befehlen.[1493] Die österreichisch-ungarische Kriegsmarine stellte noch am 13. Februar 1897 den Panzerkreuzer SMS „Elisabeth", den Zerstörer SMS „Satellit", sowie die Torpedoboote SMS „Sperber", SMS „Elster" und SMS „Kibitz" in Bereitschaft, leitete also eine signifikante Verstärkung der österreichisch-ungarischen Flottenpräsenz im östlichen Mittelmeer ein.[1494] Der italienische Außenminister Visconti-Venosta beklagte unterdessen lautstark, dass die Großmächte „durch Verhandlungen über Formeln" so viel Zeit verloren hätten und erklärte, man werde nun wohl auch den Ausbruch eines Konflikts in Mazedonien kaum noch verhindern können.[1495] Am heftigsten fiel die Reaktion des russischen Außenministers Murav'ev aus. Dieser zitierte den griechischen Botschafter in St. Petersburg zu sich und drohte ihm „als Privatmann" mit dem „schonungslosen Krieg Griechenlands mit allen Großmächten".[1496] Bei einer Destabilisierung des Osmanischen Reichs durch Griechenland stünde weit mehr auf dem Spiel als bloß die Zukunft Griechenlands oder des Osmanischen Reichs. Er selbst würde jederzeit 10.000 tote KreterInnen in Kauf nehmen, wenn sich dadurch ein „europäischer Krieg" zwischen den Großmächten verhindern ließe, der noch viel mehr Opfer fordern würde.[1497]

Diese unabgesprochene Drohung des russischen Außenministers wurde von den Politikern und Diplomaten Österreich-Ungarns und Großbritanniens weniger als kompromissloses Bekenntnis zur Einigkeit des Konzerts gewertet, sondern als Zeichen dafür, dass ein unilateraler Präventivschlag Russlands im Osmanischen Reich zu befürchten sei. Der österreichisch-ungarische Botschafter in St. Petersburg warnte Gołuchowski, dass Murav'ev äußerst „nervös" sei und nach wie vor die Gefahr einer einseitigen Besetzung der Meerengen durch Russland bestünde. In Odessa und Sevastopol befänden sich immer noch 16.000 Mann und die dazugehörigen Transportschiffe in Bereitschaft, um als „Occupations-Corps für den Bosporus" aufzutreten.[1498] Auch die britische Regierung nahm den Vorschlag Murav'evs, Kreta unter internationale „Verwahrung" zu nehmen, nun mit auffallender Geschwindigkeit an. Dies deutet darauf hin, dass Lord Salisbury letztlich mehr Angst vor den internationalen Konse-

[1493] Telegramm Szögyénys an Gołuchowski, Berlin 1897 Februar 14, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 40; Dülffer, Kreta-Krise, 42f.; Sutter, Großmächte, 277f.; Zürrer, Nahostpolitik, 348.
[1494] Telegramm Marinesektion an Hafenadmiralat Pola, Wien 1897 Februar 13, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 471.
[1495] Telegramm Pasettis an Gołuchowski, Rom 1897 Februar 15, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 25.
[1496] Telegramm Liechtensteins an Gołuchowski, St. Petersburg 1897 Februar 13/ 1, HHStA Wien, PAXII/281 Nr. 15; vgl. Sutter, Großmächte, 267f.
[1497] Liechtenstein an Gołuchowski, St. Petersburg 1897 Februar 16/ 4, HHStA Wien, PAXII/281 Nr. 6; Sutter, Großmächte, 267f.
[1498] Liechtenstein an Gołuchowski, St. Petersburg 1897 Februar 16/ 4, HHStA Wien, PAXII/281 Nr. 6.

quenzen eines weiteren Zuwartens hatte, als vor den innenpolitischen Folgen einer klaren Stellungnahme seiner Regierung gegen die griechischen Ambitionen auf Kreta. Schon am 14. Februar 1897 hielt Botschafter Currie die Ermächtigung seines Premierministers in den Händen, allen von den übrigen Botschaftern unterstützten Maßnahmen zuzustimmen. Noch am selben Tag hielten die Botschafter auf seinen Antrag hin eine Reunion ab, in der sie ihre Regierungen abermals kollektiv zur sofortigen Landung bewaffneter Matrosen und Seesoldaten auf Kreta aufforderten.[1499] Von Currie wurde lediglich die Bedingung beigefügt, dass sich auch wirklich alle Großmächte an der gemeinsamen „Verwahrung" Kretas beteiligen müssten.[1500]

Die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel hatten ihre Regierungen somit innerhalb von drei Tagen dreimal kollektiv dazu aufgefordert, die Schiffskommandanten zur Besetzung der kretischen Küstenstädte zu autorisieren. Dennoch drohte die internationale Besetzung der kretischen Küstenstädte im letzten Moment noch an der Frage der allgemeinen Beteiligung zu scheitern. Einzelne Regierungen hatten bis zum 15. Februar 1897 noch nicht einmal auf den ursprünglichen Besetzungsvorschlag der Konsuln vom 11. Februar geantwortet.[1501] Offiziell hatten die Kommandanten der internationalen Kriegsschiffe vor Kreta ohne einheitliche Instruktionen keine Möglichkeit, Maßnahmen gegen eine Landung des griechischen Expeditionskorps zu ergreifen, das sich unaufhaltsam der Insel näherte. Während der französische Schiffskommandant auf Rückfrage in Paris am 14. Februar 1897 eine rasche Anpassung seiner Weisungen an die Befehle seiner Kollegen erreichte, kam es bei der Übermittlung entsprechender Instruktionen an den russischen Kommandanten aus unbekannten Gründen zu Verzögerungen.[1502] Auch der österreichisch-ungarische Linienschiffskapitän Brosch blieb nach wie vor an seine völlig unzureichenden Instruktionen vom 12. Februar 1897 gebunden.[1503] Diese beschränkten seinen Handlungsspielraum immer noch darauf, beim griechischen Konteradmiral Reineck „eventuell energischen Protest" einzulegen.[1504] Als sich die Kommandanten der britischen, französischen, italienischen und russischen Kriegsschiffe am 14. Februar auf gemeinsame Maßnahmen gegen griechische „Feindseligkeiten" einigten,

---

[1499] „[…] de débarquer immédiatement dans les villes et sur les points de l'île que les commandants des forces navales étrangères jugeront à propos d'occuper, des détachements qui mettraient l'île de Crète à l'abri de toute action contraire au droit des gens." Telegramme Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 14, HHStA Wien, PAXII/281 Nr. 30, 31. Auszugsweise abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 67f. Übers. d. Verf.

[1500] Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1897 Februar 15, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 31.

[1501] Ebda.

[1502] Ebda; Liechtenstein an Gołuchowski, St Petersburg 1897 Februar 24/ 12, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 10.

[1503] Telegramm Kdo. SMS „Maria Theresia" an Marinesektion, Canea 1897 Februar 14, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.

[1504] Gołuchowski an Deym, Dumba, Szögyény, Calice, Pasetti, Liechtenstein, Pinter, Wien 1897 Februar 12, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 19, 12, 21, 23 12, 15.

konnte Brosch nur bedauernd erklären, er könne an ihren gemeinsamen Aktionen zwar „nicht theilnehmen“, werde sie aber auch „nicht stören“.[1505]

Diese sonst im Handlungsrepertoire des Konzerts der Großmächte enthaltene Option, gemeinsame Handlungsfähigkeit bei divergierenden Ansichten durch so genanntes „Desinteresse“ einer einzelnen Großmacht aufrechtzuerhalten, stand diesmal aber nicht zur Verfügung.[1506] Die von Salisbury und Currie aufgestellte Bedingung einer aktiven Beteiligung aller Großmächte hätte nämlich automatisch bedeutet, dass im Fall einer Verweigerung Österreich-Ungarns auch keine britischen Seesoldaten auf Kreta gelandet wären. Eine Besetzung Kretas ohne Beteiligung Großbritanniens, wäre aber mit der akuten Gefahr eines offenen Konflikts dieser Großmacht mit Russland und Frankreich verknüpft gewesen.[1507] Trotz dieser Gefahr erhielt Brosch keine neuen Befehle aus Wien.[1508] Auch die Botschafter in Konstantinopel, die ihre Regierungen bereits dreimal ermahnt hatten, konnten nichts mehr tun.[1509]

In der Nacht vom 14. auf den 15. Februar 1897 landeten daher die 1470 Mann und 13 Geschütze des griechischen Oberst Vassos völlig ungehindert im kretischen Fischerdorf Kolimbari[1510] 15 Kilometer westlich der Inselhauptstadt. Vassos richtete am Rand des Dorfes im griechisch-orthodoxen Kloster Gonias sein Hauptquartier ein und wandte sich mit einer Proklamation an die Bevölkerung Kretas. Er verkündete im Namen von König Georgios I. die Besetzung der Insel durch Griechenland und versprach die Gleichbehandlung aller InselbewohnerInnen unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit.[1511] Der vorsorglich aus Canea auf eines der griechischen Kriegsschiffe geflohene griechische Generalkonsul Yennadis unterstützte Vassos mit einer identischen Proklamation.[1512] Besonders der russische Außenminister Murav’ev und der deutsche Kaiser Wilhelm II. empörten sich in der Folge lautstark darüber, dass es Vassos möglich gewesen sei, „vor den Augen“ der internationalen Flotte auf Kreta zu

[1505] Telegramm Kdo. SMS „Maria Theresia“ an Marinesektion, Canea 1897 Februar 14, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.
[1506] Vgl. dazu Verosta, Kollektivaktionen, 26–29.
[1507] Vgl. Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1897 Februar 15, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 31.
[1508] Telegramm Kdo. SMS „Maria Theresia“ an Marinesektion, Canea 1897 Februar 14, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.
[1509] Calice bemühte sich redlich, Gołuchowski den Plan Murav’evs mit dem Hinweis schmackhaft zu machen, „dass es […] nicht ohne Nutzen schiene, Russland in eine gemeinsame Action für die Erhaltung der Integrität der Türkei zu engagiren.“
[1510] Griechisch: Kolimbari.
[1511] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 16, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Februar 16, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 50; Telegramm Kdo. SMS „Maria Theresia“ an Marinesektion, Canea 1897 Februar 16, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Liechtenstein an Gołuchowski, St Petersburg 1897 Februar 24/ 12, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 10; Dülffer, Kreta-Krise, 40; Pangerl, Kreta-Mission, 49f.; Şenişik, Transformation, 151f.; Verosta, Kollektivaktionen, 68; Zelepos, Ethnisierung, 180.
[1512] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 17, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.

landen.[1513] Botschafter Calice kommentierte diese Empörung mit der spitzen Bemerkung, die ungehinderte Landung des griechischen Expeditionskorps sei „vielleicht dadurch zu erklären, dass die Schiffscommandanten noch nicht im Besitze ihrer, sie zum Handeln ermächtigenden Instructionen [gewesen] waren".[1514]

Die Kommandanten der vor Canea liegenden Kriegsschiffe der Großmächte entschlossen sich nun, auch ohne übereinstimmende Instruktionen wenigstens die Inselhauptstadt durch bewaffnete Landungskommandos zu besetzen, um einem Einmarsch und vollständigen Triumph des griechischen Expeditionskorps zuvorzukommen. Im Laufe des 15. Februar 1897 landeten je 100 britische, französische, russische und italienische, sowie 30 österreichisch-ungarische Matrosen und Seesoldaten in Canea. Dort pflanzten sie auf dem Festungshügel rund um die osmanische Flagge demonstrativ die Flaggen der Großmächte in Form eines schützenden Kreises auf. Die vorerst 430 Mann der internationalen Garnison unter dem Kommando des italienischen Linienschiffskapitäns Carlo Amoretti stellten Canea offiziell unter den Schutz der Großmächte, während die Schiffskommandanten in einer gemeinsamen Erklärung Oberst Vassos und Konteradmiral Reineck ausdrücklich vor einem Angriff warnten.[1515] Noch am selben Tag erklärte die osmanische Regierung – ohne darum gebeten worden zu sein – ihre offizielle Zustimmung zum Vorgehen der Großmächte.[1516]

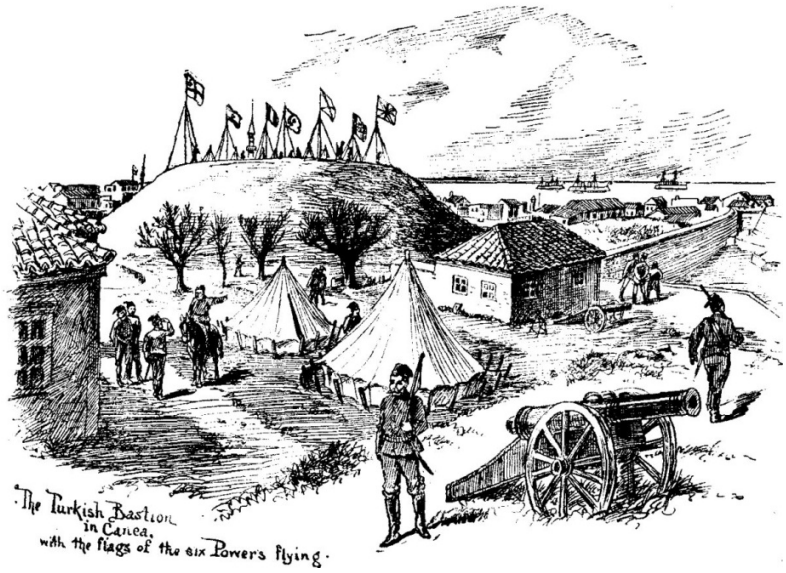


Abb.8: Zeichnung der symbolischen Umsetzung der internationalen „Verwahrung" der osmanischen Provinz Kreta durch die im Kreis rund um die osmanische Flagge aufgestellten Flaggen der sechs Großmächte in Canea. „The Turkish Bastion in Canea with the flags of the six Powers flying", *The Great Round World*, New York 1897 April 15, 6.

Brosch, der mit seinem Vorgehen streng genommen Insubordination begangen hatte, meldete seine Beteiligung an der Aktion in einem knappen Telegramm nach Wien.[1517] Gene-

[1513] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 18, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 7B; Liechtenstein an Gołuchowski, St Petersburg 1897 Februar 21/ 9, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 8B.
[1514] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 18, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 7B.
[1515] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 15, HHStA Wien, PA XII/281 C; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Februar 16, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 50; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 16, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Dülffer, Kreta-Krise, 41f.; Pangerl, Kreta-Mission, 51; Şenişik, Transformation, 152f.; Verosta, Kollektivaktionen, 69.
[1516] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Februar 15, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 51.

ralkonsul Pinter zeigte sich solidarisch und versuchte in seinem Bericht die mutmaßliche Befehlsüberschreitung Broschs mit dem Satz „Commandant Maria Theresia ~ mußte Beschluß beistimmen“ zu legitimieren.[1518] Tatsächlich hatte Brosch aber unwissentlich im Einklang mit neuen Befehlen gehandelt, die er bloß noch nicht empfangen hatte. Nicht Gołuchowski, sondern Kaiser Franz Joseph I. persönlich hatte am 15. Februar 1897 um sieben Uhr morgens seine Militärkanzlei angewiesen, an Linienschiffskapitän Brosch zu telegrafieren, „daß er an allen zwischen den Commandanten der anderen Nationen verabredeten Aktionen […] theilzunehmen hat, eventuell auch [an einer] Ausschiffung von Mannschaften.“[1519] Ob die lange Verzögerung dieses Befehls am Misstrauen Gołuchowskis oder des Kaisers selbst gegen den Vorschlag Murav’evs gelegen hatte, lässt sich aus dem verfügbaren Quellenmaterial nicht erkennen. Jedenfalls hatte auch diesmal lediglich das selbstständige Vorgehen eines inoffiziellen Kollektivorgans das gerade noch rechtzeitige Handeln des Konzerts der Großmächte ermöglicht.

Mit einer Stärke von nur 430 Mann stellte die internationale Garnison in Canea eine anfangs mehr symbolische Präsenz der Großmächte auf Kreta dar. Dies wurde aber dadurch ausgeglichen, dass in Sichtweite der von den Christenmilizen und dem griechischen Expeditionskorps umzingelten Inselhauptstadt immerhin 26 Kriegsschiffe der Großmächte, darunter 12 große Panzerkreuzer, mit einer Besetzung von insgesamt 11.500 Matrosen, Seesoldaten und Offizieren zusammengezogen waren.[1520] Am 21. Februar 1897 stieß der deutsche Panzerdeckskreuzer SMS „Kaiserin Augusta“ zur Flotte und schiffte ein Landungskommando von 95 Mann in Canea aus. Damit war die von Salisbury und Currie geforderte aktive Beteiligung aller Großmächte an der internationalen „Verwahrung“ Kretas tatsächlich umgesetzt.[1521] Noch am selben Tag wurde auch die SMS „Maria Theresia“ durch mehrere österreichisch-ungarische Kriegsschiffe verstärkt und wurde damit zum Flaggschiff einer ganzen „Schiffsdivision“ der k.u.k. Kriegsmarine unter Konteradmiral Johann Edler von Hinke.[1522] Auf besonderen Wunsch Kaiser Franz Josephs I., der die Forderung nach „verschärfter Instruktion“ für „sehr begründet“ befunden hatte, erhielt Hinke den Befehl, bei den Beratungen der Schiffskommandanten fortan immer für die jeweils strengsten zur Diskussion stehenden Maßnahmen

---

[1517] Telegramm Kdo. SMS „Maria Theresia“ an Marinesektion, Canea 1897 Februar 15, HHStA Wien, PA XII/281 B.
[1518] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 15, HHStA Wien, PA XII/281 C.
[1519] Kaiser Franz Joseph I., Befehl (Kopie), Wien 1896 Februar 15, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; vgl. Militärkanzlei S.M. an Marinesektion des Reichskriegsministeriums, Wien 1897 Februar 15, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.
[1520] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 16, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 33; vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 41.
[1521] Verosta, Kollektivaktionen, 69.
[1522] Ebda.

gegen die griechische Militärpräsenz auf Kreta zu stimmen.[1523] Auch die übrigen Großmächte verstärkten ihre Kontingente in der internationalen Flotte, die innerhalb weniger Tage auf insgesamt 68 Kriegsschiffe, davon 23 italienische, 19 englische, neun russische, neun österreichisch-ungarische, sieben französische und ein deutsches Kriegsschiff, anwuchs.[1524]

Diese militärische Macht reichte mehr als aus, um Vassos und die Christenmilizen von einem offenen Frontalangriff auf Canea abzuhalten. Manche HistorikerInnen vermuten heute, dass die 1.500 Mann des Oberst Vassos ohnehin nicht zur tatsächlichen Eroberung der Insel, sondern mehr als symbolische Präsenz zur Dokumentation griechischer Ansprüche auf Kreta gedacht waren.[1525] Wenigstens rhetorisch hielt die griechische Regierung aber an der Behauptung fest, die griechische Besetzung Kretas sei – unabhängig von den Wünschen der Großmächte – nunmehr eine vollzogene Tatsache. In demonstrativer Ablehnung der kollektiven Warnungen der Schiffskommandanten der Großmächte vom 15. Februar 1897 verkündete sie am 16. Februar, sie habe Vassos den Befehl zur militärischen Eroberung Kretas und Vertreibung aller osmanischen Garnisonen erteilt.[1526] Wenige Tage später folgte eine weitere Erklärung der griechischen Regierung, der zufolge sie ihr bisheriges Generalkonsulat in Canea auflöste und Generalkonsul Yennadis zum „königlichen Kommissar“ für Kreta ernannte.[1527]

Der inzwischen von seinem kurzen Exil bei der griechischen Flotte nach Canea zurückgekehrte Yennadis ließ als Symbol dieses neuen Amts vor seiner Residenz die Flagge des Königreichs Griechenland hissen. Garnisonskommandant Amoretti forderte ihn daraufhin in wenig diplomatischen Worten dazu auf, die Flagge umgehend wieder einzuholen, da sie ansonsten von den Soldaten der Großmächte „entfernt“ werden müsste.[1528] Kommissar Yennadis zog es daraufhin vor, in das Hauptquartier des Oberst Vassos im Vorort Platanias zehn Kilometer westlich von Canea zu übersiedeln.[1529] Dies galt als endgültiges Eingeständnis sei-

[1523] „Sie werden bei allen Berathungen der Flaggenoffiziere stets für die schärfsten der zu ergreifenden Maßregeln stimmen, zu dem Zwecke die griechischen Fahrzeuge zu entfernen, wie auch um jede neuerliche Ausschiffung und Verproviantirung zu verhindern.“ Telegramm Marinesektion an Kdo. SMS „Maria Theresia“, Wien 1897 Februar 21, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 434. Hervorhebungen im Original. Vgl. Gołuchowski an Szögyény, Deym, Dumba, Liechtenstein, Pasetti, Calice, Wien 1897 Februar 22, PA XII/282 ohne Nummer; auszugsweise abgedruckt in Verosta, Kollektivaktionen, 72; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 16, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 34.
[1524] Pangerl, Kreta-Mission, 52, 66f.; Verosta, Kollektivaktionen, 69.
[1525] Zelepos, Ethnisierung, 180.
[1526] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 16, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 22; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 16, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Februar 17, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 62.
[1527] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 20, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer.
[1528] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 18, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 18, HHStA Wien, PA XII/281 B.
[1529] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 21, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer.

ner bisherigen Tätigkeit als Intrigant und nationalistischer Agitator. Die Admirale verhängten daher über den ehemaligen Generalkonsul ein pauschales Rückkehrverbot nach Canea.[1530]

Die internationalen Delegierten der Gendarmeriekommission befanden sich im Gegensatz dazu gegen ihren eigentlichen Willen immer noch in Canea.[1531] Obwohl sie nicht mehr so recht an die Sinnhaftigkeit ihrer Aufgabe glaubten, hatten sie ihre Regierungen mehrmals um die baldmöglichste Entsendung der versprochenen Kontingente für die neue internationale Gendarmerie ersucht. Diese Gesuche waren entweder ignoriert oder mit dem etwas paradoxen Hinweis darauf abgelehnt worden, die Situation auf Kreta sei derzeit zu unsicher und gefährlich für eine Entsendung der Gendarmen.[1532] Es wurde immer offensichtlicher, dass einfach keine Möglichkeit mehr zur Aufstellung einer internationalen Gendarmerie für Kreta bestand. Während die 90 montenegrinischen Gendarmen, die am 13. Februar 1897 auf ein russisches Kriegsschiff geflohen waren, unter Zwang wieder an Land gebracht wurden, ersuchten auch die wenigen bereits eingetroffenen österreichisch-ungarischen Gendarmen und italienischen Carabinieri dringend um ihre Entlassung und Evakuierung.[1533] Am 15. Februar 1897 kam es in Rethymno und Candia zu Plünderungen der Häuser der örtlichen christlichen Minderheit durch muslimische Flüchtlinge aus dem Umland, ohne dass die verbliebenen Reste der Gendarmerie etwas dagegen tun konnten.[1534] Am selben Tag meldete Major Giesl knapp, die Reformkommission habe ihre Arbeit nun endgültig eingestellt, ohne die Regierungen oder Botschaften nochmals um Erlaubnis dazu zu bitten.[1535]

Die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel weigerten sich zunächst immer noch, dies zu akzeptieren. Noch am 16. Februar 1897 forderte Calice die Delegierten im Namen seiner Kollegen auf, „in Anhoffnung einer günstigen Wendung […] auszuharren“.[1536]

[1530] Telegramm Kdo. SMS „Maria Theresia“ an Marinesektion, Canea 1897 Februar 21, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer.
[1531] Vgl. Gołuchowski an Calice, Wien 1897 Februar 8, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Verosta, Kollektivaktionen, 63.
[1532] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 19, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 5; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 9, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 10, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer.
[1533] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 18, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 7D.
[1534] Sutter, Großmächte, 309f.; vgl. Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer.
[1535] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 15 HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer. Die Reste der „Neuen Gendarmerie“ wurden bis zum 10. März 1897 mit Autorisierung der Botschafter der Großmächte in Konstantinopel vollständig demobilisiert und aufgelöst, da die kretische Provinzialverwaltung keine Mittel zu ihrer Bezahlung besaß. Selbst die Auszahlung der bereits geschuldeten Löhne an die demobilisierten Offiziere und Gendarmen konnte nur mit finanzieller Hilfe der Konsulate der Großmächte durchgeführt werden. Die einzige Exekutive, die der Provinzialverwaltung blieb, waren die noch nicht desertierten, muslimischen Offiziere und Mannschaften der „Alten Gendarmerie“, wie sie vor dem Eintreffen der Reformkommissionen auf Kreta bestanden hatte. Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 März 9, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 109, 110; Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 März 10, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 113, 114.
[1536] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 16, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 33.

Erst am 23. Februar meldete er nach Wien, er habe Giesl angewiesen, „unter Angabe [eines] plausiblen Vorwandes mit nächster Gelegenheit [von Kreta] zurückzukehren.“[1537] Die Gendarmeriekommission hatte aufgehört zu existieren. Die Botschafter verloren das wichtigste ihnen unterstehende Organ zur Umsetzung des kretischen Reformprogramms von 1896, das damit endgültig gescheitert war. Auch wenn die Regierungen der Großmächte an der Absicht festhielten, gemeinsam ein reformiertes, autonomes Kreta zu organisieren, war nun wieder völlig offen, welchen Status und welche Form dieses autonome Kreta haben würde.

IV.c. Diplomaten im Abseits. Die Vermittlungsaktion der Großmächte unter der Regie der Regierungen und des Admiralsrats

IV.c.1. „Seebären“ als Diplomaten.[1538] Der Admiralsrat als lokale Vertretung des europäischen Konzerts auf Kreta

Während der Einfluss der Botschafter und Konsuln auf die internationale Vermittlungsaktion immer geringer wurde, fungierte der Rat der Kommandanten der vor Kreta stationierten Kriegsschiffe immer mehr als Zentralstelle zur Koordination der internationalen „Verwahrung“ Kretas. Dieser so genannte „Admiralsrat“ bildete ein Kollektivorgan, das im Gegensatz zu den Reformkommissionen und den Konsuln in keinster Weise unter Kontrolle der Botschafter in Konstantinopel stand. Das gemeinsame Oberkommando in Suda Bay tagte unter Vorsitz des italienischen Vizeadmirals Felice Napoleone Canevaro, der nicht nur der ranghöchste Offizier vor Ort war, sondern auch das zahlenmäßig stärkste Flottenkontingent befehligte.[1539] Ursprünglich war der Admiralsrat vor allem mit dem militärischen Schutz der international „verwahrten“ Teile der Insel vor Angriffen des griechischen Expeditionskorps und der Christenmilizen beschäftigt. Bald übernahm er aber auch die diplomatische Aufgabe, Verhandlungen mit den Anführern und Repräsentanten der kretischen ChristInnen zu führen, und löste schließlich auch bei Verwaltungsaufgaben die teilweise zusammengebrochenen osmanischen Lokalbehörden ab.[1540]

[1537] Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 35; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 23, Nr. 44. Die tatsächliche Abreise Giesls von Kreta erfolgte dann am 27. Februar. Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 24, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer.

[1538] Der britische Journalist Henry Bickford-Smith, der sich während der Kretakrise als Zeitungskorrespondent in Canea aufhielt, spricht in seinen Memoiren von der „devolution of diplomatic authority to the sea-dogs“ Bickford-Smith, Sketches, 220f. Übers. d. Verf.

[1539] Pangerl, Kreta-Mission, 58; Verosta, Kollektivaktionen, 131.

[1540] Pangerl, Kreta-Mission, 58f.; Verosta, Kollektivaktionen, 131.

Ähnlich wie bei den Botschaftern in Konstantinopel räumten die Regierungen der Großmächte den Admiralen als Kollektivorgan weitgehende Selbstständigkeit ein, überließen Ihnen die Ausarbeitung konkreter Maßnahmen und Pläne oft ganz und behielten sich lediglich das exklusive Recht vor, diese zu ratifizieren oder abzulehnen. Dies ließ den Admiralsrat zu einer internationalen „Militärregierung“ Kretas im Namen des Konzerts werden. Diese zeichnete sich – im Gegensatz zu den aus Botschaftern und Konsuln gebildeten Kollektivorganen – durch eine klare interne Hierarchie nach militärischer Rangfolge aus.[1541] Die örtlichen Konsuln der Großmächte wurden aus den Entscheidungsfindungsprozessen der Militärs ausgeschlossen und lediglich im Bedarfsfall zur Mitteilung bereits getroffener Beschlüsse an einheimische Würdenträger eingesetzt, da sie mit diesen besser vertraut waren als die Offiziere.[1542] Diese Entwicklung war nicht unumstritten und wurde etwa vom britischen Journalisten Henry Bickford-Smith, der sich als Zeitungskorrespondent auf Kreta aufhielt, heftig kritisiert. In seinem 1898 in Buchform publizierten Rückblick auf die Kretakrise stellte Bickford-Smith die rhetorische Frage, ob ein Admiral für diplomatische Aufgaben wohl ebenso „qualifiziert“ sei wie ein Konsul für die Aufgabe, einen Flottenverband auf hoher See durch einen Sturm zu navigieren. Als Antwort auf die eigene Frage fällte er ein vernichtendes Urteil über die Rolle des Admiralsrats auf Kreta.

„Der Zusammenbruch der europäischen Versuche, die kretische Frage zu lösen, liegt wohl teilweise an der Übertragung diplomatischer Befugnisse an die Seebären.“[1543]

Ein Beispiel für die tatsächlich nicht unproblematische Vereinigung militärischer, diplomatischer und politischer Kompetenzen in der Hand von dafür nicht ausgebildeten Militärs ist der Einsatz Major Giesls als Sondergesandter des Admiralsrats bei Oberst Vassos am 20. Februar 1897. Eine Woche vor seiner Abreise von Kreta wurde der gerade zurückgetretene österreichisch-ungarische Delegierte der Gendarmeriekommission von Vizeadmiral Canevaro gebeten, an Bord des britischen Zerstörers HMS „Dryad“ nach Platanias zu fahren. Dort sollte er dem Kommandanten des griechischen Expeditionskorps eine kollektive Aufforderung zum Rückzug überbringen. Vor Platanias angekommen weigerte sich Giesl aber, an Land zu gehen und diesen Auftrag auszuführen, und zwar – wie er selbst sagte – „weil es mir gegen den Strich geht“.[1544] In einem an seine Ehefrau gerichteten Brief über den Zwischenfall gab er unumwunden zu, bei diesem diplomatischen Zwischenspiel vor allem nach seiner Privatmeinung gehandelt zu haben. Er begründete seine Haltung mit philhellenischen Sympathien, per-

[1541] Verosta, Kollektivaktionen, 72, 130f.
[1542] Vgl. etwa Barchard, Servant, 26f.
[1543] „To the devolution of diplomatic authority to the sea-dogs is probably due in part the breakdown of European attempts to solve the Cretan question.“ Bickford-Smith, Sketches, 220f. Übers. d. Verf.
[1544] Giesl an seine Ehefrau, Canea 1897 Februar 21, Kriegsarchiv Wien, B/839 Konvolut Familienkorrespondenzen Giesl; abgedruckt bei Pangerl, Kreta-Mission, 52.

sönlichem Ehrgefühl, sowie mit nationalistischen Vorbehalten gegen den italienischen Vizeadmiral Canevaro.

„[I]ch weigerte mich, dieß zu thun […] weil ich keine Instruktionen habe, hier den Friedensstifter zu spielen und dem Catzlmacher Adjutantendienste abzugeben. […] Mir ist um die Cretenser u[nd] Griechen leid, weil sie von allen 6 Großmächten vergewaltigt werden und [so] helfe ich ihnen wo ich kann."[1545]

Die Admirale teilten zu diesem Zeitpunkt Giesls persönliche Sympathie für die Aufständischen nicht. Sie waren vor allem bestrebt, ihren militärischen Auftrag auf Kreta zu erfüllen, also konsequent und ohne diplomatische Rücksichten offensive Operationen der griechischen Truppen und Waffenlieferungen an die Christenmilizen zu unterbinden. Auch ohne die Mithilfe Giesls informierten sie Oberst Vassos darüber, dass sie einen Umkreis von sechs Kilometern rund um Canea zur militärischen Sperrzone erklärt hätten und im Fall einer Verletzung derselben das Feuer eröffnen würden.[1546] Französische, russische und italienische Kriegsschiffe fuhren entlang der Küstenstraße westlich von Canea Patrouille, um Vassos im Fall eines Vorrückens auf Canea von See aus bombardieren zu können.[1547] In der Nacht vom 20. auf den 21. Februar 1897 kam es zur ersten Beschlagnahmung eines griechischen Transportschiffes, dessen Besatzung nahe Canea Waffen und Munition für die Christenmilizen ausgeladen hatte.[1548] Gleichzeitig begannen die Kriegsschiffe der Großmächte, Geleitschutz für die von griechischen Kriegsschiffen bedrohten osmanischen Truppentransporter zu fahren. Dies sollte die sichere Versorgung und Verlegung der inzwischen überall auf der Insel isolierten, von Christenmilizen belagerten osmanischen Garnisonen ermöglichen.[1549] Ismail Bey, der Stellvertreter des geflohenen Vali Berovich Paşa, arbeitete eng mit den Admiralen zusammen und versuchte, von Canea aus die Verbindung zu den noch unter osmanischer Kontrolle stehenden Enklaven herzustellen und deren Verteidigung zu koordinieren.[1550] Die griechische Regierung legte daraufhin bei den Vertretern der Großmächte in Athen offiziell Beschwerde gegen die „Parteilichkeit" der Admirale auf Kreta ein.[1551]

Am 21. Februar 1897 erfolgte schließlich der bislang direkteste militärische Eingriff der internationalen Flotte in die Kämpfe auf Kreta. Ziel des Angriffs war die Christenmiliz

---

[1545] Giesl an seine Ehefrau, Canea 1897 Februar 21, Kriegsarchiv Wien, B/839 Konvolut Familienkorrespondenzen Giesl; abgedruckt bei Pangerl, Kreta-Mission, 52.
[1546] Verosta, Kollektivaktionen, 69.
[1547] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 21, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer; vgl. Sutter, Großmächte, 321.
[1548] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 21, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer; vgl. Sutter, Großmächte, 321.
[1549] Telegramm Kdo. SMS „Maria Theresia" an Marinesektion, Canea 1897 Februar 20, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer.
[1550] Ebda.
[1551] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 32.

von Akrotiri, die seit dem 9. Februar 1897 den 122 Meter hohen Hügel Profitis Ilias nordöstlich von Canea als Hauptquartier besetzt hielt. Als ständige Provokation des muslimischen Bevölkerungsteils und der internationalen Garnison ließen die Milizionäre auf dem die Inselhauptstadt und die im Hafen liegenden Kriegsschiffe überragenden Gipfel eine deutlich sichtbare griechische Flagge wehen.[1552] Dies wurde fast zwei Wochen lang toleriert, da der Hügel knapp außerhalb der von den Admiralen proklamierten Sperrzone rund um Canea lag. Als am 21. Februar 1897 aber gemeldet wurde, die Rebellen hätten vom Gipfel aus Schüsse auf das innerhalb der Schutzzone gelegene Halepa abgegeben, nutzten die Admirale die Gelegenheit, um gegen die strategisch und symbolisch so wichtige Stellung der Milizionäre vorzugehen. Die britische HMS „Revenge“ und zwei ihrer Begleitschiffe, die deutsche SMS „Kaiserin Augusta“, das österreichisch-ungarische Flaggschiff SMS „Maria Theresia“ und das russische Flaggschiff „Navarin“ bezogen gemeinsam mit der italienischen RN „Italia“ und der französischen „Amiral Charner“ Position in der Bucht am Fuß des Hügels. Die Kriegsschiffe formierten sich zur Schlachtlinie und bombardierten – allerdings ohne Beteiligung französischer oder italienischer Geschütze – etwa 15 Minuten lang den Gipfel des Profitis Ilias. Das Bombardement endete, als die Milizionäre die Flagge einholten und sich zurückzogen.[1553] Ob und wie viele Tote und Verletzte diese Machtdemonstration bei den Milizionären forderte, oder ob der Beschuss nur Sachschäden verursachte, lässt sich aus den zeitgenössischen Berichten nicht eindeutig ablesen.[1554]

Es liegt nahe, dass das Bombardement seitens der Admirale als symbolischer Akt gedacht gewesen war, um die Einigkeit und Entschlossenheit der Großmächte zu demonstrieren, Angriffe auf die Sperrzone unter Einsatz militärischer Gewalt zu „bestrafen“. Eine solche symbolische Absicht stand wohl jedenfalls hinter der auffälligen Entscheidung, auch italieni-

[1552] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 7, HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Dülffer, Kreta-Krise, 40; Macrakis, Venizelos‘ Early Life, 58–64; Şenişik, Transformation, 144; Sutter, Großmächte, 242−246; Zelepos, Ethnisierung, 179f.

[1553] Telegramm Kdo. SMS „Maria Theresia“ an Marinesektion, Canea 1897 Februar 21, HHStA Wien, PA XII/282 B; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 21, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer; Oberkommando der Kaiserlichen Marine an Marschall, Berlin 1897 März 4, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 58, R12234 Nr. 37; Dülffer, Kreta-Krise, 42; Macrakis, Venizelos‘ Early Life, 58–64; Şenişik, Transformation, 147f.; Sutter, Großmächte, 322; vgl. den zeitgenössischen Augenzeugenbericht eines anonymen österreichisch-ungarischen Zeitungskorrespondenten, Die Beschießung des griechischen Lagers, *Das Vaterland*, Wien 1897 Februar 23, 3.

[1554] Generalkonsul Pinter berichtete die Verwundung von 15 Männern und drei Frauen im Lager der Milizionäre, siehe das Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer. Griechische Zeitungen veröffentlichten dagegen bewusst übertriebene Meldungen, denen zufolge das Bombardement mehrere Todesopfer gefordert hatte. Sutter, Großmächte, 322.

sche und französische Kriegsschiffe in die internationale Schlachtlinie einzureihen, obwohl sie an der Beschießung des Hügels selbst nicht teilnahmen.[1555]

Diesen Symbolcharakter des Bombardements betonten in Österreich-Ungarn die während der gesamten Kretakrise mit der politischen Linie Außenminister Gołuchowskis sympathisierenden Zeitungen *Neue Freie Presse* und *Pester Lloyd*, die dem Vorfall jeweils einen Leitartikel widmeten.[1556] Die *Neue Freie Presse* verherrlichte die Geschütze der internationalen Flotte als „Sprachrohre des Friedens", die den „Ernst der Mächte" bewiesen hätten, „die Insel Kreta zu pacificiren, bevor die Ruhe Europas durch die dortigen Ereignisse gefährdet wird".[1557] Der *Pester Lloyd* jubelte, die „Einheit der Großmächte" sei mit „Blitz und Donner verkündet" worden. Der „Accent der Melinitgeschosse" werde auf die christlichen Milizionäre nun sicher eine „bekehrende Wirkung" ausüben und „der hartnäckige Trotz […] gar bald durch schmerzvolle Empfindung gebrochen" sein.[1558] Selbst die *Reichspost*, die der Kretapolitik des Konzerts im Allgemeinen und der Amtsführung von Außenminister Gołuchowski im Speziellen sonst heftige Kritik entgegenbrachte, würdigte das Bombardement des Profitis Ilias als „Beweis dafür […], daß Europa einig ist in der That."[1559]

Seitens der kretischen Christenmilizen und griechischer NationalistInnen fand rund um das Bombardement allerdings eine bis heute fortgesetzte Legendenbildung statt, die den Vorfall in einen Akt des heroischen Widerstands kretischer „Freiheitskämpfer" gegen die Übermacht der Großmächte verwandelte. In dieser Version der Geschichte wurde und wird behauptet, die Milizionäre hätten den von den Geschützen der Kriegsschiffe getroffenen Fahnenmast am Gipfel des Hügels immer wieder aufgerichtet. Letztlich habe einer der Kämpfer, Spiros Kayalis, selbst als „lebender Fahnenmast" die griechische Flagge emporgehalten und die durch diesen Akt der Todesverachtung beeindruckten Admirale bewogen, das Feuer ein-

[1555] Dies betonte etwa der Augenzeugenbericht eines anonymen österreichisch-ungarischen Zeitungskorrespondenten. Die Beschießung des griechischen Lagers, *Das Vaterland*, Wien 1897 Februar 23, 3. Dem offiziellen Bericht des Kommandanten der SMS „Maria Theresia" zufolge war es dem französischen und dem italienischen Kriegsschiff aufgrund ihrer relativen Position zum Profitis Ilias nicht möglich, das Ziel zu beschießen. Telegramm Kdo. SMS „Maria Theresia" an Marinesektion, Canea 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer. Die symbolische Bedeutung des gemeinsamen Bombardements wurde dermaßen hoch eingeschätzt, dass das österreichisch-ungarische Außenministerium eine schriftliche Dokumentation der genauen Anzahl der Schüsse anforderte, die von den Schiffen jeder einzelnen Großmacht abgegeben worden waren. Den Aufzeichnungen des Kommandanten der SMS „Maria Theresia" zufolge hatten die britischen Kriegsschiffe 20, das deutsche Kriegsschiff sieben, das russische Kriegsschiff vier und das österreichisch-ungarische Kriegsschiff drei Sprenggranaten auf den Hügel abgefeuert. Telegramm Kdo. SMS „Maria Theresia" an Marinesektion, Canea 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer.

[1556] Auch wenn das stark skartierte und zensierte Archivmaterial des Literarischen Büros keine Belege dafür enthält, ist es denkbar, dass ein Teil seines unter Gołuchowski stark erhöhten Budgets dazu verwendet wurde, diese auffallend im Einklang mit der politischen Linie des Außenministers stehenden Artikel zu „inspirieren". Zur üblichen Vorgangsweise des Büros bei solchen Kampagnen vgl. Gemeinhardt, Pressepolitik, 51–60; Kammerhofer, Diplomatie, 459–462; Rottensteiner, Bureau, 36–42.

[1557] *Neue Freie Presse*, Wien 1897 Februar 23, Morgenblatt, 1.

[1558] *Pester Lloyd*, Budapest 1897 Februar 23, 1.

[1559] Die kretensische Verwicklung, *Reichspost*, Wien 1897 Februar 24, 1.

zustellen.[1560] Der Vorfall spielte in der Legendenbildung um den späteren griechischen Premierminister Eleftherios Venizelos eine große Rolle. Venizelos war damals Mitglied der Akrotiri-Miliz und wurde nachträglich häufig als deren „Anführer“ und Schlüsselfigur der Episode auf dem Profitis Ilias dargestellt, weshalb sich heute sein Grab und das Grab seines Sohnes auf dem Gipfel dieses Hügels befinden.[1561] Der berühmte griechische Schriftsteller Nikos Kazantzakis setzte dem Vorfall auch in der Weltliteratur ein Denkmal, indem er im Rahmen seines Romans „Alexis Sorbas“ die Figur der Madame Hortense als Zeitzeugin über das Bombardement erzählen ließ.[1562]

Während die Admirale eine Demonstration der Einigkeit und Entschlossenheit des Konzerts beabsichtigt hatten, schufen sie durch das Bombardement somit letztendlich ein Symbol des kretischen „Freiheitskampfes“, das die Intervention der Großmächte auf Kreta in den Augen aller SympathisantInnen der christlichen Aufständischen endgültig diskreditierte. Konstantinos Foumis, einer der Anführer der Christenmiliz von Akrotiri, gab später in seinen Memoiren zu, die Aufständischen hätten bewusst übertriebene Meldungen über angebliche Todesopfer des Bombardements an griechische Zeitungen weitergeleitet. Dies habe es ihnen erleichterte, im Königreich Griechenland Stimmung für eine aggressiv nationalistische Politik ohne Rücksicht auf die Wünsche und Forderungen der Politiker und Diplomaten der Großmächte zu machen.[1563] Die bis zu 50 Zeitungskorrespondenten aus aller Welt, die sich zu diesem Zeitpunkt in Canea aufhielten, trugen zur



Abb.9: Das 1997 von der Amerikanischen Pankretischen Gesellschaft gestiftete Denkmal des Spiros Kayalis als „lebender Fahnenmast“ auf dem Gipfel des Profitis Ilias. Privatfoto d. Verf., aufgenommen in Chania am 23. August 2010.

[1560] Als Beispiel für die fortgesetzte Tradierung dieser Überlieferung siehe Unbekannter Verfasser, Spyros Kayales,. The 1897 Revolution for the Union of Crete with Greece, in: Kriti. Official Publication of the Pancretan Association of America 787, Brooklyn 2008, 22f.; vgl. Macrakis, Venizelos‘ Early Life, 58–64. Auf dem Gipfel des Profitis Ilias steht seit 1997 ein von der Amerikanischen Pankretischen Gesellschaft gestiftetes, überlebensgroßes Standbild, das Spiros Kayalis in heroischer Pose beim Emporhalten der Flagge zeigt.
[1561] Macrakis, Venizelos‘ Early Life, 58–64.
[1562] In dieser literarischen Version der Geschichte brechen die Admirale den Beschuss vorzeitig ab, weil sie von ihrer – passenderweise kollektiven – Liebhaberin Hortense angefleht werden, nicht mehr auf die „armen, kleinen Kreter“ in den Bergen zu schießen. Nikos Kazantzakis, Zorba the Greek, New York 1996 (Nachdruck), 38–40.
[1563] Dülffer, Kreta-Krise, 42; Sutter, Großmächte, 322.

weiteren, internationalen Verbreitung der Empörung über das Bombardement des Profitis Ilias bei. Schließlich waren sie in heftiger Konkurrenz zu einander bestrebt, ihren Redaktionen möglichst sensationelle und spektakuläre Nachrichten über den Aufstand auf Kreta zu liefern und die durch die Massaker an den ArmenierInnen seit 1895 geweckten Erwartungen zu befriedigen.[1564] Besonders in Großbritannien, Italien und Frankreich kam es zu Demonstrationen und Protestkundgebungen. In Italien und Großbritannien meldeten sich nun sogar Studenten als freiwillige Kämpfer für griechische Milizen auf Kreta und in Mazedonien.[1565] Die Tendenz der Diplomaten, Politiker und Militärs der Großmächte, auf Widerstand gegen ihr Auftreten als weltweites „Schiedgericht" mit kollektiven Machtdemonstrationen zu reagieren, hatte eben selbst bei Zustandekommen dieser Kollektivaktionen nicht immer die beabsichtigte Wirkung.

Auch militärisch trug das Bombardement des Profitis Ilias wenig zu einer Deeskalation des Konflikts auf Kreta bei. Nur einen Tag nach der „Machtdemonstration" des Konzerts starteten die kretischen Christenmilizen am 22. Februar 1897 überall um Canea Vergeltungsangriffe auf osmanische Militärposten und hissten gleich auf mehreren Hügeln erneut die griechische Fahne.[1566] Diese Attacken wurden zwar ebenso wie die Angriffe der Milizen auf Candia und Rethymno abgewehrt, in Candia gelang es den Angreifern aber, die Wasserleitung zu zerstören.[1567] Angesichts von Meldungen über die durch das Bombardement in Griechenland hervorgerufene Empörung und Gerüchten über sich Canea nähernde griechische Torpedoboote fühlten sich die Admirale der Großmächte selbst auf ihren Panzerkreuzern nicht mehr sicher. An Bord der SMS „Maria Theresia" wurden nun die Maschinen des Antriebs konstant unter Dampf gehalten, um die rasche Manövrierbarkeit des Schiffs für den Fall eines griechischen Torpedoangriffs zu gewährleisten.[1568]

Die Admirale, die inzwischen nach dem Vorbild der Botschafterreunionen in Konstantinopel täglich zu vereinbarten Uhrzeiten Sitzungen abhielten, änderten fortan ihre Strategie. Sie traten in direkte Verhandlungen mit den Anführern der Christenmilizen, um sie nun doch wieder auf dem Weg der Diplomatie von der Notwendigkeit zu überzeugen, die internationa-

[1564] Vgl. Bickford-Smith, Sketches, 179; Hulme-Beaman, Twenty Years, 258.
[1565] Dülffer, Kreta-Krise, 43; Şenişik, Transformation, 154; Sutter, Großmächte, 319f., 347; Zürrer, Nahostpolitik, 149.
[1566] Telegramm Kdo. SMS „Maria Theresia" an Marinesektion, Canea 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer.
[1567] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer; Telegramm Kdo. SMS Sebenico an Marinesektion, Candia 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer.
[1568] Telegramm Kdo. SMS „Maria Theresia" an Marinesektion, Canea 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer.

len Sperrzonen zu respektieren.[1569] Die Kämpfe entlang der unter dem Schutz der internationalen Kriegsschiffe stehenden Küstenabschnitte ebbten daraufhin wieder ab.[1570] Die Verhandlungen der Admirale mit dem „Exekutivrat" der Christenmilizen von Akrotiri bildeten eine Grundlage, auf der sich zwischen den Admiralen und den Anführern der christlichen Rebellen ein gewisser Grad an gegenseitiger Wertschätzung entwickelte. Dazu trug sicher auch die Tatsache bei, dass es sich bei letzteren häufig um juristisch gebildete Vertreter einer städtischen Elite handelte, die durch ihre betont „europäische" Bekleidung und Umgangsformen bald die Sympathien einzelner Admirale für sich gewannen.[1571]

Indem direkte Konfrontationen der internationalen Streitkräfte mit dem griechischen Expeditionskorps und den kretischen Christenmilizen fortan vermieden wurden, nahm der Konflikt auf Kreta eine neue Form am, die während der folgenden Monate weitgehend beibehalten wurde. Die von Vassos unterstützten Christenmilizen unternahmen nun keine großen Angriffe auf die Sperrzonen und Küstenstädte mehr. Stattdessen betrieben sie außerhalb der Sperrzonen weitgehend „ungestört" die groß angelegte Plünderung und Zerstörung der muslimischen Dörfer im kretischen Hinterland.[1572] Dem britischen Generalkonsul Biliotti zufolge forderte diese neuerliche Gewaltwelle zwischen Februar und März 1897 im ostkretischen Bezirk Sitia[1573], für den die osmanische Volkszählung von 1881 noch 4.877 muslimische und 11.947 christliche EinwohnerInnen verzeichnet hatte, 2.500 Todesopfer. Die überlebenden muslimischen DorfbewohnerInnen wurden durch ein Landungskommando der internationalen Flotte evakuiert.[1574] Auch in den westkretischen Bezirk Selinos[1575], der 1881 von 3.000 MuslimInnen und 6.000 ChristInnen bewohnt gewesen war, wurde auf Drängen Generalkonsul Biliottis eine internationale Expedition zur Evakuierung belagerter muslimischer Dörfer entsandt. Am 11. März 1897 kehrte der Trupp mit zwischen 340 und 600 geretteten osmanischen Soldaten und zwischen 1.500 und 2.700 völlig erschöpften ZivilistInnen nach Canea zurück,

---

[1569] Macrakis, Venizelos' Early Life, 63f.; vgl. Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 26, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 27, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer.
[1570] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Februar 26, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer.
[1571] Macrakis, Venizelos' Early Life, 64f.
[1572] Vgl. Telegramm Kdo. SMS „Maria Theresia" an Marinesektion, Canea 1897 Februar 21, HHStA Wien, PA XII/282 ohne Nummer.
[1573] Griechisch: Sitia, Lassithi.
[1574] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 März 11, HHStA Wien, PA XII/283 ohne Nummer; Şenişik, Transformation, 155f. Generalkonsul Biliotti setzte seine Untersuchungen der von den Milizen beider Religionsgruppen verübten Massaker und Vertreibungen bis ins Jahr 1899 fort. Seine vergeblichen Bemühungen, die Schuldigen vor Gericht zu bringen, brachten ihn schließlich in Schwierigkeiten mit seinen Vorgesetzten, die ein politisches Interesse daran hatten, den Konflikt auf Kreta als beendet anzusehen. Siehe Telegramm Biliottis an Salisbury, Canea 1898 Dezember 16, TNA PRO London, FO78/4934 Nr. 241; Telegramm Biliottis an Salisbury, Canea 1899 November 10, TNA PRO London, FO78/5005 Nr. 115; Barchard, Servant, 30f., 42–45.
[1575] Heute griechisch: Kantanos-Selino.

wo ein Weitertransport der Flüchtlinge in andere Provinzen des Osmanischen Reichs organisiert wurde.[1576]

IV.c.2. Misstrauen, Proteste und innenpolitische Rücksichten. Der schwierige Weg zu einer politischen Stellungnahme der Großmächte gegen die griechische Intervention

Während die Botschafter in Konstantinopel im Februar 1897 die Leitung der internationalen Intervention auf Kreta an den Admiralsrat verloren, traten sie auch in der Frage, wie man eine internationale Eskalation der Krise verhindern könne, kaum noch durch Initiativen hervor. Die entsprechenden Verhandlungen wurden nahezu völlig den Regierungen der Großmächte überlassen. Diese empörten sich einhellig darüber, dass die Regierung des Königreichs Griechenland ihre Kretapolitik nicht länger der Vermittlung des Konzerts unterordnete. Gemeinsame Empörung allein reichte aber nicht aus, um das gegenseitige Misstrauen, die jeweiligen innenpolitischen Rücksichten und die rivalisierenden Führungsansprüche der verschiedenen außenpolitischen Akteure zu überwinden und einen gemeinsamen Aktionsplan auszuhandeln.

Die Politiker und Diplomaten der Großmächte, für die die absolute Autorität „Europas“ in der internationalen Politik ein außer Frage stehender Grundsatz war, konnten die ungenierte Missachtung dieses Grundsatzes durch die griechische Regierung kaum verstehen. Sie erklärten sich dieses Verhalten häufig mit dem Verdacht, eine oder mehrere Großmächte hätten dem griechischen Premierminister heimlich ihre Unterstützung versprochen und womöglich bereits die Sezession Kretas vom Osmanischen Reich vereinbart.[1577] Die Diplomaten der Großmächte verwendeten viel Zeit darauf, einander in bilateralen Gesprächen über eine solche Möglichkeit und eventuelle unilaterale Geheimpläne „auszuhorchen“. In diesem Zusammenhang wurde immer wieder die Option diskutiert, Italien, Österreich-Ungarn oder sogar dem Deutschen Reich ein internationales Mandat zur Besetzung Kretas zu erteilen, obwohl in Wirklichkeit keine Regierung je ernsthaft vorhatte, ein solches Mandat zu vergeben oder anzunehmen.[1578] Neu im „Repertoire“ der gegenseitigen Verdächtigungen war im Früh-

[1576] Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 März 11, HHStA Wien, PA XII/283 ohne Nummer; Barchard, Servant, 28f.; Şenişik, Transformation, 158; Pangerl, Kreta-Mission, 92–98. Vgl. die detaillierten Berichte zweier Augenzeugen der Expedition, Bickford-Smith, Sketches, 194–208; Hulme-Beaman, Twenty Years, 264–267.

[1577] Diese These wurde nicht nur von Diplomaten der Großmächte, sondern auch innerhalb der osmanischen Regierung vertreten und war am 13. Februar 1897 Gegenstand einer Kabinettssitzung. Şenişik, Transformation, 150f.

[1578] Als Beispiele für derartige Angebote und das misstrauische, gegenseitige Belauern zwischen den Regierungen der Großmächte im Februar 1897 vgl. Telegramm Szögyénys an Gołuchowski, Berlin 1897 Februar 21, HHStA Wien, PA XII/282, Nr. 56; Telegramm Szögénys an Gołuchowski, Berlin 1897 Februar 21, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 57; Telegramm Calices an Gołuchowski, Pera 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA

jahr 1897 die weit verbreitete Theorie einer angeblichen Unterstützung der griechischen Expansionspolitik durch Österreich-Ungarn.[1579] Dieses Gerücht hatte einen wahren Kern. Tatsächlich hatte der griechische König Georgios I. bei einem Staatsbesuch in Wien im November 1896 Gołuchowski mündlich angeboten, in Südosteuropa die Politik Österreich-Ungarns gegenüber Russland und dem als russischer Verbündeter geltenden Fürstentum Bulgarien zu unterstützen. Im Gegenzug sollten die österreichisch-ungarischen Konsuln in ganz Südosteuropa „dem griechischen Elemente gegenüber […] eine entgegenkommendere Haltung" einnehmen. Möglicherweise lag hierin ein Grund für die zwischen November 1896 und Februar 1897 so auffällig freundliche Haltung Generalkonsul Pinters gegenüber dem griechischen Generalkonsul Yennadis.[1580] Gołuchowski war auf das Angebot des Königs von Griechenland mündlich unter der Auflage eingegangen, dass „die griechische Regierung wirklich entschlossen sei, jede Zweideutigkeit in ihrer Politik aufzugeben und mit uns durch dick und dünn zu gehen".[1581] Angesichts des zunehmenden Einschwenkens der griechischen Regierung auf den politischen Kurs der *Ethniki Etairia* gab der österreichisch-ungarische Außenminister den Gedanken an eine Zusammenarbeit mit Griechenland jedenfalls spätestens im Februar 1897 wieder auf.[1582]

Die Verfolgung einer gemeinsamen, harten politischen Linie der Großmächte gegen die griechische Regierung und ihre Ambitionen auf Kreta wurde unterdessen dadurch weiter erschwert, dass in der Öffentlichkeit aller Großmächte in unterschiedlichem Ausmaß und aus verschiedensten ideologischen und innenpolitischen Gründen eine tendenziell feindliche

---

XII/282 Nr. 42; Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1897 Februar 23, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 36; Deym an Gołuchowski, London 1897 Februar 23, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 9B; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 25, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 8C; Cambon an Hanotaux, Konstantinopel 1897 Februar 25, zitiert bei: Zürrer, Nahostpolitik, 346f.; Sutter, Großmächte, 257f., 318f., 323; Zürrer, Nahostpolitik, 345–353.

[1579] Marschall, Aufzeichnung über Gespräch mit dem Russischen Botschafter, Berlin 1897 Februar 8, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 47, R12223; Marschall an Eulenburg, Berlin 1897 Februar 9, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 47, R12223 Nr. 32; Telegramm Szögyenys an Gołuchowski, Berlin 1897 Februar 9, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 32; Szögyény an Gołuchowski, Berlin 1897 Februar 14, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 4B; vgl. Sutter, Großmächte, 248, 276f.

[1580] Aufzeichnung über die Unterredung des Grafen Gołuchowski mit S.M. dem König von Griechenland, Beilage zu Gołuchowski an Kosjek, Wien 1896 November 24, HHStA Wien, PA XVI/48 Nr. 537; abgedruckt bei Sutter, Großmächte, 353–359; vgl. Pinter an Gołuchowski, Canea 1896 November 27, HHStA Wien, PA XII/280 Nr. 321; Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 1, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 1; Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 7, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 2; Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 16, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 4; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 29 HHStA Wien, PA XII/281 ohne Nummer; Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 30, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 7.

[1581] Aufzeichnung über die Unterredung des Grafen Gołuchowski mit S.M. dem König von Griechenland, Beilage zu Gołuchowski an Kosjek, Wien 1896 November 24, HHStA Wien, PA XVI/48 Nr. 537; abgedruckt bei Sutter, Großmächte, 353–359.

[1582] Zürrer, Nahostpolitik, 350; vgl. Gołuchowski an Széchényi, Wien 1897 Februar 14, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 6.

Stimmung gegen das Osmanische Reich und offene Sympathie für Griechenland propagiert wurden. Dabei spielte auch das geistige Erbe des „Philhellenismus“ eine Rolle.[1583]

In Italien demonstrierten SozialistInnen, RepublikanerInnen und StudentInnen in der ideologischen Tradition des „Freiheitskämpfers“ Giuseppe Garibaldis für eine „Befreiung“ Kretas durch Griechenland und veranstalteten jeden Abend Solidaritätskundgebungen vor den Fenstern der griechischen Gesandtschaft in Rom.[1584]

In Frankreich wurde die Regierung von Premierminister Félix Jules Méline sowohl von der religiös konservativen, als auch von der sozialistischen Opposition für ihre angebliche „Turkophilie“ kritisiert, die eine innenpolitisch willkommene Angriffsfläche bot. Die Zeitungen druckten heftige, persönliche Angriffe gegen Außenminister Hanotaux, der sich am 22. Februar 1897 vor dem französischen Parlament wegen seiner bisherigen Kretapolitik verantworten musste. Der Oppositionspolitiker und Katholikenführer Adrien Albert Marie de Mun mobilisierte sogar Papst Leo XIII. zu einer Stellungnahme zugunsten einer Intervention Griechenlands auf Kreta.[1585]

Der britische Premierminister Lord Salisbury sah sich seit Bekanntwerden der Massaker an den Armenierinnen mit der in der britischen Öffentlichkeit besonders populären Verteufelung Sultan Abdülhamits II. als „blutiger Sultan“, „roter Sultan“ und „Abdul der Verdammte“ konfrontiert, die jede Unterstützung des Osmanischen Reichs zu einer innenpolitischen Gefahr für seine Regierung werden ließ.[1586] Im Februar 1897 wurde er nicht nur von Oppositionspolitikern und Zeitungen, sondern sogar von einzelnen Ministern seiner eigenen

---

[1583] Zum Phänomen des Philhellenismus im 19. Jahrhundert vgl. Richard Clogg, The Rediscovery of Antiquity in the Greek World 1770–1821, in: Evangelos Konstantinou (Hg.), Die Rezeption der Antike und der europäische Philhellenismus, Philhellenische Studien 7, Frankfurt 1998, 27–35; Johann Dimakis, Der politische Philhellenismus und Antiphilhellenismus während der Griechischen Revolution in der französischen und deutschen Presse, in: Evangelos Konstantinou (Hg.), Europäischer Philhellenismus. Die europäische Philhellenische Presse bis zur 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts, Philhellenische Studien 3, Frankfurt/ Wien 1994, 41–54; Robert Eisner, Travelers to an Antique Land. The History and Literature of Travel in Greece, Ann Arbor 1991, 45f., 50–55, 70–88; Gunnar Hering, Der griechische Unabhängigkeitskrieg und der Philhellenismus, in: Alfred Noe (Hg.), Der Philhellenismus in der westeuropäischen Literatur 1780–1830, Amsterdam 1994, 17–72; Friedrich Heyer, Das philhellenische Argument. „Europa verdankt den Griechen seine Kultur, also ist jetzt Solidarität mit den Griechen Dankesschuld.“, in: Evangelos Konstantinou (Hg.), Die Rezeption der Antike und der europäische Philhellenismus, Philhellenische Studien 7, Frankfurt 1998, 79–91. Auch in Österreich-Ungarn kam es im Frühjahr 1897 zu Demonstrationen und Geldsammlungen zu Gunsten griechischer Nationalvereine und christlicher Milizen auf Kreta. Eulenburg an Hohenlohe, Wien 1897 Februar 26, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 56, R12232 Nr. 36; Philhellenische Studentendemonstrationen, *Neue Freie Presse*, Wien 1897 Februar 26, 1f.; Eulenburg an Hohenlohe, Wien 1897 März 4, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 58, R12234.

[1584] Bülow an Hohenlohe, Rom 1897 Februar 25, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 56, R12232; Dülffer, Kreta-Krise, 43; Sutter, Großmächte, 319f.; Zürrer, Nahostpolitik, 149.

[1585] Wolkenstein an Gołuchowski, Paris 1897 Februar 19, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 9A, C; Münster an Hohenlohe, Paris 1897 März 2, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 56, R12232 Nr. 52; Dülffer, Kreta-Krise, 43; Sutter, Großmächte, 294–296; vgl. Liechtenstein an Gołuchowski, St Petersburg 1897 Februar 21/ 9, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 8B. Sowohl der russische Außenminister Murav'ev, als auch die deutsche Regierung befürchteten in diesem Zusammenhang sogar einen Sturz der französischen Regierung.

[1586] Vgl. Fritz, Frage, 58f., 62–64; Zürrer, Nahostpolitik, 100f., 108f.

Regierung mit dem Vorwurf bedacht, er opfere bei der Bewahrung des Osmanischen Reichs den Gedanken der „Humanität“ dem Prinzip der Einstimmigkeit der Großmächte. Salisbury wurde auch von seinen eigenen Parteifreunden energisch dazu gedrängt, eine gemeinsame Erklärung der Großmächte zu initiieren, der zufolge Kreta nie wieder unter die Herrschaft des Osmanischen Reichs geraten dürfe.[1587]

Kaiser Wilhelm II. und die Regierung des Deutschen Reichs waren unterdessen an der Kretakrise noch immer vor allem als Gelegenheit interessiert, um die britische Regierung als angeblichen Anstifter von Aufständen und Unruhen im Osmanischen Reich zu überführen und durch ihre Isolierung eine „Kontinentalallianz“ aller übrigen Großmächte mit Deutschland zu schmieden. Weit davon entfernt, Verständnis für die innenpolitischen Rücksichten des britischen Premierministers zu haben, wollte Kaiser Wilhelm II. gerade deshalb dem Osmanischen Reich auf Kreta zu einem Erfolg verhelfen, um Salisbury und seine Regierung in Schwierigkeiten zu bringen.[1588] Das starre Beharren auf einer kompromisslosen Außenpolitik war zudem als Zeichen der Stärke des Deutschen Reichs gedacht, das die wirtschaftspolitische Verhandlungsposition deutscher Investoren im griechischen Königreich verbessern sollte.[1589]

Zwischen Februar 1897 und März 1898 sollte es in Bezug auf Kreta, Griechenland und das Osmanische Reich daher immer schwieriger werden, Kompromisse zwischen den politischen Positionen der Regierungen des Deutschen Reichs und Großbritanniens, aber auch zwischen den Haltungen des russischen Zaren und des deutschen Kaisers gegenüber der griechisch-dänischen Königsfamilie zu finden, mit der der Erste verwandt, der Zweite persönlich verfeindet war.[1590]

Kaiser Wilhelm II. hatte bereits am 14. Februar 1897 eine nicht mit seiner Regierung abgesprochene Einzelinitiative gestartet. Er hatte reihum die Botschafter Österreich-Ungarns, Russlands, Großbritanniens und Frankreichs in Berlin besucht und gefordert, die Großmächte müssten das Königreich Griechenland unter Androhung einer Seeblockade zum Rückzug aller griechischen Schiffe und Truppen von Kreta zwingen.[1591] Gołuchowski kritisierte diese Initiative des deutschen Kaisers als gezielten Versuch, das Konzert durch einen für Lord Salisbury

[1587] Dülffer, Kreta-Krise, 43; Sutter, Großmächte, 298f.
[1588] Vgl. Deym an Gołuchowski, London 1897 Februar 23, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 9A-D.
[1589] Gołuchowski an Wolkenstein, Wien 1897 Februar 27, HHStA Wien, PA XII/138, auszugsweise abgedruckt bei: Zürrer, Nahostpolitik, 348; vgl. Loulos, Griechenlandpolitik, 52–63; Zürrer, Nahostpolitik, 347f.
[1590] Vgl. Gołuchowski an Wolkenstein, Wien 1897 Februar 27, HHStA Wien, PA XII/138, auszugsweise abgedruckt bei: Zürrer, Nahostpolitik, 348.
[1591] Telegramm Szögyénys an Gołuchowski, Berlin 1897 Februar 14, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 40; Telegramm Szögyénys an Gołuchowski, Berlin 1897 Februar 16, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 43; Dülffer, Kreta-Krise, 42f.; Sutter, Großmächte, 277f.; Zürrer, Nahostpolitik, 348.

unannehmbaren Vorschlag zu spalten.[1592] Tatsächlich erklärte Lord Salisbury am 17. Februar 1897 erwartungsgemäß, eine Blockade Griechenlands aus Rücksicht auf die Stimmung der britischen Öffentlichkeit ebenso ablehnen zu müssen, wie er schon 1896 die damals von Gołuchowski vorgeschlagene Blockade Kretas abgelehnt hatte.[1593] Auch der russische Außenminister Murav'ev und die italienische Regierung reagierten auf den Vorschlag Wilhelms II. mit vorsichtiger Ablehnung.[1594] Selbst der deutsche Staatssekretär Marschall teilte dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin vertraulich mit, er halte den Plan seines Kaisers, über den er nie informiert worden sei, für undurchführbar.[1595] Wilhelm II. reagierte auf die allgemeine Ablehnung persönlich gekränkt und machte für das Scheitern seiner Initiative allein Lord Salisbury und die britische Regierung verantwortlich.[1596]

Der österreichisch-ungarische Außenminister fürchtete nun eine dauerhafte Spaltung des Konzerts, dessen Aufrechterhaltung er ja vor allem als Instrument zur Eindämmung einer einseitigen Expansion des russischen Einflusses in Südosteuropa für unbedingt notwendig hielt.[1597] Gołuchowski gab daher am 18. Februar 1897 seine neun Tage zuvor gegenüber Botschafter Calice beteuerte Zurückhaltung in der Kretakrise auf.[1598] Als Kompromiss zwischen den politischen Positionen von Lord Salisbury, Murav'ev und Kaiser Wilhelm II. schlug er nun den Regierungen der übrigen Großmächte vor, Kreta zum autonomen Fürstentum unter lediglich nomineller Oberhoheit Sultan Abdülhamits II. zu erklären. Gleichzeitig sollte sich das Osmanische Reich zur bedingungslosen Umsetzung des gesamtosmanischen Reformoperats der Botschafter bereit erklären, was die Forderungen liberaler PhilhellenInnen nach einem Ende der „Willkürherrschaft" Abdülhamits II. befriedigen sollte. Außerdem sollten die Großmächte eine gemeinsame Garantie des territorialen Besitzstandes des Osmanischen Reichs abgeben und diesen gegebenenfalls durch eine Seeblockade der griechischen Häfen gegen jeden Angriff griechischer Streitkräfte verteidigen.[1599]

[1592] Gołuchowski an Wolkenstein, Wien 1897 Februar 27, HHStA Wien, PAXII/138, auszugsweise abgedruckt bei: Zürrer, Nahostpolitik, 348; vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 43; Sutter, Großmächte, 270f.
[1593] Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1897 Februar 17, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 33.
[1594] Telegramm Liechtensteins an Gołuchowski, St. Petersburg 1897 Februar 17/ 5, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 15; Telegramm Pasettis an Gołuchowski, Rom 1897 Februar 18, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 27. Murav'ev war zu diesem Zeitpunkt hin- und hergerissen zwischen Rücksichtnahme auf die innenpolitischen Schwierigkeiten der französischen Regierung und seiner persönlichen Überzeugung, dass scharfe Zwangsmaßnahmen gegen Griechenland notwendig seien. Dülffer, Kreta-Krise, 43; Sutter, Großmächte, 303f.
[1595] Telegramm Szögyénys an Gołuchowski, Berlin 1897 Februar 16, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 43; Sutter, Großmächte, 278f.
[1596] Sutter, Großmächte, 302f.
[1597] Vgl. Telegramm Gołuchowskis an Szögyény, Wien 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 36.
[1598] Gołuchowski an Calice, Wien 1897 Februar 9, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 19.
[1599] Gołuchowski an Szögyény, Wien 1897 Februar 20, HHStA Wien, PAXII/282 Nr. 33; auszugsweise abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 70f.; vgl. Telegramm Gołuchowskis an Szögyény, Wien 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 36; Sutter, Großmächte, 311f.; Zürrer, Nahostpolitik, 351..

Gołuchowskis ambitionierter Plan wurde sowohl von der deutschen Regierung als auch vom russischen Außenminister kategorisch abgelehnt. In beiden Fällen geschah dies mit der Begründung, die Zukunft Kretas und die Rebellion Griechenlands gegen das europäische Konzert seien so unmittelbar wichtige Probleme, dass man sie lösen müsse, bevor man sich einer generellen Regelung der Zukunft des Osmanischen Reichs zuwenden könne.[1600] Der deutsche Staatssekretär Marschall sah in einer Proklamation der kretischen Autonomie überhaupt die „Kapitulation" das Konzerts vor Griechenland. Zum Entsetzen Gołuchowskis drohte er für diesen Fall sogar damit, das deutsche Kriegsschiff von Kreta abzuziehen und die Teilnahme des Deutschen Reichs an der gemeinsame Intervention auf Kreta aufkündigen.[1601]

Auch die Bemühungen der Vertreter der Großmächte in Athen um die Formulierung einer weiteren Kollektivwarnung an die griechische Regierung scheiterte an den Prinzipien der deutschen Regierung. Staatssekretär Marschall untersagte dem deutschen Gesandten am 16. Februar 1897 die Beteiligung, da die deutsche Regierung beschlossen habe, es sei angesichts der Verstöße Griechenlands gegen das Völkerrecht „unter ihrer ~ Würde", weiter mit dem unbotmäßigen Königreich zu verhandeln.[1602] Die auf das Scheitern der Kollektivnote folgende Serie unkoordinierter Vorsprachen einzelner Botschafter war wiederum wenig geeignet, der griechischen Regierung Angst oder Respekt vor dem „einmütigen" Konzert der Großmächte einzuflößen.[1603] Am 21. Februar 1897 erklärte König Georgios I. in einem offenen Brief an die Botschafter, der in allen griechischen Tageszeitungen abgedruckt wurde, er habe nun lange genug auf eine Lösung der Kretakrise durch das Konzert und seine diplomatischen Organe gewartet. Diese hätten „nichts […] zustande gebracht", er „erwarte nichts mehr" von ihnen und habe unwiderruflich „beschlossen Creta zu annectiren". Diesen Beschluss werde er notfalls auch militärisch gegen den Willen der Großmächte verteidigen.[1604]

Die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel, die in den Jahren 1895 und 1896 ähnliche Pattstellungen bei Verhandlungen zwischen den Regierungen durch die selbstständige Ausarbeitung von Kompromissvorschlägen überbrückt hatten, waren diesmal nicht in der Lage, diese Funktion auszuüben. Als sie in einer Reunion am 22. Februar 1897 die Möglichkeit diskutierten, selbstständig den Entwurf einer neuen kretischen Autonomieerklärung aus-

[1600] Zürrer, Nahostpolitik, 351.
[1601] Gołuchowski an Szögyény, Wien 1897 Februar 20, HHStA Wien, PAXII/282 Nr. 33; auszugsweise abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 70f.; Sutter, Großmächte, 313f.
[1602] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 16, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 21; Telegramm Szögyénys an Gołuchowski, Berlin 1897 Februar 17, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 46; Sutter, Großmächte, 291.
[1603] Telegramm Gołuchowskis an Széchényi, Wien 1897 Februar 16, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 8; Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 17, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 24; Széchényi an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 18, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 11A.
[1604] Vollständige Übersetzung der Erklärung des Königs durch die österreichisch-ungarische Gesandtschaft im Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 21, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 31.

zuarbeiten, war es ausgerechnet Doyen Calice, der dies zur allgemeinen Überraschung seiner Kollegen ablehnte. Wenn sich die Großmächte auf keine Erzwingung eines griechischen Truppenabzugs vom osmanischen Territorium einigen könnten, hätten sie – so Calice – auch kein Recht, dem Osmanischen Reich politische Vorschriften zu machen.[1605]

In einem Bericht vom 25. Februar 1897 erklärte Botschafter Calice gegenüber Außenminister Gołuchowski sein ungewöhnliches Verhalten. Er weigerte sich in diesem Bericht anzuerkennen, dass die Umsetzung des kretischen Reformprogramms vom Herbst 1896 nicht zuletzt am mangelnden Engagement der Politiker und Diplomaten der Großmächte gescheitert sei. Stattdessen schob er die Schuld an diesem Scheitern ausschließlich auf „Sabotage" der internationalen Vermittlung durch griechische nationalistische Parteien und Geheimbünde. Er hatte inzwischen begonnen, die bewusste Zulassung eines griechisch-osmanischen Kriegs als nützliche Gelegenheit zu betrachten, um diesen die gemeinsame Kretapolitik der Großmächte behindernden Faktor auszuschalten. Entgegen aller Erwartungen verfügte das Osmanische Reich Calice zufolge nämlich sehr wohl über die nötige „Defensivkraft", um einen griechischen Angriff in Mazedonien erfolgreich abzuwehren. Eine Eskalation der Kretakrise zu einem griechisch-osmanischen Krieg wäre daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mit dem Schreckensszenario eines Zusammenbruchs des Osmanischen Reichs und der Gefahr eines Weltkrieges verbunden. Vielmehr würden durch die zu erwartende militärische Niederlage Griechenlands die dortigen nationalistischen Parteien und Geheimbünde „dermassen intimidirt werden", dass danach endlich „eine wirksame Vermittlung der Mächte erfolgen könnte". Ein militärischer Erfolg des Osmanischen Reichs würde außerdem die innen- und außenpolitische Position Sultan Abdülhamits II. ausreichend stabilisieren, um die russische Regierung endgültig vom Gedanken eines Präventivschlags zur Besetzung der Meerengen abzubringen.[1606]

Calice wandte sich mit diesem Bericht von den bisherigen Bemühungen der Botschafterkonferenz um eine Deeskalation der Kretakrise ab und spekulierte stattdessen mit den Vorteilen eines kurzen, erfolgreichen Kriegs des Osmanischen Reichs gegen Griechenland als Mittel zur politischen Stabilisierung Südosteuropas. Der österreichisch-ungarische Botschafter behauptete, diese Idee stamme ursprünglich vom britischen Botschafter Currie, weshalb er in dieser Sache mit ihm gegen Nelidov und Cambon zusammenarbeite.[1607] Weitere Hinweise darauf, dass die Botschafter oder Regierungen einzelner Großmächte die Eskalation der Kre-

[1605] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 23, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 43; vgl. Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Februar 23, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 74.
[1606] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 25, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 8A.
[1607] Ebda.

takrise zum Griechisch-Osmanischen Krieg von 1897 absichtlich zugelassen oder gefördert hätten, existieren allerdings nicht. Auch Calice selbst erhob keine weiteren Einsprüche mehr gegen Vorgespräche der Botschafter in Konstantinopel über ein neues kretisches Autonomiestatut.[1608]

Inzwischen kam Bewegung in den Entscheidungsfindungsprozess der Regierungen der Großmächte. Der russische Außenminister Murav'ev präsentierte am 22. Februar 1897 den Vorschlag, der griechischen Regierung ein Ultimatum zum Abzug aller griechischen Truppen und Kriegsschiffe von Kreta zu stellen und gleichzeitig die Autonomie Kretas unter Souveränität des Osmanischen Reichs zu proklamieren. Den Entscheidungsträgern des Deutschen Reichs wurde der Vorschlag schmackhaft gemacht, indem Murav'ev andeutete, bei fortgesetztem Widerstand Lord Salisburys könnten die „Kontinentalmächte" den Plan ja auch ohne Großbritannien umsetzen.[1609] Kaiser Wilhelm II. begeisterte sich sofort für diese Perspektive einer diplomatischen Isolierung Großbritanniens und erklärte am 23. Februar 1897, Murav'evs Plan „vorbehaltlos" zuzustimmen. Dieser entspräche ganz seinem Grundsatz „zuerst handeln, dann verhandeln".[1610] Für den österreichisch-ungarischen Außenminister Gołuchowski war aus den bekannten Gründen die unbedingte Beibehaltung der „Einmütigkeit" aller Großmächte immer noch das wichtigste Prinzip seiner Außenpolitik. Als sich jedoch abzeichnete, dass Murav'evs Konzept ohnehin auch von Salisbury unterstützt wurde, erklärte sich am 24. Februar 1897 auch der österreichisch-ungarische Außenminister einverstanden.[1611]

Nach Beseitigung letzter Meinungsverschiedenheiten zwischen Lord Salisbury und Murav'ev am 26. Februar 1896 war der Weg frei für die konkrete Formulierung der beschlossenen Maßnahmen.[1612] Mit der detaillierten Ausarbeitung der kretischen Autonomieerklärung, des gemeinsamen Ultimatums an Griechenland und der in Verbindung damit anzudrohenden „Maßnahmen" wurden nun wieder die Kollektivorgane des Konzerts, also die Botschafter in Athen und Konstantinopel, sowie der kretische Admiralsrat beauftragt.

[1608] Vgl. Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 März 6, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 54.
[1609] Telegramm Szögénys an Gołuchowski, Berlin 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 59; Telegramme Murav'evs an Nelidov, St. Petersburg 1897 Februar 23/ 11, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 1, 2; Telegramm Szögyénys an Gołuchowski, Berlin 1897 Februar 24, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 63; Zürrer, Nahostpolitik, 351.
[1610] Telegramm Szögénys an Gołuchowski, Berlin 1897 Februar 23, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 61.
[1611] Rundtelegramm Gołuchowski an Deym, Dumba, Szögyény, Pasetti, Calice, Liechtenstein, Wien 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 29, 20, 34, 19, 32, 22; Telegramm Szögyénys an Gołuchowski, Berlin 1897 Februar 24, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 62; Gołuchowski an Liechtenstein, Wien 1897 Februar 24, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 25; Telegramm Gołuchowskis an Deym, Wolkenstein, Pasetti, Wien 1897 Februar 25, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 32, 23, 22.
[1612] Telegramm Liechtensteins an Gołuchowski, St Petersburg 1897 Februar 26/ 14, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 24.

IV.c.3. Blockade, Besetzung und Autonomiestatut. Die Kollektivorgane des Konzerts und die letzten Versuche zur Deeskalation der Kretakrise

Die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel, denen die offizielle Mitteilung der kretischen Autonomie an die osmanische Regierung übertragen wurde, erfüllten diesen Auftrag rasch und unkompliziert. Bereits am 27. Februar 1897 – bloß einen Tag, nachdem Lord Salisbury ihrer Beauftragung zugestimmt hatte – übermittelten sie ihren Regierungen den Entwurf einer kollektiven Erklärung. Darin wurde festgestellt, dass die Annexion Kretas durch Griechenland ungültig sei und die Insel stattdessen durch Vermittlung der Großmächte ein neues Autonomiestatut erhalten würde.[1613] Zu Schwierigkeiten kam es lediglich, als Lord Salisbury am 1. März 1897 Botschafter Currie anwies, die osmanische Regierung darauf aufmerksam zu machen, dass diese Autonomieerklärung außerdem den Abzug aller osmanischen Truppen von Kreta „impliziere". Da Currie seine Kollegen jedoch rechtzeitig von diesem Sonderauftrag informierte, gelang es den Botschaftern, gemeinsam einen Ausweg zu finden, bevor es zu einem neuerlichen Streit zwischen ihren Regierungen kam. Statt einer Sondererklärung des britischen Botschafters über den „Abzug" der osmanischen Truppen verfassten die Botschafter nun eine gemeinsame Erklärung darüber, dass die Autonomie Kretas lediglich die schrittweise „Reduzierung" der osmanischen Militärpräsenz impliziere. Salisbury und die Außenminister der übrigen Großmächte akzeptierten diese Fassung, so dass die Botschafter am 3. März 1897 die gemeinsame Autonomieerklärung Kretas an die osmanische Regierung übergeben konnten.[1614]

Etwas schwieriger gestaltete sich die Beauftragung des Admiralsrats mit der Ausarbeitung geeigneter „Maßnahmen" zur „Entfernung" der griechischen Kriegsschiffe und Truppen von Kreta im Fall einer Ablehnung des gemeinsamen Ultimatums der Großmächte. Murav'ev hatte geplant, dass die Botschafter in Konstantinopel den Admiralen diesen Auftrag übermitteln sollten. Dies hätte letztere symbolisch den ersteren unterstellt und die Botschafter erneut

---

[1613] Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Pera 1897 Februar 27, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 56, R12232 Nr. 102; Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Februar 27, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 84.

[1614] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 März 1, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 51; Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1897 März 1, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 45; Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 März 1, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 87; Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1897 März 2, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 40; Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Pera 1897 März 2, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 57, R12233 Nr. 107; Telegramme Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 März 2, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 89, 91; Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Pera 1897 März 3, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 56, R12232 Nr. 108; Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Pera 1897 März 3, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 57, R12233 Nr. 110; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 März 4, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 9A-F; Telegramme Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 März 6, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 99, 100; vgl. Sutter, Großmächte, 345f.; Verosta, Kollektivaktionen, 101.

zur Schaltzentrale der internationalen Intervention auf Kreta gemacht.[1615] Die Botschafter waren sich allerdings diesmal selbst uneinig, ob eine solche Aufgabe innerhalb ihrer Kompetenzen läge. Der britische Botschafter Currie, sein italienischer Kollege Pansa und der französische Botschafter Cambon vertraten in einer am 27. Februar 1897 einberufenen Reunion den Standpunkt, dass sie als Botschafter weder die „technische Kompetenz" noch die „Berechtigung" dazu hätten, den Admiralen Befehle zu erteilen. Calice und Nelidov waren dagegen der Ansicht, dass es sich im konkreten Fall ja eigentlich nur um eine Weiterleitung von Regierungsbefehlen handle, die sie durchaus übernehmen könnten. Saurma verhielt sich neutral.[1616] Das Ergebnis der Besprechung geht aus den erhaltenen Dokumenten nicht eindeutig hervor. Calice meldete nach Wien, die Botschafter hätten beschlossen, die Befehle in Form „vertraulicher Mitteilungen" mit Umweg über die Konsulate in Canea an die Admirale weiterzuleiten.[1617] Saurmas Bericht an das deutsche Auswärtige Amt zufolge war dagegen die Entscheidung gefasst worden, die Regierungen um eine direkte Übermittlung der Befehle zu ersuchen.[1618] Vermutlich infolge dieser Unklarheit und der damit verbundenen Verzögerungen meldeten die Admirale am 28. Februar 1897, sie hätten die angekündigten Befehle noch immer nicht erhalten.[1619]

Wieder wurde durch unklare Hierarchien und Dienstwege kostbarer Zeit verschwendet, bis alle Admirale mit Befehlen ausgestattet waren. Am 2. März 1897 übermittelte der Admiralsrat den Regierungen dann aber nach kurzer Besprechung das militärisch knapp formulierte Beratungsergebnis, die am besten geeigneten „Maßnahmen" zur „Entfernung" der griechischen Schiffe vor Kreta wären „Fortschleppen oder […] Vernichtung". Eine entsprechende „Entfernung" der bereits auf der Insel gelandeten griechischen Truppen sei allerdings ohne erhebliche Verstärkung der internationalen Militärpräsenz nicht möglich.[1620] Diese Antwort stellte die Regierungen der Großmächte offenbar nicht zufrieden. Noch am selben Tag schlug Murav'ev vor, den Admiralen den konkreteren Auftrag zur Ausarbeitung eines Konzepts für eine Seeblockade Griechenlands zu erteilen.[1621] Die Regierungen der übrigen Großmächte stimmten zu. Lord Salisbury betonte allerdings, damit nur der Ausarbeitung eines

[1615] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 26, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 47.
[1616] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 27, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 49; Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Pera 1897 Februar 27, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 56, R12232 Nr. 103.
[1617] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 27, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 49.
[1618] Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Pera 1897 Februar 27, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 56, R12232 Nr. 103.
[1619] Knorr an Marschall, Berlin 1897 Februar 28, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 56, R12232.
[1620] Oberkommando der Kaiserlichen Marine an Marschall, Berlin 1897 März 2, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 57, R12233.
[1621] Telegramm Gołuchowskis an Liechtenstein, Szögyény, Deym, Calice, Wolkenstein, Pasetti, Széchényi, Wien 1897 März 2, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 28, 44, 33, 41, 25, 24, 15.

Konzepts und noch nicht der tatsächlichen Durchführung einer solchen Blockade zugestimmt zu haben.[1622]

Das fertige Konzept, das die Admirale den Regierungen der Großmächte am 6. März 1897 vorlegten, umfasste neben dem Vorschlag einer sofortigen Seeblockade Kretas und der Hafenstädte des Königreichs Griechenland auch den Plan, die internationale Militärpräsenz auf Kreta weiter auszubauen. Im Fall einer Seeblockade stünden die für diese benötigten Kriegsschiffe nämlich nicht mehr zur Verteidigung Caneas bereit. Es sei daher nach Ansicht der Admirale unerlässlich, nun auch Landstreitkräfte auf Kreta zu stationieren. Jede Großmacht sollte ein Bataillon von mindestens 600 Mann bereitstellen. Eine dermaßen aufgestockte internationale Truppe unter dem Oberkommando des Admiralsrats sollte es möglich machen, nicht nur Canea selbst, sondern auch alle übrigen kretischen Küstenstädte effektiv vor Angriffen der Christenmilizen und des griechischen Expeditionskorps zu schützen.[1623]

Bevor an die Umsetzung solcher Pläne gedacht werden konnte, musste aber erst noch das gemeinsame Ultimatum an die griechische Regierung formuliert werden. Die damit beauftragten diplomatischen Vertreter der Großmächte in Athen stießen dabei von Anfang an auf heftige Schwierigkeiten. Der französische und der britische Vertreter setzten sich für möglichst milde Formulierungen ein, der italienische Gesandte vermied eine Stellungnahme und der deutsche Gesandte Plessen beharrte auf einer kompromisslos scharfen Wortwahl. Der russische Gesandte Bachmetev drohte unterdessen damit, notfalls auch ohne seine Kollegen einen separaten Vorstoß unternehmen zu wollen.[1624] Selbst die Bezeichnung des Ultimatums als „Ultimatum“ war umstritten, so dass sich letztendlich der französische Gesandte mit der Idee durchsetzte, stattdessen von einer „Sommation“ oder „Ermahnung“ zu sprechen.[1625] Schließlich brach auch noch eine Debatte darüber aus, wessen Schuld die ständigen Verzögerungen der Verhandlungen seien. Es kam zu gegenseitigen Vorwürfen und einer offiziellen Beschwerde Bachmetevs, seine Kollegen würden durch ihr Verhalten absichtlich seinen Ruf

[1622] Auswärtiges Amt an Knorr, Berlin 1897 März 2, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 57, R12233; Telegramm Gołuchowskis an Baum und Martin, Wien 1897 März 3, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 394; Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1897 März 3, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 48.

[1623] Telegramm Kdo. k.u.k. Escadre-Commando an Marinesektion, Suda 1897 März 6, HHStA Wien, PA XII/283 ohne Nummer; Oberkommando der Kaiserlichen Marine an Marschall, Berlin 1897 März 6, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 58, R12234; abgedruckt in: GP XII/2, 355f.; Dülffer, Kreta-Krise, 42; Zürrer, Nahostpolitik, 350–352.

[1624] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 27, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 36; Telegramm Plessens an Auswärtiges Amt, Athen 1897 Februar 26, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 56, R12232 Nr. 27; Telegramm Plessens an Auswärtiges Amt, Athen 1897 Februar 27, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 56, R12232 Nr. 28.

[1625] Telegramm Radolins an Auswärtiges Amt, St Petersburg 1897 Februar 27/ 15, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 56, R12232 Nr. 58; Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1897 Februar 27, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 36.

im russischen Außenministerium schädigen.[1626] Erst am 28. Februar 1897 war ein erster Entwurf der gemeinsamen Note fertig.[1627] Nach längeren Rücksprachen zwischen den Regierungen der Großmächte wurde der griechischen Regierung am 2. März 1897 die mühsam erarbeitete „Ermahnung" übermittelt, sie möge innerhalb von sechs Tagen den Rückzug aller griechischen Schiffe und Truppen von Kreta durchführen. Die widrigenfalls angedrohten „Maßnahmen" zur „Entfernung" der griechischen Militärpräsenz wurden aber noch nicht näher erläutert, da sich die Regierungen der Großmächte über die entsprechenden Vorschläge der Admirale noch nicht geeinigt hatten.[1628]

Die griechische Regierung zeigte sich wenig beeindruckt. Bereits am 4. März 1897 berichteten der deutsche und der österreichisch-ungarische Gesandte aus Athen, die Antwort auf das Ultimatum werde wohl in Form einer Kriegserklärung Griechenlands an das Osmanische Reich erfolgen.[1629] Als am 6. März immer noch keine Antwort erfolgt war, verbreitete der deutsche Gesandte Plessen das Gerücht, ein geheimnisvoller britischer „Sonderkurier" habe die griechische Regierung heimlich zum Widerstand gegen die Großmächte ermutigt. Diese niemals bestätigte Verschwörungstheorie wurde von Kaiser Wilhelm II. begeistert aufgegriffen und weiterverbreitet.[1630]

Am 8. März 1897 erfolgte schließlich die erwartete Ablehnung des Ultimatums durch die griechischen Regierung, die erklärte, das Expeditionskorps des Oberst Vassos habe den Auftrag, Kreta zu „befrieden" und werden diesen Auftrag auch weiterhin ausführen. Die Großmächte sollten außerdem die Bevölkerung Kretas selbst in Form eines Referendums über ihre politische Zukunft entscheiden lassen.[1631] Damit stellte die Antwort der griechischen Re-

---

[1626] Telegramm Radolins an Auswärtiges Amt, St Petersburg 1897 Februar 27/ 15, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 56, R12232 Nr. 58; Telegramm Plessens an Auswärtiges Amt, Athen 1897 März 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 56, R12232 Nr. 31; Széchényi an Gołuchowski, Athen 1897 März 4, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 18C; Deym an Gołuchowski, London 1897 März 4, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 10A.

[1627] Telegramm Plessens an Auswärtiges Amt, Athen 1897 Februar 28, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 56, R12232 Nr. 30.

[1628] Telegramm Deyms an Gołuchowski, London 1897 März 1, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 45; Telegramm Hatzfelds an Auswärtiges Amt, London 1897 März 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 56, R12232 Nr. 44; Telegramm Radolins an Auswärtiges Amt, St Petersburg 1897 März 1/ Februar 17, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 56, R12232 Nr. 60; Telegramm Hatzfelds an Auswärtiges Amt, London 1897 März 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 57, R12233 Nr. 47; Telegramm Gołuchowskis an Széchényi, Wien 1897 März 1, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 14; Telegramme Plessens an Auswärtiges Amt, Athen 1897 März 2, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 57, R12233 Nr. 32, 33; vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 43; Sutter, Großmächte, 346f.; Verosta, Kollektivaktionen, 71; Zürrer, Nahostpolitik, 351f.

[1629] Széchényi an Gołuchowski, Athen 1897 März 4, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 18A; Telegramm Plessens an Auswärtiges Amt, Athen 1897 März 5, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 58, R12234 Nr. 39.

[1630] Telegramm Plessens an Auswärtiges Amt, Athen 1897 März 6, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 58, R12234 Nr. 42; Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. zum Telegramm Plessens an Auswärtiges Amt, Athen 1897 März 6, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 58, R12234 Nr. 42.

[1631] Telegramme Széchényis an Gołuchowski, Athen 1897 März 8, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 51–57; Dülffer, Kreta-Krise, 43; Verosta, Kollektivaktionen, 71–73; Zürrer, Nahostpolitik, 352. Zwischen den Vertretern der Großmächte in Athen war noch während des Wartens auf die griechische Antwort ein neuer Streit über die Frage entbrannt, ob sie im Fall einer Ablehnung Athen kollektiv verlassen und die diplomatischen Kontakte zur grie-

gierung nicht nur eine ausdrückliche Ablehnung des Führungsanspruchs der Großmächte in der internationalen Politik dar. Sie beinhaltete auch eine bemerkenswert offene Kritik an der üblichen Methode des Konzerts, Konfliktvermittlung durch autoritäre Verordnungen, aber nicht durch Verhandlungen mit Konfliktparteien oder gar Befragungen der betroffenen Bevölkerung zu betreiben.

Der österreichisch-ungarische Außenminister Gołuchowski vertrat nun in völliger Übereinstimmung mit Kaiser Franz Joseph I. den Standpunkt, die sofortige Umsetzung einer Seeblockade sei die einzig angemessene Antwort auf die „Dreistigkeit" Griechenlands, „Widerstand gegen den Willen Europas" zu leisten.[1632] Der deutsche Kaiser Wilhelm II. war ebenfalls für eine sofortige Umsetzung des Programms der Admirale, allerdings ohne Beteiligung eines deutschen Kontingents an der internationalen Truppe.[1633] Der britische Premierminister Lord Salisbury wiederum betonte, dass er sich durch das Konzept der Admirale in keinster Weise gebunden fühle. Er könne sich höchstens eine Seeblockade Kretas vorstellen, lehne eine Blockade Griechenlands aber in jedem Fall ab.[1634]

Erst nach längeren Verhandlungen rangen sich die Regierungen der Großmächte dazu durch, das vom Admiralsrat vorgeschlagene Konzept wenigstens teilweise umzusetzen. Am 17. März 1897 wurden die Admirale dazu autorisiert, die Blockade Kretas durchzuführen, während über eine Blockade der griechischen Festlandhäfen vorerst weiter verhandelt werden sollte. Auch die Entsendung der von den Admiralen angeforderten, internationalen Truppe und die Ausdehnung der internationalen Besetzung auf von den Admiralen zu bestimmende „strategische Punkte" auf der ganzen Insel sollte nun durchgeführt werden.[1635]

Noch am selben Tag verlautbarte der Admiralsrat eine feierliche Proklamation, in der er endgültig im Stil einer internationalen Militärregierung der „Bevölkerung der Insel" erklärte, „daß die Großmächte unwiderruflich beschlossen haben, Kreta eine vollständige Autonomie unter der Suzeränität des Sultans zu geben." Während die Admirale versprachen, „jedem Einzelnen ohne Unterschied der Rasse und Konfession die Freiheit und Sicherheit seines Eigentums zu gewährleisten", stellten sie von Anfang an klar, dass eine direkte oder repräsentative Beteiligung der Bevölkerung an der Ausarbeitung der kretischen Autonomie unerwünscht

---

chischen Regierung abbrechen sollten. Telegramm Plessens an Auswärtiges Amt, Athen 1897 März 5, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 58, R12234 Nr. 38.

[1632] Verosta, Kollektivaktionen, 72f. Kaiser Franz Joseph I. hatte der „Wortschwall der griechischen Antwortnote" in derartige Empörung versetzt, dass er sich direkt telegrafisch an Gołuchowski wandte und diesen ermahnte, unbedingt „an der projectirten Coercitiv-Action […] festzuhalten". Telegramm Kaiser Franz Joseph I. an Gołuchowski, Cap Martin 1897 März 9, HHStA Wien, PA XII/283 ohne Nummer.

[1633] Marschall an Oberkommando der Kaiserlichen Marine, Berlin 1897 März 6, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 58, R12234; abgedruckt in: GP XII/2, 356f.

[1634] Dülffer, Kreta-Krise, 44; Zürrer, Nahostpolitik, 352.

[1635] Dülffer, Kreta-Krise, 43; Şenişik, Transformation, 164f.

sei. Das Autonomiestatut werde allein von den Vertretern der Großmächte ausgehandelt werden, deren Beschlüssen die kretische Bevölkerung zu gehorchen habe.

„Die Mächte wollen den Frieden und die Ordnung, sie werden im Bedarfsfall die notwendige Autorität entfalten, um ihre Beschlüsse zur Geltung zu bringen."[1636]

Der schroffe Tonfall der Proklamation spiegelt sowohl den militärischen Hintergrund der Admirale, als auch das von der griechischen Regierung und Opposition in der Kretakrise so sehr in Frage gestellte Selbstbild des europäischen Konzerts wieder. Bei der Delegation der kretischen Christenmilizen, der die Proklamation in einer kalkulierten Inszenierung vor der beeindruckenden Kulisse des russischen Panzerschiffs „Imperator Aleksandr II" vorgelesen wurde, riefen Inhalt und Tonfall der Proklamation heftige Ablehnung hervor.[1637] Die von der türkischen Historikerin Pinar Şenişik vertretene These, die internationale Besetzung Kretas sei eine Form von „imperialer Expansion" gewesen, geht jedoch zu weit und scheint darauf zu beruhen, dass Şenişik die selbstherrliche Rhetorik der Admirale vielleicht allzu ernst nahm.[1638]

Ein Blick hinter die Kulisse der Inszenierung raubt der internationalen Besetzung Kretas jeden Charakter einer gezielten „imperialen Expansion" und zeigt, mit wie viel Zögern, Widerwillen und gegenseitigem Misstrauen die Großmächte die Entsendung von Truppen nach Kreta vornahmen. Der deutsche Kaiser Wilhelm II. verweigerte von Anfang an die Beteiligung eines deutsches Bataillons und steuerte lediglich 95 Matrosen und Seesoldaten von der SMS „Kaiserin Augusta" als symbolisches Kontingent zur internationalen Truppe bei.[1639] Die Entsendung des österreichisch-ungarischen Bataillons, das für den Einsatz auf Kreta mit Tropenhelmen und Uniformen im Kolonialstil ausgerüstet wurde, kam nur gegen den ausdrücklichen Widerstand des Kriegsministers Edmund Freiherr Krieghammer zustande. Krieghammer nutzte alle Möglichkeiten der österreichisch-ungarischen Bürokratie, um die Entsendung unter dem Vorwand verschiedener Formfehler im Antrag des Außenministeriums bis zum 23. März 1897 hinauszuzögern.[1640] Auch nach einer nochmaligen Aufstockung der Truppenkontingente im Juli 1897 beschränkte sich Gesamtstärke der internationalen Truppe auf

[1636] Telegramm Kdo. k.u.k. Escadre-Commando an Marinesektion, Suda 1897 März 18, HHStA Wien, PA XII/284 Nr. 701; abgedruckt bei: Pangerl, Kreta-Mission, 56f.; vgl. Şenişik, Transformation, 165–167; Verosta, Kollektivaktionen, 75.
[1637] Verosta, Kollektivaktionen, 76f.
[1638] Şenişik, Transformation, 164f.
[1639] Hatzfeld an Hohenlohe, London 1897 April 9, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 72, R12248 Nr. 188; *The Standard*, London 1897 April 9; Dülffer, Kreta-Krise, 43f.; Verosta, Kollektivaktionen, 69; Zürrer, Nahostpolitik, 348.
[1640] Gołuchowski an Krieghammer, Wien 1897 März 18, HHStA Wien, PA XII/284; abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 74f.; Krieghammer an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 März 19, HHStA Wien, PA XII/284; Krieghammer an Gołuchowski, Wien 1897 März 23, HHStA Wien, PA XII/284; Pangerl, Kreta-Mission, 79–83.

6.570 Mann, die in kleinräumigen Besatzungszonen um die Küstenorte Kissamos, Canea, Suda Bay, Rethymno, Candia, Sitia, Spinalonga[1641] und Ierapetra[1642] stationiert waren.[1643] Der Großteil Kretas blieb alleiniges Operationsgebiet der Christenmilizen, die trotz der internationalen Besetzung der Küstenstädte die Plünderung und Zerstörung muslimischer Dörfer im Hinterland fortsetzten.[1644] Die Militärmacht der vereinigten Großmächte ließ sich aller „imperialen" Rhetorik zum Trotz auf Kreta immer noch nicht weiter projizieren, als die Geschütze der internationalen Flotte in Suda Bay reichten.

Eine weitere Forderung aus dem Konzept des Admiralsrats, die in vollem Ausmaß umgesetzt wurde, war die internationale Seeblockade Kretas. Diese wurde am 20. März 1897 durch den Admiralsrat proklamiert. Die bis April 1897 auf 73 Kriegsschiffe aller sechs Großmächte aufgestockte internationale Flotte teilte die Küste Kretas in einzelne „Blockaderayons" auf, die jeweils einer Großmacht zugewiesen wurden.[1645] Schon ab 21. März 1897 sollten theoretisch keine fremden Fracht-, Passagier- oder Kriegsschiffe mehr Kreta anlaufen können, ohne von den Kriegsschiffen der Großmächte gestoppt, durchsucht und gegebenenfalls beschlagnahmt zu werden.[1646] In der Praxis stießen die Admirale aber auch bei der Umsetzung der Blockade auf erhebliche Schwierigkeiten. Speziell an der Westküste Kretas, deren Überwachung den österreichisch-ungarischen Kriegsschiffen übertragen war, sorgten schwierige Strömungsverhältnisse und eine durch zahlreiche, unübersichtliche Buchten geprägte Küstenlandschaft dafür, dass kleine, wendige Lastensegler mit ortskundigen Navigatoren erfolgreich als Blockadebrecher operieren konnten.[1647] Auch wenn der Blockadeflotte einzelne Erfolge gelangen, war die Blockade insgesamt deutlich weniger effektiv, als die Regierungen der Großmächte erwartet hatten.[1648] Zeitgenössischen Beobachtern zufolge gelang es nach wie

---

[1641] Heute griechisch: Kalydon.
[1642] Griechisch: Ierapetra.
[1643] Genaue Auflistungen der Truppenstärken und Aufteilung der Besatzungszonen zwischen den Großmächten bei Dülffer, Kreta-Krise, 46; Pangerl, Kreta-Mission, 64f.; Verosta, Kollektivaktionen, 74, 130.
[1644] Vgl. Biliotti an Salisbury, Canea 1897 Jänner 30, TNA PRO London, FO78/4831 Nr. 6; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1897 März 11, HHStA Wien, PA XII/283 ohne Nummer; Telegramm Biliottis an Salisbury, Canea 1898 Dezember 16, TNA PRO London, FO78/4934 Nr. 241; Telegramm Biliottis an Salisbury, Canea 1899 November 10, TNA PRO London, FO78/5005 Nr. 115; Barchard, Servant, 30f., 42–45; Şenişik, Transformation, 155f.; 167–171, 186–191.
[1645] Zur Stärke der Flottenkontingente der einzelnen Großmächte siehe Pangerl, Kreta-Mission, 63; Verosta, Kollektivaktionen, 130; zur Aufteilung der Blockaderayons zwischen den Großmächten siehe Pangerl, Kreta-Mission, 63.
[1646] Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 März 20, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 132; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 März 20, HHStA Wien, PA XII/284 Nr. 65; abgedruckt in: Verosta, Kollektivaktionen, 73.
[1647] Pangerl, Kreta-Mission, 74.
[1648] Vgl. z.B. Oberkommando der Kaiserlichen Marine an Marschall und Reichsmarineamt, Berlin 1897 April 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 73, R12249; Koellner an Oberkommando der Kaiserlichen Marine, Suda Bay 1897 April 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 73, R12249; Bickford-Smith, Sketches, 209f.; Pangerl, Kreta-Mission, 89–92.

vor zahlreichen Transportschiffen, Waffen und Munition an die kretischen Christenmilizen zu liefern.[1649]

Zwischen den Regierungen der Großmächte ging unterdessen der Streit um eine die Blockade Kretas ergänzende Seeblockade des Königreichs Griechenland weiter. Nachdem sich der russische Außenminister Murav'ev über ein Monat lang vergeblich für verschiedene Konzepte einer wenigstens partiellen Blockade griechischer Häfen engagiert hatte, die den bereits laufenden Truppenaufmarsch an der griechisch-osmanischen Grenze unterbrechen sollte, resignierte er gegenüber dem Widerstand des britischen Premierministers Salisbury.[1650] Zwischen dem 7. und 14. April 1897 gab er seine Initiative auf und erklärte, in der Kretakrise fortan eine „kluge Abwartehaltung" einnehmen zu wollen.[1651] Hanotaux kommentierte dies mit dem Ausruf, das bedeute „das Ende des europäischen Konzerts".[1652] Gołuchowski weigerte sich, dieses Scheitern zu akzeptieren, und erklärte dem deutschen Botschafter in Wien, er sei entschlossen, eine „Entscheidung […] in irgend einer Form" herbeiführen.[1653] Er versuchte nun, eine Einigung des Konzerts zu erzwingen, indem er diplomatische Ultimaten an die übrigen Großmächte stellte und drohte, Österreich-Ungarn werde seine Truppen- und Flottenkontingente von Kreta abziehen, wenn seine Vorschläge zur Blockade Griechenlands nicht angenommen würden.[1654] Diese offenbar auf einer Überschätzung der Bedeutung Österreich-Ungarns im Konzert der Großmächte beruhende Handlungsweise brachte Gołuchowski letztlich nur in die demütigende Situation, seine eigenen Drohungen weder umsetzen zu können noch umsetzen zu wollen.[1655]

Die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel hielten sich aus den Diskussionen der Regierungen über die Blockadefrage weitgehend heraus und widmeten sich stattdessen weiter ihren Vorarbeiten am Entwurf eines neuen kretischen Autonomiestatuts. Grundlage dieser Verhandlungen war weder ein Auftrag der Regierungen noch eine Eigeninitiative der Botschafter, sondern eine am 6. März 1897 übermittelte Anfrage der Osmanischen Regierung. Letztere hatte in Reaktion auf die Autonomieerklärung vom 3. März den Wunsch geäußert,

---

[1649] Bickford-Smith, Sketches, 215.
[1650] Dülffer, Kreta-Krise, 44; Zelepos, Ethnisierung, 181; Zürrer, Nahostpolitik, 353; vgl. Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 April 8, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 208; Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Pera 1897 April 9, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 72, R12248 Nr. 180.
[1651] Dülffer, Kreta-Krise, 44; Zürrer, Nahostpolitik, 353.
[1652] Dülffer, Kreta-Krise, 44.
[1653] Telegramm Eulenburg an Auswärtiges Amt, Wien 1897 April 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 74, R12250 Nr. 137; abgedruckt in: GP XII/2, 403f.
[1654] Gołuchowski an Liechtenstein, Wien 1897 März 28, PA XII/284; auszugsweise abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 77f.; Gołuchowski an Liechtenstein, Wien 1897 April 14, PA XII/285; auszugsweise abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 79f.
[1655] Telegramm Eulenburg an Auswärtiges Amt, Wien 1897 April 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 74, R12250 Nr. 137; abgedruckt in: GP XII/2, 403f.; Wakounig, Grandseigneur, 180f.

mit den Botschaftern Gespräche über die konkrete Gestaltung der kretischen Autonomie zu führen.[1656] Am 11. März 1897 versuchte Calice, Außenminister Gołuchowski davon zu überzeugen, dass es tatsächlich „am praktischsten" wäre, diese Verhandlungen wieder den Botschaftern in Konstantinopel anzuvertrauen. Dies wäre auf jeden Fall besser, als den „zeitraubenden und schwierigen Vorgang einer directen Verständigung" zwischen den Regierungen zu beginnen, wie er zur selben Zeit bei den Verhandlungen über die griechische Blockadefrage zur Anwendung kam. Die Regierungen sollten – so Calice – ihre jeweiligen Minimalforderungen in Bezug auf ein autonomes Kreta einfach den Botschaftern mitteilen. Letztere würden dann nach bewährtem Muster „innerhalb des frei bleibenden Spielraumes und auf Grund einer Ausgleichung der divergirenden Standpunkte ein Programm aufstellen und […] den hohen Regierungen […] gemeinsam in Vorschlag bringen."[1657]

Die Gespräche der Botschafter über ein Autonomiestatut für Kreta waren gleichzeitig die Suche nach einem alternativen Weg, um den immer wahrscheinlicher werdenden Krieg zwischen Griechenland und dem Osmanischen Reich auch ohne Seeblockade oder Zwangsmaßnahmen zu verhindern. Die Botschafter suchten fieberhaft nach einem Kompromiss, der König Georgios I. von Griechenland die Gelegenheit bieten sollte, ohne Gesichtsverlust gegenüber den griechischen NationalistInnen von einem Angriff auf das Osmanische Reich abzusehen. Einem Bericht Botschafter Calices vom 11. März 1897 zufolge waren sich die Botschafter zu diesem Zeitpunkt bereits über das Grundkonzept einig, das autonome Kreta nach dem Vorbild der ebenfalls autonomen Insel Samos als tributpflichtiges Fürstentum unter Oberhoheit des Sultans zu konstituieren.[1658] Die heikle Frage des Verbleibs osmanischer Garnisonen auf der Insel war bereits im Rahmen der Autonomieerklärung vom 3. März 1897 geklärt worden, in der sich die Botschafter auf eine „sukzessive Reduzierung" der Garnisonen innerhalb eines nicht näher definierten Zeitraums geeinigt hatten. Die einzigen noch offenen Fragen waren Calice zufolge die Ausarbeitung von Maßnahmen zum Schutz von Leben und Besitz der muslimischen Minderheit und die Auswahl eines geeigneten Gouverneurs oder Fürsten für Kreta. Bezüglich des letzten Punktes waren sich die Botschafter angeblich darüber einig, dass die Wahl des zweitältesten Sohnes des griechischen Königs, des Prinzen Georgios, den griechischen NationalistInnen die Grundlage ihrer Kriegsagitation entziehen und den Frieden in Südosteuropa sichern würde.[1659]

[1656] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 März 6, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 54.
[1657] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 März 11, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 10B.
[1658] Ebda.
[1659] Ebda.

Wenn man den Angaben Calices trauen kann, hatten die Botschafter in diesen nicht autorisierten Vorgesprächen bemerkenswert rasch eine bemerkenswert weitgehende Übereinstimmung erzielt. Eine Einigung der Botschafter bedeutete aber noch keine Einigung der Regierungen. Letztere zögerten diesmal sogar, den Botschaftern überhaupt einen offiziellen Auftrag zu Verhandlungen über das kretische Autonomiestatut zu erteilen.[1660] Ein erster entsprechender Antrag der Botschafter war am 11. März 1897 gestellt worden.[1661] 19 Tage später hatten erst Calice und Nelidov eine positive Antwort erhalten.[1662] Es ist unklar, ob bis zum 3. April alle Botschafter über Instruktionen verfügten. Offenbar fühlten sie sich aber zu diesem Zeitpunkt berechtigt, ihre Gespräche im Rahmen offizieller Reunionen zu konkretisieren.[1663] Die Bestimmung des Wahlmodus zur Ernennung eines Fürsten oder Gouverneurs für Kreta erwies sich nun doch als schwieriger Verhandlungspunkt. Die Mehrheit der Botschafter vertrat die Ansicht, dass die Wahl des griechischen Prinzen Georgios von entscheidender Bedeutung sei. Nur so könne garantiert werden, dass die Umsetzung der kretischen Autonomie von der griechischen Regierung und den kretischen Christen diesmal nicht nur passiv akzeptiert, sondern auch aktiv unterstützt würde. Um gegenüber dem Osmanischen Reich nicht den Eindruck einer Parteinahme der Großmächte zugunsten Griechenlands zu erwecken, sollte die Wahl nach dem Vorbild der Fürstenwahl im autonomen Bulgarien der kretischen Generalversammlung überlassen bleiben.[1664]

Der britische Botschafter Currie und sein russischer Kollege Nelidov waren sich schon am 6. April 1897 sicher, dass ihre jeweiligen Regierungen einen solchen Beschluss der Botschafter bereitwillig ratifizieren würden.[1665] Der französische Botschafter Cambon erhielt am 9. April eine entsprechende Zusage von Außenminister Hanotaux.[1666] Calice erklärte, er rechne zwar mit Widerstand seiner Regierung, Gołuchowski werde sich letztendlich aber wohl mit der Wahl des Prinzen Georgios abfinden können.[1667] Der österreichisch-ungarische Botschafter hatte ja bereits am 11. März 1897 begonnen, seinen Außenminister von der Notwendigkeit dieses Beschlusses zu überzeugen.[1668] Der deutsche Botschafter Saurma erklärte dagegen von Anfang an, seine Regierung werde keiner Ernennung von Georgios und keiner „plebiszitären“

[1660] Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 März 26, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 169.
[1661] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 März 11, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 10B.
[1662] Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 März 30, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 179.
[1663] Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 April 3, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 190.
[1664] Ebda.; Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 April 4, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 196; Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 April 6, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 201.
[1665] Ebda.
[1666] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 April 9, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 209.
[1667] Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 April 6, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 201.
[1668] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 März 11, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 10B.

Wahl durch die kretische Generalversammlung zustimmen.[1669] Der britische Botschafter Currie rechnete trotzdem mit dem Anschluss Saurmas und der Regierung des Deutschen Reichs an einen Mehrheitsbeschluss aller übrigen Botschafter und Regierungen.[1670]

Die deutsche Regierung erwies sich in ihrer Ablehnung des Prinzen Georgios allerdings als ebenso kompromisslos wie in ihrer Ablehnung der Wahl eines kretischen Gouverneurs oder Fürsten durch Repräsentanten der kretischen Bevölkerung.[1671] Sie berief sich dabei ganz grundsätzlich auf den „Standpunkt der absoluten Verneinung des Prinzips der Volksabstimmung".[1672] Botschafter Saurma war im Gegensatz zu Calice weder in der Lage noch gewillt, einen Konsens der Botschafterkonferenz gegenüber seiner eigenen Regierung durchzusetzen. Am 5. April 1897 bedankte er sich gegenüber seinen Vorgesetzten in Berlin sogar noch dafür, „daß ich mich bei Besprechung […] der Ernennung des zukünftigen Oberhauptes von Kreta meinen Kollegen gegenüber etwas spröder als bisher verhalten darf".[1673] Der osmanische Außenminister Tevfik Paşa legte unterdessen energisch Protest dagegen ein, dass die osmanische Regierung von den Botschaftern in die Verhandlungen nicht einbezogen worden war. Es sei völlig inakzeptabel, dass die Botschafter die Ernennung eines fremden Prinzen zum Gouverneur von Kreta und den Abzug der osmanischen Truppen verordnen wollten, ohne gleichzeitig Maßnahmen gegen die unrechtmäßige griechische Militärpräsenz auf der Insel vorzuschlagen.[1674]

Trotz dieser Widerstände formulierten die Botschafter in einer Reunion am 10. April 1897 ein gemeinsames Telegramm an ihre Regierungen, in dem sie ein zehn Punkte umfassendes Programm zur Konstituierung eines autonomen „kretensischen Staates" entwickelten, das die freie Wahl seines „Oberhaupts" durch die Generalversammlung beinhaltete. Während

---

[1669] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 April 5, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 72, R12248 privat; Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 April 6, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 201; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 April 9, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 209. Die überlieferte Antwort des britischen Botschafters Currie auf Saurmas Ablehnung eines „Kniefalls" vor Griechenland offenbart wieder einmal die selbstherrliche Geringschätzung, die auch die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel als Repräsentanten des Konzerts allen „kleineren" Staaten entgegenbrachten: „Bah, ein Kniefall vor diesem kleinen Griechenland ist wie ein Kniefall vor einer Frau – er bedeutet nichts!" Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 April 5, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 72, R12248 privat. „Bah, un échec vis-à-vis de cette petite Grèce est comme un échec auprès d'une femme – il signifie rien!" Übers. d. Verf.

[1670] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 April 9, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 209.

[1671] Rundschreiben Marschalls an die Botschafter bei den Großmächten, Berlin 1897 April 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 73, R12249; Auswärtiges Amt an Hatzfeld, Berlin 1897 April 16, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 74, R12250 Nr. 546.

[1672] Auswärtiges Amt an Hatzfeld, Berlin 1897 April 16, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 74, R12250 Nr. 546; vgl. Szögyény an Gołuchowski, Berlin 1897 April 5, PA XII/285, abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 105f. Möglicherweise fürchtete die deutsche Regierung die Vorbildwirkung einer solchen Abstimmung nach dem Mehrheitsprinzip auf Kreta in Bezug auf den Elsass und das nördliche Schleswig.

[1673] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 April 5, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 72, R12248 privat.

[1674] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 April 7, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 72, R12248 Nr. 96; Block an Currie, Constantinople 1897 April 6, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 72, R12248.

Saurma als einziger Botschafter dagegen stimmte, schloss sich Calice ausdrücklich der Mehrheit seiner Kollegen an und stimmte ohne Vorbehalte für den Entwurf.[1675]

Calice hatte die Überzeugungskraft seiner Argumente und seinen Einfluss auf Außenminister Gołuchowski diesmal allerdings überschätzt. Bereits am 6. April 1897 hatte er „Direktiven" seines Vorgesetzten für die weiteren Autonomieverhandlungen erhalten, in denen keine Rede von einer Ernennung des Prinzen Georgios oder einer Organisation Kretas nach dem Vorbild des Fürstentums Bulgarien war. Stattdessen sollte nach den Wünschen Gołuchowskis zunächst eine provisorische „Übergangslösung" geschaffen und Kreta als „privilegierte Provinz" konstituiert werden. Der neue „Gouverneur" Kretas sollte keinesfalls gewählt, sondern vom osmanischen Sultan und von den Großmächten gemeinsam ernannt werden.[1676] Calice bemühte sich in seiner Antwort vom 8. April 1897, sein selbstständiges Vorgehen und die Initiative der Botschafter zu verschleiern, indem er behauptete, es seien bislang ja nur ganz unverbindliche Vorgespräche geführt worden. Gleichzeitig deutete er aber an, dass die Konstituierung Kretas nach dem Vorbild des Fürstentums Bulgarien jene Variante sei, „zu welcher […] die Botschafter noch immer hinneigen" und die von der „Mehrzahl" seiner Kollegen „erwünscht" sei.[1677] Calice fühlte sich am 10. April 1897 offenbar immer noch berechtigt, unter völliger Missachtung der „Direktiven" seines Vorgesetzten für den gemeinsam mit seinen Kollegen erarbeiteten Programmentwurf zu stimmen.[1678] Sollte er geglaubt haben, seinen Außenminister vor vollendete Tatsachen stellen zu können, war dies jedoch ein weiterer Irrtum. Gołuchowski entschloss sich offenbar, den zweiten Teil von Calices Bericht vom 8. April 1897 zu ignorieren und den ersten Teil als Grundlage für seine Ablehnung des Vorschlags der Botschafter zu verwenden.

Als der britische Premierminister Lord Salisbury am 14. April 1897 den österreichisch-ungarischen Außenminister um eine Stellungnahme zum Programm der Botschafter ersuchte, ließ ihm dieser kühl ausrichten, er habe niemals einen „offiziellen Vorschlag der Botschafter bezüglich der kretischen Autonomie" erhalten.[1679] Auch die österreichisch-ungarischen Botschafter bei den übrigen Großmächten wurden noch am selben Tag instruiert, auf ähnliche Anfragen mit dem Hinweis zu antworten, man wisse in Wien nur von einem „unverbindlichen Meinungsaustausch" der Botschafter, lehne aber jede Wahl eines kretischen

[1675] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 April 11, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 73, R12249 Nr. 99; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 April 11, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 215.
[1676] Gołuchowski an Calice, Wien 1897 April 2, HHStA Wien, PA XII/285; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 April 8, PA XII/285; Verosta, Kollektivaktionen, 101–103.
[1677] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 April 8, PA XII/285; Verosta, Kollektivaktionen, 101–103.
[1678] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 April 11, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 73, R12249 Nr. 99; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 April 11, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 215.
[1679] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 April 15, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 229.

Fürsten durch die kretische Generalversammlung als „verkappte Kapitulation der Mächte gegenüber Griechenland“ ab. Die Weisung Gołuchowskis vom 14. April 1897 schloss mit einem klaren Bekenntnis zur alleinigen Entscheidungsgewalt der Großmächte auf Kreta, das auch dem Sultan als Souverän nur das „Recht“ symbolischer Zustimmung einräumte und ein Selbstbestimmungsrecht der kretischen Bevölkerung unbedingt verneinte.[1680] Diese Erklärungen Gołuchowskis ähnelten auffallend der Stellungnahme der deutschen Regierung, wonach man auch in Berlin nichts von einem „Projecte“ der Botschafter zur kretischen Autonomie wisse, sondern lediglich über „unverbindliche Vorbesprechungen“ ohne „politisches Resultat“ informiert sei.[1681]

Als Currie, Cambon und Nelidov dafür eintraten, den Regierungen das Konzept nochmals mit der ausdrücklichen Aufforderung zur Ratifizierung zu übermitteln, erklärte Calice seinen Kollegen ohne nähere Erläuterung, er „wünschte vorläufig nicht in Wien wieder auf unser Projekt zurückzukommen“. Der deutsche Botschafter schloss sich dieser Erklärung sofort an.[1682] Der Vorschlag Curries, die Botschafter könnten das Autonomiestatut doch auch ohne Deutschland mit einfacher Mehrheit beschließen, fand ebenfalls keine Zustimmung.[1683] Saurma meldete daraufhin nach Berlin, die Botschafter würden sich voller „Verlegenheit“ und „Rathlosigkeit“ mit der Tatsache abfinden müssen, dass ihr Vorschlag nicht die notwendige, einstimmige Unterstützung durch die Regierungen gefunden habe.[1684]

An der griechisch-osmanischen Grenze war unterdessen der Aufmarsch der Armeen des Königreichs Griechenland und des Osmanischen Reichs abgeschlossen. Es kam immer öfter zu Überfällen griechischer Freischärler unter der Leitung desertierter Offiziere der regulären griechischen Armee.[1685] Am 6. April 1897 forderte die Osmanische Regierung die Botschafter der Großmächte auf, gemeinsam zu erklären, dass die Verantwortung für einen eventuell ausbrechenden militärischen Konflikt bei Griechenland liegen würde. Die Botschafter antworteten mit der gemeinsamen, vorsichtig formulierten Erklärung, dass die Verantwortung auf jeden Fall auf „den Aggressor“ zurückfallen würde. Dies stellte eine deutliche Warnung

[1680] Telegramm Gołuchowskis an Szögyény, Wien 1897 April 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 73, R12249 Abschrift.
[1681] Aufzeichnungen Marschalls zum kretischen Autonomieprojekt, Berlin 1897 April 13, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 73, R12249; Rundschreiben Marschalls an die Botschafter bei den Großmächten, Berlin 1897 April 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 73, R12249.
[1682] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 April 7, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 72, R12248 Nr. 95; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 April 14, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 221.
[1683] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 April 14, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 221.
[1684] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 April 7, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 72, R12248 Nr. 95.
[1685] Şenişik, Transformation, 171f.

an das Osmanische Reich dar, einem tatsächlichen griechischen Angriff keinesfalls vorzugreifen.[1686]

Ein solches Vorgreifen erwies sich als unnötig. Der griechische Angriff begann zwischen dem 8. und 11. April 1897 mit einer Invasion durch Freischärler der *Ethniki Etairia*, die die griechisch-osmanische Grenze auf ganzer Länge überschritten und die osmanischen Truppen in Gefechte verwickelten.[1687] Die reguläre griechische Armee unter dem Oberbefehl des Kronprinzen Konstantinos begann ihre Offensive am 17. April 1897 mit der Einnahme mehrerer osmanischer Stützpunkte östlich von Alasonya.[1688] In der Nacht vom 17. auf den 18. April 1897 erfolgte die offizielle Kriegserklärung des Osmanischen Reichs an das Königreich Griechenland.[1689] Gegenüber den Botschaftern der Großmächte in Konstantinopel erklärte die osmanische Regierung feierlich, keine Eroberungsabsicht zu verfolgen, sondern sich lediglich verteidigen zu wollen.[1690]

Die lange befürchtete Eskalation der Kretakrise zu einem internationalen Konflikt in Südosteuropa war vor den Augen der Vertreter der Großmächte zur Realität geworden. Zu einer Blockade griechischer Häfen sollte es nun nicht mehr kommen, da eine solche Intervention während eines laufenden Krieges als unrechtmäßig angesehen wurde. Was die Blockade Kretas anging, plädierten die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel am 19. April 1897 allerdings für ihre Aufrechterhaltung, da sie „ihrer Natur nach" eine „Ausnahme" darstelle und „nicht einer strengen Auslegung internationalen Rechts unterstehen sollte".[1691]

[1686] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 April 6, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 72, R12248 Nr. 93; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 April 6, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 199; Verosta, Kollektivaktionen, 82f.

[1687] Plessen an Hohenlohe, Athen 1897 April 12, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 74, R12250 Nr. 123; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 April 13, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 218; Şenişik, Transformation, 174; Verosta, Kollektivaktionen, 83; Zelepos, Ethnisierung, 181. Der britische Botschafter hatte bereits am 21. März 1897 über diese geplante Unterstützung der regulären griechischen Armee durch Freischärler der *Ethniki Etairia* berichtet. Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 März 21, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 142; Zur Übernahme des Oberbefehls durch Kronprinz Konstantinos vgl. Plessen an Hohenlohe, Athen 1897 März 26, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 70, R12246 Nr. 104.

[1688] Heute griechisch: Elassona. Şenişik, Transformation, 174; Zelepos, Ethnisierung, 181.

[1689] Telegramm Saurmas, Pera 1897 April 17, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 74, R12250 Nr. 195; Dülffer, Kreta-Krise, 44; Moutafidou, Politik, 33f.; Şenişik, Transformation, 174.

[1690] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 April 18, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 236; Moutafidou, Politik, 83f.

[1691] „[…] that the measures taken by the Powers in Crete are exceptional in character and ought not to be subject to the strict rules of international law." Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 April 19, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 240. Übers. d. Verf.

IV.c.4. Krieg und Frieden. Der Griechisch-Osmanische Krieg, die Friedensverhandlungen und die Unterbrechung der Arbeit der Botschafter am kretischen Autonomiestatut

Die politischen und militärischen Entscheidungsträger des Königreichs Griechenland hofften offenbar auf einen kurzen Krieg und eine rasche Kapitulation des Osmanischen Reichs, die durch einen gleichzeitigen Kriegseintritt Serbiens, Montenegros und Bulgariens gewährleistet werden sollte. Tatsächlich übten aber die Politiker und Diplomaten Russlands und Österreich-Ungarns gemeinsam Druck auf diese Staaten aus, neutral zu bleiben.[1692] Österreich-Ungarn verhängte zusätzlich ein zeitweiliges Verbot von Waffenexporten nach Südosteuropa und ins Osmanische Reich.[1693] Diese Maßnahmen wurden koordiniert fortgesetzt, nachdem es zwischen dem 27. und dem 29. April 1897 im Rahmen der so genannten „Kaiserentrevue“ in St. Petersburg zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Zar Nikolaj II., sowie ihren jeweiligen Außenministern zu einer mündlichen Absprache über die einstweilige Bewahrung des Status Quo in Südosteuropa gekommen war.[1694]

Abgesehen von diesen diplomatischen Maßnahmen zur lokalen Begrenzung des Krieges waren sich die Regierungen der Großmächte einig, sich für die Dauer des Krieges vollkommen neutral zu verhalten und die internationale Intervention auf Kreta fortzusetzen, als ob es überhaupt keinen Krieg gäbe. Gerade weil die Regierungen der Großmächte einander so stark verdächtigten, eine Aufteilung des Osmanischen Reichs anzustreben, herrschte offenbar Einigkeit darüber, dass allgemeine Zurückhaltung der einzige Weg zur Vermeidung eines Weltkrieges sei.[1695]

Ohne einen gleichzeitigen Angriff Montenegros, Serbiens oder Bulgariens auf das Osmanische Reich stand die Armee des griechischen Kronprinzen Konstantinos in Thessalien ganz allein der zahlenmäßig überlegenen Armee des osmanischen Müşirs Ethem Paşa gegenüber. Die Desertion vieler Offiziere zu den Milizen der *Ethniki Etairia* hatte noch vor dem Kriegsbeginn den Organisationsgrad der Truppen des Königreichs Griechenland empfindlich

---

[1692] Dülffer, Kreta-Krise, 44; Zürrer, Nahostpolitik, 354–59.
[1693] Moutafidou, Politik, 37f.
[1694] Zur „Kaiserentrevue“ und ihren Konsequenzen siehe Wakounig, Grandseigneur, 181–203; Vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 44f.; Loulos, Griechenlandpolitik, 62; Moutafidou, Politik, 49–54; Zürrer, Nahostpolitik, 366–374. Kaiser Franz Joseph I. und Zar Nikolaj II. gaben im Rahmen dieses Treffens eine gemeinsame Erklärung ab, in Südosteuropa für die Prinzipien der Friedenserhaltung, des Rechts und der Ordnung eintreten zu wollen. Diese Erklärung wurde in einer gemeinsamen Note als deutliche Warnung an die Regierungen Bulgariens, Serbiens, Rumäniens und Montenegros mitgeteilt. Wakounig, Grandseigneur, 184; vgl. Loulos, Griechenlandpolitik, 62.
[1695] Vgl. den Bericht des deutschen Botschafters in Rom über angebliche Expansionsabsichten Italiens, Bülow an Hohenlohe, Rom 1897 April 29, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 82, R12258 Nr. 47. Zur Sorge der österreichisch-ungarischen Regierung über die fortbestehende Gefahr einer russischen Präventivbesetzung der Meerengen vgl. Moutafidou, Politik, 45–47; Zürrer, Nahostpolitik, 365f. Zur Sorge Hanotauxs und Murav'evs über eine mögliche Einzelaktion Großbritanniens, die den französischen Ministerrat zur Autorisierung eines Notfallplans zur französischen Besetzung Kretas veranlasste, vgl. Zürrer, Nahostpolitik, 364f.

geschwächt. Schon wenige Tage nach ihrer Invasion des osmanischen Territoriums wurde die griechische Armee in die Defensive gedrängt und begann, eine Schlacht nach der anderen zu verlieren.[1696] Während die siegreiche osmanische Armee immer weiter ins griechische Thessalien eindrang, versammelten sich in Athen bewaffnete DemonstrantInnen, die damit drohten, Georgios I. und seine Regierung für den enttäuschenden Kriegsverlauf zur Verantwortung zu ziehen.[1697] Am 30. April 1897 stürzte die Regierung Diliyiannis und der König ernannte eine neuer Regierung unter dem liberalen Premierminister Dimitrios Rallis.[1698]

Während in Griechenland eine Revolution drohte, herrschte zwischen den Regierungen der Großmächte und ihren Botschaftern in Athen Uneinigkeit darüber, ob man nun doch diplomatisch eingreifen und einen Waffenstillstand vermitteln sollte. [1699] Die Regierung des Deutschen Reichs trat dafür ein, diese Vermittlung hinauszuzögern, bis sich eine hinreichend gedemütigte griechische Regierung den Großmächten und der Vermittlung des Konzerts in Form einer bindenden, schriftlichen Erklärung „unterwerfen“ würde.[1700] Diese Haltung stand zunehmend im Gegensatz zu jener des russischen Außenministers Murav'ev und des Zaren Nikolaj II., der sich inzwischen ernsthafte Sorgen um das Leben der Verwandten seiner Mutter im Königspalast von Athen machte.[1701]

König Georgios I. und seine neue Regierung gaben schließlich nach, ohne dass es zu einem Sturm auf den Palast kam. Am 5. Mai 1897 übermittelte die griechische Regierung den Gesandten der Großmächte die offizielle Mitteilung, dass sie den Rückzug aller noch auf Kreta verbliebenen griechischen Truppen angeordnet habe.[1702] Der Druck der osmanischen Militäroffensive hatte die griechische Regierung somit zu jenem Zugeständnis bewegt, das die Großmächte seit Februar 1897 vergeblich gefordert hatten. Das Königreich Griechenland hat-

---

[1696] Şenişik, Transformation, 174f.; Zelepos, Ethnisierung, 182f.
[1697] Moutafidou, Politik, 53.
[1698] Dülffer, Kreta-Krise, 45; Moutafidou, Politik, 57f.
[1699] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 April 23, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 257; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 April 26, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 270; Telegramm O'Conors an Salisbury, St. Petersburg 1897 April 28/ 16, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 48; Telegramm Calices an Gołuchowski, Pera 1897 April 28, HHStA Wien, PA XVI/83 Nr. 112; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 April 29, HHStA Wien, PA XVI/83 Nr. 113; Dülffer, Kreta-Krise, 44f.; Moutafidou, Politik, 45–53; Verosta, Kollektivaktionen, 85.
[1700] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 April 23, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 257; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 April 26, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 270; Telegramm O'Conors an Salisbury, St. Petersburg 1897 April 28/ 16, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 48; Telegramm Calices an Gołuchowski, Pera 1897 April 28, HHStA Wien, PA XVI/83 Nr. 112; Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 April 29, HHStA Wien, PA XVI/83 Nr. 113; Dülffer, Kreta-Krise, 44f.; Moutafidou, Politik, 45–53; Verosta, Kollektivaktionen, 85.
[1701] Telegramm Széchényis an Gołuchowski, Athen 1897 Mai 2, HHStA Wien, PA XVI/84 Nr. 115; zitiert bei Moutafidou, Politik, 61; Telegramm Gołuchowskis an Liechtenstein, Wien 1897 Mai 3, HHStA Wien, PA XVI/84 ohne Nummer; Széchényi an Gołuchowski, Athen 1897 Mai 6, HHStA Wien, PA XVI/84; Moutafidou, Politik, 61–64.
[1702] Széchényi an Gołuchowski, Athen 1897 Mai 8, HHStA Wien, PA XVI/84; abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 89; Moutafidou, Politik, 70f.

te seine „Rebellion“ gegen den Anspruch des europäischen Konzerts, oberster Schiedsrichter der Kretakrise zu sein, beendet.

Die Regierungen aller Großmächte außer Deutschland waren nun zur Vermittlung eines Waffenstillstandes bereit und übermittelten ihren Botschaftern und Gesandten in Konstantinopel und Athen entsprechende Instruktionen. Lediglich der deutsche Kaiser Wilhelm II. und seine Regierung beharrten auf der Forderung einer schriftlichen Erklärung, in der sich der König und die Regierung von Griechenland allen Vorschlägen der vermittelnden Großmächte vorab „unterwerfen“ und die Proklamation der kretischen Autonomie akzeptieren sollten.[1703] Unter dem Druck der militärischen Entwicklungen und auf dringendes Anraten des britischen Gesandten Edwin Henry Egerton gab der neue griechische Premierminister Rallis am 10. Mai 1897 auch dieser Forderung nach.[1704] Am darauffolgenden Tag begann die Evakuierung der griechischen Truppen von Kreta, die bis zum 26. Mai 1897 abgeschlossen wurde.[1705]

Nun waren wieder die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel am Zug. Auf der Grundlage der Voraberklärung der griechischen Regierung, sich allen Beschlüssen der vermittelnden Großmächte unterordnen zu wollen, sollten sie als bevollmächtigte Vertretung des Königreichs Griechenland im Namen des Konzerts mit dem Osmanischen Reich einen Waffenstillstand aushandeln.[1706] Diese Verhandlungen wurden aber durch die weiterhin keineswegs konsensorientierte Haltung der deutschen Regierung behindert. Während die übrigen Botschafter instruiert waren, auf ein sofortiges Ende des osmanischen Truppenvormarsches in Griechenland zu drängen, hatte der deutsche Botschafter Saurma von seiner Regierung lediglich Instruktionen erhalten, die osmanische Regierung ganz unverbindlich nach möglichen Waffenstillstandsbedingungen zu fragen.[1707] Erst nachdem seine Kollegen diese Haltung scharf verurteilt hatten, ließ sich Saurma zur Teilnahme an einer Kollektivnote der Botschafter überreden, in der Sultan Abdülhamit II. am 12. Mai 1897 zur sofortigen Einstellung der Kampfhandlungen aufgefordert wurde.[1708] Dies brachte dem deutschen Botschafter einen scharfen Verweis seiner eigenen Regierung und die ausdrückliche Ermahnung ein, er habe keinerlei Druck auf Sultan Abdülhamit II. auszuüben. Dieser habe als Opfer eines Angriffskriegs jedes Recht, die fliehende griechische Armee durch seine Truppen so lange verfolgen

[1703] Moutafidou, Politik, 71f.; Verosta, Kollektivaktionen, 90.
[1704] Moutafidou, Politik, 77–79; Verosta, Kollektivaktionen, 92f.
[1705] Dülffer, Kreta-Krise, 45; Şenişik, Transformation, 177.
[1706] Vgl. Verosta, Kollektivaktionen, 128f.
[1707] Moutafidou, Politik, 81–85.
[1708] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Mai 12, HHStA Wien, PA XVI/84 Nr. 122; Moutafidou, Politik, 83. Vgl. Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Mai 13, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 326.

zu lassen, wie es ihm beliebe.[1709] Calice beklagte sich daraufhin über die nun deutlich verschlechterte „Stimmung“ in den Botschafterreunionen, in denen immer öfter seine „conciliante Einwirkung“ als Vorsitzender gefordert sei.[1710]

Die osmanische Regierung nützte die Verzögerung der Waffenstillstandsverhandlungen ganz im Sinne der deutschen Regierung, um ihre Verhandlungsposition gegenüber Griechenland weiter zu verbessern.[1711] Am 15. Mai 1897 übermittelte Sultan Abdülhamit II. den Botschaftern sehr weitgehende Friedensbedingungen. Darunter befanden sich nicht nur die Forderung einer durch Griechenland zu leistenden Kriegsentschädigung in der Höhe von 10 Millionen £T und die Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit für im Osmanischen Reich lebende GriechInnen. Der Sultan forderte außerdem noch die Wiederherstellung der griechisch-osmanischen Grenze von 1878, also die komplette Annexion Thessaliens durch das Osmanische Reich.[1712] Auf militärischer Ebene wurden diese Forderungen durch den entscheidenden osmanischen Sieg in der Schlacht von Domokos untermauert, der einen osmanischen Einmarsch in Athen in greifbare Nähe rückte.[1713] Die britische Königin Victoria I. sorgte sich nun dermaßen um die Sicherheit der auch mit ihr verwandten griechischen Königsfamilie, dass sie die Verlegung von Kriegsschiffen in den Hafen von Piräus anordnete, um gegebenenfalls eine Evakuierung des Palastes durchführen zu können.[1714]

Die Übermittlung einer Kollektivnote der Botschafter in Konstantinopel an die osmanische Regierung, in der die ungehemmte Fortsetzung der Kampfhandlungen scharf verurteilt wurde, wurde abermals durch den deutschen Staatssekretär Marschall blockiert, der Botschafter Saurma eine Beteiligung untersagte.[1715] Der Vormarsch der osmanischen Armee wurde schließlich nicht durch die Regierungen und Botschafter der Großmächte, sondern durch eine persönliche Verständigung zwischen den gekrönten Häuptern gestoppt. Königin Ol'ga von Griechenland flehte ihren Neffen, den russischen Zaren Nikolaj II., so eindringlich um Hilfe an, dass dieser am 17. Mai 1897 ein direkt an den osmanischen Sultan Abdülhamit II. gerichtetes Telegramm verfasste. Darin forderte der Zar den Sultan ganz persönlich auf, „seiner“ Armee die sofortige Einstellung aller Militäroperationen zu befehlen.[1716] Bereits am folgen-

[1709] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Mai 14, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 330; Moutafidou, Politik, 83.
[1710] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Mai 20, HHStA Wien, PA XVI/84 Nr. 21A; Moutafidou, Politik, 83.
[1711] Moutafidou, Politik, 86.
[1712] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Mai 15, HHStA Wien, PA XVI/84 Nr. 125; Moutafidou, Politik, 88f.; Verosta, Kollektivaktionen, 93.
[1713] Moutafidou, Politik, 92f.; Şenişik, Transformation, 175; Zelepos, Ethnisierung, 183.
[1714] Loulos, Griechenlandpolitik, 61f.
[1715] Telegramm Calices an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Mai 16, HHStA Wien, PA XVI/84 Nr. 129; Moutafidou, Politik, 90–92; Verosta, Kollektivaktionen, 93f.
[1716] Dülffer, Kreta-Krise, 45; Moutafidou, Politik, 93; Şenişik, Transformation, 175.

den Tag meldete der osmanische Außenminister Tevfik Paşa den Botschaftern die Erfüllung dieses Wunsches.[1717]

Die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel waren noch bis Mitte September 1897 ganz mit der Aushandlung des griechisch-osmanischen Friedensvertrags beschäftigt. Diese Verhandlungen, die sich über vier Monate erstreckten, gestalteten sich ebenso schwierig wie die Aushandlung des Waffenstillstandes und ließen den Botschaftern keine Zeit zur Weiterarbeit am kretischen Autonomiestatut. Fragen zur Zukunft Kretas wurden aus den Friedensverhandlungen sogar ausdrücklich ausgeklammert. Dies entsprach dem beim Kriegsausbruch zwischen den Regierungen der Großmächte vereinbarten Grundsatz, über Kreta nun ganz „unter sich“ und ohne weitere „Einmischungen“ durch die Repräsentanten Griechenlands und des Osmanischen Reiches entscheiden zu wollen.[1718]

Am 18. September 1897 endeten die Verhandlungen zwischen der osmanischen Regierung und den Botschaftern der Großmächte mit der Unterzeichnung eines so genannten „Präliminarfriedens“, der allerdings noch vom griechischen Parlament ratifiziert werden musste.[1719] Erst nachdem dies trotz heftiger Proteste über die harten Friedensbedingungen geschehen war, wurde der Friedensschluss am 4. Dezember 1897 offiziell.[1720] Anstatt der von Sultan Abdülhamit II. geforderten Annexion ganz Thessaliens erhielt das Osmanische Reich „strategische Grenzrektifikationen“ im Umfang von etwa 400 Quadratkilometern Land ohne bewohnte Ortschaften.[1721] Das wirtschaftlich darniederliegende Griechenland musste nicht die ursprünglich geforderten 10 Millionen, sondern nur 4 Millionen £T Kriegsentschädigung an das Osmanische Reich zahlen. Das Königreich wurde allerdings auf ausdrücklichen Wunsch der deutschen Regierung der gemeinsamen Finanzaufsicht durch Vertreter aller sechs Großmächte unterstellt, deren Verwaltung als „Internationale Finanzkontrollkommission“ ein Teil des griechischen Staatshaushalts übertragen wurde.[1722] Eine von dieser Finanzkontrollkom-

[1717] Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Mai 20, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 355; Dülffer, Kreta-Krise, 44f.; Moutafidou, Politik, 93–95; Şenişik, Transformation, 175.
[1718] Moutafidou, Politik, 128; Verosta, Kollektivaktionen, 99, 117f.; vgl. Telegramm Gołuchowskis an Vélics, Deym, Wolkenstein, Pasetti, Liechtenstein und Calice, Wien 1897 April 19, HHStA Wien, PA XVI/83 Nr. 90, 76, 71, 70, 81, 92; zitiert bei Moutafidou, Politik, 35; Verosta, Kollektivaktionen, 84. Die Vermittlung des griechisch-osmanischen Friedens durch die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel ist das Kernstück der Forschungsarbeit Moutafidous und wird auch bei Verosta mit ausführlichen Quellenzitaten beleuchtet. Moutafidou, Politik, 115–256; Verosta, Kollektivaktionen, 116–129.
[1719] Dülffer, Kreta-Krise, 45; Moutafidou, Politik, 227–229; Verosta, Kollektivaktionen, 127–129.
[1720] Dülffer, Kreta-Krise, 45.
[1721] Moutafidou, Politik, 133; Verosta, Kollektivaktionen, 118–121.
[1722] Dülffer, Kreta-Krise, 45; Loulos, Griechenlandpolitik, 72–78; Moutafidou, Politik, 173–225; Verosta, Kollektivaktionen, 122–126. Griechenland hatte bereits 1893 den Staatsbankrott erklären müssen. Das griechische Parlament wies aber bis 1897 Forderungen nach der Einrichtung internationaler Wirtschaftskontrollmechanismen stets zurück. Deutsche Banken und InvestorInnen waren mit einem Anteil von 210 Millionen Mark oder zwei Fünfteln an der griechischen Staatsschuld beteiligt. 1894 hatte sich unter Führung der Deutschen Nationalbank, des Bankhauses Bleichröder und des Bankhauses Erlanger & Söhne das „Schutzkomitee von Besitzern

mission im März 1898 organisierte Staatsanleihe Griechenlands wurde dann zu zwei Dritteln zur Zahlung der Kriegsentschädigung an das Osmanische Reich benutzt. Damit trug sie zur Reduzierung der osmanische Staatsschuld bei und diente somit in doppelter Weise den Interessen europäischer Banken und InvestorInnen.[1723]

Die nationalistischen Bewegungen in Griechenland waren durch den verlorenen Krieg gedemütigt und das Königreich gezwungen worden, sich nun doch wieder einem durch das Konzert der Großmächte dominierten System der internationalen Politik unterzuordnen. Die *Ethniki Etairia* war in der griechischen Innenpolitik fortan immer mit dem „nationalen Trauma" von 1897 verbunden. Sie existierte zwar noch bis ins Jahr 1900, konnte aber nie wieder einen vergleichbaren Einfluss gewinnen, wie sie ihn vor dem Krieg von 1897 besessen hatte.[1724] Die für die Großmächte angeblich vorteilhaften Folgen eines kurzen, erfolgreichen Kriegs des Osmanischen Reichs gegen Griechenland, die Botschafter Calice in seinem Bericht vom 25. Februar 1897 aufgelistet hatte, waren damit allesamt eingetreten.[1725] Gemäß den Schlussfolgerungen des österreichisch-ungarischen Botschafters hätte nun einer Einigung des „ungestört" operierenden Konzerts und seiner Kollektivorgane über die kretische Autonomie nichts mehr im Weg stehen können. Auch für die praktische Umsetzung von Reformen auf Kreta trug das Konzert spätestens seit der Landung der internationalen Truppe und der Konstituierung des Admiralsrats die alleinige Verantwortung. Die Schuld für ein eventuelles Scheitern der kretischen Kollektivintervention konnte fortan keinesfalls mehr auf „griechische Agitation" oder „osmanischen Reformunwillen" geschoben werden. Ein solches Scheitern musste nun unweigerlich allein auf die Politiker und Diplomaten der Großmächte zurückfallen.

---

griechischer Wertpapiere" konstituiert, das im Deutschen Reich ein beträchtliches innenpolitisches Gewicht geltend machen konnte. Die kompromisslose Durchsetzung der internationalen Finanzkontrolle für Griechenland durch die deutsche Außenpolitik im Zuge der Friedensverhandlungen von 1897 ging nicht zuletzt auf den erfolgreichen Lobbyismus dieses Komitees zurück. Loulos, Griechenlandpolitik, 49f., 67–76; Moutafidou, Politik, 173–175.

[1723] Zelepos, Ethnisierung, 183.

[1724] Ebda, 195f.

[1725] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 25, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 8A.

IV.d. Das Ende der „Einmütigkeit". Das Scheitern der Botschafterkonferenz an der kretischen Kollektivintervention und seine Konsequenzen

IV.d.1. Die „Gouverneursfrage" als Streitpunkt zwischen den Großmächten

Als größtes Hindernis einer Einigung auf ein neues Autonomiestatut für Kreta erwies sich keine inhaltliche Frage, sondern die Personaldebatte darüber, mit wem die Position des Fürsten, Gouverneurs oder Kommissars von Kreta besetzt werden sollte. Diese Debatte ging nicht von den Botschaftern, sondern von den Regierungen aus. Die Botschafter hatten sich ja bereits zwischen März und April 1897 auf ein Konzept geeinigt, das die Organisation eines autonomen Fürstentums Kreta nach dem Vorbild des autonomen Fürstentums Bulgarien und die Wahl des Prinzen Georgios von Griechenland zum Fürsten oder Gouverneur von Kreta durch die kretische Generalversammlung vorsah.[1726]

Woher diese Idee ursprünglich stammte, lässt sich nicht eindeutig feststellen. Während man in der Historiografie häufig lesen kann, die Nominierung des Prinzen Georgios sei von Zar Nikolaj II. oder seiner Mutter ausgegangen, wurde sie in der im Wiener Haus- Hof- und Staatsarchivs aufbewahrten diplomatischen Korrespondenz erstmals in einem Bericht Botschafter Deyms aus London vom 4. März 1897 erwähnt. Deym interpretierte in diesem Schreiben die vorsichtige Anfrage seines französischen Kollegen, was er denn von einer Kandidatur des Prinzen Georgios halten würde, als Beweis für den angeblichen „Philhellenismus" der französischen Regierung.[1727] In Konstantinopel war die Idee ursprünglich von Calice befürwortet worden, der Gołuchowski am 11. März 1897 meldete, eine Wahl des Prinzen Georgios würde eine griechische Autonomie unter Souveränität des Sultans auch für das Königreich Griechenland annehmbar machen.[1728] Erst im Zuge seiner nachträglichen Distanzierung vom Autonomievorschlag der Botschafter behauptete Calice am 8. April 1897, der Vorschlag stamme eigentlich von Botschafter Currie und passe zur „englischen Politik, dem griechischen Hofe in seiner gegenwärtigen Verlegenheit à tout prix zu Hilfe zu kommen".[1729] Botschafter Saurma behauptete am 4. April 1897, eine Kandidatur des Prinzen Georgs sei von keinem der Botschafter offiziell vorgeschlagen, sondern in Form eines „spontanen Ausrufs" des russischen Botschafters Nelidov in die Debatte eingebracht worden, was den einzigen

[1726] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 März 11, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 10B; Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 April 11, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 73, R12249 Nr. 99; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 April 11, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 215; Verosta, Kollektivaktionen, 101–103.
[1727] Deym an Gołuchowski, London 1897 März 4, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 10A.
[1728] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 März 11, HHStA Wien, PA XII/283 Nr. 10B.
[1729] Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 April 8, PA XII/285; abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 101–103.

zeitgenössischen Hinweis auf einen möglicherweise doch russischen Ursprung der Idee darstellt.[1730]

Ihre Umsetzung scheiterte jedenfalls am entschlossenen Widerstand der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung, die das Autonomiekonzept der Botschafter als „Kniefall" des Konzerts vor Griechenland und den kretischen Rebellen ablehnten.[1731] Es ging also wieder einmal um das Prinzip des Konzerts der Großmächte als eine Art „oberstes Direktorium" der internationalen Politik.

Dieses Prinzip wurde auch gegenüber dem Osmanischen Reich hochgehalten, obwohl dessen Souveränität über Kreta nach allgemeiner Ansicht wenigstens offiziell fortbestehen sollte. Als der osmanische Außenminister Tevfik Paşa am 9. April 1897 erklärte, die osmanische Regierung habe den Großmächten zwar die vorläufige „Verwahrung" Kretas anvertraut, aber keine Vollmacht zur alleinigen Entscheidung über eine kretische Autonomie erteilt, löste dies scharfe Reaktionen der Großmächte aus.[1732] Gołuchowski setzte Botschafter Calice in einem Schreiben vom 14. April 1897 ausführlich auseinander, wie gründlich er in dieser Sache den „Herrn türkischen Botschafter" in Wien abgekanzelt hatte. Er habe ihm „keinen Zweifel darüber gelassen, daß […] die Mächte sich bezüglich der Kreta zu gewährenden Autonomie in keine Verhandlungen mit der türkischen Regierung einlassen werden." Die osmanische Regierung trage schließlich „einen großen Teil der Schuld an den gefährlichen Wirren" auf Kreta, habe in Bezug auf Reformen „jedes Vertrauen […] in die Aufrichtigkeit ihrer Versprechungen unmöglich gemacht und die Mächte veranlaßt, das Werk der Pazifikation der Insel selbst in die Hand zu nehmen." Die Regierungen der Großmächte würden nun „auf Grund der Beratungen der Botschafter nach bestem Wissen über die Organisation der künftigen Autonomie Kretas schlüssig werden" und der Sultan habe sich damit zufrieden zu geben, dass ihm die nominelle Aufrechterhaltung seiner Souveränität zugesagt worden sei.[1733]

Die Diskussion möglicher Kandidaten für den Posten eines Fürsten oder Gouverneurs von Kreta wurde nun wieder überwiegend bilateral auf Regierungsebene betrieben. Als mög-

---

[1730] Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Pera 1897 April 4, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 70, R12246 Nr. 170; Die deutsche Regierung hatte sofort misstrauisch nachgefragt, auf wessen Vorschlag hin die Botschafter den Gedanken einer Kandidatur des Prinzen Georgios aufgegriffen hatten. Vgl. Auswärtiges Amt an Saurma, Berlin 1897 April 3, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 70, R12246 Nr. 66.

[1731] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 April 5, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 72, R12248 privat; Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 April 8, PA XII/285; Telegramm Gołuchowskis an Szögyény, Wien 1897 April 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 73, R12249 Abschrift; Rundschreiben Marschalls an die Botschafter bei den Großmächten, Berlin 1897 April 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 73, R12249; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 April 15, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 229; Auswärtiges Amt an Hatzfeld, Berlin 1897 April 16, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 74, R12250 Nr. 546; Verosta, Kollektivaktionen, 101–103.

[1732] Tevfik Paşa an Mahmut Nedim Bey, Konstantinopel 1897 April 9, HHStA Wien, PA XII/285; abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 103f.; Dülffer, Kreta-Krise, 41f.; Şenişik, Transformation, 152f.

[1733] Gołuchowski an Calice, Wien 1897 April 14 1897, PA XII/285; abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 104f.

liche Kandidaten wurden zwischen Mai und Juni 1897 von einzelnen Regierungen der hessische Prinz Franz Joseph Battenberg, der belgische Politiker Marie Joseph Charles Herzog d'Ursel, der französische Marineoffizier und Afrikareisende Pierre Savorgnan de Brazza, sowie der luxemburgische Oberst Charles Schaeffer ins Auge gefasst.[1734] Letztendlich wurde aber keiner dieser Kandidaten von einer Mehrzahl der Regierungen befürwortet. Auch der Vorschlag des russischen Außenministers Murav'ev, die Regierungsgewalt über Kreta dem Admiralsrat als internationaler „Verwaltungsrat" zu übertragen, fand ebenso wenig Anklang wie der Gegenvorschlag Gołuchowskis, den italienischen Vizeadmiral Canevaro an die Spitze einer kretischen Autonomiebehörde zu stellen.[1735]

Auf Vorschlag des russischen Geschäftsträgers Žadovskij traten am 15. Juni 1897 die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel wieder in die Debatte ein, indem sie eine gemeinsame Stellungnahme an ihre Regierungen verfassten. In dieser Stellungnahme erklärten sie gemeinsam gegenüber ihren Außenministern, dass eine „endgültige Reorganisation Kretas […] nicht stattfinden" könne, „ohne dass es zuvor Verhandlungen und eine Einigung mit der Pforte über die Grundprinzipien dieser Reorganisation gibt." Außerdem müssten sich die Regierungen darüber im Klaren sein, dass sich manche „Punkte […] ohne Zustimmung der Kreter nicht regeln lassen."[1736] Die Botschafter sprachen damit genau jene Punkte an, die wesentlich zum Scheitern der Umsetzung vieler ihrer bisherigen Initiativen beigetragen hatten. Der Verweis auf die Notwendigkeit, die „Zustimmung der Kreter" zu gewinnen, bezog sich wohl auf die abgelehnten Vorschläge der Botschafter, diese Zustimmung durch Nominierung des Prinzen Georgios oder durch die freie Wahl eines kretischen Gouverneurs durch die Generalversammlung zu gewährleisten. Die Stellungnahme lässt sich somit als vorsichtiger Appell für eine neuerliche Beauftragung der Botschafter mit der Ausarbeitung eines kretischen Autonomieprogramms verstehen. Gołuchowski erteilte diesen Hoffnungen in seiner Antwort an Calice vom 30. Juni 1897 aber eine klare Absage. Erst wenn sich die Regierungen auf ein Autonomieprogramm geeinigt hätten, würden sie dieses den Botschaftern zukommen lassen. Den

[1734] Adolphe I. von Luxemburg an Auswärtiges Amt, Abbazia 1897 März 30, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 70, R12246; Telegramm Tschirschkys an Auswärtiges Amt, St Petersburg 1897 April 17, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 74, R12250 Nr. 112; Verosta, Kollektivaktionen, 107f.; Pangerl, Kreta-Mission, 108, 110.

[1735] Gołuchowski an Liechtenstein, Wien 1897 Mai 27, HHStA Wien, PA XII/285; Verosta, Kollektivaktionen, 135f.

[1736] „1. Aucune organisation définitive ne peut être donnée à la Crète sans une négociation et un accord avec la Porte sur les principes de cette organisation. 2. Le programme de cette négociation et la solution à donner aux questions qui en feront l'objet devraient être arrêtés d'avance entre les Gouvernements. 3. Il conviendrait également de déterminer les points qui ne pourraient être réglés sans l'assentiment des Crétois. 4. Une entente est nécessaire sur la méthode et les moyens d'exécution pour l'application de ces mesures." Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Juni 17, PA XII/286; abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 113f. Übers. d. Verf. Für eine englischsprachige Fassung der Stellungnahme siehe das Telegramm Curries an Salisbury, Therapia 1897 June 15, TNA PRO London, FO78/4814 Nr. 409. Zur Einberufung der Reunion durch Žadovskij siehe Telegramm Curries an Salisbury, Therapia 1897 June 13, TNA PRO London, FO78/4814 Nr. 405.

Botschaftern bliebe dann die Aufgabe überlassen, das „Einvernehmen mit der Pforte […] zu erzielen“ und „ihren Regierungen jene Abänderungen vorzuschlagen, welche sie behufs Erlangung der Zustimmung der Pforte als unerläßlich erachten“. Die Akzeptanz des Autonomiestatuts durch die kretische Bevölkerung falle keinesfalls in den Verantwortungsbereich der Botschafter. Dieser Aufgabe würde sich der von den Großmächten für Kreta bestimmte Gouverneur, Fürst oder Kommissar stellen müssen, aber erst nachdem das Programm von den Großmächten beschlossen sei.[1737]

Am 17. August 1897 beschloss der Ministerrat der französischen Regierung in einer internen Abstimmung, auf die von Außenminister Hanotaux vorgeschlagene Nominierung eines französischen Kandidaten für den Posten des Gouverneurs oder Kommissars von Kreta zu verzichten. Man wolle nicht den Eindruck zu erwecken, Frankreich beabsichtige eine einseitige Expansion seines Einflusses im östlichen Mittelmeerraum. Vermutlich aus ähnlichen Erwägungen und aus Furcht vor Konfrontationen zwischen den rivalisierenden Großmächten kam es fortan überhaupt zu keiner Nominierung von Staatsbürgern der Großmächte mehr.[1738]

Diese Einengung des Kandidatenfelds blieb vorerst allerdings der einzige Fortschritt in den nun schon seit mehreren Monaten andauernden Verhandlungen. Die lange Reihe von Kandidaten aus kleineren, als „neutral“ geltenden Staaten, die beinahe ebenso schnell wieder abgelehnt wurden, wie sie aufgestellt wurden, setzte sich fort. Als die französische und italienische Regierung den ehemaligen Schweizer Bundespräsidenten Numa Droz vorschlugen, wurde dieser von der Regierung des Deutschen Reichs strikt abgelehnt. Droz hatte nämlich 1889 als Außenminister der Schweiz aus Deutschland geflohene sozialistische Dissidenten vor der Verfolgung durch deutsche Polizeiagenten geschützt, was ihm die deutsche Regierung immer noch übel nahm.[1739] Gegen die von Gołuchowski und Lord Salisbury favorisierte Nominierung des luxemburgischen Oberst Charles Schaeffer erhob zuerst nur die osmanische Regierung Einspruch, die nach wie vor die Ernennung eines osmanischen Gouverneurs forderte.[1740] Als die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel am 22. November 1897 in einer Reunion dennoch zur offiziellen Nominierung Schaeffers schreiten wollten, fanden sie sich in einer peinlichen Situation wieder. Es stellte sich nämlich plötzlich heraus, dass keiner von ihnen beauftragt war, den ersten Schritt zu dieser Nominierung zu tun. Offenbar wollte

[1737] Gołuchowski an Calice, Wien 1897 Juni 30, HHStA Wien, PA XII/286; abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen 114f.
[1738] Zürrer, Nahostpolitik, 388f.
[1739] Dülffer, Kreta-Krise, 47; vgl. Telegramm Marschalls an Auswärtiges Amt, Pera 1898 Jänner 20, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 129, R12308 Nr. 24; Telegramm Bülows an Marschall, Berlin 1898 Jänner 20, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 129, R12308 Nr. 22.
[1740] Gołuchowski an Dumba, Wien 1897 Oktober 12, HHStA Wien, PA XII/287; abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 151–153; vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 47; Verosta, Kollektivaktionen, 153; Zürrer, Nahostpolitik, 388.

sich keine einzige Regierung durch eine Initiative gegen die erklärte Ablehnung Schaeffers durch Sultan Abdülhamit II. exponieren.[1741]

Eine besonders kuriose „Kandidatur", die deutlich zeigt, wie unkoordiniert die internationalen Kandidatendebatte ablief, war der offenbar in Eigeninitiative unternommene Versuch des jungen deutschen Adeligen Karl Joseph Fürst Urach, sich zum Fürsten von Kreta zu machen. Der im deutschen Auswärtigen Amt lediglich als „Tourist" bekannte Urach besorgte sich ein „Empfehlungsschreiben" des deutschen Botschafters in Wien, mit dem er befreundet war, und machte sich im November 1897 auf den Weg nach Canea. Dort wollte sich der junge Abenteurer, der aus einer Nebenlinie der württembergischen Königsfamilie stammte und von seinen Freunden als „vornehme Natur mit […] Neigung zum Phantastischen" beschrieben wurde, in völligem Gegensatz zur politischen Linie der deutschen Regierung der kretischen Generalversammlung als ihr neuer Fürst vorstellen. Die Folge waren hektische Interventionen des deutschen Auswärtigen Amts auf allen politischen Ebenen. Kaiser Wilhelm II. befahl zornig, man möge der württembergischen Landesregierung, die jegliches Wissen über die Expedition Urachs abstritt, „die Hölle heiß machen".[1742] Erst am 8. Jänner 1898 gelang es dem Kommandanten der deutschen Panzerkorvette SMS „Oldenburg", den bereits in Canea angelangten Urach abzufangen und zu überzeugen, Kreta mit dem nächsten Postdampfer unauffällig zu verlassen.[1743]

Während sich die Personaldebatte zwischen den Regierungen der Großmächte über Monate hinweg fortschleppte, wurde am 20. November 1897 die ebenfalls noch ausständige Ausarbeitung des kretischen Autonomiestatuts auf Vorschlag des russischen Außenministers Murav'ev doch wieder an die Botschafter in Konstantinopel delegiert.[1744] Die Botschafter hatten nun die schwierige Aufgabe, sich trotz der divergierenden Ansichten ihrer Regierungen auf ein gemeinsames Programm zu einigen, das klare Bestimmungen zu jedem Aspekt des Aufbaus einer autonomen Inselverwaltung enthalten sollte. Der unerwartet konstruktive Verlauf dieser Verhandlungen überraschte in der Folge besonders den ehemaligen deutschen Staatssekretär und neuen deutschen Botschafter in Konstantinopel, Marschall. Dieser stand seinen neuen Kollegen, ihren Fähigkeiten und dem Prinzip multilateraler Konzertdiplomatie

[1741] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 November 22, TNA PRO London, FO78/4814 Nr. 656.
[1742] Telegramm Schlögers an Auswärtiges Amt, Pera 1897 Dezember 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 125, R12304; Eulenburg an Hohenlohe, Wien 1897 Dezember 7, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 125, R12304 Nr. 196; Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II, zum Schreiben Derenthals an Hohenlohe, Stuttgart 1897 Dezember 20, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 127, R12306 Nr. 88; Derenthal an Hohenlohe, Stuttgart 1897 Dezember 27, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 127, R12306 Nr. 91.
[1743] Oberkommando Marine an Bülow, Berlin 1898 Jänner 8, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 128, R12307.
[1744] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 November 20, TNA PRO London, FO78/4814 Nr. 646; Zürrer, Nahostpolitik, 389.

an sich sonst sehr skeptisch gegenüber.[1745] Nur vier Tage nachdem er noch ausführlich über „unlösbare Schwierigkeiten“ berichtet hatte, musste er am 19. Dezember 1897 nach Berlin melden, dass die Verhandlungen der Botschafter über das kretische Autonomiestatut nun doch „einen unerwartet glatten Verlauf genommen“ hätten.[1746] Bereits am 20. Dezember 1897 konnten die Botschafter ihren Regierungen ein neun Punkte und mehrere Anhänge umfassendes Dokument übermitteln, das einen letzten Versuch der Botschafterkonferenz darstellte, sich dauerhaft als Zentralstelle zur Koordinierung der internationalen Verwaltung Kretas zu etablieren.[1747]

Gemäß dem Entwurf des neuen Autonomiestatuts wollten die Botschafter ihren Einfluss auf Kreta diesmal durch die Installation von Delegierten ihrer Wahl im so genannten „Organisationsrat“ absichern, der den Gouverneur beraten sollte. Sie beanspruchten außerdem die Koordination der gesamten Kommunikation zwischen dem kretischen Gouverneur und den Regierungen der Großmächte. Auf militärischer Ebene sollte der Admiralsrat als Beratergremium des Gouverneurs dienen. Zusätzlich würden vier „fremde Berater“ für die verschiedenen Bereiche der Zivilverwaltung zuständig sein. Zur Finanzierung der kretischen Reformen sollte die Osmanische Bank einen Kredit von sechs Millionen £T zur Verfügung stellen, wobei ihr im Gegenzug ein Teil der kretischen Zolleinnahmen verpfändet und gestattet würde, einen Generalbevollmächtigten für Finanzangelegenheiten auf der Insel zu stationieren. Bis zu drei Millionen £T sollten allein für den Aufbau einer neuen, schlagkräftigen Gendarmerie zur Verfügung stehen – ein Vielfaches des Budgets, das im Jänner 1897 von der internationalen Gendarmeriekommission veranschlagt worden war.[1748] Die Oberaufsicht über die Verwendung des Kredits durch die kretische Verwaltung würde den Konsuln der Großmächte übertragen werden. Daneben sollte der Gouverneur aber alle drei Monate direkt den Botschaftern in Konstantinopel Bericht erstatten müssen. Der auf jeden Fall christliche Gouverneur des autonomen Kreta sollte auf jeweils fünf Jahre ernannt werden. Diese Ernennung sollte nominell durch den Sultan des Osmanischen Reichs erfolgen, de facto jedoch durch die Regierungen der Großmächte beschlossen werden. Die osmanischen Truppen sollten zwar aus dem kretischen Hinterland zurückgezogen und in den Küstenstädten garnisoniert werden, dort aber vorerst als „Pfand“ für die Sicherheit der muslimischen Bevölkerungsminderheit verbleiben.

[1745] Marschall an Hohenlohe, Pera 1897 Dezember 15, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 126, R12305 Nr. 312.
[1746] Telegramm Marschalls an Auswärtiges Amt, Pera 1897 Dezember 19, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 126, R12305 Nr. 637; vgl. Telegramm Marschalls an Auswärtiges Amt, Pera 1897 Dezember 19, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 126, R12305 Nr. 637.
[1747] Marschall an Hohenlohe, Pera 1897 Dezember 20, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 127, R12306 Nr. 314; vgl. Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Dezember 19, TNA PRO London, FO78/4814 Nr. 687.
[1748] Marschall an Hohenlohe, Pera 1897 Dezember 20, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 127, R12306 Nr. 314; vgl. Pinter an Gołuchowski, Canea 1897 Jänner 1, HHStA Wien, PA XII/281 Nr. 1.

Erst nach und nach, proportional zur erfolgreichen Rückkehr der kretischen Muslime in ihre Dörfer, würden sie die Insel verlassen.[1749] Dem vorerst nur „provisorisch“ zu ernennenden Gouverneur sollte eine Frist von längstens einem Jahr gesetzt werden, innerhalb derer er sich mit den politischen Vertretern der kretischen Bevölkerung auf die endgültige Fassung des kretischen Autonomiestatuts zu einigen hätte.[1750]

Das kretische Autonomiestatut vom 20. Dezember 1897 zeigt nicht nur das ungebrochene Selbstbewusstsein der Botschafter der Großmächte in Konstantinopel, sondern auch ihre immer noch beeindruckende Fähigkeit, auf der Grundlage von teils sehr unterschiedlichen Instruktionen gemeinsame Programme auszuhandeln. Die Frage, inwieweit das Autonomiestatut mit seinen weitgehenden Befugnissen für die Botschafterkonferenz auch für die Regierungen der Großmächte annehmbar gewesen wäre, muss allerdings unbeantwortet bleiben. Bevor das Autonomiestatut von den Regierungen ratifiziert oder abgelehnt werden konnte, rückte nämlich wieder die Gouverneursfrage in den Vordergrund.

Noch im November des Jahres 1897 hatte der russische Außenminister Murav’ev einen neuen Kandidaten in die Debatte eingebracht. Es handelte sich dabei um Boževar „Božo“ Petrović-Njegoš, einen Vetter des Fürsten Nikola I. von Montenegro, der im Fürstentum seines Vetters bereits die Ämter eines Innenministers und Staatsratspräsidenten ausgeübt hatte.[1751] Unter den Regierungen und Botschaftern der Großmächte herrschte Anfangs einige Verwirrung über die Identität, das Alter und die persönlichen Qualifikationen des außerhalb von Montenegro wenig bekannten Politikers.[1752] Der österreichisch-ungarische Außenminister Gołuchowski und die deutsche Regierung waren wenig erfreut über die Kandidatur, da Božo Petrović als „seiner politischen Richtung nach […] Großserbe“ und „praktisch russisch“ galt.[1753] Dennoch war es nach monatelangen, fruchtlosen Debatten inzwischen eine weitverbreitete Ansicht, man müsse sich notgedrungen auf irgendeinen provisorischen Gouverneur einigen, wenn man dem Abschluss eines kretischen Autonomiestatuts näher kommen wollte. Der britische Botschafter in Konstantinopel, Currie, war bereits am 29. November 1897 von

[1749] Marschall an Hohenlohe, Pera 1897 Dezember 20, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 127, R12306 Nr. 314; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Dezember 19, TNA PRO London, FO78/4814 Nr. 687.
[1750] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Dezember 22, TNA PRO London, FO78/4814 Nr. 689.
[1751] Dülffer, Kreta-Krise, 47; Zürrer, Nahostpolitik, 389; vgl. Waecker-Gotter an Hohenlohe, Belgrad 1897 Dezember 27, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 127, R12306 Nr. 205.
[1752] Notiz zu Božo Petrović, Berlin 1897 Dezember 2, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 125, R12304; Schlöger an Hohenlohe, Pera 1897 Dezember 6, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 126, R12305 Nr. 302; Eulenburg an Hohenlohe, Wien 1897 Dezember 10, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 126, R12305 Nr. 198; Marschall an Hohenlohe, Pera 1897 Dezember 15, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 126, R12305 Nr. 312; Marschall an Hohenlohe, Pera 1897 Dezember 25, PAA, Türkei 163, Bd5, R13843 Nr. 323; abgedruckt in: GP XII/2, 441–446; Waecker-Gotter an Hohenlohe, Belgrad 1897 Dezember 27, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 127, R12306 Nr. 205.
[1753] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 November 28, TNA PRO London, FO78/4814 Nr. 661; Schlöger an Hohenlohe, Pera 1897 Dezember 6, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 126, R12305 Nr. 302.

Lord Salisbury instruiert worden, einer Nominierung des Montenegriners auf jeden Fall zuzustimmen, falls mit ihm endlich ein für alle Großmächte akzeptabler Kandidat gefunden sein sollte.[1754] Im Dezember 1897 signalisierten auch die Regierungen Österreich-Ungarns und Deutschlands zögerlich ihre Bereitschaft, Božo Petrović als provisorischen Gouverneur Kretas zu akzeptieren.[1755] Dementsprechend groß war die Enttäuschung, als zwischen dem 19. und 24. Dezember 1897 bekannt wurde, dass Fürst Nikola I. von Montenegro seinem Vetter die Kandidatur als Gouverneur von Kreta verboten hatte.[1756]

Die Regierungen und Botschafter der Großmächte standen damit wieder ganz am Anfang ihrer schon so lange andauernden Verhandlungen über die Ernennung eines Gouverneurs für Kreta. Der britische Premierminister Lord Salisbury sah die Schuld ganz bei den anderen Regierungen und schlug Botschafter Currie verärgert vor, er möge in der nächsten Sitzung der Botschafter doch nochmals der Reihe nach alle bisher genannten Kandidaten nominieren, um die „unpraktische Haltung einiger seiner Kollegen in auffälliger Weise ans Tageslicht zu bringen."[1757]

Der russische Außenminister Murav'ev hatte eine andere Idee. Am 24. Dezember 1897, dem selben Tag, an dem das Scheitern der Kandidatur von Božo Petrović offiziell wurde, ließ er der deutschen Regierung vorschlagen, man solle nun, da kein anderer Kandidat mehr verfügbar sei, auf die Nominierung des griechischen Prinzen Georgios zurückkommen.[1758] Damit war die Debatte wieder an ihrem Ausgangspunkt angelangt, an dem bereits im April 1897 der erste Vorschlag der Botschafter über ein kretisches Autonomiestatut gescheitert war.

[1754] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 November 28, TNA PRO London, FO78/4814 Nr. 661; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 November 28, TNA PRO London, FO78/4814 Nr. 662; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 November 29, TNA PRO London, FO78/4814 Nr. 663.
[1755] Dülffer, Kreta-Krise, 47; Verosta, Kollektivaktionen, 154f.; Zürrer, Nahostpolitik, 389.
[1756] Telegramm Marschalls an Auswärtiges Amt, Pera 1897 Dezember 19, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 126, R12305 Nr. 636; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1897 Dezember 24, TNA PRO London, FO78/4814 Nr. 694; Eulenburg an Hohenlohe, Wien 1897 Dezember 21, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 127, R12306 Nr. 212; Eulenburg an Auswärtiges Amt, Wien 1897 Dezember 30, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 127, R12306 Abschrift; Dülffer, Kreta-Krise, 47; Verosta, Kollektivaktionen, 154f.; Zürrer, Nahostpolitik, 389.
[1757] „It would bring out in a strong light the impracticable attitude of some of your colleagues". Telegramm Salisburys an Currie, London 1897 Dezember 28, TNA PRO London, FO78/4814 Nr. 426. Übers. d. Verf.
[1758] Bülow an Kaiser Wilhelm II., Berlin 1897 Dezember 24, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 127, R12306; Dülffer, Kreta-Krise, 47.

IV.d.2. Verhandlungen ohne Spielraum. Das Scheitern der Botschafter in der kretischen Gouverneursfrage 1898

Die neuerlichen Nominierung des Prinzen Georgios durch Murav'ev hatte mehrere Gründe. Einerseits sah Murav'ev, der seit Februar 1897 die Führung des Konzerts der Großmächte in der Kretakrise für sich beanspruchte, offenbar tatsächlich keinen anderen Weg mehr, die inzwischen schon acht Monate andauernden Verhandlungen endlich zu einem Abschluss zu bringen.[1759] Gleichzeitig war diese Nominierung wegen der Verwandtschaft der Zarenmutter mit der griechisch-dänischen Königsfamilie und in Anbetracht der Tatsache, dass Prinz Georgios dem späteren Zaren Nikolaj II. 1891 in Japan das Leben gerettet hatte, ein besonderes Anliegen der russischen Zarenfamilie.[1760] Die Entscheidung Murav'evs war auch in Russland nicht unumstritten. Von einigen russischen Diplomaten wurde sie als Beweis dafür gesehen, dass Murav'ev eben kein Politiker sondern ein „Höfling" sei, der sich der Zarenfamilie andienen wolle.[1761]

Die Politiker und Diplomaten Frankreichs, Italiens und Großbritanniens nahmen den Vorschlag Murav'evs zwar mit gemischten Gefühlen auf, waren jedoch aus sachlichen Überlegungen dazu bereit, darüber zu verhandeln.[1762] Kaiser Wilhelm II. von Deutschland und seine Regierung nahmen dagegen – wieder einmal – eine völlig kompromisslose Haltung ein. Dabei ging es nicht mehr nur um eine Verhinderung griechischer Wünsche nach einer Anne-

[1759] Dies waren die Gründe, die Murav'ev selbst für seinen Vorschlag angab. Vgl. Bülow an Kaiser Wilhelm II., Berlin 1897 Dezember 24, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 127, R12306; Bülow an Kaiser Wilhelm II, Berlin 1897 Dezember 25, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 127, R12306; Dülffer, Kreta-Krise, 47; Verosta, Kollektivaktionen, 156f.; Wakounig, Grandseigneur, 176; 229f.

[1760] Dülffer, Kreta-Krise, 47; Verosta, Kollektivaktionen, 156f ; Wakounig, Grandseigneur, 229f.; zur Lebensrettung des damaligen russischen Kronprinzen Nikolaj durch Georgios bei einem Attentatsversuch in Japan 1891 vgl. Clay – Müller, König, 206f.; zur zeitgenössischen Einschätzung des Einflusses der Mutter des Zaren vgl. z.B. Telegramm Radolins an Auswärtiges Amt, St Petersburg 1898 Jänner 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 128, R12307 Nr. 345; Marschall an Hohenlohe, Pera 1898 Jänner 9, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 129, R12308 Nr. 7; abgedruckt in: GP XII/2, 453–455; Zeitungsausschnitt, *The Morning Post*, London 1898 Jänner 21, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 130, R12309; Liechtenstein an Gołuchowski, St Petersburg 1898 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 privat.

[1761] Liechtenstein an Gołuchowski, St Petersburg 1898 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 privat. Der mit Gołuchowski persönlich befreundete russische Botschafter in Wien, Kapnist, entschuldigte sich regelrecht für seinen Außenminister, verurteilte die Nominierung von Georgios und erklärte, sie bringe ihn in große „Verlegenheit". Eulenburg an Hohenlohe, Wien 1898 Jänner 2, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 128, R12307 Nr. 2; abgedruckt in: GP XII/2, 452f.

[1762] Eulenburg an Hohenlohe, Wien 1898 Jänner 2, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 128, R12307 Nr. 2; abgedruckt in: GP XII/2, 452f.; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1898 Jänner 13, TNA PRO London, FO78/4922 Nr. 11; Marschall an Hohenlohe, Pera 1898 Jänner 16, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 130, R12309 Nr. 11; abgedruckt in: GP XII/2, 465f.; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1898 Jänner 18, TNA PRO London, FO78/4922 Nr. 21; Hatzfeld an Hohenlohe, London 1898 Jänner 20, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 130, R12309 Nr. 52; abgedruckt in: GP XII/2, 472f.; Hatzfeld an Hohenlohe, London 1898 Jänner 21, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 130, R12309 Nr. 58; Zeitungsausschnitt, Crete, *The Times*, London 1898 Jänner 21, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 130, R12309; *The Morning Post*, London 1898 Jänner 21, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 130, R12309; Zürrer, Nahostpolitik, 389f.

xion Kretas, mit der die deutsche Regierung im April 1897 ihre Ablehnung des griechischen Prinzen argumentiert hatte. Diese Ablehnung war diesmal auch noch mit den persönlichen Ansichten und Vorurteilen Kaiser Wilhelms II. verknüpft, die der neue Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Bernhard von Bülow, als Günstling des Kaisers stets zu bestärken bemüht war.[1763] Bülow setzte dem deutschen Kaiser mit einem Schreiben vom 24. Dezember 1897 die Idee in den Kopf, es ginge bei der Verhinderung einer Wahl des Prinzen Georgios um nichts Geringeres als die Verhinderung eines „Weltkrieges" zwischen den Großmächten. Dahinter stecke natürlich eine Intrige „Englands", die leider von keiner anderen Regierung durchschaut würde, so daß nun alles „von Euerer Majestät Beschlüssen" abhänge.[1764] Kaiser Wilhelm II. fühlte sich durch das Schreiben seines Staatssekretärs offenbar sehr geschmeichelt. Er übersäte es geradezu mit zustimmenden Randbemerkungen und meinte, es sei ganz klar, dass Salisbury den Weltkrieg anstrebe. Schließlich wäre im Chaos eines solchen Krieges „Englands Zeit zum allgemeinen Rabuschern gekommen".[1765]

Eine pragmatische Auseinandersetzung des deutschen Kaisers und seiner Regierung mit der Kandidatur des Prinzen Georgios als möglicherweise einzig verfügbarer Kompromiss zur Erhaltung des Konzerts in der Kretafrage war unter diesen Vorzeichen nicht zu erwarten. Kaiser Wilhelm II. kommentierte am 19. Jänner 1898 auch die Meldung, der französische Außenminister Hanotaux würde einen Zerfall des Konzerts in der Gouverneursfrage als persönliche Niederlage empfinden, bloß mit der wenig konstruktiven Feststellung „Das würde mir ein[en] ganz besonderen Spaß bereiten".[1766] Von Österreich-Ungarn erwarteten sich der deutsche Kaiser und seine Regierung eine bedingungslose Unterstützung ihrer kompromisslosen Ablehnung der Kandidatur von Georgios.[1767]

Tatsächlich empörte sich der österreichisch-ungarische Außenminister Gołuchowski nach Bekanntwerden des russischen Vorschlags über die Nominierung des Prinzen Georgios

---

[1763] Zu der von Bülow gegenüber dem Kaiser aus Karrieregründen verfolgten Unterwürfigkeit und zu seiner Ernennung im Zusammenhang mit der von Wilhelm II. angestrebten Stärkung seines „persönlichen Regiments" in der Außenpolitik siehe Brechtken, Scharnierzeit, 322–330; Clay – Müller, König, 247f.

[1764] Bülow an Kaiser Wilhelm II., Berlin 1897 Dezember 24, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 127, R12306.

[1765] Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. zum Schreiben Bülows an Kaiser Wilhelm II., Berlin 1897 Dezember 24, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 127, R12306. „Rabuschern" war ein im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert gebräuchliches, umgangssprachliches Synonym für „ergreifen, stehlen, plündern". Vgl. Eintrag „Rappuse (Rabbuse)" in Meyers Großes Konversations-Lexikon, Bd. 16, Leipzig 1908, 605.

[1766] Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. zum Bericht Bülows an Hohenlohe, Paris 1898 Jänner 19, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 130, R12309 Nr. 14.

[1767] Telegramme Eulenburgs an Auswärtiges Amt, Wien 1898 Jänner 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 128, R12307 Nr. 2-4; abgedruckt in: GP XII/2, 450f.; Bülow an Eulenburg, Berlin 1898 Jänner 18, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 129, R12308 Nr. 44; abgedruckt in: GP XII/2, 461–464; vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 48; Şenişik, Transformation, 197–210.

und die „sprunghafte Politik des Grafen Murawieff".[1768] Für Gołuchowski galten diesbezüglich dieselben Argumente wie schon im April 1897. Gegenüber dem russischen Botschafter in Wien erklärte er, eine Ernennung des Prinzen käme einem Sieg Griechenlands über die Großmächte gleich und würde „das Ansehen des europäischen Konzertes in der öffentlichen Meinung schwer schädigen".[1769] Der deutsche Botschafter in Wien prahlte gegenüber seiner Regierung geradezu damit, dass sich der österreichisch-ungarische Außenminister damit „genau an die Argumente gehalten" habe, „welche ich den Auftrag hatte ihm gegen diese Kandidatur anzuführen."[1770]

Die Haltung Gołuchowskis begann sich allerdings zu verändern, als Murav'ev am 1. Jänner 1898 den russischen Botschafter in Wien beauftragte, die Kandidatur des Prinzen Georgios nicht mehr als Gegenstand vorsichtiger Sondierungen, sondern als „ernsthaften Entschluß" der russischen Regierung zu präsentieren.[1771] Anstatt einfach in kategorischer Ablehnung zu verharren, machte sich der österreichisch-ungarische Außenminister nun auf die verzweifelte Suche nach Alternativvorschlägen, bei der er vergeblich auf Unterstützung durch die deutschen Politiker und Diplomaten hoffte. Vom 5. bis zum 18. Jänner 1898 bemühte er sich durch vorsichtige Anfragen auf allen diplomatischen Ebenen, die deutsche Regierung für den Plan zu gewinnen, die Wahl des Gouverneurs nun doch der kretischen Generalversammlung zu übertragen und seitens der Großmächte lediglich einen „Vice-Gouverneur oder Adlatus" zu ernennen.[1772] Staatssekretär Bülow lehnte alle entsprechenden Anfragen Gołuchowskis mit dem Hinweis ab, die deutsche Regierung müsse jedes „Plebiszit" und jede Anwendung einer „Majoritätsherrschaft" grundsätzlich ablehnen und werde auch in der kretischen Gouverneursfrage „unverändert" auf diesem Prinzip beharren.[1773] Gołuchowski blieb nichts anderes übrig, als Bülow beinahe unterwürfig ausrichten zu lassen, er lege „vor Allem

[1768] Telegramm Eulenburgs an Auswärtiges Amt, Wien 1897 Dezember 29, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 127, R12306 Nr. 356.
[1769] Gołuchowski an Liechtenstein, Szögyény, Wolkenstein, Deym, Pasetti, Calice, Wien 1897 Dezember 31, HHStA Wien, PA XII/288; abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 155f.
[1770] Telegramm Eulenburgs an Auswärtiges Amt, Wien 1898 Jänner 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 128, R12307 Nr. 2; abgedruckt in: GP XII/2, 450f.
[1771] Telegramme Eulenburgs an Auswärtiges Amt, Wien 1898 Jänner 1, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 128, R12307 Nr. 2-4; abgedruckt in: GP XII/2, 450f.; Eulenburg an Hohenlohe, Wien 1898 Jänner 2, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 128, R12307 Nr. 2; abgedruckt in: GP XII/2, 452f.
[1772] Telegramm Eulenburgs an Auswärtiges Amt, Wien 1898 Jänner 5, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 128, R12307 Nr. 9; Gołuchowski an Szögyény, Wien 1898 Jänner 13, HHStA Wien, PA XII/289; abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 159f.
[1773] Bülow an Eulenburg, Berlin 1898 Jänner 18, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 129, R12308 Nr. 44; abgedruckt in: GP XII/2, 461–464; vgl. Gołuchowski an Szögyeny, Wien 1898 Jänner 13, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 129, R12308 Nr. 982.

Werth darauf, […] [sich] in dieser Frage zunächst mit der Deutschen Regierung zu verständigen und auf gleicher Linie mit ihr vorzugehen“.[1774]

Wie schlecht es zu diesem Zeitpunkt um die oft beteuerte „Einmütigkeit“ des Konzerts und seiner Kollektivorgane stand, zeigt nicht zuletzt die Art und Weise, wie der neue russischen Botschafter in Konstantinopel, Ivan Alekseevič Zinov’ev, die Nominierung des Prinzen Georgios ohne Absprache mit seinen Kollegen betrieb. Als der britische Botschafter Currie Zinov’ev am 6. Jänner 1898 direkt darauf ansprach, ob er die Kandidatur des Prinzen Georgios nicht zum Gegenstand einer Reunion der Botschafter machen wolle, erwiderte dieser knapp, er habe dazu keinen Auftrag.[1775] Stattdessen bemühte er sich zwischen dem 13. und 20. Jänner 1898, in Separatverhandlungen ein direktes, bilaterales Abkommen mit der osmanischen Regierung zu vereinbaren. Im Zuge dieser Verhandlungen bot Zinov’ev Sultan Abdülhamit II. sogar die Unterstützung seiner Regierung gegen jede zukünftige Bevormundung durch die übrigen Großmächte an.[1776]

Diese russisch-osmanischen Separatverhandlungen wurden zur selben Zeit von der deutschen Diplomatie gezielt hintertrieben. Staatssekretär Bülow und Botschafter Marschall standen mit Sultan Abdülhamit II. bereits seit dem 11. Jänner 1898 in ständiger Verbindung und versicherten ihm wiederholt, dass es in der Gouverneursfrage keine Einigkeit zwischen den Großmächten gäbe.[1777] Sultan Abdülhamit II. lehnte eine Nominierung des Prinzen Georgios daraufhin tatsächlich ab.[1778]

Am 2. Februar 1898 wurde auch der österreichisch-ungarische Botschafter Calice von seiner Regierung beauftragt, heimliche Sonderabsprachen mit Sultan Abdülhamit II. zu führen. Im Auftrag Gołuchowskis sollte er den Sultan dazu überreden, zwar an der Ablehnung von Georgios festzuhalten, aber die Forderung nach einem osmanischen Gouverneur auf-

[1774] Gołuchowski an Szögyeny, Wien 1898 Jänner 13, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 129, R12308 Nr. 982. Die bündnispolitische Orientierungslosigkeit Gołuchowskis, der weder in den ergebnislosen Gesprächen über eine Erneuerung der „Mittelmeerentente“ mit Großbritannien, noch in den begrenzten Ergebnissen der „Kaiserentrevue“ mit Russland eine sein Sicherheitsbedürfnis befriedigende Alternative zum Zweibund mit Deutschland gefunden hatte, wurde zur selben Zeit im diplomatischen Dienst der Donaumonarchie auch intern heftig kritisiert. Sie veranlasste den außergewöhnlich gut vernetzten und begabten Botschafter in St. Petersburg, Liechtenstein, zu einem Rücktritt aus Protest und Frustration. Wakounig, Grandseigneur, 181–251.

[1775] Telegramm Marschalls an Auswärtiges Amt, Pera 1898 Jänner 6, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 128, R12307 Nr. 6.

[1776] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1898 Jänner 13, TNA PRO London, FO78/4922 Nr. 11; Telegramm Marschalls an Auswärtiges Amt, Pera 1898 Jänner 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 129, R12308 Nr. 12; Telegramm Marschalls an Auswärtiges Amt, Pera 1898 Jänner 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 129, R12308 Nr. 14; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1898 Jänner 15, TNA PRO London, FO78/4922 Nr. 13.

[1777] Bülow, Aufzeichnungen über Gespräch mit Osmanischem Botschafter, Berlin 1898 Jänner 11, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 129, R12308; Telegramm Marschalls an Auswärtiges Amt, Pera 1898 Jänner 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 129, R12308 Nr. 15; Auswärtiges Amt an Marschall, Berlin 1898 Jänner 15, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 129, R12308; Telegramm Marschalls an Auswärtiges Amt, Pera 1898 Jänner 16, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 129, R12308 Nr. 19; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1898 Jänner 18, TNA PRO London, FO78/4922 Nr. 19.

[1778] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1898 Jänner 19, TNA PRO London, FO78/4922 Nr. 22.

zugeben und von sich aus „eine geeignete fremde Persönlichkeit“ zu nominieren.[1779] Damit arbeitete nun auch Calice indirekt gegen seinen deutschen Kollegen Marschall, und verfolgte gegenüber dem Sultan eine dritte Verhandlungslinie zwischen Marschall und Zinov‘ev.[1780]

Die Botschafter der Großmächte waren somit von ihren Regierungen angewiesen, mehr oder weniger verdeckt gegeneinander zu arbeiten. Dabei entsprachen ihre Aufträge nicht unbedingt ihren persönlichen Überzeugungen. Der deutsche Botschafter Marschall meldete am 9. Jänner 1898, seine Kollegen würden „in vertraulichen Privatgesprächen“ allesamt lautstark beklagen, dass es so aussähe, als würde durch den Streit über die Besetzung des Gouverneurspostens „die ganze bisherige mühselige Arbeit der Botschafter in der kretischen Frage mit einem Schlage zunichte gemacht werden“.[1781] Marschall selbst weinte der zerbrochenen Zusammenarbeit der Botschafter allerdings keine Träne nach. Er hatte keinerlei persönlichen Bezug zur bisherigen Arbeit der Botschafter an den Reformprogrammen für Kreta und hatte als Staatssekretär eine besondere Geringschätzung für ihre Arbeit als internationales Kollektivorgan kultiviert. Die Sorge seiner Kollegen um die Zerstörung der bisherigen Arbeit kommentierte er dementsprechend mit dem verächtlichen Nebensatz, er würde es „mit Fassung ertragen“, wenn das Autonomiestatut der Botschafter „im Papierkorb verschwinden“ würde.[1782] Die Bewahrung der Zusammenarbeit zwischen den Botschaftern war für ihn neben den von seiner Regierung vertretenen Prinzipien nur ein „nebensächlicher Punkt“.[1783]

Die Befehle, die Zinov’ev und Marschall von ihren jeweiligen Regierungen erhielten, erstickten fortan jeden Versuch der Botschafter, einen Konsens zwischen den Großmächten herzustellen, im Keim. Am 19. Jänner 1898 legte Botschafter Currie seinen Kollegen den Vorschlag Lord Salisburys vor, die Botschafterkonferenz nochmals mit der Suche nach einem Kompromisskandidaten für den kretischen Gouverneursposten zu beauftragen.[1784] Calice, der als Doyen die alleinige Befugnis zur Einberufung von Botschafterreunionen hatte, erklärte sich dazu bereit, falls alle Kollegen einverstanden wären. Currie stimmte zu, und auch das Einverständnis von Cambon und Pansa stand rasch fest. Marschall und Zinov’ev dagegen

---

[1779] Gołuchowski an Calice, Wien 1898 Februar 2, HHStA Wien, PA XII/289; abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 161f.
[1780] Vgl. Telegramm Marschalls an Auswärtiges Amt, Pera 1898 Jänner 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 129, R12308 Nr. 15; Auswärtiges Amt an Marschall, Berlin 1898 Jänner 15, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 129, R12308; Telegramm Marschalls an Auswärtiges Amt, Pera 1898 Jänner 16, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 129, R12308 Nr. 19; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1898 Jänner 18, TNA PRO London, FO78/4922 Nr. 19.
[1781] Marschall an Hohenlohe, Pera 1898 Jänner 9, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 129, R12308 Nr. 7; abgedruckt in: GP XII/2, 453–455.
[1782] Marschall an Hohenlohe, Pera 1898 Jänner 18, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 130, R12309 Nr. 13; abgedruckt in: GP XII/2, 469–471.
[1783] Ebda.
[1784] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1898 Jänner 20, TNA PRO London, FO78/4922 Nr. 25; Zürrer, Nahostpolitik, 390.

verhielten sich abwartend und baten ihre jeweiligen Regierungen um Weisungen.[1785] Am 22. Jänner 1898 meldete Zinov'ev, seine Regierung habe ihn zu keinen Verhandlungen autorisiert, da sie sich „kategorisch" auf die Ernennung des Prinzen Georgios festgelegt habe.[1786] Angesichts der Tatsache, dass diese Ernennung von der deutschen Regierung ebenso „kategorisch" abgelehnt wurde, blieb den Botschaftern diesmal kein Spielraum für Verhandlungen.[1787] Diese mussten daher scheitern, noch bevor sie begonnen hatten. Die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel waren dank der Weisungen ihrer Regierungen handlungsunfähig.[1788]

Zwischen dem 20. und 26. Jänner 1898 erhielten der britische Botschafter Currie und der französische Botschafter Cambon neue Weisungen ihrer Regierungen. Sie hatten fortan ebenfalls für die Ernennung des Prinzen Georgios zum kretischen Gouverneur einzutreten und mussten die entsprechenden Bemühungen von Zinov'ev in Konstantinopel unterstützen.[1789] Die zunehmend verzweifelt wirkenden Bemühungen Gołuchowskis, eine für alle Regierungen akzeptable Alternative zu finden, waren wenig aussichtsreich und brachten ihm nur den Spott des deutschen Kaisers Wilhelm II. ein, er sei ein „dummer Oesterreicher" und „Narr".[1790] Am 12. Februar 1898 teilte der deutsche Staatssekretär Bülow zwar Gołuchowski den angeblichen deutschen Alternativvorschlag mit, einer oder zwei Großmächten ein internationales Mandat zur Besetzung und Verwaltung Kretas zu erteilen, dies war aber nicht sonderlich ernst gemeint.[1791]

[1785] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1898 Jänner 20, TNA PRO London, FO78/4922 Nr. 25; Telegramm Marschalls an Auswärtiges Amt, Pera 1898 Jänner 23, 28, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 130, R12309.

[1786] „Russian Ambassador has just informed me that he has received telegram from his Govt. declaring categorically that under present circumstances Russia sees no possible solution of Cretan affairs except nomination of Pce. George or annexation to Greece. […] As for [...] the other candidates already rejected, Russian Govt. refuses to take part in reconsideration of them on account of obvious impossibility of getting them accepted in Crete." Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1898 Jänner 22, TNA PRO London, FO78/4922 Nr. 28; vgl. Telegramm Marschalls an Auswärtiges Amt, Pera 1898 Jänner 23, 28, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 130, R12309; Zürrer, Nahostpolitik, 390.

[1787] Tatsächlich bezeichneten auch der deutsche Kaiser Wilhelm II. und seine Regierung ihren Standpunkt in der Gouverneursfrage mit dem Wort „kategorisch". Szögyény an Gołuchowski, Berlin 1898 Jänner 27, HHStA Wien, PA XII/289; abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 160.

[1788] Vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 48; Şenişik, Transformation, 197–210.

[1789] Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1898 Jänner 20, TNA PRO London, FO78/4922 Nr. 24; Telegramm Münsters an Auswärtiges Amt, Paris 1898 Jänner 25, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 130, R12309 Nr. 21; Telegramm Curries an Salisbury, Pera 1898 Jänner 26, TNA PRO London, FO78/4922 Nr. 32; vgl. Telegramm Marschalls an Auswärtiges Amt, Pera 1898 Jänner 24, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 130, R12309 Nr. 32.

[1790] Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. zum Bericht Bülows an Kaiser Wilhelm II, Berlin 1898 Jänner 26, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 130, R12309. Vgl. Eulenburg an Hohenlohe, Wien 1898 Jänner 24, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 130, R12309 Nr. 13; Telegramm Eulenburgs an Auswärtiges Amt, Wien 1898 Februar 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 134, R12313 Nr. 62; abgedruckt in: GP XII/2, 481f.

[1791] Telegramm Eulenburgs an Auswärtiges Amt, Wien 1898 Februar 14, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 134, R12313 Nr. 62; abgedruckt in: GP XII/2, 481f.; Verosta, Kollektivaktionen, 162–164; Zürrer, Nahostpolitik, 391.

Bereits am 23. Jänner 1898 hatte Kaiser Wilhelm II. in den Randbemerkungen zu einem Bericht Bülows den Gedanken vermerkt, er würde gerne das deutsche Kriegsschiff SMS „Oldenburg“ von Kreta abberufen und die Beteiligung Deutschlands an der kretischen Intervention des Konzerts einseitig aufkündigen.[1792] Am 26. Jänner 1897 erneuerte er gegenüber dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin diese Drohung für den Fall, dass die übrigen Großmächte seine Ablehnung des Prinzen Georgios missachten würden.[1793] Am 8. Februar 1898 machte Staatssekretär Bülow erstmals öffentlich die Ankündigung, das Deutsche Reich könnte in der Kretakrise das Konzert der Großmächte verlassen.

„[W]enn Streit entsteht, treten wir ruhig beiseite, und wenn Differenzen laut werden, legen wir die Flöte still auf den Tisch und verlassen den Konzertsaal.“[1794]

Am 24. Februar 1898 ließ Kaiser Wilhelm II. dem Auswärtigen Amt vertraulich mitteilen, er beabsichtige, das deutsche Kriegsschiff vor Kreta voraussichtlich Mitte März unter dem Vorwand einer „Revision des Schiffsbodens und Erneuerung des Bodenanstrichs“ abzuziehen.[1795]

Am 16. März 1898 verließen die deutsche Panzerkorvette SMS „Oldenburg“ und das deutsche Truppenkontingent ohne jede weitere Vorankündigung Kreta. Auch die österreichisch-ungarische Regierung war über diesen seit mehr als einem Monat vorbereiteten Schritt nicht informiert gewesen.[1796] Kaiser Franz Joseph I. und Außenminister Gołuchowski fühlten sich dementsprechend übergangen, entschlossen sich aber am 23. März 1898 dennoch, der Politik des deutschen Kaisers zu folgen. Bis zum 12. April 1898 wurde daher auch das österreichisch-ungarischen Kontingent von Kreta abgezogen.[1797] Damit war die Zusammenarbeit der Regierungen und Botschafter der Großmächte in der Kretafrage offiziell zerbrochen. Die Organisation der kretischen Autonomie blieb den Regierungen, Botschaftern und Admiralen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Russlands überlassen. Von der formellen Erteilung eines offiziellen Mandats an die so genannten „Kretamächte“ im Namen des Konzerts wurde abgesehen.

Das von den Botschaftern der Großmächte in Konstantinopel ausgearbeitete kretische Autonomiestatut wurde verworfen und durch ein Statut ersetzt, dass die Regierungen der Kre-

[1792] Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. zum Bericht Bülows an Kaiser Wilhelm II, Berlin 1898 Jänner 23, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 130, R12309.
[1793] Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. zum Telegramm Eulenburgs an Auswärtiges Amt, Wien 1898 Jänner 26, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 130, R12309 Nr. 35; Szögyény an Gołuchowski, Berlin 1898 Jänner 27, HHStA Wien, PA XII/289; abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 160.
[1794] GP XII/2, 483; vgl. Dülffer, Kreta-Krise, 48.
[1795] Marine-Kabinett an Auswärtiges Amt, Berlin 1898 Februar 24, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 134, R12313.
[1796] Gołuchowski an Liechtenstein, Pasetti, Wolkenstein, Deym, Calice, Wien 1898 März 19, HHStA Wien, PA XII/290; abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 164f.; Zürrer, Nahostpolitik, 391.
[1797] Dülffer, Kreta-Krise, 48; Pangerl, Kreta-Mission, 117–121; Zürrer, Nahostpolitik, 391.

tamächte unter sich aushandelten.[1798] Der um die Repräsentanten des Deutschen Reichs und Österreich-Ungarns verringerte Admiralsrat benannte sich in „Verwaltungsrat“ um. Bei der Verwaltung Kretas arbeitete dieser Rat fortan mit einem fünfköpfigen „kretischen Exekutivkomitee“ zusammen, das mit Anführern der kretischen Christenmilizen und ehemaligen Mitgliedern des Kretischen Revolutionskomitees besetzt wurde. Die internationalen Besatzungszonen, in die sich der muslimische Bevölkerungsteil Kretas geflüchtet hatte, blieben unter direkter Militärverwaltung.[1799]

In der Folge kam es immer häufiger zu Zusammenstößen zwischen Angehörigen der internationalen Truppe und unzufriedenen MuslimInnen. Die Situation eskalierte am 7. September 1898, als in der zur britischen Besatzungszone gehörenden Stadt Candia die geplante Übernahme der Stadtkasse durch britische Beamte zu bewaffneten Unruhen und Brandstiftungen durch eine aufgebrachte muslimische Menge führte. Es kam zu heftigen Kämpfen, Angriffen auf die britische Garnison und schließlich zur Bombardierung der Stadt durch britische Kriegsschiffe. Unter den mehreren hundert toten ZivilistInnen und Soldaten befand sich auch der britische Vizekonsul Lysimachos Kalokairinos, der mitsamt seiner Familie und seiner umfangreichen archäologischen Sammlung in seiner Stadtresidenz verbrannt war.[1800]

Die Kretamächte verstärkten nun die internationale Truppe auf insgesamt 20.000 Mann, organisierten die einseitige Entwaffnung der muslimischen Bevölkerungsgruppe und setzten am 19. Oktober 1898 durch Drohungen mit Gewalt den vollständigen Abzug aller osmanischen Truppen und Verwaltungsbeamten von Kreta durch.[1801] Am 10. Dezember 1898 wurde die Wahl des Prinzen Georgios von Griechenland zum „Hochkommissar“ für Kreta ohne Zustimmung Sultan Abdülhamits II. vollzogen.[1802] Am 20. Dezember 1898 übertrugen die Admirale ihre Macht offiziell auf den in Canea gelandeten Prinzen. Georgios wurde Regierungschef des autonomen „Kretischen Staats“ mit eigener Flagge, eigenen Münzen und eigenen Briefmarken.[1803] Die neue Generalversammlung, in der es nun tatsächlich eine Zweidrittelmehrheit von 138 christlichen gegenüber 50 muslimischen Abgeordneten gab, verlieh Hochkommissar Georgios am 5. Februar 1899 den zusätzlichen Titel eines „Fürsten von Kreta“.[1804]

[1798] Zürrer, Nahostpolitik, 392.
[1799] Dülffer, Kreta-Krise, 48; Verosta, Kollektivaktionen, 169–172.
[1800] Dülffer, Kreta-Krise, 48f.; Şenişik, Transformation, 216f.; Verosta, Kollektivaktionen, 174f.
[1801] Dülffer, Kreta-Krise, 48f.; Şenişik, Transformation, 216–228; Verosta, Kollektivaktionen, 175.
[1802] Dülffer, Kreta-Krise, 48f.; Verosta, Kollektivaktionen, 180f.
[1803] Dülffer, Kreta-Krise, 49; Pangerl, Kreta-Mission, 123; Şenişik, Transformation, 229f.; Verosta, Kollektivaktionen, 180–182.
[1804] Şenişik, Transformation, 229f.;Verosta, Kollektivaktionen, 181f.

Die Prophezeiung der deutschen Regierung, eine Ernennung des Prinzen Georgios zum Gouverneur würde „mit Naturnothwendigkeit“ zur Annexion Kretas durch Griechenland führen, erwies sich übrigens als falsch.[1805] Die Amtszeit des Prinzen Georgios als Fürst und Hochkommissar von Kreta wurde vielmehr durch starke politische Gegensätze des Fürsten gegenüber den zunehmend antimonarchistisch eingestellten „Annexionisten“ um Eleftherios Venizelos bestimmt. Deren Versuch, die Union Kretas mit Griechenland durchzusetzen, kulminierte 1905 in der so genannten „Theriso-Revolte“ gegen die international gestützte Herrschaft des Hochkommissars.[1806] Georgios wurde abgesetzt, aber auch dem nächsten internationalen Hochkommissar Alexandros Zaimis gelang keine Stabilisierung des Kretischen Staats. 1909 wurde die internationale Truppe von Kreta abgezogen und 1913 folgte nach dem Ende der Balkankriege die nunmehr international anerkannte Annexion Kretas durch Griechenland.[1807] Die bereits 1897 begonnene Abwanderung des muslimischen Bevölkerungsteils wurde während der 1920er Jahre im Rahmen des so genannten „Bevölkerungsaustauschs“ zwischen Griechenland und der Türkischen Republik abgeschlossen. Dadurch erhielt Kreta sein heutiges, ethnisch und religiös weitgehend homogen griechisches Erscheinungsbild.[1808]

IV.d.3. „Eine Schande für uns Europäer“ – Die Zerschlagung der Botschafterkonferenz von Konstantinopel und die Diskreditierung der Idee diplomatischer Kollektivorgane

Der österreichisch-ungarische Außenminister Gołuchowski bemühte sich am 8. Mai 1898 in einer Rede vor den Delegationen der Parlamente Österreichs und Ungarns den Eindruck zu vermitteln, die Kollektivintervention auf Kreta sei erfolgreich abgeschlossen worden und eine Fortsetzung der Beteiligung aller Großmächte wäre ohnehin nicht mehr notwendig gewesen.[1809] Tatsächlich hatte Gołuchowski seit 1895 immer wieder die Erhaltung der Einigkeit des Konzerts der Großmächte als oberste Maxime seiner Außenpolitik beschworen.[1810]

[1805] Vgl. Bülow an Kaiser Wilhelm II., Berlin 1897 Dezember 24, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 127, R12306.
[1806] Şenişik, Transformation, 230.
[1807] Dülffer, Kreta-Krise, 49; Şenişik, Transformation, 230.
[1808] Şenişik, Transformation, 230.
[1809] Konzept zum Exposé Gołuchowskis vor den Delegationen, Budapest 1898 Mai 8, PA XII/299; abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 167f.
[1810] Vgl. z.B. Gołuchowski an Calice, Wien 1895 November 11, HHStA Wien, PA XII/163 Nr. 71; Gołuchowski an Calice, Wien 1895 Dezember 5, HHStA Wien, PA XII/163 Nr. 86; Das Exposé des Grafen Goluchowski, *Fremdenblatt*, Wien 1896 Juni 9, Abendblatt, 2f.; Gołuchowski an Wolkenstein, Budapest 1896 Juni 12, HHStA Wien, PA XII/277 privat; auszugsweise abgedruckt bei Verosta, Kollektivaktionen, 41f.; Telegramm Gołuchowskis an Calice, Wien 1896 Juli 2, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 36; Telegramme Gołuchowskis an Liechtenstein, Wolkenstein, Deym, Vélics, Merey, Wien 1896 Juli 24, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 41, 30, 19, 39, 34; Auszug abgedruckt in Verosta, Kollektivaktionen, 47f.; Gołuchowski an Calice, Wien 1896 August 15, HHStA Wien, PA XII/279 privat; Rundtelegramm Gołuchowski an Deym, Dumba, Szögyény, Pasetti, Calice, Liechtenstein, Wien 1897 Februar 22, HHStA Wien, PA XII/282 Nr. 29, 20, 34, 19, 32, 22.

Dass diese Einigkeit nun in der Kretafrage zerbrochen war, musste er als schwere und beunruhigende Niederlage empfinden.

Der deutsche Kaiser Wilhelm II. und seine Regierung waren dagegen zwischen 1895 und 1896 nie leidenschaftliche Befürworter einstimmiger Kollektivaktionen des Konzerts gewesen. Wilhelms II. träumte nicht von einer multilateralen Gemeinschaft der Großmächte auf dem Prinzip von einstimmigen Beschlüssen und Kompromissen, sondern von einer Allianz der „Kontinentalmächte" als stramm auf die politische Linie des Deutschen Reichs eingeschworene Gruppe treuer Verbündeter gegen Großbritannien.[1811]

Auch die Regierungen der an der Intervention auf Kreta festhaltenden Großmächte zeigten sich vom System des „Mächtekonzerts" und seiner mangelhaften Effektivität enttäuscht. Der britische Kolonialsekretär Chamberlain erklärte im Jänner 1898 gegenüber dem deutschen Botschafter in London, er sei angesichts der seit 1895 gemachten Erfahrungen zu dem Schluss gekommen, „daß dieses große internationale Tribunal unfähig ist, Frieden und Ordnung […] herzustellen". Das Konzert habe sich „diskreditiert" und es sei gut möglich, dass seine Regierung in Zukunft vom Prinzip der Einstimmigkeit der Großmächte in der internationalen Politik abgehen müsse.[1812]

Nach dem scheinbaren Erfolg in der Kretakrise im Herbst 1896 hatten Hoffnungen auf ein Aufleben des Konzerts das Prestige der Botschafterkonferenzen in Konstantinopel spektakulär erhöht. Im selben Ausmaß verband sich nun jede Grundsatzkritik am Scheitern des Konzerts mit Kritik an den Botschaftern und ihrer selbstständigen Arbeit als internationales Kollektivorgan. Den Botschaftern wurde nun oft die hauptsächliche Schuld am Scheitern international vermittelter Reformen im Osmanischen Reich und auf Kreta gegeben. Dabei wurden sie zur Projektionsfläche für Kritik, die sich genauso gut auf die Regierungen der Großmächte hätten anwenden lassen.

Der Gesandte der Vereinigten Staaten von Amerika in Konstantinopel, Alexander Terrell, der das Konzert als „internationale Komödie" betrachtete, ging mit den Botschaftern bereits am 13. Februar 1897 in Zusammenhang mit dem neuerlichen Ausbruch von Kämpfen auf Kreta scharf ins Gericht.

„Die Botschafter der sechs Mächte bemerken nun, wo es zu spät ist, dass ihr papierenes Reformkonzept für Kreta, das mit physischer Kraft die Ordnung wiederherstellen sollte, lediglich zu Massakern und schlimmerer Verwirrung geführt hat. […] Dieses sich Einmischen

[1811] Vgl. Bülow an Kaiser Wilhelm II., Berlin 1897 Dezember 24, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 127, R12306; Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. zum Schreiben Bülows an Kaiser Wilhelm II., Berlin 1897 Dezember 24, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 127, R12306; Loulos, Griechenlandpolitik, 39–48; 52–63; Zürrer, Nahostpolitik, 347f.

[1812] Hatzfeld an Hohenlohe, London 1898 Jänner 20, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 130, R12309 Nr. 52; abgedruckt in: GP XII/2, 472f.

von Botschaftern in die inneren Angelegenheiten Kretas war, wenn es denn wirklich zur Befriedung [der Insel] gedacht war, eine schlechte Idee."[1813]

Der deutsche Kaiser Wilhelm II. war sich bereits im April 1897 mit Botschafter Münster in Paris darüber einig, dass die Botschafter in Konstantinopel mit ihrem Anspruch, im Namen des Konzerts agieren zu können, „eine wahre Schande für uns Europäer" seien. Das Scheitern des gesamtosmanischen Reformoperats, das „größte Fiasko der neueren Diplomatie", habe die „Zwecklosigkeit" der Botschafterkonferenz endgültig bewiesen.[1814] Der russische Finanzminister Vitte hatte zum selben Zeitpunkt gefordert, es sei höchste Zeit, „diese Herren" von ihren Posten abzuberufen.[1815]

Im Mai 1897 wurde dieser Gedanke von Außenminister Murav'ev aufgegriffen, indem er seinem französischen Amtskollegen Hanotaux einen Paradigmenwechsel in der Politik gegenüber dem Osmanischen Reich vorschlug. Die ständigen Drohungen mit kollektiven Zwangsmaßnahmen würden – so Murav'ev – keinesfalls zu einer Sicherung des Status Quo und des Friedens in Europa beitragen. Vielmehr würde dadurch immer wieder die Gefahr eines Krieges zwischen den einander so stark misstrauenden Großmächten heraufbeschworen. Man solle daher in Zukunft von solchen „Zwangsregeln" gegenüber dem Osmanischen Reich absehen und als sichtbares Zeichen dieses Kurswechsels die gegenwärtig in Konstantinopel stationierten Botschafter austauschen.[1816] Hanotaux stimmte Murav'ev zu, erklärte jedoch, wegen Botschafter Cambons „bedeutender Stellung […] in der öffentlichen Meinung" noch etwas zuwarten zu müssen.[1817]

Murav'ev wollte mit der Abberufung Nelidovs, dessen unsauberer Kampf um die Nachfolge Lobanovs im russischen Außenministerium unvergessen war, nicht länger warten. Bereits am 14. Juli 1897 wurde die Versetzung Nelidovs nach Rom bekannt gegeben.[1818] Am 30. September musste der russische Botschafter Konstantinopel verlassen.[1819] Bei seinen Kollegen beklagte er sich zum Abschied darüber, dass der Wechsel nach Rom für ihn nicht nur im „Lebensgenuß", sondern auch „politisch […] einen unzweifelhaften Rückschritt bedeute".

[1813] „The ambassadors of the six powers find when too late that their paper scheme of reforms for Crete, which looked at physical force to restore order, has only produced massacre and worse confusion. […] This meddling of ambassadors with the internal affairs of Crete, if really intended to pacify, was ill advised." Terrell an Olney, Konstantinopel 1897 Februar 13, United States National Archives (USNA) Washington, 46/62 Nr. 1173, abgedruckt in: Şenişik, Transformation, 153.

[1814] Münster an Hohenlohe, Paris 1897 April 7 Nr. 80, abgedruckt in: GP XII/1, 269–271; Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. zum Bericht Münsters an Hohenlohe, Paris 1897 April 7 Nr. 80, abgedruckt in: GP XII/1, 269–271.

[1815] Sutter, Großmächte, 222f.; Zürrer, Nahostpolitik, 203f.

[1816] Murav'ev an Hanotaux, St. Petersburg 1897 Mai 28/ 16, auszugsweise abgedruckt bei Zürrer, Nahostpolitik 375.

[1817] Murav'ev an Hanotaux, St. Petersburg 1897 Mai 28/ 16, auszugsweise abgedruckt bei Zürrer, Nahostpolitik 375.

[1818] Saurma an Hohenlohe, Therapia 1897 Juli 14, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 194.

[1819] Saurma an Hohenlohe, Therapia 1897 September 30, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 258.

Der deutsche Botschafter Saurma hatte wenig Mitleid mit ihm und drückte gegenüber seinen Vorgesetzten in Berlin offen seine Freude über den Abgang des unbequemen russischen Kollegen aus.[1820]

Der deutsche Botschafter ahnte offenbar noch nicht, dass im November 1897 auch er nach Rom versetzt werden würde, wo Nelidov bereits wieder auf ihn wartete.[1821] Saurma musste seinen Posten in Konstantinopel räumen, damit dieser mit dem ehemaligen Staatssekretär Marschall besetzt werden konnte, der seinen Platz im Berliner Auswärtigen Amt wiederum für Bülow frei machen musste. Dies war wohl als Aufwertung der deutschen Botschaft in Konstantinopel gedacht und sollte ein sichtbares Zeichen des erhöhten wirtschaftspolitischen Engagements Deutschlands im Osmanischen Reich sein. Gleichzeitig war diese Neubesetzung Teil einer Umgestaltung des gesamten außenpolitischen Apparats des Deutschen Reichs zur Stärkung des „persönlichen Regiments“ Kaiser Wilhelms II.[1822]

Auch die Tage der übrigen Botschafter der Großmächte in Konstantinopel waren gezählt. Am 27. April 1898 wurde der britische Botschafter Currie ebenfalls zu seinen alten Kollegen Saurma und Nelidov nach Rom versetzt.[1823] Wenige Tage später wurde die Abberufung des französischen Botschafters Cambon bekannt.[1824] Cambon verließ Konstantinopel am 15. November 1898, um neuer französischer Botschafter in London zu werden. Er nahm dort später eine Schlüsselrolle bei der Ausweitung des französisch-russischen Bündnisses zur „Triple Entente“ mit Großbritannien ein.[1825] Auch der italienische Botschafter Pansa wurde nach London versetzt.[1826] Damit blieb von dem ehemals so erfolgreichen diplomatischen „Team“ in Konstantinopel nur der Doyen, Calice, übrig. Dieser lieferte sich fortan einen stetig eskalierenden Streit mit Marschall um die Rangfolge im örtlichen diplomatischen Korps, bis er 1906 im Alter von 75 Jahren pensioniert wurde.[1827]

Die Botschaften der Großmächte in Konstantinopel waren über viele Jahre mit den selben, alt erfahrenen Diplomaten besetzt gewesen, die einander durch langjährige Zusammenarbeit und Zusammenleben am selben Ort, sowie durch ein gemeinsames Selbstverständ-

---

[1820] Saurma an Hohenlohe, Therapia 1897 Juli 14, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 194; Saurma an Hohenlohe, Therapia 1897 September 30, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 258.
[1821] Marschall an Bülow, Konstantinopel 1897 Dezember 3, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 125, R12304 privat; Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Rom 1898 März 2, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 39.
[1822] Clay – Müller, König, 247f.; Brechtken, Scharnierzeit, 322–330.
[1823] Telegramm Marschalls an Auswärtiges Amt, Pera 1898 April 27, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 197.
[1824] Telegramm Saurmas an Hohenlohe, Rom 1898 Mai 6, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 85.
[1825] Schlözer an Hohenlohe, Pera 1898 November 15, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 226; vgl. Eintrag „Cambon, Pierre Paul“ in der Encyclopedia Britannica, Bd. 5, Cambridge [11]1910, 85.
[1826] Telegramm Saurmas an Auswärtiges Amt, Rom 1898 März 2, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 39.
[1827] Vgl. Sutter, Machtteilung 291–294; Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 60f.

nis als kollektive Vertretung „Europas“ im Osmanischen Reich verbunden gewesen waren. Dass zwischen September 1897 und November 1898 bis auf eine einzige Ausnahme alle Botschaftsposten neu besetzt wurden, musste auf Kosten der Fähigkeit zu rascher, geübter Zusammenarbeit gehen.

Im Fall des neuen deutschen Botschafters ist es darüber hinaus offensichtlich, dass sich auch die persönlichen und charakterlichen Voraussetzungen für eine gute Zusammenarbeit zwischen den diplomatischen Vertretern der Großmächte verschlechterten. Der ehemalige Staatssekretär Marschall galt bei seinen neuen Kollegen in Konstantinopel nicht nur wegen seines persönlichen Auftretens als „energisch und selbstbewußt bis zur Schroffheit und Überhebung“.[1828] Als ehemaliger Staatssekretär war Marschall auch ein besonders überzeugter Vertreter der politischen Linie Kaiser Wilhelms II., dessen Geringschätzung multilateraler Kompromisse und internationaler Kollektivorgane er ausdrücklich teilte. Schon in seinem Ankunftsbericht aus Konstantinopel vom 2. Dezember 1897 kündigte er dem Auswärtigen Amt großspurig an, er werde mit den „Herren“ Kollegen schon „fertig werden“.[1829] Nach nicht einmal einem Monat in Konstantinopel charakterisierte er sie am 25. Dezember allesamt mit Adjektiven wie „griechenfreundlich“, „ängstlich“, „misstrauisch“ und „abgewirthschaftet“.[1830] Außerdem erklärte er, „daß nicht ein Einziger von uns in seinem Vorleben eine Thätigkeit zu verzeichnen hat, aus welcher er für die Pacificirung aufständischer Inseln eine Art Befähigungsnachweise ableiten könnte“.[1831] Dieses von Kaiser Wilhelm II. mit „sehr gut“ kommentierte Urteil Marschalls zielte darauf ab, den Expertenstatuts der Botschafter zu unterminieren und den Kaiser darin zu bestätigen, dass wichtige Entscheidungen und Verhandlungen künftig den Regierungen und Staatsoberhäuptern vorbehalten bleiben sollten.

Marschalls Einschätzung der „Nützlichkeit der Botschafterkonferenzen“ fiel ganz anders aus als etwa die entsprechenden Erklärungen des österreichisch-ungarischen Botschafters gegenüber seinem Außenminister. Calice hatte in seinen Berichten immer die Bedeutung der Botschafter für die Konsensfindung und Vermeidung von Konflikten zwischen den Großmächten hervorgehoben.[1832] Marschall sah die Botschafter als bloßes Symbol.

„Endlich übt die Nachricht von der Verhandlung der Botschafter auf die öffentliche Meinung in Europa dieselbe beruhigende Wirkung, wie auf den sollicitirenden Diplomaten die Worte des auswärtigen Ministers: ‚la question est à l’étude‘.- Man glaubt, daß etwas ge-

[1828] Steinitz – Giesl, Jahrzehnte, 58.
[1829] Marschall an Bülow, Konstantinopel 1897 Dezember 3, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 125, R12304 privat.
[1830] Marschall an Hohenlohe, Pera 1897 Dezember 25, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 323; abgedruckt in: GP XII/2, 441–446.
[1831] Marschall an Hohenlohe, Pera 1897 Dezember 25, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 323; abgedruckt in: GP XII/2, 441–446. Hervorhebung im Original.
[1832] Vgl. Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 13, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 36A.

schieht, und dieser Glauben hat, auch wenn er grundlos ist, in politischen und anderen Dingen seinen Werth und seine Bedeutung.“[1833]

Der unter dem Beifall des deutschen Kaisers Wilhelm II. vorgetragenen Meinung des neuen deutschen Botschafters in Konstantinopel zufolge lag also der einzige Wert der Botschafterkonferenzen darin, dass man durch sie öffentlich den Anschein erwecken konnte, es gäbe ein funktionierendes Konzert der Großmächte. Der unangemeldete Abzug des deutschen Kontingents von Kreta am 16. März 1898, aber auch der durch die Regierungen der übrigen Großmächte zugelassene Bruch des Konzerts in der kretischen Gouverneursfrage verdeutlichen, dass man selbst auf diesen bloßen Schein nur noch begrenzt Wert legte.

Zwischen 1895 und 1897 hatten die Großmächte und ihre Botschafter in Konstantinopel in der Frage der Armeniermassaker und in der Kretakrise zwar nicht immer die vielgepriesene „Einigkeit“ des europäischen Konzerts demonstriert. Sie hatten diese aber aus Angst vor einem Weltkrieg wenigstens als erstrebenswertes Ideal erachtet. Alle Regierungen waren vor Einzelaktionen zurückgeschreckt und hatten den teils erheblichen Zeitverlust in Kauf genommen, der mit der Aushandlung von Kollektivbeschlüssen unter Beteiligung aller Großmächte verbunden war. Im Frühjahr 1898 standen sich die Regierungen und Botschafter der Großmächte in der kretischen Gouverneursfrage dagegen in starren Bündnisfronten gegenüber, deren Verlauf genau den späteren Machtblöcken des Ersten Weltkriegs entsprach.

Die Entwicklung weg vom Ideal multilateraler „Einstimmigkeit“ *aller* Großmächte, hin zur bloßen Übereinstimmung *einiger* verbündeter Großmächte und später zur Taktik *einzelner* Großmächte, ihre Ziele und Ansichten in der internationalen Politik durch unilaterale Ultimaten zu verfolgen, war 1898 weder abgeschlossen noch vorherbestimmt. Dennoch war das Scheitern des Konzerts in seiner Verkörperung durch die Botschafterkonferenz von Konstantinopel an der Kretakrise ein wichtiger gedanklicher Schritt auf einem Weg, der zum endgültigen Ende des „Konzerts der Großmächte“ und in den Ersten Weltkrieg führte.

[1833] Marschall an Hohenlohe, Pera 1897 Dezember 25, PAA Berlin, Türkei 163, Bd. 5, R13843 Nr. 323; abgedruckt in: GP XII/2, 441–446.

V. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die vorliegende Dissertation dient dem Ziel, unter Heranziehung eines umfangreichen Quellenmaterials aus mehreren internationalen Archiven die Tätigkeits- und Funktionsweise der Botschafterkonferenz von Konstantinopel als internationales diplomatisches Kollektivorgan am Fallbeispiel der Kretakrise und der mit ihr zusammenhängenden Problemstellungen der internationalen Politik zwischen 1895 und 1898 in ihrem politischen, wirtschafts-, sozial- und kulturgeschichtlichen Kontext zu rekonstruieren und zu analysieren.

Entsprechend den Grundsätzen der Neuen Diplomatiegeschichte folgt diese Rekonstruktion und Analyse einer Reihe von Fragestellungen, die diesen Kontext, sowie die internationalen Normen und Ideen, an denen sich das Handeln der der Botschafterkonferenz angehörenden Diplomaten orientierte, sichtbar und erfassbar machen sollen. Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit der Botschafterkonferenz mit den ihr übergeordneten Regierungen der Großmächte, mit anderen staatlichen, nichtstaatlichen und internationalen Interessensvertretungen, aber auch mit den – freiwilligen oder unfreiwilligen – KlientInnen ihrer Vermittlungsaktionen? Wie sehr waren die Botschafter „Befehlsempfänger“ ihrer Regierungen und inwiefern konnten sie – als Gruppe oder als Einzelpersonen – aktiv die internationale Politik mitgestalten? Wurde der inoffizielle Charakter der Botschafterkonferenz als Problem empfunden und gab es Bestrebungen, sie als Kollektivorgan des Konzerts der Großmächte zu institutionalisieren? Fühlten sich die Mitglieder der Botschafterkonferenz als Angehörige einer Gruppe, handelten sie als Kollektivorgan und wurden sie von den ihnen übergeordneten Regierungen und in der öffentlichen Wahrnehmung durch Zeitungen und Zeitungskorrespondenten als solches behandelt? Wie sehr wurde die Arbeit der Botschafterkonferenz von den Normen und Ideen des als „europäisches Konzert“ bezeichneten Systems internationaler Beziehungen geprägt? Hatte die Arbeit der Botschafterkonferenz ihrerseits Einfluss auf die Gestaltung und Ausformung dieser Normen und Ideen? Inwiefern sind schließlich zeitgenössische Urteile über die Botschafterkonferenz, die von ihrer Bezeichnung als „bestes Mittel“ des Konzerts zur Koordination der internationalen Politik bis zu ihrer Bezeichnung als „Schande für uns Europäer“ reichen, gerechtfertigt?

Es ist sinnvoll, einer abschließenden Zusammenfassung der in Beantwortung dieser Fragen gesammelten Schlussfolgerungen eine Bilanz über die Erfolge und Misserfolge der Botschafterkonferenz zwischen 1895 und 1898 voranzustellen. Dies soll die von diesem Kol-

lektivorgan der Großmächte in der internationalen Politik eingenommene Rolle nochmals deutlich machen.

Es waren die Botschafter und nicht die Regierungen der Großmächte Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich-Ungarn und Russland, die im November 1895 einen Ausweg aus den gefährlichen Meinungsverschiedenheiten in der Frage fanden, ob man durch gemeinsame oder unilaterale Flottendemonstrationen vor Konstantinopel ein Zeichen gegen die von der osmanischen Regierung tolerierten Massaker an den ArmenierInnen setzen sollte. Die Botschafter handelten damals den Kompromiss aus, stattdessen lediglich die seit 1856 gemäß internationalen Verträgen zur Repräsentation der Großmächte an der Donaumündung und in Konstantinopel stationierten Kriegsschiffe – die sogenannten „Stationäre“ – innerhalb der Meerengen zwischen Mittelmeer und Schwarzem Meer zusammenzuziehen. So konnte das Bedürfnis der britischen und der österreichisch-ungarischen Regierung nach einer gemeinsamen, symbolischen Machtdemonstration gegenüber dem Osmanischen Reich befriedigt werden, ohne gegen das Bedürfnis der russischen Regierung nach Unverletzlichkeit der Meerengen zu verstoßen und ohne den Berliner Vertrag von 1878 zu brechen.

Am 23. Juni 1896 waren es abermals die Botschafter, denen in Eigeninitiative eine rasche Einigung auf ein „Vier-Punkte-Programm“ gelang, das allgemein als ausgewogen erachtete Zugeständnisse gegenüber den Forderungen der christlichen Aufständischen auf Kreta enthielt. Indem sie dieses Programm gegenüber der osmanischen Regierung durchsetzten, übten sie nicht nur die von ihnen beanspruchte Rolle als bevormundende „Kuratoren“ des Osmanischen Reichs aus, sondern verhinderten auch erfolgreich das Aufbrechen von Meinungsverschiedenheiten und Konflikten zwischen den Großmächten. Die in diesem Zusammenhang zur Schau gestellte Entschlossenheit und Einigkeit wirkten offenbar dermaßen überzeugend, dass die Botschafter die Annahme ihres Programms ganz ohne so genannte „Zwangsmaßnahmen“ oder sonstige Machtdemonstrationen des Konzerts erreichten, deren Zustandekommen eine Einigung zwischen ihren Regierungen erfordert hätte.

Am 22. Juli 1896 folgte eine gemeinsame Deklaration, in der die Botschafter ihre Regierungen ermahnten, Druck auf die griechische Regierung auszuüben, um ein Ende der griechischen Unterstützung der kretischen Aufständischen zu erreichen. Diese Deklaration dokumentiert besonders deutlich das selbstbewusste Auftreten der Botschafter gegenüber ihren jeweiligen Außenministern und die Bereitschaft der Botschafterkonferenz, weit über eine blo-

ße Repräsentation der Regierungen der Großmächte in der Hauptstadt des Osmanischen Reichs hinauszugehen.[1834]

Die Entwicklung der Botschafterkonferenz zu einer selbstständigen Akteurin, welche die gemeinsame politische Linie des Konzerts der Großmächte in der Kretakrise mitbestimmen, ja sogar vorgeben konnte, gipfelte in dem Reformprogramm für Kreta, das die Botschafter zwischen 18. Juli und 9. August 1896 völlig ohne offiziellen Auftrag ihrer Regierungen aushandelten. Erneut gelang es ihnen, den Kollektivvorschlag sowohl gegenüber den Entscheidungsträgern des Osmanischen Reichs, als auch gegenüber den Konfliktparteien auf Kreta durchzusetzen, ohne auf militärische Machtdemonstrationen zurückzugreifen, die einen gemeinsamen Beschluss ihrer Regierungen vorausgesetzt hätten.[1835] Die Zustimmung der Konfliktparteien zum Vermittlungsvorschlag beruhte stattdessen darauf, dass sie an den Verhandlungen diesmal wenigstens indirekt beteiligt worden waren. Die Botschafter hatten dem Anspruch des Konzerts, als internationales „Schiedsgericht" aufzutreten, größere Legitimität verschafft, indem sie ihr Reformprogramm auf der Grundlage schriftlicher Forderungskataloge gewählter Repräsentanten der christlichen und muslimischen Bevölkerungsgruppen Kretas entwickelt hatten.

Die Botschafter vertraten ihr Programm auch gegenüber ihren jeweiligen Regierungen gemeinsam, als internationales Kollektivorgan. Neben diesem selbstbewussten, gemeinsamen Auftreten war es aber wohl auch die entschlossene Unterstützung der Botschafterkonferenz durch den französischen Außenminister Hanotaux, die es verhinderte, dass den Botschaftern die Verantwortung für die kretischen Reformen entzogen wurde, wie dies etwa der österreichisch-ungarische Außenminister Gołuchowski befürwortete. Die Regierungen der Großmächte waren überhaupt mehrheitlich froh, durch die Initiative der Botschafter vor längeren und potentiell gefährlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Konzerts bewahrt worden zu sein.

Diese scheinbar erfolgreiche Vermittlung einer Lösung der Kretakrise brachte der Botschafterkonferenz im Herbst 1896 einen ungeheuren Prestigegewinn. Die plötzliche Prominenz und intensive Wahrnehmung der Botschafter in der Medienöffentlichkeit ging einher mit der Idee, dass die Botschafterkonferenz bei Streitfragen im gemeinsamen Umgang des Konzerts mit Krisen im Osmanischen Reich Einigungen erzielen könne, zu denen die Regierungen

[1834] Telegramm Calices an Gołuchowski, Buyukdere 1896 Juli 22, HHStA Wien, PA XII/278 Nr. 102; Auszug abgedruckt in Verosta, Kollektivaktionen, 46f. Vgl. Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 Juli 22-23, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 293.

[1835] Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 27, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 38A; Herbert an Salisbury, Konstantinopel 1896 August 29, TNA PRO London, FO78/4713 Nr. 684A; Telegramm Pinters an Gołuchowski, Canea 1896 September 4 HHStA Wien, PA XII/280.

in direkten Verhandlungen auf telegrafischem Weg nicht in der Lage waren. Diese gesteigerten Erwartungen markierten allerdings gleichzeitig das Ende der seit 1895 andauernden Serie von Verhandlungserfolgen der Botschafter.

Im November 1896 wurde den Botschaftern der Großmächte in Konstantinopel auf Anregung des britischen Premierminister Lord Salisbury der Auftrag erteilt, ein großes „Reformoperat“ für das Osmanische Reich auszuarbeiten. Dieses Reformprogramm verfolgte die widersprüchlichen Ziele, das Osmanische Reich dauerhaft stabilisieren, eine kollektive Hegemonie des europäischen Konzerts zu institutionalisieren, aber gleichzeitig auch die Einzelinteressen der verschiedenen Großmächte, sowie die wirtschaftspolitischen Bedürfnisse der an der osmanischen Staatsschuld beteiligten Banken und InvestorInnengruppen zu befriedigen. Das ohnehin komplexe „Mehrfachmandat“ der Botschafter, die einerseits die Politik ihrer jeweiligen Regierungen, andererseits als Gruppe das europäische Konzert im Osmanischen Reich vertreten sollten, wurde so auf die Spitze getrieben. Es ist wohl kein Zufall, dass unter der ungeheuren Belastung des Versuchs, so widersprüchliche Interessen und Zielsetzungen zu vereinbaren, auch persönliche Gegensätze und Rivalitäten zwischen den Botschaftern besonders deutlich wurden.

Das von den Botschaftern am 8. Februar 1897 übermittelte Reformoperat enthielt schließlich zahlreiche innere Widersprüche. Es sah die Einrichtung eines internationalen Kondominiums der Großmächte über das Osmanische Reich unter Leitung der Botschafterkonferenz vor, das aber keinesfalls als „Kondominium“ bezeichnet oder wahrgenommen werden sollte. Gleichzeitig sollte dieses inoffizielle Kondominium nach Vorstellung der Botschafter die Erfüllung der Wünsche innerosmanischer Oppositionsgruppen darstellen, die die Herrschaft Sultan Abdülhamits II. als Autokratie empfanden und ablehnten. Tatsächlich hätten diese Oppositionsgruppen aber eine freiwillige Aufgabe der Souveränität des Osmanischen Reichs womöglich ebenso wenig akzeptiert wie der Sultan selbst.[1836] Weit davon entfernt, einen Konsens zwischen den einander misstrauenden Regierungen der Großmächte herzustellen, brachten die Vorschläge der Botschafterkonferenz deren unterschwellige Rivalitäten beinahe zum offenen Ausbruch. Die Gefährlichkeit der durch persönliche Karriereambitionen motivierten Versuche des russischen Botschafters Nelidov, den Vorschlag der Botschafter als Katalysator für eine russische Präventivbesetzung der Meerengen zu nutzen, ist anhand der Quellen deutlich nachweisbar. Nicht die Botschafterkonferenz von Konstantinopel, son-

[1836] Die Botschafter wollten die internationale Überwachung des Osmanischen Reich explizit auf der Unterstützung durch die Oppositionsgruppen aufbauen, die ihnen einen „inneren Hebel“ auf die Politik des Osmanischen Reichs verschaffen sollte. Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 21, HHStA Wien, PAXII/167 Nr. 3A.

dern die innenpolitischen Machtverhältnisse des Russischen Reichs und das Abstimmungsverhalten in der Petersburger Geheimkonferenz vom 5. Dezember 1896 verhinderten den offenen Ausbruch eines – sonst womöglich militärisch ausgetragenen – Konflikts zwischen den um Einfluss im Osmanischen Reich rivalisierenden Großmächten.

Der gleichzeitig offensichtlich werdende Misserfolg bei der Umsetzung des kretischen Reformprogramms und der neuerliche Ausbruch des Aufstands auf Kreta verstärkten im Februar 1897 den Eindruck eines allgemeinen Scheiterns der Botschafterkonferenz an den ihr gestellten Aufgaben. Der damit verbundene Prestigeverlust der Botschafterkonferenz als Institution schränkte ihre Funktionsfähigkeit als Erzeugerin von politischem Konsens zwischen den Entscheidungsträgern der Großmächte, die stark auf dem Ansehen, dem inoffiziellen Einfluss und der guten Vernetzung der Botschafter beruhte, entscheidend ein. Auch die Konfliktparteien, zwischen denen vermittelt werden sollte, verhielten sich diesmal anders als im Vorjahr. Die griechische Regierung wurde durch den extremen innenpolitischen Druck, der durch den nationalistischen Geheimbund *Ethniki Etairia* erzeugt wurde, zuerst in eine militärische Intervention auf Kreta, dann in einen offenen Krieg gegen das Osmanische Reich gedrängt. Das zunehmend dysfunktionale Konzert der Großmächte, dessen Regierungen sich in monatelangen, fruchtlosen Verhandlungen verstrickten, konnte diese Entwicklung nicht aufhalten. Die Botschafterkonferenz von Konstantinopel verlor ihre Rolle als zentrale Koordinationsstelle der internationalen Vermittlungsaktion an die Regierungen der Großmächte, deren Verhandlungen auf telegrafischem Weg durch Umständlichkeit und gegenseitiges Misstrauen geprägt und verlangsamt wurden. Auf Kreta selbst fiel die Koordination der Kollektivintervention der Großmächte dem so genannten „Admiralsrat“ zu, der sich aus den diplomatisch und politisch ungeschulten Kommandanten der vor Kreta stationierten Kriegsschiffe zusammensetzte.

Als die Botschafter zwischen März und April 1897 doch noch einen gemeinsamen Versuch unternahmen, durch den Vorschlag eines überarbeiteten Reformprogramms für Kreta und die Nominierung des Prinzen Georgios von Griechenland zum Fürsten oder Gouverneur von Kreta die Initiative zurückzugewinnen, zeigten sich die seit 1896 veränderten Rahmenbedingungen der internationalen Politik sehr deutlich. Die Botschafter legten nicht mehr das selbe, einheitlich entschlossene Engagement an den Tag wie im Herbst 1896 und die Regierungen brachten ihnen nicht mehr das im Vorjahr mehrheitlich demonstrierte Vertrauen entgegen. Insbesondere der deutsche Kaiser Wilhelm II. und seine Regierung stellten sich offen ablehnend gegen das Modell einer von den Botschaftern koordinierten Konsenspolitik und legten sich stattdessen auf unverhandelbare Prinzipien fest. Gemeinsam mit der deutschen

Regierung stellte sich nun auch der österreichisch-ungarische Außenminister Gołuchowski entschlossener als im Vorjahr gegen die Botschafterkonferenz und entzog sich allen Beeinflussungs- und Manipulationsversuchen durch Botschafter Calice.

Diese neuen Rahmenbedingungen kamen auch während der von den Botschaftern vermittelten griechisch-osmanischen Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen, sowie während der letzten Verhandlungsrunden zur gemeinsamen Reorganisation des autonomen Kretischen Staats im Frühjahr 1898 zur Geltung. Sie schränkten den Verhandlungsspielraum, den die Botschafterkonferenz für ihre Arbeit benötigte, entscheidend ein. Initiativen zur Überbrückung der Widersprüche der immer prinzipieller vertretenen Positionen der Regierungen der Großmächte wurden seltener und gingen nicht mehr von der Botschafterkonferenz, sondern beispielsweise von einzelnen Monarchen aus, die persönliche Briefe an Sultan Abdülhamit II. oder an die Staatsoberhäupter anderer Großmächte verfassten.[1837] Unter diesen Bedingungen gelang es den Botschaftern nicht, einen für alle Verhandlungspartner akzeptablen Kompromisskandidaten für das Amt des Gouverneurs von Kreta auszuhandeln. Die sich abzeichnende Nominierung des von den Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns abgelehnten Prinzen Georgios von Griechenland für dieses Amt führte im März 1898 zum Bruch der kollektiven Zusammenarbeit aller Großmächte auf Kreta und zu einer offenbar langfristig wirksamen Diskreditierung des Prinzips selbstständig agierender, internationaler Kollektivorgane in der Diplomatie des europäischen Konzerts.

Auch wenn sie den politischen Kurs ihrer Regierungen immer weniger beeinflussen, geschweige denn vorgeben konnten, wurden die Botschafter für den Zerfall der gemeinsamen Intervention des Konzerts in der Kretakrise zur Verantwortung gezogen. Innerhalb weniger Monate wurden alle Botschafter bis auf Calice versetzt und das internationale Diplomatenteam, das in den Jahren 1895 und 1896 so erfolgreich zusammengearbeitet hatte, zerschlagen. Die Ernennung des die Botschafterkonferenz verachtenden ehemaligen Staatssekretärs Marschall zum neuen deutschen Botschafter in Konstantinopel war ein deutliches Zeichen dafür, dass insbesondere die deutsche Regierung an einer Fortsetzung der engen Zusammenarbeit zwischen den Botschaftern als inoffizielles Kollektivorgan des Konzerts nicht interessiert war. Gołuchowski und Kaiser Franz Joseph I., die eine multilaterale Zusammenarbeit des Konzerts vor allem aus bündnispolitischen Überlegungen befürwortet hatten, sahen in dieser keine trag-

[1837] Vgl. z.B. die Intervention Zar Nikolajs II. bei Sultan Abdülhamit II. und die vom russischen Botschafter vorgetragenen Warnungen, die im Mai 1897 das Osmanische Reich zur Einstellung seiner Militäroffensive gegen Griechenland veranlassten, nachdem gemeinsame Interventionen der Botschafter wegen der starren Weisungen der deutschen Regierung an Botschafter Saurma nicht zustande gekommen waren. Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 Mai 20, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 355; Dülffer, Kreta-Krise, 44f.; Moutafidou, Politik, 93–95; Şenişik, Transformation, 175.

fähige Alternative zur bilateralen Allianz mit dem Deutschen Reich. Sie schlossen sich daher dem deutschen Rückzug aus der gemeinsamen Vermittlungsaktion auf Kreta und der damit verbundenen Abkehr von der Botschafterkonferenz an. Botschafter Calice war allerdings aufgrund seiner Erfahrung und seiner Stellung als Doyen des diplomatischen Korps in Konstantinopel immer noch zu wertvoll, um ihn so wie die Botschafter der übrigen Großmächte auszutauschen.

Es lässt sich erkennen, dass die Fähigkeit der Botschafterkonferenz, erfolgreich zusammenzuarbeiten, gegenüber den Regierungen der Großmächte und den KlientInnen ihrer Vermittlungsaktionen als internationales Kollektivorgan aufzutreten und die internationale Politik aktiv mitzugestalten, von einer Reihe von Faktoren abhing. Die Botschafter konnten diese Rolle besonders gut erfüllen, wenn ihre Regierungen ihnen den nötigen Verhandlungsspielraum einräumten, wenn den Verhandlungen keine persönlichen, politischen oder wirtschaftlichen Sonderinteressen im Weg standen und wenn die Diplomaten in der Lage waren, kleinere Meinungsverschiedenheiten zwischen ihren Regierungen durch inoffizielle Einflussnahmen und Rückgriffe auf ihr persönliches Prestige im jeweils eigenen Außenministerium auszugleichen.

Um ihre gemeinsam erarbeiteten Programme und Beschlüsse umsetzen zu können, konnten die Botschafter durch direkte oder indirekte Einbeziehung der von ihrer Vermittlung betroffenen Konfliktparteien deren freiwillige Unterstützung gewinnen, wie es ihnen im Herbst 1896 im Fall ihres Reformprogramms für Kreta gelang. Wollten oder konnten sie diesen Weg nicht bestreiten, blieb ihnen nur die Alternative, mit gemeinsamer Unterstützung der Regierungen aller Großmächte eine glaubwürdige Drohkulisse aufzubauen, um eine Annahme ihrer „Vorschläge“ durch die KlientInnen ihrer Vermittlung zu erzwingen. Dies war bei kleineren, konkreten Problemstellungen wie der „Stationärsfrage“ im Jahr 1895 möglich. Im Falle des viel weiter gehenden, viele widersprüchliche Interessen berührenden gesamtosmanischen „Reformoperats“ von 1897 bestand diese Möglichkeit aber nicht. Interessanterweise entwickelte sich bei den Botschaftern in diesem Zusammenhang – speziell nach dem Neuausbruch der Kretakrise im Februar 1897 – die Erkenntnis, dass eine mit Zwang aufoktroyierte Vermittlung ohne ausreichende Berücksichtigung der Wünsche und Forderungen der Konfliktparteien, zwischen denen man vermitteln wollte, wenig erfolgversprechend war.[1838]

Das überzeugende Auftreten der Botschafterkonferenz als Kollektivorgan und ihre aktive Mitgestaltung der internationalen Politik wurden erschwert, wenn persönliche Ambiti-

[1838] Vgl. z.B. Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1897 März 11, HHStA Wien, PA XII/ 283 Nr. 10B.

onen einzelner Botschafter oder innenpolitische Faktoren im politischen Gefüge einzelner Großmächte zum Tragen kamen. Dies war etwa im Zuge der Nachfolgestreitigkeiten im russischen Außenministerium nach dem Tod Lobanovs am 30. August 1896 der Fall, der Botschafter Nelidov zu dem gefährlichen Versuch veranlasste, sich durch den „großen Coup“ einer russischen Präventivbesetzung der Meerengen zum russischen Außenminister aufzuschwingen. Auch der in den Jahren 1897 und 1898 besonders zur Geltung kommende Wunsch des deutschen Kaisers Wilhelm II., die deutsche Außenpolitik unter sein „persönliches Regiment“ zu stellen, sowie die von Lobbyisten gegenüber den Vertretern aller Großmächte artikulierten, wirtschaftspolitischen Sonderwünsche von Banken und InvestorInnengruppen gehörten zu den Faktoren, die eine Zusammenarbeit der Botschafterkonferenz erschwerten. Ähnliches gilt für die von den selbsternannten „Dirigenten“ des Konzerts, den Außenministern Gołuchowski, Hanotaux und Murav’ev, gestarteten Regierungsinitiativen, die oft parallel oder im offenen Widerspruch zu den Initiativen der Botschafterkonferenz, manchmal sogar ohne Wissen der jeweils eigenen Botschafter gestartet wurden. Wenn die Botschafter von ihren Regierungen angewiesen wurden, aktiv gegeneinander zu arbeiten und ihre jeweiligen Vermittlungsbestrebungen durch separate Vorsprachen bei Sultan Abdülhamit II. zu hintertreiben, wie dies in der letzten Phase der Suche nach einem Gouverneur für Kreta im Frühjahr 1898 geschah, wurde eine Zusammenarbeit endgültig unmöglich.

Der inoffizielle Charakter der Botschafterkonferenz als informelle Kollektivvertretung des europäischen Konzerts im Osmanischen Reich ohne vertraglich vereinbarte und schriftlich dokumentierte Geschäftsordnung, Pflichten, Rechte und Verantwortungsbereiche hatte sowohl Vor- als auch Nachteile für ihre Effizienz als zentrale Schaltstelle internationaler Vermittlungsaktionen. So führte die fehlende Definition ihrer Rolle in der internationalen Politik dazu, dass die Botschafterkonferenz besonders vom guten Willen und von der Unterstützung ihrer Initiativen durch die Regierungen der Großmächte abhängig war. Die ihr informell zugestandene Freiheit, autonom handeln und verhandeln zu können, konnte von den Regierungen jederzeit wieder entzogen werden. Immer wieder mussten die Botschafter die von ihnen beanspruchten Kompetenzen gegen andere Repräsentanten des Konzerts verteidigen. Die von den Botschaftern gemeinsam ausgehandelten Vorschläge gingen oft zwischen den parallel laufenden Verhandlungen der Regierungen der Großmächte, der Konsuln auf Kreta oder des Admiralsrats verloren, bevor sie als gemeinsamer Standpunkt des Konzerts ratifiziert und zur Grundlage von Verhandlungen mit der osmanischen oder griechischen Regierung werden konnten.

Andererseits ermöglichte gerade die fehlende Definition ihrer Rechte und Pflichten der Botschafterkonferenz, weitreichende Kompetenzen und eine relative Handlungsfreiheit gegenüber den Regierungen der Großmächte zu beanspruchen, die über die übliche Rolle von Botschaftern weit hinausgingen und die ihr in schriftlicher, bindender Form wohl kaum zugestanden worden wären. Der einzige Versuch, diese weitgehende Autonomie und das Selbstverständnis der Botschafter, als „Kuratoren der Türkei" eine Art internationales Kondominium über das Osmanische Reich auszuüben, zu verschriftlichen – das im Frühjahr 1897 vorgeschlagene „Reformoperat" – stieß auf heftige Ablehnung durch mehrere Regierungen und trug offenbar zur Entscheidung bei, den selbstbewussten Botschaftern fortan weniger Freiheiten zuzugestehen.

Auch die von einzelnen Botschaftern betriebene Überzeugungsarbeit bei ihren jeweiligen Regierungen, die für die aktive Mitgestaltung der internationalen Politik durch die Botschafterkonferenz so wichtig war, funktionierte vor allem über informelle Kanäle und Netzwerke, deren Effektivität vom relativen Prestige der jeweiligen Botschafter gegenüber ihren Außenministern abhängig war. Ein Blick auf entsprechende Initiativen des Doyens der Botschafterkonferenz, des österreichisch-ungarischen Botschafters Calice, macht dies deutlich.

Im November 1895 konnte Calice seinen Einfluss auf Außenminister Gołuchowski, der damals erst seit wenigen Monaten im Amt war und den erfahrenen Botschafter häufig um Rat fragte, geschickt zur Unterstützung der Botschafterinitiative zur Verdoppelung der Stationäre nutzen. Im August 1896 schreckte der Botschafter nicht davor zurück, die Bemühungen Gołuchowskis um eine Übertragung der kretischen Reformverhandlungen auf die Konsuln der Großmächte in Canea in Verbindung mit einer kollektiven Seeblockade Kretas mehr oder weniger offen zu hintertreiben. Er betrieb die selbstständige Arbeit der Botschafterkonferenz am kretischen Reformprogramm in einer dermaßen ungenierten Missachtung der politischen Linie seines Vorgesetzten, dass er seine Kollegen in offenes Erstaunen versetzte.[1839] Zwischen Dezember 1896 und Februar 1897 unternahm Calice, der sich zu diesem Zeitpunkt wenig bescheiden als „Wächter beim Thor, durch welches die orientalische Frage passiren soll" bezeichnete, ebenso selbstbewusst wie selbstständig eine Reihe diplomatischer Manöver und Intrigen zur Isolierung des russischen Botschafters Nelidov, die zu einer *seiner* Meinung nach für Österreich-Ungarn vorteilhaften Gestaltung des Reformoperats der Botschafter führen sollten.[1840] Die gute Vernetzung Calices am osmanischen Hof und seine genaue Kenntnis der inoffiziellen Machtstrukturen unter den Beratern Sultan Abdülhamits II. ermöglichten es ihm,

[1839] Vgl. Cambon an Hanotaux, Therapia 1896 August 6, abgedruckt in: DDF 12, Paris 1951, 716–718.
[1840] Zur zitierten Selbstbeschreibung Calices siehe Calice an Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Dezember 31, HHStA Wien, PAXII/166 privat.

durch inoffizielle Vorsprachen und subtile Andeutungen die Annahme von Vorschlägen der Botschafter durch die osmanische Regierung auch ohne formellen Druck zu erreichen. Die Abhängigkeit der Botschafterkonferenz von einer Einigung der Regierungen auf kollektive „Zwangsmaßnahmen“ konnte auf diesem Weg oft umgangen werden.[1841]

Der im April 1897 deutlich sichtbare Einflussverlust Calices bei Gołuchowski entsprach dem Einflussverlust der Botschafterkonferenz insgesamt. Obwohl er seit Anfang März bei Gołuchowski für das neue kretische Reformprogramm der Botschafter und für eine Ernennung des Prinzen Georgios zum kretischen Gouverneur geworben hatte, erwies sich die seinen Kollegen gegenüber gemachte Zusage, er werde seine Regierung zur Unterstützung der Initiative der Botschafter überreden können, als drastische Fehleinschätzung.[1842] Der inzwischen erfahrener und selbstbewusster gewordene Gołuchowski weigerte sich diesmal, sich durch das Verhandlungsergebnis der Botschafter vor vollendete Tatsachen stellen zu lassen. Calice musste seinen Kollegen gegenüber erklären, er „wünschte vorläufig nicht in Wien wieder auf unser Projekt zurückzukommen“.[1843] An der weiteren Verdrängung der Botschafterkonferenz aus den Entscheidungsprozessen des Konzerts konnte auch Calice nichts mehr ändern.

Die enge Verbindung der Funktionsweise der Botschafterkonferenz mit den Normen und Ideen des als „europäisches Konzert“ bezeichneten Systems internationaler Beziehungen ist offensichtlich. Dieselben nationalistischen und machtpolitischen Ideen und Vorstellungen, die den Gedanken eines einheitlich kooperierenden Konzerts als politisch wirksames Ideal im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert generell in Frage stellten, behinderten auch die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel bei der gemeinsamen Ausübung ihres komplexen „Mehrfachmandats“. Selbst diese durch viele Jahre der Zusammenarbeit und des gemeinsamen Lebens am selben Dienstort an einander gewöhnten Diplomaten waren oft nicht frei von einer gewissen Voreingenommenheit gegenüber ihren Kollegen, die sich am gegenseitigen Misstrauen und den Vorurteilen ihrer jeweiligen Regierungen orientierte. Das Eintreten eines oder mehrerer Kollegen für die Bewahrung der Souveränität und territorialen Integrität des Osmanischen Reichs konnte bei derart misstrauischer Betrachtung als „Beweis“ für heimliche

[1841] Vgl. Herbert an Salisbury, Therapia 1896 Juli 21, TNA PRO London, FO78/4711 Nr. 580; Telegramm Herberts an Salisbury, Therapia 1896 August 14, TNA PRO London, FO78/4724 Nr. 328; Calice an Gołuchowski, Buyukdere 1896 August 27, HHStA Wien, PA XII/279 Nr. 38A.
[1842] Zu dieser Ankündigung Calices siehe Telegramm Curries an Salisbury, Konstantinopel 1897 April 6, TNA PRO London, FO78/4813 Nr. 201.
[1843] Saurma an Hohenlohe, Pera 1897 April 7, PAA Berlin, Türkei 94, Bd. 72, R12248 Nr. 95.

Sonderabsprachen und Aufteilungspläne gewertet, betonte Zurückhaltung dagegen als passiv abwartendes „Lauern“ interpretiert werden.

Die heute als „Orientalismus“, „Kolonialismus“ oder „Imperialismus“ bezeichneten Ideenkomplexe bildeten im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert nicht nur eine gewisse ideologische Grundlage des europäischen Konzerts an sich, sie konstituierten auch einen gemeinsamen „*esprit de corps*“ der Botschafterkonferenz. Die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel waren ihren Aussagen und Stellungnahmen zufolge einhellig überzeugt von einer Überlegenheit des „abendländischen Europas“ gegenüber dem „Orient“. Sie gingen außerdem von einem geradezu selbstverständlichen Recht des Konzerts der Großmächte aus, als „Direktorium“ der internationalen Politik weltweit gültige Weisungen zu erteilen.

Teilweise wirkten sich diese Überzeugungen positiv auf die Funktionsfähigkeit der Botschafterkonferenz aus. Das Gefühl, als überlegene „Europäer“ und hochrangige Repräsentanten des Konzerts der Großmächte vom „Orient“ umgeben zu sein, ließ die Botschafter als Gruppe enger zusammenrücken. Von ihrer eigenen „Überlegenheit“ überzeugt, traten sie gegenüber den freiwilligen und unfreiwilligen KlientInnen ihrer Vermittlungsaktionen mit einem Selbstbewusstsein und einer Arroganz auf, die ihren gemeinsamen Forderungen Nachdruck verleihen und die oft fragwürdige Bereitschaft der Regierungen verdecken konnte, eventuelle Drohungen mit kollektiven „Zwangsmaßnahmen“ tatsächlich umzusetzen. Die Gewöhnung an ihren eigenen hohen Status trug in Verbindung mit dem durch lange, erfolgreiche Diplomatenkarrieren gefestigten Selbstbewusstsein und dem durch langes Verweilen am selben Dienstort gewonnenen Gefühl, Experten vor Ort zu sein, auch zur Fähigkeit der Botschafter bei, ihre gemeinsamen Beschlüsse gegenüber ihren jeweiligen Regierungen durchzusetzen. Der Gedanke, gewissermaßen eine kollektive „Inkarnation“ des europäischen Konzerts zu sein, gab den Botschaftern offenbar das Gefühl, auch zu selbstständigen Kollektivinitiativen ohne Regierungsweisungen befugt zu sein. Wenigstens Botschafter Calice ermutigte die Überzeugung, Zusammenhänge als Experte vor Ort besser erfassen zu können als sein vergleichsweise junger Außenminister in Wien, gelegentlich sogar zur offenen oder verdeckten Missachtung erhaltener Weisungen.

Die gemeinsame Überzeugung der Botschafter, als Kollektivorgan die bevollmächtigten Vertreter eines zu Recht die Welt beherrschenden „Europas“ zu sein, wirkte sich ansonsten vor allem negativ auf ihre Fähigkeit zu effektiver Konfliktvermittlung aus. So neigten die Botschafter ebenso wie die Regierungen und die übrigen offiziellen und inoffiziellen Kollektivorgane des Konzerts dazu, die Wünsche und Ansichten der KlientInnen ihrer Vermittlungsaktionen meist zu wenig berücksichtigen, diese an Verhandlungen nicht zu beteiligten, und

auf jede „Auflehnung“ gegen den „Willen Europas“ mit großspuriger, aber wenig konstruktiver Empörung zu reagierten.

Der feste Glaube an die eigene „Überlegenheit“ erzeugte außerdem eine bedenkliche Resistenz gegen Selbstkritik. So wurde etwa die gescheiterte Umsetzung des kretischen Reformprogramms zwischen September 1896 und Februar 1897 ausschließlich auf die „Unfähigkeit“ des Vali Berovich Paşa, die „Reformunwilligkeit“ der osmanischen Behörden und die „Wühlereien“ griechischer Agitatoren geschoben. Die monatelangen Verzögerung der Reformen durch die Bemühungen der rivalisierenden Großmächte, ihren jeweils eigenen wirtschaftspolitischen Einfluss auf Kreta auszubauen und der Kampf verschiedener Banken und InvestorInnengruppen um die Kontrolle über die kretische Wirtschaft wurden durch diese selektive Wahrnehmung als Ursachen des Misserfolgs ausgeblendet.

Durch die Verdrängung des griechischen und osmanischen Einflusses auf Kreta nach dem Ende des Griechisch-Osmanischen Kriegs von 1897 nahmen sich die Politiker und Diplomaten der Großmächte diese Möglichkeit, weitere Misserfolge mit „griechischen Wühlereien“ oder „osmanische Reformunwilligkeit“ zu erklären. Als das Konzert dennoch an der konkreten Aufgabe, einen gemeinsamen Kandidaten zum Gouverneur von Kreta zu ernennen, scheiterte, schoben die Regierungen der Großmächte die Schuld und die „Schande für uns Europäer“ stattdessen auf angebliche Intrigen ihrer jeweiligen Rivalen, vor allem aber auf die Botschafterkonferenz von Konstantinopel. Die hohen Erwartungen, die besonders nach der scheinbar erfolgreichen Bewältigung der Kretakrise im Herbst 1896 in die Botschafterkonferenz gesetzt und durch das ambitionierte Auftreten der selbsternannten „Kuratoren“ des Osmanischen Reichs bestärkt wurden, waren somit ein wesentlicher Faktor für die 1898 erfolgte Diskreditierung der Botschafterkonferenz und des Prinzips diplomatischer Kollektivorgane an sich. Die Botschafterkonferenz war somit Opfer und Akteurin zugleich einer Veränderung der Regeln und Normen des als „europäisches Konzert“ bezeichneten Systems internationaler Politik.

War die Botschafterkonferenz mit ihrem Engagement in der Kretakrise also tatsächlich eine „Schande“ für das durch sie vertretene Konzert der Großmächte, wie der deutsche Kaiser Wilhelm II. am 7. April 1897 urteilte?[1844] Oder war sie dennoch das „beste Mittel“, das die

[1844] Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. zum Bericht Münsters an Hohenlohe, Paris 1897 April 7 Nr. 80, abgedruckt in: GP XII/1, 269–271.

Großmächte zur Vermeidung eines Weltkrieges und zur Sicherung ihrer gemeinsamen Interessen im Osmanischen Reich besaßen, wie Lord Salisbury am 20. Oktober 1896 meinte?[1845]

Die Botschafterkonferenz von Konstantinopel war in ihrem Selbstverständnis, in ihren Stärken und in ihren Schwächen nicht mehr und nicht weniger als ein Teil des durch die Idee vom „Konzert der Großmächte" umschriebenen Systems internationaler Politik. Sie teilte viele ihrer Schwächen mit den Regierungen, Konsuln und sonstigen Vertretern der Großmächte auf allen diplomatischen Ebenen. Ihr Engagement während der Kretakrise zwischen 1895 und 1898 weist aber trotz ihres Scheiterns und trotz ihres problematischen Charakters als exklusives „Direktorium" im Namen selbsternannter Großmächte Ansätze zu einer internationalen Zusammenarbeit abseits der Methoden einzelstaatlicher Machtpolitik auf. Zwischen 1896 und 1897 wandten sich die Botschafter sogar einer beschränkten, pragmatisch motivierten Einbeziehung der Wünsche und Hoffnungen der von ihrer Vermittlung betroffenen Konfliktparteien zu. Ein stärkeres Bekenntnis zum Prinzip internationaler Kollektivorgane und die Entwicklung von nach dem Vorbild der Botschafterkonferenz aufgebauten Foren zum einvernehmlichen Ausgleich von Interessensgegensätzen in der internationalen Politik hätte für die Entscheidungsträger der Großmächte vielleicht doch eine Alternative zur Strategie der Bündnisblöcke, des Wettrüstens und der unilateralen Ultimaten bilden können, die letztlich in den Ersten Weltkrieg führten.

[1845] Telegramm Salisburys an die Außenministerien von Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn und Russland, London 1896 Oktober 20, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin (PAA Berlin), Orientalia Generalis 5, Bd. 28, R14435; auszugsweise abgedruckt in: DDF 13, 2–4.

Bibliographie.

Literatur.

Holger Afflerbach, Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 92, Wien/ Köln/ Weimar 2002.

Rudolf Agstner, Der Palazzo di Venezia in Konstantinopel als k.k. Internuntiatur und k.u.k. Botschaft bei der Hohen Pforte 1799–1918 und das Palais in Yeniköy als Sommersitz der k.u.k. Botschaft 1899–1918, in: Rudolf Agstner – Elmar Samsinger (Hgg.), Österreich in Istanbul. K. (u.) K. Präsenz im Osmanischen Reich, Forschungen zur Geschichte des österreichischen Auswärtigen Dienstes 1, Wien/Berlin 2010, 19–108.

David Barchard, The Fearless and Self-reliant Servant. The Life and Times of Sir Alfred Biliotti (1833–1915), an Italian Levantine in British Service, in: Studi Micenei ed Egeo-Anatolici 48, Rom 2006, 5–53.

Peter Bartl, Die katholische Kirche im Mittelalter und unter osmanischer Herrschaft, in: Oliver Jens Schmitt (Hg.), Religion und Kultur im albanischsprachigen Südosteuropa, Pro Oriente 4, Frankfurt a.M. 2010, 53–68.

Murat Birdal, The Political Economy of Ottoman Public Debt, The Library of Ottoman Studies 18, New York 2010.

Christopher Bishop, New Age Diplomacy, in: Foreign Policy 125, Washington DC 2001, 96.

Donald Bloxham, The Great Game of Genocide, Oxford/New York 2005.

Magnus Brechtken, Scharnierzeit 1895–1907. Persönlichkeitsnetze und Internationale Politik in den Deutsch–Britisch–Amerikanischen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg, Mainz 2006.

Francis Roy Bridge, From Sadowa to Sarajewo. The Foreign Policy of Austria-Hungary 1866–1914, London/Boston 1972.

Francis Roy Bridge, Österreich-Ungarn unter den Großmächten, in: Adam Wandruszka – Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie im System Internationaler Beziehungen, Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VI/1, Wien 1989, 196–373.

Catrine Clay – Michael Müller (Übers.), König – Kaiser – Zar. Drei königliche Cousins, die die Welt in den Krieg trieben, München 2008.

Richard Clogg, The Byzantine Legacy in the Modern Greek World. The Megali Idea, in: Lowell Clucas (Hg.), The Byzantine Legacy in Eastern Europe, Eastern European Monographs 230, New York 1988, 253–281.

Richard Clogg, The Rediscovery of Antiquity in the Greek World 1770–1821, in: Evangelos Konstantinou (Hg.), Die Rezeption der Antike und der europäische Philhellenismus, Philhellenische Studien 7, Frankfurt 1998.

Philip Cottrell, A Survey of European Investment in Turkey 1854–1914. Banks and the Finance of the State and Railway Construction, in: Philip Cottrell – Monika Pohle Fraser – Iain Fraser (Hgg.), East Meets West. Banking, Commerce and Investment in the Ottoman Empire, Burlington 2008, 59–95.

Johann Dimakis, Der politische Philhellenismus und Antiphilhellenismus während der Griechischen Revolution in der französischen und deutschen Presse, in: Evangelos Konstantinou (Hg.), Europäischer Philhellenismus. Die europäische Philhellenische Presse bis zur 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts, Philhellenische Studien 3, Frankfurt/ Wien 1994, 41–54.

Jost Dülffer, Die Kreta-Krise und der griechisch–türkische Krieg 1890–1898, in: Jost Dülffer – Hans Otto Mühleisen – Vera Torunsky (Hgg.), Inseln als Brennpunkte internationaler Politik. Konfliktbewältigung im Wandel des internationalen Systems 1890–1984. Kreta, Korfu, Zypern, Bibliothek Wissenschaft und Politik 35, Köln 1986, 13–59.

Petronilla Ehrenpreis, Die „reichsweite“ Presse in der Habsburgermonarchie, in: Helmut Rumpler – Peter Urbanitsch (Hgg.), Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft – Die Presse als Faktor der Politischen Mobilisierung, Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VIII/2, Wien 2006, 1715–1818.

Dritan Egro, Islam in the Albanian Lands (XVth–XVIIth Century), in: Oliver Jens Schmitt (Hg.), Religion und Kultur im albanischsprachigen Südosteuropa, Pro Oriente 4, Frankfurt a.M. 2010, 13–52.

Robert Eisner, Travelers to an Antique Land. The History and Literature of Travel in Greece, Ann Arbor 1991.

Mehmed Ekinci, The Origins of the 1897 Ottoman–Greek War, Dipl.-Arb. Ankara 2006.

Friedrich Engel–Janosi, Geschichte auf dem Ballhausplatz, Graz 1963.

Suraiya Faroqhi, The Ottoman Empire and the World around it, The Library of Ottoman Studies 7, New York 2006.

Edgar Feuchtwanger – Ansger Popp (Übers.), Englands deutsches Königshaus – von Coburg nach Windsor, Berlin 2010.

Isaiah Friedman, Theodor Herzl – Political Activities and Achievements, in: Israel Studies 9/3, Bloomington 2004, 46–79.

Rainer Fritz, Die Armenische Frage im europäischen Kontext, Dipl.-Arb. Wien 2006.

Heinz Alfred Gemeinhardt, Deutsche und Österreichische Pressepolitik während der Bosnischen Krise 1908/09, Historische Studien 437, Husum 1980.

Necla Geyikdağı, Foreign Investment in the Ottoman Empire. International Trade and Relations 1854–1914, London/ New York 2011.

Konstantinos Giakoumis, The Orthodox Church in Albania under Ottoman Rule (15th–19th Century), in: Oliver Jens Schmitt (Hg.), Religion und Kultur im albanischsprachigen Südosteuropa, Pro Oriente 4, Frankfurt a.M. 2010, 69–110.

Karen Gram-Skjoldager, Bringing the Diplomat back in Elements of a New Historical Research Agenda, EUI Working Papers, Fiesole 2011.

John Ashley Soames Grenville, Gołuchowski, Salisbury and the Mediterranean Agreements 1895–1897, in: Slavonic and East European Review 36/87, London 1958, 340–369.

John Ashley Soames Grenville, Lord Salisbury and Foreign Policy. The Close of the 19th Century, University of London Historical Studies 14, London 1964.

Peter Grupp – Maria Keipert (Hgg.), Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945, Bd. 1, Paderborn – München – Wien – Zürich 2000.

Richard C. Hall, The Balkan Wars 1912–1913. Prelude to the First World War, London 2000.

Joan Haslip, The Sultan – The Life of Abdul Hamid, London 1958.

Elfriede Hecht, Graf Gołuchowski als Außenminister von 1895 – 1900, Phil.Diss. Wien 1951.

Gunnar Hering, Der griechische Unabhängigkeitskrieg und der Philhellenismus, in: Alfred Noe (Hg.), Der Philhellenismus in der westeuropäischen Literatur 1780–1830, Amsterdam 1994, 17–72.

Friedrich Heyer, Das philhellenische Argument. „Europa verdankt den Griechen seine Kultur, also ist jetzt Solidarität mit den Griechen Dankesschuld.“, in: Evangelos Konstantinou (Hg.), Die Rezeption der Antike und der europäische Philhellenismus, Philhellenische Studien 7, Frankfurt 1998, 79–91.

Tessa Hoffmann, Annäherung an Armenien – Geschichte und Gegenwart, München 1997.

Edgar Hösch – Karl Nehring – Holm Sundhaussen, Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, Wien/ Köln/ Weimar 2004.

Leopold Kammerhofer, Diplomatie und Pressepolitik 1848–1918, in: Adam Wandruszka – Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie im System Internationaler Beziehungen, Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VI/1, Wien 1989, 459–495.

Paul Kennedy, The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict From 1500 to 2000, New York 1989.

Wilfried Loth, Einleitung, in: Wilfried Loth – Jürgen Osterhammel (Hgg.), Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten, Studien zur Internationalen Geschichte 10, München 2000, VII–XIV.

Konstantin Loulos, Die deutsche Griechenlandpolitik von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a.M. 1986.

Heinz-Dietrich Löwe, Alexander III., in: Hans-Joachim Torke (Hg.), Die Russischen Zaren 1547–1917, Beck'sche Reihe, München ³2005, 339–353.

Heinz-Dietrich Löwe, Nikolaus II., in: Hans-Joachim Torke (Hg.), Die Russischen Zaren 1547–1917, Beck'sche Reihe, München ³2005, 354–375.

Lilly Macrakis, Venizelos' Early Life and Political Career in Crete 1864–1910, in: Paschalis Kitromilides (Hg.), Eleftherios Venizelos. The Trials of Statesmanship, Edinburgh ²2008, 37–86.

Neville J Mandel, Ottoman Policy and Restrictions on Jewish Settlement in Palestine 1881–1908, in: Middle Eastern Studies 10/3, London 1974, 312–332.

William Norton Medlicott, Bismarck, Gladstone and the Concert of Europe, University of London Historical Studies IV, London 1956.

Ariadni Moutafidou, Die Politik Österreich-Ungarns gegenüber dem osmanisch-griechischen Krieg von 1897. Beitrag zur Konflikt und Allianzforschung vor dem Ersten Weltkrieg, Studien zur Geschichtsforschung der Neuzeit 31, Hamburg 2003.

Keith Neilson, Britain and the last Tsar. British Policy and Russia 1894–1917, Oxford 1995.

Norman Naimark, Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in 20th Century Europe, Cambridge/London 2001.

Artem Ohandjanian, Armenien. Der verschwiegene Völkermord, Wien/Köln/Graz 1989.

Alan Palmer – Jürgen Abel (Übers.), Glanz und Niedergang der Diplomatie – Die Geheimpolitik der europäischen Kanzleien vom Wiener Kongreß bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, Düsseldorf 1986.

Şevket Pamuk, Appendix: Money in the Ottoman Empire 1326–1914, in: Halil İnalcık – Donald Quataert (Hgg.), An Economic and Social history of the Ottoman Empire 1300 – 1914, Cambridge 1994, 947–986.

Irmgard Pangerl, Die Kreta-Mission der k.u.k. Kriegsmarine, Dipl.-Arb. Wien 2008.

Charidimos Papadakis, Halikoutes, the Africans of Crete, in: *Kriti. Official Publication of the Pancretan Association of America*, Brooklyn 2008 Mai, 20.

Irmgard Pangerl, Die Kreta-Mission der k.u.k. Kriegsmarine, Dipl.-Arb. Wien 2008.

Isabel Friederike Pantenburg-Lankheit, Alternativen zum Zweibund? Probleme Österreichisch-Ungarischer Bündnispolitik 1897–1908, Phil.Diss. Bonn 1993.

Sophie Pataky (Hg.), Lexikon deutscher Frauen der Feder, Bd. 2, Berlin 1898.

Andreas Patera, Die örtliche, bauliche und räumliche Situation der österreichischen Postämter in Konstantinopel, in: Rudolf Agstner – Elmar Samsinger (Hgg.), Österreich in Istanbul. K. (u.) K. Präsenz im Osmanischen Reich, Forschungen zur Geschichte des österreichischen Auswärtigen Dienstes 1, Wien/Berlin 2010, 229–258.

Kurt Paupié, Handbuch der Österreichischen Pressegeschichte, Bd. 1, Wien 1960.

Margit Pernau, Transnationale Geschichte, Göttingen 2011.

Wolfram Pyta – Philipp Menger (Hgg.), Das europäische Mächtekonzert. Friedens- und Sicherheitspolitik vom Wiener Kongreß 1815 bis zum Krimkrieg 1853, Stuttgarter Historische Forschungen 9, Köln/ Weimar/ Wien 2009, 1–24.

Donald Quataert, Part IV. The Age of Reforms 1812–1914, in: Halil İnalcık – Donald Quataert (Hgg.), An Economic and Social history of the Ottoman Empire 1300 – 1914, Cambridge 1994, 759–946.

Andreas Rathberger, Der Blick auf den Balkan. Klischees, Ängste und Wunschvorstellungen über den Balkan in der Öffentlichkeit der Habsburgermonarchie 1848–1914, Dipl.-Arb. Wien 2007.

Andreas Rathberger, Balkanbilder. Vorstellungen und Klischees über den Balkan in der Habsburgermonarchie im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Wien 2009, http://www.kakanien.ac.at/beitr/fallstudie/ARathberger1/, 2011 März 2.

Walter Rauscher, Zwischen Berlin und St. Petersburg. Die österreichisch-ungarische Außenpolitik unter Gustav Graf Kálnoky 1881–1895, Wien/ Köln/ Weimar 1993.

James J. Reid, Crisis of the Ottoman Empire. Prelude to Collapse 1839–1878, Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 57, Stuttgart 2000.

Davide Rodogno, Against Massacre. Humanitarian Interventions in the Ottoman Empire 1815–1914, Princeton 2012.

Franz Rottensteiner, Das Literarische Bureau. Pressepolitik, Organisation und Wirksamkeit 1877–1918, Phil.Diss. Wien 1967.

Helmut Rumpler, Die Rechtlich–Organisatorischen und Sozialen Rahmenbedingungen für die Aussenpolitik der Habsburgermonarchie 1848–1918, in: Adam Wandruszka – Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie im System Internationaler Beziehungen, Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VI/1, Wien 1989, 1–121.

Edward Said, Orientalism. Western Conceptions of the Orient, London/New York 1995.

Leo Santifaller (Hg.), Eva Obermayer–Marnach, Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 1, Graz–Köln 1954.

Leo Santifaller (Hg.), Eva Obermayer–Marnach, Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 2, Graz–Köln 1959.

Oliver Jens Schmitt, Levantiner – Lebenswelten und Identitäten einer ethnokonfessionellen Gemeinschaft im osmanischen Reich im „langen 19. Jahrhundert“, Südosteuropäische Arbeiten 122, München 2005.

Paul W. Schroeder, The Transformation of European Politics: Some Reflections, in: Wolfram Pyta – Philipp Menger (Hgg.), Das europäische Mächtekonzert. Friedens- und Sicherheitspolitik vom Wiener Kongreß 1815 bis zum Krimkrieg 1853, Stuttgarter Historische Forschungen 9, Köln/ Weimar/ Wien 2009, 25–40.

Matthias Schulz, Internationale Politik und Friedenskultur. Das Europäische Konzert in politikwissenschaftlicher Theorie und historischer Empirie, in: Wolfram Pyta – Philipp Menger (Hgg.), Das europäische Mächtekonzert. Friedens- und Sicherheitspolitik vom Wiener Kongreß 1815 bis zum Krimkrieg 1853, Stuttgarter Historische Forschungen 9, Köln/ Weimar/ Wien 2009, 41–57.

Matthias Schulz, Normen und Praxis. Das Europäische Konzert der Großmächte als Sicherheitsrat, 1815–1860, Studien zur Internationalen Geschichte 21, München 2009.

Matthias Schulz, „Wächter der Zivilisation?“ Institutionelle Merkmale und Normative Grundlagen des Europäischen Konzerts im 19. Jahrhundert, in: Historische Mitteilungen 17, Stuttgart 2004, 35–47.

Pinar Şenişik, The Transformation of Ottoman Crete. Revolts, Politics and Identity in the late Nineteenth Century, London 2011.

Manoug Joseph Somakian, Empires in Conflict. Armenia and the Great Powers 1895-1920, London/New York 1995.

Peter Stein, Die Neuorientierung der österreichisch-ungarischen Außenpolitik 1895–1897, Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft 44, Göttingen 1972.

Holm Sundhaussen, Was ist Südosteuropa und warum beschäftigen wir uns (nicht) damit?, Südosteuropa–Mitteilungen 5–6/42, München 2002, 93–105.

Berthold Sutter, Die Großmächte und die Erhaltung des europäischen Friedens zu Beginn der Kreta-Krise 1897, in: Südost-Forschungen 21, München 1962, 214–369.

Berthold Sutter, Gołuchowskis Versuche einer Alternativpolitik zum Zweibund, in: Helmut Rumpler (Hg.), Der Zweibund 1879. Das deutsch–österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie, Wien 1996.

Berthold Sutter, Um Österreich-Ungarns Grossmachtstellung am Balkan. Sicherung des europäischen Friedens durch Teilung der Balkanhalbinsel zwischen Rußland und Österreich-Ungarn. Eine militärische Denkschrift anläßlich der Kaiserentrevue 1897, in: Walter Höflechner – Helmut Mezler-Andelberg – Othmar Pickl (Hgg.), Domus Austriae. Eine Festgabe Hermann Wiesflecker zum 70. Geburtstag, Graz 1983, 391–406.

Berthold Sutter, Machtteilung als Bürgschaft des Friedens. Eine Denkschrift des Botschafters Heinrich von Calice 1896 zur Abgrenzung der Interessensphären zw. RUS und ÖU am Balkan, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 37, Wien 1984, 290–324.

Stanford Shaw – Ezel Kural Shaw, Reform, Revolution and Republic. The Rise of Modern Turkey 1898–1975, History of The Ottoman Empire and Modern Turkey 2, Cambridge 1977.

Hans-Joachim Torke, Von der Autokratie zum Verfassungsstaat. Zaren und Kaiser in Russland, in: Hans-Joachim Torke (Hg.), Die Russischen Zaren 1547–1917, Beck'sche Reihe, München ³2005, 11–26.

Stephan Verosta, Kollektivaktionen der Mächte des Europäischen Konzerts 1866–1914, Wien 1988.

Eurof Walters, Unpublished Documents. Lord Salisbury's Refusal to Revise and Renew the Mediterranean Agreements, in: The Slavonic and East European Review 29/72, London 1950, 267–286.

Marija Wakounig, „Das Sitzen zwischen zwei Stühlen." Sozial–politische Entwicklungstendenzen in den Anfangsjahren der Ära Agenor Gołuchowski, in: Studia Historica Slovenica 2/2, Maribor 2002, 387–398.

Marija Wakounig, Dissens versus Konsens. Das Österreichbild in Russland während der Franzisko-Josephinischen Ära, in: Adam Wandruszka – Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie im System Internationaler Beziehungen, Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VI/2, Wien 1993, 436–490.

Marija Wakounig, Ein Grandseigneur der Diplomatie. Die Mission von Franz de Paula Prinz von und zu Liechtenstein in St. Petersburg 1894–1898, Wien 2007.

Eurof Walters, Unpublished Documents. Austro-Russian Relations under Goluchowski 1895–1906, Part I, in: The Slavonic and East European Review 31/76, London 1952, 212–231.

Kenneth Weisbrode, The New Diplomatic History. An Open Letter to the Membership of SHAFR, in: Passport 30, Columbus 2008, www.shafr.org/passport/2008/december/Weisbrode.pdf, 2012 November 28.

Kenneth Weisbrode, The Task Ahead. Post in the New Diplomatic History Blog, Ankara 2012, http://toynbeeprize.org/the-task-ahead/, 2012 November 28.

Dieter Weiss – Steffen Wippel (Hgg.) – Heiko Schuß, Wirtschaftskultur und Institutionen im Osmanischen Reich und der Türkei, Berlin 2008.

Dieter Winkler – Georg Pawlik, Die Dampfschiffahrtsgesellschaft Österreichischer Lloyd 1836–1918, Graz 1986.

Eva Wolf, Die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Deutschland unter Gołuchowski (1895–1906), Phil.Diss., Wien 1967.

Ioannis Zelepos, Die Ethnisierung griechischer Identität 1870-1912. Staat und private Akteure vor dem Hintergrund der „Megali idea", München 2002.

George Zorbas, A Baroness under the Cretan Charm, in: Kriti. Official Publication of the Pancretan Association of America, Brooklyn 2007 November, 18.

Werner Zürrer, Die Nahostpolitik Frankreichs und Russlands 1891–1898, Wiesbaden 1970.

Gedruckte Quellen.

Henry Bickford-Smith, Cretan Sketches, London 1898.

Paul Cambon, Correspondence 1870−1924 I, Paris [5]1940.

István Diószegi (Hg.), Die Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1883–1895, Die Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie IV, Budapest 1993.

Ernst Fabricius, Die Insel Kreta, in: Geographische Zeitschrift 3, Leipzig 1897, 361−380, 425−442, 489−507.

Ardern Hulme-Beaman, Twenty Years in the Near East, London 1898.

Nikos Kazantzakis, Zorba the Greek, New York 1996 (Nachdruck).

Johannes Lepsius – Albrecht Mendelssohn Bartholdy – Friedrich Thimme (Hgg.), Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914, Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes Bd.X, Berlin 1923 (GP X).

Johannes Lepsius – Albrecht Mendelssohn Bartholdy – Friedrich Thimme (Hgg.), Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914, Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes Bd.XII/1, Berlin 1923 (GP XII/1).

Johannes Lepsius – Albrecht Mendelssohn Bartholdy – Friedrich Thimme (Hgg.), Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914, Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes Bd.XII/2, Berlin 1923 (GP XII/2).

Elpis Melena [Esperance Schwartz], Die Insel Kreta unter der ottomanischen Verwaltung, Wien 1867.

Ministère des Affaires Etrangères, Documents diplomatiques français 12, Paris 1951 (DDF 12).

Ministère des Affaires Etrangères, Documents diplomatiques français 13, Paris 1952 (DDF 13).

Alfred Francis Pribram (Hg.), Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879–1914. Nach den Akten des Wiener Staatsarchivs, Bd. 1, Leipzig 1920.

Ernst Rutkowski (Hg.), Briefe und Dokumente zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie unter besonderer Berücksichtigung des böhmisch–mährischen Raumes. Teil I. Der Verfassungstreue Großgrundbesitz 1880–1899, Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 51/1, München/Wien 1983.

Éva Somogyi (Hg.), Die Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1896–1907, Die Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie V, Budapest 1991.

Eduard Ritter von Steinitz (Hg.) – Wladimir Freiherr Giesl von Gieslingen, Zwei Jahrzehnte im Nahen Orient, Berlin 1927.

Karl Strupp (Hg.), Urkunden zur Geschichte des Völkerrechts, Bd. 1, Gotha 1911.

K. K. Hof- und Staatsdruckerei (Hg.), Hof– und Staats–Handbuch der Österreichisch–-Ungarischen Monarchie für 1895, Wien 1894.

Solomon Wank (Hg.), Aus dem Nachlass Aehrenthal: Briefe und Dokumente zur österreichisch-ungarischen Innen– und Außenpolitik 1885–1912, Bd. 1, Graz 1994.

Unbekannter Verfasser, Spyros Kayales,. The 1897 Revolution for the Union of Crete with Greece, in: Kriti. Official Publication of the Pancretan Association of America, Brooklyn 2008, 22f.

Ungedruckte Quellen (Bestände).

Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien.

PA X/104 (Russland, Weisungen 1894–96, Varia 1895–96)
PA X/105 (Russland, Berichte 1895, I–IX)

PA XII/161 (Türkei, Berichte 1895, I–VIII)
PA XII/162 (Türkei, Berichte 1895, IX–XI)
PA XII/163 (Türkei, Weisungen, Varia 1895)
PA XII/166 (Türkei, Weisungen, Varia 1896)
PA XII/167 (Türkei, Berichte 1897, I–V)
PA XII/168 (Türkei, Berichte 1897, VI–XII, Weisungen, Varia 1897)

PA XII/277 (Türkei, Liasse XXVIII, Kretensische Frage 1896, V–VI)
PA XII/278 (Türkei, Liasse XXVIII, Kretensische Frage 1896, VII)
PA XII/279 (Türkei, Liasse XXVIII, Kretensische Frage 1896, VIII)
PA XII/280 (Türkei, Liasse XXVIII, Kretensische Frage 1896, VIII–XII)
PA XII/281 (Türkei, Liasse XXVIII, Kretensische Frage 1897, I–II)
PA XII/282 (Türkei, Liasse XXVIII, Kretensische Frage 1897, II)
PA XII/283 (Türkei, Liasse XXVIII, Kretensische Frage 1897, III)
PA XII/284 (Türkei, Liasse XXVIII, Kretensische Frage 1897, III)

PA XXXVIII (Konsulate 1895 C-J)

PL 68 (Literarisches Bueau, 1895, n.1–285)
PL 69 (Literarisches Bureau, 1896, n.1–275)
PL 260 (Literarisches Bureau, Personalakt Albertall)

Österreichische Nationalbibliothek (ÖNB) Wien.

Sammlung Mikroformen (Zeitungen und Zeitschriften).

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAA) Berlin.

I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 20, R12448
I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 22, R12450
I.A.B.q (Türkei) 110 (Türkische Finanzen), Bd. 23, R12451

Orientalia Generalis 5, Bd. 28, R14435
Orientalia Generalis 5, Bd. 33, R14440
Orientalia Generalis 5, Bd. 34, R14441
Orientalia Generalis 5, Bd. 35, R14442
Orientalia Generalis 5, Bd. 36, R14443
Orientalia Generalis 5, Bd. 37, R14444
Orientalia Generalis 5, Bd. 38, R14445
Orientalia Generalis 5, Bd. 39, R14446

Türkei 94, Bd. 34, R12210
Türkei 94, Bd. 36, R12212
Türkei 94, Bd. 37, R12213
Türkei 94, Bd. 38, R12214
Türkei 94, Bd. 39, R12215
Türkei 94, Bd. 40, R12216
Türkei 94, Bd. 45, R12221
Türkei 94, Bd. 46, R12222
Türkei 94, Bd. 47, R12223
Türkei 94, Bd. 56, R12232
Türkei 94, Bd. 57, R12233
Türkei 94, Bd. 58, R12234
Türkei 94, Bd. 70, R12246
Türkei 94, Bd. 72, R12248
Türkei 94, Bd. 73, R12249
Türkei 94, Bd. 74, R12250
Türkei 94, Bd. 125, R12304
Türkei 94, Bd. 126, R12305
Türkei 94, Bd. 127, R12306
Türkei 94, Bd. 128, R12307
Türkei 94, Bd. 129, R12308
Türkei 94, Bd. 130, R12309
Türkei 94, Bd. 134, R12313

Türkei 110 Nr.4 (Protokolle des Verwaltungsraths der tuerkischen Staatsschuld), Bd. 10, R12560
Türkei 110 Nr.4 (Protokolle des Verwaltungsraths der tuerkischen Staatsschuld), Bd. 14, R12564
Türkei 110 Nr.4 (Protokolle des Verwaltungsraths der tuerkischen Staatsschuld), Bd. 18, R12568

Türkei 134, Bd. 17 (Allgemeine Angelegenheiten), R13176
Türkei 163, Bd. 5, R13843 (Das Diplomatische Corps in Constantinopel 1894–1901)

The National Archives: Public Records Office (TNA: PRO) London.

FO 78/4636 (Consul at Canea, Biliotti, Diplomatic, 1896)
FO 78/4737 (Consul at Canea, Biliotti, Diplomatic Telegrams & Paraphrases, 1896)
FO 78/4831 (Consul at Canea, Biliotti, Drafts & Despatches, 1897)

FO 78/4708 (Sir P. Currie, Mr. Herbert, Diplomatic Despatches 381–437, 1896 May 14–June 3)
FO 78/4709 (Mr. Herbert, Diplomatic Despatches 438–501, 1896 June 4–29)
FO 78/4710 (Mr. Herbert, Diplomatic Despatches 502–557, 1896 June 30– July 13)
FO 78/4711 (Mr. Herbert, Diplomatic Despatches 558–616, 1896 July 14–August 3)
FO 78/4712 (Mr. Herbert, Diplomatic Despatches 617–652, 1896 August 4–August 12)
FO 78/4713 (Mr. Herbert, Diplomatic Despatches 653–690, 1896 August 13– 31)

FO 78/4723 (Sir P. Currie, Mr. Herbert, Telegrams 1–250, 1896 January–June)
FO 78/4724 (Sir P. Currie, Mr. Herbert, Telegrams 251–508, 1896 July–December)
FO 78/4813 (Sir P. Currie, Telegrams, 1–359, 1897 January–May 22)

Lexika und Nachschlagewerke.

Encyclopedia Britannica, Bd. 5, Cambridge [11]1910.

Meyers Großes Konversations-Lexikon, Bd. 16, Leipzig 1908.

Leslie Gilbert Pine (Hg.), The New Extinct Peerage 1884–1971: Containing Extinct, Abeyant, Dormant and Suspended Peerages With Genealogies and Arms, London 1972.

Andrej Januar'evič Vischinskij, Solomon Abramovič (Hg.), Diplomatičeskij Slovar, Moskau 1948, http://dic.academic.ru/dic.nsf/dic_diplomatic/НЕЛИДОВ, 2011 Februar 28.

James Wood (Hg.), The Nuttall Encyclopedia, London 1907, Onlineversion http://www.gutenberg.org/files/12342/12342–h/12342–h.htm, 2011 März 3.

Abstract (Deutsch)

„Das beste Mittel, das wir zur Verfügung haben“ oder „eine Schande für uns Europäer“? Die Botschafterkonferenz von Konstantinopel als Kollektivorgan des Konzerts der Großmächte und die Kretakrise 1895–1898

Die vorliegende Forschungsarbeit rekonstruiert und analysiert die Botschafterkonferenz von Konstantinopel in ihrem politischen, wirtschafts-, sozial- und kulturgeschichtlichen Kontext. Die Botschafterkonferenz stellt eine bislang kaum erforschte Besonderheit im System der internationalen Beziehungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts dar. Die im Osmanischen Reich akkreditierten Botschafter sechs selbsternannter „Großmächte“ – Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich-Ungarn und Russland – übten als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts praktisch permanent aktives, inoffizielles „Kollektivorgan“ des sogenannten „europäischen Konzerts“ ein komplexes „Mehrfachmandat“ aus und verkörperten das Konzert – mit all seinen Schwächen und Stärken – wie kaum ein anderer Akteur der internationalen Politik des 19. und frühen 20. Jahrhunderts.

Die der Botschafterkonferenz angehörenden Diplomaten hatten an ihrem Dienstort die divergierenden politischen Ziele ihrer jeweiligen Regierungen, aber auch die wirtschaftspolitischen Ambitionen der von diesen unterstützten europäischen Banken und InvestorInnengruppen, sowie die mutmaßlichen „kollektiven Interessen“ des Konzerts zu vertreten. Als selbsternannte „Kuratoren der Türkei“ überwachten und bevormundeten sie gemeinsam die Regierung des Osmanischen Reichs, um es durch von den Großmächten verordnete Reformen in einem Ausmaß zu stärken und stabilisieren, das seinen Fortbestand unter der informellen, kollektiven Hegemonie des Konzerts garantieren sollte. Der wirtschaftliche und politische Einfluss der jeweils eigenen Regierung sollte dabei maximiert, ein offener Konflikt zwischen den um Einfluss im Osmanischen Reich rivalisierenden Großmächten aber verhindert werden.

Die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel agierten dabei grundsätzlich als internationales „Kollektivorgan“, das als Ergebnis regelmäßiger Beratungen kollektive Erklärungen, Ratschläge und Forderungen im Namen des europäischen Konzerts formulierte. Neben Drohungen mit politischem, wirtschaftlichem oder militärischem Druck standen den Botschaftern, die als Einzelpersonen und als Kollektiv zu den angesehensten Diplomaten der Großmächte gehörten, zur Durchsetzung ihrer Beschlüsse auch noch informelle Einflussnahme und Netzwerke von persönlichen Kontakten zur Verfügung, die während der teils jahr-

zehntelangen Verweildauer der Botschafter in Konstantinopel geknüpft wurden. Ähnliche informelle Einflussnahmen in ihren jeweiligen Außenministerien gestatteten es den Botschaftern, auch gegenüber ihren eigenen Regierungen als Kollektiv internationaler Experten aufzutreten und die internationale Politik aktiv mitzugestalten.

Die Botschafterkonferenz wurde niemals durch einen Vertrag oder eine verschriftlichte Geschäftsordnung als internationales Organ konstituiert. Dieser inoffizielle Charakter bedeutet, dass sich ihre Arbeits- und Funktionsweise, ihre Rolle im System der internationalen Beziehungen, aber auch ihre Selbst- und Fremdwahrnehmung nur durch eine sorgfältige Erforschung anhand eines konkreten Fallbeispiels erfassen und verstehen lassen.

Die vorliegende Forschungsarbeit verfolgt dieses Ziel anhand des Fallbeispiels der Kretakrise und der mit ihr zusammenhängenden Problemstellungen der internationalen Politik zwischen 1895 und 1898. Sie basiert auf der Heranziehung eines umfangreichen, internationalen Quellenmaterials, das neben diplomatischer Korrespondenz auch die zeitgenössische Zeitungsberichterstattung und verschriftliche Erinnerungen von ZeitzeugInnen in eine qualitative Textanalyse einbezieht. Es wird gezeigt, wie die Botschafter 1896 mit unkonventionellen Methoden in ihrer Vermittlung der Kretakrise bemerkenswerte Verhandlungserfolge erzielten und sich dabei einen von ihren Regierungen informell zugestandenen, bemerkenswerten Grad an Selbstständigkeit erkämpften. Diese Entwicklung gipfelte in dem 1897 spektakulär scheiternden Versuch der Botschafterkonferenz, sich als autonomes, internationales „Direktorium“ selbst mit der Ausübung eines institutionalisierten Kondominiums der Großmächte über das Osmanische Reich zu beauftragen. Zwischen 1897 und 1898 scheiterte die Botschafterkonferenz dann an ihren eigenen Machtansprüchen, den unzureichend definierten Entscheidungsstrukturen des europäischen Konzerts, an der überheblichen, durch „Orientalismus“ geprägten Geringschätzung der KlientInnen ihrer Vermittlungsaktionen, sowie an persönlichen, institutionellen und zwischenstaatlichen Rivalitäten. Der Zusammenbruch der internationalen Zusammenarbeit auf Kreta 1898 führte schließlich zu ihrer politischen Diskreditierung, aber auch allgemein zu einer Diskreditierung der Idee internationaler Konfliktvermittlung durch aus Diplomaten gebildete Kollektivorgane.

In Anlehnung an die Methoden der „Neuen Diplomatiegeschichte“, die eine Aufwertung der Erforschung staatlicher und nichtstaatlicher DiplomatInnen im Kontext internationaler Organisationen und Netzwerke anstrebt, soll mit dieser Arbeit ein bislang wenig erforschtes Thema erschlossen werden, das zu einem besseren Verständnis der Entwicklung der Regeln und Normen in den internationalen Beziehungen vor 1914 beiträgt.

Abstract (English)

A tool of „guidance […] superior to any other“ or “a disgrace for us Europeans”?
The Ambassadors’ Conference of Constantinople as a collective Organ of the Concert of Powers and the Cretan Crisis 1895–1898

This thesis reconstructs and analyses the Ambassadors’ Conference of Constantinople in its political, economical, social and cultural context. The Ambassadors’ Conference constitutes a previously hardly researched special case within the 19th and early 20th century system of international relations. The ambassadors representing six self-proclaimed “Great Powers” – Germany, France, Great Britain, Italy, Austria-Hungary and Russia – in the Ottoman Empire acted as an unofficial “collective organ” of the so-called “European Concert”. Being almost permanently active throughout the second half of the 19th century, they aimed to fulfil a complex “multiple mandate” and embodied the Concert – with all its strengths and weaknesses – like no other actor of 19th and early 20th century international politics.

The diplomats constituting the Ambassadors’ Conference were expected to represent the political goals of their respective governments, but also the economical goals of the European banks and investors protected by these governments, as well as the supposed “collective interests” of the Concert. As the self-proclaimed “Curators of Turkey” they supervised and patronised the government of the Ottoman Empire, which they were expected to strengthen and stabilise through reforms agreed upon by the Great Powers, to ensure its continued existence under the informal, collective hegemony of the Concert. They were expected to do their utmost to maximise the economical and political influence of their respective governments in the Ottoman Empire, but also to prevent any open conflict between the rivalling Great Powers.

Striving to fulfil these conflicting tasks, the ambassadors of the Great Powers in Constantinople generally acted as an international “collective organ”, holding regular meetings and issuing collective declarations, suggestions and demands in the name of the European Concert. Apart from threats of political, economical or military pressure, the ambassadors, who – both individually and collectively – were among the most prestigious diplomats of the Great Powers, could also enforce their agreements through informal influence and networks of personal contacts, which they built through tenures in Constantinople that sometimes lasted for decades. Similar methods of informal influence allowed the ambassadors to address their

own governments as an international collective of experts and to actively participate in the shaping of international politics.

The Ambassadors' Conference was never formally constituted as an international organization through a treaty or any kind of written agreement. This informal character means that its modes of operation, its role within the system of international relations, its self-image and external perceptions of it can only be grasped and understood through an extensive case study.

This thesis uses the Cretan Crisis and related problems of international politics between 1895 and 1898 for such a case study. It is based on extensive, international source material, which includes not only diplomatic correspondence, but also contemporary newspaper reports and the written memoirs of witnesses in an extensive qualitative text analysis. It shows how the ambassadors achieved remarkable successes in their mediation efforts on Crete in 1896 through unconventional methods, causing their governments to informally grant them an extraordinary degree of independence. This development culminated in 1897, when the attempts of the Ambassadors' Conference to turn itself into a collective "board of directors" managing an institutionalized Great Power condominium over the Ottoman Empire failed spectacularly. Between 1897 and 1898 the ambassadors suffered additional failures, which were rooted in their own, exaggerated claims for power, the insufficiently defined institutional hierarchies of the European Concert, but also in the inherent arrogance and "Orientalism" of the ways they treated the clients of their mediation efforts, as well as in various personal, institutional and international rivalries. When international cooperation on Crete collapsed in 1898, not only the Ambassadors' Conference, but also the very idea of international conflict mediation through diplomatic collective organs were politically discredited.

Based on the methods of a "New Diplomatic History", which favours researching government and non-government diplomats in the context of international organizations and networks, this thesis is meant to open a previously neglected field of research, which can contribute to a better understanding of the development of norms and regulations in pre-1914 international relations.

Lebenslauf Andreas Rathberger

geb. 11.05.1982 in Linz/Donau

15.06.2000: Matura am BRG Linz- Fadingerstrasse

2000–2001: Grundwehrdienst beim Österreichischen Bundesheer (Ausbildung zum Sanitäter)

2001–2007: Diplomstudium der Geschichte an der Universität Wien

2004–2005: Erasmus Auslandsjahr an der University of Wales Swansea, UK

30.04.2007: Abschluss des Diplomstudiums der Geschichte an der Universität Wien (Diplomarbeit "Der Blick auf den Balkan: Klischees, Ängste und Wunschvorstellungen über den Balkan in der Öffentlichkeit der Habsburgermonarchie 1848–1914")

Seit 2007: Doktoratsstudium der Geschichte an der Universität Wien

2008 (August–Dezember): Förderung durch ein Forschungsstipendium der Universität Wien (FNr.220)

2010–2011: Univ.Ass. (prae doc) am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien

2012–2013: Research fellow am European Forum der Hebrew University of Jerusalem, Israel

Wissenschaftliche Vorträge

24.11.2009: Austria-Hungary, the Cretan Crisis and the Ambassadors' Conference of Constantinople 1896–1898 (Annual Meeting of the Centers for Austrian Studies, Jerusalem)

24.06.2010: The Ambassadors' Conference, the Cretan Crisis and the Plans for an International Condominium over the Ottoman Empire 1896–1898 („Waterloo to Desert Storm. New Thinking on International Conflict", Glasgow)

20.05.2011: Eine „Donaumonarchie"? – Die Donau und das Selbstbild der Habsburgermonarchie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Jubiläumskonferenz der Andrássy Universität Budapest, „Der Donau-Raum in Europa")

13.07.2011: Austro-Hungarian political-economical interest groups in the Ottoman Empire during the 1890s (12th International Congress of Ottoman Social and Economic History [ICOSEH], Retz)

10.04.2013: A tool of "guidance […] superior to any other we can command" or „a disgrace for us Europeans"? The Ambassadors' Conference of Constantinople as a collective institution of the Great Power Concert and the Cretan Crisis of 1896–1898 (The European Forum's Graduate Colloquium, European Forum at the Hebrew University, Jerusalem)

Publikationen

1. Wissenschaftliche Aufsätze

Balkanbilder. Vorstellungen und Klischees über den Balkan in der Habsburgermonarchie im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Wien 2009, http://www.kakanien.ac.at/beitr/fallstudie/ARathberger1

Austria-Hungary, the Cretan Crisis and the Ambassadors' Conference of Constantinople 1896–1898, in: Arnold Suppan – Maximilian Graf (Hgg.), From the Austrian Empire to Communist East Central Europe, Europa Orientalis 10, Wien 2010, 83–111

The Ambassadors' Conference, the Cretan Crisis and the Plans for an International Condominium over the Ottoman Empire 1896–1898, in: Südost-Forschungen 71 (2012), München 2013, 108–130.

Eine „Donaumonarchie"? – Die Donau und das Selbstbild der Habsburgermonarchie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: András Masát – Ellen Bos – Martina Eckardt – Georg Kastner – David Wenger (Hgg.), Der Donauraum in Europa, Andrássy Studien zur Europaforschung 1, Budapest 2013, 103–116.

2. An ein breiteres Publikum gerichtete Monographie

Aqua Lentia – Von der Allgemeinen Wasserleitung 1893 zum modernen Wasserversorger, Linz 2009, 136 Seiten

3. Redaktionelle Mitwirkung

Oliver Jens Schmitt (Hg.), Religion und Kultur im albanischsprachigen Südosteuropa, Pro Oriente 4, Frankfurt a.M. 2010

Marija Wakounig – Wolfgang Mueller – Michael Portmann (Hgg.), Nation, Nationalitäten und Nationalismus im östlichen Europa. Festschrift für Arnold Suppan zum 65. Geburtstag, Wien 2010